Th. Schiemann

Deutschland und die große Politik

2

1902

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882-1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

HG
S332Gd

Deutschland und die große Politik anno 1902.

Von

Dr. Th. Schiemann,
Professor an der Universität Berlin.

175409
14/11/22

Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1903.

H. T. GERRANS,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

24. Dezember 1901. Sieg Dewets bei Tweenfontein.
26. Dezember 1901. Verständigung zwischen Chile und Argentinien.
27. Dezember 1901. Der deutsche Kreuzer „Vineta" trifft in La Guayara ein.
27. Dezember 1901. Beitritt der Mächte des panamerikanischen Kongresses zur Haager Konvention.
30. Dezember 1901. Rußland lehnt jede Veränderung des Mandschurei-Vertrages ab.
30. Dezember 1901. Zurückweisung der Deklaration des Fürsten Czartorynski im galizischen Landtage durch die N. A. Z.

1. Januar 1902.

Mit der Beilegung der Streitigkeiten zwischen Chile und Argentinien, die in einen Krieg auszumünden drohten, und mit dem Beitritt der Staaten des panamerikanischen Kongresses zu den Stipulationen des Haager Friedenskongresses klingt das alte Jahr aus. Wir haben es für uns eingeläutet mit der Gedenkfeier an das 200jährige Bestehen des Königreichs Preußen und blicken auf den Verlauf des Jahres mit Dankbarkeit zurück. Es hat mancherlei Nöte und Sorgen gebracht — sie haben sich überwinden lassen, und dabei konnten wir in angestrengter Arbeit die Vorbereitungen treffen für die große Neuregelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den gleich uns emporstrebenden anderen Nationen. Die Welt ist wieder weiter geworden. Durch die glückliche und namentlich für uns ruhmvolle Beendigung der chinesischen Wirren erschließt sich Ostasien, dessen Schwellen wir bisher kaum übertreten hatten, dem Wettbewerb aller, unter Bedingungen, die mehr als je vorher mit europäischem Völkerrecht vereinbar scheinen. Auch der dunkle Weltteil, Afrika, wird uns immer mehr ein Bekanntes. Wie weit liegen die Tage Livingstones und Stanleys hinter uns! Fast wie ein Märchen wirken heute die Schilderungen der Fährlichkeiten, die sie überwunden haben, denn so wie sie wird keiner mehr sie durchleben. Ist von dem Teile Afrikas, der unser

geworden ist, am wenigsten die Rede gewesen, so erscheint uns auch das als ein Vorzug. Ruhig und stetig, wenn auch langsamer, als wir wohl wünschten, ist die Arbeit der Erschließung unserer Kolonien vorwärts gegangen und wir können uns rühmen, daß noch niemals eine weite Herrschaft mit weniger Gewaltsamkeit und weniger Blutvergießen begründet worden ist. Wir haben Gewalt gebraucht nur, wo es Schwäche gewesen wäre, nicht durch die Tat zu beweisen, daß wir die Verantwortung für den Frieden des Landes auf unsere Schultern genommen haben, und deshalb bedeutete jedes Einschreiten auch eine stärkere Festigung des Friedens. Ein größerer Gegensatz als zwischen dem Kongostaat, wo die Lothair und Genossen hausen, und Deutsch-Ostafrika ist, soweit die Lage der Eingeborenen in Betracht kommt, garnicht denkbar. Im Kongo herrschen die Zustände, die eine nur auf Gewinn bedachte monopolistische Handelsgesellschaft allezeit herbeigeführt hat, wo man ihr unbeschränkte Freiheit ließ, und das ganze Gebilde dieses Scheinstaates leidet an der inneren Kraftlosigkeit des sogenannten (belgischen) Mutterlandes, dessen Existenz nur auf dem Kompromiß ruht, den, faute de mieux, die Nachbarn geschlossen haben. Der Kongostaat ist heute die schlechtest regierte und best ausgebeutete afrikanische Kolonie, so daß jede Wandlung der auf diesem Boden betriebenen Raubwirtschaft einen sittlichen und politischen Fortschritt bedeuten müßte. Eine Prüfung der Frage, wieweit der Souverän des Kongostaates den auf der Berliner Kongokonferenz vereinbarten Bestimmungen nachgekommen ist, wurde noch jüngst von England aus in Anregung gebracht. Es scheint uns nur wünschenswert, daß von berufener Seite einmal die Frage angegriffen wird, zumal die belgische Mißwirtschaft in ihren Folgen auch auf die Bevölkerung der benachbarten französischen, englischen und deutschen Kolonien zurückwirken muß. So wie die Dinge heute liegen, dürfen sie keinesfalls bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß der „Souverän" des Kongostaates erheblich an seinen Einnahmen verlieren sollte. Die Welt hat kein Interesse daran, daß er noch reicher wird, wohl aber ist sie in allerhöchstem Grade daran interessiert, daß die Erschließung Afrikas in einer Weise erfolgt, die eine gesunde Entwicklung für die Zukunft verbürgt. Und da scheint uns, wir wiederholen es, der Weg ganz besonders erfreulich, den die deutsche Kolonialpolitik eingeschlagen hat. Was wir auszusetzen

haben, richtet sich an die Adresse des Reichstages, der mit seinen Willigungen so karg ist, daß wir speziell mit der Anlage von Straßen und Eisenbahnlinien bedenklich im Rückstande bleiben. England hat trotz der Nöte des südafrikanischen Krieges die Ugandabahn hergestellt und damit eine Ableitungslinie geschaffen, die der Entwicklung von Deutsch-Ostafrika entschieden gefährlich werden muß, wenn wir nicht rechtzeitig ein Gegengewicht gegen die Anziehungskraft dieser Linie fertigstellen. Wie großartig ist die Teilnahme der öffentlichen Meinung Frankreichs und der französischen Kammern in allen afrikanischen Unternehmungen, gleichviel, ob sie der Initiative Privater oder der Regierung entspringen! Das sind doch Tatsachen, die ernste Berücksichtigung verlangen und dem Reichstage eine nationale Ehrenpflicht zuweisen, welcher er sich nicht entziehen darf und dem neuen Jahre hoffentlich nicht abschlagen wird.

Die Art, wie die nicht von der Gunst der Nation geförderten chinesischen Angelegenheiten zum Abschluß geführt worden sind, kann gleichfalls nur mit voller Befriedigung rückschauend gebilligt werden. Sowohl unsere Diplomatie wie der Feldmarschall Graf Waldersee haben es verstanden, in einer Situation von außerordentlicher politischer und militärischer Schwierigkeit jeden falschen Zug zu vermeiden. Wir haben für den Gesandtenmord volle Genugtuung, für unsere Kriegsaufwendungen Ersatz erhalten, unsere militärische Aktion hat sich vergangener Tage würdig gezeigt, unsere Stellung in Kiautschu und seinem wirtschaftlichen Hinterlande hat sich gefestigt, endlich haben wir durch unser Abkommen mit England das „Prinzip der offenen Tür" auch für das Jangtsetal zur Anerkennung gebracht. Das ist mehr, als wir erwarten durften, und um so höher anzuschlagen, als zugleich alle Klippen vermieden wurden, die den Keim künftiger Verwicklungen in sich schlossen. So stehen wir nicht an, der Lösung, welche der chinesische Konflikt gefunden hat, in vollstem Maße unsere Anerkennung zu zollen.

Was sonst von unserer Regierung auf dem Felde der großen Politik geschehen ist, entzieht sich den Augen der Menge. Aber wir glauben nicht, daß die Aufgabe eine leichte gewesen ist. Das Jahr 1901 ist weniger reich an großen positiven Aktionen als an vorbereitenden Maßnahmen gewesen und hat nebenher eine Summe von politischen Intriguen und von Schwierigkeiten gebracht, die mit

der besonderen Politik anderer Staaten zusammenhingen, zu denen Stellung genommen, oder die abgewehrt werden mußten.

Vor allem denken wir dabei an den nunmehr in das dritte Jahr gehenden Krieg in Südafrika. Er hat die letzten Augenblicke der greisen Königin Viktoria getrübt. Sie soll — wie glaubhaft erzählt wird — mit den Worten hingegangen sein: „O, daß es doch endlich Friede würde!" Es war der traurige Abschluß einer Regierung, die im Laufe von 64 Jahren England zu einer so unerhörten Höhe der Macht und des Reichtums gebracht hatte, daß, wie es scheint, der Nation darüber der Maßstab des Möglichen, sicher aber der Maßstab für die Grenzen verloren ging, welche ungeschriebene Gesetze auch dem Mächtigsten setzen. Unser Volk, das mit Leidenschaft für die Buren Partei ergriff, hat sich nur schwer zu der Einsicht bekehren lassen, daß Deutschland eine Intervention nicht auf sich nehmen durfte, wenn anders es nicht den Krieg auf sich ablenken wollte. In denjenigen Kreisen, welche die auswärtige Politik Deutschlands regelmäßig und in ihrem Zusammenhange verfolgen, ist heute kein Zweifel mehr, daß unsere Neutralitätspolitik den Pflichten entsprach, welche wir vor allem doch unserem eigenen Volke gegenüber zu erfüllen haben. Heute ist Portugal der einzige Staat in aller Welt, der die Annexion der beiden Burenrepubliken als zu Recht bestehend anerkennt. Sonst überall gilt der Krieg, den die Buren gegen England zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit führen, als ein rechter, unter dem Schutz des Völkerrechts stehender und nur durch einen Friedensschluß oder durch die tatsächliche Eroberung und die danach folgende Unterwerfung der Buren zu beendigender Krieg. So ist denn der Krieg auch durch das ganze Jahr geführt worden mit größerem Verlust und minderem Ruhm der Engländer, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß sie sich tapfer schlagen. Aber der Raum arbeitet ebenso gegen sie, wie die standhafte Freiheitsliebe der Buren und die Abneigung des Afrikander-Elements, das seit dem Sommer durch freiwilligen Zuzug die Lücken füllt, welche Tod oder Gefangenschaft in die Reihen der Buren reißen. Der Vorteil, den England dadurch hat, daß die Buren ihre Gefangenen wieder freigeben, gleicht sich so einigermaßen aus, zumal sich immer mehr herausstellt, daß die Organisation der sogenannten Konzentrationslager nicht nur eine Barbarei,

sondern auch eine Torheit war. England hat sich damit eine Last auferlegt, die selbst bei der nur mangelhaften Verpflegung, die sie bieten können, ihrer Kriegführung außerordentlich hinderlich ist. Dazu kommen die ungeheuren Kosten des Krieges, das allmähliche Erwachen des Gewissens in weiten Kreisen des englischen Volkes, endlich die Erkenntnis, daß es so wie bisher noch lange, vielleicht Jahre hindurch, weiter gehen kann. Dieses sind wohl die Erwägungen, die zu der Dezember-Rede Lord Roseberys geführt haben, durch welche eine Wendung in der künftigen Politik Englands den Buren gegenüber sich ankündigt: Abschluß des Krieges durch Verhandlung und Vertrag mit der vom gegenwärtigen Kabinet nicht anerkannten Regierung der beiden Republiken. Es würde sich in solchem Falle bestätigen, wie klug der viel kritisierte Schritt Krügers war, der ihn zur Übersiedlung nach Holland führte. Aber freilich, es hängen noch viele „Wenn und Aber" vor solchem Ausgang: Der Widerstand der Buren muß sich kraftvoll mindestens noch ein halbes Jahr behaupten, und das Ministerium Salisbury-Chamberlain muß fallen, endlich — und das ist keineswegs die geringste aller Schwierigkeiten —, die Buren müssen sich bereit finden, entweder auf einen Teil ihres Territoriums, oder auf einen Teil ihrer Unabhängigkeit zu verzichten, sonst wird auch ein Rosebery nicht imstande sein, Frieden zu schaffen.

Die Verluste Englands infolge der Bindung seiner Kräfte an den südafrikanischen Boden sind nicht eigentlich direkte; sie charakterisieren sich dahin, daß England gewisse Grundgedanken seiner Politik hat preisgeben müssen. Daß Rußland tatsächlich Herr im Golf von Liaotung werden und in der Mandschurei festen Fuß fassen konnte, wäre ohne den Burenkrieg wohl nicht geschehen, und ebensowenig wahrscheinlich ist es, daß England sich unter anderen Verhältnissen bereit gefunden hätte, den günstigen Boden zu verlassen, den ihm der Clayton-Bulwer Vertrag in der Frage des Isthmischen Kanals verlieh. Dasselbe gilt wohl von dem Abkommen über Klondyke. Dagegen hat England seine Stellung im Sudan und Persischen Golf nicht nur behauptet, sondern erheblich verstärkt, und bisher ist auch sein Einfluß in Afghanistan und Persien nicht merklich gesunken. Der Thronwechsel hat sich so vollzogen, daß an dem Royalismus Englands und seiner Kolonien nicht der geringste Zweifel

aufkommen kann, und der imperialistische Gedanke ist durch die Organisation des Common wealth von Australien erst recht lebendig geworden. Dafür hat die Weltreise des Prinzen von Wales den bündigen Beweis gebracht. Kurz, wenn wir summieren, von dem vielbesprochenen Niedergange Englands kann bisher noch keine Rede sein, und die Welt wird nach wie vor mit der Tatsache rechnen, daß England in der Reihe der großen Mächte eine der stärksten ist.

Unsere Beziehungen zu Frankreich sind nach wie vor gute gewesen. Die Waffenbrüderschaft in China ist nicht spurlos vorübergegangen, und die große Politik hat uns nicht in Gegensätze gestellt. Das Vorgehen Frankreichs in Marokko hat die Grenzen nicht überschritten, von denen wir wünschen müssen, daß sie eingehalten werden, und jene acht Tage orientalischer Krisis, mit denen Frankreich die Welt überraschte, sind so rasch vorübergegangen, wie sie aufstiegen, und zwar, was doch höchst lehrreich war, auf einen Wink von Petersburg her. Was aber das mit so vielem Mißtrauen aufgenommene Abkommen Frankreichs mit Italien über Tripolis betrifft, so erscheint es uns mehr wunderlich als von praktischer politischer Bedeutung. Vorläufig bildet Tripolis noch einen Teil des türkischen Reiches und wir sehen nicht, daß die Türkei Anlaß hätte, auf diese Gebiete zu verzichten, ganz wie wir nicht glauben können, daß ein italienischer Politiker Neigung hätte, die orientalische Frage wieder heraufzubeschwören. Italien beginnt in sehr erfreulicher Weise im Innern energische Reformen vorzunehmen, und das ist zur Zeit wichtiger als alles übrige. Im übrigen geht die Politik beider Staaten in den eingetretenen Bahnen der bestehenden Bündnisse weiter, wie denn die oft verlangte und angekündigte Wandlung im System der europäischen Allianzen nicht eingetreten ist, trotz aller Bemühungen einer internationalen Klique von Intriganten, die in der zweiten Hälfte des Jahres viel von sich reden machte. Engländer, Russen, Ungarn, Tschechen, Franzosen ein merkwürdiges Gespann, hinter welchem, wie sich bald zeigte, nichts anderes stand als die ungeheure Eitelkeit dieser Herren selbst. Das verhältnismäßig viele Mitglieder der österreichisch-ungarischen Monarchie dazu gehörten, erklärt sich aus den unerquicklichen Gegensätzen der Nationalitäten, die sich gerade dort mit blinder Leidenschaft bekämpfen. Das Ministerium Körber hat mit bewunderungs-

würdiger Langmut getan, was an ihm lag, um eine Wendung zum besseren herbeizuführen. Fast scheint es, als wäre es nahe daran, an der Möglichkeit einer Wendung zum besseren zu verzweifeln. Dann bliebe als ultimo ratio die Rückkehr zu einem autoritativen Regiment. Aber auch dann — wie viele Klippen und Untiefen gäbe es zu überwinden!

Wir sind damit an eine Frage gekommen, die das scheidende Jahr als ein ernstes Problem gestellt hat. In einer ganzen Reihe von Staaten verwirtschaftet der Parlamentarismus den Rest von Ansehen, der ihm geblieben ist. Die Schimpf- und Prügelszenen, wie sie sich in Wien und Paris mit einer gewissen Regelmäßigkeit in den Kammern wiederholen, analoge Erscheinungen in Italien und in Spanien geben begründeten Anlaß zu den trübsten Betrachtungen. Muß nicht einmal der Augenblick eintreten, wo alles, was mit dem hohen Gedanken einer Volksvertretung Vorstellungen von Anstand und Würde verbindet, sich von ihm abwendet, und läßt sich bestreiten, daß auch da, wo heute noch die Formen gewahrt werden, eine Deteriorierung nicht zu verkennen ist?

Das nächstliegende Hilfsmittel, die strenge Handhabung einer mit solchen — früher für undenkbar gehaltenen Ausschreitungen rechnenden Geschäfsordnung, ist eine Palliativ, nicht ein wirkliches, das Wesen der Krankheit treffendes Heilmittel. Die Krankheit liegt tiefer. Es ist eine gewisse Verrohung, wie sie weniger durch die Verhandlungen in den Parlamenten selbst, als durch die vorausgehenden Aktionen der in den Wahlkampagnen überhitzten Parteigegensätze, durch das Reden über das Parlament hinaus, kurz nicht durch den demokratischen, sondern durch den demagogischen Charakter unseres öffentlichen Lebens bedingt wird. Wo, wie bei uns, ein konstitutionelles Königtum dem Minister stürzenden und Minister erhebenden parlamentarischen Ehrgeiz Schranken setzt, läßt sich mit ihm leben, und ebenso in England, wo die Tradition eine Macht ist. Wo dagegen der volle Parlamentarismus herrscht und romanische Leidenschaftlichkeit oder gar slavische Zügellosigkeit mit ihm agieren, da scheint die Wendung zu irgend einer Form des Absolutismus sich geradezu aufzudrängen. Von diesem Standpunkt aus scheint die ablehnende Haltung, welche Rußland den auf eine Verfassung gerichteten Wünschen seiner Liberalen gegenüber einnimmt, wohl ver

ständlich. Ein russisches Parlament wäre aller Wahrscheinlichkeit nach für fruchtbare Arbeit ebenso ungeeignet, als es alle Zeit die polnischen Reichstage gewesen sind. Aber verkennen läßt sich nicht, daß dieses Verlangen nach einer Verfassung in den Kreisen der gebildeten Russen, besonders aber der russischen Jugend, den Charakter einer fast krankhaften Leidenschaft angenommen hat. Die chronischen Studentenunruhen sind ein Symptom dieser Stimmung und haben dadurch besondere Bedeutung gewonnen, daß sie sich mit einer zunehmenden Arbeiterbewegung kombinieren, die einen sozialistischen Charakter zu gewinnen beginnt, und sich dadurch eigentümlich färbt, daß sie zum Teil sektiererische Elemente in sich schließt. Die wirtschaftlichen Nöte, die parallel gehen, die neue Form des Tolstoischen Mystizismus, die, sobald man schärfer zusieht, Staat und Kirche negiert und sowohl in die oberen Gesellschaftsschichten hinauf wie in das Volk hinab wirkt, das alles gibt ein überaus merkwürdiges Bild der in dem heutigen Rußland herrschenden Gärung. Wir vermögen ihren Ausgang keineswegs vorherzusagen, gerade das Unwahrscheinlichste ist vielleicht bestimmt Wirklichkeit zu werden: plötzliche Umkehr oder völlige Wandlung des Bestehenden. Beides ist denkbar.

In der Richtung seiner Politik ist Rußland in bekannten Bahnen weitergeschritten: friedlich in Europa, stetig vordringend in Asien, an der französischen Allianz festhaltend, aber auch in guten Beziehungen zu England und zum Dreibunde, zur Zeit wieder offiziell der beste Freund der Türkei, wie die jüngste Auszeichnung des Botschafters Sinowjew durch den Sultan beweisen sollte, und doch sehr interessiert an der steten Beunruhigung, die von den kleinen Balkanstaaten ausgeht, kurz so, wie wir es seit Jahren kennen. Vor allem geduldig in seiner Politik und zäh, es kann warten, aber es gibt nichts auf. Fast könnten wir das Gegenteil von der Politik der Vereinigten Staaten sagen, wenn nicht die Zähigkeit die gleiche wäre. Aber Amerika ist merkwürdig ungeduldig, impulsiv und vordringend, weniger heuchlerisch, aber ebenso praktisch wie England, zur Zeit vor allem eine wirtschaftliche Bedrohung für alle europäischen Staaten durch die Rücksichtslosigkeit seines wirtschaftlichen Egoismus. Aber auch politisch hat die neue Fassung, die Präsident Roosevelt der Monroedoktrin gegeben hat, etwas Verblüffendes in

ihrer ungeschminkten Anmaßung. Nie hat sich eine politische Theorie elastischer und dehnbarer gezeigt, und nichts gibt uns die Bürgschaft dafür, daß sie nicht in Zukunft einmal unter einem neuen Präsidenten eine neue noch überraschendere Gestalt annimmt. Vielleicht liegt die Korrektur aber eben in jener Überspannung der politischen und wirtschaftlichen Ansprüche. Es steht keineswegs fest, wie die kräftigeren der südamerikanischen Staaten, vor allem Chile und Argentinien, die Lehre von der Vormundschaft des Nordens über den Süden aufnehmen werden. Sie ist bequem, so lange sie Schutz verheißt, unbequem, wo sie der Selbstbestimmung Schranken setzt. Die praktische politische Erfahrung allein wird die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten deutlich hervortreten lassen.

Wir müßten in dieser raschen Übersicht noch Japans und der kleinen Staaten gedenken. Aber die letzteren kommen mehr als Einflußgebiete der großen Mächt ein Betracht oder stehen, wie Schweden, fast tatenlos bei seite, Japan aber wartet seiner Stunde und wird reden, wenn die große orientalische Frage wieder einmal lebendig werden sollte. In China gewinnt es merklich an Boden und Geltung, sonst aber muß es sich bescheiden. Mehr als überall sonst fühlt es die Lähmung Englands. Doch wir brechen ab. Das Jahr 1901 war uns trotz allem ein günstiges Jahr und ein Jahr des Vorwärtsschreitens auf richtig erkundeten Wegen, und „vorwärts“ soll auch die Parole der Zukunft sein.

1. Januar 1902. Rede des französischen Botschafters Barrère über die französisch-italienische Verständigung.
3. Januar 1902. Arbeiterunruhen in Barcelona.
3. Januar 1902. „Enthüllungen" der Times zur Vorgeschichte des Gesandtenmordes in Peking.
7. Januar 1902. Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking.

8. Januar 1902.

Wir haben an dieser Stelle lange nicht von der Lage auf dem Kriegsschauplatz in Südafrika geredet, weil es dem militärischen Laien immer schwieriger wird, nach den einseitigen Berichten, die das englische Ministerium zu veröffentlichen für gut findet, oder aus den erbitterten Stimmen, die von Zeit zu Zeit aus dem Lager der Buren zu uns herüberklingen, die Wirklichkeit der politischen und der militärischen Lage zu erkennen. Jetzt, da wir Gelegenheit gehabt haben, einen besonnenen und wahrhaftigen Mann zu sprechen, der vor dem Kriege und während der ganzen Dauer desselben bis vor wenigen Monaten, erst unter den Buren, dann mitten im Kriegstreiben des englischen Hauptquartiers den Ereignissen ins Gesicht sehen konnte, glauben wir unsere Zurückhaltung aufgeben zu können. Freilich werden wir uns genötigt sehen, manchen Illusionen entgegenzutreten, die uns lieb geworden sind, aber wir denken, auch hier gilt der Satz: amicus Plato, amicus Aristoteles, magis amica veritas.

Gleich der erste Kardinalpunkt muß befremden. Was ist der letzte und entscheidende Grund, der die Buren in ihrem Kampf gegen England in Waffen hält, und ihnen trotz allem stets neuen Zuzug aus den Reihen der Afrikander des Kaplandes, ja zum Teil sogar aus den Reihen der Engländer selbst zuführt? Jeder von uns wird sagen: sie kämpfen um ihre Unabhängigkeit und sind, wie uns vom Präsidenten Krüger und seinem Stabe so oft und so nachdrücklich versichert wird, entschlossen, diese Unabhängigkeit zu behaupten, so lange noch ein Atemzug in ihnen lebt. Die anderen aber, die ihnen

zuziehen und ihre Gefahren teilen, sympathisieren mit dieser heldenmütigen Freiheitsliebe, und deshalb steht heute fast ganz Südafrika in Waffen gegen England. Gewiß, so scheint es, und die Burenführer in Europa mögen es wohl glauben. Es ist aber nur ein Teil der Wahrheit, und zwar der Teil der Wahrheit, der am wenigsten Aussicht hat, sich zu behaupten. Kämpft England um die Gewinnung des Territoriums der Buren und um die Begründung einer englischen Alleinherrschaft auf diesem Boden, so bleiben die Buren jetzt schon das dritte Jahr in Waffen, weil die Frage ihrer Unabhängigkeit sich mit einem anderen Problem so völlig verschmolzen hat, daß im Augenblick ihnen beides identisch erscheint, und dieses Problem ist die Frage nach der künftigen Stellung der Kaffern. Nichts ist falscher als die von England aus verbreitete Behauptung, daß die Buren die Kaffern mißhandelt hätten und noch heute mißhandeln. In Wirklichkeit ist das Verhältnis ein vortreffliches, nur daß die Buren unter keinen Umständen eine Flinte im Besitz der Kaffern dulden und niemals den Kaffern die Stellung von Gleichberechtigten gewähren. Die Schwarzen bleiben Diener, die gut und gerecht behandelt werden, zu denen der Bur sich wohl leutselig herabläßt, denen er aber ebensowenig eine politische Gleichberechtigung zugesteht, wie das Recht, europäische Schußwaffen zu tragen. Daß eine solche Behandlung der Schwarzen richtig, ja notwendig ist, darüber herrscht in ganz Südafrika nur eine Meinung. Auch die im Kaplande dauernd lebenden Engländer urteilen und handeln nicht anders. Nur daß sie es nicht wie die Buren, welche die Erfahrung von mehr als einem Jahrhundert hinter sich haben, verstehen, die Kaffern richtig anzufassen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß jeder Schwarze gern in die Dienste eines Buren und nur in äußerster Not in die eines Engländers tritt. Selbst heute liegen die Verhältnisse so, daß der Engländer in Pretoria, selbst wenn er den dreifachen Lohn zahlt, keinen Schwarzen zum Diener bekommt, während dieselben Schwarzen als unbezahlte, nur genährte Diener den Buren ins Feld folgen, ihr Gepäck zu tragen oder Dienste als Treiber und Pferdeknechte zu leisten. Denn ins Feuer schickt ein Burenkommando die Kaffern unter keinen Umständen.

Diese Verhältnisse von Weißen und Schwarzen, die zu Anfang des Krieges von den Engländern noch respektiert wurden, sind nun

im Fundament dadurch gewandelt worden, daß sie die Kaffern bewaffnet, ja sogar ganze Kaffernkommandos organisiert haben, um sie gegen die Buren ins Feld zu schicken. Schon das erregte die größte Erbitterung in den Kreisen der Afrikander, und wenn die Buren jeden Kaffern, den sie bewaffnet antrafen, niederschossen, taten sie nur, was jeder Afrikander als Notwendigkeit anerkennt und was sie tun mußten, um die Grundlagen ihrer Existenz aufrecht zu erhalten. Wenn gefangene Buren deshalb von englischen Kriegsgerichten zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen worden sind, so erschien jede derartige Hinrichtung den Afrikandern als Mord und erregte kaum glaubliche Erbitterung. Diese Erbitterung steigerte sich aber noch, als England mit dem neuen Programm auftrat, daß in den „annektierten" Republiken den Kaffern das volle Bürgerrecht zu verleihen sei. Und dies ist der Punkt, über welchen die Buren nicht transigieren können und wollen. So lange England auf politische Gleichberechtigung der Schwarzen besteht, werden die Buren weiter kämpfen bis auf den letzten Mann, und so lange wird es ihnen auch an Zuzug aus dem Kaplande nicht fehlen.

Eine wichtige Tatsache, die diese Auffassung bestätigt, ergibt sich aus den Verhandlungen, die im vorigen Sommer zwischen Lord Kitchener und Botha stattfanden. Die Friedensbedingungen, auf die man sich verständigt hatte, garantierten den Buren die Wiederherstellung ihrer Verfassung unter englischer Oberhoheit, versprachen Entschädigung für die zerstörten Farmen, boten den aus dem Kap den Buren zugezogenen Afrikandern eine erträgliche Amnestie und acceptierten in Betreff der Kaffern den status quo ante. So sicher glaubte Lord Kitchener auf dieser Grundlage des Friedens zu sein, daß er eine umfangreiche Forderung von Munition und Waffen wieder rückgängig machte. Aber die sich den Engländern bietende Aussicht, so in günstigster Weise dem unheilvollen Kriege ein Ende zu bereiten, ist von dem Ministerium Salisbury-Chamberlain zurückgewiesen worden: das aus London zurückkommende Friedensprojekt bestand auf der bedingungslosen Unterwerfung und die war für die Buren unannehmbar, solange sie nicht wegen der Kaffernfrage Sicherheiten hatten. Lord Kitchener, der damals zurücktreten wollte, ist im Amt geblieben, der Krieg dauert fort, und wir können mit aller Bestimmtheit sagen, er wird auch ferner fortdauern, wenn nicht ent-

weder Chamberlain zurücktritt oder aber Lord Salisbury vor dem Parlament eine Erklärung abgibt, durch welche er sich verpflichtet, die Kaffern in ihre frühere Stellung wieder zurückzuführen und auch in Zukunft an diesem wundesten Punkte der südafrikanischen Frage nicht zu rühren. Uns ist unter diesen Verhältnissen nichts wunderlicher erschienen, als daß Lord Rosebery in seiner Programmrede diese Kaffernfrage überhaupt nicht berührt hat. Gewiß ein Zeichen, wie schlecht selbst die bestorientierten Männer in England in diesen für England vitalen Fragen orientiert sind. Denn wie liegen zur Zeit die Machtverhältnisse beider Teile wirklich?

Die große numerische Überlegenheit der englischen Armee macht es offenbar nicht. Tatsächlich ist nur eine Reihe von Städten und jene Kette von Blockhäusern, die sie langsam vorzuschieben denken, in Händen der Engländer. Das ganze weite Land ist nach wie vor in Händen der Buren und die Streifzüge, welche die meist nicht sehr zahlreichen englischen Kommandos gegen sie unternehmen, dringen nur selten über die Vorpostenstellungen der Buren hinaus. Dann hören wir hier und da von einem überrumpelten Lager und regelmäßig von eingebrachten Gefangenen, während, wie wir wissen, die Buren ihre Gefangenen, Offiziere wie Gemeine, freizulassen pflegen. Ein einfaches Subtraktionsexempel schien mit Notwendigkeit zu ergeben, daß früher oder später auf diese Weise die Kraft der Buren sich erschöpfen müsse, und so haben auch wir argumentiert.

Aber in dieser Rechnung sind zwei grobe Fehler. Einmal werden die von den Engländern gemachten Gefangenen stets summarisch gezählt und nicht spezifiziert. Der kontinentale Leser und wohl auch der englische schließt, da es sich doch um Kriegsgefangene handelt, daß 70 Gefangene siebzig weiße Männer bedeuten. Das ist aber, wie unser Gewährsmann aus eigenen Anschauungen und aus dem Zeugniß anderer Augenzeugen weiß, wohl niemals oder doch nur in den seltensten Fällen richtig. 70 Gefangene bedeuten 2 bis 4 Buren, sonst sind es Greise, Frauen und in starkem Prozentsatz Kaffernknechte der Buren.

Wir kennen ja nicht die authentischen Telegramme Lord Kitcheners und trauen ihm eine solche Additionsmethode auch nicht zu, aber jedermann weiß, daß seine Berichte, so wie das englische Kriegsministerium sie veröffentlicht, niemals anders als in summarischen

Zahlen reden und nie einen Unterschied zwischen Weißen und Kaffernknechten bei Aufzählung der Gefangenen machen. Die Kaffernknechte der Buren sind aber stets unbewaffnet.

Das zweite aber ist, daß der Zufluß an Kämpfern aus dem Kaplande bei den Buren stärker ist, als ihr Abgang an Toten und Verwundeten. Unbedingt sicher ist von den Afrikandern des Kaplandes den Engländern nur der Bauernwirt und sein ältester Sohn. Die bleiben unter allen Umständen auf ihrem Grund und Boden und die Buren verstehen diesen Standpunkt so wohl, daß sie diese Leute garnicht in Versuchung zu bringen scheinen. Was ihnen zuströmt, daß sind die jüngeren Söhne dieser kinderreichen Familien, Knechte und die sogenannten Beilieger, das ist Knechte mit geringem Gartenland und einigen Stück Vieh. Geht diesen Leuten ihr Garten zu Grunde oder wird ihnen das Vieh geraubt oder requiriert, so gibt es nichts, was sie hält, während das an Abenteuern reiche ungebundene Leben der reitenden Burenkrieger sie mächtig anlockt. Endlich entkommen ununterbrochen einzelne Buren aus der Gefangenschaft der Konzentrationslager, die mit ihrem Zwang und bei der Unmöglichkeit, gewohnter Tätigkeit nachzugehen, auch, abgesehen von allem Jammer, der sie umgibt, ihnen wie eine Hölle erscheinen. Ist es doch mehr als einmal vorgekommen, daß mit ihnen englische Soldaten, ihre Aufseher, zu den Buren entflohen sind. Wir berühren damit einen besonders wunden Punkt in der militärischen Lage Englands. Das Verhältnis der Offiziere zur Truppe und der Offiziere der unteren Grade zu ihren Chefs macht jede geordnete Kriegführung unmöglich. Die Offiziere setzen sich über die Befehle ihrer Oberen so völlig hinweg, daß es zum Beispiel vorgekommen ist, daß ein Leutnant einen Schutzbrief Kitcheners in Stücke gerissen und den Mann, dessen Farm er schonen sollte, hat ausplündern und die Farm verbrennen lassen, ohne, nachdem die Tatsache erwiesen war, dafür bestraft zu werden. Zwischen der Truppe und den Offizieren aber besteht meist auf der einen Seite ein Verhältnis hochmütiger Verachtung, auf der anderen bitterer Haß, so daß die zahlreichen Rückenwunden mit klaffender Öffnung in der Brust oft für Schüsse aus der Truppe gegen die eigenen Offiziere gehalten werden müssen. Auch das ein Beitrag zu dem hohen Prozentsatz der gefallenen Offiziere!

Was aber Kleidung und Verpflegung der Buren betrifft, so ist die Klage der Engländer, daß die Buren Khaki-Uniformen tragen, insofern ungerechtfertigt, als England die großen Bestellungen, welche die Buren an geeigneter Kriegskleidung gemacht hatten, bekanntlich gleich zu Anfang des Krieges angehalten haben, so daß ihnen, da sie nicht nackt gehen können, nichts übrig blieb, als sich mit den Kleidern der von ihnen gefangenen Engländer zu versorgen. Mangel an Kleidung haben sie infolgedessen niemals gelitten.

Mit der Beschaffung von Lebensmitteln aber geht es ähnlich. Wir erfahren wohl regelmäßig von den großen Herden, die England den Buren abjagt, niemals aber, daß die Buren, was die Regel zu sein pflegt, sie wieder zurückgewinnen. Da die Engländer das Vieh nicht selbst hüten können, es wohl auch nicht tun wollen, betrauen sie Kaffern mit dieser Aufgabe. Weil aber der Kaffer den Buren weit mehr fürchtet als den Engländer, auch trotz allem noch in der Gewohnheit des Respekts geblieben ist, jagen die Buren ihnen diese Herden ab, sobald sie ihrer bedürfen. Es ist vorgekommen, daß eine vor den Toren Pretorias unter der Hut von Kaffern weidende Herde von gegen 1000 Stück Vieh von einem einzigen Bur erbeutet worden ist. Der Mann stand plötzlich vor dem Kaffer-Oberhirten und befahl ihm und seinen Leuten, das Vieh fortzutreiben — und sie alle gehorchten.

Endlich haben die Buren an geeigneten Stellen ihre großen Konzentrationslager, in deren Nähe regelmäßig gesät und geerntet wird und wo sie mit Frauen und Kindern, deren zum Glück höchstens ein Drittel in die Hände der Engländer gefallen sind, gemächlich leben. Alle Versuche, die englischerseits gemacht worden sind, sie aus diesen Punkten zu verdrängen, sind bisher blutig zurückgeschlagen worden, weil trotz der kaum begreiflichen Sorglosigkeit, mit der auch gegenwärtig die Buren meist nur die nächste Gefahr abwehren, sie sich zur Verteidigung dieser Orte sofort in Massen zusammenfinden. An Pferden aber fehlt es ihnen ebensowenig wie an Vieh, da sie das englische Pferdematerial weit sorgsamer behandeln, als die Engländer es tun und auch wohl tun können. Sie sorgen namentlich dafür, sie in der gefährlichen Jahreszeit von den Niederungen fernzuhalten, so daß sich unter ihrer Pflege die Tiere besser akklimatisieren.

Alle diese Dinge zusammengenommen erklären es wohl, wie und weshalb die Buren den Engländern solange widerstehen können. Wir sehen, auch wenn die neuen Verstärkungen eintreffen, kein Ende, wenn England sein politisches System den Buren gegenüber nicht ändert. Das Erste und Unerläßlichste wäre Auflösung der Kaffernkompagnien und Entwaffnung aller Schwarzen. Erst dann wird es, bei dem tiefen Mißtrauen der Buren und aller Afrikander, möglich sein, fruchtbare Verhandlungen anzuknüpfen. Für das Programm „kein Fußbreit Landes und keine Form der Unabhängigkeit" werden die Buren nicht weiter kämpfen, sobald ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Verfassung, Entschädigung für ihre Farmen oder doch Unterstützung zur Wiederherstellung derselben und endlich eine leidliche Amnestie für die Mitkämpfer aus dem Kaplande gesichert wird. Kurz, das ursprüngliche Botha-Kitchenersche Programm könnte es machen. Mit dem Programm Salisbury-Chamberlain aber nimmt der Krieg kein Ende und ebensowenig mit dem Programm Krüger-Leyds.

Es bleibt uns nur wenig Raum übrig und wir verzichten daher auf die Besprechung der Tripolis-Frage, zumal sich wohl erwarten läßt, daß die Reden Prinettis und Barrères im Reichstage nicht ohne Erwiderung bleiben werden. Aufgefallen sind uns nur die Kommentare des „Fremdenblattes" und der „Neuen Freien Presse", die nicht mißverständlich andeuten, daß das französisch-italienische Abkommen über Tripolis, das uns zunächst deshalb nicht recht glaubhaft erscheint, weil wir nichts davon wissen, daß die Türkei auf Tripolis verzichten will, das Fortbestehen des Dreibundes zweifelhaft erscheinen lassen. Die „Neue Fr. Presse" verkennt offenbar die Lage. Soviel wie sehen, hängt die politische Selbständigkeit Italiens an seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde, während es außerhalb dessen sofort in die, wie es scheint, systematisch vorbereitete Vasallenschaft Frankreichs geraten muß. Weil kein italienischer Staatsmann die Verantwortung für eine solche Minderung der Weltstellung Italiens auf sich nehmen kann, erscheint uns zunächst die Rede Barrères etwas zu temperamentvoll formuliert, und eben deshalb enthalten wir uns weiterer Kommentare.

Unerläßlich aber ist es, noch mit einigen Worten auf die Haltung der galizischen Polen zurückzukommen. Die „Norddeutsche

Allgemeine" hat mit einer Schärfe, die namentlich im Auslande Aufsehen erregt hat, die Rede des Fürsten Czartoryski im galizischen Landtag zurückgewiesen und damit in ganz Deutschland lebhaften Beifall gefunden. Jetzt endlich ist auch eine offiziöse österreichische Antwort im „Fremdenblatt" erschienen, die wörtlich folgendermaßen lautet:

„Es wäre besser gewesen, wenn im galizischen Landtage Fürst Czartoryski die vor dem Eingang in die Tagesordnung von ihm abgegebene Erklärung unterlassen hätte, da dieselbe dem Wirkungskreise des Landtages nicht gemäß war. Wenn der Vertreter der Regierung trotzdem keine Einsprache erhob, so entsprang sein Verhalten nur dem Wunsche, der Angelegenheit dadurch nicht zu einer größeren Ausdehnung zu verhelfen und dieselbe möglichst einfach und klanglos zu Ende zu führen. Den beiden Regierungen haben wir es zu danken, wenn das Überschäumen der Wreschener Affaire auf den österreichischen Boden und das Anschlagen derselben sowohl im österreichischen Abgeordnetenhause wie im galizischen Landtage keinen Augenblick lang jene Beziehungen tangieren konnten, die zwischen unserer Monarchie und der deutschen verbündeten, sowie zwischen den beiderseitigen Regierungen bestehen. Man darf wohl sagen, daß die Wreschener Affaire noch rechtzeitig von jenem klaren Fahrwasser abgeleitet wurde, auf dem sich die Politik der beiden verbündeten Staaten mit völliger Sicherheit bewegt. . . . . Es ist neuerlich der Beweis erbracht, daß es bei der Innigkeit der beiderseitigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland keine Zwischenfälle geben kann, die eine Schwierigkeit bereiten können, oder deren plötzliches Auftauchen zu fürchten wäre. Die stärkste Wurzel des Bundesgefühls in beiden Staaten ruht darin, daß jeder Teil in seinem Hause Herr ist."

Damit können wir uns, soweit das offizielle Österreich in Frage kommt, wohl zufrieden geben, wenn uns die Argumentation auch nicht einleuchtet, durch welche das Verhalten des Vertreters der Regierung in Galizien entschuldigt werden soll. Wenn aber gleichzeitig galizisch-polnische Blätter in ihrem gegen uns gerichteten Feldzuge mit äußerster Unverfrorenheit fortfahren und für ihr zukünftiges Polen Schlesien, Pommern und Preußen beanspruchen, ja sogar meinen, der Kampf zwischen Deutschen und Polen werde darüber

entscheiden, ob Berlin die Hauptstadt des Deutschen Reiches bleibe, so ist daß ein Schimpfen aus dem Nachbarhause, gegen welches man vom Hauseigentümer Abhilfe verlangen kann. Die „Allpolnische Revue", der wir diese erbaulichen Ansprüche entnehmen, sagt in ihrer Nr. 11 wörtlich wie folgt:

„Der Kampf zwischen den Deutschen und uns ist ein Kampf, der jede Möglichkeit gegenseitiger Annäherung ausschließt, ein Kampf auf Leben und Tod . . . Das ist der Kampf um die Herrschaft einer riesenhaften Fläche, um die deutschen Aussichten auf dem baltischen Meere, endlich darum, ob Berlin die Hauptstadt Deutschlands bleiben, ob den Preußen die Hegemonie des Reiches gewahrt bleiben soll. Wenn wir aus dem Kampfe siegreich hervorgehen werden, so werden die Deutschen nicht nur das Großherzogtum Posen, sondern auch das ganze polnisch redende Schlesien und das baltische Pommern, mithin eine Fläche verlieren, auf welcher heute 7 Millionen Menschen leben . . . ." Wir denken, das ist deutlich, aber wenn die Herren Polen uns Krieg ankündigen, werden sie sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn man in Preußen allmählich das Kriegsrecht zu brauchen beginnt.

Eine sensationelle Nachricht von außerordentlicher Tragweite, wenn sie sich bestätigen sollte, ist am 3. Januar durch ein Pariser Telegramm der „Times" veröffentlicht worden. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um den dokumentarischen Nachweis, daß Rußland die Boxerbewegung zunächst mit Hilfe des Dalai Lama gegen die Kaiserin Mutter von China in Gang gebracht und danach im Einverständnis mit Li-Hung-Tschang, durch das Medium des Fürsten Uchtomski, sich erboten hat, gegen Abtretung der Mandschurei und gegen Öffnung der Mongolei diese Bewegung von der Dynastie abzulenken und sie gegen die fremden Mächte zu wenden.

Die betreffenden Dokumente sind von dem aus der Mandschurei zurückgekehrten Dr. Ular nach Europa gebracht worden. Die „Times" erklärt sie für glaubwürdig und weist in einem langen Leitartikel nach, daß alle erwähnten Tatsachen sich in vollem Einklang mit dem befinden, was von den Ereignissen in China während der letzten zwei Jahre zuverlässig bekannt geworden sei. Da, wenn das wahr sein sollte, mehr als die bloß moralische Schuld an dem Gesandtenmord in Peking und an allen späteren Schäden und Greueln Rußland

träfe, wird eine eingehende Rechtfertigung am besten durch einen Prozeß gegen den Dr. Ular von seiten der russischen Regierung nicht zu vermeiden sein. Unter allen Umständen werden wir auf diese Angelegenheit noch zurückzukommen haben. Aber wir halten es für notwendig, ausdrücklich hervorzuheben, daß der Pariser Korrespondent der „Times", der diese Nachrichten übermittelt hat, Herr Oppert v. Blowitz ist. Die französischen Blätter haben bisher keine Notiz von den Ularschen Enthüllungen genommen; sie warten wahrscheinlich das Verhalten Rußlands ab.

8. und 9. Januar. Reden des Reichskanzlers Grafen Bülow zur auswärtigen Politik.
11. Januar. Rede Chamberlains in Birmingham.
12. Januar. Abfahrt der „Gazelle" nach Venezuela.
13. Januar. Rede Graf Bülows zur Polenfrage.
14. Januar. Eröffnung der französischen Kammern.
15. Januar. Wiederwahl des Abgeordneten Wolff in den Reichsrat.

15. Januar 1902.

Wir haben in unserer letzten Wochenübersicht auf eine Publikation der „Times" hingewiesen, die auf Grund von Mitteilungen, die Dr. Ular aus China heimgebracht hatte, es wahrscheinlich zu machen schien, daß die durch die Rückkehr des Hofes nach Peking jetzt zum Abschluß gebrachten chinesischen Wirren - die Boxerbewegung, der Gesandtenmord, der Krieg und die schließliche Annektion der Mandschurei nichts anderes gewesen seien als die Folgen einer von langer Hand angelegten russischen Intrigue.

Die Presse des In- und Auslandes hat diese „Enthüllungen" der „Times" meist gar nicht berücksichtigt. Von deutschen Blättern brachte die „Kölnische Zeitung" einen Auszug, die „Vossische" einen Leitartikel, der sich mit der Person des Herrn Ular beschäftigt und darauf hinweist, daß der Mann mit richtigem Namen Uhlemann heißt und aus Bremen stamme. Er habe im vorigen Jahre den Sühneprinzen Tschun interviewt und darüber einen für Deutschland wenig freundlichen Bericht an den „Matin" geschickt. Das Blatt faßt dann schließlich sein Urteil ganz korrekt dahin zusammen, daß, wenn die veröffentlichten Aktenstücke echt wären, in ihnen die schwere Beschuldigung gegen Rußland läge, den Boxeraufstand veranlaßt zu haben; seien sie eine Fälschung, „für die Herr Ular nicht verantwortlich zu sein brauchte", so müsse man zugeben, daß sie geschickt durchgeführt sei. Eine kurze farblose Behandlung hat die Angelegenheit dann im „Temps" gefunden, sonst ist uns trotz sorgfältiger

Umschau darüber nichts zu Gesicht gekommen. Nur glauben wir nicht, daß sich diese ganz sensationelle Angelegenheit damit abtun läßt. Ist es eine Fälschung, so liegt ein außerordentliches politisches Interesse daran, das festzustellen und womöglich auch den Fälscher selbst zu fassen, sind die Dokumente echt, so gilt es auch dazu Stellung zu nehmen.

Wir beginnen, um zur Klarheit zu gelangen, mit der Person des Dr. Ular. Es ist ganz richtig, wenn die „Vossische Zeitung" ihn Uhlemann nennt, nur ist er unseres Wissens Elsässer und zur Zeit einer der Redakteure des „Matin". Er ist aber vorher lange in China gewesen und erst im vorigen Frühjahr nach Paris zurückgekehrt, sodaß die Möglichkeit für ihn ohne Zweifel vorlag, sich jene Dokumente persönlich zu verschaffen. Jedenfalls muß er in der Lage sein, über das Wie und Wo? genaue Auskunft zu geben. Auch ist kurze Zeit, nachdem Ular aus China heimgekehrt war, der vielgewandte Herr von und aus Blowitz, dessen Spürsinn sich nie mit Kleinigkeiten abgegeben hat, auf ihn aufmerksam geworden. Er hat ihn ausgeholt und in einer Korrespondenz an die „Times" vom 18. Mai 1901 ausführlich dargelegt, daß der Annektierung der Mandschurei durch die Russen ein Abkommen zu Grunde liege, das älter sei als die Wendung der Boxer gegen die Fremden. Wir erinnern uns nicht, ob Blowitz damals den Dr. Ular als seine Quelle nannte, glauben es aber nicht. Daß er ihn jetzt nennt und Dr. Ular erst jetzt mit seinen Dokumenten hervorkommt, deren Echtheit oder Unechtheit wir noch dahingestellt sein lassen, ist jedenfalls charakteristisch, und entspricht der politischen Situation nach der gescheiterten orientalischen Expedition Frankreichs nicht übel. Schon daß der „Temps" von dem „Times"-Artikel Notiz genommen hat, ist ausreichend, um die wohltuende Schadenfreude zu erkennen, mit der man am Quai d'Orsay der nation amie et alliée in die Karten geblickt hat, zumal wenn man erwägt, daß die publizistische Methode des Herrn Blowitz mit Sicherheit den Schluß erlaubt, daß er noch weitere Enthüllungen über dieses chinesische Rätsel in der Tasche hat. Herr v. Blowitz ist bisher immer nur allmählich, und zwar regelmäßig so mit seinem Material hervorgetreten, daß er die erste Sensation durch eine zweite, größere, übertrumpfen konnte. Bevor wir nun zum Text der von Dr. Ular via Blowitz in der „Times"

veröffentlichten Dokumente übergehen, bemerken wir, daß der Absender des Telegramms der Taotai vom Kanton ist, in dessen Stadt sich damals (Februar 1900) Li-Hung-Tschang als Vizekönig von zwei Kwangs aufhielt; Adressat ist der Sohn des Taotai, Chef des Telegraphenamtes in Maimatschin an der mongolisch-sibirischen Grenze. Wu ist die chinesische Bezeichnung für den Fürsten Uchtomski, den bekannten Direktor der russisch-chinesischen Bank, Chefredakteur der „Petersb. Wjedomosti" und Verfasser der im Juli 1900 erschienenen, so großes Aufsehen erregenden Broschüre „Zu den Ereignissen in China, ein Beitrag zu den Beziehungen Rußlands und des Abendlandes zum Orient". Diese Broschüre vertrat den Standpunkt, daß der Feind Rußlands im Orient der Europäer sei, gleichviel ob Engländer, Deutscher, Italiener oder Österreicher (mit den Franzosen wird aus naheliegenden Gründen eine Ausnahme gemacht), während der Chinese als der eigentliche Freund Rußlands betrachtet werden müsse, auch der Vorstellung zugänglich sei, daß Gott die Herrschaft über alles Land dem „weißen Zaren" übertragen wolle. Fürst Uchtomski vertrat auch mit besonderem Nachdruck die Ansicht, daß Rußland nicht an der Bestrafung der Boxer teilnehmen solle, und leistete sich u. a. den monumentalen Satz: „Asien, das in vollem Sinne des Wortes nichts anderes in seinem gesamten Umfange ist, als ein Stück Rußland" (S. 43), oder in etwas anderer Fassung: „In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen, und kann es auch keine geben" (S. 84). Auch ist es in Hinblick auf den Inhalt jener Dokumente von besonderem Interesse, daß Fürst Uchtomski mit außerordentlichem Nachdruck die freundschaftlichen Beziehungen Rußlands zu den Lamas und den Einfluß derselben auf die Chinesen betont. Daß endlich Fürst Uchtomski im Frühjahr 1900 in besonderer Mission, angeblich im Interesse seiner Bank, nach China reiste und in direkte Verhandlungen mit Li-Hung-Tschang trat, dürfte noch in lebendiger Erinnerung sein, da die Tatsache ihrerzeit großes Aufsehen erregte.

Mit der Bezeichnung Fo sind die buddhistischen Priester gemeint, Su ist der russische Grenzkommissar Sulwoski, Ikhetuan sind die Boxer und Tsu-tsi ist die Kaiserin-Witwe, Ku Beamter der russisch-chinesischen Bank und russischer Agent in Urga.

Es handelt sich nun um die folgenden drei Stücke:

I. Telegramm: Zwölfter Tag des 2. Monats (Februar 1900) von Kanton über Peking Shang-tsia-ku dem Chef des Telegraphenamtes Mai-mat-schin. Der Vizekönig (Li-Hung-Tschang) kam zum Einverständnis mit Fürst Wu (Uchtomski) in betreff der Agitation der Fo (buddhistischen Priester) auf der vorher ausgeführten Grundlage. Unterrichte Su und Ku, damit sie so rasch wie möglich die Goldkonzessionen erwerben. Wu verlangt, daß Yi (der Groß-Lama der Burjäten) nach Petersberg reise. Ich schicke Brief und Detail der Abmachungen. Sage Su, daß in betreff der Ikhetuan (Boxer) die Lage äußerst kritisch ist."

Über diese mysteriöse Angelegenheit gibt nun der am folgenden Tag abgesandte Brief nähere Aufklärung.

II. Brief. „Mein Sohn! Du wirst hier die Angaben über die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Fürsten Wu (Uchtomski) und dem Vizekönig (Li-Hung-Tschang) finden. Wenn Du diesen Brief bekommst, werden, wie ich hoffe, alle nötigen Maßregeln getroffen sein, um einem möglichen Konflikt mit den Westmächten vorzubeugen. Ich kann jedoch noch das folgende hinzufügen: Der Vizekönig ist jetzt ganz sicher, daß Tsu-tsi (die Kaiserin) nicht mehr imstande ist, das Vorgehen der Boxer aufzuhalten. Obgleich er in einiger Verlegenheit ist, zu entdecken, wie es kam, daß diese Bewegung sich gegen die regierende Dynastie richtete, ist er doch nahezu überzeugt, daß russische Politiker durch Vermittlung von Yi (den Lama) die buddhistischen Priester angestachelt haben, diese Verschwörung gegen die Dynastie in Gang zu bringen. Jedenfalls ist seiner Meinung nach Rußland jetzt die einzige Macht, die fähig und willig wäre, der Kaiserin aus ihrer schwierigen Lage herauszuhelfen. Nun ist höchst wahrscheinlich, daß die Dynastie eine Wendung der Boxer gegen die Fremden gestatten muß, wenn sie noch einmal die Zuneigung des Volkes zurückgewinnen will. In solchem Falle bedarf Tsu-tsi (die Kaiserin) der Hilfe, um einer wahrscheinlichen Aktion der zwölf Mächte zu widerstehen.

Fürst Wu (Uchtomski) bietet, wenn der Angriff erfolgen sollte, die Sympathien Rußlands unter den beiliegenden Bedingungen an. Der Vizekönig ging schließlich darauf ein, denn er glaubte, daß die Würde des Reiches der Mitte eben durch das Aufgeben außerhalb

liegender Territorien, die von keinem Nutzen sind, gewahrt werden könne. Herr Ku (der russische Agent Grote) wird umgehend Instruktionen in betreff der Angelegenheiten von Urga erhalten. Und alle Maßnahmen zum Schutz der Dynastie werden, wenn nötig, zur Zeit und direkt getroffen werden. Der Vizekönig wünscht nur, daß Du den einliegenden Zettel direkt dem Herrn Su abgibst.

Im übrigen hoffe ich, daß Deine vermittelnde Tätigkeit dem Reiche und der Dynastie zum Heile gereicht. Der Weg des Himmels ist gerecht. Ich denke an Deine Wohlfahrt."

Die einliegende russische Aufzeichnung ist das interessanteste Stück:

III. Russische Aufzeichnung (ohne Adresse und Unterschrift):

„Folgendes sind die Ergebnisse der Verhandlungen mit Li. Ich bitte, zu bemerken, daß sie in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen und Voraussetzungen der Minister sind.

In betreff unserer Verpflichtungen gegen die Regierung des Bogdy Chan (russische Bezeichnung für den Kaiser von China) werden wir zu garantieren haben, für alle Fälle und für alle denkbaren Ereignisse, die Aufrechterhaltung der Dynastie und den unbestrittenen Besitz von Inner-China, so wie sein Territorium heute ist. Wir werden insbesondere allen Landkonzessionen zu widersprechen haben, gleichviel ob sie durch friedliche Verhandlungen oder mit bewaffneter Hand beansprucht werden. Andererseits werden wir die Dynastie sowohl gegen eine Intervention der Westmächte, wie gegen die Boxer, wenn es notwendig werden sollte, aufrecht erhalten. Sollte die Dynastie infolge der Rebellion, die jetzt unvermeidlich scheint, in eine schwierige Lage geraten, so werden wir ihr, wenn nötig, mit Vorschüssen helfen. Das hätte über Urga zu geschehen.

Als Kompensation würden wir über die tributpflichtigen Provinzen verfügen.

Was vor allem die Mandschurei betrifft, so ist die Konvention von 1896 in betreff der russisch-chinesischen Bank offiziell auf unbestimmte Zeit zu verlängern, so daß die ostchinesische Eisenbahn offiziell als russisches Eigentum anerkannt wird. Wir werden autorisiert, wenn die Umstände es verlangen, die Mandschurei militärisch zu besetzen. Es wird aber vorsichtig sein, wenn man die Verwaltung chinesischen Beamten unter russischer Kontrolle überläßt.

Was aber die eventuelle Organisation des Landes betrifft, so haben wir natürlich volle Freiheit, es wird aber ratsam sein, so vorzugehen, daß wir das Mißtrauen der Westmächte gegen China entwaffnen und jede Möglichkeit eines Konfliktes Chinas mit Japan oder den Westmächten ausschließen. Wenn militärische Garnisonen notwendig sind, wird es unter allen Umständen nützlich sein, chinesische Soldaten zu verwenden. Die Dynastie des Bogdy Chan hat auf die Erhebung von Abgaben zu verzichten, aber Rußland wird natürlich die Mittel zur Verwaltung des Landes hergeben. Der Bogdy Chan soll fortfahren, die Namen der drei Provinzen in der Liste seiner Besitzungen zu führen. Selbstverständlich haben wir volle Freiheit, über alle Handels- und Mienen-Privilegien des Landes zu verfügen, da keinerlei Verleihungen an fremde Bewerber stattgefunden haben. Was, zweitens, Setsen-Khan und Tushket-Khan (d. h. die Mongolei) betrifft, dürfen wir, wenn wir es vermögen, dort ein Protektorat begründen, aber Li lehnt jede Verantwortung ab, da die mongolischen Prinzen verfassungsmäßiges Recht haben, es abzulehnen, wenn sie wollen. Militärische Expeditionen würden nutzlos sein. Das Beste wäre, die Sache G. zu überlassen, und zu einer Erledigung der Angelegenheit mittels des Goldgeschäftes zu gelangen. Jedenfalls ist es notwendig, Gigen Khutuktu für diesen Zweck zu gewinnen. Wir dürfen mit dem Bau der Eisenbahn fortfahren. Die Regierung der Stämme bleibt den Khans überlassen. Was aber Tianshan-pe-lu betrifft, so ist es unerläßlich, daß die chinesische Verwaltung bleibt, damit schwere Ausgaben vermieden werden.

Von dem Dalai-Lama ist keine Rede gewesen. Sie kennen die Beziehungen nicht, die wir zu ihm haben. (Ein Irrtum, wie sich aus II ergibt.)

Im Fall diplomatischer Schwierigkeiten hat Li es so eingerichtet, daß er mit der Beilegung beauftragt wird. Er fürchtet, daß die Sache mit den Ikhetuan (den Boxern) ernstere Folgen haben wird, als wir annehmen.

Es wird bei dieser Sachlage von großem Nutzen sein, die Tushket-Khan- (Mongolei-) Angelegenheit zu beschleunigen und die Verwaltung der mandschurischen Eisenbahn zu verstärken. Sie lehnen jede Verantwortung für mögliche Revolten oder andere Schwierigkeiten in den Distrikten ab, die unsere Verhandlung betrifft.

Dies nur als schriftliche Aufzeichnung. Da ich kein Detail über die Khetuan-Angelegenheit habe, so glaube ich, ist unsere Mission erledigt. Die Ausführung unserer Stipulationen kann nur möglich werden infolge von Ereignissen in Peking.

Man hat sie zu Hause und in Peking rechtzeitig unterrichtet."

Damit schließen diese merkwürdigen Aktenstücke, aber Dr. Ular fügt noch einige Erläuterungen hinzu. Die jetzigen Verhandlungen über die Mandschurei, meint er, seien nichts anderes als Komödie. Die Bedeutung der Mongolei für Rußland liege, abgesehen davon, daß sie Rußland von China trennt, in den ungeheuren Goldlagern, deren Ausbeutung bei Todesstrafe verboten war. Die chinesische Regierung könnte hier nichts vergeben, da die Privilegien der mongolischen Fürsten, namentlich Tushket-Khans, durch chinesisches Gesetz geheiligt waren. Der russische Vertreter habe aber, gleich nach Empfang jenes Telegramms, eine Mine bei Urga eröffnet, und nachdem die Mongolen erst protestiert, dann Miene gemacht hätten, zu den Waffen zu greifen, sie schließlich durch Überredung und reichliche Bestechungsgelder zum Nachgeben bewogen. Um 17. Juni 1900 rückten vier Sotnien Kosaken von Kiachta aus in Urga ein. Jetzt haben die Russen dort eine Festung erbaut und das Land organisiert. Zwischen August 1900 und Februar 1901 seien für 20 Millionen Rubel Silberbarren via Urga an die chinesische Regierung gegangen, am 19. Februar 1901 aber wurde das russische Protektorat über Urga offiziell erklärt.

Die Reise des Groß-Lamas Yi nach Petersburg ist eine bekannte Tatsache, und ebenso, daß Rußland durch den Burjäten Groß-Lama in Beziehung zum Dalai-Lama in L'Hassa stand, dessen Kanzler seit 1896 russischer Untertan ist. Seit November 1900 führe Kaiser Nikolaus II. den Titel: „Meister und Verwalter der Gaben des Glaubens" und das bedeute „Schutzherr aller Buddhisten".

Wenn nun die „Times" daran erinnert, wie anfänglich die russische Gesandtschaft sich weigerte, an dem Protest der anderen Mächte gegen die Boxerbewegung teilzunehmen, wie nach Aufhebung der Belagerung Pekings Rußland weder seinen Gesandten noch seine Truppen in Peking lassen wollte, sondern sie eilig zur Küste abziehen ließ, wie es gegen die Bestrafung der Hauptübeltäter protestierte, wie endlich in der Höhe der russischen Kriegsentschädigung ein Ge-

heimnis stecke, das jetzt seine Erklärung finden könnte, so macht das alles wohl begreiflich, daß Herr Ular Glauben bei ihr findet.

Auch wir halten diese Schreiben im wesentlichen für echt und zwar namentlich weil sie noch einige unerklärliche und unverständliche Punkte in sich schließen, die sich nicht komponieren lassen. Als Fälschung wäre es ein Meisterstück, wie es ein Europäer schwerlich leisten könnte, so daß höchstens daran gedacht werden könnte, daß der Dr. Ular selbst durch einen besonders feinen chinesischen Diplomaten getäuscht worden sei. Dagegen aber spricht wieder der russische Brief, den so kein Chinese komponieren könnte. Kurz, die Annahme der Fälschung macht die Frage erst recht schwierig.

Je mehr man die Sache überlegt, um so wahrscheinlicher wird die Annahme, daß Dr. Ular die chinesischen Schriftstücke und eine zurückbehaltene Abschrift der russischen Anlage direkt oder indirekt von dem Chef des Telegraphenamtes in Maimatschin erworben hat. Aber darüber ist er, nachdem diese den Fürsten Uchtomski und seine Auftraggeber so sehr gravierende Angelegenheit an die große Öffentlichkeit gebracht ist, Auskunft zu geben verpflichtet.

Uchtomski beruft sich in dem Schreiben III darauf, daß er die Aufträge der Minister genau erfüllt habe. Dies ist der einzige Punkt in dieser Publikation, der durchaus so nicht im ursprünglichen Text gestanden haben kann. In Frage kann nur ein Minister kommen, der der auswärtigen Angelegenheiten. Aber auch das erscheint uns nicht wahrscheinlich. Im russischen Text wird gestanden haben: des Ministeriums, was einen sehr naheliegenden Lesefehler wahrscheinlich macht, sobald man das Wort russisch denkt. Und damit ist vielleicht auch der Schlüssel der perfiden Intrigue gefunden, für welche wir selbstverständlich nicht den Zaren verantwortlich machen können, der solche Detailarbeit gewiß nie kennen lernt, deren Verantwortung aber wohl auch den Grafen Lambsdorff nur indirekt trifft, sondern auf bestimmte Räte zurückzuführen ist, die diese chinesischen Angelegenheiten bearbeiten und in nahen Beziehungen zum Fürsten Uchtomski stehen. Ist das „asiatische Departement" auch aufgehoben und heute kein selbständiges Departement mehr, so besteht es doch de facto fort und wir hätten dann nur ein chinesisches Analogon zu der Aktion, die jenes Departement in der bulgarischen Angelegenheit gegen den Fürsten Alexander durch den damaligen

Agenten in Sofia, Chitrowo, den späteren Gesandten in Bukarest, betreiben ließ. Darüber, daß die sogenannten Jacobsohnschen Dokumente, die K. Leonow 1892 publizierte, bis auf geringe Willkürlichkeiten echt sind, ist heute kaum noch ein Zweifel. Trotzdem wird niemand Alexander III. zumuten, daß er um die Niederträchtigkeiten gewußt habe, mit denen Chitrowo und seine Leute vorgingen. Der Zar wollte den Battenberger gestürzt wissen, das Wie überließ er seinen Dienern, und die hüteten sich wohl, ihm den Revers der Medaille zu zeigen. Genau so aber wird es mutatis mutandis jetzt gewesen sein. Wir glauben nicht, daß es eine andere Lösung gibt und beneiden den Fürsten Uchtomski nicht um die Rolle, die er dabei gespielt hat. Was aber Li Hung Tschang betrifft, so tritt er uns in voller, unbefangener Gewissenlosigkeit gegenüber, ganz wie wir ihn kennen.

Aber wie will man, in Hinblick auf diese chinesischen Dinge, die ungeheure sittliche Entrüstung erklären, mit der Fürst Uchtomski Tag für Tag in seiner Zeitung gegen den Burenkrieg der Engländer Verwahrung einlegt?

Uns bleiben nur noch wenige Zeilen Raum und doch haben die letzten Reichstagsverhandlungen eine Fülle des wichtigsten politischen Stoffes in Fluß gebracht. Wir denken — da die Chamberlain-Affaire für uns erledigt ist — zumeist an die Erklärungen des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu unseren Bundesgenossen. Sie sind uns in doppelter Beziehung wichtig. Einmal, weil sich aus ihnen ergibt, daß die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten sehr wesentlich geringer geworden ist, zweitens aber, weil sie uns eine in nicht zu weiter Ferne stehende Erneuerung des Dreibundes als wahrscheinlich erscheinen lassen. Wie wir schon vor acht Tagen vermuteten, haben weder die Rede des Herrn Barrère noch das inzwischen auf seinen formellen Inhalt dementierte Interview Delcassés die Bedeutung, welche ihnen die Presse hüben und drüben beigemessen hat. Zunächst ist außerdem Tripolis türkisches Gebiet und uns scheint, daß über Zukunft dieses Landes niemand weniger zu bestimmen in der Lage ist als Frankreich. Tripolis grenzt nicht nur an Algier und es gibt Leute, denen eine intimere Nachbarschaft der Franzosen sehr unbequem und unerwünscht wäre. Kurz über diese Frage ließe sich viel sagen und eine genauere Analyse

derselben könnte die italienischen Politiker leicht zu einer besseren politischen Orientierung führen. Auch das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist, seit unsere Stellung zur heimischen Polenfrage in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit fixiert wurde, in erfreulicher Weise geklärt nach der Methode des guten Goetheschen Spruches: Es fege ein jeder vor seiner Tür — Und rein wird jedes Stadtquartier.

Nach Venezuela sind nun einige Fahrzeuge unterwegs. Wie wir hoffen, nicht die letzten, denn es ist ganz unzulässlich, daß wir dort so auftreten, daß die Entscheidung rasch fällt. Wir würden es für einen Mißgriff halten, wenn wir in die Lage kämen, später Verstärkungen nachsenden zu müssen. Aber das ist gewiß eine unnötige Befürchtung, da sie den Traditionen nicht entspräche, die wir stets eingehalten haben, wenn es darauf ankommt, die Würde des Reiches nach außen hin zu wahren.

17. Januar. Eröffnung des Schwedischen Reichstags.
17. Januar. Konzessionierung der anatolischen Eisenbahngesellschaft zum Bau der Bagdadbahn.
18. Januar. Aufhebung des Kriegszustandes im Amurgebiet.
18. Januar. Erschießung Scheepers in Graafreinet.
20. Januar. Erfolge der Aufständischen in Panama.
20. Januar. Polnische Demonstrationen vor dem russischen Konsulat in Lemberg.

22. Januar 1902.

Die „Times" vom 14. Januar bringt folgende Notiz: „Unser Petersburger Korrespondent telegraphierte am 11. Januar, daß Fürst Uchtomski in den allerenergischsten Ausdrücken den Behauptungen zu widersprechen wünsche, die in einer Mitteilung enthalten sind, welche uns durch unseren Pariser Korrespondenten von Dr. Ular zugegangen sind und die unter dem Titel „Rußland und die Mandschurei" in der „Times" vom 3. Januar erschienen. Fürst Uchtomski nannte Dr. Ulars Enthüllungen „einen schlechten Scherz und von Anfang bis zu Ende erlogen", und fügte hinzu, er sei in der angezogenen Zeit in Petersburg gewesen und erst 6 Monate später nach China gereist. „Rußland — sagte er zum Schluß — hat mehr als irgend eine andere Macht von den Boxern gelitten", und deshalb halte er es für „absurd, russischen Intriguen eine Bewegung zuzuschreiben, die chinesisch und nationalistisch ihres Charakters war."

„Wir haben diese Mitteilung, bevor wir sie veröffentlichten, durch unseren Pariser Korrespondenten dem Dr. Ular zugehen lassen und von Dr. Ular direkt ein Telegramm erhalten, in welchem er in Erwiderung auf das kategorische Dementi des Fürsten Uchtomski sagt: „Ich war durch ein Telegramm vom 6. Januar von einer Mittelsperson des Fürsten Uchtomski gewarnt worden, der Fürst sei sehr zornig, und werde mich, falls es nötig werden sollte, desavouieren." Dr. Ular hebt nicht nur hervor, daß, wenn seine Mitteilungen von Anfang bis zu Ende erlogen wären, der Fürst ihn

nicht gewarnt, sondern sein Dementi sofort veröffentlicht hätte, sondern protestiert „energisch und kategorisch“ gegen die Behauptungen des Fürsten Uchtomski. „Ich halte aufrecht — schließt Dr. Ular — die absolute Authentizität meiner Mitteilung; und wenn Fürst Uchtomski wünschen sollte, die Angelegenheit Schiedsrichtern vorzulegen, so bin ich bereit, sie anzunehmen.“

„Wir enthalten uns — schließt die „Times“ — jedes Kommentars über diese einander widersprechenden Behauptungen, sprechen aber die Hoffnung aus, daß Fürst Uchtomski die Herausforderung des Dr. Ular annehmen und so die Sache zu einem klaren Abschluß führen wird.“

Wir denken, Fürst Uchtomski wird es nicht nötig haben, sich auf den von Dr. Ular vorgeschlagenen Schiedsspruch einzulassen, sondern es vorziehen, eine Verleumdungsklage anzustellen. Schon jetzt haben wir uns überzeugen können, daß in dieser unter allen Umständen wichtig bleibenden Sache die Welt durch eine freche Fälschung getäuscht worden ist.

Die Reise des Fürsten Uchtomski nach China hatte ihrerzeit doch so großes politisches Interesse erregt, daß sich die Spuren seines Aufenthalts im Orient in den Zeitungen verfolgen lassen. Wir haben das folgende Itinerar mit absoluter Sicherheit feststellen können: Am 27. August 1900 finden wir den Fürsten noch in New-York. Von dort schifft er sich nach China ein.

Am 19. Oktober wird er als in Schanghai anwesend erwähnt, am 16. November traf er in Peking ein, das er am 20. Dezember 1900 verläßt, um direkt über Port Arthur und Schanghai nach Rußland zu fahren.

Da nun die von Dr. Ular veröffentlichten Aktenstücke von Verhandlungen erzählen, die angeblich im Februar 1900 zwischen Uchtomski und Li-Hung-Tschang stattgefunden haben, so liegt auf der Hand, daß entweder ein Irrtum im Datum oder eine Fälschung vorliegt. Im Februar 1900 und bis zum August des Jahres war, wie sich aus den „Peterb. Wjedomosti“ ergibt, der Fürst Uchtomski als Chefredakteur seiner Zeitung in Petersburg tätig. Die drei von Ular veröffentlichten Dokumente aber sind auf eine politische Lage berechnet, die im August nicht mehr so bestand, und daraus folgt weiter, daß nicht ein Fehler im Datum, sondern wirklich eine freche

Fälschung vorliegt, die bereits zu einer Zeit verfaßt sein muß, da dem Gedächtnis des Fälschers der chronologische Zusammenhang entschwunden war.

Das Raffinement der Fälschung und ihre Verbreitung durch die „Times" und ihren Pariser Korrespondenten ließ uns a priori annehmen, daß die Daten richtig sein müßten. Auf Uchtomskis Dementi hin haben wir sie nachgeprüft und das obige Resultat gefunden. Was wird nun der Dr. Ular sagen? Der für ihn günstigste Fall wäre, daß er selbst einem Fälscher zum Opfer gefallen ist. Dann aber ist es von höchstem Interesse, dessen Namen zu kennen, um den Zweck der Fälschung zu durchschauen. Wir wollen in dieser Hinsicht keinerlei Mutmaßung wagen, um nicht auch unsererseits haltlosen Verdacht wachzurufen. Zunächst ruht die volle Verantwortung auf dem Dr. Ular, der ein politisch toter Mann ist, wenn er nicht seine bona fides in dieser unerhörten Sache nachweisen kann.

Schwierig bleibt die ganze Angelegenheit trotz allem. Namentlich die angebliche russische Instruktion, die der Nr. II angeschlossen war, erweckt den Verdacht, als stehe sie in Zusammenhang mit den jetzigen Verhandlungen der russischen Regierung über ihre künftige Stellung in der Mandschurei und Mongolei, und als sei es darauf abgesehen, den Russen dadurch einen Stein in den Weg zu werfen, daß man das Mißtrauen und die Entrüstung der anderen Mächte gegen sie erregt. Es ist daher nicht undenkbar, daß diese Instruktion aus echten Verhandlungsparzellen komponiert ist, als Ganzes ist auch sie zweifellos unecht. Die Hauptsache aber bleibt jetzt, daß Dr. Ular die Entstehungsgeschichte dieser Dokumente vor der Öffentlichkeit darzulegen hat und da auch des Herrn von und aus Blowitz journalistische Ehre daran hängt, läßt sich vielleicht auf eine ausreichende Klärung hoffen.

Wir möchten übrigens in diesem Zusammenhange an eine andere russisch-chinesische Sache erinnern, die den Satz im Dementi des Fürsten Uchtomski illustriert, „daß Rußland mehr als irgend eine andere Macht von den Boxern gelitten" habe. Diese Leiden haben sehr auf Gegenseitigkeit beruht.

Vielleicht erinnern sich die Leser noch des Gerüchtes, das im Juli 1900 durch deutsche und ausländische Zeitungen ging, daß die russische Besatzung von Blagoweschtschensk die gesamte chinesische

Bevölkerung der Stadt ans Ufer getrieben und im Amur ertränkt habe. Man sprach von vielen Tausenden — englische Blätter von 12000 Mann —, aber die Tatsache erschien so ungeheuerlich und wurde zudem so energisch dementiert, daß man ihr schließlich keinen Glauben schenkte, oder sie doch für ins Ungeheuerliche übertrieben hielt.

Es stellt sich nunmehr heraus, daß jener Massenmord wirklich erfolgt ist. Die völlig einwandfreie Quelle, der wir die folgenden Tatsachen entnehmen, ist der bekannte Künstler Wereschtschagin (A. W.), der am 30. Juni (russ. Stils) 1900 Moskau verlassen hat, um über Irkutsk nach Blagoweschtschensk, und von da über Chabarowska nach Chuntschun zu reisen, wo er chinesische Antiquitäten aus der Plünderungsmasse zu erwerben beabsichtigte. Er hat seinen Reisebericht soeben im Januarheft der Zeitschrift „Westnik Jewropy" („Europäischer Bote") Seite 103—148 veröffentlicht und wir entnehmen ihm über diese Tragödie von Blagoweschtschensk, die am 2. Juli erfolgt war, die folgende Darstellung. „Es ist Morgen. Wir gehen alle aus, um freie Zimmer in einem Gasthofe (in Blagoweschtschensk) zu suchen. Mir glückte es, eine vortreffliche Nummer nahe am Hafen zu finden und ich siedelte sofort dorthin über . . . Um diese Zeit sprach man in der Stadt von nichts anderem als von dem Ertränken der chinesischen Bewohner von Blagoweschtschensk im Amur. Obgleich seither schon drei Wochen hingegangen waren, sprach man doch so hitzig darüber, als ob es gestern gewesen wäre.

Wir sitzen an dem gemeinsamen Tische und frühstücken. Ein Offizier in Polizei-Uniform tritt ein. Ich denke: „Mit dem über die Katastrophe zu reden, wäre gut, ich will ihn kennen lernen." So gehe ich auf ihn zu und stelle mich vor. Wir machen Bekanntschaft. Ich führe ihn auf mein Zimmer und wir plaudern.

„Bitte, sagen Sie, wer hat denn befohlen, sie zu ersäufen?"

„Sie zu ersäufen hat niemand befohlen" — antwortet er ruhig und leert sein Glas Limonade. „Vom Vorsitzenden der Heeresverwaltung war der Befehl gekommen, alle Chinesen zu sammeln und sie zum Ufer nach Werchne-Blagoweschtschensk zu treiben, wo der Amur schmäler ist, und sie dort in Böten auf das andere Ufer zu befördern. Ich befahl dem Pristaw, das auszuführen, und der hat die Chinesen hingejagt, aber es zeigte sich, daß gar keine Böte

vorhanden waren. Nun, da hat man sie direkt ins Wasser getrieben, denn es war eine Panik über alle gekommen."

„Wie viele sind denn ihrer Meinung nach ertrunken?"

„Ja, viele werden es sein, denn es ist dreimal getrieben worden," erklärte mein neuer Bekannter. Dies war alles, was ich von ihm herausbekommen konnte. Aber abends ging ich an den Hafen, um zu erfahren, wann der erste Dampfer nach Chabarowska abgeht, und unterhielt mich dort, auf einer Bank sitzend, mit dem Kassierer, einem lieben und ehrwürdigen Greise.

„Sehen Sie jenes große Steinhaus," sagte der. „Die ganze erste Etage war von einem chinesischen Magazin eingenommen. Der Besitzer, ein dicker Alter, hat wohl 30 Jahre dort Handel getrieben. Er war ein sehr reicher Millionär, eine gute Seele, und hat unseren Russen viele Schulden erlassen. Wir waren als Nachbarn gute Freunde. Als man nun die Chinesen austrieb, hat man auch ihn fortgejagt. Er war aber, als ein angesehener Mann, nicht gewohnt, daß man ihn stieß. Alle in der Stadt achteten ihn und er hatte einen gewaltigen Geldumsatz. Es war aber an diesem Tage eine große Hitze und mein Chinese konnte nicht ordentlich gehen. Wie er mich sah, wollte er mich umarmen und umfaßte meine Kniee. „Iwan, Iwan!" rief er, „rette mich!" Er zog sein Taschenbuch heraus. „Sieh," rief er, „hier sind 40000, nimm sie für Dich, nur rette mich!" Nun, ich sagte ihm: „ich bin ein kleiner Mann, was kann ich machen?" Da aber schlug ihn ein Kosak mit der Peitsche (pletj) über den Rücken und trieb ihn vorwärts. Und so habe ich ihn weiter nicht gesehen.

Der Kassierer erzählte das alles so aufrichtig und mitleidig, daß ich nicht den geringsten Zweifel an der Wahrheit hegen konnte. Mir war es, als sähe ich diesen dicken, von der Hitze geröteten, schwitzenden Chinesen, in seinem blauen Seidengewande, den die Kosaken mit Kantschuhieben mit dem großen Haufen forttreiben.

Gewiß, das ist ein arges Greuel — so eine friedliche Bevölkerung von einigen tausend Menschen umzubringen. Denn man sagt ja nur, daß es 3000 gewesen seien. Andere haben mir die Versicherung gegeben, daß beinahe 10000 umgekommen seien! Wird die Wahrheit je zu Tage kommen? Gott weiß es. Aber man muß sich auch in unsere Lage versetzen. Die halbe Bevölkerung der Stadt

bestand aus Chinesen. Und plötzlich fängt man vom anderen Ufer an zu schießen. Und wer schießt? Ihre Brüder und Glaubensgenossen! Eine begreifliche Erbitterung entsteht. Die ganze Stadt glaubt, sie hätten sich mit den anderen Chinesen verschworen, die Russen umzubringen. Es waren außer einem Bataillon Reserve fast keine Truppen vorhanden, auch keine Waffen. Wie nun das Schießen beginnt, stürzen alle Russen zur Obrigkeit und verlangen Waffen und zugleich bitten sie, daß man die Chinesen auf das andere Ufer schaffe. Wie man sie dann ans Ufer treibt und nichts zur Überfahrt vorhanden ist, so entstand naturgemäß jene Katastrophe, die erfolgen mußte."

Wir müssen gestehen, daß die Art, wie ein Mann von Wereschtschagins Bildung diese Untat entschuldigt, fast ebenso barbarisch ist, wie die Tat selbst. Denn das Erstaunliche ist die Gewissenlosigkeit, mit der alles den untersten Organen überlassen wird. Weder der „Chef der Militärverwaltung", noch jener Polizeimeister, der den Hergang erzählt hat, noch sonst irgend eine Person von Autorität hält es der Mühe wert, die Ausführung eines Befehls zu überwachen, von dem das Leben von vielleicht 10000 Menschen abhing, obgleich doch undenkbar ist, daß der dreimal wiederholte Jammer der Fortgetriebenen, durch den Kantschu der Kosaken Angefeuerten, nicht zu ihnen gedrungen sein sollte!

Wereschtschagin erzählt weiter, wie er auf der Fahrt von Blagoweschtschensk nach Chabarowska mit dem Dampfer durch die unermeßliche Reihe der aufgedunsenen auf dem Amur schwimmenden Chinesenleichen fährt, die von den Fäulnisgasen vom Grunde des Flusses emporgehoben, jetzt langsam dem Meere zuschwimmen. Er zählt: 130, 131, 132! eine Landzunge verlegt die Aussicht, aber an beiden Ufern zieht sich wie eine Garnitur die endlose Reihe der Chinesenleichen hin. „Die Luft ringsumher war stark verpestet und wir alle hielten unwillkürlich unser Taschentuch vor die Nase." „Es ist schwer, auch nur annähernd zu sagen, wie viel Leichen wir an diesem Tage überholten, aber da wir an der einen Landzunge 150 zählten, muß man wohl annehmen, daß es nicht wenige waren! Wir machen Halt um Holz einzunehmen. Ein Chinese wird ans Ufer geworfen. Ich nehme meinen Apparat, um ihn rasch zu photographieren. Aber als ich eben beginnen wollte, ergriff eine Welle die Leiche und trug sie fort . . ."

Man sage nicht, daß die Wereschtschaginsche Erzählung keinen Raum in einer politischen Betrachtung finden sollte! Sie ist außerordentlich wichtig, ein Stück aus der Praxis der Orientpolitik Rußlands und eine drastische Illustration zugleich, die bestimmte nationale Eigentümlichkeiten verständlich macht. Chinesen und Russen leben 30 Jahre lang neben und miteinander in Blagoweschtschensk und der reiche Chinese ist dem gemeinen Mann unter den Russen ein barin (Herr) wie die anderen auch. Fürst Uchtomski hat in seiner vielerwähnten Broschüre gerade dadurch die Überlegenheit der russischen Kolonisationserfolge im Orient begründet. Die hochmütigen Abendländer können es nicht nachmachen. Aber ein Moment der Erregung, und das alles ist vergessen, und mit den „Ungläubigen" wird umgesprungen, schlimmer als mit dem Vieh. Gefühllos bringt man sie um; von der „herzlichen Gutmütigkeit" der Russen ist nichts mehr übrig geblieben, und unter all den tausend russischen Bewohnern von Blagoweschtschensk hat sich nicht einer gefunden, der einem Gastfreund das Leben gerettet hätte; sie sind umgekommen bis auf den letzten Mann. Ob auch die Weiber und Kinder, wird nicht gesagt, aber wir haben auch nirgend erwähnt gefunden, daß sie am Leben geblieben sind.

Doch das liegt nunmehr bereits anderthalb Jahre hinter uns; die Zehntausend von Blagoweschtschensk haben längst am Grunde des Meeres dauernde Ruhe gefunden, und wenn auch der Rückstrom chinesischer Bevölkerung nur langsam erfolgt und die russischen Bewohner der okkupierten oder annektierten Gebiete auch empfindlichen Mangel an Bedienung leiden, allmählich füllen sich die Lücken, und schon heißt es, daß die Goldfelder der Mongolei eine immer größere Anziehungskraft ausüben. Erweisen sie sich so ergiebig, wie angenommen wird, so wird der russische Finanzminister trotz des glänzenden Reichsbudgets, das er für 1902 veröffentlicht hat, gewiß erleichtert aufatmen. Die 900 Millionen Rubel des „freien Baarbestandes der Reichsrentei" können die Tatsache doch nicht verdecken, daß es zur Zeit wirtschaftlich übel um Rußland steht. Die Jahresberichte der großen und kleinen Zeitungen sind außerordentlich pessimistisch. Die „Pet. Wjed." haben eine Reihe solcher Berichte (offenbar zustimmend) zusammengestellt. „Das vergangene Jahr" — schreibt die Smolenster Zeitung — war ein Jahr nicht erfüllter Hoffnungen und

in nichts zerronnener Träume." „Dieses Jahr" — sagt die Zeitschrift „Volksgesundheit" — „hat nichts getan, was zum Heil der Menschheit dienen könnte: Armut und Bettelei haben zugenommen, beide aber sind bekanntlich die schlimmsten Feinde der Volksgesundheit." Die „Nowoje Wremja" klagt, daß auf die Mißernte des Jahres 1900 das vergangene Jahr wiederum einen Mißwachs gebracht habe und daß der gegenwärtige ungünstige Winter für das Jahr 1902 neue Not fürchten lasse. „In Anlaß dieser so häufigen Mißernten mehren sich die Stimmen, welche behaupten, daß es sich nicht um eine zufällige Erscheinung handle, sondern um die Konsequenzen der in jeder Hinsicht unbefriedigenden Lage der russischen Landwirtschaft." Fast ebenso pessimistisch behandelt diese große Petersburger Zeitung die Lage der russischen Industrie; doch spricht sie die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige Krisis das Gute gehabt haben werde, viele Schäden aufzudecken und hoffentlich dahin führen werde, „daß einige tief eingewurzelte Übertreibungen unseres Schutzzollsystems revidiert und im Interesse der Konsumenten, das heißt der großen Masse des Volkes gemildert werden." Auch der Überblick über die Tätigkeit der Banken und der Börse ist in Schwarz gezeichnet und offenbar nicht übertrieben, wie denn überhaupt diese Jahresberichte der „Nowoje Wremja" allen Interessenten und auch unseren Herren Vertretern in Reichstag und Landtag nur dringend zum Studium empfohlen werden können. Sie sind in der Nr. 9277 1. 14. Januar 1902 zu finden.

Wenn, wie wir mit Recht meinen annehmen zu dürfen, der Pessimismus der russischen Presse vollberechtigt ist, so wirkt der aggressive Ton, der uns gegenüber angeschlagen wird, recht befremdend. Wenn man große und doch nicht ganz unbedenkliche politische Unternehmungen vorhat, muß man mindestens wirtschaftlich dazu vorbereitet sein. Was denkt nun die „Nowoje Wremja", wenn sie am 2. 15. Januar ihren Lesern die folgende Weisheit auftischt: „Am europäischen Horizonte erhebt sich in noch undeutlichen Umrissen das furchtbare Gespenst des europäischen Krieges. Man ahnt, daß jener Kampf, der seit Jahrhunderten geführt wird und der fortdauert bis zum heutigen Tage, daß der Kampf zwischen Slaven und Germanen schließlich zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen den Hauptvertretern diesen beiden Rassen, den Russen und den

Deutschen führen wird. Früher oder später, aber kommen wird der Krieg." Diese Äußerung der „Nowoje Wremja" aber ist charakteristischerweise sofort an die Londoner Zeitungen telegraphiert worden.

Uns scheint das nicht nur frivol, sondern außerordentlich töricht gedacht. Für die Notwendigkeit eines solchen Krieges spricht nichts, wenn nicht etwa die blutige Phantasie der „Nowoje Wremja"; vielmehr läßt sich voraussehen, daß die divergierenden Interessen sich allmählich ausgleichen und die bestehenden Gegensätze in gleichem Verhältnis abstumpfen werden. Bei uns in Deutschland sieht man die Entwicklung der russischen Dinge wie ein Schauspiel an, ohne jede Beunruhigung, bald beifällig, bald mißbilligend, wie es das gute Recht dessen ist, der einen Platz im Parket hat. An einen bevorstehenden russisch-deutschen Krieg glaubt kein politisch denkender Mensch. Es ist das heute die unwahrscheinlichste aller politischen Kombinationen, denkbar nur, wenn Rußland auf Abenteuer nach Westen hin ausginge, während doch jedermann weiß, daß die Politik des Petersburger Kabinets nach Osten hin orientiert ist und ihre empfindlichen Punkte am Persischen Golf und am Stillen Ozean hat. Ebenso fern aber liegt die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland durch einen deutsch-französischen Krieg zu einer Aktion herangezogen wird. Deutschland will keinen Krieg mit Frankreich führen und Frankreich, so lange es das republikanische Frankreich bleibt, wird keinen Krieg gegen Deutschland führen. Auch geht Frankreichs politische Orientierung heute nach Afrika und nach Ostasien hin. Die Zettelungen aber, die auf die englisch-französisch-russische Allianz hinzielten, um durch diese Deutschland klein zu machen, können bereits als endgiltig gescheitert betrachtet werden. Also, was soll der Lärm?

Die Eröffnung des englischen Parlamentes und die ersten Verhandlungstage haben wenig Neues gebracht. Die Parteien stehen einander ohne gegenseitiges Verständnis gegenüber, wie während des ganzen Verlaufes des südafrikanischen Krieges. Die scharfe Kritik, der Lord Rosebery die Politik des Kabinets unterzogen, ändert nichts an der Tatsache, daß nach wie vor Lord Salisbury und Chamberlain am Ruder bleiben und wenn der erstere jedem, der es hören will, unter der Hand mitteilt, daß er Chamberlains

Reden nie lese und keinerlei Verantwortung für sie übernehme (konf. Débats vom 20. Januar), so läßt er ihn doch vor dem Parlament durch Landsdowne und Balfour, so gut es eben gehen will, verteidigen. Auch scheint sich allmählich das Ohr des Ministeriums den Stimmen zu erschließen, die von der Notwendigkeit reden, mit den Buren in irgend welcher Form Verhandlungen anzuknüpfen. Die holländische Regierung scheint durch Herrn Kuyper die ersten diskreten Vermittlungsversuche gemacht zu haben. Haben sie bisher nicht zum Ziel geführt, so scheint uns doch nicht alle Hoffnung für die Zukunft ausgeschlossen. Im persischen Golf ist den Engländern ein Versuch, ihre Suprematie weiter auszudehnen (über Gazireh und Sohar) mißglückt und die Russen haben die Gelegenheit benutzt, um recht ostentativ den Kreuzer „Warjäg" in Maskat anlegen zu lassen und dort ein kleines Verbrüderungsfest mit der französischen Kolonie des Ortes zu begehen.

In Frankreich ist man ganz mit den Vorbereitungen zu den Wahlen beschäftigt, und was jetzt dort getan und geredet wird, ist von diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen, verdient also nicht besondere Beachtung. Immerhin hat es uns gefreut, daß die endlich erfolgte Bestätigung der Konvention über die Bagdadbahn für die anatolische Eisenbahngesellschaft von der französischen Presse gut aufgenommen worden ist. Der Sultan hat die Garantie der Kilometergelder (16500 Frcs.) gewährt und bestimmt, daß die Eisenbahn von Konieh über Biredjik, Mosul, Bagdad nach Bassora gehen wird. Also nicht nach Koweit, wie ursprünglich beabsichtigt war. Eine Zweigbahn von Biredjik nach Alexandrette wird wohl von den Franzosen gebaut werden. Die ganze Linie wird 2500 km lang sein. Die Deutsche Bank und die Banque Ottomane arbeiten hier Hand in Hand, wir hoffen das Beste von ihrem Zusammenwirken.

Die Fahrt des Prinzen Heinrich nach New York kann nur sehr beifällig begrüßt werden. Alles, was unsere guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten fördert, ist uns erwünscht.

24. Januar. Unterzeichnung des Vorvertrages über Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an die V. St. von Nordamerika.
24. Januar. Abreise des Prinzen von Wales nach Berlin.
25. Januar. Jnanschikai wird mit der Neuorganisation der chinesischen Armee betraut.
27. Januar. Kaiser Wilhelm schenkt der Stadt Rom eine Goethestatue.
28. Januar. Eintreffen einer französischen Gesandtschaft in Marokko.
29. Januar. Rückkehr des Prinzen von Wales.

29. Januar 1902.

Zum 43. Geburtstage Kaiser Wilhelms sind zahlreiche fürstliche Gäste nach Berlin gekommen. Auch wir sagen ihnen unsern Bewillkommnungsgruß zugleich mit den aufrichtigen Wünschen, die wir unserm Kaiserlichen Herrn in Treuen entgegentragen. Die Welt hat sich allgemach daran gewöhnt, den 27. Januar als einen Tag zu betrachten, der ihr erneute Friedensbürgschaft bringt, und gewiß mit Recht. Gerade die an diesem Tage besonders hervortretende Idee des Zusammenstehens von Kaiser und Reich und der sorgfältig gepflegte Zusammenhang der dynastischen Beziehungen, die zwischen dem Reichsoberhaupt und den Fürsten der Bundesstaaten bestehen, dient der Zuversicht auf Erhaltung des Weltfriedens, der heute ohne ein einiges Deutschland nicht mehr denkbar ist. Die fast beispiellos dastehende gewaltige Überzeichnung unserer bescheidenen Reichsanleihe hat noch kürzlich dieser Vorstellung Ausdruck gegeben, und wir schätzen von diesem Standpunkte aus es keineswegs gering, daß gerade die Beteiligung der auswärtigen Mächte an dieser Anleihe eine so ungewöhnlich starke gewesen ist. Sie zeigt uns, daß die verhetzende und aufreizende Tätigkeit einer ausländischen Journalistenklique heute als endgiltig gescheitert betrachtet werden kann: alle die Anläufe auf die große Weltallianz gegen Deutschland, auf die Sprengung des Dreibundes und was sonst an unterirdischer Wühlerei sich ans Licht der Öffentlichkeit drängte, sind in nichts

zergangen, und ebenso das mit besonderer Zähigkeit festgehaltene Bestreben, einen tatsächlichen Bruch zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Auch hier haben die dynastischen Zusammenhänge sich als ein positives Moment von außerordentlicher Stärke und Bedeutung erwiesen. Der Prinz von Wales, den wir heute unter der glänzenden Reihe der Gäste des Kaisers noch besonders begrüßen wollen, steht den Jahren nach unserem Kaiser näher als König Eduard VII.; die schwierigen Probleme, die im Schoß der Zukunft ruhen, werden dereinst den Gegenstand seiner Lebensarbeit bilden, während er in den Kämpfen der Gegenwart, nach den Traditionen nicht nur des englischen Königshauses, als ein Unparteiischer außerhalb des Getriebes der Parteien steht. Die Reise, die ihn im vorigen Jahre durch die Kolonien des greater Britain geführt hat, kann nicht an ihm vorübergegangen sein, ohne starke Eindrücke von dem besonderen Geist hinterlassen zu haben, der in jenen Halbrepubliken lebt. So sehr dabei der Zusammenhang der angelsächsischen Rasse in fast überschwenglicher Weise in den Vordergrund gerückt wurde, und so natürlich es war, daß er auch seinerseits in seinen Erwiderungen nachdrücklich den gleichen Ton anschlug, kann ihm doch auch nicht entgangen sein, daß in diesen neuen Welten sich eine besondere Geistesart ausgebildet hat, die sich vielleicht am besten als antieuropäisch bezeichnen läßt. Der australische und der kanadische Imperialismus sind nicht bloß in der Form, sondern im Wesen vom Imperialismus des Mutterlandes unterschieden, und wenn es heute in England eine politische Schule gibt, die den Kolonien gegenüber in steter Rückzugsbewegung ist, so daß, wenn diese Entwicklung weitergeht, die Richtung der Reichspolitik nicht mehr vom Mutterlande, sondern von ihnen bestimmt werden wird, so gibt es dagegen nur ein Remedium, die feste Aufrechterhaltung des europäischen Charakters des vereinigten Königreichs.

Sehen wir recht, so liegt hier die entscheidende Zukunftsfrage. Die Entwicklung der letzten 30 Jahre ist so gegangen, daß England sich von seinen europäischen Zusammenhängen immer mehr löste. Man hat dafür das Schlagwort der „splendid isolation" gefunden, aber das scheint uns nur ein glänzender Name für eine Notlage zu sein, die sich auf die Dauer ohne eine empfindliche Schädigung nicht wird behaupten lassen. Wir wünschen, daß der

Prinz von Wales noch oft unser Gast sei, damit ihm jene europäischen Notwendigkeiten und Zusammenhänge recht lebendig werden. Sie ruhen, trotz aller Realpolitik, auf einem Untergrunde idealistischer Anschauungen, die wir als kostbarstes Erbe der Geistesarbeit vergangener Jahrhunderte hochhalten, und in dieser Geistesarbeit ist kein anderes Volk der Erde so sehr mit uns in gleicher Richtung gegangen, wie das englische. Die weltumfassenden philosophischen Systeme, auf denen das sittliche Urteil und das Denken der Gegenwart seinen Fortschritt gründet, sind in Deutschland und in England erdacht und erlebt worden; unsere großen Dichter werden nirgends besser gewürdigt als in England, und Deutschland ist das klassische Land der Shakespearekenner. Wir könnten gerade dieses Motiv noch weit ausführen, aber wir brechen ab. Was uns zu sagen am Herzen lag, war, daß wir über die peinlichen Empfindungsgegensätze des Augenblicks hinweg an eine Zukunft glauben, die sie überwunden haben wird, und daß uns der Prinz von Wales als einer der bedeutsamsten Träger dieser Zukunft doppelt willkommen sein soll.

Umsomehr bedauern wir die großen und kleinen Ungeschicklichkeiten, die uns in letzter Zeit wieder auf englischem Boden entgegengetreten sind. Der Entrüstungslärm über die Bemerkungen des Grafen Bülow gehört in erster Reihe hierher. Wir möchten darauf mit den Worten einer angesehenen englischen Zeitschrift „The Pilot" antworten, die sehr treffend das folgende bemerkt: „Was hat denn der Reichskanzler eigentlich gesagt, das eine solche Entrüstung berechtigte? Er hat im Reichstage am Mittwoch vor acht Tagen erklärt, daß, wenn der Minister eines befreundeten Landes Beispiele aus dem Auslande herbeizieht, er in Gefahr ist, nicht bloß mißverstanden zu werden, sondern auch ohne Absicht die Gefühle anderer zu verletzen. Nun, daß eine solche Gefahr besteht, ist doch deutlich an dem Fall Chamberlain zu erkennen. Er zog, ganz bona fide, ein fremdes Beispiel heran, ohne damit andere verletzen zu wollen, und trotzdem verletzte er, wie die Tatsachen beweisen. Und Graf Bülows Lage ist genau die nämliche. Wo ist ein Stachel in seiner Erklärung, daß er hoffe, es werde im Reichstage nicht in Übung kommen, Minister eines fremden Landes zu beschimpfen oder fremde Armeen zu insultieren? Wahrscheinlich ist Graf Bülow ebenso unfähig, die Wirkung seiner Worte in England zu erklären, wie es

Mr. Chamberlain mit seinen Worten in Deutschland ergangen ist. Wenn wir Graf Bülows Stellung im Reichstage hinzunehmen und die ewige Schwierigkeit, die er zu überwinden hat, um eine Mehrheit für sich zusammenzuhalten, so kann kein verständiger Mensch überhaupt mehr von ihm erwarten, als er wirklich getan hat. Wir zweifeln z. B. daran, daß ein englischer Minister bei Zurückweisung der Angriffe, die Engländer sich während des Dreyfusprozesses gegen die französische Nation geleistet haben, sich um ein Haar breit entschiedener ausgedrückt hätte, als Graf Bülow getan hat."

Wir registrieren diese klare und vernünftige Auffassung der Lage mit um so größerer Genugtuung, als ein Teil der deutschen Kolonie in London im Begriff zu sein scheint, durch eine Protestversammlung gegen deutsche Verunglimpfungen Englands eine große Torheit und was mitunter schlimmer ist, eine noch größere Taktlosigkeit zu begehen.

Das Protestieren können sie den Engländern überlassen, wir würden jenen Herren Landsleuten nur dann ein Recht dazu zuerkennen, wenn sie im Januar 1896 und bei zahlreichen späteren Gelegenheiten nicht versäumt hätten, gegen die Verunglimpfungen zu protestieren, die von englischen Blättern und von englischen Körperschaften gegen unseren Kaiser und gegen unsere Nation ausgegangen sind. Aber damals haben jene Herren geschwiegen, so mögen sie denn auch heute schweigen!

Zu den Ungeschicklichkeiten rechnen wir auch die Erklärung, die der Unterstaatssekretär Cranborne, bekanntlich der Sohn Lord Salisburys, der einst, als er in das politische Leben eintrat, denselben Titel führte, auf die Anfrage des Mr. Norman gab, als dieser fragte, ob ein geheimes deutsch-englisches Abkommen bezüglich des Persischen Golfes bestehe. Der Unterstaatssekretär antwortete nicht, wie es allein korrekt und den Tatsachen entsprechend gewesen wäre, mit einem unzweideutigen „Nein", sondern ausweichend; wenn er anfangen wollte, den Abschluß eines Abkommens über den einen oder den anderen Punkt abzuleugnen, wäre das Geheimnis bald kein Geheimnis mehr.

Wie diese Entgegnung wirkte, zeigten schon die Verhandlungen des folgenden Tages im englischen Parlament (am 23.), in welchen

derselbe Mr. Norman in nicht mißverständlicher Weise andeutete, daß er an ein derartiges geheimes Einverständnis mit Deutschland glaube, und das Vorrücken Deutschlands zum Persischen Golfe hin als eine der bedenklichsten politischen Erscheinungen der Gegenwart bezeichnete. Die Folge könne für England nicht nur eine schwere Schädigung seines Handels, sondern sogar „imperial disaster" bedeuten. In der sich daran schließenden Debatte hatte Lord Cranborne Gelegenheit, auf diese Frage zurückzukommen. Er hat es aber nur beiläufig und in einer Allgemeinheit und in einer Verbindung getan, die jede Wirkung a priori ausschließen mußte. Er sagte: „Wir würden es willkommen heißen, wenn die Russen ihren Anteil an der Entwicklung des Eisenbahnwesens des Landes nehmen, ganz wie wir es willkommen heißen würden, wenn die Deutschen an der Entwicklung dieser Regionen teilnehmen."

Die Antwort darauf klingt uns nun in der durch den Telegraphen alarmierten russischen Presse entgegen. Der Fürst Uchtomski hat es für nützlich befunden, in den „Petersburger Wjedomosti" wieder einmal seinen wilden Mann, den unseren Lesern bekannten Wladimir Holmstroem, loszulassen, der, an den Abschluß der Bagdadkonvention anknüpfend, in einem atemlosen Leitartikel den bevorstehenden Untergang der Türkei ankündigt:

„Als Vorläufer der zum Bewußtsein gekommenen (sic!) Idee der Teilung der Türkei erscheint das Vorgehen Englands an der arabischen Küste: die neue Richtung der Politik läßt sich daran erkennen, wie Deutschland sich systematisch zu seiner neuen Rolle vorbereitet und muß dahin führen, daß Rußland sich in diesen Gebieten das politische System Englands zu eigen macht. Außerdem ist zur Kategorie dieser Erscheinungen das franko-italienische Abkommen über Tripolis, die französische Demonstration in Mitylene und die Vorbereitung Österreichs auf mögliche Ereignisse im Orient zu rechnen. Allerdings gibt die deutsche Regierung sich alle Mühe, die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinete vom nahen Orient abzuwenden: das Aufbauschen der Schwierigkeiten in Venezuela, jetzt der Austausch von Liebenswürdigkeiten a grand scala mit den Vereinigten Staaten, das alles soll nur die Augen ablenken. Das ist eine neue Auflage des „Telegramms Krüger". Aber, man täuscht sich in Berlin, wenn man glaubt, daß Europa sich noch nicht an die

Politik des „Kaiserlichen Kabinets“ gewöhnt hat — Rußland und England können nicht übersehen, daß die neue Rolle, in welcher Deutschland jetzt in Kleinasien auftritt, es ihm möglich macht, Unruhen hervorzurufen, die ebenso gefährlich für die russischen, wie für die englischen politischen Interessen sind. Es ist sehr unvorteilhaft, Deutschland die Rolle des tertius gaudens spielen zu lassen. Noch ist der Berliner Traktat in Kraft — wenigstens um als Mittel der Abwehr zu dienen. „Messieurs faites votre jeu!“

Das ist der Schluß der Holmstroemschen Fanfare, und wir müssen gestehen, ein tolleres politisches Kauderwelsch noch nie gelesen zu haben. Das Merkwürdigste dabei ist wohl, daß er am Schluß eine englisch-russische Verständigung zum Schutz der Integrität der Türkei — gegen Deutschland zu wünschen scheint, und toller läßt sich der politische nonsens schwerlich schreiben, wenn man gleichzeitig, wie Herr Holmstroem es tut, an ein geheimes politisches Einverständnis zwischen England und Deutschland glaubt. Aber dieser Artikel war uns doch in doppelter Hinsicht von Wert. Einmal, weil er uns als Resonanz der englischen Parlamentsverhandlungen erscheint, dann aber, weil er recht unverhüllt die Stimmung zu Tage treten läßt, die in Rußland der Zug der Franzosen nach Mytilene und das Gerücht vom französisch-italienischen Abkommen über Tripolis erregt hat. Ein drittes wird verschwiegen, hat aber nicht minder erbittert und das ist der Anteil, den Frankreich an dem Unternehmen der Bagdadbahn nimmt. Hinc illae lacrimae! Aber wir bedauern nur, nicht trösten zu können, denn die Dinge verhalten sich wirklich so.

Doch wir kehren zu unserem Ausgangspunkt zurück. Nicht für englische Ungeschicklichkeit, sondern für ein schweres Unrecht und für einen groben politischen Fehler halten wir die Erschießung des tapferen Scheepers, weil er bewaffnete Kaffern hat füsilieren lassen. Wir haben die Bedeutung der Kaffernfrage von einigen Wochen an dieser Stelle dargelegt. Die Buren können nicht anders als durch drakonische Strenge den Kaffern die Lust benehmen, am Kampfe teilzunehmen. Täten sie anders, so wäre es ihr eigener Untergang und wenn das englische Kriegsgericht es möglich macht, diese Kriegsmaßregeln als „Mord“ zu bestrafen, so ist das ein empörendes Unrecht. Es ist aber zugleich eine Unklugheit, denn wenn

etwas die Buren zur Fortsetzung des Kampfes bis aufs äußerste und zu wilden Repressalien veranlassen kann, so sind es solche Sprüche. Wie man in Deutschland darüber denkt, brauchen wir nicht zu sagen, aber sehr bedeutsam ist es doch, daß der Senator Teller am 23. des Monats im Senat zu Washington zu einer Intervention zu Gunsten Scheepers aufforderte. Was Teller in Verurteilung der englischen Praxis den Buren gegenüber sagte, war außerordentlich scharf und hat dadurch an Schärfe nicht verloren, daß die während der Verhandlung eingetroffene Nachricht von der Erschießung Scheepers eine Abstimmung zwecklos machte.

Auch das möchten wir hervorheben, daß man in Washington bestimmte Äußerungen, welche in der Rede Cranbornes auf die Verdienste Englands um Amerika während des Philippinenkrieges hinwiesen, als einen Versuch betrachtet, die zur Zeit vorherrschende deutschfreundliche Richtung zu durchkreuzen oder, wie ein New-Yorker Telegramm des „Standard" es ausdrückt: „Lord Cranborne spoke with a view of effectively checking the German flirtation". Wir glauben nicht, daß solche Bemühungen zum Ziele führen können. Der New-Yorker „World" hat das rechte Wort gefunden, wenn er die Herrn Poultney Bigelow zugeschriebene Äußerung: „in 6 Monaten könne es kommen, daß wir gegen Deutschland kämpfen, wie wir gegen Spanien gekämpft haben", folgendermaßen abfertigt: „Von einem deutsch-amerikanischen Kriege reden „is the babble of fools or knaves, and is either preposterous or criminal", also „das Gewäsch eines Narren oder eines Schurken und entweder unsinnig oder verbrecherisch". Das ist sehr kräftig ausgedrückt, aber es trifft den Nagel auf den Kopf und mag auch auf jene anderen Freunde angewandt werden, die uns alle 14 Tage einmal mit ihren Kriegsankündigungen nervös zu machen — versuchen.

Mit besonderem Interesse haben wir die Darlegung gelesen, die am 21. Januar der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, der Kammer über die Stellung Frankreichs in der großen Politik gab. Telegraphische Wiedergaben pflegen ja immer etwas mager zu sein, weil sie aus vielleicht berechtigter, aber nicht immer geschickter Sparsamkeit das Charakteristische der Formulierung in verblaßten Farben wiedergeben. Gelesen macht die Rede einen weit bedeutenderen Eindruck. Sie hat unser Urteil von der großen

Geschicklichkeit des Ministers nur gekräftigt. Die unbequemen Punkte der Interpellation Etienne wurden übergangen oder nur leicht gestreift, alles andere mit großem Nachdruck so gefaßt, daß es die Politik des Kabinets in das allerbeste Licht setzt. Den Ausgangspunkt gab ein rascher Überblick über den erfolgreichen Abschluß der französischen Aktion in China, wobei dann freilich der Hörer den Eindruck gewinnen mußte, daß eigentlich die Leitung und die politische Führung von Anfang bis zu Ende in französischen Händen gelegen habe. Aber so einfach pflegen die Ereignisse sich niemals zu vollziehen, und ohne die Verdienste Herrn Delcassés mindern zu wollen, werden wohl auch die anderen Kabinete und die übrigen an dem chinesischen Kriege beteiligten Truppen ein bescheidenes Verdienst für sich in Anspruch nehmen dürfen. Neu an diesem Teil der Mitteilungen war, daß China Frankreich gegenüber die ausdrückliche Verpflichtung übernommen hat, Ruhe und Ordnung in Yün-Nan aufrechtzuerhalten. Die Stellung dieser Provinz als besonderer französischer Einflußsphäre daraus zu folgern, wäre jedoch ein Irrtum, man würde das tatsächlich bestehende Verhältnis übertreiben. Es ruht auf nachbarschaftlichen Beziehungen und schließt bekanntlich nicht aus, daß auch die Engländer von Ober-Birma aus den Weg nach Yün-Nan gefunden haben. In Bezug auf die Dauer friedlicher Zustände in China sprach sich der Minister sehr zuversichtlich aus, wenn er auch nicht die Möglichkeit von Überraschungen ausschloß.

Der Teil der Rede, die sich mit Frankreichs Stellung in Vorderasien beschäftigte, wird namentlich in Rußland interessieren. Es war nicht mehr und nicht weniger als die sehr bestimmte Behauptung, daß Frankreich heute die erste Stelle auf diesem Boden einnehme, „une place qui n'est égalée par personne“. Das wird dann nach allen Richtungen hin im Detail nachgewiesen. Die französische Industrie ist dort die mächtigste, mehr als ein Drittel aller Eisenbahnen ist in französischen Händen, es hat die vier großen Häfen und die Leuchttürme und verfügt über die größten Kapitalien; unter dem Schutz der Trikolore stehen 500 geistliche Niederlassungen, darunter mehr als 300 Schulen, und jetzt habe der Sultan sich verpflichtet, die legale Fortexistenz dieser Schulen, der französischen wie der von Frankreich beschützten, der Hospize, Kirchen, Asyle und der übrigen französischen Anstalten anzuerkennen. Man wird sie frei lassen von

Grundsteuer und Zollpflicht und dulden, daß sie vermehrt und vergrößert werden. Und das alles sei erreicht worden „sans toucher au droit des autres", der Platz Frankreichs „au grand soleil d'Orient" sei nunmehr gesichert. Im Auslande habe man das wohl verstanden. Wenn man aber frage, weshalb Frankreich Mitylene wieder verlassen habe, antworte er, „weil wir alles erhalten haben, was wir der Welt zu begehren erklärten, weil die Welt uns Glauben schenkte, und weil es eine große Kraft bedeutet, Vertrauen eingeflößt zu haben". Das ist wirklich sehr hübsch gesagt und wir wollen hoffen, daß es auch überall zutrifft.

Es schließen sich hieran einige kurz abweisende Bemerkungen, die im wesentlichen sagen, daß der Minister über die äthiopische Eisenbahn, Neu-Fundland, Neu-Kaledonien, die Neuen Hebriden und Siam nicht reden wolle — es sind das die alten Streitpunkte mit England —, etwas genauer geht er auf Marokko ein und zwar so, daß er dem Leser die Vorstellung erweckt, gerade hier handle es sich um ein ganz intimes Einverständnis mit Rußland, wobei natürlich nur die strikte Erhaltung des status quo das Ziel sei, beiläufig aber auch eine etwas zuverlässigere Festsetzung der Grenzen. Den die französisch-italienischen Beziehungen behandelnden Teil der Rede geben wir als den uns meist interessierenden wörtlich. Herr Delcassé knüpfte an die Reihe von Vorträgen an, welche die Grenzen des französisch-afrikanischen Territoriums — „l'empire le plus vaste, le plus compact du continent africain" — bestimmt haben und fuhr dann fort: „Die franko-italienische handelspolitische Verständigung vom 21. November 1898 und die afrikanische Konvention vom 21. März 1899 haben glücklicherweise den Charakter der politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien verändert. Diese Beziehungen sind so freundschaftlich und vertrauensvoll geworden, daß sie es beiden Regierungen möglich gemacht haben, sich zu beiderseitiger Zufriedenheit vollständig über alle ihre Interessen im Mittelmeer zu erklären.

Diese Erklärungen (explications) haben sie dahin gebracht, festzustellen (constater), daß ihre Absichten (vues) in betreff aller Punkte, die ihre besondere Lage angehen, übereinstimmen, und haben im Monat April zu der Kundgebung von Toulon geführt, die hier wie dort als der Abschluß einer langen Periode unnötiger Mißverständnisse begrüßt worden ist."

Gerade in Betreff der französisch-italienischen Beziehungen hatten wir infolge der Rede von Herrn Barrère und des (übrigens inhaltlich dementierten) Interviews, dem Herr Delcassé sich selbst hatte unterziehen lassen, eigentlich mehr erwartet. Von Tripolis keine Silbe, und ebensowenig von all den Mutmaßungen und Kombinationen, die nachträglich von Wohl- und Übelwollenden daran geknüpft worden sind. Man wird daher gut tun, sich an die hier ex cathedra gegebene Erklärung zu halten, die wohl auch bald in Italien ein Echo erwecken wird.

Ein Kompliment an die Vereinigten Staaten und die nachdrückliche Behauptung, daß die russisch-französische Allianz notwendig sei, damit die Welt ihr Gleichgewicht nicht verliere, bilden den eigentlichen Schluß, obgleich noch zwei Nachsätze folgen. Der eine richtet sich gegen diejenigen, welche die russisch-französische Allianz nicht günstig ansehen und ihre einfachsten Erscheinungsformen mißdeuten, die aber damit nur beitragen, sie weiter zu festigen; der andere gilt der Anwesenheit des Zaren in Dünkirchen und Reims und der Weisheit des Parlaments, dem im Grunde alle diese schönen Erfolge zu danken seien.

Der Dank des Parlaments bestand denn auch außer dem verdienten rauschenden Beifall für den Redner darin, daß gegen das Votum der Budget-Kommission die Gesandtschaft am Vatikan wiederhergestellt wurde. Mit 335 gegen 200 Stimmen! Gewiß ein gutes Beispiel dafür, daß Höflichkeit nicht schadet.

Ende Januar. Versuch einer holländischen Vermittlung zwischen England und den Buren.
31. Januar. Rückkehr des italienischen Geschwaders aus China.
1. Februar. Empfang der Damen des diplomatischen Korps durch die Kaiserin-Witwe von China.
1. Februar. Angebliche Verhandlungen über Tripolis zwischen Frankreich, Italien und der Türkei.
5. Februar. Die französische Kammer nimmt für die Grubenarbeiter den 8stündigen Arbeitstag an.

5. Februar 1902.

Wer regelmäßig die englischen Parlamentsverhandlungen verfolgt, und das sollte jeder Politiker tun der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, weiß auch, daß das wichtigste politische Material nicht in den breit angelegten, behaglich rollenden oder scharf zugespitzten Reden der Regierungspartei oder der Opposition zu finden ist, sondern in den Antworten, welche die Regierung auf die schriftlich eingereichten Fragen der wißbegierigen Parlamentsmitglieder gibt. Sie sind stets möglichst kurz gefaßt, scharf präzisiert und im Gefühl der Verantwortlichkeit vor einer über England hinaus reichenden Öffentlichkeit abgegeben. Man darf unter allen Umständen eine derartige Antwort vom Regierungstische her als hochoffiziell betrachten und ist daher wohl berechtigt, sie scharf ins Auge zu fassen.

Gerade die Verhandlungen der letzten 8 Tage haben nach dieser Richtung ein sehr reichhaltiges Material geboten, und es scheint uns nützlich, aus demselben eine mehr historisch-politische und eine aktuell politische Frage hervorzuheben.

Freilich hat jene historisch-politische Frage — wir meinen das Verhalten Englands während des spanisch-amerikanischen Krieges — in gewissem Sinne auch eine aktuelle Bedeutung, deren Tragweite aus einem raschen Rückblick auf die jüngsten Phasen der deutsch-amerikanischen Beziehungen deutlich genug hervorspringt.

Als nach der Übernahme der Präsidentschaft durch den jetzigen Präsidenten Roosevelt eine sichtliche Annäherung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika sich anzubahnen begann, wurde plötzlich in der sogenannten gelben Presse eine Campagne gegen uns in Angriff genommen, und zwar unter Hinweis auf die zweideutige Rolle, die Deutschland angeblich während des spanisch-amerikanischen Krieges gespielt haben sollte. Englischerseits wurde lebhaft sekundiert und dabei Gelegenheit genommen, in aller Bescheidenheit darauf hinzuweisen, wie ganz anders loyal doch England dem angelsächsischen Bruder in jenen Tagen zur Seite gestanden habe. Natürlich gab es Entgegnungen, aber die ganze Angelegenheit schien in den Sand zu verlaufen, weil eine retrospektive Politik der Rekriminationen dem praktischen Sinn der Amerikaner ziemlich zwecklos zu sein scheint. Man pflegt dort vorwärts, nicht rückwärts zu sehen. Aber die Nachricht von der Reise des Prinzen Heinrich machte in England das Interesse für das Verhalten Deutschlands in der Zeit des spanisch-amerikanischen Konflikts wieder lebendig und abermals klang, wenn auch merklich schwächer, ein gefälliges Echo über den Ozean herüber. Offenbar in diesem Zusammenhange hat während des jüngsten Kreuzfeuers von Fragen, das der Unterstaatssekretär Cranborne zu bestehen hatte, Mr. Normann die Frage an ihn gestellt, ob England während dieses Krieges eine Vermittlerrolle zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten gespielt habe. Die Antwort sagte, die englische Regierung habe sich an einer Note beteiligt, die eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen suchte, vorher aber sich die Sicherheit geschafft, daß ein derartiger Schritt in Washington nicht ungünstige Aufnahme finden würde. Spätere Vorschläge, eine Pression auf Amerika auszuüben, aber habe England abschlägig beschieden.

Diese Erklärung des Unterstaatssekretärs sagt nun freilich dem Historiker, der den Verlauf dieser Dinge genau verfolgt hat, nichts Neues über die Auffassung, die England zu verbreiten bemüht ist. In dem dickleibigen Buche von Whates: „The third Salisbury Administration 1895—1900“, dem man einen Salisbury-offiziösen Charakter nicht absprechen kann, wird (S. 95) diese Legende folgendermaßen eingeführt: „In dem Kriege mit Spanien hatte Großbritannien strikte Neutralität eingehalten. Aber die Vorstellung war

verbreitet, daß die Mächte, geführt von Deutschland, geplant hätten, für Spanien einzutreten und an England herangetreten wären, um einen gemeinsamen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben. Großbritannien, sagte man, habe sich geweigert, an irgend welchen Schritten teilzunehmen, die geeignet waren, Amerika zu behindern. Nun hat Deutschland zwar geleugnet, daß es selbst oder durch andere darauf ausgegangen sei, in der kubanischen Frage Stellung gegen die Vereinigten Staaten zu nehmen, und bisher ist kein offizieller Beweis des Gegenteils in England oder in Amerika erbracht worden. Andrerseits ist es aber Tatsache, daß unser Botschafter in Washington der amerikanischen Exekutive von der günstigen Stimmung Großbritanniens Mitteilung gemacht hat, und daß der britische Konsularschutz für amerikanische Untertanen im Gebiet der spanischen Jurisdiktion ein freundschaftlicher Akt war, der dem amerikanischen Volke höchst genehm war." Man sieht, die Fassung ist hier so gewählt, daß den Amerikanern die Vorstellung erweckt werden soll, jene deutschen Interventionspläne seien doch eine Realität gewesen und nur an der entschlossen freundlichen Haltung Englands gescheitert!

Da ist es nun sehr interessant, daß die oben wiedergegebene Erklärung Lord Cranbornes sofort mit einem weitergehenden Kommentar an die „Associated Preß" in New-York depeschiert worden ist (21. Januar) und zwar in folgendem Wortlaut: „Nachforschungen, welche den Gegenstand der Erklärung Lord Cranbornes betreffen, haben die folgenden wichtigen Tatsachen klargelegt. Es kann auf Grund der höchsten Autorität (also Lord Salisburys) festgestellt werden, daß Großbritannien zweimal formell angegangen worden ist, wenn auch nur einmal nach Beginn der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Lord Cranbornes Hinweis auf mehr als einen Vorschlag war offenbar eine Verallgemeinerung, die auch nicht streng offizielle Vorschläge einschloß. Die Gelegenheit, da England entschieden eingriff, war, als der österreichische Botschafter Lord Salisbury aufsuchte und fragte, ob England willig sei, sich einer Kollektivnote der europäischen Mächte anzuschließen, welche die Vereinigten Staaten ersuchen sollte (urging, das Wort ist so gewählt, daß es auch in stärkerem Sinne etwa wie „kategorisch verlangen" verstanden werden kann), vom Kriege mit Spanien abzulassen: die Note solle nicht mit Repressalien oder mit Intervention

drohen, sondern den Charakter eines starken Protestes und eines dringenden Hinweises auf ein Schiedsgericht tragen. Lord Salisbury sah in diesem Vorschlag eine unverantwortliche (unwarrantable) Einmischung in die Angelegenheiten einer befreundeten Macht, und sprach das offen aus, indem er erklärte, daß England an keinem derartigen Schritt teilnehmen werde, namentlich im Hinblick auf die Haltung, die Präsident McKinley zu den Bemühungen der Mächte ante bellum eingenommen habe. Seither ist in Downing-Street nichts mehr von einer Kollektivnote gehört worden."

Auch diese auf dem Umwege über Washington zu uns zurückgekommene Aufklärung trägt die Merkmale der oben gekennzeichneten Tendenz und dem gegenüber ist es doch nützlich, den wahren Sachverhalt einmal festzustellen.

Es sind ziemlich genau vier Jahre her, als durch das Medium des hiesigen spanischen Botschafters die Anfrage an uns herankam, ob Deutschland zum Schutz des monarchischen Prinzips sich an die Spitze einer gegen Amerika gerichteten Aktion stellen wolle. Die Antwort war eine bestimmt ablehnende und ebenso als einen Monat danach (es muß nach unseren Notizen Mitte März gewesen sein) die Aufforderung an uns herankam, uns einer auf österreichische Initiative zu unternehmenden Vermittlung anzuschließen. Wir haben diese Dinge, die kein Geheimnis waren, seinerzeit in unseren Berichten über die äußere Politik der Woche genau verfolgt. Es waren die Wochen, die unter der Nachwirkung der traurigen Katastrophe des „Maine" standen, von der man damals glaubte, sie könne eine Annäherung zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten erleichtern. Aber unsere Regierung hielt es doch für nötig, Herrn v. Radowitz aufzutragen, daß er der Regierung in Madrid mitteilen solle, Deutschland sei außer stande, zur Beilegung des spanisch-amerikanischen Krieges beizutragen.

Es haben danach noch mehrfache Bemühungen stattgefunden, Deutschland oder den Dreibund für eine Aktion zu gewinnen, wobei namentlich Papst Leo XIII. eifrig tätig gewesen ist. Das schließliche Resultat war, daß unser Botschafter in Washington, v. Holleben, angewiesen wurde, sich einem Schritt, den etwa Österreich in Vorschlag bringe, nur dann anzuschließen, wenn die übrigen 5 Großmächte sich beteiligten. Wie es zu dieser Vereinigung kam, können

wir nicht mehr feststellen. Tatsache ist jedenfalls, daß am 7. April eine Kollektivnote in Washington überreicht wurde, die zu friedlicher Verständigung riet und von England, Frankreich, Italien, Österreich, Rußland und dem deutschen Vertreter unterzeichnet war. Wirklich hat man darauf etwa 8 Tage lang glauben können, daß sich der Krieg werde abwenden lassen. Der Marschall Blanco erhielt von Madrid aus den Befehl, den aufständischen Kubanern eine Waffenruhe zu bieten, man war entschlossen, ihnen eine weitgehende Autonomie zu bieten, in der Frage des „Maine" sich einem Schiedsgericht zu fügen. In den politischen Kreisen aber gab man sich keinen Illusionen hin, und als England durch seinen Botschafter am 14. April den Antrag auf eine neue Kollektivdepesche stellte, in welcher die Mächte erklären sollten, Europa halte eine bewaffnete Intervention Amerikas in Kuba nicht für berechtigt, fragten die übrigen Botschafter telegraphisch in Europa an, und auf die entschiedene Ablehnung Deutschlands hin ist dann dieser Schritt unterblieben.

Das gibt, so scheint uns, ein sehr wesentlich von der englischen Legende verschiedenes Bild!

14 Tage danach war im Repräsentantenhause und im Senate zu Washington die gleichlautende Form für die Kriegserklärung gefunden und der Krieg nahm jenen Verlauf, den das unerhört vernachlässigte Kriegswesen Spaniens herbeiführen mußte.

Als dann im Juni und Juli die Unternehmungen der Vereinigten Staaten sich mit immer größerem Erfolge auch gegen die Philippinen richteten, ist England eifrig bemüht gewesen, die Spanier zu veranlassen, ihnen die Bitte um eine spezielle Friedensvermittlung zu übertragen. Aber die Spanier wollten nicht, obgleich es von ihnen vielleicht klug gewesen wäre, sich die englische Vermittlung gefallen zu lassen: denn keiner Macht der Welt war das Übergreifen der Vereinigten Staaten in die Sphäre des Stillen Ozeans lästiger als den Engländern. Aber zwischen Spanien und England lagen alte Erinnerungen, die sich nicht verwischen ließen. Die Spanier haben sich an Frankreich gewandt, das dann dem lateinischen Bruder zu helfen suchte, aber nur erreichte, daß die schließlichen Friedensbedingungen in den Pariser Verhandlungen noch wesentlich geschärft wurden.

Das ist der historische Zusammenhang, und wir hoffen damit die englische Legende recht gründlich ad absurdum geführt zu haben.

Was aber die zweite aktuell politische Frage betrifft, so denken wir an die jetzt umlaufenden Friedensgerüchte, die der Besuch des niederländischen Premier-Ministers Kuyper in London zum Gegenstand des Interesses der ganzen Welt gemacht hat. Denn wer nicht ein so verstockter Politiker ist, daß ihm sein menschliches Mitgefühl über dem Wunsch untergeht, daß England sich durch eine weitere Fortsetzung des Krieges schwäche, der wünscht den Frieden, damit endlich diesem südafrikanischen Jammer ein Ziel gesetzt werde. Auch in dieser Frage sind wir der Meinung, daß weder die Erklärungen Kuypers noch die Antworten Balfours und Chamberlains auf die im Parlament an sie gerichteten Anfragen mehr bieten als einen Schein von Wahrheit. Kuyper ist gewiß nicht aufs Blaue hin nach London gegangen, es ist nicht denkbar, daß er nach allen intransigenten Erklärungen, die von der englischen Regierung vor der großen Öffentlichkeit des Parlaments gemacht worden sind, ohne vorherige Sicherheit, daß der Versuch einer Vermittlung in London genehm sei, sich auf die Reise gemacht hätte. Aber allerdings scheint nach den Erklärungen im Parlament nicht zweifelhaft, daß man nicht ihn, sondern einen diskreten Mittelsmann gewünscht hat, der im stillen wirkte, ohne durch persönliche Eitelkeit dahin geführt zu werden, sich selbst in den Vordergrund zu drängen. Schon daß Kuyper persönlich nach Brüssel ging, war ein grober Mißgriff. Derartige Besuche bleiben nun einmal nicht geheim. Auch zweifeln wir nicht daran, das, was uns als englische Antwort angekündigt ist, nunmehr eine in der Form zwar höfliche, aber entschiedene Ablehnung sein wird. Trotzdem aber glauben wir an kommende Friedensverhandlungen, und wenn die Engländer die Zeit nützen, wo die Notwendigkeit der Aussaat die Buren milde stimmt, und wenn England klug ist, auch an die Möglichkeit eines günstigen Ausganges. Es klingen Nachrichten herüber, aus denen sich ergibt, daß seit einiger Zeit von nichtoffiziellen Persönlichkeiten und neuerdings auch von Kapministern in privater Form Versuche gemacht werden, um die Führer der kapländischen Afrikander zu bewegen, ihren Einfluß auf die Buren im Interesse des Friedens geltend zu machen. So meldet die „Kap Times", daß man in gut unter-

richteten holländischen Kreisen in Kapstadt hoffe, Hofmeyer werde die niederländische Regierung veranlassen, an die englische Regierung mit Friedensvorschlägen heranzutreten. Also doch wieder die niederländische Regierung! Die Frage ist nur, wie? und auf welcher Verhandlungsbasis?

Überdenkt man die Lage, so haben die Engländer sich so festgeredet, daß man nicht sieht, wie sie auf den Anspruch der Oberhoheit verzichten können. Unsere Idee, die Anerkennung einer geographisch beschränkten Unabhängigkeit der Buren, die wir nach wie vor für die einzige Lösung halten, die einen dauernden Frieden bringen kann, hat bis zur Stunde in England keinerlei Widerhall gefunden und ist ebensowenig von den Kreisen um den Präsidenten Krüger aufgenommen worden. Daß Emigranten intransigent sind und die Fühlung für das Mögliche verlieren, ist nun freilich nicht wunderbar. Das liegt im Wesen der menschlichen Natur begründet. So wie die Dinge liegen, ist aber die Herstellung des status quo ante für England eine Unmöglichkeit, darüber darf man sich nicht täuschen, und soweit wir über die Denkungsart der Buren unterrichtet sind, täuscht man sich in Afrika auch nicht darüber. Also wir meinen, die Anerkennung der englischen Fahne als der Landesfahne würde kein unüberwindliches Hindernis bieten. Vor dem Jameson-Einfall hatten die Verhältnisse in Transvaal sich bereits so gestaltet, daß die Buren holländisch und englisch nebeneinander sprachen, ja sogar in den Kreisen der besser Gebildeten englisch miteinander korrespondierten. Sie waren damals noch unbewaffnet und hatten Flinten von einem gänzlich veralteten Typus. Erst der verbrecherische Jameson-Einfall hat das geändert. Aber es läßt sich trotz der Erbitterung, die heute besteht, wohl denken, daß die Gewährung voller lokaler Autonomie unter den ihnen gewohnten Formen sie zum Niederlegen der Waffen veranlaßt. Denn auch sie sind Menschen und sehnen sich nach Ruhe, Frieden und Häuslichkeit. Aber freilich, es darf kein Kaffernwahlrecht bestehen und es muß eine Amnestie für die tapferen Mitkämpfer aus den Reihen der Kapholländer gewährt werden.

Uns scheint, England kann beides bieten. Geschieht es nicht, so dauert der Krieg fort. So liegen die Dinge, und uns wundert nur, daß niemand in England den Mut findet, sich vor der Öffentlichkeit zu diesem Programm zu bekennen. Das Fegefeuer der An-

griffe, die das Ministerium am 1. Februar bei der Etatdebatte zu bestehen gehabt hat, zeigt, daß man in England allmählich einsieht, daß auch die reichste Nation der Welt auf die Dauer dieses ungeheure Kriegsbudget nicht ertragen kann. Der berühmte französische Nationalökonom Paul Leroy-Beaulieu kommt in einem Artikel von überzeugender Beweiskraft zum Schluß, daß dieser Krieg dem englischen Volke dauernd weit höhere Lasten auflege, als der Krieg von 1870 71 den Franzosen, und auf Jahrzehnte England ökonomisch in eine Lage versetzen müsse, die es seinen Konkurrenten gegenüber ohnmächtig machen werde. „C'est une dure leçon qui devra profiter aux autres peuples!"

Wir schließen mit einer Betrachtung, zu der uns eine Pariser Korrespondenz des „Hannoverschen Kurier" veranlaßt. Diese Korrespondenz lautet:

Paris, 31. Januar. In kolonialpolitischen Kreisen herrscht große Befriedigung über den Eifer, den Delcassé neuerdings für die Förderung der französischen Kolonial-Interessen entfaltet. Mehrere einflußreiche Persönlichkeiten wurden unter der Hand verständigt, daß dem Botschafter in London, Cambon, wichtige Instruktionen zugegangen sind, die auf Herbeiführung einer möglichst umfassenden kolonialen Entente mit England abzielen. In erster Reihe steht die Erwerbung der Neuen Hebriden für Frankreich, das zum Entgelt auf seine Fischereirechte in Neufundland verzichten würde. Auch die noch unerledigte Siam-Angelegenheit spielt in die von Cambon zu führenden Verhandlungen hinein. Als Hauptstück seiner Bemühungen werden aber mehrere afrikanische Fragen bezeichnet, für deren Regelung der Botschafter bei der englischen Regierung günstige Disposition festgestellt hat. Man hofft hier, die Verständigung auch auf Marokko ausdehnen zu können, nachdem man sich einer passiven Haltung Italiens in dieser Frage versichert hat.

Was bei Erwägung dieser, in Bezug auf ihren Inhalt wahrscheinlich durchaus zutreffenden Notiz auffällt, ist der Widerspruch, in welchen die Politik, die Frankreich verfolgt, seit Herr Delcassé die auswärtigen Angelegenheiten führt, mit der Idee der alliance franco-russe getreten ist, wenigstens so wie man diese in Petersburg versteht. Es ist nicht mehr wie vor wenigen Jahren, daß Frankreich russische Politik macht, sondern es geht mit steigendem Selbstbewußtsein seinen eigenen Interessen nach, die oft in merkwürdig scharfem Gegensatz zu dem treten, was man an der Dworzowaja Ploschtschadj für vorteilhaft hält. Die Annäherung an Italien mit

dem unangenehmen Beigeschmack, den sie durch die sehr lebendigen, auf Albanien gerichteten Wünsche der Italiener gewinnt, die demonstrative Expedition nach Mitylene mit ihrem in Rußland noch weit unbequemeren Anhang an Zugeständnissen für die lateinische Kirche im Orient und jetzt, um den Zirkel zu schließen, die geflissentliche Annäherung an den alten Rivalen der russischen Politik, England! Man kann sich demgegenüber kaum der Vorstellung entschlagen, daß Herr Delcassé auf die alte historische Orientpolitik Frankreichs zurückgreift, wie Richelieu und Ludwig XIV. sie vertraten und wie zuletzt Napoleon im Krimkriege sie gegen Rußland auszuspielen verstand. Sollte er wirklich die Neubelebung der alten Gruppe der Westmächte zum Ziel seiner Politik machen wollen? Fast möchten wir es glauben. Es fehlt ihm weder an Geschick, noch an Ehrgeiz dazu und wir halten — trotz allem — es nicht für undenkbar, daß das französische Volk ihm auf diesen Wegen Gefolgschaft leistet. Aber welche Wandlung der gesamten Weltpolitik würde das bedeuten?

5. Februar. Abreise des Erzh. Franz Ferdinand aus Petersburg.
6. Februar. Schluß der Session des italienischen Parlaments.
6. Februar. Ermordung des bulgarischen Unterrichts-Ministers Kantschew.
7. Februar. Nachricht von Aufständen im mittleren Arabien.
10. Februar. England erklärt, daß es Weihaiwei zu einem offenen Platz bestimmt habe.

12. Februar 1902.

Der historische Überblick, den wir an dieser Stelle vor acht Tagen über die Haltung der europäischen Mächte während der ersten Stadien des spanisch-amerikanischen Konflikts wegen Kubas gaben, hat einen merkwürdig lauten Widerhall gefunden. Wir wollen deshalb in Kürze rekapitulieren. Lord Cranborne hatte im Parlament, gleichsam ex cathedra, eine Erklärung abgegeben, welche die Vorstellung erwecken mußte, daß, während England von Anfang bis zu Ende entschlossen auf amerikanischer Seite gestanden habe, andere Mächte — wobei die Kommentare der Presse auf Deutschland, aber auch auf Rußland hinwiesen —, eine den Vereinigten Staaten mißgünstige, um nicht zu sagen, feindselige Rolle gespielt hätten. Das gab uns den Anlaß, zusammenzustellen, was uns über die Haltung der Mächte an der Hand zugänglicher Quellen bekannt geworden war, und unser Resultat zeigte, daß gerade Deutschland den Standpunkt vertreten hatte, daß in diesem spanisch-amerikanischen Streite, nachdem einmal die Vereinigten Staaten zu der durch eine Kollektivnote aller Mächte vom 7. April 1898 angeratenen friedlichen Verständigung nicht gegriffen hatten, eine Politik völligster Enthaltung die allein richtige sei.

Wir führten weiter aus, wie trotzdem England durch seinen Botschafter in Washington am 14. April den Antrag auf eine neue Kollektivnote stellte, durch welche die Mächte erklären sollten, daß Europa eine bewaffnete Intervention Amerikas in Kuba nicht für

berechtigt halte und wie, auf die entschiedene Ablehnung Deutschlands hin, diese geplante englische Tadelsnote und jede weitere Aktion der Mächte unterblieben sei.

Der Inhalt unserer Ausführungen ist noch an demselben Tage nach Amerika gekabelt und nach London telegraphiert worden und rief hüben wie drüben gewaltige Aufregung hervor. In Amerika waren die Stimmen geteilt, ein Teil der Presse nahm unsere Ausführungen richtig als Konstatierung einer politisch-historischen Tatsache auf und paßte dem ihr Urteil an, ein anderer Teil scheint sich in der englischen Botschaft informiert zu haben und wollte daher in unseren Ausführungen nichts anderes erkennen, als einen böswilligen Verleumdungsfeldzug gegen England. Das war der Ton der „New-York Times", des „Journal of Commerce" und der „Evening Post". Die letztere faßte ihr Urteil dahin zusammen, daß alles, was wir gesagt hätten, nichts anderes sei als eine törichte Behauptung (an absurd statement).

Nun ist aber gestern (Montag, den 10.) in der Abendnummer der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" eine offiziöse Erklärung erschienen, die unsere Darlegung nicht nur bestätigt, sondern inhaltlich noch weiter begründet.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der in der Presse laut gewordenen Äußerungen, verweilt die „Nordd. Allg. Ztg." bei der erwähnten drastischen Formulierung der „Evening Post" (absurd statement) und sagt: „Wir haben hierauf zu erklären, daß in dieser Sache die Torheit nur dort zu entdecken ist, wo man versuchen will, einen Vorgang zu verdunkeln, der sich nicht unter vier Augen abgespielt hat, über den vielmehr am 14. April 1898 die Vertreter sämtlicher europäischer Großmächte in Washington nach Verabredung gleichzeitig und gleichartig an ihre Regierungen berichtet haben."

Damit, so sollte man meinen, dürfte die gegen uns ausgespielte hinterlistige Taktik gewisser englischer Politiker und Journalisten endgültig aus dem Felde geschlagen sein, und wir wollen deshalb auch nicht länger bei dieser für England beschämenden Angelegenheit verweilen. Aber es wird doch interessant sein, zu verfolgen, wie der Rückzug angetreten wird, der jetzt unvermeidlich geworden ist, und was die amerikanischen Blätter und die öffentliche Meinung

des Landes sagen werden, nachdem man sie so kläglich irre geführt hat.

Aber vielleicht wird die Welt nach Jahr und Tag erfahren, daß ähnliche Legenden auch über andere Fragen von hoher politischer Bedeutung im Umlauf sind; denn die Gegenwart bildet sich stets ihr Urteil an dem Schein, an den Symptomen der tiefer und meist verborgen liegenden treibenden Kräfte, und eben deshalb ist es so außerordentlich wichtig, diejenigen Tatsachen festzuhalten, die über diesen Schein hinausführen. Uns ist beim Studium der Rede, die Lord Salisbury am 5. im Junior Constitutional Club, Piccadilly, gehalten hat, doch die Vorstellung lebendig geworden, daß sich an ihr unser Urteil über die Motive Englands bei Aufnahme und Führung des südafrikanischen Krieges klären kann.

Den Anlaß zur Rede des Premier-Ministers hatte die Bitte des Piccadilly-Klubs gegeben, daß Lord Salisbury persönlich die Enthüllung einer von dem Bildhauer T. Brock, R. A., verfertigten Marmorstatue der Königin Viktoria vollziehen möge. Die Statue scheint nach dem Urteil englischer Blätter sehr schön zu sein und stellt die jugendliche Königin überlebensgroß (sechs Fuß) stehend, mit dem Szepter in der gesenkten Rechten dar.

Nachdem die Hülle gefallen war und der Vorsitzende einige schmeichelhafte Worte an Lord Salisbury gerichtet hatte, folgte die Rede Salisburys. Er leitete sie mit Worten hoher Anerkennung für die verstorbene Königin ein und ging dann sofort auf die Tagespolitik über. Mit beißender Ironie behandelte er den „sonderbaren Schritt" (curious step, der Ausdruck wird mehrfach wiederholt) der niederländischen Regierung, die aus Gründen, die sich seinem Verständnis entzögen, von ihrer Fürsprache für die Buren irgend welchen Erfolg erwartet habe. Vielleicht habe die Partei, die man in England „Pro-Boers" nenne, ihr Hoffnungen gemacht; er, Salisbury, aber sei der Meinung, England stehe in einer Periode, in welcher für sentimentale und empfindsame Auffassung kein Raum mehr übrig sei. Es handle sich nicht darum, einen Frieden zusammenzuflicken, der keinen Bestand haben könne, sondern um die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Reiches. „Wir würden" — so fuhr er wörtlich fort — „jede Herstellung des Friedens, durch welche die Rechte unseres Herrn, des Königs, voll anerkannt werden, nicht

nur willig, sondern mit Entzücken annehmen. Es gibt nichts, was wir mehr wünschen als einen Frieden, der die Erfüllung all unserer Pflichten und die Erreichung der hohen Ziele mit sich bringt, welche zu verfolgen unsere Aufgabe ist." („Which it is our business to pursue". Wir haben business höflich mit „Aufgabe" übersetzt, obgleich es näher läge und vielleicht auch treffender wäre, dafür „Geschäft" zu setzen.) Aber England müsse Sicherheit haben. Die Buren hätten sich in Englands Hand gegeben und er werde nicht ruhen, bevor in dem verwüsteten, durch Krügers Ehrgeiz ins Elend geführten Lande die Sicherheit hergestellt sei. Die Gefühle derjenigen, die anders denken, seien ihm gleichgiltig, er denke an die loyal gebliebene Bevölkerung Südafrikas und an deren Gefühle. Auch solle man bedenken, daß alle wesentlichen Teile des britischen Reiches ihre Blicke auf den Ausgang des Krieges gerichtet hielten, und von diesem Ausgange werde es abhängen, ob das Reich an Stärke wachse und ob die Verbindung mit den Kolonien noch weiter an Festigkeit gewinne. Der südafrikanische Krieg sei von so außerordentlicher Bedeutung, weil er die wundervolle Tapferkeit der englischen Soldaten gezeigt und mehr Vertrauen in die auswärtige Politik des Landes erweckt habe. Auch solle man nicht vergessen, daß die gegenwärtige Krisis zwar beängstigend, schrecklich, erschöpfend (anxious, terrible, exhausting) sei, aber doch nicht ewig dauern werde. Er zweifle nicht an dem günstigen Ausgang; sei es aber so weit, so solle der Klub und sollten alle ähnlichen Genossenschaften nicht vergessen, daß sie gestiftet seien, weil es notwendig war, Irland zu retten. Dieser Gedanke habe die Partei der Unionisten zusammengeführt. Die Aufrechterhaltung seiner Machtstellung in Irland sei aber die wichtigste Lebensfrage, die England jetzt ins Auge zu fassen habe, und lasse man nach in Wachsamkeit, so stelle man England vor die größte Gefahr, der es je ins Auge zu blicken hatte (the greatest danger it has ever had to face). Die Feindseligkeit gegen England werde heut von den Iren bitterer und unversöhnlicher zum Ausdruck gebracht, als je in den Tagen Parnells und O'Connells. Denke man sich nun, daß in Irland eine Regierung walte, die, wie die Buren es getan, Waffen und Munition sammle, so werde England dort weit ernsteren Dingen gegenüberstehen als heute in Südafrika.

Der Schluß der Rede war ein heftiger Ausfall gegen die Führer der Liberalen, Rosebery und Campbell Bannerman, obgleich der erstere sich bekanntlich sehr entschieden von den Iren losgesagt hat, und endlich die noch mehrfach wiederholte Mahnung, nicht nachzulassen im Kampf zur Aufrechterhaltung der Union zwischen England und Irland.

Diese Rede ist doch in vielfacher Hinsicht interessant. Einmal steht die große Schärfe, mit der Salisbury den Interventionsversuch des Ministers Kuyper zurückweist, doch im Gegensatz zum Ton der am 5. veröffentlichten Antwortnote Englands. Dazu kommt der Hinweis auf Mittelspersonen, wobei zwar zunächst an die Friedensfreunde unter den Liberalen zu denken ist, aber doch auch eine andere Deutung an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Seit geraumer Zeit bereits geht das Gerücht, daß König Eduard VII. weit weniger intransigent denke, als das gegenwärtige Ministerium, so daß etwa sein Standpunkt dem Roseberys gleichzusetzen wäre. Der Hieb gegen Rosebery wäre in solchem Falle bestimmt, höher hinauf zu treffen und das würde erklären, weshalb Rosebery wider alle Gerechtigkeit zum Mitschuldigen an der Haltung der Liberalen in der Home-Rule-Frage gemacht wird.

Der zweite springende Punkt ist der mehrfach mit Nachdruck wiederholte Satz, daß der Gesichtspunkt des Mitleids überhaupt nicht in Frage kommen dürfe, und wir wären bereit, dem zuzustimmen, wenn das nur den Notwendigkeiten gälte, die der Krieg nun einmal mit sich bringt. Hier aber handelt es sich wohl um mehr: um eine künstliche Harthörigkeit Notrufen gegenüber, denen kein Mensch sein Ohr verschließen darf. Der Bericht der Miß Hobhouse ist so nicht aus der Welt zu schaffen, und den von ihr geschilderten Zuständen gegenüber, deren Realität nicht widerlegt ist, ist die empfohlene Hartherzigkeit nicht am Platz.

Sehr zu beachten ist der Hinweis auf den Zusammenhang, der zwischen dem Ausgang des Krieges und Englands Verhältnis zu seinen Kolonien bestehe. Wir erkennen darin ein wesentliches Moment, das England treibt, den Kampf bis aufs äußerste fortzusetzen. Denn in der Tat: muß England den Buren ihre Selbständigkeit gewähren, so wird, nach allem was gesagt und getan worden ist, daraus nicht ein Schluß auf die zu bewundernde Großmut Englands,

sondern der andere Schluß gezogen werden, daß England nicht stark genug ist, seine Kolonien zu schützen. Lord Salisbury hat das nicht mit diesen Worten gesagt, aber sie sind anders nicht zu verstehen, und der ihnen zu Grunde liegende Gedanke ließe sich vielleicht am besten dahin formulieren, daß am siegreichen Ausgang des Krieges die Zukunft des britischen Imperialismus hängt.

Was aber seine Behandlung der irischen Frage betrifft, so teilen wir Lord Salisburys Meinung durchaus. Vorläufig ist keine Kombination denkbar, in der England den Iren Home Rule, d. h. doch schließliche Selbständigkeit gewähren darf, ohne einen politischen Selbstmord zu begehen. Und deshalb können wir der liberalen Opposition auch keine Zukunft zusprechen, solange sie an diesem Teil ihres Programms festhält. Es läßt sich daher mit größter Bestimmtheit sagen, daß der nächste Wahlkampf in England um die Parole Home Rule geführt werden wird und daß diese Parole alle die berechtigten Beschwerden, die sich gegen das Ministerium Salisbury-Chamberlain erheben lassen, übertönen wird. Das wird sich nur ändern, wenn Rosebery an Campbell Bannermans Stelle die Führung der Liberalen übernimmt und den nicht unbeträchtlichen Teil der Unzufriedenen unter den Unionisten zu sich herüberzieht. Steht dann noch der König zu ihm, dessen indirekter Einfluß doch nicht unterschätzt werden darf, so könnte eine neue liberale Ära in England angehen. Vorläufig jedoch stehen noch so viele „Wenn" und „Aber" dazwischen, daß jede sichere Kombination ausgeschlossen ist.

Inzwischen haben sich in Rußland Dinge vollzogen, die vielleicht dort zu der so oft angekündigten und immer wie ein Schatten geschwundenen liberalen Ära hinüberleiten könnten.

Am 6. Februar ist nämlich im „Regierungsanzeiger" der folgende Ukas veröffentlicht worden:

„Seine Majestät der Kaiser hat Allerhöchst zu befehlen geruht:

I. Zur Klarstellung der Bedürfnisse der Landwirtschaft und zur Erwägung der zum besten dieses Betriebes und der mit ihm verbundenen Zweige der Volkswirtschaft zu ergreifenden Maßregeln ist eine besondere Konferenz unter dem Vorsitze des Finanzministers, aus den Ministern der Landwirtschaft und der Reichsdomänen, des

Innern und anderen Personen, die Seine Kaiserliche Majestät direkt wählen wird, niederzusetzen.

II. Der Präsident der besonderen Konferenz ist zu berechtigen, zur Teilnahme an den Arbeiten der Konferenz mit beratender Stimme diejenigen Personen hinzuzuziehen, deren Meinungsäußerung in der Konferenz sich als nützlich erweisen könnte.

III. Zur genaueren Ausarbeitung der ihrer Beratung unterliegenden Fragen ist der Konferenz anheimzustellen, vorbereitende Kommissionen zu bilden und zwar so, daß die Konferenz Bestand und Grundlage dieser Kommissionen bestimmt.

IV. Der Präsident der besonderen Kommission ist zu berechtigen, die Konferenzbeschlüsse dem Gutachten Sr. Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten, um fernere Direktiven, die den Allerhöchsten Weisungen Sr. Majestät entsprechen, zu erhalten.

Darüber hat der Finanzminister am 23. Januar 1902 (i. e. 5. Februar) dem dirigierenden Senat zur Veröffentlichung Bericht erstattet."

Kaiser Nikolaus hat nun 20 Personen zu Mitgliedern der Kommission ernannt, darunter *nicht* den G.-R. Pobedonoszew, obgleich nicht übersehen werden kann, daß auch die Frage der Stellung der Sektierer in diesen Beratungen eine Rolle spielen wird. Denn darüber kann kein Zweifel sein; es handelt sich um einen Schritt von allergrößter Tragweite. Das Uchtomskische Blatt, das, wo es sich nicht um Fragen der auswärtigen Politik und des nationalen Chauvinismus handelt, oft vortreffliche Artikel bringt, bemerkt sehr richtig: „In der Tat, die Landwirtschaft ist in Rußland nicht nur ein Betrieb oder nur eine Seite der Volksarbeit, sie ist zugleich und in noch höherem Grade die Art und Lebensweise der erdrückenden Mehrzahl der Russen. Landwirtschaft ist fast dasselbe wie Zustand des Landes, und das will sagen, daß es *sich um das Schicksal und den Wohlstand von mindestens 100 Millionen Köpfen handelt*, das heißt um die weit überwiegende Majorität im russischen Reiche. Das ganze Leben dieser Bevölkerung ist von allen Seiten her bedingt durch Landarbeit und durch die damit verbundenen Zweige der Volksarbeit. Weder die bäuerliche *Gemeindeverfassung*, noch die Verhältnisse in Familie und Haus können verstanden werden, wenn man sie nicht in Beziehung zur Landwirtschaft

setzt, und umgekehrt bedingt und beeinflußt die ganze Organisation des Landlebens den Erfolg dieses „Betriebes".

Wo also soll man die Nöte der Landwirtschaft aufsuchen, wie sie erklären, wenn man nicht in die rechtlichen, juridischen Beziehungen eindringt, in welchen die wirtschaftliche Tätigkeit des Teils der Bevölkerung sich bewegt, welche den Bauernstand bildet?

Gewiß kann man von der Landwirtschaft auch von dem Standpunkte aus reden, daß sie nur ein Betrieb ist, aber dann berührt man weder die praktischen Lebensbedingungen, noch die Rechtsverhältnisse, in welche jene „Gewerbetreibenden" in Rußland leben und handeln. Aber abgesehen davon, daß eine derartige Abstraktion auf landwirtschaftlichem Gebiete am wenigsten geeignet ist, zur richtigen Einschätzung des Notstandes zu führen, so kann der landwirtschaftliche Betrieb als solcher nicht abgesondert und unabhängig von der ganzen Sphäre der wirtschaftlichen Tätigkeit des Volkes betrachtet werden. Spricht man von der Landwirtschaft nur als von einem Betriebe, so muß man anerkennen, daß die Nöte dieses Betriebes und die Maßregeln, die zu seinem Nutzen ergriffen werden können, in Zusammenhang stehen mit der allgemeinen ökonomischen Politik des Reiches. Das bedeutet, man wird über die Grundprinzipien unseres staatlichen Wirtschaftssystems reden müssen!

Wie man die Fage auch ansehen mag, und von welchem Standpunkte immer man an sie herantritt, der außerordentliche Umfang des Problems kommt in der ihm gegebenen Fassung klar zur Geltung. Man kann die Not und die Bedürfnisse der Landwirtschaft aus der Lebensweise und den Lebensbedingungen unserer heutigen Dörfer erklären, und darin die Hauptursache der anerkannten Hilflosigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes finden, oder in rein ökonomischen Bedingungen die Heilung der kranken Seiten der Landwirtschaft suchen, oder auf welchen Standpunkt sonst die „besondere Konferenz" sich stellen mag — unter allen Umständen beweist doch schon die Tatsache ihrer Organisation, daß von der bloßen Technik des landwirtschaftlichen Betriebes und von kleinen Palliativmaßregeln keine Rede sein kann. Der Glaube an solche Mittelchen fängt bei uns Gott Lob zu schwinden an. Schon die Zusammensetzung der

Kommission aus den allerhöchsten Staatsbeamten bürgt dafür, daß die Frage in großem Sinne angegriffen wird. Sie bürgt auch dafür, daß die beiden von uns hervorgehobenen Seiten der Frage gleich sorgfältig und allseitig bearbeitet werden."

So vorsichtig auch Fürst Uchtomski sich formuliert hat, wer die Stimmung im heutigen Rußland kennt, fühlt die Wünsche, die hier angedeutet werden, deutlich durch. Man hofft auf eine fundamentale Reform des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Auch die Frage der bevorstehenden Handelsverträge wird dabei ohne Zweifel eingehend berücksichtigt werden müssen, wie denn die „Now. Wremja" schon jetzt darauf hinweist, daß die industriellen Schutzzölle gewiß der Landwirtschaft nicht zum Nutzen gereichen.

Weit offener aber spricht sich Fürst Meschtscherski in seinem letzten Tagebuche aus. Er schreibt: „Rußland braucht Wohlstand des Volkes, Liberalismus und Fortschritt." Es frage sich nur, wie das zu erreichen sei. Der Kampf gegen die „Tyrannen der Selbstherrschaft", die Beamten, sei unmöglich. Die besten Kräfte des Volkes und die Volksfreiheit gingen in Knechtschaft unter und der Augenblick könne kommen, da dieser Krebs den ganzen Organismus zerfressen habe. Es gebe nur eine Rettung, „den Selbstherrscher im Bündnis mit dem Volke, die Verbesserung der Volksregierung durch ihr Zusammenwirken, die Erleichterung der Lasten des Volkes, die Heilung der Ohnmacht des Volkes. Kraft seiner Macht, seines Willens, seiner Liebe zum Volke, wird er (der Selbstherrscher) die Freiheit erweitern, die Willkür einschränken und alle Kräfte eines gesunden und edlen Liberalismus darauf richten, unter Gottes Segen das Wohlergehen des Volkes zu begründen, im Bündnis mit den besten Männern des russischen Landes.

Der Selbstherrscher braucht, um die Freiheit zu erweitern, wie zur Erfüllung all seiner Aufgaben zum Besten der Volkswohlfahrt — ehrliche Leute."

Das klingt wahrhaftig wie eine Stimme aus den Tagen, die der großen Reformära Alexanders II. vorausgingen, und man ist wohl berechtigt zu fragen, ob wir einer neuen, erweiterten Wiederholung der damals geltenden Anschauungen gegenüberstehen. Daß gerade der Finanzminister Witte die Frage aufgegriffen hat, gibt freilich zu denken. Die Erfüllung der Wünsche, die wir eben ge-

hört haben, würde einen völligen Bruch mit dem von ihm bisher so nachdrücklich vertretenen System bedeuten, und daß er dazu entschlossen wäre, gehört zu den allergrößten Unwahrscheinlichkeiten. Aber unmöglich ist in dem Rußland von heute nichts, auch das eine nicht, daß diese besondere Konferenz tut wie unzählige Konferenzen vor ihr und, nachdem sie ein „schätzenswertes Material" gesammelt hat, tatenlos auseinandergeht.

12. Februar. Veröffentlichung des Reichsanzeigers in Anlaß des spanisch-amerikanischen Konfliktes von 1898.
12. Februar. Veröffentlichung des englisch-japanischen Offensiv- und Defensivbündnisses zur Aufrechterhaltung der Integrität Chinas.
14. Februar. China lehnt weitere Verhandlungen über den von Rußland beantragten Mandschurei-Vertrag ab.
15. Februar. Prinz Heinrich tritt auf dem „Kronprinz Wilhelm" seine Fahrt nach Amerika an.
17. Februar. Beilegung des Ausstandes und der Revolte in Triest.
17. Februar. Ausstand in Barcelona, sozialistische Erhebungen in Katalonien.

---

19. Februar 1902.

Wenn man nachträglich den für England wenig rühmlichen Verlauf des Streites über die Stellung der Mächte während der vorbereitenden Stadien des spanisch-amerikanischen Konfliktes überdenkt und die Frage aufwirft, welches die Motive gewesen sind, aus denen sich das Bestreben erklärt, uns in den Augen der Amerikaner zu verdächtigen, oder um einen zwar trivialen, aber bezeichnenden Ausdruck zu brauchen, „uns eins anzuhängen", so kommt man zu einer sehr einfachen und vielleicht eben deshalb nicht vorgebrachten Lösung des Rätsels. Es galt einen auch heute noch fortbestehenden, seiner Natur nach nicht auszugleichenden Gegensatz der englischen und amerikanischen Interessen zu verdecken. Damit aber steht es folgendermaßen: Wo ein Krieg zwischen zwei Mächten bevorsteht, ist es naturgemäß, die nächste Pflicht der anderen, nicht direkt beteiligten Staaten, zu erwägen, wie weit ihre besonderen Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden. Da nun jeder Krieg eine wirtschaftliche Störung bedeutet, überwiegt der Wunsch, den Krieg vermieden zu sehen, und je weitere Kreise ein solcher Krieg ziehen muß, um so lebhafter wird das Bemühen um eine friedliche Lösung sein. Wir sehen daher ausnahmslos Kriegen das Anerbieten befreundeter Mächte vorhergehen, durch ihre bons offices, womöglich noch in

letzter Stunde einem Konflikte vorzubeugen. Ist der Ruhestörer keiner der Großen, und liegt die Gefahr vor, daß eine Lokalisierung des Brandes schwer zu erreichen sein dürfte, so haben mehr als einmal die Großmächte gewaltsam einen Ausbruch des Konfliktes verhindert. Auf der Balkanhalbinsel hat sich seit mehr als einem Jahrzehnt diese Erscheinung immer wieder erneut: Bulgaren, Serben, Montenegriner, Griechen wollten losschlagen, sind aber daran verhindert worden. Sie standen gleichsam unter Aufsicht der an der orientalischen Frage interessierten Mächte, und bisher hat sich diese Polizei genötigt gesehen, in jedem Frühjahr einzugreifen. Genügten für gewöhnlich diplomatische Noten und ernste Mahnungen, so hat Europa sich doch mehr als einmal genötigt gesehen, seine Flotten in Bewegung zu setzen. Man denke nur an Kreta. Aber nicht nur höchst anmaßend, sondern auch lächerlich wäre es, diese Bevormundung auch den großen Mächten gegenüber ausüben zu wollen. Die handeln zu eigenem Recht und zu eigener Verantwortung und müssen stets erwägen, wie weit sie durch ihr Tun und Lassen in die Interessensphäre Dritter eingreifen. Wo sie das tun, tritt die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Konfliktes ein, mit all den Konsequenzen, die daran hängen. In dem spanisch-amerikanischen Streite sind die bons offices der großen Mächte angeboten und von den Vereinigten Staaten abgelehnt worden. Damit war diese Seite der Frage für alle diejenigen Mächte erledigt, die nicht durch eine Machtverschiebung in den westindischen Gewässern direkt geschädigt waren, d. h. für alle Mächte, mit Ausnahme von England.

England nimmt von den Tagen her, da die Vereinigten Staaten von heute noch englische Kolonien waren, immer noch eine große Stellung in Amerika ein. Auch abgesehen von Kanada, dessen offene Landgrenze durch mehr als 60 Längengrade an den Norden der Vereinigten Staaten stößt, umschließt es Alaska, dessen Goldfelder heute ein heiß umworbenes Konkurrenzgebiet geworden sind, und wie ein eherner Ring liegen die englischen Inselfestungen vom 28. bis zum 11. Grade nördlicher Breite vor den Ausgängen des Golfes von Mexiko und des Karibischen Meeres, während weiter hinauf, ziemlich genau vor der Chesapeake-Bai, etwa 700 englische Meilen östlich, das Malta des Atlantischen Ozeans, die Bermudasgruppe, aus ihren Feuerschlünden nach Amerika hinüberschaut. Dem spanischen

Kuba baute sich die englische Machtaufstellung im Norden durch die Bahama-Inseln, im Süden durch Jamaika vor, während in Mittelamerika Englisch-Honduras eine wertvolle Stütze bietet. Dazu kommt die große Stellung Englands in den kleinen Antillen, von dem englischen Anteil an den virginischen Inseln bei Portorico, bis hinunter nach Tabago hart am südamerikanischen Kontinent. Für ein seemächtiges Volk, das im Besitz der stärksten Flotte der Welt ist, bedeutet das eine gewaltige strategische Aufstellung und sie schien noch dadurch gefestigt, daß Kuba, das durch seine geographische Lage zur Beherrscherin der Gewässer im Norden wie im Süden bestimmt schien, sich in Händen Spaniens und nicht der Vereinigten Staaten befand. Von Spanien hatte England nichts zu fürchten, aber nichts mußte ihm bedenklicher erscheinen, als wenn diese Insel in amerikanische Hände überging, da dann die Stellung Englands in den mittelamerikanischen Gewässern sich entsprechend schwächte.

Nun waren die beiden Jahre, welche dem amerikanisch-kubanischen Konflikte vorausgingen, seit den Tagen des Alabama-Prozesses die bösesten in den englisch-amerikanischen Beziehungen gewesen. Die Botschaft des Präsidenten Cleveland hatte im Dezember 1895 eine Monroedoktrin in erweiterter Form verkündet, die sich ziemlich genau mit den Sätzen deckt, die Präsident Roosevelt in seiner Botschaft ausgeführt hat. Die Erregung darüber war namentlich in England groß, und zwar umsomehr, als Staatssekretär Olney in einer berühmt gewordenen Note die neue Theorie sofort auf den zwischen England und Venezuela schwebenden Streit über die Grenzen von Britisch-Guayana angewandt wissen wollte. Es ist darüber auf beiden Seiten zu heftigen Invektiven gekommen, deren Echo sich noch heute in dem Buche von Whates: „The third Salisbury Administration" verfolgen läßt, das mit dem Präsidenten Cleveland der demokratischen Partei, und speziell mit der amerikanischen Presse etwas unsanft ins Gericht geht. Whates nennt die von Amerika verlangte schiedsrichterliche Entscheidung eine „unverschämte Anmaßung", er spricht von dem mehr als schmutzigen Spiel der inneren Politik Amerikas (sordid game of American domestic polities) und sagt schließlich von der Presse: kein anderer Staat der Welt besitze eine, die mehr unternehmend und mehr verächtlich sei, als die Amerikas (so contemptible as that of America). Es konnte einen Augenblick

ſcheinen, als ſei ein Krieg unvermeidlich und man begann ernſtlich die beiderſeitigen Ausſichten abzuwägen. Whates, in ſeinem oben erwähnten, im vorigen Jahre erſchienenen Buche reſümiert die Lage ſo: „Mit unſerer ungeheuren Überlegenheit zur See konnten wir die amerikaniſche Flotte zerſtören; der auswärtige Handel Amerikas konnte ruiniert werden, jede Küſtenſtadt konnte, ſoweit unſere Geſchütze reichten, zuſammengeſchoſſen werden, aber —“ und nun folgen die Bedenken, die ſchließlich überwogen. Man begnügte ſich damit, die in Amerika liegenden Kapitalien zu kündigen und eine Panik, die infolgedeſſen in Wallſtreet am 20. Dezember ausbrach, half dann zu einem Kompromiß, das im Vertrag vom 2. Februar 1897 einem Tribunal von fünf Juriſten die Entſcheidung der ſtrittigen Frage übertrug. Sie hat bekanntlich erſt im Oktober 1899 zu endgültigem Abſchluß geführt, ſo daß die Differenz im Frühjahr 1898 noch als vorhanden betrachtet werden muß. Gleichzeitig aber lagen noch zwei andere, mit großer Bitterkeit verhandelte Fragen vor. Der Streit wegen des Robbenfanges im Behringsmeer und die Alaskaſche Grenzfrage, die ganz beſonders akut wurde, als Anfang 1898 die Goldfelder am Yukon entdeckt wurden und der Zug der Goldſucher nach Klondike begann, das ſowohl die Vereinigten Staaten, als England im Namen des Dominion of Canada für ſich beanſpruchten.

Dies alſo war die politiſche Lage, als im Frühjahr 1898 die ſpaniſch-amerikaniſchen Streitigkeiten wegen Kubas zur Kriſis führten. Alle Mächte ſtanden in beſten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten; auch England hatte in der Hauptſache den ſchwebenden Gegenſätzen die Spitze abzubrechen geſucht. Aber es war über ſeine Stellung in den weſtindiſchen Gewäſſern beunruhigt. Es lag in der Natur der Dinge, daß, während die übrigen Mächte ſich bemühten, durch vermittelnde Zuſprache den Ausbruch des Konfliktes zu verhindern, das engliſche Intereſſe, mit deſſen Vertretung Sir Julian Pauncefote beauftragt war, weiter ging, und wenigſtens den Verſuch verlangte, eine Kombination zu ſtande zu bringen, die den Amerikanern den Krieg gegen Spanien unmöglich machte. Es lag für England allerdings ungeheuer viel daran, daß Kuba nicht in amerikaniſche Hände überging. Wenn Sir Julian Pauncefote daher ſich darum bemüht hat, eine Kollektivaktion der Mächte herbeizuführen, tat er nur, was vom Standpunkte Englands aus ſeine Pflicht war,

ganz wie es dem Interesse der übrigen Mächte entsprach, eine solche Kombination abzulehnen. Sie hatten um des lieben Friedens willen getan, was sie tun konnten. An der Frage, ob Kuba spanisch bleiben oder amerikanisch werden solle, hatte keine von ihnen eine Interesse. Das konnte ihnen absolut gleichgültig sein, wenn es nicht gar der einen oder der anderen von ihnen recht erwünscht gewesen ist, ein amerikanisches Kuba mit der Front gegen die Reihe der englischen Inselfestungen an Stelle des politisch machtlosen spanischen Kuba treten zu sehen. Wir meinen also, daß es einigermaßen hart ist, wenn Lord Cranborne den Botschafter, der in den schweren Apriltagen des Jahres 1898 seine Pflicht im englischen Interesse zu erfüllen bemüht gewesen ist, so rücksichtslos desavouiert. Auch können wir nicht verstehen, weshalb England sich nicht zu der Pauncefoteschen Politik bekennen will. Es hat seine Interessen vertreten, wie sie nun einmal aus geschichtlich gewordenen Verhältnissen sich ergaben, und in Amerika, wo man doch auch gewohnt ist, Interessenpolitik zu treiben, würde man eine offene Erklärung dieser Tatsache sehr wohl verstehen, wahrscheinlich sogar bewundern. Also wozu all der Lärm? Was sich an der Haltung der englischen Politik nicht entschuldigen läßt, ist das offenkundige Bestreben, andere und speziell uns anzuschwärzen. Deutschland hat durch die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" den tatsächlichen Zusammenhang urkundlich dargelegt. Hat England etwas darauf zu erwidern, so muß es auf gleichem Wege antworten. Mit bestellter Preßpolemik ist es nicht getan. Das ist der Eindruck, den alle Welt gewonnen hat, und der namentlich deutlich aus den Stimmen der französischen Presse zu uns herüberklingt.

Und damit mag es genug sein, zumal jenen englischen Lufthieben eine sehr bedeutsame politische Aktion parallel gegangen ist, die unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Wir meinen natürlich den am 12. Februar veröffentlichten englisch-japanischen Vertrag vom 30. Januar 1902.

Die Veröffentlichung ist in der Weise erfolgt, daß den englischen Blättern der Text des Vertrages nebst einer erläuternden Depesche des Staatssekretärs Lord Lansdowne an den englischen Gesandten in Tokio, Sir Claude MacDonald, mitgeteilt worden ist. Der Vertrag ist im Duplikat zu London von Lansdowne und von Hayashi,

dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Kaisers von Japan, unterzeichnet. Sowohl Kommentar als Vertrag sind auch bei uns in wörtlicher Übersetzung bekannt gegeben worden, so daß es genügen wird, die wesentlichen Punkte hervorzuheben. Wie alle Bündnisse aller Zeiten ist auch dieses geschlossen worden, um den Frieden aufrecht zu erhalten, und zwar speziell in China und Korea, deren Unabhängigkeit und territoriale Integrität ausdrücklich garantiert wird. Jede beider Mächte behält sich vor, zur Aufrechterhaltung ihrer besonderen politischen, kommerziellen und industriellen Interessen solche Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind diese Interessen zu schützen, falls sie durch den Angriff einer anderen Macht, oder durch Unruhen, die in China oder Korea entstehen, gefährdet werden sollten. Gerät eine beider Mächte in Wahrung dieser Interessen in Krieg mit einer dritten Macht, so wird die zweite Vertragsmacht strikte Neutralität einhalten und sich bemühen, andere Mächte von Angriffen auf ihren Alliierten abzuhalten; falls aber eine oder mehrere Mächte sich dem Gegner der alliierten Macht dennoch anschließen sollten, der letzteren zu Hilfe kommen und mit ihr gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen. Keine der beiden Mächte wird zum Nachteil der anderen Sonderverträge abschließen; wo zwischen ihnen Interessengegensätze sich geltend machen, wird man rückhaltlos und offen darüber verhandeln. Das Bündnis soll sofort in Kraft treten und fünf Jahre dauern; wird es nicht zwölf Monate vorher gekündigt, so dauert es ein weiteres Jahr, im Kriegsfall bis zur Beendigung des Krieges.

Der Vertrag sieht außerdem für alle Mächte eine gleiche Politik der „offenen Tür" für China und Korea vor.

Wir müssen dieser Inhaltsangabe noch die Erklärung Lord Cranbornes im Unterhause anreihen, daß beide Mächte die Mandschurei als einen integrierenden Teil Chinas unter ihre gemeinsame Garantie stellen. Man wird, da eine ausdrückliche Erwähnung der Mandschurei im Vertragsinstrument nicht zu finden ist, daraus den Schluß ziehen müssen, daß dieser Vertrag noch Geheimartikel in sich schließt.

Suchen wir nun den Inhalt des Vertrages zu würdigen, so ist zunächst zu betonen, daß es das erste förmliche Bündnis Japans mit einer der weißen Mächte ist, in deren Reihen Japan nunmehr

als paritätisch eintritt. Es ist zugleich das Heraustreten Englands aus jener Politik der „glänzenden Isolierung", die bisher als das letzte Wort der englischen Staatsweisheit ausgespielt wurde. Es ist ein Offensiv- und Defensivbündnis, lokal beschränkt auf China und Korea, aber da es beide Mächte in Krieg mit einer Allianz bringen kann, dehnbar und vieldeutig, so daß es kaum denkbar erscheint, daß auf ostasiatischem Boden der Krieg anders geführt werden kann, als gegen die Allianz beider Mächte. Dieser Fall würde sogar sofort eintreten, wenn, wie französische Blätter melden, die Antwort Rußlands auf die japanisch-englische Allianz der Abschluß eines russisch-chinesischen Bündnisses sein sollte. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Japan die ihm auf fünf Jahre gesicherte englische Allianz hingehen lassen sollte, ohne eine Revanche für Liao-Tung an Rußland zu nehmen und in Korea eine politische Lage zu schaffen, die mit der russischen Politik nicht vereinbar ist. Dann das läßt sich nicht verkennen, die Spitze dieser Allianz ist gegen Rußland gerichtet, und falls, was wir noch nicht glauben, die Alliance Franco-Russe auch auf Ostasien ausgedehnt sein sollte, auch gegen Frankreich. Auch kann man sich dem Schluß nicht entziehen, daß Rußland durch diesen Vertrag nicht nur in Ostasien, sondern überhaupt in seiner asiatischen Position verwundbarer geworden ist. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die russischen Pläne, die auf Gewinnung einer Position am Persischen Golf gerichtet waren, nunmehr vertagt werden müssen, da sie einen Gegenzug in Ostasien zur Folge haben können und ganz dasselbe könnte für den Fall eines Konfliktes um afghanische Rivalitäten geschehen. Das Wesentliche und Entscheidende aber bleibt immer die Mandschurei und man wird mit äußerster Spannung die Schritte verfolgen, die nach dieser Richtung hin von den beiden Alliierten zu erwarten sind.

Nun haben allerdings sowohl Kaiser Nikolaus als Graf Lambsdorff erklärt, daß Rußland an eine Annektierung der Mandschurei nicht denke, und es brauchten daher die faktisch in der Mandschurei bestehenden Verhältnisse, die das Bild einer russischen Okkupation zeigen, nur rückgängig gemacht zu werden, um jeden Streitpunkt zu beseitigen. Aber wir wissen ja, daß die russische und die ausländische Presse die Annektierung wie ein fait accompli behandeln und daß auch vor der öffentlichen Meinung Rußlands dadurch der Rückzug

außerordentlich erschwert wird. Trotzdem wird sich dieser Rückzug immer noch als der für Rußland vorteilhafteste Ausweg aus einer Lage darstellen, deren ungewöhnliche Schwierigkeit niemand verkennen wird.

Als völlig in nichts versunken scheinen die Pläne der Herren Blennerhasset und Konsorten, sie sind durch den Vertrag vom 30. Januar geradezu ad absurdum geführt worden.

Die Ankündigung einer Politik der offenen Tür für ganz Ostasien kann von uns, und wir meinen auch von allen übrigen Mächten, nur beifällig begrüßt werden. Auch der Verzicht Englands auf die Befestigung von Wei-hai-wei gewinnt im Licht des Vertrages eine neue und erfreuliche Bedeutung. Sie mindert die Spannung in diesen Gewässern und ist zudem unnötig geworden, seit die Flotten der neuen Alliierten zusammenstehen.

Aber auch abgesehen von alledem bedeutet das Hinzutreten einer dritten Allianz zu den beiden schon bestehenden ein Novum, dessen Gewicht in der großen Politik erst abzuwarten ist. Den deutschen Interessen erscheint die Kombination nicht ungünstig. Wir wünschen in Ostasien nichts als den status quo und die Möglichkeit, ruhig unseren handelspolitischen Interessen nachgehen zu können, die niemandes Wege kreuzen. Aus unserem Abkommen mit England hatten wir die Frage der Mandschurei sorglich ferngehalten. Wir haben auch heute keinerlei Anlaß, an sie heranzutreten und wollen hoffen, daß Rußland Mittel und Wege findet, sich in Ehren aus der unbequemen Verwicklung herauszuziehen, in die es, wie sich nicht übersehen läßt, nunmehr geraten ist.

Die Nachrichten aus Südafrika lauten für England wenig erfreulich. Auch eine andere Tatsache erschwert die Stellung des regierenden Kabinets. Lord Rosebery beginnt sich mächtig zu regen. Er hat am letzten Freitag in dem liberalen Klub der Philharmonie-Hall eine Rede gehalten, in welcher ganz direkt seine Kandidatur als Leiter der Partei und künftiger Prim-Minister gestellt wird. Unter Beibehaltung der ewig-wahren Prinzipien des Fortschritts und des Liberalismus praktische Politik treiben, das ist, wie er meint, die Aufgabe, und die Politik der Familie Salisbury scheint ihm nichts weniger als praktisch zu sein, der englisch-japanische Vertrag aber mehr lächerlich und bedenklich, als erfreulich.

Das alles klingt sehr selbstbewußt, scheint aber perspektivische Irrtümer in sich zu schließen. Die Tage eines liberalen Ministeriums Rosebery sind noch nicht gekommen, und vorläufig sieht die ungeheure Majorität der Engländer nicht mit Unrecht in jener englisch-japanischen Allianz einen ebenso kühnen wie zweckmäßigen Schachzug. Fast noch größer ist die Freude in Japan. Man kann sich dort in Festlichkeiten und Kundgebungen kaum genugtun und sieht einen Lieblingswunsch der Nation der Verwirklichung ganz nahe gerückt. Ohne Zweifel liegt darin eine Gefahr, aber es ist nicht unmöglich, daß England diesen heißen Eifer zu zügeln noch stark genug ist. Immerhin ist in dieser neuen Allianz die große Zukunftsfrage: Wer führt: England oder Japan?

20. Februar. Eröffnung des italienischen Parlaments.
21. Februar. Rücktrittsgesuch des Ministeriums Zanardelli.
22. Februar. Arbeiterunruhen in Turin.
23. Februar. Eintreffen des Prinzen Heinrich in New-York.
24. Februar. Sieg Delareys in Klerksdorp.
25. Februar. Miß Roosevelt tauft die Kaiseryacht Meteor.
26. Februar. Lord Rosebery konstituiert die „liberale Liga".

26. Februar 1902.

Die „N. Allg. Z." hat dem greisen Pontifex einige Worte warmer Anerkennung in Anlaß seines 25jährigen Jubiläums gewidmet und wir stehen nicht an, uns dem, soweit die Person Leos XIII. in Betracht kommt, anzuschließen. Leo XIII. ist ohne Zweifel ein guter Papst, und an der Lauterkeit seiner Absichten darf nicht gerührt werden. Daß ihn seine Stellung als Haupt einer ecclesia militans in Gegensatz zu Bestrebungen bringt, die nun einmal mit dem Wesen des Protestantismus untrennbar verbunden sind und auf denen die aufsteigende Bewegung der Welt zur Freiheit der Gewissen und zur Freiheit wissenschaftlich-geistiger Entwicklung beruht, das verstehen wir durchaus. Es gehört in die Atmosphäre die untrennbar die Kurie umringt. Aber, und auch das muß doch hervorgehoben werden, die Politik der Kurie wird seit langen Jahren nicht von dem römischen Papste gemacht, sondern von dem Kardinal Rampolla, in dem alle Überlieferungen lebendig sind, die in eine Kriegsfanfare austönen. Er ist unser Freund nicht, und wir haben keinerlei Anlaß gehabt, uns seiner Tätigkeit zu freuen. In ihm ist allezeit neben dem Kirchenfürsten, der die katholische Welt mit seinen Blicken umspannt, auch der Lateiner und der intransigente Italiener lebendig und die politische Lage von heute erscheint ihm gleich unannehmbar, wie einst Papst Pius IX. Zudem hat er keine glückliche Hand. Wohin haben alle Zugeständnisse geführt, die

er nach der französischen Seite gemacht hat, wohin die auf österreichischem Boden verfolgte Politik, wohin das Buhlen um die Gunst der slavischen Nationalitäten, was ist aus Spanien geworden, was aus der Idee der Vereinigung der orientalischen und der römischen Kirche? In Frankreich bildet in den regierenden Kreisen die klerikale Gruppe eine verschwindende Minderheit, die ungeheure Majorität derjenigen, die am politischen Leben teilnehmen, sind aller Religion feindlich, die Orden und Kongregationen, soweit sie nicht vor den Idolen des Tages ihr Knie gebeugt haben, haben den Boden Frankreichs verlassen müssen, eine „Los von Rom"-Bewegung ist in einzelnen Departements im Gange und nimmt stetig an Umfang zu, und nichts weist darauf hin, daß Frankreich geneigt wäre, für das päpstliche Rom auch nur einen Finger zu rühren. Die Tschechen haben den heiligen Synod in Petersburg um die Kanonisierung des von Rom verbrannten Ketzers Johann Huß gebeten, und in den polnischen Gebietsteilen wird die Kirche als Kampfesmittel zu sehr weltlichen Zwecken benutzt, die in offener Feindseligkeit sich gegen Lebensinteressen des preußischen Staates richten. Kurz, das alles ist wenig erfreulich, und auch vom Interessenstandpunkte der katholischen Kirche betrachtet, wenig vorteilhaft. Wir wünschen von unserm Standpunkte aus eine Entwicklung zum Frieden der Konfessionen, nicht zum Kampf, und bedauern deshalb die Macht der Einflüsse, die über den Kopf des Papstes hinweg den Unfrieden lebendig halten. Papst Leo XIII. ist auch uns eine ehrwürdige Erscheinung und wir wünschen ihm einen Lebensabend in Frieden und zum Frieden. Damit wird ihm und der Gesamtheit meist gedient sein.

Vor wenigen Tagen, am 20. Februar, hat König Viktor Emanuel sein erstes Parlament eröffnet. Allgemein wurde der Thronrede, der ersten des Königs, mit Spannung entgegengesehen. Sowohl in Bezug auf das, was sie sagen, wie wegen dessen, was sie nicht sagen werde. Auch hat der positive Teil dieser Thronrede mancherlei enthalten, was zur Klärung der innerpolitischen Lage Italiens beitragen muß. Wir wissen heute, daß der König sich mit aller Entschiedenheit auf den Boden der Verfassung und auf den Boden der in Italien vorherrschenden liberalen Strömung stellt. Er will mit der „neuen Zivilisation" Hand in Hand gehen, den Gedanken der vollen Gewissensfreiheit schützen, aber auch die Grenzen

zwischen den Rechten der Kirche und des Staates scharf eingehalten wissen. In dieser Hinsicht steht er ganz im Kreise der Anschauungen, die einst Cavour unter so schweren Kämpfen dem Großvater des Königs, Viktor Emanuel II., gegenüber zur Anerkennung gebracht hat. Er hat ein Ehescheidungsgesetz in Aussicht gestellt, obgleich ihm die intransigente Stellung der Kurie in diesem Punkte bekannt ist, er will wirtschaftlich auf Hebung des Wohlstandes hinarbeiten und den sozialen Frieden fördern. In Bezug auf die auswärtige Politik hat die Thronrede jede sensationelle Äußerung vermieden, nichts, was an die Rede Barrères oder an die Absichten erinnerte, die dem Minister des Auswärtigen, Prinetti, zugeschrieben wurden. Auch des französisch-italienischen Abkommens über eventuelle Zukunftsentwicklungen in Tripolis geschieht keiner Erwähnung.

Wenn trotzdem der Thronrede unmittelbar eine Kabinetskrisis gefolgt ist, so läßt sich das nur aus der inneren Lage Italiens und aus der Unsicherheit der Parteikombinationen erklären. Der zuerst zurücktretende Graf Giusso war als Arbeitsminister eine Fachkapazität ersten Ranges, dabei eines der drei Mitglieder des Kabinets, die der Rechten angehören. Man kann aber kaum bezweifeln, daß der Dissensus Giussos in der Frage der Vorlage über die Ehescheidung nur ein Anlaß gewesen ist, der unter anderen Verhältnissen den Ausschlag nicht gegeben hätte. Die ganze Politik Giolittis in der Arbeiterfrage, speziell in Betreff des Eisenbahnstrikes, traf die Tätigkeit des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf das empfindlichste, und nebenher scheinen noch andere Gegensätze mitgespielt zu haben, die sich aus der Ferne mit Sicherheit nicht übersehen lassen. Nun übernahm Zanardelli provisorisch das freigewordene Ministerum, und die Situation schien für das Ministerium vorläufig gerettet, als es völlig unerwartet bei der Präsidentenwahl in der Kammer eine Niederlage erlitt. Am 21. erhielt der Kandidat der Regierung, Villa, beim ersten Wahlgange nur 142, bei der Stichwahl mit dem Sozialisten Costa nur 135 Stimmen, während die erforderliche absolute Majorität 147 Stimmen beträgt. Es waren 142 unbeschriebene Wahlzettel abgegeben worden, und darauf hat das Ministerium Zanardelli-Giolitti-Prinetti demissioniert. Gewiß ein peinlicher Anfang für den König, in dessen Händen nunmehr die Bildung des neuen Kabinets liegt.

Wie weit die Unzufriedenheit der Kammer durch die auswärtige Politik des Ministeriums mit beeinflußt worden ist, wagen wir nicht zu konjekturieren. Der englisch-japanische Vertrag hat seine Schatten auch auf die Mittelmeer-Mächte geworfen und es hat in Italien und darüber hinaus eine Art Sensation erregt, daß die beiden englischen Kreuzer „Surprise“ und „Theseus“ gerade jetzt die tripolitanischen Häfen besucht haben. Denn eine Annäherung an Frankreich bedeutet in diesen Gewässern eine Entfernung von England. Das ist nun einmal die Lage und läßt sich nicht wegdiskutieren, ganz wie es nun einmal Tatsache ist, daß die Politik Prinettis es nicht für notwendig hielt, mit diesem gegebenen Verhältnis zu rechnen. Die nächsten Wochen bieten uns wohl die Möglichkeit, mit größerer Sicherheit die Bedeutung all dieser Dinge zu beurteilen.

Es sind doch zum größeren Teil italienische Sozialisten und Anarchisten, auf welche der traurige Ausgang der Arbeiterunruhen in Triest zurückzuführen ist. Die Erklärungen Körbers im österreichischen Abgeordnetenhause lassen es als sicher erscheinen, daß eine böswillige Agitation die Arbeiterbewegung, die auf dem besten Wege war, zu allseitiger Zufriedenheit einen friedlichen Ausgang zu nehmen, vergiftet und ihr die blutige Wendung gegeben hat. Der Regierung blieb nichts übrig, als militärisch einzuschreiten und Offiziere wie Mannschaften haben mit bewunderungswürdiger Langmut so lange an sich gehalten, wie irgend erwartet werden konnte. Erst als der kommandierende Offizier infolge eines Steinwurfes ohnmächtig zu Boden gesunken war, ist geschossen worden, und dann war es rasch genug zu Ende.

Es ist dasselbe Treiben, das uns in noch weit größerem Umfange in Spanien entgegentritt. Dort scheint allerdings aus der Emeute eine Revolution werden zu wollen. In Barcelona sind in dreitägigen Straßenkämpfen 40 Tote und 200 Verwundete die Opfer der gewissenlosen Aufreizung geworden, die Regierung hat 500 Verhaftungen vorgenommen, und inzwischen geht die Empörung weiter. Saragossa, Manresa, Tarragona sind im Aufruhr, ebenso Valencia und Sevilla gefährdet. Es heißt, daß in Sevilla italienische Sozialisten und Anarchisten gelandet seien, das Kriegsrecht ist verkündet, die Truppen stehen überall kampfbereit. Der arme junge König wird so durch schwere Anfänge in die Sorgen seiner hohen

Stellung eingeführt, die ihm bisher nur die drückende Schwere der Königskrone, nicht das Glück geboten hat, das die einträchtige Arbeit aller zum gleichen Ziele verspricht. An der spanischen Königskrone hängt eine unselige Vergangenheit, welche die Ehrfurcht vor dem Staatsgedanken und vor dem berufenen Hüter desselben, dem Königtum, untergraben hat. Unwürdige Herrscher, ehrgeizige Prätendenten, das Aufeinanderplatzen der Gegensätze, die sich auf der einen Seite in dem besonderen altspanischen Klerikalismus, auf der anderen in dem bis zum Unsinnigen gesteigerten Aufnehmen sozialistischer und anarchistischer Utopien zeigen, endlich ein Rückgang des politischen Ansehens nach außen hin, das alles hat in seiner Summe die schwere Krankheit hervorgerufen, an der das Spanien von heute darniederliegt. Der Geist Philipps II. und die Geister der Revolution im unfreiwilligen Bunde, die sind es, die am Niedergange Spaniens arbeiten. Ob das Ministerium Sagasta stark genug ist, um an der Seite des Königs diesen Gefahren zu steuern, muß die Zukunft lehren. Alles wird daran hängen, ob die Armee fest bleibt und ob das Ministerium diese immer noch übermächtige Waffe zu benutzen versteht. Bis jetzt hoffen wir das Beste, aber jeder neue Tag kann das Bild ändern.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß Lord Salisbury vorläufig seine Stellung durch den Bündnisvertrag mit Japan erheblich verstärkt hat. Man war der „glänzenden Isolierung" doch herzlich müde geworden und wollte sich nur nicht zugestehen, daß sie das letzte Wort der großen Politik eines Staates zu einer Zeit nicht sein könne, in welcher die übrigen Mächte in Gruppen zueinander standen. Auch läßt sich nicht verkennen, daß sich in Ostasien die Lage mit einem Schlage geändert hat. Rußlands Stellung in der Mandschurei ist jetzt allerdings gefährdet und ohne einen Krieg die Okkupation nicht in eine Annexion umzuwandeln. Aber wie wir schon hervorhoben, das offizielle Rußland hat zu keiner Zeit behauptet, daß es diese Gebiete dauernd zu behalten beabsichtige. Vielmehr haben Graf Lambsdorff wie Kaiser Nikolaus II. ausdrücklich erklärt, sobald die Ordnung ganz hergestellt sei, solle China wieder in den vollen Besitz des Landes treten. Nun läßt sich allerdings nicht übersehen, daß dieser Augenblick jetzt noch nicht eingetreten ist, daß vielmehr, so wie die Dinge liegen, Rußland nicht nur an Prestige im

Orient verlieren, sondern auch sehr wesentliche materielle Einbußen erleiden würde, wenn es nun plötzlich sich auf das Amurgebiet zurückziehen wollte. Auch wären in solchem Falle wohl bestimmt neue fremdenfeindliche Regungen in der Mandschurei zu erwarten, eine blutige Revanche, der Rußland seine zahlreichen, in den mandschurischen Städen lebenden Untertanen nicht aussetzen darf. Das sind Verhältnisse, auf welche England und Japan Rücksicht nehmen müssen und wohl auch nehmen werden. Lord Cranborne hat noch neuerdings vor dem Parlament erklärt, er sei durchaus überzeugt, daß Rußland die Verheißungen, die es bei Okkupation der Mandschurei gab, auch einhalten werde, und hat mit keiner Andeutung darauf hingewiesen, daß etwa die Absicht vorläge, dem Kaiser Nikolaus II. einen Termin für die Räumung der Mandschurei zu stellen. Das wäre auch in Hinblick auf die Haltung, die England in Ägypten behauptet und die sich mit der Stellung Rußlands in der Mandschurei völlig deckt, durch politische Analogien schwerlich zu rechtfertigen. England wird den Zeitpunkt abwarten müssen, den die Weisheit der russischen Politik für den geeigneten hält, ganz wie die Türkei und andere Mächte auf den Zeitpunkt warten, an welchem den Engländern die Zustände in Ägypten so gesichert scheinen, daß sie proprio motu ihre Truppen hinausziehen und dem Khedive vertrauensvoll die inzwischen von ihnen organisierten Eingeborenen-Regimenter übergeben. Auf einen Punkt aber drängen Engländer und Japaner und im Anschluß an sie auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon jetzt mit vollem Nachdruck. Sie verlangen, daß die Politik der offenen Tür sofort zur Wirklichkeit werde und wollen von den besonderen Privilegien der russisch-chinesischen Bank nichts wissen, auch die seit dem August 1900 in russischen Händen befindliche Verwaltung der Zollstätten von Niutschwang betrachten sie, in Übereinstimmung mit den offiziellen Erklärungen Rußlands, als ein Provisorium (temporary and provisional).

Nun kann Rußland dem Prinzip der offenen Tür gewiß ohne weiteres zustimmen. Der Handel der Mandschurei wird noch lange Landhandel bleiben und es kann Rußland, dank der großen Stellung, die ihm seine Landgrenze und seine sibirisch-mandschurische Bahn gibt, nur angenehm sein, wenn fremde Kapitalien die Erschließung der

Mandschurei fördern. Der Vorteil davon muß doch bei Rußland bleiben. Anders aber steht es mit jenen Sonderprivilegien der russisch-chinesischen Bank, mit den Bergwerken, den Zöllen und anderen Detailfragen. Wir sehen bis heute noch nicht, wie diese Schwierigkeiten sich werden beseitigen lassen. Inzwischen haben auch die νόστοι der Franzosen begonnen. Der Oberst L. Marchand hat von dem englischen Admiral Creagh herzlichen Abschied genommen, und es sind bei dieser Gelegenheit allerlei Komplimente ausgetauscht worden. Marchand ist ja der Führer jener ruhmvollen Expedition, die schließlich bei Faschoda durch England zum Aufgeben ihrer weiteren Pläne genötigt wurde. Seine Popularität wurde später der französischen Regierung unbequem, er verschwand eine Zeitlang in der Armee, bis man seinen Namen wieder bei seiner Sendung nach China hörte. Aber Oberst Marchand ist offenbar einer der Offiziere, deren Schritte einen lauten Wiederhall finden. Es erregt großes Aufsehen, daß er jetzt als Gast der Russen an der großen Mauer weilt und unter russischer Eskorte seinen Rückweg nach Frankreich durch Sibirien und das europäische Rußland nehmen wird. Es läßt sich mit voller Sicherheit vorhersagen, daß wir noch viel von ihm hören werden, und da Marchand bisher bei jeder Gelegenheit ebensoviel Takt wie Tüchtigkeit bewiesen hat, läßt sich ihm eine glänzende Karrière prognostizieren.

Diese ostasiatischen Dinge, die man in England nicht als akute betrachtet, haben die Aufmerksamkeit von den eben jetzt die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigenden Parteikämpfen unter den englischen Liberalen nicht abzulenken vermocht. Die von Campbell-Bannerman geführten Altliberalen Gladstonescher Schule und die sich erst bildende Partei der liberalen Imperialisten unter Roseberys Führung stehen trotz aller Höflichkeiten, die sie gelegentlich einander sagen, doch in bitterem Gegensatze einander gegenüber. Und das ist sehr begreiflich, denn die eine Gruppe kann nur auf Kosten der anderen wachsen.

Vom Kontinent aus gesehen müßte man annehmen, daß, obgleich die ungeheure Majorität der Liberalen noch zu Campbell-Bannerman steht, der schließliche Sieg doch Rosebery gehören wird. In Bezug auf die Verurteilung der südafrikanischen Politik der Regierung sind beide konkurrierenden Führer einig, ebenso darüber, daß England es

bei der Annektierung der beiden Freistaaten bleiben lassen müsse, und auch darin, daß der Friede durch Verhandlungen mit den Burenführern erreicht werden müsse. Einig sind beide in ihrer Verurteilung der inneren Politik Salisburys, aber sie gehen in dem einen wesentlichen Punkte auseinander, daß Campbell-Bannerman das Home Rule für Irland beibehält, während Rosebery es entschlossen verwirft. Und in diesem Punkte ist, wie die letzten Reden beider gezeigt haben, eine Verständigung nicht zu finden. Da aber alle politische Vernunft die Organisierung eines Todfeindes, von dem man sich geographisch nicht trennen kann, verbietet, die Engländer sich aber auf die Dauer dem Verständnisse politischer Lebensfragen nicht entziehen, muß über kurz oder lang Rosebery den Sieg davontragen. Seine Partei mag langsam wachsen, aber sie wird wachsen und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Iren selbst ihm dazu helfen. Diese irisch-englischen Wechselbeziehungen erinnern ja in vieler Hinsicht an unsere Beziehungen zu den Polen der Provinz Posen, nur daß der englische Zusammenhang mit Irland um viele Jahrhunderte älter ist, und daß von englischer Seite allerdings den Iren gegenüber durch Jahrhunderte ein System rücksichtsloser Gewaltsamkeit stattgefunden hat. Irland wurde wirtschaftlich niedergehalten, wir haben Posen wirtschaftlich gehoben und unseren polnischen Mitbürgern von vornherein ohne Einschränkung alle Rechte geboten, die wir zu vergeben haben. Sprachlich ist das Irentum in die englische Nationalität aufgegangen, aber was fortbesteht, ist das leidenschaftliche Bestreben, ein politisch selbständiger, von England unabhängiger Staat zu werden. Denn das ist Home Rule, wie die Iren es verstehen, nicht jenes Home Rule der Altliberalen, die an das Eintreten des tausendjährigen Friedensreiches glauben, wenn ihre Formel einmal Wirklichkeit geworden ist. Das aber ist ebenso eine Illusion wie die, daß ein selbständiges Polen konstruiert werden könnte, das nicht unser Feind wäre. Fürst Bismarck hat einmal im Reichstage den Polen gesagt, er wolle ihren Loyalitätsversicherungen Glauben schenken, wenn die Herren Abgeordneten der polnischen Fraktion ihm ihr Ehrenwort geben wollten, daß sie nicht die Wiederherstellung des Polens von 1772 als ihr politisches Ziel ins Auge gefaßt hätten. Aber, wiederholte er, nur wenn Sie mir ihr Ehrenwort darauf geben, will ich es glauben! Dieses Ehrenwort zu geben

hat damals keiner der Herren für gut befunden und ganz dasselbe Verhalten würde sich bei den Iren zeigen, wenn man sie über die Hoffnungen befragen wollte, die sie an Home Rule knüpfen. Der Irrtum der Altliberalen vom Bekenntnis Campbell Bannermans ist genau derselbe, in dem bei uns die trefflichen Patrioten und schlechten Politiker von 1848 und 1849 gelebt haben. Irland muß englisch bleiben und Posen preußisch; wer es anders will, ist ein Feind Englands, oder er ist ein Feind Preußens, und danach haben hier wie dort diejenigen zu handeln, in deren Händen die Verantwortung für die Zukunft ihres Staates liegt.

In Südafrika haben die Buren in der letzten Zeit sehr namhafte Erfolge errungen, zuletzt aber wieder einen Mißerfolg, der ihnen fast anderthalbhundert Kämpfer geraubt hat. Sie haben, wie stets, alle ihre Gefangenen wieder freigegeben, England schickt seine Gefangenen über See. Im Grunde liegt darin der schließliche Ausgang einbegriffen. Er muß kommen — wenngleich es noch lange dauert; der „Standard" meint neuerdings, es könne bis zum nächsten Herbst währen — wenn die Zahl der Männer unter den Buren sich einmal erschöpft hat. Bisher hat, soweit uns bekannt ist, noch niemand den Prozentsatz der kämpfenden Buren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der beiden afrikanischen Republiken berechnet. Er ist wahrscheinlich noch höher, als derjenige der Niederländer, die einst gegen Philipp II., Alba und dessen Nachfolger kämpften, höher als die Leistung Preußens in den Freiheitskriegen. Man muß kein Verständnis für die Kraft heroischer Selbstaufopferung haben, wenn man nicht bewundernd zu diesem Volke aufzublicken vermag. Aber die historische Gerechtigkeit läßt sich nicht an den Erfolgen des Augenblicks erkennen. Sie wirkt nach und lohnt das Heldentum der Väter an den Geschicken der Söhne und Enkel. Wenn England heute noch einen Carlyle hätte, riefe er diesen Satz seinem Volke zu: und wenn kein zweiter Carlyle sich finden sollte, werden ihn einst die Felsen in Südafrika der Welt entgegenrufen.

27. Februar. Militarisierung des italienischen Eisenbahnpersonals.
27. Februar. Die spanische Regierung erklärt den Aufstand in Catalonien für niedergeworfen.
Ende Februar. Studentische und sozialistische Unruhen an russischen Universitäten.
2. März. Anarchistische Unruhen in Paris.
3. März. Feier des 25jährigen Krönungstages Papst Leos XIII.
3. März. Reden des Grafen v. Bülow über die große Politik.
3. März. König Victor Emanuel III. lehnt die Demission Zarnadellis ab.
4. März. Prinz Heinrich in Chicago.
5. März. Unterzeichnung der Zuckerkonvention in Brüssel.
5. März. Der Deutsche Reichstag lehnt die Fortführung der ostafrikanischen Eisenbahn ab.

5. März 1902.

Die in Port Arthur erscheinende russische Zeitung „Nowy Krai", das neue Gebiet (im Sinne von neue „Provinz"), bringt die Übersetzung des russischen Vertragsentwurfes über die Mandschurei und der Note, durch welche der chinesische Bevollmächtigte Wan-Wen-Shao den russischen Entwurf beantwortet. Wir bringen den Inhalt dieser Texte nach der Wiedergabe der „Nowoje Wremja", da uns die Originale nicht zugänglich sind.

Das russische Projekt faßt vier Fragen ins Auge: die Eisenbahnlinie Niutschwang—Schanghaikwan (also vom Nord- zum West-Ufer des Golfs Liao-Tong bis zum 40. Gr. n. Br.); die Räumung der Mandschurei durch die russischen Truppen, Handel und Bergwerkindustrie des Landes, endlich die Kriegsmacht Chinas.

In Betreff der unter russischem Protektorat stehenden Eisenbahn von Schankhaikwan nach Niutschwang wird versprochen, diese Linie unter den folgenden Voraussetzungen an China auszuliefern, wenn 1. der Bau von Zweigbahnen nicht anders als nach vorausgegangener Verständigung mit Rußland erfolgt, 2. wenn keine dieser Zweigbahnen den Liaoho überschreitet (der südöstlich von Niutschwang

mündende Strom), 3. wenn die Benutzung der Bahnlinie durch englische und japanische Beamte bestimmte Beschränkungen erfährt und wenn 4. der russischen Regierung $1^1/_2$ Millionen Tael gezahlt werden. Die russischen Truppen, die jetzt in der Mandschurei stehen, werden mit Ausnahme der zur Verteidigung der Bahnlinie notwendigen Abteilungen, das Land verlassen und zwar so, daß die Hälfte der Truppen im Laufe von zwei Jahren abzieht, die andere Hälfte im Laufe von drei Jahren, wenn bis dahin die Ordnung in den nördlichen Provinzen hergestellt ist. Die Hälfte der für den Unterhalt der Truppen erforderlichen Summen hat die chinesische Regierung zu tragen, die außerdem diese Truppen zu schützen (pokrowiteljstwowatj) verpflichtet ist.

Handel und Bergwerksindustrie in der Mandschurei gehören nach dem Text des Vertrages wie bisher China. Rußland schützt nur ihre Entwicklung und muß deshalb China pekuniär unterstützen, dabei ist aber jede Einmischung einer anderen Macht fernzuhalten. Die Ausbeutung der Mineralschätze muß durch russische Kapitalien geschehen und der gesamte russische Handel muß von der chinesischen Regierung beschützt werden.

In Betreff der bewaffneten Macht verpflichtet der Vertragsentwurf China, die Kopfzahl nicht zu erhöhen; strategische Punkte dürfen befestigt werden, doch nicht mit Artillerie; die Instruktoren der chinesischen Armee müssen russische Offiziere sein.

Darauf hat der chinesische Bevollmächtigte erwidert, daß die von Rußland in Betreff der chinesischen Truppen gestellten Bedingungen die Würde des chinesischen Reiches beleidigten. Auch sei, seiner Meinung nach, die Frist für den Abzug der russischen Truppen zu lang, die Ansprüche, die Rußland für seinen Handel und für die Ausbeutung der Bergwerke erhebe, bedrohten die Integrität Chinas. Das Verbot, Zweiglinien von der Niutschwang-Bahn über den Ljaoho zu führen, müsse aufgehoben werden, was aber die Beschränkung des Rechts englischer und japanischer Beamten, jene Eisenbahn zu benutzen, betreffe, so müsse diese Angelegenheit der Prüfung der daran interessierten Mächte übergeben werden.

Hierzu bemerkt die „Nowoje Wremja": „Ohne die Frage der Autenthicität dieser Dokumente zu berühren, machen wir darauf aufmerksam, daß alle in dem Vertragsentwurf aufgeführten Forderungen

Rußlands nichts auffallendes zeigen, und sich logisch aus der gegenwärtigen Lage der Mandschurei ergeben. Nachdem wir, nach Vereinbarung mit der chinesischen Regierung die chinesische Ostbahn gebaut haben, können wir dem weiteren Schicksal dieser Bahn nicht teilnahmlos gegenüberstehen. Sie hat uns viele Millionen gekostet. Damit die mandschurische Bahn der Entwicklung des russischen Handels diene, müssen wir das Recht anderer Nationen auf Handelsfreiheit beschränken, und ganz dasselbe gilt von den Bergwerken. Die Sorge um Sicherstellung der Interessen der mandschurischen Bahn nötigt uns, die Linie Schanhaikwan—Niutschwang scharf ins Auge zu fassen. Überschreitet diese Linie den Ljaoho so, daß sie sich an die südmandschurische Bahn anschließt, so wird der Waarenverkehr von der Provinz Petschili nach Schanhaikwan abgezogen und der südliche Teil unserer Eisenbahn (an der Halbinsel Liao-Tong) verliert seine Bedeutung und dadurch auch Port Arthur und Dalni. Das ist der Grund, weshalb wir die Niutschwangbahn den Ljaoho nicht überschreiten lassen dürfen. Außerdem geht die Eisenbahn Schankhaikwan-Niutschwang nördlich von der Großen Mauer, also durch die Sphäre unseres ausschließlichen Einflußgebietes. Wenn wir nicht dafür Sorge tragen, daß diese Bahn ausschließlich chinesisch bleibt, so liegt die Gefahr vor, daß der englische und der japanische Einfluß sich in der südlichen Mandschurei festsetzen, d. h. in einem Gebiet, das unsere Eisenbahn exploitiert.

Daß der Abzug der russischen Truppen aus der Mandschurei nur allmählich geschehen kann, ist selbstverständlich. Wir sind in die chinesischen Grenzen eingerückt, weil ein dreister Überfall unserer Grenzorte uns dazu nötigte, und es leuchtet ein, daß wir erst abziehen können, nachdem wir uns vollständig überzeugt haben, daß uns weiter keine Gefahr bedroht. Der Wunsch, die chinesischen Streitkräfte beschränkt zu sehen, ergibt sich gleichfalls als eine einfache Konsequenz der traurigen Ereignisse des Jahres 1900.

In der Antwort des chinesischen Bevollmächtigten erkennen wir deutlich dieselben feindseligen Einflüsse, die vor Jahresfrist den Abschluß eines Vertrages über die Räumung der Mandschurei verhinderten. Wenn die chinesische Regierung sich von diesen uns feindseligen Einflüssen nicht zu befreien vermag, dann können die Verhandlungen wiederum abgebrochen werden, und Ruß-

land wird sich in solchem Falle genötigt sehen, „unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen zeitweiligen Organisation der Mandschurei die Ordnung an seiner weitausgedehnten Grenze aufrechtzuerhalten und ruhig den weiteren Gang der Ereignisse abzuwarten".

Das deckt sich im Schlußresultat ziemlich genau mit dem, was wir gleich nach Veröffentlichung des englisch-japanischen Vertrages als wahrscheinlich annahmen und kommt noch drastischer zum Ausdruck in einem Artikel der „Nowosti", der die Möglichkeit eines englisch-japanischen Eingreifens in die mandschurischen Angelegenheiten folgendermaßen ablehnt: „Eine derartige Einmischung hat ebensowenig Grund, wie eine Einmischung in den englischen Transvaalkrieg. Wie England erklärt hat, daß es keine Einmischung in seinen Streit mit den Buren dulden wird, kann auch Rußland erklären, daß es wegen der Mandschurei keine Einmischung annehmen wird. Das ist sein unveräußerliches Recht. Vom ersten Beginn der chinesischen Unruhen war die Mandschurei-Frage von den Aufgaben ausgenommen, welche die verbündeten Mächte verfolgten. Das Schicksal der Mandschurei wurde durch Waffengewalt entschieden. Dies Land ist von den russischen Truppen erobert, und von Rußland hängt es ab, es auf immer unter seiner Verwaltung zu behalten oder es China unter gewissen Bedingungen zurückzugeben."

Die „Birshewyja Wjedomosti" drücken sich nicht erheblich anders aus und kommen zum Ergebnis, daß Japan wahrscheinlich seine englische Allianz geschlossen habe, um einige Anleihen in London aufzunehmen.

So leichterhand wird sich aber die Sache schwerlich abtun lassen, zumal die jüngste Erklärung des Washingtoner Kabinets den Druck der beiden anderen Mächte erheblich verstärkt und das Prinzip der offenen Tür auch ausdrücklich für die Mandschurei in einer Weise interpretiert, die mit dem „russischen Projekt" des der chinesischen Regierung angeblich vorgelegten Mandschureivertrages auf keinerlei Weise zu vereinigen ist. Aber wir verkennen nicht, daß es ungemein schwierig sein dürfte, Rußland aus der Stellung, in der es sich nun einmal befindet, hinauszumanövrieren, wenn es keine Neigung hat, sich von den Argumenten der anderen überzeugen zu lassen. Ja selbst wenn Rußland im Prinzip die „offene Tür" für die Mandschurei akzeptieren sollte, blieben ihm trotz allem un-

zählige Mittel, um lästigen Elementen die Teilnahme am mandschurischen Handel zu verleiden. Zu der ultima ratio eines Krieges zu greifen, um Rußland aus der von ihm eingenommenen Stellung zu verdrängen, glauben wir aber, je mehr wir alle Seiten der Frage erwägen, weder England noch Japan, und noch weniger alle beide zusammen vorläufig entschlossen. Zeitungsstimmen, wie wir sie eben angeführt haben, sind keine Kundgebungen, mit denen sich offiziell politisch argumentieren läßt, die russische Regierung aber hat, wie Lord Cranborne noch jüngst vor dem Parlament erklärte, die Versicherung abgegeben, daß sie die Mandschurei nicht annektieren werde, und der englische Unterstaatssekretär hat ebenso ausdrücklich erklärt, daß er jener Verheißung vollen Glauben schenke. Das bedingt die Verpflichtung, zu warten, bis Rußland mit seinen Bemühungen, den Abzug seiner Truppen möglich zu machen, ans Ziel gekommen ist, und jede Mahnung, die auf schnellere Ausführung drängt, würde demgegenüber den Charakter einer Unfreundlichkeit gewinnen und den Mahnenden ins Unrecht setzen. Fast ebenso liegt es aber mit der „offenen Tür". Ist die Mandschurei nicht annektiert, so gehört sie zu China, und Reklamationen sind dann an das neu errichtete auswärtige Amt in Peking zu richten. Hat dieses den Russen besondere Zugeständnisse gemacht, so ist es seine Sache, und wenn andere Mächte gegen solche Zugeständnisse demonstrieren, so greifen sie damit die Souveränetät — die doch mit zur Integrität gehört — des chinesischen Reiches an, zu deren Aufrechterhaltung sie sich verbündet haben.

Solche formale Schwierigkeiten dürfen aber nicht gering angeschlagen werden; sie spielen im politischen Verkehr eine sehr wesentliche Rolle und müssen in der vorliegenden Frage unter allen Umständen ein Hinausschieben der Krisis zur Folge haben. Jeder Aufschub aber kommt den Russen zu gut und erschwert die Aufgabe der Angreifenden. Gewiß wird daher viel von der Geschicklichkeit abhängen, mit der auf beiden Seiten dieses gefährliche politische Spiel gespielt wird. Nach den Erfahrungen, welche die letzten Jahre in der Orientpolitik gebracht haben, liegt es nahe, den stärkeren Spieler in Petersburg zu suchen.

Der von einigen Blättern, natürlich englischen, gemachte Versuch, auch unsere Stellung in Schantung in den Bereich der englisch-

japanischen Abmachungen hineinzuziehen, ist rasch als unsinnig in sich zusammengebrochen. Wir haben mit China einen völkerrechtlich gesicherten Vertrag, und unsere industriellen und kommerziellen Beziehungen in der Provinz unterscheiden sich in nichts von ähnlichen geschäftlichen Unternehmungen anderer Nationen, die seit der Aufschließung Chinas mit Kapital und Menschen auf chinesischem Boden arbeiten. An diesen Dingen rühren, hieße nicht mehr und nicht weniger, als allen Handelsbeziehungen Europas und Amerikas zu China den Rechtsboden entziehen, auf dem sie ruhen; sie bedingen sich gegenseitig. Die „offene Tür" anderen zu verschließen, aber liegt uns fern, wir werden uns im Gegenteil freuen, wenn die Kauffahrer anderer Nationen ihren Weg recht regelmäßig nach Kiautschu lenken. Das alles ist also nichts als leeres Gerede. Dagegen läßt sich nicht übersehen, daß der japanische Vertrag eine Entlastung für England im Persischen Golf und in seinem indischen Interessengebiete bedeuten kann, da Rußland mit allen Möglichkeiten rechnen muß und daher naturgemäß den Schwerpunkt seiner asiatischen Aufstellung an die Grenzen der Mandschurei und in das Amurgebiet zu verlegen genötigt ist.

Wir haben übrigens aus den englischen Zeitungen der letzten acht Tage den Eindruck gewonnen, daß man an der Themse auf Erschütterungen im Innern Rußlands rechnet, die eine Lähmung nach außen hin zur Folge haben könnten. Und in der Tat sind die Unruhen, die an den russischen Universitäten seit Jahr und Tag vor sich gehen, durch den besonderen Charakter, den sie angenommen haben, nicht unbedenklich. Der Umstand, daß die studentischen Forderungen überall mit großem Nachdruck auf völlige Gleichberechtigung der Juden dringen, während die Russen fast ohne jede Ausnahme durch Erziehung, aus religiösen Gründen und durch ihren scharf ausgebildeten Rasseninstinkt Antisemiten sind, kann als Beweismittel dafür dienen, daß unter den Leitern der studentischen Bewegung das außerordentlich radikale jüdische Element stark vertreten sein muß. Diese russischen Juden, die bekanntlich einen auffallend hohen Prozentsatz an „Arbeitern" den gefährlichen Nihilisten gestellt haben und auch unter den Studentinnen die einflußreichsten Elemente liefern, haben nichts zu verlieren und alles zu gewinnen. Wir irren wohl nicht mit der Annahme, daß die Ablehnung der

sehr entgegenkommenden Ordnungen des alten Generals Wannowski auf sie zurückzuführen ist, denn gerade den jüdischen Studenten wären jene neuen Ordnungen nicht zu gute gekommen. Für sie blieb alles beim alten. Da nun der russische Student vor allem liberal und radikal ist, jene studentische Bewegung auch ohne Zweifel eher eine kosmopolitische als eine nationalistische Färbung trägt, kann es den jüdischen Studenten nicht schwer gefallen sein, die Masse hinter sich fortzuziehen und der Bewegung jenen Charakter der Unversöhnlichkeit zu geben, der sie kennzeichnet. Dazu kommt nun noch die Kombination mit dem auf russischem Boden allmählich ausgereiften Arbeiter-Sozialismus. Die Generation der heute in den russischen Fabriken stehenden Arbeiter ist bereits in sozialistischen Anschauungen, die bis in das Ende der siebziger Jahre ihnen nur schwer verständlich waren, herangewachsen und hat sich gewöhnt, in den jungen Herren von der Universität ihre opferwilligen und uneigennützigen Führer zu sehen. Auch haben bei den letzten Unruhen in Moskau und Kiew diese Arbeiter gleichsam die Truppe gestellt, während die Studenten als Führer fungierten. In dem Kommuniqué der russischen Regierung tritt das nicht zu Tage, aber die sehr ausführlichen Korrespondenzen, welche den großen englischen Zeitungen zugehen und in sich den Beweis der Wahrhaftigkeit tragen, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. Es scheint uns nur, das noch ein anderes Element der Dekomposition mitwirkt, und zwar der *höchst schädliche Einfluß des Grafen Leo Tolstoi*. Bei der übermäßigen Verehrung, die der ohne Zweifel subjektiv wohlmeinende Graf auch bei uns genießt, erscheint eine solche Behauptung fast wie eine Ketzerei. Aber der Kern seiner Lehre ist doch die Negierung des Staatsgedankens und was er an die Stelle zu setzen sucht, ist eine geistige Speise, die der gemeine Mann in Rußland nur zu verdauen vermag, wenn er sie durch Zusätze, die seinem besonderen Geschmack entsprechen, gleichsam brutalisiert. Der Niederschlag, den die Tolstoischen Lehren bei ihm zurücklassen, ist herzliche Verachtung aller überlieferten weltlichen und geistlichen Autorität. Die praktischen Konsequenzen, die er daraus zieht, aber zeigen sich an den aufrührerischen Bewegungen, welche die russische Regierung jetzt fast in allen großen Städten zu bekämpfen hat. Die materielle Not, welche die Mißernten und die wirtschaftliche Depression herbeigeführt haben,

vervollständigen das Gesamtbild und niemand wird behaupten, daß es erfreulich ist. Ob deshalb der Gang der auswärtigen Politik Rußlands sich auch nur um Haaresbreite modifizieren wird, ist eine ganz andere Frage, und wir sind geneigt, sie entschieden zu verneinen. So lange die Armee zuverlässig bleibt, ist an einen Erfolg dieser sozialistischen Anläufe nicht zu denken. Ihr Ausgang ist sich bisher immer gleich geblieben: die Aufstandsversuche werden durch das Militär auseinandergesprengt. Es gibt Tote, Verwundete, endlose Verhaftungen und der Rest ist Schweigen — bis ein neuer Ausbruch kommt.

Inzwischen ist Prinz Heinrich an das Ende seiner Amerikafahrt gelangt und ihr Verlauf kann nur mit großer Genugtuung verfolgt werden. Der Prinz hat es verstanden, genau den Ton zu treffen, der unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten am besten entspricht. Er hat sich gegeben ganz wie er ist, unbefangen und doch würdevoll, wie es dem Bruder und Vertreter des Deutschen Kaisers geziemt. Er hat den herzlichen Ton, der ihm entgegenklang, mit gleicher herzlicher Aufrichtigkeit zu erwidern verstanden, und dabei ein gutes und nützliches Werk gefördert: die Beseitigung von Mißverständnissen und Irrungen, die mit ebenso großer Kunst wie mit Hinterlist zwischen zwei Nationen geworfen waren, welche ihr wohlverstandenes Interesse zusammenführen muß. So hoffen wir, daß als Nachklang des Aufenthalts des Prinzen auf amerikanischem Boden, hüben wie drüben, das Bewußtsein zurückbleiben wird, daß es nur eines beiderseitigen guten Willens bedarf, um dauernd in den angebahnten guten Beziehungen zu bleiben.

Die Zentenarfeier zu Ehren Viktor Hugos am 26. Februar hat unseren Freunden, den Sokols, die erwünschte Gelegenheit gegeben, für die Utopie, die slavisch-französische Verbrüderung, neuen Lärm zu machen, und sie sind dabei vom Pariser Stadtrat, Herrn Dausset an der Spitze, energisch unterstützt worden. Im wesentlichen sind es die politisch längst ad absurdum geführten Chéradameschen Ideen, die wieder aufgewärmt wurden, und auch die Herren a, b, c, d in der „National Revue" haben nach Kräften sekundiert. Wir legen diesen Kundgebungen praktisch gar keine Bedeutung für die große Politik bei, halten es aber doch für nützlich, auf die Zähigkeit hinzuweisen, mit der die Tschechen auf jene Herzensallianz von Nation

zu Nation über den Kopf der österreichischen Regierung hinarbeiten. Das neue Schlagwort lautet, die alliance Franco-Russe müsse zu einer alliance Franco-Slave umgebildet werden, also ein Programm, dessen Voraussetzung der völlige Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Aufnahme der orientalischen Frage auf der Balkanhalbinsel ist. Man braucht nur darauf hinzuweisen, um jedem besonnenen Politiker die völlige Phantasterei dieser Zukunftsideale ad oculus zu führen. Es ist übrigens in diesem Zusammenhange nicht uninteressant, die kürzlich im „Matin" erschienenen Berichte eines hochgestellten französischen Seemanns zu lesen, der unter dem Pseudonym Olivier Seylor durch drei Nummern über „Marins Français — et Russes" sehr lehrreiche Betrachtungen anstellt.

Historisch interessant ist zunächst der Nachweis, daß Rußland nach dem chinesisch-japanischen Kriege und nach dem Ultimatum, welches am 17. April 1895 den Frieden von Shimonoseki erzwang, immer noch hoffte, in Gemeinschaft mit Frankreich einen Krieg mit Japan vom Zaun zu brechen. Der russische Admiral Tirtoff ist nur durch die Besonnenheit und diplomatische Geschicklichkeit des französischen Admirals La Boninnière de Beaumont an der Ausführung seiner Pläne verhindert worden. Es gelang Beaumont „à amuser Tirtoff", d. h. ihn zu nasführen, und der Friede blieb gewahrt. Wir bedauern, den vollen Hergang nicht wiedererzählen zu können, es ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Geheimgeschichte der russischen Politik jener Tage.

Dagegen halten wir es im Hinblick auf jene französisch-slavischen Umarmungen für nützlich, die Schlußbetrachtung Seylors wiederzugeben. Er schreibt: „Die sehr klare Vorstellung, welche die französischen Offiziere gewannen, war, daß slavische und französische Intelligenzen sich niemals verständigen werden. Diese nicht dokumentarisch zu belegende Intuition wurde noch dadurch verstärkt, daß bei jedem Bankett oder Punsch die Russen ebensosehr von dieser Unvereinbarkeit der Empfindungen überzeugt schienen. Bedauerten sie es? Vielleicht, denn ihre Gastfreundschaft war zu groß und zu herzlich, um nur Ausdruck eines Befehls zu sein . . . Trotzdem führten solche Bemühungen nicht zum Ziel. Konnte bei Tafel nur eine Gemeinschaft in Hunger und Durst sich geltend machen, so trat doch zu Tage, daß ein Abgrund die heitere Trunkenheit des Franzosen

von dem völligen Zusammenbrechen des Russen trennt . . . Wenn die Elite der Slaven, die Gardeoffiziere, nicht dem Beispiel ihrer Kameraden folgten, so konnten sie doch die verhaltene Verachtung nicht übersehen, mit der die Franzosen die russische Manierlosigkeit erwiderten."

Aber noch andere Mißtöne hätten die endlosen offiziellen Hymnen auf die russisch-französische Allianz gestört. So habe einer der Gardeoffiziere — und die Garde sei nicht nur die Elite der Armee, sondern der Nation — gesagt, daß Rußland einen Krieg nicht zu fürchten brauche, denn alles russische Papiergeld sei im Auslande und das fremde Gold in Rußland. Komme es zum Kriege, so werde man vor allem einen nationalen Staatsbankrott machen. Ein anderer Offizier habe nach einem vortrefflichen Diner auf dem Forfait gesagt: „Unter uns können wir wohl gestehen, daß es unmöglich ist, gegen die kommende Weltentwicklung anzukämpfen: der Osten gehört Rußland, der Westen Deutschland, das ist das künftige Schicksal Europas!" Ein dritter habe bedauert, daß Frankreich keinen Kaiser habe, ein vierter sich sehr abfällig über die Ansprüche Frankreichs auf die heiligen Stätten ausgesprochen!

Seylor schließt mit einem Hinweis auf den eiligen Rückzug der Franzosen aus Mitylene und einer bitteren Bemerkung über die Unfruchtbarkeit der russischen Allianz.

Wir glauben, das viele Franzosen denken wie er, wollen aber nicht übersehen, daß der „Matin" eine Art Ableger der „Times" ist, daß also hier englische Einflüsse mitspielen können, wenn die Veröffentlichung dieser Artikel gerade jetzt erfolgt. Aber französische Gedanken geben sie trotz allem wieder und wir fragen uns: was soll es dem gegenüber mit jener alliance franco-slave?

Eben erst geht uns der Text der letzten Reichstagsverhandlungen zu. Sie haben durch zwei Reden des Grafen Bülow ein ganz außerordentliches Interesse gewonnen, und werden wohl nur von denjenigen voll verstanden werden, die den letzten Verhandlungen im englischen Parlament aufmerksam gefolgt sind. Graf Bülow hat eine ganze Wolke von uns feindseligen Legenden zerstreut, die von dort her aufstiegen und sich zusammenzuballen begannen. Nach der Beseitigung der Fabel über Deutschlands Haltung im spanisch-amerikanischen Kriege war das immer noch eine notwendige und

und nützliche Arbeit. Zunächst stellte Graf Bülow fest, daß die politischen Interessen Deutschlands in Ostasien nicht in die Gebiete nördlich und östlich vom Golf von Petschili hineingreifen, d. h. unter keinen Umständen die Mandschurei berühren. Beiläufig wurde dann im Gegensatz zu französischen Ansprüchen, die in der Presse und gelegentlich auch in der chambre immer wiederkehren, nachdrücklich das Schutzrecht Deutschlands über seine Missionen aufrechterhalten. Sehr dankenswert war ferner die genaue Feststellung des Inhalts unseres Yangtse-Abkommens mit England vom 16. Oktober 1900, die präzise Bestimmung der rechtlichen Grundlagen unserer Position in Schantung, wobei die englischen Anrempelungen wegen unserer Konzessionen gebührend zurückgewiesen wurden. Auch das war wichtig, daß der Reichskanzler ausdrücklich erklärte, daß wir vom englisch-japanischen Vertrage erst nach seiner Unterzeichnung am 30. Januar erfahren haben, und ebenso mußte im Hinblick nicht nur auf die Angriffe, die im Reichstage erhoben wurden, sondern auch in Anlaß von Anfragen, die im englischen Parlament gestellt worden sind, die Klärung über die militärischen Notwendigkeiten in Tientsin und Schanghai allseitig beruhigend wirken. Endlich gratulieren wir dem Grafen Bülow zu seiner Definition der Weltpolitik, die, wie uns scheint, auch mißtrauische Gemüter beruhigen wird.

In der zweiten Rede fällt der Schwerpunkt auf die Bestimmung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. „Auch in der fernsten Zukunft", so sagt Graf Bülow, „sieht mein Auge keinen Punkt, wo die politischen Wege des deutschen Volkes und des amerikanischen Volkes sich zu durchkreuzen brauchen." Den Schluß bildete eine Rechtfertigung unserer Haltung in der südafrikanischen Frage und die Ablehnung eines nochmaligen Eingehens auf die Differenz mit dem Kolonialsekretär Chamberlain. Dem lebhaften Beifall, den die Rede fand, schließen wir uns rückhaltlos an.

6. März. Präsident Roosevelt lehnt jede Einmischung in den südafrikanischen Krieg ab.
7. März. Gefangennahme Lord Methuens durch Delarey.
11. März. Abreise des Prinzen Heinrich aus New-York.

12. März 1902.

Seit Dienstag, 4. März, berät das Unterhaus über die „Army Estimates", was auf den eigentlichen Kern der Verhandlungen zurückgeführt, bedeutet, daß die Frage über die vom Ministerium Salisbury durch den Staatssekretär Brodrick eingebrachte Armeereform zur Entscheidung gestellt ist. Nach dem, was bis zur Stunde über die Tagesordnungen des Unterhauses bekannt geworden ist, kann diese Entscheidung unter keinen Umständen vor Mittwoch, 12. ds., fallen. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Debatte sich noch länger hinzieht, wenn auch schon jetzt feststeht, daß das Ministerium mit einer Majorität von gegen 120 Stimmen als Sieger aus der Abstimmung hervorgeben wird. Es ist daher nicht voreilig, schon jetzt die Brodrickschе Reform näher ins Auge zu fassen, zumal der Staatssekretär sein Projekt durch eine zweistündige, in alles Detail eindringende Rede eingeführt und nachher noch mehrmals das Wort ergriffen hat. Von der Opposition hat bisher Campbell Bannerman geredet und wohl die hauptsächlichsten Gegenargumente, soweit solche Argumente überhaupt in England vorgeführt werden können, zur Geltung gebracht.

Mr. Brodrick begann mit einer captatio benevolentiae für das Kriegsministerium, und wer nicht unbillig urteilt, wird zugeben müssen, daß in der Tat eine ganz ungeheure Arbeitslast bewältigt worden ist, seit er vor Jahresfrist in den ersten großen Umrissen seine Gedanken über die künftige Organisation der Armee entwickelte. Auch verdient der streng sachliche Ton seiner Ausführungen umsomehr Anerkennung, als Brodrick unter dem Eindruck eines von Campbell

Bannerman beantragten Tadelsvotums sprach. Er hat sich, abgesehen von einem unerläßlichen Hieb auf Rosebery, jedes persönlichen Ausfalls enthalten, ist aber genötigt gewesen, zunächst in der Defensive zu bleiben, um seinen Gegnern die Argumente zu entziehen, mit denen sie, im Zusammenhang mit den früheren Debatten, voraussichtlich operieren mußten. Der erste Punkt betraf die Remonten. Vor Ausbruch des Krieges hatte der jährliche Bedarf Englands 2500 Pferde betragen. Er stieg nun plötzlich auf 150000, und während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1900 82000 Pferde in Afrika eingeführt wurden, sind in Summa in weniger als 30 Monaten 290000 Pferde und 126000 Maulesel über See eingeführt und gleichzeitig 126000 Pferde in Südafrika aufgebracht worden. Das mache 600 Tiere täglich, und bei so riesigen Bedürfnissen sei es wohl selbstverständlich, daß auch Mißgriffe vorgekommen seien. Man habe häufig zu hohe Preise gezahlt, und es sei auch richtig, daß Hunderte von Pferden zu Grunde gegangen seien, weil man sie unmittelbar, nachdem sie von der Seereise erschöpft angekommen waren, in Gebrauch nahm. Das alles habe aber jetzt aufgehört, und eben habe Kitchener ihm geschrieben, daß er zur Zeit 16500 Pferde in seinen Depots in bestem Zustande bereit halte. In Zukunft solle für geeigneten Pferdeersatz in England, Irland und Kanada Sorge getragen und ebenso der Kontinent zu diesem Behufe schärfer ins Auge gefaßt werden. Jedenfalls lehne er jeden Vergleich der Tätigkeit seines Ministeriums mit den Fehlern seiner Vorgänger zur Zeit des Krimkrieges ab. Er habe in 30 Monaten 230000 Mann regulärer Truppen und darunter 220000 aus England nach Südafrika verschifft, zuletzt in Abteilungen von 53000 Mann, und das sei mehr als die ganze, zur Zeit der Krimkampagne verschiffte Armee, und zweimal so viel, als 1882 unter großen Schwierigkeiten nach Ägypten expediert wurde. Zur Zeit unterhalte England, den Troß mit eingerechnet, über 300000 Mann und 230000 Pferde und Maulesel in Südafrika.

Das alles wird sich zugeben lassen und verdient volle Anerkennung, wenn auch, von unserem Standpunkte aus, der Vorwurf an der Kriegsverwaltung haften bleibt, daß sie völlig rohe Pferde von Mannschaften, die zum erstenmal in ihrem Leben beritten gemacht worden waren, zu Grunde richten ließ. Denn darin sind alle

einig, die Gelegenheit gehabt haben, einen Einblick in die Verhältnisse der südafrikanischen Kriegführung zu gewinnen, daß der englische Soldat die Pflege der Pferde völlig vernachlässigt und daß darauf vor allem die großen Verluste der Engländer an Pferden, aber auch ein nicht geringer Teil ihrer Mißerfolge im Felde zurückzuführen ist. Kavallerie läßt sich eben nicht improvisieren, und wenn England durch die Verhältnisse dazu genötigt wurde, so hat es auch die Kosten des Experiments zu zahlen gehabt.

Doch das sind Dinge, die heute bereits mehr historische als aktuelle Bedeutung haben. Das Wesentliche bleibt der „große Plan" zur Reorganisation des englischen Heerwesens. Durchgeführt ist daran bereits die Einteilung in Armeekorps nach deutschem Vorbilde und die Ersetzung des bisherigen Systems der Kontrolle an der Hand schriftlicher Berichte der Oberkommandierenden, durch Armee-Inspektionen. Bisher ist ein General-Inspekteur der Artillerie eingesetzt worden, es soll ein General-Inspekteur für die Yeomanry folgen. Die letztere soll von 10000 Mann auf 17500 vermehrt werden. 14 neue Regimenter von den 21, die erforderlich sind, wurden bereits formiert, 5 weitere in Angriff genommen. Auch werden 8 Garnisonregimenter aus ausgedienten Soldaten gebildet. Es seien das lauter Leute, die im Alter der „alten Garde" Napoleons gleichstanden (wobei man freilich geneigt ist zu fragen, welches Jahr der Herr Staatssekretär ins Auge gefaßt hat!). Hieran schloß sich die wichtige Frage des Rekrutenersatzes für die Armee, ein besonders schwieriges Problem, da, um die aktive englische Armee auf der Höhe von 250000 Mann und die Reserve auf 90000 Mann zu erhalten, was Mr. Brodrick für unerläßlich erklärte, der Ersatz von 35000 Mann, auf den sich als Maximum in Friedenszeiten rechnen ließe, ein Manko von 40 bis 50000 Mann ergeben müsse. Nun lehre aber die Erfahrung, daß die bestgelöhnten Regimenter auch am leichtesten Rekruten fänden, schon ein Unterschied von 2 d. mache sich stark fühlbar: ebenso lasse sich nicht verkennen, daß eine Verpflichtung auf kurze Frist leichter eingegangen werde, als auf längere Dauer des Dienstes. Auf diese beiden Sätze baut nun Mr. Brodrick sein, wie uns scheint, etwas sanguinisch angelegtes System. Er will den Tageslohn der Soldaten in der ganzen Armee vom 1. April d. J. ab von 10 d. auf 1 sh. steigern. Es steht dann jedem

Soldaten frei, nachdem er zwei Jahre gedient hat, zu erklären, ob er in die Reserve treten, oder ob er volle acht Jahre in der aktiven Armee dienen und erst danach auf vier Jahre Reservist werden will. Im ersten Fall bleibt es bei dem einen Shilling, im anderen erhält er vom Beginn des dritten Dienstjahres ab eine Zulage von 6 d. täglich. Es soll dabei von dem kommandierenden General abhängen, ob er einen so kapitulierenden Soldaten annehmen will oder nicht, und man hofft auf diesem Wege nach Ablauf von zwei Jahren die militärisch untauglichen und unzuverlässigen Elemente abstoßen zu können. Dieses Sixpence-System soll vom 1. April 1904 ab in Kraft treten und Brodrick berechnet die Kosten dieser Neuerung auf 1048000 Lstr. für England und 786000 Lstr. für Indien. Die Gesamtkosten für die Erhaltung der Armee aber werden jährlich 30000000 Lstr. betragen.

Was Mr. Brodrick an anderen Reformen von minderer Tragweite (Miliz, Medizinalwesen, Krankenpflege u. s. w.) in Aussicht stellte, können wir füglich übergehen. Wichtig war dagegen eine Bemerkung des Staatssekretärs über die Truppen der Kolonien, die, soviel wir sehen, wenig Beachtung gefunden hat. „Ich habe die Zuversicht," sagte er, „daß es möglich sein wird, eine Abmachung zu treffen, welche die ganze Kraft des Imperiums verwendbar macht, wenn es zu einem Kriege kommt, der die Interessen des Gesamtimperiums betrifft. Eine Gelegenheit, mit unseren kolonialen Freunden über diesen Gegenstand zu beraten, wird der Besuch der Staatsmänner unserer Kolonien zum Krönungsfest bieten. Wir werden dann sehen, wie weit unser Schema sich den Kolonien anpassen läßt und inwieweit sie bereit sind, eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, welche die verschiedenen Teile des Imperiums enger miteinander verkettet." Mr. Brodrick schloß mit einem Hinweis darauf, wie sehr die übertriebene Kritik der Opposition das Ansehen Englands schädige, während doch das Verhalten der englischen Truppen in Südafrika und neuerdings auch in China gezeigt habe, daß auch ohne ein System der Konskription oder der allgemeinen Wehrpflicht der englische Soldat vor keinem anderen Soldaten der Welt zurückzutreten brauche.

Die Entgegnung Campbell Bannermans, die erst am 7. März folgte, mußte notwendig wenig überzeugend sein, da er noch ein

weit schärferer Gegner der allgemeinen Wehrpflicht ist, als das gegenwärtige Ministerium. Was er einzuwenden hatte, mündete schließlich dahin aus, das Brodrick sklavisch deutschen Formen nachgehe und sein System schließlich zur allgemeinen Wehrpflicht überführen werde. Der entscheidende Gesichtspunkt für ihn schien der zu sein, sich und seine Partei von aller Mitverantwortung an den Folgen des südafrikanischen Krieges freizuhalten. Wir verzichten daher auf die Wiedergabe seiner Rede. Dagegen möchten wir von unserem deutschen Standpunkt aus doch darauf hinweisen, daß, sobald die Höhe der Löhnung als das entscheidende Motiv für den Entritt in die Armee der Nation geradezu aufgedrängt wird, die Regierung mit unabweisbarer Notwendigkeit in einen Konkurrenzkampf mit den Arbeiterlöhnungen der industriellen Unternehmungen aller Art wird treten müssen. Es wird sich fragen, ob der Lohn des Fabrikarbeiters sich höher einschätzen läßt, als die freie Verpflegung des Soldaten plus dem Shilling oder dem 1 sh. 6 d., den dieser erhält. Auch die Erwägung der Zahl der Arbeitsstunden und der mit dem Soldatenberuf verbundenen Gefahren muß mit in Anschlag kommen, sobald man sich auf den Boden der mechanischen Weltauffassung stellt, die dem englischen System zu Grunde liegt. Mr. Brodrick illustriert das selbst, wenn er sagt: „Ich erinnere mich ganz genau gehört zu haben, wie Lord Wauchope einige Monate, bevor er England verließ, und bald nach seiner Rückkehr aus dem Sudan, in einer Wahlversammlung sagte: Ich bin tief beschämt, wenn ich daran denke, welche schwere Arbeit unter tropischer Sonne ich der Mannschaft für zehn Pence täglich zumuten mußte." Wenn Mr. Brodrick für eine solche Auffassung kein Wort des Tadels hat, so zeigt sich darin der tiefe Abgrund, der unsere Auffassung vom Beruf des Soldaten von der englischen trennt. Darüber läßt sich nicht streiten. Wir und die übrigen Staaten der allgemeinen Wehrpflicht sehen im Kriegsdienst die selbstverständliche Pflicht, die jeder körperlich Taugliche dem Vaterlande schuldet. Wogegen man sich in England sträubt, das ist die Übernahme der Verpflichtung. Der Kriegsdienst ist den einen Mittel des Erwerbs, den anderen Sport, fast der gesamte Mittelstand und ein ungeheurer Prozentsatz der Arbeiterbevölkerung wie der Aristokratie aber zieht anderen Erwerb und anderen Sport vor. Sir Henry (Campbell Bannerman) meinte gar, wenn die militärischen

Nationen die Vorzüge der allgemeinen Wehrpflicht rühmten, so erinnere ihn das an den Fuchs der Fabel, der seinen Schwanz verloren habe und nun bemüht sei, auch die anderen zu bereden, ihren Schwanz abzutun. Es kann demnach kein Zweifel sein, daß Regierung und Opposition gleich fest entschlossen sind, unter keinen Umständen über das Sold- und Werbesystem hinauszugehen. Freiwillige, Yeomanry und Miliz sind ein Accidenz und können im Verhältnis zum Bedarf der Armee nur eine minimale Bedeutung gewinnen. Nun bleibt allerdings die Frage, ob die Kolonien bestimmte, in Zahlen festzustellende Verpflichtungen auf sich nehmen wollen und damit steigt eine Zukunftsfrage von höchster Wichtigkeit auf. Bekanntlich wurde die Zustimmung der Kolonien zur imperialistischen Politik des England von heute während der Begeisterung gewonnen, die das 60jährige Regierungsjubiläum der alten Königin hervorrief. Man rechnet in den Kreisen der Regierung offenbar auf eine ähnliche Begeisterung bei Gelegenheit der Krönung König Edwards VII. Aber abgesehen davon, daß die Verdienste König Edwards in seiner kurzen Regierungszeit noch nicht zu voller Geltung haben kommen können, scheint uns wenig wahrscheinlich, daß die großen Kolonien — Kanada, Australien, das Kapland — Neigung zeigen werden, sich ihrer Entscheidung in jedem einzelnen Falle im voraus zu begeben. Sollte es aber geschehen, was immerhin möglich ist, so würde ein Verhältnis der Reziprozität sich begründen, das leicht die Politik des Mutterlandes in Abhängigkeit von dem unruhigen Ehrgeiz der Kolonien (man denke an Neu-Seeland) bringen könnte. Auch ein gemeinsames imperialistisches Parlament scheint fast mit Notwendigkeit aus dieser Kombination hervorgehen zu müssen. In der Rede Brodricks finden wir die beiläufige Bemerkung: „Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Truppenbedarf für Indien sich eher steigern wird, als daß er abnimmt. Indien braucht mehr Artillerie und kann jederzeit für den Fall einer Expedition noch weitere Unterstützung von uns verlangen.“ Diese Äußerung wird durch folgende Nachrichten illustriert, die neuerdings (8. März) der „Nowoje Wremja“ zugegangen sind. Der neue Emir — schreibt sie — hat seinen Agenten bei der britischen Regierung abberufen, und man behauptet, es sei geschehen, weil der Mann zu anglophil ist. Zum Oberkommandierenden der afghanischen Truppen in Asmar sei Sadabrast-Chan ernannt, der

wegen seines Hasses gegen die Engländer bei Abdurrahman in Ungnade fiel; Sadabrast aber habe gleich nachdem er seinen Posten übernommen, Beziehungen zum Hada-Mollah — dem pestilenzialistischen Pfaffen, wie ihn die „Times" vor wenigen Tagen nannte — angeknüpft. Mit den Kämpfen Englands gegen die Bergstämme in Waziristan stehe es keineswegs gut. Die in Allahabad erscheinende Wochenschrift „Pioneer Mail" berichtet, daß an der Blockierung Waziristans 20000 Mann englischer Truppen beteiligt seien, auch unterscheide sich die Blockade in nichts von einem wirklichen Kriege, es fanden blutige Schlachten statt und beide Teile erlitten große Verluste. Der „Pioneer" sagt, daß die englischen Truppen durch Epidemien und übermäßige Strapazen so schwer gelitten hätten, daß es unerläßlich sei, sie durch frische Truppen zu ersetzen.

Die „Nowoje Wremja" knüpft daran die folgende schadenfrohe Bemerkung: Bisher ist das Glück den Engländern ungewöhnlich günstig gewesen, sie haben zur Zeit immer nur eine Gefahr zu bekämpfen gehabt. Man kann das nicht durch die weise Voraussicht der englischen Regierung erklären, denn sowohl der Aufstand in Indien wie die Verwicklungen im Sudan sind Ursachen entsprungen, mit denen Mr. Chamberlain nichts zu schaffen hat. Aber das Glück kann sich wenden. Der Friede und die Stille, die seit Beginn des Burenkrieges in allen englischen Besitzungen herrschten, könnten gestört werden, und es hat beinahe den Anschein, als ob eine solche Störung begonnen hat." Das klingt fast wie eine Drohung und mag der Verstimmung, welche das englisch-japanische Bündnis unzweifelhaft hervorgerufen hat, seinen Ursprung danken. Wahrscheinlich wäre die Freude des russischen Blattes noch heller gewesen, wenn es damals schon gewußt hätte, daß die Unruhen in Irland eine Wendung genommen haben, welche die englische Regierung veranlaßt hat, ein Bataillon Freiwilliger vom Suffolk-Regiment, das nach Südafrika bestimmt war, nach Irland zu senden!

Wir meinen, daß diese Dinge und die Möglichkeit, wenn nicht die Wahrscheinlichkeit bevorstehender Verwicklungen in Ostasien sehr ernüchternd auf die Kolonien wirken können für England aber Möglichkeiten am Horizont aufsteigen läßt, denen auch die durch Brodrick reformierte Armee sich kaum gewachsen zeigen dürfte, wenn nicht der Burenkrieg durch eine billige Verständigung mit den tapferen Freiheits-

kämpfern zu raschem und dauerndem Abschluß gebracht wird. Jeder Freund Englands muß einen solchen Ausgang wünschen. Die eben eingetroffene Nachricht von der Niederlage und Gefangennahme Lord Methuens bestärkt uns in dieser Auffassung. Nie war der Augenblick für einen haltbaren Frieden günstiger!

Auch in Südchina sind Unruhen ausgebrochen, die, wie das „Bureau Reuter" meldet, sich mit fabelhafter Schnelligkeit in der Provinz Kwangsi ausbreiten und die Vertragshäfen Kweilin und Nanning ergriffen hätten. Die Rebellen seien ehemalige Soldaten des Marschalls Su-Juan-Tschun, die bei der Versetzung Sus nach Hupe entlassen wurden. Der Aufstand sei antidynastisch und die Chinesen behaupten, daß die Franzosen ihn heimlich unterstützten. Eine etwas abweichende Version gibt der Pekinger Korrespondent der „Times" jedoch so, daß gleichfalls ein Verdacht auf die Franzosen fällt und man deshalb geneigt sein könnte, beide Berichte auf eine Quelle zurückzuführen. Der Aufstand, heißt es in diesem Bericht, sei vornehmlich durch die Unerfahrenheit des Nachfolgers, den man dem Marschall Su gesetzt, hervorgerufen worden. Su habe lange die Ordnung an der französischen Grenze aufrecht erhalten und in besten Beziehungen zu den Franzosen gestanden. Die Chinesen fürchteten jetzt, daß, wenn der Aufstand bis an die Grenze Tonkins dringe, Frankreich eingreifen könnte. Offenbar habe das englisch-japanische Bündnis den Chinesen Mut gemacht, so daß sie den Forderungen der Europäer entgegentreten. So falle es auf, daß China jetzt darauf dringe, daß die Mandschurei in drei aufeinanderfolgenden Zeiträumen von je vier Monaten geräumt werde. Auch wollten sie keineswegs darauf verzichten, Artillerie in der Mandschurei zu führen. Das gäbe also in China eine Wendung sowohl gegen die Franzosen wie gegen die Russen; nur ist uns völlig unerfindlich, welches Interesse gerade Frankreich haben sollte, sich jetzt eine solche Unbequemlichkeit, wie es ein Aufstand an den Grenzen von Tonkin doch ist, zuzuziehen. Offenbar liegt hier eine noch nicht durchsichtige Intrigue vor, deren Verlauf zu beachten jedenfalls lehrreich sein wird.

In Rußland scheint augenblicklich die Ruhe an den Universitäten leidlich hergestellt, aber wie uns aus Petersburg geschrieben wird, erwartet man für den 4. 17. März neue Unruhen der Arbeiter

wie der Studenten. Die Zeitung „Rossija" ist ganz unterdrückt worden, dem Uchtomskischen Blatt ist zeitweilig der Straßenverkauf untersagt worden, in Wilna hat der Gouverneur für die sämtlichen Bewohner des Gouvernements den folgenden Befehl erlassen: „1. Alle Hausbesitzer der Stadt Wilna und ihrer Vorstädte oder ihre Vertreter, sowie die Gastwirte und die Vermieter möblierter Wohnungen, in Gebäuden, die der Krone oder Gesellschaften gehören, die Verwalter, werden verpflichtet, Hausbücher nach vorgeschriebenem Muster mit größter Sorgfalt zu führen. 2. Gastwirte, Besitzer von Absteigequartieren und Vermieter möblierter Zimmer haben dem Polizeioffizier des Bezirks jeden Anreisenden oder Abreisenden spätestens nach 12 Stunden zu melden, alle übrigen Personen, die Hausbücher zu führen verpflichtet sind, nach spätestens 24 Stunden. 3. Schweizer und Hauswächter (dworniks) und wo es keine gibt, die Hausbesitzer, sind verpflichtet, ohne jeden Verzug der Polizei alles Außergewöhnliche zu melden, was in ihren Häusern oder Höfen geschieht und ebenso von allen Zusammenkünften und Versammlungen in ihren Häusern zu berichten. 4. In der Stadt müssen in jedem Hause ein oder mehrere Hauswächter sein. Das Verzeichnis darüber stellt die Polizei zusammen und ich bestätige es. Die Hausbesitzer dürfen Hauswächter nur mit Zustimmung der Polizei in Dienst nehmen. Diese Hauswächter erhalten eine ausführliche Instruktion, deren Nichterfüllung eine Geldstrafe und außerdem, auf Verfügung des Polizeimeisters, Dienstentlassung nach sich zieht, was ihnen mitzuteilen ist, wenn sie mit einem Hausbesitzer abschließen. 5. Die Hauswächter müssen ein Abzeichen aus Blech haben, das sie bei ihrer Amtsführung zu tragen haben.

Personen, die diesen Befehlen zuwiderhandeln, werden auf administrativem Wege mit einer Geldstrafe bis 500 Rbl. oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden. Eine ähnliche Strafe trifft alle, welche gegen diese Verordnung aufhetzen oder ihre Nichteinhaltung zulassen."

Das bedeutet doch, daß in jedem Hause des Gouvernements Littauen fortan mindestens ein Aufpasser der Regierung angestellt sein wird und zeigt jedenfalls, daß die russische Regierung Grund zu haben meint, der Bevölkerung des Gouvernements, die bekanntlich polnisch-littauisch ist, zu mißtrauen.

In Finnland wird gegen die einheimische Presse mit äußerster Härte vorgegangen. Am 2. März ist die Zeitung „Vüpurio Sanomat Supistus“ wegen eines Gedichts „Sie erhebt sich“ ganz verboten worden, sechs andere Zeitungen (eine schwedische und fünf finnische) sind suspendiert worden, zwei Zensoren sind ihres Amtes entsetzt, einer auf einen, ein anderer auf zwei Monate suspendiert worden, vier finnische und eine schwedische Zeitung sind verwarnt worden. Es ist uns aufgefallen, daß auch die russischen Zeitungen seit einiger Zeit merkwürdig dürftig in Behandlung aller inneren Angelegenheiten sind. Sie bewegen sich ungeniert zur Zeit nur in ihrem gesteigerten Interesse an den Balkanangelegenheiten und in ihrem Schimpfen auf Deutschland und England. Über die ostasiatischen Dinge sind sie sehr einsilbig geworden. Es scheint demnach, daß eine starke Hand über sie gekommen ist.

Endlich verdient beachtet zu werden, daß sich in Petersburg mit außerordentlicher Hartnäckigkeit das Gerücht behauptet, daß in nächster Zukunft die Gebühr für Auslandspässe auf 500 Rubel im Jahr erhöht werden solle. Das käme fast einem Verbot gleich und würde namentlich allen weniger bemittelten Personen das Reisen und das Studium außerhalb Rußlands unmöglich machen. Ausnahmen sollen nur mit Kranken gemacht werden!!

14. März. Delarey gibt Methuen frei.
15. März. Vertrauensvotum für das Ministerium Zanardelli.
18. März. Prinz Heinrich trifft in Deutschland ein.
18. März. Sendung Lord Wolseleys nach Südafrika.
18. März. Schönerers „Hoch und Heil dem Hause Hohenzollern".
17.—19. März. Debatte im englischen Parlament über die Lieferungsverträge.
19. März. Neu-Konstituierung des Ministeriums Sagasta in Madrid.

19. März 1902.

In der „association générale des étudiants", einem unpolitischen Studentenverein zu Paris, hat Casimir Périer, der ehemalige Präsident, eine Rede gehalten, die von den jungen Leuten mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurde und in der Ermahnung gipfelte, unter keinen Umständen den Glauben an die Zukunft des Vaterlandes zu verlieren. Frankreich verjünge sich, wie die Natur es tue. Wenn auch welke Blätter vor unseren Füßen niederfallen, so wissen wir doch bestimmt, daß wir den Frühling wiedersehen werden.

Der Gedanke ist nicht neu und jeder Patriot wird ihn denken, wenn er die Blicke auf die Jugend seines Volkes richtet. Aber Casimir Périer schloß in seine Rede einen Rat ein, den wir jener unglücklich erregten russischen Jugend zurufen möchten, die auf den revolutionären Wegen, die sie eingeschlagen hat, sich selbst und die Aussichten auf eine gesunde Wendung in der inneren Politik Rußlands immer aufs neue zu Grunde richtet. „Tretet ins Leben ein, ohne skeptisch und ohne ungeduldig zu sein!" rief Casimir Périer den französischen Studenten zu! Er hat damit eine Mahnung ausgesprochen, welche die jungen Leute, die heute etwa im 20. Lebensjahre stehen, sich überall zur Richtschnur nehmen könnten, die aber nirgend mehr am Platz ist, als auf russischem Boden, wo der skeptische Pessimismus und die ruhelose Ungeduld zu einer nationalen Krankheit

zu werden drohen. Dort haben tatsächlich die Studenten die Führung der politischen Bewegung im Innern an sich gerissen, und trotz der außerordentlichen Strenge, welche die Zensur entwickelt, folgt die Presse der von diesen Kreisen ausgehenden Anregung. Nicht etwa direkt: das ist so sehr unmöglich, daß sogar die gewiß nicht übertriebene Bemerkung, die sich die „Pet. Wjedomosti" in einem Jubiläumsartikel über Gogol, den bekannten Romanschriftsteller, erlaubten, daß es nämlich heute in Rußland viel besser stände, als in Gogols Zeiten, dem Blatte eine sehr empfindliche Strafe zuzog. Dagegen sucht man sich durch Anspielungen zu helfen, die der gewitzigte Leser leicht versteht, eine „politique par allusion", wie sie in der ersten Periode des dritten Napoleon in den großen Pariser Blättern so geschickt betrieben wurde. Oder aber man druckt Äußerungen der Provinzialblätter ab, welche die Zensur durchgelassen hat, obgleich dieselben Gedanken oder Tatsachen in einem der Residenzblätter gewiß eine Maßregelung nach sich gezogen hätten. Die geringere Verbreitung der Provinzialblätter, wohl auch die Annahme, daß das lesende Publikum in der Provinz weniger leicht aufzuregen ist, mag diese Praxis der Zensur erklären. So hat ein Herr Sfergejew in der Sfibirskaja Shisn (Leben in Sibirien) ausführlich über die Bedingungen geschrieben, unter denen die niedergehende russische Hausindustrie gehoben werden könne. Das von ihm entwickelte Programm muß in Hinblick auf die von der russischen Regierung vertretene Wirtschaftspolitik kurzweg als eine Ketzerei bezeichnet werden. Herr Sfergejew plaidiert für Aufhebung der Zölle auf Eisen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, überhaupt dafür, daß für billige Preise aller unentbehrlichen Gegenstände gesorgt werde. Der ganze Kurs der ökonomischen Politik Rußlands müsse ein anderer werden. Er verlangt Kredite gegen Verpfändung von Getreide, Meliorationskredite, Kredite zum Ankauf von Maschinen u. s. w. Die Hauptsache aber sei, daß im ganzen Reich die Grundlagen zu einem Selfgovernment entwickelt, die rechtliche Stellung des Volkes und die Volksbildung gehoben werde. „Mit einem Wort, man kommt stets auf die Fragen der Gegenwart zurück, die uns schmerzen, und deren Fruchtlosigkeit und Unentschiedenheit uns schon ganz stumpfsinnig gemacht hat." Nichts sei unwahrscheinlicher, als daß die vom Kaiser eingesetzte Kommission den Nöten der Landwirtschaft wirklich

abhelfen werde. Übrigens „wer lebt, wird es erfahren". Ein Residenzblatt, das wir lieber nicht nennen wollen, knüpft daran die folgende Bemerkung: „Wer weiß? Vielleicht erleben wir noch etwas Besseres, als Herr Sjergejew erwartet. In den Rahmen technischer Probleme lassen sich die Aufgaben der „Kommission" nicht einengen: sie führen logisch und notwendig zu den „Fragen der Gegenwart, die uns wehe tun".

Das heißt doch wohl zur „Verfassung", denn das ist das sehnsüchtige Verlangen der russischen Intelligenz, und so ohne Zweifel wird die Bemerkung verstanden. Aber da die „Verfassung" nicht genannt ist, läßt sich einer zu neugierigen Obergroßverwaltung gegenüber auch mit Nachdruck behaupten, der schmerzhafte Punkt sei die Unordnung und der böse Geist der Jugend, den wolle man durch Herstellung der Autorität beseitigen.

Ein anderes Beispiel. Eine in Sjamara erscheinende Zeitung, die über den Tag der Bauernbefreiung, den 19. Februar, leitartikelt, sagt, dieser Tag sei den Russen nicht nur deshalb lieb, weil er fern liege, sondern weil er im Prinzip das Recht der Persönlichkeit den Bauern gesichert habe, und wegen des Programms, das sich mit Notwendigkeit aus der Abschaffung der Leibeigenschaft ergebe; aber das Leben der Bauern sei nach wie vor wie durch ein Netz von Überbleibseln der Leibeigenschaft umschlossen. Ein Residenzblatt, das diese Ausführungen wiedergibt, bemerkt, das gelte ganz ebenso von den Arbeitern in den städtischen Fabriken. Die Feier des 19. Februar in Moskau habe bewiesen, daß Arbeiter und Bauern sich ganz solidarisch fühlten.

Nun ist in Petersburg und Moskau heute von nichts mehr die Rede, als von dem Zusammenhang zwischen sozialistisch gesinnten Fabrikarbeitern und den Studenten, die sich zu ihren Führen aufgeworfen haben. Sollten wirklich Bauern und Arbeiter sich solidarisch fühlen, so gäbe das eine böse Perspektive für die Zukunft.

Eben jetzt haben die Moskauer Studenten eine Proklamation erlassen, in welcher sie erklären, sie würden fortan nicht mehr ihre besonderen studentischen Interessen, sondern den Anspruch aller auf Freiheit vertreten. Es schließt sich daran ein förmliches Programm, das im wesentlichen alle Voraussetzungen einer konstitutionellen Monarchie, oder — obgleich es nicht ausgesprochen ist — einer

Republik enthält. Jene französischen Studenten, zu denen Casimir Périer sprach, werden erstaunt sein, wie man so selbstverständliche Dinge wie Gewissensfreiheit, Lernfreiheit, Verfassung fordern kann, und auch im übrigen Europa würde an einem derartigen Programm kein Anstoß genommen werden. Das Gefährliche der Bewegung liegt aber darin, daß kein Staat der Welt seiner studierenden Jugend die politische Initiative in Lebensfragen der Nation überlassen darf, wenn er nicht selbst abdanken will, und daß die Moskauer Studenten ihrem Programm die sozialistische Wendung durch Aufnahme des Achtstundentages in die Reihe ihrer Forderungen gegeben haben. Einen verwandten Charakter trägt das gestern veröffentlichte Programm der Petersburger Studenten.

Wer gerecht denkt, wird den Idealismus nicht verkennen, der trotz allem in diesen Programmen steckt, für welche die jungen Leute tatsächlich ihre Existenz einsetzen. Aber es ist ein ungeduldiger, unreifer Idealismus ausschließlich politischer Natur, während jener andere Idealismus, aus dem jede Generation ihre Kraft schöpfen muß, das Suchen nach Wahrheit und Erkenntnis, der ernste Fleiß, der als Fundament für die Arbeit des Mannes dienen muß, in dieser erregten und überhitzten, durch vorzeitigen, nicht auf Grund eigener Studien erworbenen Skeptizismus gelähmten Jugend keinen Raum findet. Und wie kann das wundernehmen, wenn man den Charakter der Literatur verfolgt, unter deren Eindruck diese Jugend heranwächst. Wir haben des schädlichen Einflusses schon gedacht, den die Schriften Tolstois ausüben. Bei uns, wo schwerlich jemand darauf ausgehen wird, sich nach ihren Forderungen das Leben einzurichten, werden sie mehr als literarische denn als politische Kundgebungen aufgenommen. In Rußland ist die Wirkung genau die umgekehrte. Man saugt aus ihnen den Haß gegen den Staat, als den gottwidrigen Urheber alles Bösen und verbindet das mit den trostlosen Sitten, welche die Koryphäen der russischen Literatur von Dostojewski bis zu Maxim Gorki auszumalen lieben. Man wird in dieser ganzen Literatur keine einzige Gestalt finden, an der ein junges Menschenherz sich erbauen und erheben könnte. Im Grunde ist es eine Galerie fertiger oder noch unfertiger, überführter oder ungestraft durch die Ungerechtigkeit dieses Lebens schreitender Verbrecher. Und diesen Maxim Gorki hat man dieser Tage zum Mitgliede der Petersburger Akademie gemacht!!

Zu den Studentenunruhen in Moskau, Jurjew wo sind die harmlosen und glücklichen Tage geblieben, da die Universität noch Dorpat hieß? — sind jetzt höchst gefährliche Unruhen in Odessa gekommen. „160 Personen" — so schreibt der Odessaer Korrespondent des „Standard" am 9. März — „sind infolge der gestrigen politischen Demonstration verhaftet worden. Gleichzeitig fanden im vorigen Monat 470 Verhaftungen hier in Anlaß revolutionärer Proklamationen und Unordnungen statt. Die Unzufriedenheits-Äußerungen unter den Studenten des Lyceums und der Universität tragen in keiner Hinsicht mehr einen akademischen Charakter. Die Regierung verfolgt mit nicht geringer Sorge das Entstehen einer jungrussischen Partei politischer Reformer. Es ist ein Jammer, daß die jungen aufgeklärten Russen von heute enthusiastische und impulsive Sozialisten sind, die in höchster Ungeduld auf die alte legale und fortschrittliche Methode politischer Reform herabschauen und des Glaubens sind, daß nur ein plötzlicher und gewaltsamer Umsturz (bouleversement) der bestehenden Institutionen helfen könne. Was aber am schlimmsten ist, sie haben keine Vorstellung davon, wie fern die Aussichten auf Erfolg liegen, weil sie nicht wissen, daß eine intelligente, umfassende Organisation die erste Voraussetzung des Erfolges ist. Die jetzige Bewegung wird ohne Zweifel ebenso erfolglos sein, wie die vorausgegangenen; sie wird alle Beteiligten in das größte Elend führen und unglücklicherweise schlecht auf die Regierung wirken. Aber der Tag kann einmal kommen, da die verantwortliche Macht dieses Landes Ursache haben wird zu bedauern, daß sie die an die Oberfläche tretenden Symptome, der wie ein Brand schwelenden Abneigung des Volkes nicht berücksichtigt hat."

Gewiß spielt bei dieser nicht mehr wegzuleugnenden Unzufriedenheit die materielle Not der Massen eine große Rolle. In dem Organ der gemäßigten Liberalen, dem „Westnik Jewropy", veröffentlicht der Nationalökonom Richter einen Vortrag, den er Ende vorigen Jahres auf dem IX. Kongreß russischer Naturforscher und Ärzte in Petersburg „über die Verarmung des Gebietes der schwarzen Erde in Rußland" gehalten hat. Von dem blühenden Zustande dieser Gebiete vor 30—40 Jahren ausgehend, schildert er die gegenwärtigen Verhältnisse. Die Steuerrückstände, die in der Periode 1871—1875 gegen vier Millionen Rubel betrugen (10 Prozent der

Gesamtabgaben), hatten 1898 die Höhe von 55 Millionen, das heißt 177 Prozent erreicht, während in den anderen Regionen die Rückstände zwischen 7 und 80 Prozent schwankten, um in den östlichen Gouvernements 232 Prozent (41 Millionen Rubel) zu erreichen. Die Kartoffelernte habe im Gebiet der schwarzen Erde um 33 Prozent abgenommen, während sie sonst um 7 bezw. 84 Prozent gestiegen sei. Die Zahl der Pferde nehme mit Ausnahme der westlichen Gouvernements überall ab, am stärksten aber sei die Abnahme wieder im Gebiet der schwarzen Erde, wo der Verlust 931000 Tiere oder 40 Prozent, und im Osten, wo er 462000 oder 43 Prozent betrage u. s. w. Das Schlimmste aber ist wohl das Schlußresultat Richters: „Unser Zentralgebiet schwarzer Erde ist in 30 bis 40 Jahren ein armes Land geworden; es ist anerkannt, daß auch das Gebiet der Wolga verarmt, man sieht voraus, daß in diesem Prozeß Kleinrußland und der Süden des europäischen Rußlands bald an die Reihe kommen. Da fragt es sich, wo haben wir denn Daten, um mit Zuversicht sagen zu können, daß nicht in etwa 100 Jahren unsere „Kornkammer", das Gebiet der schwarzen Erde — eine Wüste sein wird? . . ."

Merkwürdig, wie gering die Hoffnungen sind, die zur Heilung dieser Übel auf die vielbesprochene Kommission vom 23. Januar bis 5. Februar gesetzt werden. Auch Richter erwartet mehr von der Initiative der Semstwos und wünscht, daß sie sofort ans Werk gehen. Man kann aber mit Bestimmtheit sagen, daß das nicht geschehen wird. Das Ganze ist im letzten Grunde eine Frage richtiger Verwendung der Staatsmittel, und in diesen Dingen läßt die Regierung sich nicht dreinreden. Die wirtschaftlichen und die politischen Fragen stehen, wie in aller Welt, so auch in Rußland im engsten Zusammenhange. Die Regierung ist aber der Ansicht, daß sie ihre Mittel zu anderen Zwecken braucht, als zu weit ausschauenden Landesmeliorationen, sie ist der Ansicht, daß die Semstwos einer wirklichen Selbstverwaltung unfähig sind, und sie hält es für unerläßlich, das Volk in all seinen Schichten von einem Anteile an dem Regiment fernzuhalten, soweit es nicht in den Kreis der regierenden Beamtenschaft eingetreten ist. Die Regierung ist schutzzöllnerisch, das Land ruft nach Niederreißung der Zollschranken, kurz es stehen sich eben der Wille der Regierung und der Wunsch der Nation gegenüber.

Man sieht keinen Ausweg, denn beide versteifen sich immer mehr in ihren Ansichten, es ist heute bereits ein förmlicher Kampf von Macht zu Macht, und wir sehen nicht, wem der endliche Sieg zufallen wird, wenn nicht rechtzeitige Kompromisse diesen Gegensätzen die Spitze abbrechen.

Je sorgfältiger nun die in der Presse zu Wort kommende öffentliche Meinung ihre wahre Gesinnung in Bezug auf die inneren Angelegenheiten zu verbergen genötigt ist, um so leidenschaftlicher und bissiger ist sie in der Kritik der auswärtigen Politik der — anderen Mächte. Die Rolle, welche dabei die „Nowoje Wremja" spielt, ist unseren Lesern zur Genüge bekannt, es verdient aber doch einmal ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß diese Zeitung ein französisches Aktienunternehmen ist, weil dadurch vieles in der Haltung des Blattes sich erklärt, namentlich auch der Parallelismus gewisser französischer und russischer Artikel, den wir schon häufig zu beobachten Gelegenheit fanden. Jetzt richtet sich die Spitze vornehmlich gegen die Besserung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, und da in dieser Hinsicht England gleiche Eifersucht zeigt, hat der bekannte Londoner Korrespondent des Blattes „Argus" (Herr Tatischtschew) den Augenblick für günstig gehalten, um sein altes Programm, die russisch-französisch-englische Vereinbarung zur Niederwerfung Deutschlands, wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Zu den englischen Politikern, die diese Kombination begünstigen, gehört der neuerdings in auswärtigen Angelegenheiten ewig im Parlament interpellierende oder anfragende Mr. Norman, der, wie wir aus einer Indiskretion des Herrn Argus erfahren, früher der Korrespondent der „Nowoje Wremja" war. Das Tollste an Anschwärzung Deutschlands leistet ein Herr Vendome („Nov. Wremja" vom 10. März) in einem Artikel, der etwas vom Geiste jenes Herrn Witte an sich zu tragen scheint, der neuerdings den Versuch gemacht, unserem Botschafter in Washington gegenüber den maitre chanteur zu spielen. Herr Vendome schildert, wie wir mit den 30 Silberlingen klimpern, die uns Transvaal eingebracht habe, danach guten Gewissens einen Vertrag mit England abschließen, und ohne auch nur die Unterschrift abzuwarten, dann den neuen Verbündeten in wenig präsentablem Kostüm vor die Öffentlichkeit schleppen, um ihn dem Gelächter preiszugeben. Und solcher Unsinn wird im höchsten Pathos vorgetragen

und vielleicht nicht ungern geduldet: Wir Irokesen sind doch bessere Menschen! Das ist alles von psychopathischem Interesse und gehört in Summa zur Charakteristik des heutigen Rußland, so wenig erquicklich es ist, stets dieselben Krankheitserscheinungen verfolgen zu müssen.

Nächst den deutschen Angelegenheiten wendet sich diese Presse vor allem den Balkanstaaten zu. Daß sie für den „tollen" Fuad Pascha und die Jungtürken gegen den Sultan Partei nimmt, versteht sich von selbst. Die Briefe, auf die hin Fuad verurteilt wurde, seien gefälscht, und die Richter, die ihn schuldig sprachen, hätten das wohl gewußt. Die fremden Gesandten täten gut, den Sultan von der ihn beherrschenden Kamarilla zu befreien, sonst könne es zu offenem Aufstande kommen, und das sei, um des Friedens am Bosporus willen, wenig wünschenswert. Natürlich ist das alles sehr übertrieben, es läßt sich bestimmt darauf rechnen, daß alles bald wieder ruhig sein wird, denn solche Verhaftungen und Verbannungen pflegen in der Türkei alljährlich vorzukommen, ohne viel Aufsehen zu erregen. Es ist die orientalische Form der Ungnade, und im vorliegenden Falle scheint Fuad den Sultan allerdings in höchstem Grade gereizt zu haben. Es kommt hinzu, daß die Jungtürken neuerdings von Paris aus einen ungeheuren Lärm machen und ein Programm angenommen haben, das jedem türkischen Patrioten, geschweige denn dem Sultan, als Hochverrat erscheinen muß. Die nächste Aufgabe sei, so führen sie aus, eine Intervention der Mächte in der Türkei herbeizuführen. Sie leugneten zwar nicht, daß in solchen Fällen die Türkei bisher stets einen Verlust an Land und Leuten zu beklagen gehabt habe, aber wer könne dafür bürgen, daß die Türkei nicht ohne den Anstoß dieser Interventionen in sich zusammengebrochen wäre? Gegen solche Politik läßt sich natürlich nicht argumentieren, sie will bekämpft sein, und im Orient kämpft man mit orientalischen Mitteln. Daß dabei Deutschlands wachsender wirtschaftlicher Einfluß den Russen ein Dorn im Auge ist, kann nicht wundernehmen, und es entspricht wiederum den Gepflogenheiten dieser Presse, wenn sie aus dem wirtschaftlichen Einfluß flugs einen politischen macht, und nachdem sie eben erst die Notwendigkeit eines russisch-französisch-englischen Bündnisses dargelegt, uns als die geheimen Bundesgenossen von England und Japan darstellt („Nov.

Wremja“ 13. März). Mit Serbien und Bulgarien, namentlich mit letzterem gibt man sich leidlich zufrieden, vor allem aber wird Montenegro gehätschelt und die Verlobung des Fürsten Mirko von Montenegro mit Fräulein Nadeshda Constantinowitsch, einer Verwandten des kinderlosen Königs Alexander von Serbien, hat wahre Hymnen hervorgerufen. Auch läßt sich nicht übersehen, daß eine Zukunftschance an dieser Verlobung hängt, von der Rußland wohl nicht mit Unrecht seinen Vorteil erwartet.

Von allgemeinerem Interesse ist eine Konstantinopeler Korrespondenz der „Pet. Wjedomosti“, welche die tripolitanische Frage zum Gegenstand hat. „Ein Zusammenstoß der Türkei mit Italien auf afrikanischem Boden“, so führt sie aus, „wird immer wahrscheinlicher und deshalb ist der Sultan durch die Gerüchte von einer französisch-italienischen Verständigung in Betreff des Mittelmeeres sehr beunruhigt.“ Um dem kläglichen Zustande der türkischen Flotte abzuhelfen, von deren Budget der Marineminister Hassan Pascha mehr als 75 Prozent in seine Tasche zu stecken pflegte, habe der Sultan angeordnet, daß die in ausländische Werften zur Reparatur geschickten und dort wegen ausstehender Zahlung zurückgehaltenen türkischen Kriegsschiffe sofort eingelöst würden. Der immens reiche Hassan verhandle jetzt darüber mit dem Finanzminister, werde sich aber gewiß auch entschließen, in die eigene Tasche zu greifen. Der Sultan sei infolge der aus Rom einlaufenden Nachrichten höchst erregt und zeige nicht die geringste Neigung, Tripolis aufzugeben und es ohne Kampf den Italienern abzutreten. Im Kriegsministerium sorge man bereits für die Verstärkung der türkischen Garnison in Tripolis: eine Division Infanterie, drei Schwadronen Kavallerie und acht Feldgeschütze sollen hinübergeschafft werden. Schon hätten einige Generalstabsoffiziere und Militäringenieure Befehl erhalten, die Befestigungen von Tripolis instandzusetzen. Hassan wisse, daß mit dem Sultan nicht zu scherzen sei, wenn der Zorn über ihn komme, und da ein Versagen der Flotte für die Türkei die schlimmsten Folgen haben könne, werde Hassan unter allen Umständen die Flotte einlösen, um dem Sultan sagen zu können: „Unter dem Schatten des Padischah steht alles zum besten, siehe Deine Flotte und Dein Heer sind jeden Augenblick bereit, gegen den Feind zu ziehen.“

Die ganze, gleichfalls aufgebauschte Affaire scheint uns am erfreulichsten für die in Frage kommenden Werften und für den Sultan zu sein. Die ersteren haben so Aussicht, zu ihrem Gelde zu kommen, und der Sultan wird eine Flotte haben, die zur Zeit nicht gerade repariert wird.

Am 27. April finden die allgemeinen Wahlen in Frankreich statt. Das ist immer ein großes Ereignis, heute vielleicht mehr als je seit MacMahons Rücktritt. Sehen wir recht, so wird es der letzte große Entscheidungskampf zwischen den Freunden und den Gegnern der Republik, und alle Aussichten sprechen vorläufig zu Gunsten der ersteren. Da Delcassé den Präsidenten auf seiner Fahrt nach Petersburg begleiten soll, scheint auch das Ministerium mit großer Bestimmtheit auf einen Sieg zu rechnen.

Die Buren haben Methuen nun doch, ohne jede Bedingung daran zu knüpfen, freigegeben. Großmütig war es gewiß, ob auch klug, bleibt abzuwarten. Aber dieser südafrikanische Krieg spottet so sehr alles Hergebrachten, daß er nicht nur seine besondere Strategie und sein besonderes Völkerrecht, sondern auch seine besondere politische Moral hat.

21. März. Amtliche Veröffentlichung des russisch-französischen Bündnisvertrages v. J. 16. März.
22. März. Abreise des Reichskanzlers Grafen v. Bülow nach Venedig.
22. März. Schalk Burgher trifft unter Parlamentärflagge in Prätoria ein.
23. März. Tod Koloman Tiszas.
23. März. Abreise Schalk Burghers nach Kronstadt.
23. März. Veröffentlichung der englisch-persischen Telegraphenkonvention.
23. März. Rekonstruktion des russophilen Ministeriums Tanew in Bulgarien.
25. März. Angebliche Einladung des serbischen Königspaars nach Livadia.

26. März 1902.

Als der Schreiber dieser Zeilen im September 1890 das Glück hatte, eine längere Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in Kissingen führen zu dürfen, kam die Rede auch auf den damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Grafen von Berchem. Fürst Bismarck sagte: „Das ist ein Gentleman und ein Kenner." Dieser „Gentleman und Kenner" hat nun in der Sonntag-Nummer der Münchener „Allg. Ztg." einen Artikel veröffentlicht, dem er die Überschrift gibt: „Gefühle und Politik." Wir hoffen, daß die staatsmännisch und groß gedachten Ausführungen des Grafen Berchem in unserem Volke, namentlich aber in den Kreisen, die sich berufen glauben, die ohnehin nicht geringe Gefühlserregung bei uns lebendig zu erhalten und womöglich zu steigern, ernste Beachtung finden werden. Es ist in der Tat hohe Zeit, daß jenes Akkompagnieren der großen Politik durch Resolutionen patriotisch gestimmter Versammlungen endlich einmal aufhört, zumal nicht nur bei uns dadurch das Urteil wohlmeinender Männer irregeführt wird, sondern auch im Auslande die Vorstellung immer tiefer Wurzel faßt, daß die deutsche Politik in ihrem Gange in Abhängigkeit von den Strömungen stehe, die sich so lärmend und rücksichtslos in den Vordergrund drängen.

Graf Berchem richtet sich in seinen Ausführungen sowohl gegen diejenigen, die es für ihr gutes Recht halten, ihrer Begeisterung für

die Buren jenen für England beleidigenden Ausdruck zu geben, den sie allmählich angenommen haben, wie gegen diejenigen, welche von der Erregung der öffentlichen Meinung eine Beschleunigung des Tempos unserer Flottenvermehrung erwarten. Die letzteren weist er darauf hin, daß sie gegen einen Elementarsatz unserer Politik verstoßen, wonach innere Fragen niemals auf das Gebiet auswärtiger Politik übergreifen dürfen, ebenso aber gegen das Interesse Deutschlands, welches verbietet, daß unsere legitime und niemand bedrohende Flottenvermehrung sich unter dem Schein einer Gegnerschaft zu Nachbarländern ankündige und vollziehe: die ersteren erinnert er an das Wort des Fürsten Bismarck, „daß die Großmächte, von denen wir umringt, nicht so gutmütig geworden, um uns den Luxus solcher Ränkünen und Gefühlspolitik zu gestatten".

Graf Berchem betont sehr nachdrücklich unser Interesse an einem guten Einvernehmen mit England und findet es sehr erfreulich, daß unsere Regierung durch den Mund des Staatssekretärs eine ernste Warnung erlassen hat, die Empfindlichkeit Englands nicht weiter zu verletzen. Er schließt selbst eine weitere ernste Warnung daran, wie sie ein im Amte stehender Staatsmann wie Frhr. v. Richthofen nicht aussprechen dürfte, die wir aber allen Patrioten, die ein Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit dem Vaterlande gegenüber haben, zur Beherzigung empfehlen können. „Wer nicht mit Blindheit geschlagen," sagt Graf Berchem, „wird zu würdigen wissen, welche ernsten Gefahren, abgesehen von Frankreich, die unberechenbaren inneren Schwierigkeiten unserer östlichen Nachbarn in sich schließen, mögen unsere Beziehungen zu deren Regierungen noch so gute sein. Da gestattet man sich den Sport, England zu provozieren in der Voraussetzung, daß England dagegen nicht reagieren werde! Gerade England gegenüber aber gilt heute der Satz, daß die Empfindlichkeit momentan schwacher Regierungen sorgfältig zu schonen und daß es unzulässig ist, sie zum Eingeständnis ihrer Schwäche zwingen zu wollen."

Es sei ein Falsum, wenn gerade diejenigen, die die Buren verherrlichen und über die Niedertracht ihrer Gegner am lautesten klagen, sich zu Vertretern der Bismarckschen Traditionen aufwerfen. Bismarck sagte: „Wir haben nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben." „Letztere aber" so schließt Graf

Berchem — „erheischt Beherrschung unseres Temperaments und Sammlung unserer Kräfte zur Verteidigung langgestreckter Angriffsfronten und zur Lösung der Aufgaben der Zukunft."

Wir haben den Kern dieser Gedanken an dieser Stelle während der letzten Jahre immer aufs neue vertreten und haben gerade jetzt eine sehr lebhafte Empfindung von den Gefahren, die eine Politik des Durchgehens und der großen Worte nach sich ziehen muß. Ein klassisches Beispiel dafür bietet uns ja der Führer der Alldeutschen in Wien, Schönerer, zur Zeit wohl der Mann, der uns, und auch die Sache, die er vertreten will, das heißt das Deutschtum in Österreich, am meisten geschädigt hat. Sein Hoch auf die Hohenzollern! hat natürlich das Echo gehabt, das wir erwarteten: hämische und giftige Angriffe der französischen und russischen Presse! Jetzt hat derselbe „Freund" in einer von den Alldeutschen veranstalteten Versammlung die neue Parole ausgegeben, die Engländer müßten aus Südafrika geworfen und ganz Südafrika müsse deutsch werden! Wie man das in England auffaßt, zeigt die folgende Bemerkung des „Standard": „Herr Schönerer und seine Partei stehen in enger Beziehung zu den Alldeutschen in Deutschland, und ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung, den sie systematisch gegen England wenden, ist notorisch im Wachsen. Es ist daher gut, ihr Programm zu kennen!"

Es ist ja zu bedauern, aber vielleicht nicht zu verwundern, daß man in England unsere Alldeutschen mit der völlig zerfahrenen und politisch gänzlich urteilslosen Partei der österreichischen Alldeutschen identifiziert, aber die Tatsache bleibt, daß diese höchst schädliche Agitation uns nicht nur unseren nächsten österreichischen Bundesgenossen verstimmt und der Feindseligkeit der gegen uns wütenden nationalistischen Parteien in Rußland und Frankreich stets neue Angriffspunkte bietet, sondern auch systematisch und nicht ohne Erfolg dahin arbeitet, uns an England als dem wirtschaftlichen Konkurrenten einen politischen Feind zu erziehen.

Graf Berchem sagt: Es ist nicht patriotisch, eine fremde Macht ohne Grund zu provozieren und dadurch die Freiheit der Wahl unserer Bundesgenossen einzuschränken einer europäischen Lage gegenüber, welche diese Freiheit gebieterisch erheischt." Das sind Worte, von denen wir wünschten, daß sie zu lesen wären in jedem Saale, in dem aus freier Hand über politische Fragen diskutiert wird.

Wir haben im Laufe des verflossenen Jahres fast ohne Unterbrechung von jenen Preßfeldzügen berichten müssen, die gegen uns unternommen wurden: Engländer, Russen, Polen, Tschechen, Ungarn, Franzosen fanden sich dabei zusammen und das Ziel war immer dasselbe, die Kombination zu finden, bei welcher — unter Sistierung aller zwischen anderen Staaten bestehenden Gegensätze — eine Weltkoalition gegen Deutschland aufgebaut werden könne. Diese Pläne und Anschläge sind nicht in politische Taten umgesetzt worden. Es scheuen diejenigen, an deren Namen und Stellung die Verantwortlichkeit haftet, davor zurück, den Weltenbrand zu entfesseln, der so leichtfertig vom Rednerpult oder vom Schreibtisch des Journalisten aus herbeigesehnt wird!

Aber es wäre ein arger und gefährlicher Irrtum, zu glauben, daß jene unterminierende Arbeit unserer Feinde eingestellt ist: im Gegenteil, sie sind nach wie vor am Werke, und wenn wir davon geschwiegen haben, geschah es nicht, weil wir sie übersahen oder gering schätzten, sondern weil wir durch das Zuviel zu ermüden und abzustumpfen fürchteten. Aber heute wird es erlaubt sein, an einem Beispiel zu zeigen, wie maßlos und ingrimmig jene Feindseligkeit ist.

In dem Organ des Fürsten Uchtomski, den „Peterburgskija Wjedomosti" vom 22. März, ist ein Leitartikel von Wladimir Holmström, der es als das eigentliche und vorzügliche Ziel Europas bezeichnet, vor allem uns Elsaß-Lothringen zu entreißen.

„Die elsaß-lothringische Frage — schreibt dieser Mann — hat Frankreich von einem tatkräftigen Zusammenwirken mit den Völkern Mitteleuropas abgeschnitten und das Gleichgewicht zum Nutzen Deutschlands gestört. Nicht nur für Frankreich, *sondern für alle Völker Mitteleuropas muß die Idee der Revanche lebendig bleiben!* (Gesperrt gedruckt von den „Pet. Wjed.") Ihr Gedanke muß sich von dem Bewußtsein durchdringen, *daß die elsaß-lothringische Frage ein Joch für ganz Mitteleuropa bedeutet.* (Wiederum gesperrt von den „Pet. Wjedom.") Diese Idee einer wenn auch unblutigen Revanche, die ein Gegengewicht gegen das durch den Besitz Elsaß-Lothringens geschaffene Übergewicht Deutschlands begründen soll, muß alle mitteleuropäischen Völker um sich gruppieren und sie einander nähern: über Elsaß-Lothringen muß Frankreich ihnen die Hand entgegenstrecken. Man muß die elsaß-

lothringische Frage „umgehen"! Italien hat, wenngleich schüchtern und ohne rechte Zuversicht, den ersten Schritt auf diesem Wege getan, weil sich das italienische Volk seiner Individualität bewußt geworden ist, seine Interessen erkennt und die Rechte einer besonderen Persönlichkeit beansprucht. Jetzt ist die Reihe an Österreich-Ungarn, an die slavischen Staaten gekommen: und in dieser Frage, die Bismarck unklar und ungelöst hinterlassen hat, müssen sie zu klarem Erkennen gelangen. Semons le blé, l'avoine et l'orge! (was wohl bedeuten soll, wir wollen unsere Saat weiter ausstreuen, sie wird schon aufgehen, oder wie der Schlußvers des Zitats lautet: et le fen cuira notre pain!) Zum Glück öffnet die kriegerische „Weltpolitik" Deutschlands allen die Augen. Teilnehmer dieses Bündnisses zur Sicherung der Integrität der Interessen Mitteleuropas können sogar Dänemark, Holland und Spanien werden. Schweden und Norwegen aber könnten unter gewissen Bedingungen sich damit solidarisch erklären." Wir begnügen uns mit dieser Probe, der Artikel nimmt zehn Spalten ein und ist, damit er nur ja nicht übersehen werde, im Feuilleton untergebracht worden. Er erläutert uns, was in hundert Varianten zu uns herüberklingt: neben dem durchaus korrekten Verhalten der russischen Regierung geht eine sorgfältig gepflegte und großgezogene Strömung, die als Ausweg aus allen Verlegenheiten der inneren wie der äußeren Politik den Gesamtkampf von Ost und West, von Nord und Süd gegen Deutschland empfiehlt. Die Rechnung ist, daß, wenn einmal der Anfang gemacht ist, etwa durch Frankreich, was man am liebsten sähe, keine russische Regierung stark genug wäre, eine neutrale Haltung zu behaupten. Ja, im Hintergrunde steht die Berechnung, daß gerade so unter dem patriotischen Aufschwung, der unzweifelhaft die Nation ergreifen muß, Studentenunruhen und Arbeiteremeuten, Verfassungsbegehren und was sonst heute in Rußland an Nöten und Wünschen umläuft, zurücktreten und die gestörte Ordnung unter dem Klang der Trommeln rasch wiederhergestellt sein würde. 1877 ging man in dieser Erwartung in den Türkenkrieg: es folgte aber gerade danach die Reihe verbrecherischer Attentate, die in die Katastrophe des 1. 13. März 1881 ausmündeten, und als Frankreich 1870 in gleicher Rechnung den Krieg mit Deutschland herausforderte, folgten der 2. und 4. September und alles, was sich an diese Tage geschlossen hat.

Wir meinen daher, so pfiffig auch die „Pet. Wjedomisti“ ihre Verschwörung gegen Deutschland aufzubauen denken, es könnte sich trotz allem ein Fehler in der Rechnung zeigen und das Facit ein anderes werden, als es uns und den anderen Mitverschworenen (der Zukunft) vorgespiegelt wird. Leichtfertig aber soll man solche Stimmungssymptome nicht in den Wind schlagen und vor allem nicht in Fehler verfallen, die denen verwandt sind, die wir an unseren Gegnern tadeln: nicht in die Sphäre anderer Mächte eingreifen, uns nicht zu Richtern aufwerfen, wo wir nicht berufen sind zu richten, ja nicht einmal das Material für einen gerechten Spruch in Händen haben. England, um auf unseren Ausgangspunkt zurückzukommen, macht eine schwere innere und äußere Krisis durch. Nichts widerspricht unserem Interesse mehr, als ihm die Überwindung dieser Krisis zu erschweren. Denn der Faktor England in der großen Politik ist auch für uns ein unentbehrlicher, seine Lähmung in höchstem Grade unerwünscht, ganz wie wir es nur beklagen könnten, wenn an die Stelle der gegenwärtigen, notorisch friedlich gesinnten russischen Regierung die Elemente als die Leitenden hervortreten würden, deren Organ die „Petersb. Wjedomosti“, und die französische „Nowoje Wremja“, und deren Mundstück Politiker vom Schlage des Herrn Wladimir Holmström sind.

Es scheint eine stillschweigende Übereinkunft aller Beteiligten zu sein, die Ausdehnung der russisch-französischen Allianz auf das Gebiet des Stillen Ozeans als eine Kundgebung darzustellen, durch welche die Aussicht auf Erhaltung des allgemeinen Friedens weiter gekräftigt worden ist. Wir teilen diese Meinung nicht, wenn wir auch fest davon überzeugt sind, daß von russischer Seite die Anregung in dieser Absicht gegeben worden ist. Denn in der Tat, es ist weniger wahrscheinlich, daß Rußland in seiner mandschurischen Stellung belästigt wird, wenn Frankreich in solchem Fall verpflichtet ist, ihm beizuspringen, als wenn Rußland allein steht. Aber die Schwierigkeit liegt eben darin, daß das englisch-japanische Bündnis auf die Erhaltung der Integrität Chinas mit Einschluß der Mandschurei und zugleich auf die Integrität Koreas geht, während das russisch-französische Bündnis auf dem Boden des status quo ruht. Je eingehender man aber die gegenwärtige Stellung Rußlands in Ostasien prüft, um so mehr leuchtet ein, daß Rußland seine

Stellung in der Mandschurei nicht preisgeben kann. Wer ein Riesenwerk, wie die mandschurische Bahn, errichtet hat, deren immense strategische Bedeutung gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann, ist nicht mehr in der Lage, sich bescheiden zurückzuziehen. Rußland muß nicht nur die Verwaltung und Leitung dieser Bahn in Händen behalten, es muß auch in der Lage bleiben, sie zu verteidigen und das letztere bedingt die militärische Okkupation der Mandschurei. Diese Notwendigkeiten sind stärker als alle geschriebenen oder ungeschriebenen Versprechungen und müssen sich geltend machen. Das Äußerste, wozu Rußland, wenn es nicht seine wesentlichsten Interessen wegwerfen will, sich verstehen darf, ist, eine nominelle Oberhoheit Chinas in diesen Gebieten vorläufig anzuerkennen, den Chinesen auch gewisse Hoheitsrechte zu lassen, in der Hauptsache aber ist es genötigt, Herr auf diesem Boden zu sein. Auch ist die defensive Stellung Rußlands hier außerordentlich stark, so daß wir kaum sehen, wie es auf diesem Boden angegriffen werden könnte. Auch geht die Vollendung der noch ausstehenden Strecke der sibirischen Bahn mit Riesenschritten ihrem Abschluß entgegen, und wie wir von einem Gewährsmann wissen, der erst vor wenigen Monaten die ganze Strecke von Ostasien nach Europa auf dieser Bahn befahren hat, funktioniert sie vortrefflich und die zahlreichen Ausweichestellen und Wasseranlagen machen es möglich, in verhältnismäßig kurzer Frist große Truppenmassen von Westen her an den Stillen Ozean zu werfen. Kurz, wir glauben nicht, daß jemand imstande ist, Rußland aus der Mandschurei hinauszudrängen. Gefährdet sind dagegen die Häfen, speziell Wladiwostock, Port Arthur, Dalnj und offen steht den Gegnern Rußlands Korea. Korea und die Halbinsel Liatung aber sind es gerade, auf welche der Ehrgeiz Japans sich richtet, und der Verteidigung dieser Interessen gilt wohl zumeist die Ausdehnung der Alliance Franco-Russe auf Ostasien. Nun spitzt sich das politische Problem auf die Frage zu, ob Japan die fünf Jahre, auf welche ihm das Bündnis mit der stärksten Seemacht der Welt gesichert ist, ungenutzt wird hingehen lassen, ohne wenigstens zu versuchen, das Ziel seiner Wünsche zu erreichen. Daran aber hängt Krieg und Frieden, d. h. also an dem doch unberechenbaren Entschluß einer Nation von hohem Ehrgeiz und hohem Selbstgefühl und gewiß auch von nicht geringer politischer Initiative. Hinzu kommt noch

die größere Leichtigkeit, mit der der Orient über Menschenleben disponiert. Er achtet die Opfer geringer.

Von der englischen Seite gesehen, spricht alles Interesse für Vermeidung eines Krieges und für die Zurückdrängung Rußlands durch eine diplomatische Aktion und durch Demonstrationen. Auch ist das englische Interesse an der Mandschurei und an Korea geringer als an den Nachbarstaaten Indiens und des Persischen Golfes. An diesen stets bedenklichen Punkten liegen aber im Augenblick die Verhältnisse so, daß England in Persien wider Erwarten in letzter Zeit seine Position gestärkt hat, während in Afghanistan der russische Einfluß immer mehr an Boden zu gewinnen scheint. Auch bedeuten die russischen Anknüpfungen in Tibet eine Bedrohung der englischen Stellung. Als noch unberechenbares Element sind dann die Unruhen in Südchina hinzugetreten, die immer mehr den Charakter einer Revolution annehmen und wenn sie zunächst im französischen Tonkin Sorgen erregen, doch auch die britische Sphäre in Birma beunruhigen können. Das alles sind nicht unbedenkliche Symptome und wir verstehen es sehr wohl, wenn man sowohl im englischen Parlament wie in der französischen Kammer von den betreffenden Regierungen Aufklärungen zu erlangen sucht. Die hier wie dort erteilten Antworten waren, wie sich nicht anders erwarten ließ, konventionell und haben unser Wissen nach keiner Seite hin bereichert. Für ebenso konventionell halten wir die Aufklärungen, die das französische Gelbbuch uns nachträglich über die Mitylene-Expedition gebracht hat. Die Publikation ist bestimmt, der Welt zu beweisen, daß es russisch-französische Gegensätze in Betreff der Orientpolitik Frankreichs nicht gegeben hat, und wir haben keinen Grund, ein ungläubiges Gesicht zu machen, wenn die beiden in Frage kommenden Mächte sich freundlich anlächeln. Daß Rußland sich als Antwort auf die der lateinischen Kirche gemachten Zugeständnisse nun seinerseits eine Reihe von russisch-orthodoxen Kirchen von der Pforte hat privilegieren lassen, wird — so charakteristisch es ist — heute die russisch-französische Freundschaft nicht stören.

Im Augenblicke, da wir diese Zeilen schreiben, kommt die hocherfreuliche Nachricht von der Anknüpfung von Verhandlungen zwischen England und den Buren. Wir hoffen das Beste: Wenn England auf die politische Gleichberechtigung der Kaffern verzichtet und eine weite Amnestie gewährt und den Buren in Betreff

ihrer Autonomie die Zugeständnisse macht, die mit der Oberherrlichkeit Englands irgend vereinbar sind, läßt sich ein wirklicher Friede erwarten. Wir wünschen ihn beiden Teilen und es soll uns besonders freuen, wenn es die Initiative des Königs gewesen ist, welche die Wendung herbeigeführt hat.

In Spanien und in Italien sind die Ministerkrisen zu glücklichem Abschluß gelangt, indem hier wie dort mit geringen Veränderungen die früheren Ministerien ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Auch die sozialistischen Unruhen in den beiden Reichen sind erfolgreich niedergezwungen worden. Auch in Serbien und Bulgarien gibt es Ministerkrisen, die hier wie dort zu einer weiteren Kräftigung des russischen Einflusses geführt haben. Speziell das Ministerium Danew in Sofia gilt als unbedingt der russischen Politik ergeben. Ein Element der Unruhe bleibt die immer noch von Sfarafow geleitete makedonische Bewegung, aber man darf erwarten, daß auch dieses Frühjahr, wie die vorausgegangenen, hier keine Störung des Friedens bringen wird.

In Frankreich haben die bevorstehenden Wahlen das bemerkenswerte Resultat gehabt, daß die Kammer durch Überrumpelung bestimmt hat, das Mandat der Abgeordneten solle in Zukunft nicht 4, sondern 6 Jahre dauern. Das bedeutet, daß die jetzige Regierungsmajorität und mit ihr natürlich auch das Ministerium sich der Wiederwahl absolut sicher fühlt. Der Vorgang ist außerordentlich bezeichnend und hat eine weitere Illustration dadurch gefunden, daß in der letzten Kammersitzung einzelne Abgeordnete zunächst, um Stimmung für sich zu machen, eine Reihe von Amnestieanträgen einbrachten und ihre Annahme auch glücklich durchsetzten, dann aber, auf den Widerspruch der Regierung hin, die eben angenommenen Anträge wieder en bloc ablehnten! Das „Journal des Débats" bemerkt dazu: „Die Kammer hat gestern (den 24. März) wieder einmal das Bild einer Versammlung gegeben, die weder weiß, was sie will, noch was sie tut. ... Nachdem die Kammer einsah, daß, was sie beschlossen hatte, nicht Sinn noch Verstand hatte, verwarf sie en bloc, was sie en détail angenommen hatte!" Wir können das nur Wort für Wort unterschreiben.

26. März. Cecil Rhodes stirbt in Capstadt.
27. März. Prinetti trifft in Venedig ein.
30. März. Schließung der französischen Kammer.
1. April. Verstärkung der Garnison in Kuschk.

2. April 1903.

In der Reihe der großen Abenteurer wird der Name von Cecil Rhodes, der am 26. März erst 49 Jahre alt in Kapstadt gestorben ist, mit Recht eine hervorragende Stelle einnehmen. Auch hat man ihn mit dem größten und erfolgreichsten aller Abenteurer, Napoleon, verglichen und ihn noch bei seinen Lebzeiten den „Napoleon des Kap" genannt. Wir möchten aber für diese übertreibende Schätzung nicht eintreten. Von der universalen Begabung des großen Korsen hat Cecil Rhodes nichts gehabt, von militärischem Talent keine Ader, wie schon die Tatsache zeigt, daß er all den blutigen Kämpfen ferngeblieben ist, die sein Ehrgeiz hervorrief. Seine einzige kriegerische Tat ist das Ausdauern in Kimberley, seiner Diamantenmetropole, und auch das war nicht eigentlich eine Tat, sondern ein Stück jener passiven Kraft, die eine besondere und eigentümliche Seite seiner Natur zeigt. Hätte er einen anderen Gegner gehabt, so mußte Kimberley sein Grab werden. Aber unzweifelhaft besaß er, wie andere Fatalisten auch, persönlichen Mut. Er hat es bewiesen, als er während des Matabelekrieges den Entschluß fand, mit nur drei Begleitern ins feindliche Lager zu reiten und die Führer der Matabele zum Niederlegen der Waffen bewog. Und eine mutige Tat war es gewiß, als er nach dem Zusammenbruch Jamesons nach London fuhr, um Schuld und Verantwortung für das mißlungene Unternehmen auf seine Schultern zu nehmen. General Boulanger hat unter Verhältnissen, die, wenn auch nicht ähnlich, so doch verwandt waren, es vorgezogen, seine Person rechtzeitig jenseits der Grenze in Sicherheit

zu bringen. Allerdings war Boulanger ein armer Teufel und Cecil Rhodes ein zweihundertfacher Millionär, der wohl wußte, daß Geld und Macht Bundesgenossen sind, und der zugleich als stärksten Bundesgenossen das Lockbild der Machtgedanken mit sich führte, an denen er sich berauscht hatte, und die mit unwiderstehlicher Gewalt jedes englische Herz faszinierten. Ein Augenzeuge hat uns den Eindruck geschildert, den ihm Rhodes machte, als er in Westminster vor jener parlamentarischen Kommission saß, die berufen war, das Urteil in dem Jameson-Prozeß zu finden, und die sich genötigt gesehen hatte, Rhodes als einen höchst verdächtigen Zeugen vor sich zu laden. „Es war – schreibt unser Gewährsmann — ein höchst merkwürdiges Schauspiel. Einige der schärfsten Intelligenzen des Reichs saßen um jenen hufeisenförmigen Tisch: Sir William Harcourt, Mr. Chamberlain, Sir Michael Hicks-Beach, Sir Henry Campbell-Bannerman, Sir Richard Webster, Mr. Cripps und Mr. Bigham, Mr. Wyndham, Mr. Blake und Mr. Labouchère — zum Teil Meister der Debatte und der Dialektik, alle erfahrene Parlamentarier oder geschickte und feine Advokaten. Der große Mann mit der schlechten Sache saß im Zeugenstuhl, und wir glaubten zunächst, es werde ihm kläglich genug gehen. Sein Gedächtnis war so unsicher, sein Überblick über alles Detail so ganz unzureichend und die grobe ausweichende Art, in welcher er die forschenden Fragen umging, machte den Eindruck, als ob er einen Hieb mit dem Rappier mit dem Knüppel des Landstreichers pariere. Aber schon bald machte sein alter Einfluß sich geltend. Er schob die Fragen bei seite, statt sie zu beantworten: er hielt dem Komitee gleichsam eine Vorlesung über Politik und Moral (on the ethiks of Empire), er hob warnend seinen Finger gegen Labouchère, und ging über das Thema des Jamesonritts und des Komplotts hinweg, als ob das unter seiner Würde wäre: sein Geierblick leuchtete auf und sein bald mildes, bald höhnisches Lächeln machte sich wirkungsvoll geltend, als er in vollem Ernst und wie beiläufig zu reden begann: von Rhodesia und von Deutschland, und von dem Weg zum Norden hin; und die Kabinetsminister, die berühmten Rechtsgelehrten, die erbitterten radikalen Mitglieder des Parlaments hörten ihn sanftmütig und mit ungeheucheltem Interesse an. Lange vor Schluß hatte Rhodes das Komitee völlig gebändigt; er war tatsächlich wie ein Verbrecher zum

Verhör herangezogen worden, und nun saß er da, als wäre er der Patron und der Lehrmeister seiner Richter, und doch war jeder einzelne von ihnen begabter als er, soweit Begabung an sich in Frage kommt. Es war eine höchst erstaunliche Illustration des Triumphs, den Charakter über den Intellekt, persönliche Kraft und Energie über Klugheit, Wissen und vollendete Bildung davonträgt."

Wir möchten nicht, daß die Schilderung dieser Szene, die wir in einer Zuschrift an den „Standard" (27. März) gefunden haben, für die geschichtliche Würdigung von Cecil Rhodes — und der Mitglieder seines Komitees verloren ginge, denn hier ist alles echt, es ist ein Augenblicksbild aus der Geschichte des englischen Imperialismus, und nichts erscheint uns charakteristischer als jene Vorlesung, die Cecil Rhodes vor der Elite der Nation „on the ethics of the Empire" halten durfte. Daß dabei die Ethik selbst über Bord fallen mußte, versteht sich ebenso sehr von selbst, wie jener Spruch des Gerichts, der darin gipfelte: wir haben kein Falsch an ihm gefunden.

Doch wir wollen nicht richten, sondern den Mann, so wie er war, zu verstehen suchen. Wir können uns das England von heute wohl ohne Salisbury und Rosebery, ohne Campbell Bannerman und Balfour, ohne Lord Roberts und ohne Kitchener vorstellen, das alles sind Dutzendmenschen; auch ohne Jameson, denn er war nur ein Werkzeug, nicht aber ohne Joe Chamberlain und ohne Cecil Rhodes. Ohne diese beiden gab es keinen Imperialismus, und das heutige England trägt nun einmal den Stempel des imperialistischen Gedankens an der Stirn. Worin nur lag und liegt die besondere Kraft, die von ihnen ausging?

Wir nannten Cecil Rhodes oben eine Abenteurernatur, das ist eine Kraft die, um zur Wirkung zu gelangen, eines besonderen Bodens und besonderer Verhältnisse bedarf, um den Spielraum zu finden, den Ehrgeiz und Phantasie verlangen. Der Sohn des Reverend F. W. Rhodes wäre in geregelten Verhältnissen schwerlich hoch emporgekommen. Ein mittelmäßiger Schüler, der 5. Sohn unter 11 Geschwistern in einem unbemittelten Hause, ist er als 17jähriger Junge nach Durban gefahren, um sich einem älteren Bruder anzuschließen, der Baumwollenpflanzer in Natal war. Die Legende, die Cecil Rhodes in Australien durch eine kühne Spekulation den Grund zu seinem riesigen Vermögen legen läßt, hat gar kein Fundament, er

ist nie in Australien gewesen. Er blieb kurze Zeit beim Bruder, ging dann in das Gebiet der Diamantenfelder, die seiner Phantasie einen Traum von Reichtum und Macht vorzauberten und fand es dann nützlich, zunächst nach England zurückzukehren und sich in Oxford einen gelehrten Grad zu erwerben. Als er 1873 nach Südafrika zurückkehrte, galt er für einen Todeskandidaten, er war schwindsüchtig, aber das Klima des Landes gab ihm Kraft und Gesundheit wieder, und aus dem zauberischen Bewußtsein, daß er über Schätzen wandelte, die nur gehoben zu werden brauchten, erwuchs ihm der Glaube an eine Zukunft von Reichtum und Macht, die ihn mit der Sicherheit eines Nachtwandlers seinen Weg weiter schreiten ließ. „Exzentrisch und ein Träumer"; so charakterisieren ihn diejenigen, die ihn damals gekannt haben. Hochaufgeschossen, vernachlässigt in Kleidung und Manieren, originell in seinem Urteil über Menschen und Dinge. Sie alle bedeuten ihm nicht an sich etwas, sondern nur so weit sie von ihm in Beziehung zu seinen Gedanken und Plänen gesetzt werden. Und das gibt ihm eine Stellung der Überlegenheit. Seine älteren Brüder ordneten sich ihm unter. Er gewinnt in dem Dr. Jameson einen Adepu, der fortan bis an das Totenbett treu zu ihm hält, sein blindes und williges Werkzeug, ganz unfähig, anders zu denken als der junge Meister, dessen Überlegenheit sich ihm für immer oktroyiert hat. Inzwischen ist Rhodes bereits einer der bestsituierten Geschäftsleute des Minendistrikts geworden „a farsighted man of business, with a head for finance". Daß 1880 die De Beers Diamantenkompagnie zustande kam, ist sein Werk, und von da ab gibt es kein großes geldbringendes Unternehmen in Südafrika, an dem seine Hand nicht teilhätte. Die 200 Millionen Mark, die er hinterlassen hat — trotz der großen Verluste, die der Krieg auch ihm brachte — sind so erworben worden, sie gaben ihm, wonach er strebte: Macht. Denn dazu, nicht zu raschem Genuß, sollte sein Reichtum ihm dienen. Und hier ist die Grenze, die ihn über die Reihe der gewöhnlichen Glücksjäger hinaushebt. Er hatte einen politischen Gedanken, dessen Durchführung ihm mehr bedeutete: er wollte Südafrika zu einem einheitlichen Staatenkomplex zusammenfassen, in dem er die weißen Elemente, gleichviel ob Engländer oder Holländer, durch gemeinsames politisches und wirtschaftliches Interesse zu verschmelzen dachte. Nicht jene Einheit, die

vor Jahren der Kolonialsekretär Lord Carnarvon hatte durchführen wollen und die schließlich am Majuba zusammenbrach), sondern eine Föderation gleichberechtigter autonomer Staaten, in denen Afrikander und Engländer nebeneinander und miteinander in voller Freiheit leben sollten, unter englischer Oberhoheit zunächst, das schien unerläßlich, in Zukunft einmal vielleicht zu eigenem Recht. Die Engländer meinen, nur Jameson habe die letzten Gedanken von Rhodes ganz gekannt. Gordon jedenfalls, obgleich er sein guter Freund war, kannte sie nicht. Die beiden Männer zogen sich an und stießen sich zugleich ab, und Rhodes war der größere und der stärkere Ehrgeiz. Aber zu erreichen war das Ziel von Cecil Rhodes nur, wenn die Buren mitmachten und wenn ihm der Weg zum Ziel nicht durch eine andere Macht abgeschnitten wurde. Und hier stieß er auf einen Gegner, der ihm an Verschlagenheit gewachsen, an sittlicher Würde weit überlegen war: auf Paul Krüger, den Präsidenten von Transvaal. Nur war Krüger damals der Schwächere, finanziell wie politisch und militärisch. Nach beiden Richtungen ist er bemüht gewesen, sich auf eine Zukunft, deren Gefahren er voraussah, vorzubereiten. Zunächst finanziell durch Ausbeutung der Goldminen des Rand: denn erst wenn die Finanzen nicht nur geordnet waren, sondern zur Bildung eines Kriegsschatzes geführt hatten, konnte zweitens dazu geschritten werden, sich auf einen Kampf vorzubereiten, der mit dem Einfluß und den Kriegsmitteln einer europäischen Großmacht zu rechnen hatte. Das alles aber verlangte Zeit und gab Cecil Rhodes einen Vorsprung, den er meisterhaft ausnutzte. Rhodes erkannte ganz richtig, daß er die beiden Republiken vor allem isolieren müßte. Um dieses Ziel zu erreichen, griff er zu zwei Mitteln: er suchte das Vertrauen des Afrikanderbondes zu gewinnen und gute Beziehungen zu den Burenrepubliken aufrecht zu erhalten, dann aber schritt er mit der Macht der inzwischen organisierten Chatered-Company zur Eroberung von Betschuana-Land, das bestimmt war, jede mögliche Verbindung zwischen Deutsch-Südwestafrika und Transvaal für alle Zukunft abzuschneiden und zur Eroberung von Rhodesia, das sich zwischen den östlichen und den westlichen Teil der portugiesischen Besitzungen wie ein Keil eindrängte, und einerseits an den Kongostaat, andrerseits an Deutsch-Ostafrika und den Tanganyika-See stieß. Sein Gedanke war, mit der Zeit diesen Keil, wenn auch nur in

schmaler Spitze, nach Norden hin so weit vorzustoßen, bis er etwas südlich vom Äquator wieder auf britisches Gebiet stieß. Erst ein Telegraph, dann eine Eisenbahn sollten so die Verbindung zwischen Kapstadt und Kairo herstellen.

Gewiß ein grandioser Gedanke, und wir verstehen wohl, wie ein englisches Herz sich dafür begeistern konnte. Selbst wenn, wie schon damals auch einzelne Engländer glaubten, Rhodes einmal zum Rebellen wurde und als erster Präsident der Vereinigten Staaten von Südafrika das Land selbständig machte, es blieb der Rasse. Auch ist es bewunderungswürdig als politische Tat, daß er den ersten Teil des Programms tatsächlich in erstaunlich kurzer Zeit, im wesentlichen bis 1895, durchführte. Die entscheidenden Erwerbungen aber sind nach 1890 geschehen, zur Zeit, da bei uns die Ära Caprivi dahin geführt hatte, daß Deutschland die Augen geflissentlich von Südafrika, wie überhaupt von den kolonialen Interessen des Reiches abwandte. Die Versäumnisse, die damals geschehen sind, können überhaupt nicht mehr gut gemacht werden und heute wäre es Torheit, zu wollen, was in jenen Jahren ein höchst erstrebenswertes und erreichbares Ziel war. Doch wir wollen mit der Vergangenheit nicht rechten, auch nicht der Regierung allein eine Schuld zuweisen, die unser Parlament und unser Volk mit trifft. Wo die Volksvertretung, wie bei uns, jeden Schritt auf kolonialem Gebiet mit Mißgunst begrüßt hat und die Initiative der einzelnen, von wenigen ruhmvollen Ausnahmen abgesehen, fehlte, da war gegenüber einer Energie, gleich derjenigen, die Rhodes entfaltete, das Spiel von vornherein verloren. „Ich war niemals zufriedener", sagte Rhodes einmal, „als da ich die neue Entwicklung der deutschen Politik verfolgte. Was war das Hindernis auf dem Wege Deutschlands? Betschuanaland! Was nutzten den Deutschen ihre Sandstreifen bei Angra Pequena und das Land dahinter, wenn England mit seinen Kolnien zwischen ihnen und Transvaal als ein Wall stand? Wären wir in West-Griqualand stehen geblieben, so hätte Deutschland seine ehrgeizigen Absichten erreicht. In der Tat, Betschuanaland war der Schlüssel zur Suprematie Englands in Südafrika. Die Entscheidung fiel damit nicht nur zwischen Engländern und Holländern, sondern es handelte sich auch darum, ob einer Großmacht, die begierig auf eine Machtstellung in Afrika ausschaute, der Weg versperrt wurde,

damit sie uns nicht den Ausgang nach Norden verlege und Kapland und Natal zu bloßen Enklaven mache."

Es ist dies wohl die bitterste Kritik der Politik, die bei uns mit dem Sansibar-Vertrage begann und in eine große Retirade aus Afrika auszumünden drohte.

Als die Rückkehr zur Politik der großen Zeit bei uns anhob, kamen die bösen Tage für Cecil Rhodes. Er begann Fehler zu machen. Einer der schlimmsten war die rechtliche Gleichstellung der Schwarzen mit den Weißen, dann folgten pekuniäre Krisen in der Chartered-Company und endlich der schlimmste von allen Fehlern: der Einfall von Dr. Jameson in Transvaal. Es ist interessant, heute, nachdem 6 Jahre hingegangen sind, das Urteil der Engländer zu hören, die sich damals so sehr über das Telegramm Kaiser Wilhelms entrüsteten. Der „Standard", 1896 einer der allerlautesten und bösartigsten Schreier, schreibt heute: „Im Jahre 1895 griff Mr. Rhodes sein berühmtes und unglückliches Projekt an, die Transvaal-Regierung zu stürzen. Im Mai verpflichtete er sich durch einen Vertrag, die Uitlander zu unterstützen, indem er eine Rebellion für Ende des Jahres in Johannesburg vorzubereiten versprach. Nachdem der Entschluß einmal gefaßt war, wurden die Pläne rasch gemacht. Ein Antrag, durch Bestechung den Rand zu gewinnen, wurde fallen gelassen, aber man sorgte für Waffen und brachte sie heimlich mit Hülfe der Goldfields-Company nach Johannesburg. Denn Rhodes war leitender Direktor der Company und die Vorbereitungen wurden durch Dr. Jameson getroffen, der die Verwaltung des Landes der Chartered-Company und die Verfügung über ihre Streitkräfte in Händen hatte. Gleichzeitig mit der Rebellion in der Minenstadt sollte ein Angriff auf den Sitz der Regierung in Pretoria erfolgen. Es war aber wünschenswert, leichteren Zugang in das Gebiet von Transvaal zu erhalten, und zu dem Zweck mußte ein Streifen Landes an der Ostgrenze von Transvaal erworben werden, der zum Betschuanaland-Protektorat gehörte. Rhodes schickte Mr. Rutherfoord Harris nach London, um vom Kolonialamt die Abtretung dieses Landes unter dem Vorwande zu erhalten, daß es zur Fortsetzung der Eisenbahn von Mafeking nach Bulawayo notwendig sei.

Um dieselbe Zeit wurde Oberst Frank Rhodes (der ältere Bruder) nach Johannesburg abgesandt, angeblich als Inspektor der Goldfields

Company, in Wirklichkeit aber, um die bevorstehende Rebellion zu organisieren. Mr. Rutherfoord Harris erreichte seinen Zweck: das Land wurde gegeben. Aber wir haben das Zeugnis von Mr. Chamberlain, Lord Selburne und des verstorbenen Mr. Fairfield, daß ihnen niemals etwas mitgeteilt worden ist, was die Übertragung des Landes zu anderen Zwecken als zum Eisenbahnbau wahrscheinlich gemacht hätte.

Die Vorbereitungen zum Aufstande waren nun abgeschlossen. Ende November kam Dr. Jameson nach Johannesburg und die Führer des Platzes stellten einen Brief fertig, den er datieren und veröffentlichen sollte, wenn es an der Zeit sei und sie ihn zur Hülfe nach Johannesburg riefen. Dieses Dokument wurde einem Agenten in London mitgeteilt, es sollte aber nicht veröffentlicht werden, bevor telegraphische Instruktion aus Kapstadt einlief. Gegen Ende Dezember kam es zu Differenzen zwischen den Verschworenen. Johannesburg sollte sich am 28. erheben und gleichzeitig sollten Dr. Jameson und die Truppen die Grenze überschreiten. Nun war aber mit Rhodes vereinbart worden, daß der Union Jack nicht gehißt werden sollte, andrerseits hatte Rhodes nach London telegraphiert: „Natürlich würde ich nicht alles aufs Spiel setzen, wie ich es tue, wenn es nicht für die englische Flagge geschieht". Die Johannesburger schickten Mr. Leonard zu Rhodes, um in Betreff der Flagge auf den Vertrag zu bestehen. In Anbetracht dieser Meinungsverschiedenheit und auch um mehr Waffen zum Rand zu schicken, verschob Rhodes die Aktion auf den 6. Januar und telegraphierte an Jameson, er solle dort stehen bleiben, wo er gerade sei. Aber der Doktor weigerte sich zu warten. „Ich breche heute Nacht nach Transvaal auf", telegraphierte er seinem Chef. „Sie sollen sich unter keiner Bedingung rühren", antwortete Rhodes. „Ich untersage aufs strengste solch ein Unternehmen." Aber Dr. Jameson hatte die Telegraphendrähte durchschnitten und der Befehl hat ihn niemals erreicht.

Inzwischen war der High Commissioner, Sir Hercules Robinson, später Lord Rosmead, erst unterrichtet worden, als es schon zu spät war. Das erste, was er erfuhr, war: in Johannesburg sei ein Aufstand ausgebrochen und die Truppen der Company im Veldt. Er schickte einen Boten, um Dr. Jameson einzuholen und berichtete dem Kolonialamt. Was folgte — die Niederlage der Truppen u. s. w. braucht nicht erzählt zu werden . . ."

Auch wir brechen hier ab, und wollen nur auf die Unglaubwürdigkeit desjenigen Teils der Darstellung hinweisen, der die Mitschuld Chamberlains in Abrede stellt. Rhodes, der als Kapminister sofort zurücktreten mußte, wurde durch jene Kommission reingewaschen, die wir oben charakterisiert haben und kehrte darauf nach Afrika zurück, um den schweren Aufstand der Matabele beizulegen. Von seinen Plänen aber hatte er keinen aufgegeben, nur ward ihre Durchführung von 1896 ab in die Hände des Kolonialsekretärs Chamberlain gelegt, der nicht mit geringerer Gewaltsamkeit, aber unter besserer Wahrung des Scheines, die Dinge so zu wenden verstand, daß die Buren zu den Waffen griffen. Rhodes lebte in der Zeit, die dem Kriege vorausging, ganz dem Gedanken der Kairo-Kapbahn. Er hat ihn bekanntlich im Sommer 1899 nach Berlin geführt, und Rhodes die hohe Ehre gehabt, von Kaiser Wilhelm empfangen zu werden. Aber auch all die Hoffnungen, die er an die Berliner Vereinbarungen knüpfte, sind infolge des südafrikanischen Krieges zu schanden geworden, und wir hoffen mit aller Bestimmtheit, daß die englische Meridianbahn nicht eher deutsches Territorium berühren wird, als bis eine deutsche Eisenbahn von der Küste zum Tanganjika-See führt. Unter jeder anderen Voraussetzung erscheint uns eine deutsches Gebiet passierende englische Bahn wirtschaftlich wie politisch als ein Fehler, ganz wie wir der Meinung sind, daß die Konsequenz, die sich für uns aus der Kap-Kairo-Bahn ergibt, eine Kolonialarmee sein wird. Doch das liegt heute noch weit, und seit Cecil Rhodes nicht mehr lebt, weiter als vorher. Er war keineswegs des Glaubens, daß er sein Lebenswerk vollendet habe. 1899 meinte er, nun fange die Hauptarbeit erst an. Und eines seiner letzten Worte, bevor sich ihm die Augen für immer schlossen, war: „Es ist so wenig geschehen, und noch so viel zu tun.“ Gewiß, wenn er länger gelebt hätte, boten die afrikanischen Dinge ihm noch ein weites Feld der Tätigkeit. Er wünschte sehnlichst den Frieden und wußte sehr wohl, daß eine Hauptschwierigkeit in der Frage der Gleichberechtigung der Eingeborenen lag. Darüber hat er sich in nicht mißzuverstehender Weise ausgesprochen. Für die Buren wäre es vielleicht günstiger, wenn er noch lebte, für England erscheint sein Tod fast wie ein Glück. Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß er einen Erben seiner Gedanken und seiner Tatkraft hinterläßt. In ihm stand der nationale Ehrgeiz

hinter dem persönlichen, der spezifisch englische hinter dem afrikanischen zurück. Jetzt ist, wenn England mit dem Frieden abschließt, den es haben will, auf lange nichts unwahrscheinlicher als ein Afrika mit eigenem politischen Ehrgeiz. Es wird viel zu abhängig sein, um ihn hegen zu können. Kommt es aber zu einem Frieden, wie die Buren ihn wollen, so kann er nur den Charakter eines Stillstandes tragen. Rhodes hätte, so sonderbar das klingen mag, eher als jeder andere mit beiden Teilen verhandeln und zwischen beiden vermitteln können, weil er durch eigene Wahl und durch die Richtung seiner Gedanken Afrikaner war. Chamberlain ist und bleibt Engländer. Darin liegt seine Stärke, aber auch seine Schwäche dem afrikanischen Problem gegenüber.

Der Mensch in Rhodes ist uns nicht sympathisch. Neben dem großen Zuge, der durch sein Wesen geht, stoßen wir auf eine moralische Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, auf einen Cynismus in der Praxis wie in der Theorie seiner Politik, die sich von keinem Standpunkte aus rechtfertigen lassen, und schließlich zum Gegenteil dessen geführt haben, was er erstrebte. Kenner der südafrikanischen Verhältnisse behaupten, daß ohne den Jameson Raid die beiden Burenrepubliken über kurz oder lang sich freiwillig einer südafrikanischen Föderation angeschlossen hätten. Rhodes hat ursprünglich die beiden weißen Rassen versöhnen und verschmelzen wollen: das Resultat seines Lebens ist Steigerung der Gegensätze zu blutigem Haß. Er hat die Macht Englands oder doch der englischen Rasse heben wollen, sie ist heute mehr als je in ihrer Weltstellung gefährdet. Er hat ein reiches blühendes Afrika hinterlassen wollen, und was ihn überlebt, ist Jammer und Elend. Alles in allem: er war ein Spieler, der hohes Spiel spielte, das Spiel ist verloren. Sein Leben war ein Einsatz zu vielen anderen Menschenleben, und gewiß nicht der kostbarste. Aber das Kapparlament hat ihm ein Begräbnis auf Staatskosten dekretiert und seine Gebeine werden in der blutgedüngten afrikanischen Erde ruhen. Lord Rosebery, der Schwiegersohn Rothschilds, ist sein Testamentsvollstrecker.

Noch zwei andere Todesfälle hat die letzte Woche gebracht: Koloman Tisza und Graf Münster sind dieser Tage hingegangen, nach ehrenvoller Laufbahn, die auf ein langes, nützliches Leben hinweist. Das Urteil über beide Männer steht geschichtlich fest:

haben sie auch nicht an erster Stelle gestanden, so doch in den vordersten Reihen. Keiner von beiden hat durch sein Tun eine Tränensaat gesät wie Cecil Rhodes, ihr Lebensbuch liegt offen vor uns, und sie brauchen keine Seite zu verdecken. Beide waren bereits aus dem praktischen Berufsleben hinausgetreten, Koloman Tisza seit Jahren, als der Tod sie hinwegraffte. Ihr Andenken in Ehren. Sie waren aus dem Holz geschnitten, mit dem sich fest und dauerhaft bauen läßt. Wohl dem Staat, dem es nie an solchen Männern von sicherm Verstande, treuer Arbeitskraft und echtem Patriotismus fehlt.

2. April. Schalk Burgher tritt in Beziehung zum Präsidenten Steyn.
4. April. Unruhen in Albanien und Makedonien.
7. April. Freisprechung Kruizingers.
8. April. Unterzeichnung des Mandschureivertrages.

9. April 1902.

Bei uns werden meist nur die in deutscher Sprache erscheinenden Organe der russischen Presse gelesen und daraus ergibt sich, daß man bei der gebotenen vorsichtigen Haltung dieser Blätter keine Vorstellung von den Strömungen gewinnt, die heute durch die öffentliche Meinung Rußlands gehen. Und doch ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, zu einer Zeit, die sich als Übergangsstadium zu einer neuen auswärtigen und inneren Politik bezeichnen läßt, die Strömungen zu kennen, die durch das Volk gehen und die geistige Nahrung, die ihm täglich zugeführt wird, auf ihre Bedeutung richtig einzuschätzen. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu bieten, sich ein eigenes Urteil zu bilden, halten wir es für nützlich, einmal den vollen Inhalt einer großen russischen Zeitung kurz zu analysieren. Wir wählen dazu die „Peterburgskija Wjedomosti" vom 3. April.

Die Spitze bildet eine Korrespondenz aus Berlin. Das Thema ist die Polizeiwillkür, die das Vereinswesen in ganz Deutschland knebelt, wobei der Verfasser mit Leidenschaft Partei ergreift für die Sozialdemokraten und für das Recht der Frauen, an dem praktisch-politischen Leben teilzunehmen und an den Universitäten völlige Gleichberechtigung mit den Studenten zu erlangen. Natürlich sind dem (ungenannten) Verfasser diese deutschen Verhältnisse absolut gleichgültig. Aber er sucht auf diesem Umwege seinen Sympathien für die analogen, jetzt so blutig unterdrückten Bestrebungen in Rußland Ausdruck zu geben. Politique par allusions Leitartikel 2. Von A. Polenow: unter dem Titel „Eine ungeheure Aufgabe"

wird die Frage behandelt, wie dem drohenden völligen Untergange des Bauernstandes abzuhelfen sei. Das Rezept ist: Aufhebung der bisher geltenden bäuerlichen Gemeindeverfassung, des Gesamtbesitzes und der Gesamtbürgschaft und Übertragung des Grund und Bodens an die einzelnen Bauernwirte zu vollem Eigentum.

Aus dem persischen Meerbusen. Korrespondenz, in Wirklichkeit Paraphrase event. Verdrehung der „Times of India" in Bombay. Die neue russische Dampferverbindung aus Odessa zum Persischen Golf beunruhige England sehr, zumal auch französische Kreuzer, wie der „Catinatt", sich in diesen Gewässern zeigten. Der englische Resident Kamball habe auf dem Kreuzer „Lawrence" Bender Abbas, Ormuz, Kischm, Linga und Naband inspiziert. Die Engländer hätten offenbar Neigung, sich in der vortrefflichen Bucht von Naband (in Süd-Laristan) festzusetzen. Aus Kueit hätten die Engländer den Nakib von Bagdad verdrängt, aber der Sultan habe ihn jetzt mit einem eigenhändigen Briefe zu Habibulla Khan nach Afghanistan geschickt. In Basra herrsche völlige Anarchie, aller Wahrscheinlichkeit nach stehe Arabien an der Schwelle höchst wichtiger Ereignisse.

Revue der Presse: Wiedergabe eines Artikels der „Russ. Wjedom.", der für Aufhebung der bäuerlichen Gesamtbürgschaft eintritt, aber die Befürchtung ausspricht, daß, wenn die Regierung sich zu dieser Maßregel entschließen sollte, der einzelne Bauernwirt in noch drückendere Abhängigkeit vom Fiskus geraten werde, dessen Hauptinteresse das rücksichtslose Eintreiben der Abgaben sei. Wiedergabe eines Artikels des „Swjet", der darüber klagt, daß die zur russischen Kirche übergetretenen Juden das Volk unerträglich bedrücken. „Es ist für einen russischen Mann schwer, sich mit solchen Zuständen im Zentrum des russischen Reiches auszusöhnen."

Wiedergabe einer in der „Ssamara-Zeitung" veröffentlichten Adresse, die an einen von seiner Stellung zurücktretenden Beamten der dortigen Gouvernements-Landschafts-Vertretung gerichtet ist. Er habe, im Gegensatz zu anderen, nicht nur das materielle Gedeihen der Volksmassen, sondern auch die Erweiterung der unmittelbaren Selbstverwaltung des Gouvernements erstrebt.

Wiedergabe eines Artikels der Zeitung „Wolga", der über Bevormundung und Reglementierung der Bevölkerung

klagt, es komme vielmehr darauf an, alle Anstrengung daran zu setzen, das geistige Niveau und den Bildungsstand der Bauern zu heben. Das System der Zentralisation wirke, auch wo es zur Vollkommenheit entwickelt sei, nur schädigend.

Aufruf an die Frauen zur Bekämpfung des Alkoholismus. Die russische Frau allein sei in diesen Kampf noch nicht eingetreten.

Zur Frage über den Transport von Arbeitern. Brief an die Redaktion, tritt für Herabsetzung des Eisenbahntarifs zu Gunsten der Arbeiter ein.

Auswärtige Politik.

Türkei. Reproduktion eines Artikels des „Fremdenblattes", der die bulgarische Regierung auffordert, der Agitation des makedonischen Komitees entgegenzutreten und der Türkei zu Reformen rät.

Artikel des „Meschweret", der für die Jungtürken und Armenier eintritt, und darauf hinweist, daß das Ministerium Waldeck-Rousseau sie nach Möglichkeit unterstütze.

Bosnien und Herzegowina: Korrespondenz. Österreich verdränge systematisch die rechtgläubige und muhammedanische Bevölkerung, um Katholiken an die Stelle zu setzen.

Serbien: Sympathische Darlegung der gegen Paschitsch gerichteten Studentendemonstration.

Österreich-Ungarn: Brief aus Triest. Schilderung der in Albanien herrschenden Anarchie.

Italien: Begegnung des Grafen Bülow mit Prinetti. Manifestationen der Eisenbahnarbeiter, farblos.

England: Artikel der „Fortnightly Review", das Amerika als Stütze der englisch-japanischen Allianz darstellt.

Belgien: Über die Friedensaussichten in Südafrika nach dem „Temps".

Deutschland. „Im „Shamarok" wird viel von den Verfolgungen in Posen gesprochen: „Seit dem Kindermorde des Herodes sind 20 Jahrhunderte hingegangen. Die Zivilisation hat sich zum Zenith erhoben, auf die barbarischen Rasseneigenschaften der Germanen hat sie aber so wenig gewirkt, daß ihre Gewalttaten noch weit ärger sind, als die des Herodes. Durch ihre drakonischen Gesetze, welche die polnische Sprache aus Schule, Familie, Presse und Gesellschaft verdrängen, bringt die deutsche Regierung

nicht nur 2—3000 Kinder um, sondern sie tötet die Seele der heranwachsenden Generation, entfremdet die Kinder den Müttern, sucht sie zu sittlichen Kretins zu machen, sie werden unpersönliche und gefühllose Wesen, denen jeder Boden des Seelenlebens geraubt ist, die alles Deutsche hassen und ihre polnische Muttersprache nicht kennen. Ihrer Kultur nach stehen die Türken heute ja niedriger als die Deutschen. Aber selbst die Türken erröten vor Scham, wenn man sie an ihre Janitscharen-Regimenter erinnert, die aus gewaltsam geraubten Christenkindern gebildet wurden. Wodurch unterscheiden sich die Deutschen von den türkischen Henkern . . . u. s. w. Der einzige Trost Polens sei die entrüstete Stimme Rußlands, wie sie in der russischen Presse laut werde. Denn das Gewissen des russischen Mannes empört sich gegen solche Gewalt, die seinem Geist, seinem Glauben, seinen Traditionen und den Aufgaben der Geschichte widerspricht. (Gesperrt von den „Pet. Wjed.") Der Protest der russischen Presse ist eine laute Verurteilung des von Deutschland aufgegriffenen unmenschlichen und unnatürlichen Systems, die Völker zu assimilieren u. s. w."

Spanien. Wiedergabe der Debatte im spanischen Parlament, in welcher der Abgeordnete Lerra den Anarchismus rechtfertigte.

Es folgen Telegramme, die Rubrik „Chronik" (meist Hofnachrichten, Regierungsmaßregeln u. s. w.) Bericht über die Sitzung des russischen Kongresses für Hausindustrie unter Vorsitz des G. R. Temirjäsew. Die Versammlung hatte die Resolution gefaßt, daß es notwendig sei 1. die Bildung durch Einführung obligatorischen Schulunterrichts zu fördern und die Einwirkung der gebildeten Klassen auf die Arbeiter zu steigern, 2. durch unparteiische Rechtspflege, 3. durch unbehinderte Gründung technischer und industrieller Genossenschaften das Volk zu heben. Der Vorsitzende weigerte sich, über diese Resolution abstimmen zu lassen. Dagegen lebhafte Proteste der Herren Radetzki und Fürst Schachowskoi; der letztere sagt unter allgemeinem, anhaltendem Beifallklatschen, gerade diese beanstandeten Resolutionen seien die allerwichtigsten, und alle folgenden Redner, darunter Graf Heyden, schließen sich ihm an. Geheimrat Temirjäsew beging nun den Fehler, auf Antrag des Fürsten Schachowskoi die Frage zur Abstimmung zu stellen, was natürlich für ihn eine Niederlage ergab. Er erklärte darauf die Abstimmung für ungültig, und

annullierte die beschlossene Resolution mit der Begründung, daß es der hohen Obrigkeit freistehe, diejenigen zur Beratung heranzuziehen, die sie zu hören für wünschenswert halte. Die Resolutionen der Versammlung seien daher unpassend und gingen über das Programm hinaus. Auch gehöre es nicht zur Kompetenz der Versammlung, den Wunsch auszusprechen, daß Zusammenkünfte der Vertreter aller russischen Landschaftsversammlungen (Semstwos) stattfinden sollten."

Die Schlußredaktion der für Gouvernements ohne Semstwos wünschenswerten Maßregeln wurde — vertagt. So endigte die Verhandlung über die „allgemeinen Gesichtspunkte zur Hebung der bäuerlichen Hausindustrie"!

Den nun folgenden Bericht über die Versammlung der Branntweinbrenner übergehen wir, um uns den „inneren Nachrichten" zuzuwenden.

Hier ist erstens eine Korrespondenz, die in schwärzesten Farben die Not im Dorfe Groß-Jablonowo (mit 5000 Einwohnern) im Gouvernement Kursk schildert, und sie aus dem Umstande erklärt, daß die Bevölkerung ihr fruchtbares Land unbearbeitet liegen läßt, um in der Umgegend minder schwere Gelegenheitsarbeit zu suchen.

Nr. 2. Korrespondenz aus Charkow schildert die Tätigkeit des orthodoxen Missionars Bogoljubow in den Dörfern um Charkow. Er hat die Stundisten zu einem Religionsgespräch in die Kirche der kleinen Stadt Bogoduchow geladen. Es finden sich 25 Stundisten und gegen 2000 Rechtgläubige ein. „Das Religionsgespräch fand in eigentümlicher Weise statt: sobald einer der Stundisten zu entgegnen versuchte, schrie der Missionar ihm zu, er habe zu schweigen. Diese Dialektik führte dahin, daß die Stundisten die Kirche zu verlassen begannen. Da fielen aber die Rechtgläubigen über sie her und prügelten sie, obgleich die Polizei zu schützen versuchte, gründlich durch." Es ist zum Glück niemand erschlagen worden.

4. Bericht über einen Raubanfall.

5. Bericht über das Attentat auf den Oberpolizeimeister Gen.-Major Trepow. Die Attentäterin war die Hauslehrerin Allart, die soeben aus dem Gefängnis entlassen war, in dem man sie wegen

Teilnahme an den Straßenunruhen vom 9. 22. Februar festgehalten hatte.

6. Zirkular des Gouverneurs von Wladimir, Klingenberg, welches vorschreibt, kranke Arrestanten nicht zu transportieren, und überhaupt die Arrestanten in Zukunft der Witterung entsprechend zu kleiden, wenn man sie aus einem Gefängnis ins andere überführe.

7. In Archangelsk sind die Räume der Besserungsanstalt frei gemacht worden, um Platz für die verurteilten Moskauer Studenten zu schaffen.

8. Das Volkstheater in Nishny Nowgorod könne nicht fertig gebaut werden, weil es dem Bankkomitee an Mitteln fehle.

9. Bericht der Gouvernements-Landschaftsversammlung in Wjätka. Zur Aussaat fehle es in 9 Kreisen an 1,34 Million Pud Korn. $^1/_3$ der Bevölkerung des Gouvernements habe einen Überschuß von 6,52 Millionen Pud eingebracht, bei $^2/_3$ der Bevölkerung fehle zur eigenen Ernährung 7,85 Millionen Pud. Rechne man aber die Bedürfnisse zur Erhaltung des Viehes hinzu, so sinke der Überschuß auf 3,5 Millionen Pud, während bei der notleidenden Bevölkerung das Defizit auf 14 Millionen Pud steige. Ebenso fehle es an Stroh und Heu. Von den 356683 Bauerhöfen des Gouvernements haben 37282 gar keine Pferde, Vieh 0,8 Köpfe auf den Hof; in 21500 Höfen ist je ein Pferd, aber keine Kuh, Vieh 1,3 Köpfe auf den Hof; 167060 Höfe haben je ein Pferd und Kühe, 2,3 Stück Vieh auf den Hof; 96948 Höfe haben je zwei Pferde und fünf Stück Vieh. Höfe mit mehr Pferden gibt es 30893, diese zählen 8,6 Stück Vieh auf den Hof. Der Gouvernements-Landschaftsrat berechnet die unerläßlichen Unterstützungen auf 4900000 Mark. Die an den Bericht geknüpfte Debatte läßt dieses Bild noch düsterer erscheinen.

10. Bericht über den um sich greifenden Skorbut und Scharlach im Kreise Nowossensk. Ursache Mangel an Nahrung.

11. Referat über einen Prozeß in Helsingfors wegen Verbreitung verbotener Bücher.

12. Über die Arbeitsnot im Wolgagebiet.

13. Festessen der Gouv. Landschaftsbeamten in Wologda. Die Reden feiern namentlich die Opposition, die eifrig ihre persönliche Überzeugungen geltend zu machen suche.

14. Willkürlichkeiten eines Landschaftsvorstehers in Ssamara. Über die Abteilungen Sport und Börse gehen wir hinweg, sie enthalten nichts Charakteristisches.

Aber es lohnt doch wohl die Frage aufzuwerfen, welches der Eindruck sein muß, den eine derartige politische Nahrung, wenn sie täglich geboten wird, auf die russischen Leser machen muß. Neben dem sorgfältig gepflegten Haß gegen Deutschland, der mit der Haltung der russischen Regierung in schärfstem Gegensatz stehenden Behandlung der Polenfrage, und dem gleichfalls systematisch betriebenen und der Politik der Regierung nicht entsprechenden aufregenden Anfassen der Balkanfrage, klingt durch alle diese Artikel die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, der Ruf nach Steigerung der Volksrechte, die heimliche Sympathie für jede Kundgebung des Protestes gegen die bestehende Ordnung durch. Und daneben die düsteren Bilder von der fortwirkenden Not im Lande.

Wir könnten an jeder beliebigen Zeitung, mit Ausnahme des „Graschdanin“ und der „Moskowskija Wjedomosti“, ins unendliche variiert, nach Talent und Temperament der Verfasser mehr oder minder farbenreich das gleiche Bild entwerfen und ziehen aus alledem den Schluß, daß wir in Rußland einer Zeit entgegengehen, die je länger je mehr auf tiefgreifende Reformen im Innern drängen wird. Die Gefahr liegt in der fehlenden Disziplinierung der Intelligenz, der völligen Unbildung des Bauernstandes und der bureaukratischen Willkür des Beamtentums; nehmen wir noch den steigenden Radikalismus der Jugend hinzu, der die Regierung genötigt hat, fast alle Universitäten zu schließen, so ergibt das eine Gesamtlage, die es begreiflich macht, wenn die leitenden Petersburger Kreise keinerlei Neigung zeigen, dem Volke eine Teilnahme am Regiment zu gewähren. Man bewegt sich so in einem Zirkel: je mehr und je stürmischer die Massen drängen, um so schärfer werden die Zügel angezogen, ohne daß etwas anderes dadurch erreicht würde als ein weiteres Anwachsen des Widerstandes.

Und noch auf eins ist hinzuweisen. Die Zeitungen hetzen auf Deutschland und agitieren für eine russisch-polnische Versöhnung, deren Spitze dann gegen den „Germanismus“ gerichtet sein soll — noch kürzlich ist durch zwei langatmige Zuschriften an die „Pet. Wjedomosti“ diese Tendenz in böswilligster und wahrheitswidrigster

Weise vertreten worden — ebenso aber wird die Erregung über die Balkanangelegenheiten sorgfältig lebendig erhalten, gleichsam als wolle man der Regierung die Wahl stellen, ob sie ein Ventil für die innere Gärung nach Deutschland hin oder durch Aufrollen der oriantalischen Frage öffnen solle.

Nun können wir aber mit größter Bestimmtheit sagen, daß beides den Absichten der russischen Regierung gleich sehr widerspricht. Sie will notorisch den Frieden und hat das nach beiden Seiten hin bewiesen. Über die friedliche Gesinnung Kaiser Nikolaus II. besteht überhaupt kein Zweifel. Dasselbe gilt aber auch von Graf Lambsdorff und dem bekanntlich höchst einflußreichen Finanzminister Witte, der zudem allen Grund hat, für das Entgegenkommen dankbar zu sein, das ihm von unserer Seite bei der letzten Anleihe – der ersten nichtfranzösischen seit einer langen Reihe von Jahren — bewiesen worden ist. Was aber die orientalische Frage betrifft, so hat sie allerdings auch in diesem Frühjahr wieder eine Gestalt angenommen, die Sorge erregen könnte, wenn das russisch-österreichische Abkommen von 1897 nicht noch in Kraft bestände. Es sind daher nach wie vor die Rassenrivalitäten zwischen Serben und Bulgaren, Albanern und Serben, Griechen und Slaven, die hier das Element der Unsicherheit darstellen, und da im Orient alles den Charakter religiöser Gegensätze annimmt, spielen auch die konfessionellen Unterschiede mit. Zur Zeit ist es die in den letzen zwei Jahren, wie es schien, zum Schweigen gebrachte Frage der Bestätigung des Bischofs Firmilian in Üsküb. Bulgarien nimmt in kirchlicher Beziehung als Exarchat eine besondere Stellung ein und will sich den „Fremden" vom Patriarchen von Konstantinopel nicht oktroyieren lassen, obgleich diese Kandidatur von russischer Seite lebhaft unterstützt werden soll. Der Exarch ist mit Hand und Fuß dagegen, und es scheint fast, als solle diese Angelegenheit benutzt werden, um die ohnehin hochgradige Erregung zu steigern, welche die fortdauernde Agitation des von Sarafow nach wie vor geleiteten makedonischen Komitees in Bulgarien noch weit mehr als in Makedonien hervorgerufen hat. Dabei spielen allerlei unlautere Machenschaften mit. Es stellt sich jetzt heraus, daß das Lösegeld der vielberufenen Miß Stone ganz in die Hände Sarafows geraten ist, der damit seine Banden neu ausgerüstet hat.

Die albanesischen Unruhen aber sind durch serbische und montenegrinische Agitatoren veranlaßt worden, welche die orthodoxe Bevölkerung gegen die muhamedanische Bevölkerung aufhetzen. Nun ist zwar Fürst Ferdinand von Bulgarien und sein ganz russophiles Ministerium, Herr Danew, der jetzt in Petersburg Geld für eine bulgarische Anleihe zu finden sucht, an der Spitze, gewiß gewillt, der russischen Regierung jeden Gefallen zu leisten und sowohl den Bischof Firmilian zu acceptieren als von der makedonischen Agitation abzulassen, aber bei der trostlosen Schwäche der Regierungen dieser kleinen Balkanstaaten sagt ihr guter Wille sehr wenig. Das hat dann eine ähnlich beschämende Situation ergeben, wie sie noch heute an den heiligen Stätten alle Tage beobachtet werden kann: Die Türkei ist genötigt, die Christen vor einander zu schützen, und so wie die Dinge liegen, läßt sich ihr nur der beste Erfolg wünschen. Ihre friedliche Tendenz hat die russische Regierung auch durch ihr Verhalten in der Frage des Mandschureivertrages gezeigt, indem sie den Chinesen so weit entgegengekommen ist, daß sie sich in kürzeren Terminen für die Räumung der okkupierten Territorien verstanden hat, jedoch natürlich so, daß die mandschurische Eisenbahn in ihren Händen bleibt. Es ist, wie Rußland es so häufig und so geschickt zu machen verstanden hat, ein Zurückweichen, das ihm die Wahrung seiner wesentlichen Interessen vorbehält und ein Vorrücken zu mehr gelegener Zeit gewiß nicht ausschließt. Der jetzt aus China über Rußland heimreisende Oberstleutnant Marchand, der Held von Faschoda, hat in Maskau, wo man ihn rauschend gefeiert hat, in einer durch die russischen Zeitungen gegangenen Rede gesagt, es sei ja selbstverständlich, daß Rußland die Mandschurei behalten werde, und wir zweifeln nicht daran, daß er recht hat. Nur wird es nicht jetzt geschehen, sondern Rußland wird gewiß die von ihm durch den Mandschureivertrag übernommenen Verpflichtungen einhalten, ebenso gewiß aber, wenn sich einmal die Notwendigkeit einstellt, zur Wahrung seiner Interessen wieder nach Süden vorzugehen, die Gelegenheit nicht unbenutzt vorüberziehen lassen. Das liegt in der Natur dieser ostasiatischen Grenzverhältnisse und kann nicht anders sein, es ist die Stärke der russischen und die Schwäche der englisch-japanischen Position. Wir bemerken übrigens, daß die russische Presse sich sehr besorgt über die japanische und über die amerikanische Konkurrenz

ausspricht, wirtschaftlich fürchtet man die letztere und politisch die erstere mehr. Wir können darin den Russen nur recht geben. Aber auch diese Verhältnisse liegen in der Natur der Dinge. Hat einmal, wie es geschehen ist, Rußland das Prinzip der offenen Tür anerkannt, so muß es sich auch die ihm so außerordentlich überlegene wirtschaftliche Konkurrenz der Amerikaner gefallen lassen, und es hat in der Tat den Anschein, als wolle sie sich mit ganz besonderer Energie gerade auf die Mandschurei werfen.

Von den südchinesischen Unruhen ist es still geworden, man hat sie offenbar ins Abenteuerliche übertrieben und das wird nirgends mehr Freude erregen, als in Frankreich, wo keinerlei Neigung besteht, sich gerade jetzt, da man unmittelbar vor den Wahlen steht, in weitaussehende politische Abenteuer zu stürzen. Am 27. April treten die Wähler zur Feststellung der Kandidaten zusammen, und wenn der Präsident am 16. Mai nach Rußland abdampft, werden Wahlen und Stichwahlen bereits erledigt sein. Welches Bild das Frankreich der neuen Kammer darbieten wird, ist schwer zu sagen. Eine andere Majorität gibt auch ein anderes Ministerium und das bedeutet bei dem in Frankreich herrschenden System eine Gefährdung aller derjenigen, die heute als Parteigänger Waldeck-Rousseaus in Amt und Würden stehen. In gewissem Sinne bedeutet der Wahlkampf daher für sehr viele nicht nur einen Kampf um die Macht, sondern um die Existenz, und es ist daher begreiflich, daß alles, was zur Fahne des Ministeriums geschworen hat, mit aller Anstrengung für dessen Kandidaten eintritt. Dazu kommt, daß Herr Waldeck-Rousseau unbedenklich die Machtmittel, die er bis zum Moment der Entscheidung in Händen hat, in Anwendung bringt und dadurch seinen zahlreichen, ungeduldig auf den Platz an der Krippe wartenden Gegnern gegenüber einen bedeutenden Vorteil hat. Klerikale, verkappte und offene Monarchisten, endlich die Nationalisten, das ist die mehr oder minder feste Koalition der Gegner, mit denen er zu kämpfen hat. Seine Freunde sind die radikalen Republikaner, soweit sie nicht Männer des Plebiszits sind, und die Sozialisten Millerandscher Färbung, die Kollektivisten, die Méline jüngst in Remiremond so drastisch charakterisiert hat. Daß uns Herr Millerand und seine Leute nicht sympathisch sind, versteht sich von selbst. Dennoch scheint uns, alles erwogen, vom allgemein europäischen Interessenstandpunkt aus ein

Sieg der gegenwärtigen Regierung als das Wünschenswerteste. Wir ziehen das Bekannte dem Unbekannten und Unberechenbaren entschieden vor, zumal wenn wir erwägen, daß die auswärtige Politik Delcassés doch so war, daß sich mit ihr leben ließ. Haben wir auch die großen und kleinen Intriguen nicht vergessen, die von Frankreich aus gegen den Dreibund gerichtet wurden, so verkennen wir doch nicht, daß Herr Delcassé dabei die Formen zu wahren verstand. Auch sehen wir solche Bemühungen ohne jede Erregung an. Liegen ja doch die Verhältnisse so, daß nicht Deutschlands Weltstellung an der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde hängt, sondern umgekehrt die politische Unabhängigkeit Italiens sich auf die Assekuranz gründet, die es durch den Anschluß an den Dreibund gewonnen hat. Politisch liegt für Italien die Frage so, ob es unter französisch-russische Vormundschaft treten oder nach wie vor etwas für sich sein will.

Die außerordentliche Feinheit und Sicherheit, mit der Graf Bülow die politischen Fragen anzufassen pflegt, ist auch in dem diese Dinge berührenden Interview zu Tage getreten, das er dem Vertreter des „Giornale d'Italia" am 1. April gewährt hat. Wir betonen das um so nachdrücklicher, als von verschiedenen Seiten her gerade dieses Interview falsche Auslegungen erfahren hat, die gewaltsam in den Text des Gesprächs hinein interpretiert wurden. Es wurden die wesentlichen politischen Fragen nicht nur Italiens, sondern auch einige die große Politik betreffende Probleme berührt: die Beurteilung der Annäherung zwischen Frankreich und Italien neben der Zugehörigkeit zum Dreibunde ruhte auf dem Grunde der Anschauungen, die Fürst Bismarck allezeit für den Dreibund in Anspruch genommen hat, daß nämlich „die herzlichen Beziehungen zwischen einer oder der anderen den Dreibund bildenden Mächte zu der einen oder der anderen der übrigen Großmächte in keiner Weise den Dreibund berühren können". Das war die Politik, die Fürst Bismarck in der Wahrung unserer Beziehungen zu Rußland verfolgte und die auch in dem russisch-österreichischen Balkanabkommen ihren Ausdruck fand und sich bis zur Stunde glänzend bewährt hat. Bei Beurteilung der Frage, welche Stellung Deutschland zu einer eventuellen Expedition Italiens nach Tripolis einnehmen werde — beiläufig bemerkt eine merkwürdig indiskrete Frage — wies Graf Bülow darauf hin, daß Deutschland im Mittelmeer kein anderes Interesse habe, als die

friedliche Entwicklung der berechtigten Interessen seines Verbündeten. In Betreff der beiden ostasiatischen Bündnisgruppen betonte er die Tatsache, daß die Dreibundmächte an den möglichen Differenzpunkten keinen Anteil hätten und hob in Betreff der anderen diejenigen Momente hervor, die auf die Chancen eines friedlichen Ausgleiches hinweisen. Endlich verwies er die albanischen Angelegenheiten aus dem Kreise der Probleme, an denen das deutsche Interesse hängt. Was aber den deutsch-italienischen Handelsvertrag betrifft, so stellte er sich auf den Boden des eingebrachten Zolltarifs.

Wir fragen nun, wie hätte der leitende Staatsmann sich zugleich bestimmter und doch vorsichtiger ausdrücken können? Auch sehen wir in dem Widerspruch, den die Äußerung des Kanzlers namentlich in Frankreich hervorgerufen hat, nur ein unfreiwilliges Kompliment. Wir hätten uns über ein Beifallklatschen der Franzosen nicht gefreut.

Und nun noch ein Wort über eine Bemerkung des „Temps". Er bemerkt beiläufig, Minister Prinetti sei auf den Wunsch des Grafen Bülow nach Venedig gekommen. Obgleich wir der Ansicht sind, daß auch in solchen Fragen la recherche de la paternité est interdite, wollen wir doch von der bestimmten Mitteilung anderer Blätter Notiz nehmen und wiederholen, daß es Prinetti gewesen ist, der den Kanzler um eine Unterredung ersuchte. Und das scheint uns genau der Lage zu entsprechen.

9. April. Emeute in Belgien.
10. April. Graf Bülow trifft in Wien ein.
10. April. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien.
11. April. Rückkehr des Grafen Bülow nach Berlin.
11. April. Straßenkämpfe in Brüssel.
11. April. Verhandlungen in Prätoria zwischen den Führern der Burenkommandos und den Lords Kitchener und Milner.
15. April. Ermordung des Ministers Sipjägin durch den Studenten Balmaschow in Petersburg.

16. April.

Mit außerordentlichem Geschick führt die russische Regierung ihr Gegenspiel gegen den englisch-japanischen Vertrag weiter. Der erste und notwendigste Schritt war die Sicherung gegen immerhin mögliche Überraschungen, welche die Kombination der beiden gegnerischen Mächte, so dürfen wir wohl sagen, bringen konnte. Das geschah durch die Ausdehnung der alliance franco-russe auf den fernen Orient, und als avis au lecteur, die überraschend schnelle Veröffentlichung dieser Vereinbarungen, eine Tatsache, die um so mehr auffällt, wenn man bedenkt, wie lange es dauerte, ehe Rußland sich bereit fand, die Existenz der gegen den Dreibund geschlossenen Allianz zuzugestehen, und daß der eigentliche Inhalt jenes Allianztraktates bis zur Stunde noch nicht bekannt gegeben ist. Man wird daraus den Schluß ziehen, daß das englisch-japanische Bündnis in Rußland als eine aktuelle Gefahr betrachtet wurde, mit der sofort gerechnet werden müsse. Aber das Zusammenstehen von Frankreich und Rußland bot offenbar noch nicht genügende Garantien gegen die Möglichkeiten, die für den Ausbruch eines Krieges sprachen. Es mußte der englisch-japanischen Allianz der Vorwand zum Einschreiten genommen werden, und das ist, ohne Preisgebung irgend welcher Zukunftsaussichten, in geradezu musterhafter Weise durch den eben veröffentlichten Mandschurei-Vertrag geschehen. Je aufmerksamer

man ihn prüft, um so mehr festigt man sich in dieser Auffassung. In verbis wird den Chinesen alles geboten, was sie billig erwarten können. Rußland räumt die ganze Mandschurei in verhältnismäßig nicht allzulang bemessenen Zwischenräumen, aber es legt dabei der chinesischen Regierung Verpflichtungen in Betreff der Aufrechterhaltung der Ordnung auf, die diese aller Wahrscheinlichkeit nach nicht wird erfüllen können, die jedenfalls eine verschiedene Auffassung und Auslegung offen lassen, und deren Nichteinhaltung in irgend einem Punkte Rußland von allen in jenem Vertrage übernommenen Verpflichtungen entbindet. Ebenso ist aber Rußland des Vertrages ledig, sobald die Handlungsweise anderer Mächte, in diesem Falle also Englands und Japans, es daran hindert. Die Übergabe der Zivilverwaltung von Niutschwang an China wird zudem erst erfolgen, nachdem Tientsin, das unter internationaler Verwaltung steht, den Chinesen zurückgegeben ist.

Mit diesem Vertrage ist das Versprechen Rußlands, daß es nicht erobern und die Mandschurei nicht behalten wolle, im Prinzip erfüllt; ob es möglich sein wird, es auch in praxi einzuhalten, ist aber eine ganz andere Frage, deren Entscheidung nunmehr in chinesischen Händen liegt. Wenn sie nicht peinlich genau erfüllen, was Rußland zur Wahrung seiner Interessen ihnen an Verpflichtungen aufzulegen genötigt gewesen ist, fällt die Verantwortung „für alle Folgen, die daraus entstehen können", den Chinesen zu! Das gibt für China eine ganz klägliche Lage. Es steht unter dem dauernden Drucke der Gefahr eines russischen Einschreitens und muß im eigensten Interesse bemüht sein, auch England und Japan zur äußersten Rücksicht auf Rußland anzuhalten. Man kann gespannt sein, wie diese Verhältnisse sich weiter entwickeln werden und welche Gegenzüge die englisch-japanische Allianz machen wird. Vorläufig scheint sie uns schach und matt zu sein.

Aber noch an anderer Stelle hat Rußland eingesetzt. Den Persern ist eine Anleihe von 10 Millionen Rubel gewährt worden, und da man im Orient nichts umsonst tut, haben sie sich bereitfinden müssen, als Gegenleistung den Bau von fahrbaren Straßen zu übernehmen, die von der kaukasischen Grenze über Tabris nach Kaswin führen und so dem russischen Handel den Weg bis in das Herz Persiens öffnen, da ähnliche Fahrstraßen auf russischen Antrieb

bereits von Aschabad nach Meschhed, und von Rescht nach Teheran gelegt worden sind. Es ist die Antwort auf die Errichtung der Telegraphenlinie, welche die Engländer sich von Kaschan über Jezd und Kirman zur Grenze von Beludschistan hin ausbedungen haben. Nun hat freilich Rußland mit der Anleihe, die es vor zwei Jahren den Persern gewährte (es waren damals $22\frac{1}{2}$ Millionen Rubel), üble Erfahrungen gemacht, sie wurde völlig unproduktiv vergeudet. Es scheint aber, daß man sich dieses Mal besser gesichert glaubt und jedenfalls wird die politische Dankbarkeit recht nachdrücklich in Anspruch genommen werden. Man rechnet in Rußland sehr sorgfältig mit dem Dankbarkeitskonto, das man von anderen glaubt beanspruchen zu dürfen und läßt dabei nicht gern die Gegenrechnung gelten. Aber vielleicht ist das überhaupt eine Eigentümlichkeit jenes besonderen nationalen Egoismus, der seine Ansätze überall zeigt und wie eine Wucherpflanze alles übrige ersticken würde, wenn ihm nicht ähnliche Neigungen bei den Nachbarn rechts und links entgegenträten. Wir sind deshalb auch nicht geneigt, eine Richterrolle zu übernehmen und halten die des Beobachters, der von dem Verhalten der anderen auf ihre weiteren Ziele zu schließen sucht, nicht nur für die klügere, sondern auch für die vorteilhaftere. Das russische Bestreben nach Ausdehnung, wie es in den letzten 50 Jahren mit erstaunlicher Zähigkeit und mit ebenso erstaunlichem Erfolge sich geltend gemacht hat, bedeutet für uns vorläufig nur eine politische Entlastung, weil die politischen Verhältnisse immer mehr die weitere Ausdehnung der russischen Herrschaft oder mindestens des russischen Einflusses nach Süden und Osten hin zu einer Notwendigkeit gemacht haben, während nach Westen zu jede territoriale Erweiterung eine Verlegenheit und jede Kriegspolitik eine ernste Gefahr für Rußland bedeutet. Diese sehr einfachen, aber oft übersehenen Wahrheiten sind bei jeder Beurteilung der deutsch-russischen Beziehungen in Rechnung zu stellen. Wir regen uns deshalb über das Zähnefletschen der russischen Presse sehr wenig auf, denn wir wissen, daß es im Grunde ohnmächtiger Zorn ist, und aus eben diesen Erwägungen heraus lassen uns die alljährlich mindestens einmal zwischen Rußland und Frankreich ausgetauschten Liebesschwüre außerordentlich kühl. Es ist ganz richtig, wenn die deutsche Politik nach wie vor ihre Beziehungen zu Rußland in bestem Einvernehmen behauptet, und, ohne auf Dank-

barkeit zu rechnen, gelegentlich auch sich zu einer so großen Gefälligkeit bereitfindet, wie die Gewährung der letzten Anleihe es ohne allen Zweifel ist. Auch erscheint uns die günstige Aufnahme, welche diese Anleihe bei uns gefunden hat, weniger im Licht eines Vertrauensvotums für Rußland, denn als Ausdruck des Vertrauens zur Leitung unserer Politik, die gewiß nicht bereit gewesen wäre, einem politischen Gegner zu Zwecken, die uns schädlich oder gar direkt feindselig sind, die Mittel in die Hände zu spielen. Wenn man von den direktionslosen Leitartiklern gewisser russischer Blätter etwas ruhige Erwägung erwarten dürfte, müßten sie sich das längst selbst gesagt haben. Aber diese Leute leben in der überhitzten Welt ihrer Phatasien, und gingen ihnen ihre Wünsche in Erfüllung, so wäre Rußland schon längst im Kriege mit aller Welt.

Interessant ist es aber zu beobachten, wie diese Heißsporne jener russisch-englischen Verständigung, deren Ziel ein Kleinmachen Deutschlands sein sollte, allmählich selbst recht kleinlaut geworden sind. Die beiden ostasiatischen Allianzen haben ihnen das Konzept verdorben, und sie haben den Schmerz, jetzt von sehr antirussischen Artikeln in den englischen Reviews berichten zu müssen. Im „Nineteenth Century and after" wird über „die englisch-japanische Verständigung" mit schärfster Spitze gegen Rußland philosophiert, und ganz dieselben Töne schlägt ein Artikel der „Contemporary Review" an, der, wie die Redaktion bemerkt, bereits vor Abschluß des englisch-japanischen Vertrages geschrieben war und den künftigen Krieg Rußlands gegen Japan zum Gegenstande hat. Die „Nineteenth Century" aber war das Organ jenes Sir Rowland Blennerhasset, der mit den Herren Wesselitzki und Konsorten eine Zeitlang mit Unterstützung der „National Revue" durch seine russophile und antideutsche Richtung die ganze Presse Petersburgs und Moskaus in freudige Erregung versetzte. Auch die öffentliche Meinung Englands war eine Zeitlang durch die geschickte und nachhaltige Agitation dieses englisch-russischen Journalisten-Konsortiums stutzig und in ihrem Urteil unsicher geworden: heute ist die Ernüchterung an der Themse ebenso vollständig wie an der Newa, und man hat zur Zeit in London wohl keinen lebhafteren Wunsch als den, endlich einmal die Hände in Südafrika frei zu haben, um den bedrohten Interessen im fernen Osten die Unterstützung gewähren zu können, deren sie so dringend bedürfen. Auch sind ja seit

bald 14 Tagen in Südafrika Verhandlungen in Angriff genommen worden, und schon zweimal war in London das Gerücht verbreitet, daß man unmittelbar vor Abschluß des Friedens stände. Beide Male war das Gerücht leider falsch, und im Augenblick wissen wir nicht mehr, als daß die Häupter der Buren sich zu einer Konferenz zusammengefunden haben. Transvaal ist durch den stellvertretenden Präsidenten Schalk Burger und seinen Beirat Reitz, sowie durch die tapferen Generale Botha, Delarey und Lukas Meyer; durch Koogts, Jacobs und van Velden vertreten. Der Oranje-Staat durch Präsident Steijn, General De Wet und drei ehemalige Minister. Nun berichten englische Blätter, diese Konferenz habe gewisse Vorschläge an Kitchener gelangen lassen, aber das scheint zunächst wenig mehr als eine Konjektur zu sein. Der Schwerpunkt wird immer auf die Frage fallen, ob die Buren in Afrika oder in Europa die endgültige Entscheidung fassen wollen. Es ist bis zum Augenblick noch völlig unklar, auf welchem Wege Präsident Krüger und Dr. Leyds ihre Nachrichten vom Kriegsschauplatze beziehen. Daß sie regelmäßige Berichte bekommen, ist wohl sicher, aber man wird annehmen müssen, daß diese Berichte stets mehrere Wochen alt sind, ehe sie in Holland eintreffen und daß, was an ganz frischen Nachrichten aus diesem Emigrantenkreise kommt, meist auf Konjekturen an der Hand englischer Nachrichten zurückgehen wird. Wir wollen damit nicht sagen, daß jene Nachrichten aus dem Krügerschen Hauptquartier falsch sind. Vielmehr läßt sich annehmen, daß die auf Grund genauer Kenntnis von Personen und Zuständen, sowie auf Grund älterer direkter Nachrichten an den englischen Depeschen vorgenommenen Korrekturen richtig sein werden. Nur wird man allen Meldungen gegenüber mißtrauisch sein müssen, die etwas Aktuelles, eine Tagesneuigkeit bringen wollen. Wir können demnach über den Gang der Friedensverhandlungen vom Präsidenten Krüger und von Dr. Leyds zur Zeit nichts erfahren. Daß aber, trotz der ablehnenden Haltung, welche das englische Ministerium den Anfragen gegenüber einnimmt, die aus den Reihen der Parlamentsmitglieder kommen, etwas Wichtiges vorgeht, halten wir für sicher. Am 12. hat ein außerordentlicher Ministerrat stattgefunden und es geht das Gerücht, daß der König einen zweiten Vertrauten (der erste war Lord Wolseley) nach Südafrika schicken wolle, um den Abschluß zu fördern. Denn daß

König Edward den Frieden wünscht, ist über allem Zweifel sicher. Was dagegen steht, ist das Beharren des Ministeriums auf dem Programm des „unconditional surrender", und dieses Programm ist für die Buren ebenso unannehmbar — wie andererseits das Programm Krügers: völlige Herstellung der Unabhängigkeit und des vollen Territorialbestandes beider Republiken — es für England ist.

Nun hat noch ganz neuerdings der Buren-Delegierte Wessels einem Redakteur des Amsterdamer „Telegraph" gegenüber seinen Standpunkt folgendermaßen zusammengefaßt: „Was die Friedensbedingungen sein werden — die Unabhängigkeit der Republiken vorausgesetzt —, wie man zu einer Verständigung gelangen kann, darüber rede ich nicht. Eins aber will ich Ihnen sagen, diejenigen, die davon gesprochen haben, daß in irgend welcher Form Territorien des Minengebietes an England abgetreten werden könnten, die irren ganz und gar. Das ist völlig unmöglich, für jetzt wie für alle Zukunft. Die Republiken setzen sich der Gefahr aus, von England erdrückt zu werden, wenn sie Distrikte aufgeben, die sie nicht aufgeben können. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß davon niemals die Rede sein wird, wenn die Republiken nicht zu völliger Ohnmacht gebracht sind." Ein so intransigenter Standpunkt wird sich gewiß nicht behaupten lassen, und er scheint uns dem Interesse der holländischen Bevölkerung Südafrikas auch nicht zu entsprechen. So sehr der jetzt in Südafrika eintretende Winter auch die weiteren Kriegsoperationen der Engländer erschweren mag, er kostet auch den Buren schwere Opfer und wird naturgemäß den Zuzug aus der Kapkolonie mindern. Das Häuflein der Kämpfer aber schmilzt zusammen, und die Toten werden nicht lebendig, die Gefangenen nicht freigegeben. Beide Teile brauchen den Frieden und ohne Zugeständnisse von beiden Teilen ist er nicht zu haben. Je früher er kommt, um so größer ist auch die Aussicht, daß die Buren als Volk fortleben und das ist, nachdem der Ehre genuggetan, das Wesentlichste. Es sind falsche Freunde, die ihnen das Ausharren bis ans Ende raten, damit das Prinzip, von dem sie ausgingen, gerettet werde; wir wünschen sie selbst gerettet zu wissen. Auch ist der Vergleich falsch, der den Kampf der Niederländer gegen Spanien mit den südafrikanischen Verhältnissen in Parellele setzt. Die Niederländer hatten ein offenes Meer, sie

hatten bald Frankreich, bald England zu Verbündeten, deutsche Mannschaften haben auf ihrer Seite gefochten. Die Buren-Republiken sind auf die eigene Kraft angewiesen, und was sie bedroht, wenn sie jetzt einen Vergleich schließen, der ihnen ihre Autonomie, wenn auch nicht die volle Unabhängigkeit sichert oder ihnen eine territorial beschränkte Unabhängigkeit läßt, ist lange nicht das Schicksal, das König Philipp den Niederlanden zudachte. Vor ihnen aber liegt die Zukunft, wenn sie sie nicht um der Gegenwart willen verspielen. So liegen die Dinge bei nüchterner Betrachtung, und es will uns scheinen, daß es für beide, für die Engländer wie für die Buren, höchste Zeit ist, in nüchterner Erwägung an die Zukunft zu denken. Es ist nicht wahr, daß es für die Buren eine sittliche oder politische Notwendigkeit ist, ihr ganzes bisheriges Territorium in voller Unabhängigkeit zurückzugewinnen, und es ist nicht wahr, daß Englands Ehre und Macht daran hängt, daß die Selbständigkeit der Burenrepubliken bis in die Wurzel hinein zerstört werde. Das eine ist ein Heldenrausch, das andere ein Rausch nationalen Eigendünkels, aber ein Rausch ist beides.

Mitunter freilich könnte man glauben, daß es überhaupt wie ein Taumel durch die Welt zieht. Die Emeute des vierten Standes in Belgien, bei dem die Parole „allgemeines gleiches Stimmrecht" ein Vorwand, der Sieg der Straße über Parlament und Königtum das eigentliche Ziel ist, läßt sich zwar als Folge jenes Bündnisses zwischen Großkapital und Klerikalismus begreifen, an dem die belgischen Verhältnisse seit Jahr und Tag kranken, ist aber zumeist auf die systematische Agitation der sozialdemokratischen Leiter zurückzuführen, welche die lange angekündigte Kraftprobe nunmehr ablegen wollten. Bisher ist es eine noch wenig zusammenhängende Reihe von Straßenkrawallen, die unter mehrfachen Verlusten an Menschenleben und zahlreichen Verwundungen bisher überall glücklich niedergeworfen werden konnten, aber die eigentliche Gefahr wird, wie wir fürchten, eintreten, wenn der ad hoc organisierte allgemeine Ausstand an den politischen Demonstrationen teilzunehmen beginnt. Auch in Belgien haben, wie in Italien und Spanien, anarchistische Elemente an der Bewegung ihren verbrecherischen Anteil, sodaß ein energisches Einschreiten der Regierung wahrlich am Platze ist. Aber man hat die Zügel solange am Boden schleifen lassen, daß es

schließlich kaum wundernimmt, wenn die Männer von der Straße sie aufheben und in ihrer Weise zu regieren versuchen.

Den italienisch-schweizerischen Konflikt wollen wir zunächst nur als Kuriosum notieren, da eine Publikation der Akten, die uns den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten erklären soll, noch aussteht und wir uns bis dahin unser Urteil vorbehalten. Es sei jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß in den Kreisen der polnischen „Patrioten" die Frage lebhaft erwogen wird, eine polnische Universität in der Schweiz zu begründen, deren Aufgabe es wäre, die polnische Jugend zu jenem Patriotismus zu erziehen, dessen Vorfrüchte sich schon jetzt bei uns wie in Russisch-Polen und Galizien fühlbar gemacht haben. Das könnte recht interessant werden und vielleicht von verschiedenen Seiten zu Reklamationen führen. Wir finden eben jetzt in der Warschauer Korrespondenz der „Nowoje Wremja" die folgende Charakteristik der polnischen Bestrebungen von heute: „Es scheint wirklich, daß die Polen in das Stadium des politischen Auseinanderlaufens eingetreten sind, und da sie den Satz zum Programm erhoben haben, daß die Moral hinter der Politik zurücktreten müsse, auch ihr moralisches Niveau im Sinken ist. Die früheren politischen Programme der Polen haben offenbar allen Kredit verloren. In Posen sind sie „russophil" geworden, in Galizien wird die Partei der „Roten" immer stärker und ein Teil von ihnen hat das „panpolnische" Banner fallen lassen. Was soll aber der „Panpolonismus" bedeuten, der nach dem Vorbild der „Alldeutschen" und der „Panslavisten" fabriziert ist? Wenn die Ideen der Panslavisten und der Alldeutschen sich auf wirkliche Tatsachen gründen, so fragen wir, wo ist die reale politische Größe, auf welche die panpolnische Idee sich stützt? Als man in den letzten Jahren in der russischen, deutschen und englischen Presse von Weltpolitik zu sprechen begann, konnte man in den polnischen Zeitungen auch von der Rolle Polens in der Weltpolitik lesen. Wo ist die polnische Macht, die irgend eine Aussicht auf eine Weltrolle hätte? Der polnische Poet Slowacki nannte die Polen den „Papagei" der Völker. Diese Bezeichnung paßt in der Tat genau für die Journalisten, die von der Weltpolitik Polens und von der „panpolnischen" Idee reden. Beweist nicht vielmehr das Auftauchen des russophilen Polonismus in Posen

auf der einen Seite und des Rußland höchst feindseligen „Panpolonismus", wie des ganz antirussischen polnischen Sozialismus in Galizien auf der anderen Seite, daß die Polen eine Zeit der Krisis durchleben und daß ein Kampf zwischen neuen politischen Strömungen ausgefochten wird? Es ist verständlich, daß in solchen Zeiten die moralischen Pfeiler der polnischen Gesellschaft zusammenbrechen, und zwar umsomehr, als von alten Zeiten her der Moralkodex der Polen in Abhängigkeit von ihrem politischen Programm stand." Diese Betrachtungen sind um so interessanter, als sie in schreiendem Gegensatz stehen zu der Polenpolitik, die der Fürst Uchtomski in seinem Blatte verfolgt, das die Russenliebe unserer posener Polen naiverweise für echte Münze nimmt. Es läßt sich aber mit voller Bestimmtheit vorhersagen, daß eine polnische Universität auf schweizerischem Boden ein Unglück vor allem für die Polen selbst wäre: wir wünschen ihnen aufrichtig, daß sie davor bewahrt werden, und nebenher den Herren Schweizern, falls die Versuchung an sie herantreten sollte, ein wenig ruhige Überlegung; denn das scheinbar gute Geschäft könnte schließlich ein sehr schlechtes werden.

In Frankreich geht inzwischen der Wahlkampf weiter. Überraschend ist die Opposition, auf die der Handelsminister Millerand bei seinen Parteigenossen, den Kollektivisten, und noch mehr bei dem parti socialiste de France stößt. Er ist beiden Teilen nicht weit genug gegangen und einer seiner Gegner, der Dr. Péchin, hat ihm ein ganz formidables Sündenregister vorgehalten. Merkwürdigerweise hat seine Kandidatur aber gerade bei der extremsten Gruppe der Sozialisten, dem parti ouvrier socialiste révolutionnaire Gnade gefunden, während der parti socialiste de France ihm vorwirft, daß er das Vertrauen der Sozialisten schmählich verraten habe. Der Ausgang der Wahl ist also keineswegs vorherzusehen, während schon jetzt als sicher anzunehmen ist, daß der eben aus der Indo-Chine zurückgekehrte bisherige Generalgouverneur Doumer gewählt werden wird und einer glänzenden Zukunft entgegengeht. Wenn er, wie vorauszusetzen ist, geschickt operiert, könnte es ihm glücken, an Deschanels Stelle zum Kammerpräsidenten gewählt zu werden. Das würde auf einen weiteren Ehrgeiz hinweisen, als wenn er auf die Nachfolgerschaft Waldeck-Rousseaus ausginge, denn der Weg vom Ministerium zur Präsidentschaft der Republik ist ein schwierigerer als

der vom Sessel des Kammerpräsidenten aus. Man kann sich aber wohl fragen, ob eine Persönlichkeit wie Doumer überhaupt je Aussicht haben kann, an die Spitze Frankreichs zu treten. Man hat seit den Tagen Grévys stets nur Präsidenten gewählt, die als Persönlichkeiten gleichsam neutral waren. Casimir Périer, die einzige Ausnahme in der Reihe, trat bekanntlich sehr bald zurück, Doumer stellt aber einen wirklichen Ehrgeiz und einen Willen dar; er hat kein Hehl daraus gemacht, daß er mit der Rolle Frankreichs in der großen Politik nicht zufrieden sei, kurz, er scheint sich nicht bescheiden zu können. Solche Leute aber können in dem heutigen Frankreich auf legalen Wegen nicht an die erste Stelle gelangen. und so wie die Dinge liegen, läßt sich das auch nicht wünschen. Die Welt wird mit dem Ausgang der Wahlkampagne am zufriedensten sein, wenn sie uns im wesentlichen die alten bekannten Gestalten zurückführt.

Der Oberst Marchand, der eben jetzt wie Doumer aus dem fernen Osten heimkehrt, aber über Sibirien, Moskau und Petersburg, wo er sich rauschend hat feiern lassen, ist gleichfalls ein „kommender Mann". Aber vorläufig ist er noch aktiver Offizier, und von seiner Wahl in die Kammer kann daher keine Rede sein.

Über die Balkanangelegenheiten, deren Schwierigkeiten wir keineswegs verkennen, wollen wir mit einigen raschen Strichen hinweggehen. Die Lage ist im wesentlichen die, daß neben der bulgarischen Agitation in Macedonien eine serbische Agitation an den albanesischen Grenzgebieten hergeht und daß gleichzeitig die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien alles zu wünschen übrig lassen. Die sich daraus ergebende nicht unbedenkliche Lage wird wesentlich gebessert durch die starke militärische Aufstellung der Pforte in Macedonien und an den albanesischen Grenzdistrikten, sowie durch den gemeinsamen Druck, den Österreich-Ungarn und Rußland auf die feindlichen slavischen Brüder der Balkanhalbinsel ausüben. Immerhin können wir die Verhältnisse nicht allzu sanguinisch beurteilen, da der aufgesammelte Zündstoff sehr groß ist. Es kann unter diesen Umständen als ein Glück betrachtet werden, daß es der Pforte gelungen ist, Briefe aufzufangen, in welchen der bulgarische Metropolit Sinesius seine Untergebenen zum Widerstande gegen den zum Metropoliten von Üsküb bestätigten serbischen Archimandriten Firmilian auffordert. Die Briefe zeigen, daß Sinesius im Auftrage

des bulgarischen Exarchen Joseph handelt und im Zusammenhang mit dem macedonischen Komitee Sarafows steht. Die Auslagen seiner Freunde verspricht Sinesius „aus dem Fonds unserer Freundin und Mitarbeiterin Miß Stone" zu ersetzen! Das gibt ein erbauliches Bild nationaler, sittlicher und kirchlicher Verhältnisse, wie es eben nur auf diesem durch Intriguen jeder Art demoralisierten Boden möglich ist.

Von dem Resultat der wichtigen vom Grafen Bülow in Wien gepflogenen Verhandlungen wollen wir reden — sobald etwas Zuverlässiges darüber bekannt sein wird.

17. April. Verhängung des Belagerungszustandes über einen Teil von Irland.
18. April. Plehwe wird an Sipjägins Stelle zum ruff. Minister des Innern ernannt.
19. April. Scheitern des Gesamtausstandes in Belgien.
22. April. Saenger an Wannowskis Stelle zum ruff. Minister der Volksaufklärung ernannt.

---

23. April 1902.

Am 15. April ist der russische Minister des Innern von einem Studenten Balschanow, der Adjutanten-Uniform angelegt hatte, am hellen Tage vor der Tür seiner Dienstwohnung durch mehrere aus nächster Nähe abgegebene Revolverschüsse tödlich verwundet worden, so daß er nach einer Stunde etwa verschied. Der Mörder, der sich widerstandslos verhaften ließ, soll weitere Attentate angekündigt haben, wenn nicht durchgreifende Reformen im Innern erfolgten. Doch müssen alle diese Gerüchte als unsicher betrachtet werden. Als Grund zum Morde wird Rache angegeben, der Mörder gehöre zu den infolge der letzten Unruhen gemaßregelten Studenten.

Zum Nachfolger Sipjägins ist der Staatssekretär von Finnland, Wiätscheslaw v. Plehwe, ernannt.

Das alles ist im höchsten Grade bedenklich: die Wahl des Opfers, der neue Trik des Mörders und die prämeditierte Entschlossenheit, mit der er sein eigenes Leben wegwarf, die ohne Zweifel ernst zu nehmende Drohung mit neuen Mordtaten, endlich auch die Auswahl der Persönlichkeit, die zum Nachfolger Sipjägins ausersehen wurde.

Der so schmählich umgekommene Minister war, wie wir nachdrücklich hervorheben möchten, ein vortrefflicher Mensch und gewissenhafter und pflichttreuer Beamter. Die Familie, die dem alten titellosen russischen Adel angehört, hat dem Staat eine Reihe tüchtiger Diener gestellt: einer von ihnen, Martjan Jakowlewitsch, war Vizeadmiral in den ersten Jahren Kaiser Pauls, ein anderer wurde als greiser General-Leutnant 1812 von den Franzosen gefangen ge-

nommen und in Moskau zu Erdarbeiten genötigt, ein dritter endlich ist der aus der Geschichte Puschkins wohlbekannte General Kriegs-Gouverneur von Tiflis, der 1829 starb, als der Kaiser Nikolaus ihn gerade zum Nachfolger Paskewitschs im Kaukasus ernennen wollte. Der verstorbene Minister des Innern hat seine Laufbahn als Verwaltungsbeamter in immer aufsteigender Stellung gemacht. Eigentlich beliebt war er charakteristischerweise nur in Kurland, wo seine sachliche, streng gesetzliche Haltung Verständnis und Anerkennung fand. Dem russischen Volkscharakter entsprechen aber diese Eigenschaften nicht: sie sind ihm unsympathisch und werden als Pedanterie und Herzlosigkeit verurteilt. Im Grunde wünscht man Herrenlaunen, die heute züchtigen, aber morgen verzeihen und belohnen. Vor noch nicht 14 Tagen lasen wir in einer russischen Zeitung, wenn wir nicht irren in der „Nowoje Wremja", eine Korrespondenz aus Sibirien, die allen Ernstes dafür eintrat, daß der gute alte Brauch der wsjätki, d. h. das System des Trinkgeldergebens an Beamte, für Sibirien geduldet und nicht verfolgt werde. Die unbestechlichen Beamten ruinierten das Land und die Leute, weil sie unerbittlich auf Ausführung der Gesetze dringen: dabei aber könne man nicht leben, denn die Gesetze rechneten nicht mit den wirklichen Zuständen und den Menschen, wie sie nun einmal seien. Mit dem Beamten aber, der sein Trinkgeld (die wsjätka) einstreiche, finde man sich zurecht und schließlich habe jeder Teil seinen Vorteil davon. Jener Korrespondent hätte noch hinzufügen können, daß es sich um einen uralten eingewurzelten Brauch handelt, und das direkte oder indirekte Umgehen der Gesetze die Regel in Rußland ist. Der Minister Ssipjägin aber war ein Mann des Gesetzes und eben deshalb verhaßt. Man wird ihm keineswegs den Vorwurf übermäßiger Härte machen dürfen, aber allerdings die in Anwendung gebrachten Gesetze waren vielfach hart und in ihrer Ausführung durch die unteren Organe oft brutal. Dazu kam noch der weitere Umstand, daß die innere Politik des heutigen Rußland in schreiendem Gegensatz zu den Wünschen der gebildeten Kreise der Nation steht und daß die studentische Opposition sich einer gewissen Popularität erfreute. Das hat den erhitzten jungen Leuten, deren ursprüngliche, auf eine Erweiterung der studentischen Freiheiten gerichteten Wünsche sich keineswegs als gefährlich bezeichnen ließen, völlig das Urteil verwirrt. Sie fühlten sich als die

Führer der Nation in ihren, auf politische Freiheit gerichteten Bestrebungen, aus dem studentischen Programm wurde ein politisches Verfassungsprogramm und aller Halt ging ihnen vollends verloren, als sie die weitere Aufgabe auf sich nahmen, die russische Arbeiterschaft in die sozialdemokratische Doktrin einzuführen. Daß auf solchem Boden Fanatiker heranreifen, wie jener 23jährige Alexander Michailow, der fast alle nihilistischen Unternehmungen der letzten Jahre Alexander II. organisierte und schließlich bei dem letzten Attentat, dem der unglückliche Kaiser zum Opfer fiel, selbst umkam, kann nicht wundernehmen. Aber ohne jedes politische Urteil sind jene unreifen Fanatiker allezeit gewesen und sie haben bisher immer noch das Gegenteil von dem herbeigeführt, was sie bezweckten. Alexander II. ward in dem Augenblick ermordet, da er die Urkunde eben unterzeichnet hatte, die bestimmt war, Rußland zu einem Verfassungsstaat umzubilden, und die 13jährige Regierung Alexanders III. bot trotz aller Attentate, die auch ihn verfolgten, das Bild einer sicher fortschreitenden Reaktion zu absolutistischem Regiment zurück. Aber als er starb, schien die nihilistische Sekte tatsächlich ausgerottet zu sein und vielleicht wäre nun der Augenblick gewesen, zu den letzten Gedanken Alexanders II. zurückzukehren. Die Wünsche und Hoffnungen der Nation, Temperament und Charakter des edlen jungen Herrschers schienen gleichmäßig dafür zu sprechen. Wer damals in Rußland gewesen ist, wird sich erinnern, wie hochfliegend die Hoffnungen waren, mit denen man die „neue Ära" begrüßte. Alle Anzeichen wiesen auf einen Übergang zu einer liberalen Politik stark nationaler Färbung. Da brachte der 19. Januar 1895 die erste große Enttäuschung. Der Kaiser hatte in einer Ansprache, die in ihrem offiziellen Texte veröffentlicht wurde, von dem „unsinnigen Gedanken eines Teils der Semstwo-Vertretung an der inneren Verwaltung des Reiches teilzunehmen" gesprochen und erklärt, er werde das Fundament der Selbstherrschaft ebenso fest aufrecht erhalten, wie sein unvergeßlicher Vater! Im Mai 1896 folgte dann die entsetzliche Katastrophe auf dem Chodinski-Feld und im Zusammenhang damit die erste große Studentendemonstration unter der neuen Regierung am 16. und 17. November in Moskau.

Wie weit liegen diese Tage hinter uns zurück, aber wie nachhaltig haben sie weitergewirkt! Parallel mit der systematischen Fort-

führung der reaktionären Politik Alexanders III. ging die steigende Exaltation der Jugend und das allmähliche Anwachsen der liberalen, man könnte beinahe sagen radikalen Richtung in der russischen Intelligenz, so daß heute — abgesehen von den leitenden Spitzen des Beamtentums und eines wohl nur geringen Teils der Garde-Offiziere, diese Gesinnung als die allgemeine gelten kann. Geführt wird sie nach wie vor von dem Obergouverneur des heiligen Synod, der die innere Politik des Reiches unter seinem Einfluß hält, unterstützt durch das besondere Interesse, das dem russischen Finanzminister eine konzentrierte unumschränkte Gewalt als unumgängliche Notwendigkeit zur Behauptung seines tollkühnen, unter anderen politischen Lebensformen undenkbaren Finanzsystems erscheinen läßt, endlich im Fundament begründet — wie behauptet wird — auf eine testamentarische Bestimmung Alexanders III., die dem neuen Kaiser jenes Einlenken in liberale Staatsformen unmöglich machte. Wie verkehrt und töricht es war, unter solchen Verhältnissen dem unglücklichen Minister des Innern zu Leibe zu gehen, liegt auf der Hand, zumal der Minister gerade in letzter Zeit den Semstwos etwas freiere Bewegung zugestanden und weitere Selbstverwaltungsrechte in Aussicht gestellt hatte. Sein Nachfolger, der bisherige Staatssekretär von Finnland, stellt eine weit härtere Richtung des rücksichtslosen Absolutismus dar, so daß jetzt die Wahrscheinlichkeit nicht für Milderung, sondern für eine Verschärfung des geltenden Systems spricht. Plehwe ist ein russifizierter Deutscher, in russisch-nationaler und russisch-kirchlicher Richtung durchaus intransigent, dazu als Untersuchungsrichter in den Nihilistenprozessen der 80er Jahre emporgekommen, und das gibt in der Summe keine glückliche Kombination. Überdenkt man all diese Zusammenhänge, so drängt sich mitunter die Vorstellung auf, daß ein ungeheures Mißverständnis zwischen dem Kaiser Nikolaus und seinem Volke liegt. Auf der einen Seite die Vorstellung von einer absichtlichen und bewußten Knechtung, auf der anderen die stete Furcht vor revolutionären Tendenzen. Weder das eine noch das andere liegt vor. Die nihilistische Sekte würde mit dem Tage schwinden, da jenes „herzliche Wohlwollen", das Kaiser Nikolaus bei Ernennung des Generals Wannowski zum Minister der Volksaufklärung der studierenden Jugend gegenüber zur Geltung bringen wollte, auch in der Praxis sich geltend machen wollte. Eine wirkliche

Revolution aber ist in Rußland nicht denkbar: was vorkommt und wohl auch weiter gelegentlich vorkommen würde, sind Emeuten, deren Spitze sich gegen ungerechte und harte Beamte, nicht gegen die Dynastie richtet. Kaiser Nikolaus II. aber ist seiner ganzen Natur nach nichts weniger als ein Tyrann, wie wir meinen, nicht einmal ein überzeugter Absolutist. Die Entwicklung, die Rußland seit 1861 genommen hat, weist aber mit unabweislicher Notwendigkeit dahin, daß Rußland sich den Formen des abendländischen Staatslebens nähern muß. Die Frage ist nur die, wie viele Opfer noch diesem unseligen Mißverständnisse fallen sollen? Wir haben es immer als ein Verhängnis für Rußland bezeichnet, daß seine auswärtige Politik den anderen slavischen oder glaubensverwandten Staaten gegenüber in schroffstem Gegensatz zu der inneren Politik Rußlands stand. Wir denken dabei nicht an die besonderen Verhältnisse, die lange in den baltischen Provinzen und in Finnland geduldet wurden, bis man sie — ebenfalls infolge eines historisch-politischen Mißverständnisses — zu zerstören begann, sondern an jene Politik, die Alexander I. dahin führte, dem neu geschaffenen Königreich Polen eine Verfassung zu verleihen und sie Rußland zu versagen, eine Politik, die dann später in Griechenland, den Donaufürstentümern, namentlich aber in den slavischen Balkanstaaten geradezu potenziert wurde, indem man diesen Staaten nicht nur liberale Verfassungen, sondern radikale aufnötigte, und auch heute noch überall auf diesem Boden die radikalen Parteien unterstützt. Dadurch hat die russische Regierung selbst den heimischen Radikalismus erzogen, der dann weiter gefördert wurde durch das Bündnis mit der radikal-sozialistischen französischen Republik. Das sind Tatsachen, die sich nicht wegdeuteln lassen, und die naturgemäß die allersonderbarsten Früchte gezeitigt haben. Es wird sich keine große russische Zeitung finden, die nicht über jede Verletzung oder Schädigung konstitutioneller Freiheiten im Auslande mit tiefster sittlicher Entrüstung ihren Lesern berichtete und jeden Akt administrativer Willkür außerhalb der eigenen russischen Lande mit den härtesten Worten brandmarken wollte. Wie soll nun die heranwachsende Jugend sich in diesen Widersprüchen zurechtfinden?

Das Thema ließe sich in das Endlose fortführen, denn der tatsächliche Stoff wird von jedem neuen Tage neu hinzugetragen. Aber wir brechen ab, um uns einem Gebiet zuzuwenden, bei dem

allerdings die besondere Politik Rußlands auf der Balkanhalbinsel ein verbindendes Glied gibt, den immer leidenschaftlichere Formen annehmenden Streit um die Bestätigung des Bischofs von Üsküb, Firmilian. Um die ganze Sachlage und ihre Tragweite recht zu verstehen, ist es nötig, etwas weiter auszuholen. Eine eigentliche bulgarische Kirche hat es — wenn wir von dem altbulgarischen Reiche absehen — vor 1870 überhaupt nicht gegeben, das kirchliche wie das nationale Bewußtsein des Volkes ist erst durch Diebitschs Balkanübergang 1828 geweckt worden, und wenn der Friede von Adrianopel auch nicht die erhoffte politische Selbständigkeit brachte, so blieben die Wünsche doch lebendig und das begann sich nach zwei Richtungen hin geltend zu machen: politisch gegen die türkischen Oberherren und in konfessioneller Hinsicht gegen die Leitung der bulgarischen Gemeinden durch griechische Priester, die auf bulgarischem Boden wie überall auf der Balkaninsel die Leitung der Kirche in ihre Hände gespielt hatten. Der Patriarch in Konstantinopel war das Oberhaupt, die griechischen Bischöfe in Bulgarien ein helleniſierendes Element, dessen Überlegenheit in aller Naivetät anerkannt wurde. Man nannte sich griechisch-orthodox, nicht bulgarisch-orthodox, ganz wie man heute noch in Erinnerung an längst verschollene Tage, die aber einst Wirklichkeit waren, von der griechisch-orthodoxen Kirche Rußlands spricht. Es folgte der Krimkrieg, der neue Hoffnungen und neue Enttäuschungen brachte. Die griechischen Bischöfe aber konnten bereits damals ihre Stellung nur mit Hülfe türkischer Unterstützung behaupten, so sehr begann sich der nationale Sinn zu regen. Da geschah es, daß der Gedanke auftauchte — wie behauptet wurde unter österreichischem Einfluß — sich durch Union mit der lateinischen Kirche vor dem übermächtigen griechischen Einfluß zu retten. Um 1859 begannen einzelne Gemeinden die Oberhoheit des Papstes unter der Bedingung anzuerkennen, daß ihren Priestern die Ehe, und allen die slavische Sprache für den Gottesdienst gelassen werde. Österreich und Frankreich, das damals noch eine eigene Orientpolitik hatte, unterstützten naturgemäß eine Bewegung, die in ihren Konsequenzen eine Abwendung von Rußland bedeutete, das seit einigen Jahren immer mehr den slavischen Gedanken und den Gedanken der kirchlichen Einheit aller Slaven in den Vordergrund seiner Interessen zu rücken begann. Die Bewegung zur Union erregte die lebhafteste Besorgnis

Rußlands, und da man in Petersburg erkannte, daß jene „Los von Konstantinopel-Bewegung“ nicht aus religiösen, sondern aus politischen Motiven entsprang, war man klug und geschickt genug, den Sultan zu veranlassen, die Gründung einer unabhängigen bulgarischen Kirche zu gestatten, deren Oberhaupt, der „Exarch von Bulgarien“, in Konstantinopel seinen Sitz haben sollte, ohne dem griechischen Patriarchen in Konstantinopel untergeordnet zu sein. Das geschah 1870 und der Exarch wurde natürlich vom Patriarchen exkommuniziert. Der letztere war dabei in vollem Recht, da das ökumenische Patriarchat niemals besondere nationale Kirchen geduldet hat. Erst 1883, als Joachim III. zum erstenmal das Patriarchat übernahm, kehrte der Friede wieder und auch nach seinem Sturz behauptete Bulgarien fast unangefochten seine kirchliche Unabhängigkeit, und in Bulgarien werden nur Bulgaren zu Bischöfen geweiht. Neuerdings scheint man nun russischerseits an dieser scharfen Ausbildung des besonderen bulgarischen Nationalgedankens Anstoß genommen zu haben. Rußland ist seit einigen Jahren bemüht, den serbischen Archimandriten Firmilian auf den bisher stets von Bulgaren besetzten bischöflichen Stuhl von Üsküb in Macedonien zu setzen und drückt in diesem Sinne auf den Sultan. Dagegen protestiert nun der bulgarische Metropolit Sinesius, und wie sich herausgestellt hat, handelt er darin im Sinne und im Auftrage des in Konstantinopel residierenden bulgarischen Exarchen Josef. Natürlich hat auch das macedonische Komitee seine Hand im Spiel und wir wiesen schon neulich darauf hin, daß die famose Miß Stone für die Zwecke dieses Komitees das Martyrium ihrer angeblichen Gefangenschaft getragen hat. Nun soll, wie die „N. Fr. Presse“ seinerzeit mitteilte und später von russischen Blättern wiederholt wurde, der russische Botschafter an der Pforte, Ssinowjew, zum zweitenmal kategorisch die Bestätigung Firmilians von der Pforte verlangt haben, die Bulgaren dagegen drohen die Politik von 1859 wieder aufzunehmen und in Union mit der römisch-katholischen Kirche zu treten. Das Ministerium Danew und der Fürst Ferdinand scheinen diesen Dingen ziemlich hülflos gegenüberzustehen, sie fürchten die Agitation des macedonischen Komitees und sie fürchten Rußland, dessen pekuniäre Unterstützung ihnen gerade jetzt unerläßlich ist. Das gibt eine höchst bedenkliche Lage, da die Neigung, die macedonische Frage in Fluß zu bringen,

ohnehin in Bulgarien zu einer nationalen Leidenschaft herangereift ist. Die „Nowoje Wremja", die von diesen Dingen Notiz nimmt, bemerkt höchst charakteristischerweise dazu: „Mit einem Wort, die Bulgaren sind bereit, wie es ihre Gewohnheit ist, alle Mittel anzuwenden, gute und schlechte, mögliche und unmögliche, nur um auf ihrem Willen zu bestehen und in Macedonien keinen Fuß breit Landes preiszugeben, obgleich das Land ihnen doch bisher garnicht gehört. Dieser eigenartige patriotische Fanatismus kennt keine Grenzen, ihm ist nichts heilig, so daß man sehr traurige und für die Bulgaren selbst sehr unvorteilhafte Verwicklungen in nächster Zukunft erwarten muß." Wir sehen die Sache weniger pessimistisch an. Wer die Machtverhältnisse erwägt, kann garnicht darüber im Zweifel sein, daß Rußland seinen Willen durchsetzen wird. Auch hat es sich bereits viel zu stark und viel zu öffentlich engagiert, um zurückweichen zu können, selbst wenn es wider Erwarten daran denken sollte. Wir halten deshalb auch die von bulgarischen Blättern verbreitete Nachricht, daß der russische Vertreter in Sofia sich in Petersburg für die bulgarischen Wünsche verwandt haben sollte, vorläufig für unglaubwürdig. Das würde ein Vorgehen gegen den mächtigsten Mann im Reiche, den Oberprokureur Pobedonoszew, bedeuten, der diese ganze Aktion leitet, und für so kühn halten wir Herrn Bachmetjew nicht. Es ist aber nicht denkbar, daß an dieser ganzen, gegen die Wünsche der Bulgaren gerichteten Aktion noch ein anderer Faktor beteiligt ist, nämlich die Moskauer slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft, deren Präsident der serbische Konsul Herr Tscherep Spiridonowitsch ist, der vom Prager Slaven-Kongreß her uns noch in frischer Erinnerung steht. Jene slavische Wohltätigkeits-Gesellschaft steht in lebhafter Fühlung mit Pobedonoszew, und Herr Tscherep Spiridonowitsch ist ein Mann von Gedanken und Initiative. Eine Moskauer Korrespondenz des Uchtomskischen Blattes hat darüber merkwürdige Aufschlüsse gegeben. Danach hätte er eigenmächtig den Präsidenten Loubet zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft ernannt und sich noch weitere Kompetenzüberschreitungen erlaubt. Jetzt wolle er die Petersburger slavische Gesellschaft mit der Moskauer verschmelzen und die Leitung der am 23. April zur Erinnerung an den 25. Jahrestag des russisch-türkischen Krieges bevorstehenden Feierlichkeiten übernehmen. Der dem Herrn Tscherep Spiridonowitsch feindlich gesinnte

Korrespondent hofft aber, daß all diese Herrlichkeit zusammenbrechen und ein Russe zum Präsidenten der Slavischen Gesellschaft gewählt werde. Die große bulgarische Kolonie in Moskau sei gegen ihn, und das könne den Ausschlag geben. Man sieht, der serbisch-bulgarische Gegensatz spielt bis in den Schoß der slavischen Gesellschaft hinein. Da bisher Herr Tscherep Spiridonowitsch das Heft in Händen hatte, erklärt sich auch, daß die Balkanpolitik der Gesellschaft die serbische und nicht die bulgarische Richtung vertrat. Aber es wird interessant sein, zu erfahren, wie dieser Kampf um die Präsidentschaft der Wohltätigkeitsgesellschaft ausläuft. Wenn, wie der Korrespondent annimmt, weder Serben noch Bulgaren die Führung behalten, werden wir darin das rechte Omen für den Ausgang des eifersüchtigen Streites beider Nationalitäten auf der Balkanhalbinsel finden.

Die Aussichten auf einen Frieden in Südafrika mehren sich in erfreulicher Weise. Wir bedauern nur eins, daß Lord Kitchener den Waffenstillstand abgelehnt hat, der billig von den Buren verlangt werden durfte. Wenn sie trotzdem eine Versammlung zustande bringen, die auf die vereinbarten Bedingungen eingeht, wird es mehr ihr Verdienst, als das der Engländer sein. Wir haben schon vor Monaten auf die Notwendigkeit einer solchen Versammlung hingewiesen, wenn der Friede zustande kommen und von Dauer sein solle. Aber um die Möglichkeit eines sicheren Erfolges zu erlangen, hätte England tun müssen, wie Deutschland im Jahre 1871 tat. Das ist nicht geschehen und könnte zum Ergebnis führen, daß das gewonnene Resultat von einem Teil der Buren nicht anerkannt wird und auf den Krieg ein Zustand schwer erträglicher Unsicherheit folgt.

Auch in Belgien scheint, nachdem der Gesamtausstand aufgegeben ist, die Hauptgefahr der Lage überwunden zu sein. Aber doch nur die Hauptgefahr. Die sozialistische Emeute flackert hin und her im Lande, immer wieder auf und besser kann es nicht werden, wenn nicht eine Abwendung der Regierung von dem bisher geltenden System rücksichtsloser Geldmacherei erfolgt. Am 27. März ist dem englischen Parlament eine Denkschrift der „Gesellschaft zum Schutz der Eingeborenen" (Aborigines Protection Society) vorgelegt worden, die wahrhaft erschütternde Beweise für die ruchlose Wirtschaft Belgiens im Kongostaate bringt. Sie bestätigt durchaus, was die in der Zeitschrift „West-Afrika" erschienenen und als Buch unter

dem Titel „Trading Monopolies in West Africa" zusammengefaßten sachkundigen Artikel eines anonymen Verfassers damals darlegten. Er schlug als Remedium die Teilung des Kongostaates zwischen Frankreich, England und Deutschland vor, die „Gesellschaft zum Schutz der Eingeborenen ersucht" „ernstlich" die englische Regierung mit den übrigen Mächten, die den Berliner Kongovertrag und die Brüsseler Generalakte unterzeichnet haben, schleunig in Beratung zu treten, um die Aufmerksamkeit des Souveräns des Kongostaates auf diese Dinge zu lenken, und ihn zur Teilnahme an den Maßregeln aufzufordern, die zum Schutz der Neger in diesem großen Teile Afrikas unerläßlich seien.

Wir wollen alle die dokumentarisch festgestellten Greuel, die durch Beamte, Soldaten und Offiziere des Kongostaates geschehen sind und dauernd als System fortgesetzt werden, nicht herzählen. Sie zeigen, daß die Forderung der „Aborigines Protection Society" das Minimum ist, das verlangt werden kann. Der Vorschlag des Verfassers von „Trading monopolies" ist zwar radikaler, scheint uns aber der bei weitem wirksamere zu sein. Der richtige Weg wäre wohl, es mit Vorschlag 1 zu versuchen, und falls er nicht Abhülfe bringt, zu Vorschlag 2 zu greifen.

27. April. Neuwahlen in Frankreich.
28. April. Rücktritt des italienischen Kriegsministers Ponza di San Martino.

30. April 1902.

Eine Reihe wichtiger politischer Fragen steht der Entscheidung unmittelbar gegenüber oder drängt ihr mächtig entgegen. Nach wenigen Tagen werden wir den Ausgang der französischen Wahlen kennen, freilich nur, um dann dem Resultat der zahlreich zu erwartenden Stichwahlen entgegenzusehen. Am Sonntag den 27. sind die Stimmzettel abgegeben worden, nachdem die Wahlagitation ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie ist seit den Tagen Boulangers nicht mit größerer Leidenschaft und größerer Rücksichtslosigkeit geführt worden. Wer das Detail der Wahlkampagne verfolgt hat, wird gewiß nicht den Eindruck gewonnen haben, daß es die höflichste und liebenswürdigste Nation der Welt war, die sich auf der Rednertribüne zu ihrem politischen Glauben bekannte. Vielmehr erinnern die zahllosen „professions de foi", die in den letzten Wochen abgegeben wurden, lebhaft an die Ungeniertheit amerikanischer Wahlkämpfe, bei denen bekanntlich das Kleinmachen und Verdächtigen des Gegenkandidaten eine sehr wichtige Rolle spielt. Sogar der alte Haß, der an der „affaire" haftet, ist wieder ausgegraben worden, und man könnte mitunter glauben, daß zwei feindliche Völker kampfbereit einander gegenüberstanden. Nun ist freilich solche Wahlhitze nicht allzu ernst zu nehmen. Nach der gefallenen Entscheidung pflegt die Temperatur ganz außerordentlich schnell zu sinken, und jeder richtet sich darauf ein, mit der vollzogenen Tatsache möglichst vorteilhaft seinen Frieden zu schließen. Was sich gegenüberstand, waren die ministeriellen Republikaner mit dem zu ihnen gehörenden rechten Flügel der Sozialdemokraten. Diese Leute sind als echte Republikaner

zu betrachten und sie kämpfen neben dem Prinzip, das sie vertreten, für die Erhaltung ihrer Stellung. Wir haben bereits mehrfach ausgeführt, daß ihr Sieg uns als der erwünschte Ausgang erscheint, wenn wir auch keineswegs meinen, daß er eine weitere Ausgleichung der deutsch-französischen Beziehungen zur Folge haben wird: aber es gibt dann bekannte Größen, mit denen sich rechnen läßt. Die Gegner des Ministeriums Waldeck-Rousseau, die von Jules Lemaitre geführte Ligue de la patrie française, besteht aus verkappten und offenen Monarchisten, Nationalisten und den extremen Sozialdemokraten, die sich zu einem seltsamen Bündnis zusammengetan haben. Diese schwerlich regierungsfähige Koalition ist aber eben deshalb gefährlich. Sie wäre genötigt, eine Politik der Abenteuer zu suchen, und müßte so zu einem Element der Unruhe werden, das in der gegenwärtigen politischen Lage Europas nichts weniger als erwünscht sein kann. Angenommen aber den Sieg Waldeck-Rousseaus, so ist damit doch nicht gesagt, daß wir das Ministerium in seinem vollen alten Bestande wiedersehen. Aber die wichtigsten Persönlichkeiten kehren wahrscheinlich zurück, nächst dem Ministerpräsidenten, André und Delcassé. Millerand ist schon zweifelhafter und von höchstem Interesse wird es sein, zu verfolgen, wo Doumer, dessen Wahl in die Kammer sicher ist, auftauchen wird. Für die in Frankreich herrschende Stimmung ist uns ein Brief von Interesse, den der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" (Argus) eben jetzt veröffentlicht. Ein französischer Freund schreibt ihm nämlich aus Paris: „Die Eindrücke, die ich in den ersten Tagen nach meiner Rückkehr gewonnen habe, bestärken mich noch mehr in dem, was ich Ihnen schon in London sagte. Die Empfindungen meiner Landsleute Deutschland gegenüber haben sich radikal geändert. Die Idee einer französisch-deutschen Annäherung, die bisher nur die eingefleischten Gegner der alliance franco-russe zuerst zu Freunden hatte, nämlich die Juden und Freimaurer, ist heute der Mehrzahl der Politiker sympathisch. Am meisten habe ich mich gewundert, Freunde Deutschlands unter den Nationalisten gefunden zu haben. Ihre Anglophobie, die durch den Burenkrieg ins Unmögliche gesteigert wurde, hat sie zu Deutsch-Freunden gemacht. Ich brauche Ihnen natürlich nicht zu sagen, daß Deutschland keine Gelegenheit vorübergehen läßt und kein Mittel verschmäht, um diese ihm günstige Strömung zu stärken

und auszubeuten. Dagegen ist das Bündnis mit Rußland aus Gründen, die Ihnen wohlbekannt sind und die ihrer Natur nach indirekte und nebensächliche sind, in der öffentlichen Meinung immer weniger populär. Namentlich tragen die Verluste daran schuld, welche französische Kapitalisten in russischen Industriepapieren erlitten haben. Niemand verteidigt das Bündnis in der Presse, niemand kümmert sich darum. Formelle Freundschaftsbeteuerungen ne sont que des remèdes de surface qui ont perdu toute leur vertu." Leider hört hier die vollständige Wiedergabe des Briefes auf, Herr Argus erwähnt nur noch, daß sein Korrespondent darüber klagt, daß Rußland seine Orientpolitik aufgegeben habe. Der Franzose sage wörtlich: „Nachdem Ihr das Deutsche Reich geschaffen und ihm Mitteleuropa gegeben habt, schenkt Ihr ihm den nahen Orient. Wie sollen da die Franzosen nicht um ihre Interessen besorgt werden, da sie sehen, wie Ihr Eure eigenen vitalen Interessen vernachlässigt." Auch klage der Franzose über die deutsch-freundliche Haltung der russischen Presse (!) und gelange so zum Schluß, daß, da die Russen sich so entschieden Deutschland näherten, auch Frankreich die Freundschaft Deutschlands suchen müsse, um seine nationalen Interessen besser zu schützen.

Höchst charakteristisch ist nun der Epilog, den Herr Argus an diese Betrachtung seines Pariser Freundes knüpft. „Die Verirrungen des Ausländers" — sagt er — „über die Motive der russischen Politik und die Gefühle der russischen Gesellschaft sind zu augenscheinlich, um vor russischen Lesern der Widerlegung zu bedürfen. Aber es ist nützlich zu wissen, wie unser Tun sich im Geist eines befreundeten Beobachters spiegelt. Mein Korrespondent hat aber, abgesehen von einigen Verirrungen, die historische Aufgabe Rußlands ganz richtig erfaßt und wünscht ihre Verwirklichung. Wir müssen hoffen, daß, wenn die Ereignisse, deren Beginn uneingeweihten Augen nicht erkennbar ist, zeigen werden, wie sehr Rußland seiner Mission und seiner Geschichte treu ist, alle jetzigen Zweifel unserer Bundesgenossen der Erkenntnis weichen werden, daß Frankreich nur dann seine eigene historische Mission erfüllen kann, wenn es die nationalen Ziele Rußlands fördert."

Ohne auf die in dem Brief des Franzosen durchklingende Verstimmung einzugehen, weil wir darin des querelles d'amants und

ein gut Stück Eifersucht erkennen, möchten wir doch darauf hinweisen, wie nachdrücklich Herr Argus mit seiner Stimme in den Chor eintritt, der heute in der öffentlichen Meinung Rußlands eine Aktion im nahen Orient verlangt.

Rußland hat am 24. April den 25jährigen Jahrestag seines letzten Orientkrieges gefeiert. Es war im 19. Jahrhundert der vierte Krieg Rußlands mit der Türkei, die Friedensschlüsse von Bukarest 1812, von Adrianopel 1828, von Paris 1856 und von San Stephano 1878 geben uns ihren Abschluß. So liegen also Zeiträume von je 16, 28, 22 Jahren zwischen Krieg und Frieden, was auf eine gewisse Periodizität hinweist. Auch haben, mit Ausnahme von Paul, alle russischen Herrscher ihren Türkenkrieg gehabt, wenngleich Alexander III. nur als Großfürst-Thronfolger. Es kann demnach nicht wundernehmen, wenn die öffentliche Meinung in Rußland gleichsam als etwas Selbstverständliches eine Aktion im Orient erwartet. Unter Alexander III. wurde sie durch den Sturz des Fürsten Alexander von Bulgarien und durch die seinem Nachfolger gezeigte geflissentliche Mißachtung, sowie durch die Vorstellungen, die sich mit dem französischen Bündnis verbanden, abgelenkt, und durch die Russifizierungspolitik in den westlichen Grenzmarken entschädigt: aber Alexander II. hatte sie den Krieg aufgezwungen, und heute liegt offenbar die Absicht vor, das gleiche Manöver zu wiederholen. Wir möchten überhaupt die Ereignisse des Jahres 1876 mit den heutigen in Parallele setzen. Wie damals drängt sich jetzt der leidenschaftliche Wunsch nach einer Veränderung im Innern, und nach einer großen Sensation nach außen hin in den Vordergrund: wie damals wird auch jetzt die Regierung durch Unruhen und Attentate geängstigt, und das Verlangen nach einer Verfassung ist heute genau so lebendig, wie 1876. Nur dürfte die Neigung, nachzugeben, noch weit geringer sein als unter Alexander II. Das offizielle Rußland wünscht heute weder einen europäisch-orientalischen Krieg, noch hat es Lust, es mit dem Experiment einer Nationalversammlung aller Reußen zu versuchen, und wir können nur hoffen, daß es nach beiden Richtungen hin fest bleibt. Was wir für wünschenswert halten, ist eine Erweiterung der Befugnisse, die den Organen der russischen Selbstverwaltung gehören. Alexander III. hat sie der russischen Bureaukratie ausgeliefert und daran krankt das

Reich vor allem. Aber nichts könnte unerwünschter sein, als eine russische Revolution oder, was in den Konsequenzen vielleicht gleichbedeutend wäre, ein Aufrollen der europäisch-orientalischen Frage durch Rußland. Das letztere müßte aller Wahrscheinlichkeit nach einen Weltkrieg nach sich ziehen, die Revolution aber wäre ein Unglück nicht nur für Rußland, sondern auch für seine Nachbarn. Kurz, nach dieser Richtung scheint uns in jeder Hinsicht wünschenswert, daß die Regierung mit Festigkeit sich ihr Selbstbestimmungsrecht wahrt. Wohl aber würden wir es als eine fast ebenso große Gefahr betrachten, wenn den Wünschen nach freieren Formen der Selbstverwaltung und des öffentlichen Lebens gar nicht Rechnung getragen würde. Die Übertreibung des absolutistischen Systems führt schließlich nicht nur zur Regierung desselben, sondern zum entgegengesetzen Extrem. Und das ist die Gefahr des Augenblicks. Wir haben bereits die Bedenken genannt, die sich uns an den Namen Plehwe knüpfen, bei dem vielfach nur an rücksichtslose Repression gedacht wird. Aber es soll uns freuen, wenn wir uns täuschen, und wenn er mit der starken Hand auch die Einsicht verbindet, daß Gewalt allein es nicht tut. Das wenige, was über ihn seit Übernahme des Ministeriums des Innern bekannt geworden ist, macht zunächst keinen ungünstigen Eindruck. Wenn der persönliche Mut, den er durch Bereisung des aufständischen Südens zeigt, sich auch darin bewährt, daß er den Entschluß findet, offenkundige Fehler seiner Vorgänger, wie das systematische Aufreizen der Finländer rückgängig zu machen, so wollen wir glauben, daß er mehr ist als nur ein hoher Beamter. Leider weist aber seine Vergangenheit darauf hin, daß er ein Feind aller Selbständigkeit ist. Seine Haltung den ritterschaftlichen Organen der Ostseeprovinzen gegenüber, wie seine Politik in Finland sprechen nicht für weite und freie Gesichtspunkte. Die Ernennung des G.-R. Sänger zum Minister der Volksaufklärung an Stelle Wannowskis scheint dagegen auf einen Systemwechsel hinzuweisen. Der alte General hatte einen gründlichen Abscheu vor Latein und Griechisch und wollte „die herzliche Teilnahme" für die Jugend, die ihm Kaiser Nikolaus II. als Geleitwort auf den Weg gegeben hatte, zunächst dadurch beweisen, daß er sie vom Ballast der alten Sprachen befreite. Das Griechische wurde aus der „allgemein bildenden Schule" ganz verbannt, das Lateinische möglichst eingeschränkt, um

allem empirischen Wissen Raum zu schaffen. Was er mit den Universitäten vorhatte, ist in den 381 Tagen, die er im Amte war, nicht ans Licht getreten. In der ersten Zeit war viel von größerer Freiheit für die Studenten und von größerer Selbständigkeit für die Professorenkollegien die Rede. Aber es wurde je länger um so stiller davon, und so ist schließlich nichts perfekt geworden, außer einer langen Reihe von Gutachten, über deren Schicksal nichts verlautet. Nun ist aber der neue Kultusminister ein klassisch gebildeter Philologe, der einige geschätzte Arbeiten in lateinischer Sprache veröffentlicht hat über Horaz, Tibull und grammatische Fragen. Er hat in Berlin als „Professorstudent" bei Mommsen, Droysen, Kirchhof, Wattenbach, Treitschke, Hübner gehört, ist acht Jahre lang im Nejshinschen philologischen Institut Professor der alten Sprachen gewesen, danach Professor für klassische Philologie in Warschau und von 1897—99 Rektor der Universität. Das ist ein Lebensgang, der mit Notwendigkeit zu anderen Auffassungen von den Bedürfnissen der Schulen und Universitäten führt, als sie der dem Pagenkorps entstammende alte General Wannowski haben konnte. So kann man wohl mit Spannung der Praxis seiner Amtsführung entgegensehen. Offenbar macht Rußland neben der wirtschaftlichen Krisis, in der es steht, auch eine schwere innere Krisis durch, deren Ausgang und Richtung sich vorläufig aller Berechnung entzieht.

Auf der Balkanhalbinsel ist es bisher zwischen Serben und Bulgaren bei großen Worten geblieben, und wir hoffen, daß sich das nicht ändern wird. Die Tatsache, daß der Ministerpräsident Danew in Begleitung des Finanzministers Sarafow (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Direktor des makedonischen Komitees) nach Paris reist, um, durch russische Empfehlungen unterstützt, dort eine Anleihe zu negotiieren, kann als sicheres Zeichen gelten, daß Bulgarien in der Angelegenheit des Metropoliten Firmilian nachgeben wird, wenn auch mit geballten Fäusten — in der Tasche.

Auch die Frage nach Krieg und Frieden in Südafrika ist noch in der Schwebe. Das einzige Authentische an Nachrichten, was wir bisher besitzen, ist eine Äußerung, die der Staatssekretär des Krieges, Brodrick, in der Broderers Company, einer Art Klub, der seine Familie schon seit 300 Jahren angehört, getan hat. Der Telegraph hat über diese Äußerung nicht in genügender Ausführlichkeit

berichtet. Sie lautet wörtlich: „When peace arrived, and the army returned, it was his strong impression that they would find themselves stronger than they were now. They hoped that the peace was in sight, but in the interwall they were sending out unreservedly men and materials of all descriptions, as if they had to carry on the war for another year or two years.“ (Wenn der Friede gekommen und die Armee heimgekehrt sei, so würden sie (die Engländer) sich seiner festen Überzeugung nach stärker fühlen, als sie es jetzt seien. Er (und das Ministerium) hoffe, daß der Friede in Sicht sei, inzwischen schicke er ohne Rückhalt Mannschaft und jegliches Material, als ob er den Krieg noch ein oder zwei Jahre führen müsse.) Da nun inzwischen durch die über Delarey eingetroffenen Nachrichten die Aussichten auf einen Frieden sich noch wesentlich verstärkt haben, gewinnt der vom Telegraphen nicht wiedergegebene Vordersatz erheblich an Bedeutung. Er sagt wohl zunächst, daß sich England augenblicklich nicht sehr stark fühlt, und das kann zu einer Zeit, da fast seine sämtlichen Truppen in Afrika sind, nicht wundernehmen, wenn man die gespannte Lage in Ostasien, die drohende Mittelmeerfrage und die Unruhen in Irland in Betracht zieht. Die Zurückberufung der Truppen wird also zunächst in England das Gefühl der Sicherheit und damit auch die Unternehmungslust steigern. Es läßt sich aber nebenher annehmen, daß der durch die Ereignisse der letzten Jahre arg verletzte britische Nationalstolz sich dadurch äußern wird, daß die Stellung der Nation zur Armee einen anderen Charakter annimmt. Schon jetzt hört man von denjenigen, die kürzlich aus England heimkehrten, nachdem sie längere Zeit nicht dort gewesen waren, daß die Soldaten in Haltung und äußerer Erscheinung entschieden gewonnen hätten. Es sei, als ob man Tommy Atkins mit einem gewissen Respekt anzusehen beginne. Das wird wahrscheinlich nicht ab-, sondern zunehmen und kann von weittragender Bedeutung werden. Allerdings wird der heißersehnte Friede in Südafrika noch geraume Zeit ein bewaffneter sein müssen, und zwar um so länger, je drückender die den Buren auferlegten Bedingungen sein werden. Wir halten es aber nicht für unwahrscheinlich, daß König Eduard bei seiner Krönung dann Erleichterungen und namentlich — was doch unerläßlich sein dürfte — den „Kaprebellen“ volle Amnestie gewähren wird. Vielleicht gehört

eine dahin zielende Zusage bereits zu den Faktoren, mit denen die Burenkommandos bei ihren Beratungen rechnen. Das alles ist von unserer Seite freilich nur Konjektur, ganz wie sich über die eventuellen Friedensbedingungen nur konjekturieren läßt. Das Wesentliche bleibt, daß der Friede zum Abschluß gelangt, damit das unnütze Blutvergießen aufhöre. Vor der Zukunft aber liegt ein Schleier — daß sie die Buren als Nation bedroht, halten wir für ganz ausgeschlossen.

Die neuerdings durch die Blätter laufende Nachricht von einem Vertrage Englands mit dem Kongostaat, in dem vereinbart worden sei, die Kap—Kairobahn durch das Gebiet des Kongostaates zu legen, scheint vorläufig nicht mehr zu sein als ein Gerücht, das nicht einmal recht glaubhaft ist, da es unserem Abkommen mit Cecil Rhodes nicht entspricht, auch, wo es sich um ein so ohnmächtiges Staatswesen, wie es der Kongo ist, handelt, fast einer Annektion der von jener Eisenbahn durchschnittenen Gebietsteile gleichkäme. Das aber könnte Reklamationen und Ansprüche nach sich ziehen, die in ihrem Effekt nach Jahr und Tag zu einer Teilung führen könnten, etwa in dem Sinne, wie die Zeitschrift „West-Afrika" in Vorschlag brachte.

Auf die chinesischen Verhältnisse ist insofern neues Licht gefallen, als zwar zwischen England und China eine Vereinbarung über die Rückgabe der Eisenbahnlinie Peking—Tientsin erfolgt ist, andererseits aber die fortdauernden Unruhen in der Mandschurei und jetzt auch im südlichen Tschili zeigen, daß es den Russen an triftigen Gründen nicht fehlen kann, wenn sie einmal die Zeit für gekommen halten, den Mandschureivertrag in Stücke zu zerreißen. Wer die Dinge ansieht, wie sie wirklich liegen, kann an die tatsächliche Preisgebung der Mandschurei nicht glauben. Selbst wenn Rußland den Vertrag halten wollte, wird es sich als unmöglich erweisen.

Mit großer Genugtuung haben wir die Mitteilung der Hamburg-Amerika-Linie über den Vertrag gelesen, den die beiden großen Schiffahrtsgesellschaften mit dem amerikanisch-englischen Syndikat abgeschlossen haben. Sie sind diesem Syndikat nicht beigetreten, haben aber Vereinbarungen getroffen, die dem drohenden Konkurrenzkampf der deutschen Schiffe mit den englisch-amerikanischen vorbeugen, den status quo der deutschen Gesellschaften sichern, und der Zukunft

nicht präjudizieren. Wir legen namentlich Wert darauf, daß dadurch nicht nur die drohenden Invasionen unserer Häfen abgewehrt sind, sondern daß auch allen Eifersüchteleien und Chikanen im voraus die Spitze abgebrochen ist. Das ganze Abkommen erscheint uns ebenso patriotisch wie klug getroffen, und als Resultat erwarten wir eine wesentliche Förderung des gegenseitigen guten Einvernehmens. Wir unterschreiben gern die Schlußsätze jener „Mitteilung“: „Die deutschen Gesellschaften erwarten daher mit Recht von der jetzt endlich vollzogenen, bisher niemals erreichbar gewesenen Einigung der großen amerikanischen und englischen Rhedereien ein Aufblühen auch ihres eigenen Geschäfts. Der Verlauf, den die ganze Angelegenheit genommen hat, ist demnach als ein großer, von den deutschen Gesellschaften erzielter Erfolg anzusehen.“

Wir schließen mit einem Blick auf zwei heimische Ereignisse, denen wir eine mehr als bloß interne Bedeutung beilegen. Am 24. April hat Se. Kgl. Hoheit der Großherzog von Baden sein 50jähriges Jubiläum gefeiert, wir dürfen wohl sagen als ein Liebling der deutschen Nation. Es ist aber eine Tatsache von allgemeiner Bedeutung, daß unsere Landesfürsten über den Kreis ihrer besonderen Landeskinder hinaus, gleichsam als gehörten sie der ganzen Nation, überall Liebe und Verehrung finden. Die ehrwürdigen Erscheinungen, die wir an der Spitze Badens, Sachsens, Bayerns sehen, das herzliche Einvernehmen, das sie mit unserem Kaiser verbindet, das sind sehr wesentliche Faktore der nationalen Kraft. Sie sind die Hüter des gesunden monarchischen Sinnes unseres Volkes, das trotz allem, was an destruktiven Elementen an ihm arbeitet, sich dessen bewußt bleibt, welcher Segen von einem edlen Fürsten ausgeht.

Eine Verkehrung dieses Sinnes durch unklare Verhältnisse, die neuerdings viel von sich reden gemacht haben, ist uns in der Erklärung des Landgerichts-Präsidenten Dr. Dedekind in Braunschweig entgegengetreten, der die staatsrechtlich unhaltbare These aufgestellt hat, daß in Braunschweig die Untertanenpflicht der Treue und des Gehorsams gegen Kaiser und Reich nicht bestehe. Wir wollen uns mit Wiederholung der Gründe nicht aufhalten, die diese Anschauung widerlegen. Das ist eingehend in zahlreichen Blättern geschehen, so namentlich in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“. Auch haben

wir am 20. November vorigen Jahres unsere Leser eingehend über die Wunderlichkeiten unterhalten, die auf dem Kongreß der deutschen „Rechtspartei" zu Tage getreten waren und speziell diese braunschweigischen Angelegenheiten zum Gegenstande hatten.

Dagegen möchten wir doch hervorheben, daß all diese Verirrungen ihren letzten Grund darin haben, daß bisher noch immer nicht eine definitive Klärung der braunschweigischen Frage erfolgt ist. Das perennierende Provisorium hat ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen, dem nur durch ein Definitivum ein Ende bereitet werden kann.

Da wir schließen, treffen die Nachrichten über den Ausfall der französischen Wahlen ein. Sie zeigen, wider Erwarten, schon jetzt den Sieg des Ministeriums als gesichert. Die Stichwahlen werden die Position eher stärken als schwächen, und das ist der Ausgang, der uns trotz allem als der wünschenswerteste erschien. Was übrig bleibt, sind Personenfragen, an denen dann freilich noch ein großes Interesse hängt.

4. Mai. Schwere Erkrankung der Königin Wilhelmine von Holland.
6. Mai. Ernennung des Fürsten Obolenski zum Gehülfen des russischen Finanzministers, des Senators Durnowo zum Chef des Polizeiwesens.
6. Mai. Ausbruch des Montpelée auf Martinique.
6. Mai. Eröffnung der Delegationen in Pest.

---

7. Mai 1902.

Der Ministerpräsident und Minister des Innern Waldeck-Rousseau hat am 2. Mai an die französischen Präfekten das folgende Zirkular gerichtet:

Herr Präfekt: Die mir zugehenden Berichte weisen darauf hin, daß in einer großen Zahl von Departements der Klerus in die Wahlen eingegriffen hat; die Kundgebungen, denen er sich hingab, sind nicht als die Ausübung desjenigen politischen Rechtes zu betrachten, das jedem Bürger zusteht, sondern als ein offenkundiger Mißbrauch geistlicher Amtshandlungen und der auf ihnen ruhenden moralischen Autorität. Derartige Mißbräuche dürfen nicht geduldet werden und können nicht anerkannt werden. (Der französische Text scheint hier korrumpiert; er lautet: De tels abus ne peuvent être tolérés et demeurer sans sanction.) Ich bitte Sie daher, mir einen umständlichen Bericht über derartige Handlungen, die stattgefunden haben, oder in Ihrem Departement noch stattfinden sollten, zuzustellen, damit ich die Maßregeln ergreifen kann, die sich als notwendig erweisen. Diese Instruktionen gelten auch in Bezug auf Kundgebungen gleichen Charakters, die von autorisierten oder nicht autorisierten Geistlichen ausgehen. Waldeck-Rousseau.

Dieses Zirkular des Ministerpräsidenten bestätigt uns einen Eindruck, den wir durch die Wahlreden und den ganzen Verlauf der Wahlagitation in Frankreich gewonnen haben. So unzweifelhaft der Sieg ist, den das Ministerium Waldeck-Rousseau errungen hat,

so sicher scheint doch auch die klerikale Partei an Boden und geschlossenem Zusammenhang gewonnen zu haben. Das „Journal des Débats", dessen klerikale Tendenz trotz aller Bemühungen, sie hinter dem Schirm eines gemäßigten Liberalismus zu verstecken, immer wieder zum Durchbruch kommt, ist geflissentlich bemüht, diesen Erfolg der Klerikalen möglichst harmlos darzustellen. „Wir wollen nicht behaupten — sagen die „Débats" — nachdem sie beiläufig von dem halben Dutzend Royalisten oder Bonapartisten gesprochen haben, daß es ebensowenig Klerikale wie Reaktionäre gibt, aber man muß merkwürdig voreingenommen sein, um anzunehmen, daß sie in einem Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen gefährlich sein könnten. Sie waren es nicht vor dem 27. April und sind es heute noch weniger, wenn das überhaupt möglich ist, denn sie haben durch die Wahlen auch nicht um ein Atom an Kraft gewonnen. Die klerikale Gefahr ist also nicht ernster zu nehmen als die Gefahr der Reaktion." Aber das sind Trugschlüsse, bestimmt, das Leitmotiv des Blattes zu beweisen, daß das Programm des Ministeriums Waldeck-Rousseau, die „défense républicaine", von vornherein nichts anderes gewesen sei als ein künstlicher Vorwand, bestimmt, Frankreich zu schrecken und es dadurch von Herrn Waldeck-Rousseau und seinen Leuten in Abhängigkeit zu halten. Nun muß man aber ein kurzes Gedächtnis haben, wenn man vergessen hat, in welcher Atmosphäre drohender Staatsstreiche und weitgehender monarchistischer und klerikaler Zukunftshoffnung jenes Frankreich sich bewegte, dem das Ministerium Waldeck-Rousseau die republikanische Staatsform allerdings gewahrt hat. Zu Ende des Jahres 1900, nach Schluß der Weltausstellung, war nicht nur in Frankreich, sondern sogar in Rußland die Vorstellung weit verbreitet, daß es nur eines entschlossenen Mannes bedürfe, um der Republik den Todesstoß zu versetzen. Bei all diesen Kombinationen aber bildeten die „Katholiken" einen sehr wesentlichen Faktor, der um so bedeutsamer schien, als sich mit ihm die treu gehegten Hoffnungen der Kurie auf ihre endliche „Befreiung" durch Frankreich verknüpften.

Wer die von der Kurie und ihren entschlossenen Anhängern verfolgte Politik richtig beurteilen will, tut immer gut, sich dessen zu erinnern, daß diese Politik wohl Zugeständnisse in Betreff der Formen zu machen bereit ist, daß sie aber in ihren Prinzipien und

in ihren letzten Zielen nicht variiert. Die bleiben sich gleich und sind, so sehr der äußere Schein dagegen zu sprechen scheint, noch heute unter Leo XIII. und Rampolla genau dieselben, wie in den Tagen Pio nonos. Der Gedanke, Frankreich als Werkzeug für diese Politik der Kurie zu gewinnen, ist nie aufgegeben worden, und die Encyklika Leo XIII. vom 16. Februar 1892, die die Royalisten nötigte, sich der Republik zu „ralliieren", war dem Gedanken entsprungen, daß die „Katholiken" die Konstitution annehmen sollten, um die Gesetzgebung zu ändern. Es sind heute fast genau 30 Jahre verflossen, seit Kardinal Bonnechose mit Papst Pio nono die Erklärung vereinbarte, die Napoleon erlassen sollte, wenn er, wie verabredet war, nach Frankreich zurückkehrte, um das Kaisertum und danach die weltliche Herrschaft des Papsttums wieder herzustellen. „Man wird — so sollte es heißen — nichts ohne Religion tun, das heißt, nichts ohne die Hülfe und ohne die Zustimmung der Kirche." Wer sich über diese Dinge orientieren will, lese das „Journal de dix ans par Fidus", Paris 1896, und als royalistisches Gegenstück dazu den 2. Band von Falloux: mémoires d'un royaliste. Paris 1888. Es läßt sich schwer etwas finden, was lehrreicher wäre, um in das Verständnis der klerikalen Bewegung Frankreichs einzuführen. Im letzten Grunde hat erst das Scheitern Boulangers ihr das Konzept verrückt und die obenerwähnte Encyklika von 1892 brachte auch nach außen hin den Beweis, daß die Kurie ihre Taktik, die Republik zu bekämpfen, aufgegeben hatte, um die Republik von innen heraus umzuwandeln und sie so auf Umwegen den Zielen zuzuführen, die sich direkt nicht erreichen ließen. Daß diese Taktik scheiterte, ist wesentlich das Werk des gegenwärtigen französischen Ministeriums gewesen, und daraus erklärt sich der offene Haß, den ihm die „Katholiken" in Frankreich entgegentragen und die verhaltene Abneigung der Kurie gegen Herrn Waldeck-Rousseau. Sie tritt aber gelegentlich doch zu Tage, wie ganz neuerdings in Anlaß des Konfliktes, der zwischen den Führern der französischen Klerikalen und Msgr. Turinaz, dem Bischof von Nancy, zu einem éclat geführt hat. Turinaz ist nämlich, wie viele der höheren französischen Geistlichen, im Gegensatz zur ungeheueren Mehrzahl der Pfarrer ganz ministeriell gesinnt, und hat während der letzten Wahlkampagne seinen Diözesanen das Lesen der außerordentlich leidenschaftlich gehaltenen Flugschriften

verboten, die von den Gegnern des Ministeriums in Umlauf gesetzt wurden. Ein Mr. Harmel, der Führer der christlich-demokratischen Vereinigung, fühlte sich durch eine gegen ihn persönlich gerichtete Broschüre des streitlustigen Bischofs so verletzt, daß er in Rom Klage führte und erklärte, er sei entschlossen, diese Broschüre der Kongregation der Bischöfe und Orden vorzulegen. Wie jetzt ein Brief aus dem Vatikan in der politischen Korrespondenz uns belehrt, ist es jedoch der Kurie gelungen, Mr. Harmel zu beruhigen. Er wird jenen Appell an die Kongregation unterlassen, „nachdem der Kardinal Staatssekretär Rampolla ihm erklärt hatte, daß der päpstliche Stuhl, obwohl er die Angriffe des Bischofs Turinaz bedauere, doch den Bischof nicht öffentlich des Unrechts zeihen könne". Es kann also kein Zweifel sein, daß es rein politische Gründe sind, die den Vatikan trotz allem auch heute noch bewegen, mit dem offiziellen Frankreich seinen Frieden aufrecht zu erhalten, und das unter Verhältnissen, die, wenn sie auf deutschem Boden sich abgespielt hätten, schon längst einen neuen Kulturkampf schärferer Observanz hervorgerufen hätten. In Wirklichkeit aber sind alle seine Sympathien auf seiten der klerikalen Opposition und ihrer Bundesgenossen, ganz wie sie in Italien den Gegnern der gegenwärtigen Regierung gehören. Der Schluß liegt nun nahe, daß die italienische und die französische Opposition, so verschiedene Elemente sie auch darstellen, sich als geheime Bundesgenossen betrachten; und das ist denn auch tatsächlich der Fall. Die ganze Lage verwickelt sich aber noch dadurch, daß die Politik des offiziellen Frankreich, trotz der antiklerikalen Richtung, die sie im Innern verfolgt, sich nach außen hin zur Verteidigerin der Interessen der Kurie aufwirft, was dann diese sich natürlich gern gefallen läßt. Wie unsere Leser sich erinnern werden, trat gerade diese Tendenz im November vorigen Jahres bei der französischen Expedition nach Mytilene so deutlich zu Tage, daß man sich sogar am Quay d'Orsay nicht scheute, den Interessen des russischen Bundesgenossen im kleinen Orient einen recht empfindlichen Schlag zu versetzen. Man wird unter diesen Umständen mit besonderem Interesse die Rückwirkung dieser französisch-vatikanischen offiziellen und nichtoffiziellen Beziehungen auf Italien verfolgen. Sie müssen sich, das liegt in der Natur der Dinge, früher oder später geltend machen, und je stärker der Einfluß der offenen und verkappten

Klerikalen in Frankreich wird, um so deutlicher dürfte er sich erkennen lassen. Es ist aber ganz außerordentlich schwer, das Verhältnis der Parteien, wie es sich aus dem Resultat der Wahlen ergibt, in Ziffern umzusetzen, zumal die Stichwahlen (ballotage) erst am 11. Mai erfolgen. Der „Matin" hat das folgende Exempel aufgestellt: Ministerielle Stimmen 5099000, antiministerielle 3373000. Dabei differenziert er die letzteren so, daß er auf die revolutionären Sozialisten 155000 rechnet, Rechtsrepublikaner 1 105000; Nationalisten 1161000, Ralliierte und Monarchisten 994000.

Man wird aber schwerlich irre gehen, wenn man auch im ministeriellen Lager versteckte Klerikale vermutet, und von den antiministeriellen dürfte die große Mehrzahl der Rechtsrepublikaner und wohl auch zahlreiche Nationalisten zu ihnen zu rechnen sein. Jedenfalls halten wir für sicher, daß das Ministerium mit einer ziemlich starken klerikal gefärbten Opposition zu rechnen haben wird. Schon jetzt bei den Stichwahlen gibt es allerlei unangenehme Überraschungen. Millerand und Leygues stehen mitten im härtesten Kampf, der alte Brisson, der 1894 mit Casimir Périer um den Präsidentenstuhl kämpfte, hat den Ärger erleben müssen, daß sich ihm im letzten Augenblick der in Algier durchgefallene Drumont als Gegenkandidat in den Weg stellt, Aynard, Ribot, Poincaré, Méline sind gleich im ersten Wohlgange gewählt worden, und Paris hat sich, wie freilich vorausgesehen wurde, für die Nationalisten entschieden. Mit den letzteren ist, wie wir schon vor acht Tagen an der Hand eines russischen Berichtes über die Pariser Wahlen zeigten, insofern eine Wandlung vorgegangen, daß sie heute mehr antienglisch als antideutsch sind. Das wird neuerdings auch von englischer Seite behauptet und erscheint nicht unglaubhaft, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Leidenschaft auch in Frankreich von der öffentlichen Meinung für die Buren Partei ergriffen wurde.

So erscheint uns, trotz des Sieges, den die Wahlen für das Ministerium ergeben haben, die Lage noch recht unklar. Es steht nicht einmal fest, ob Waldeck-Rousseau im Amte bleibt, ebenso wissen wir nicht, ob die neue Kammer den jetzigen Präsidenten Deschanel wieder zu ihrem Vorsitzenden wählen wird. Für alle beide wird als möglicher Nachfolger Mr. Doumer genannt, der in Lyon fast einstimmig gewählt worden ist und dessen Einfluß sich schon jetzt

darin zeigt, daß in Frankreich sich alle Welt wieder für Siam zu interessieren beginnt. Uns ist dabei aufgefallen, daß das Echo dieser Dinge sofort von der Newa her zurückklang. In ihrer Nummer vom 27. April fordert die „Nowoje Wremja" Frankreich geradezu auf, im Einvernehmen mit Rußland sein sinkendes Ansehen in Siam wiederherzustellen. „Die Sphäre des möglichen Zusammenwirkens der russisch-französischen Allianz — so führt das Blatt aus — ist außerordentlich groß. Man muß nur die Kräfte kombinieren und auf ein Ziel richten. Wir haben gesehen, welchen Eindruck das gleichzeitige Erscheinen des russisch-französischen Geschwaders in Tanger gemacht hat. Dieselbe Wirkung werden die einfachsten gemeinsamen Schritte beider Mächte in Südasien haben." Das ist aber zugleich vom russischen Standpunkte aus höchst korrekt gedacht, da es naturgemäß im russischen Interesse liegt, bei der gespannten Lage im großen Orient England vom Norden nach Süden hin abzulenken und Frankreich gegen England zu engagieren.

Auch verfolgt man in Petersburg mit dem allergespanntesten Interesse, was an Nachrichten über die südafrikanischen Angelegenheiten an die Öffentlichkeit dringt. Bekanntlich ist es herzlich wenig, was wir wissen. In England sind die vor 14 Tagen noch sehr zuversichtlichen Stimmen allmählich etwas kleinlaut geworden. Die Vorstellung, daß es sich vielleicht doch wieder um ein Manöver handelt, das darauf berechnet ist, für die Tage der Krönung, die nunmehr endgültig auf den 26. und 27. Juni festgesetzt sind, Stimmung zu machen, beginnt hie und da zum Ausdruck zu kommen, aber wir halten das nicht für wahrscheinlich, weil schon vorher die Lage in Südafrika zu einer Entscheidung für oder wider den Frieden geführt haben muß. Wer dieser Entscheidung mit Ernst gegenübersteht, wird sich sagen müssen, daß er den Entschluß, den die Buren in Afrika fassen, unter allen Umständen gutheißen wird. Sie allein können richtig beurteilen, was sie noch zu leisten und zu tragen vermögen, sie allein darüber befinden, welche Bedingungen ihnen annehmbar sind und welche nicht. Daß sie in der Verteidigung ihres guten Rechtes und ihrer Unabhängigkeit mehr geleistet haben, als man billig für wahrscheinlich halten konnte, ist ebenso unbestreitbar. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß nicht nur die Anerkennung, welche dieses von aller Welt verlassene Häuflein von Helden sich

erzwungen hat, den Engländern die allerweitesten Zugeständnisse zur Pflicht machen sollte, sondern auch das Gebot ihres eigenen Interesses und der Klugheit. Aber wir wissen weder, was die Buren fordern, noch was die Engländer bieten. England hat neuerdings wieder große Truppentransporte nach Südafrika geschickt, aber es kann leicht in die Lage kommen, Truppen und Schiffe an anderer Stelle zu brauchen, und daß die Buren, wenn man sie zur Verzweiflung drängt, die Engländer noch sehr lange in Atem halten können, scheint ebenfalls sicher zu sein. Andererseits muß, wer sich vergegenwärtigt, wie groß die materielle, physische und psychische Not ist, die auf den Buren im Felde, in ihren Zufluchtsorten, in den Konzentrationslagern und in der Gefangenschaft lastet, sich sagen, daß sie das Ende herbeisehnen müssen. Welches auch der Ausgang sei, wir werden den in Südafrika gefaßten Beschluß der Buren nicht kritisieren und könnten es auch nicht billigen, wenn die Exulanten im Haag einen Druck auf sie ausüben wollten.

Die kriegsgerichtlichen Urteile, die jüngst über Kolonialoffiziere gefällt wurden, die in Südafrika kalten Blutes ihre Gefangenen erschossen haben, werfen ein grelles Licht auf die Qualität dieser von der englischen Presse so ausschweifend gepriesenen Hülfsvölker des greater Britain. Wir möchten aber die Erfahrungen, die mit diesen Leuten gemacht worden sind, in Parallele setzen mit dem Prozeß, der sich eben in den Vereinigten Staaten abgespielt hat, und der ebenso grell das Verhalten der amerikanischen Truppen auf den Philippinen beleuchtet. Die Freisprechung von Waller verletzt unser Gefühl ebenso sehr wie das Verhalten des Generals Smith oder das jener standgerichtlich erschossenen Kolonialoffiziere in Südafrika. Gemeinsam ist den einen wie den anderen, daß ihnen die Erziehung in einem stehenden Heere mit festem Standesbewußtsein und geschultem Ehrgefühl fehlt. Der Soldat, der diese Schule nicht durchgemacht hat, wird zum Abenteurer, und das ist der Fluch der improvisierten Armeen.

Was über die Bauernemeuten in Rußland zu uns herüberklingt, trägt zum großen Teil den Charakter des Gerüchts. Wir wissen bis zur Stunde nichts mit voller Sicherheit, können aber an der Hand der sich mehrenden Nachrichten über die wirtschaftlichen Nöte, die sich mit dem kommenden Frühjahr in den Hungergouverne-

ments noch gesteigert haben, nicht anders schließen, als daß es wirkliche Not ist, die das duldsame Volk aus seiner Passivität herausgerissen hat. Dazu scheinen dann allerdings auch sozialistische Wühlereien gekommen zu sein. Es ist die Nachwirkung einer von langer Hand betriebenen Propaganda, deren erste Anfänge in die Jahre 1879—81 fallen und deren Organ der sogenannte tscherny peredjel (schwarze Umsturz) war. 1883 tauchte dieselbe propagandistische Gruppe als die Partei der „Befreiung der Arbeit" wieder auf, von da ab hat diese sozialistische Agitation stetig an Boden gewonnen. Am 13. Februar 1883 erschien eine Proklamation des Zentralkomitees der Partei „Proletariat", im März eine zweite Proklamation, die in Anlaß der Rede des Kaisers Alexander III. sich direkt an die Bauern in Polen und Littauen wandte, wie denn überhaupt zunächst Polen als Mittelpunkt dieser Bestrebungen erscheint. Erst 1885 fanden die ersten größeren Arbeiterunruhen in Orechowo-Subowo und in Jelisawetpol eine Bauernemeute statt, aber es gelang der Regierung, die Gesellschaft „Proletariat" in Warschau zu fassen und mit ihr aufzuräumen. Das Jahr 1886 brachte noch Arbeiterunruhen auf der Demidowschen Fabrik, dann aber kamen infolge der mit außerordentlicher Härte geübten polizeilichen Repressiv-Maßregeln einige stillere Jahre, in denen jedoch in steigendem Maße die sozialistische Literatur in Rußland und in Russisch-Polen eindrang. Die Wirkung zeigte sich zuerst 1892 in Polen, als in der Jussowschen Fabrik bei Warschau ein Ausstand erfolgte, an dem 30000 Arbeiter teilnahmen und der mit Zerstörung der Fabrik und der Erschießung von 500 Arbeitern endete, gleich danach folgte ein Ausstand von 60000 Arbeitern in Lodz, der 46 Tote kostete, 1895 aber schlug die Bewegung wieder nach Rußland über: in Jekaterinoslaw, Jaroslaw, Teikowa, Iwano-Wosnessensk, Ssamara, Bialystok, in Borissow, Wilna u. s. w. kam es zu Ausständen, die blutig unterdrückt wurden, und im Herbst des Jahres organisierte sich der „Bund zur Befreiung der arbeitenden Klasse". Am 1. Mai 1896 wurde in Petersburg zum erstenmal der Arbeiterfeiertag begangen und es knüpfte sich daran ein großer Ausstand, an dem 30000 Arbeiter teilnahmen, im Juni ein neuer Arbeiterausstand an der Moskau-Kurster Eisenbahn. Schon vorher hatte das furchtbar aufregende Unglück auf dem Chodinskifelde am dritten Tage nach der Krönung

Kaiser Nikolaus' II. stattgefunden, und in direktem Zusammenhang damit kam es zu Studentenunruhen, die von da ab nicht mehr abgebrochen sind. Es wäre ermüdend, sie alle herzuzählen, aber es ist charakteristisch, daß seit etwa zwei Jahren die Arbeiterbevölkerung regelmäßig für die Studenten Partei ergreift, und daß neuerdings auch die sogen. „Volksgängerei" von Studenten und anderen Enthusiasten der sozial-revolutionären Bewegung wieder aufgenommen worden ist. Als Facit läßt sich die Tatsache schwer übersehen, daß es sich allerdings um ein stetiges Vordringen sozialistischer Theorien unter den Fabrikarbeitern handelt, während die agrarischen Unruhen im Süden wohl meist als Ausdruck einer wirklich vorhandenen schweren materiellen Not zu betrachten sind, die von revolutionären Elementen, die aus dem Kreise der Gebildeten stammen, geführt wird. Nun kann wohl mit Sicherheit vorhergesagt werden, daß die Regierung die Ruhe wieder herstellen wird, schon weil bei den ungeheuren Entfernungen in Rußland an ein Zusammenwirken der Aufständischen nicht zu denken ist und die Truppen überall ihre Pflicht tun; aber damit allein ist es gewiß nicht getan und es bleibt abzuwarten, mit welchen Maßregeln der neue Minister des Innern hervortreten wird. Die Aufgabe ist ganz außerordentlich schwierig, weil es unmöglich ist, mit einem Mal die Übelstände zu beseitigen, deren Symptom die Erregung des Volkes ist und jeder ungenutzte Monat einen Vorteil für die Agitatoren und für die Regierung einen Verlust an Terrain bedeutet.

Politisch haben wir sonst nur wenig zu bemerken. In Belgien ist der Versuch der Sozialisten, der Kammer das allgemeine gleiche Stimmrecht abzutrotzen, gescheitert und es ist glücklicherweise nicht einmal nötig gewesen, mit den Truppen vorzugehen. Die städtischen Milizen haben genügt, die Ruhe herzustellen. Dagegen mehren sich die Anzeichen, daß die Regelung der Verwaltung im Kongostaate, im belgischen wie im französischen, zu einer unabweisbaren Notwendigkeit werden wird.

Herr Danew hatte seine Anleihe glücklich in Paris zustande gebracht und wird dafür in Macedonien seine Dankesschuld zu entrichten haben, so daß als Resultat wohl die Anerkennung Firmilians, wie Rußland es wünscht, zu erwarten ist. In Italien ist der Kriegsminister Ponza die San Martino zurückgetreten, als Opfer

der vielbesprochenen Reservistenunruhen. In China ist am 29. April von Sir Edward Satow die Konvention über Auslieferung der Linie Peking—Tientsin—Shanhaikwang unterzeichnet worden; sobald die übrigen Mächte zustimmen, wird sie den Chinesen übergeben werden, jedoch so, daß zwar die Direktion chinesisch wird, ein englischer Mitdirektor und 2 deutsche und japanische Subdirektoren ihm aber zur Seite stehen werden. In Südchina scheinen die Unruhen fortzudauern und nicht unbedenklich zu sein.

Die allerlebhafteste Sorge macht der Zustand der jungen Königin Wilhelmine. Sie erfreut sich in ganz Deutschland der herzlichsten Sympathien und die Freude wird bei uns groß sein, wenn, wie wir hoffen, die nächsten Tage gute Nachrichten bringen.

7. Mai. Rede des Grafen Goluchowski in Pest, Lord Salisburys in der Primrose League.
8. Mai. Revolution in Haiti.
10. Mai. Präsident Loubet übernimmt den Schiedsspruch zwischen Italien und Guatemala.
10. Mai. Aufhebung des Diktaturparagraphen im Elsaß.
10. Mai. Prinz Heinrich in Irland.
11. Mai. Abschluß der Stichwahlen in Frankreich.
12. Mai. Erste Verhaftungen in der Humbert-Crawfordschen Betrugssache.
13. Mai. Völlige Genesung der Königin Wilhelmine von Holland.

14. Mai 1902.

Bekanntlich gewinnen die Lieblingsblumen großer Männer leicht eine weite Popularität. Wer denkt bei uns nicht an Kaiser Wilhelm, wenn ihm ein Sträußchen Kornblumen zum Kauf geboten wird? Es geht kein Wilhelmstag hin, ohne daß das Denkmal des alten Kaisers mit Kornblumen geschmückt wird, und jedermann in ganz Deutschland weiß, was das bedeutet. Wir glauben nicht, daß Chamberlains Orchideen in England je einen gleichen Kultus finden werden, aber eine Blume gibt es jenseits des Kanals, die wirklich zum Abzeichen einer großen Partei geworden ist, die Lieblingsblume Disraelis, die Schlüsselblume (primula acaulis), die kaum vier Jahre nach des Meisters Tode zum Symbol der Partei gemacht wurde, die heute, nach merkwürdigen Gesinnungswandlungen, die regierende in England geworden ist. Als sich 1884 die Primrose League konstituierte, setzte sie sich das Ziel, im Sinne ihrer Doktrinen die öffentliche Meinung Englands zu beeinflussen und im Gegensatz zu Gladstone die alten Traditionen der Disraelischen Machtpolitik wieder zur Geltung zu bringen. Sie war aber erst 1895 stark genug geworden, um ohne Alliierte, die andere Parteianschauungen vertraten, die Regierung zu übernehmen. Das Ministerium Salisbury hätte ein reines Parteiregiment im Sinne der Primrose League führen können, denn selbst wenn liberale Unionisten, Liberal-Radikale und

Iren sich verbanden, wäre ihm immer noch eine Mehrheit von zehn Stimmen geblieben. Salisbury zog es aber vor, die Führer der liberalen Unionisten, den Herzog von Devonshire und Joe Chamberlain, in sein Ministerium zu ziehen und so eine Koalition zu bilden, die sich nunmehr sieben Jahre lang am Staatsruder zu behaupten stark genug war. Den Kern der Partei bildet aber immer noch die Primrose League und Lord Salisbury ist ihr Grand Master. In dieser Eigenschaft hat er am 7. Mai in Albert Hall eine Rede gehalten, die in ihrem vollen Wortlaut doch weit wichtiger erscheint, als sich aus den kurzen bei uns umlaufenden Wiedergaben schließen ließ. Gleich die einleitenden Betrachtungen sind wert, kommentiert zu werden. Lord Salisbury wies darauf hin, daß die 17 Jahre, die seit Gründung der Liga hingegangen seien, eine erregte Zeit politischer Erfahrungen darstellten. Man habe großen Gefahren begegnen und schwierige Probleme lösen müssen, aber der Vergleich der Verhältnisse von 1884 und 1885 mit den heutigen zeige einen Fortschritt, den damals wohl niemand vorherzusagen gewagt hätte. Damals stand man vor dem ägyptischen Problem — in Ägypten herrsche heute England (in Ägypt at present we are supreme), der Untergang Gordons stellte die schwierige sudanesische Frage, nunmehr sei der Sudan englisch, in Irland sei eine separatistische Bewegung durch den Staatsmann unterstützt worden, der in England in der allgemeinen Schätzung am höchsten stand, heute sei kein Staatsmann zu finden, der eine so ungesunde und selbstmörderische Politik vertreten wollte. Das bedeute einen ungeheuren Gewinn, der zu nicht geringem Teil dem Einfluß zu danken sei, den die Primrose League kraft ihrer Organisation ausgeübt habe.

Allerdings stehe man jetzt in einem großen und ernsten Kriege, aber groß wie die Opfer, die er England auferlegt habe, sei auch der Erfolg, denn Großbritanniens Macht, Prestige, Einfluß, der magische Effekt seines großen Reiches sei heute stärker, wirksamer, bewunderungswürdiger als zu Beginn dieser Periode. Es sei zu beklagen, daß nicht alle Engländer diese Überzeugung teilten. John Morley habe noch jüngst gesagt, daß, wenn das Kabinet im Jahre 1899 die Resultate des Krieges hätte voraussehen können, wohl keines seiner Mitglieder zur Diplomatie gegriffen hätte, die jene beklagenswerten Folgen herbeiführte. Dagegen nun wolle er, Salisbury, mit

aller Entrüstung protestieren. Und nun folgt eine emphatische Ausführung, wie England mitten im Frieden von den Buren, die keinerlei Grund zur Beschwerde hatten, wider alles Völkerrecht in seinem Territorium überfallen worden sei, so daß ein Zweifel an dem Rechte Englands, sich zu verteidigen, überhaupt nicht aufkommen könne.

Salisbury ging dann zu den jetzt schwebenden Verhandlungen über, um nachdrücklich zu betonen, daß England noch ganz auf dem Standpunkte stehe, den es ursprünglich einnahm, d. h. die Regierung des Königs wolle dafür Sorge tragen, daß es den Buren unmöglich werde, den Kampf wieder aufzunehmen, der jetzt langsam zu Ende gehe. Es sei wichtig, das auszusprechen, denn es gebe Leute, welche meinten, daß in dieser Lebensfrage nachgegeben werden könne. Er wolle keineswegs Bitterkeit unter denen erregen, die Englands Feinde waren oder noch seien. Er wünsche vielmehr nichts lebhafter, als daß sie sich dem politischen Bau Englands anschließen, damit man ihnen in aller Fülle den Genuß der Ordnung und der Kraft gewähren könne, die dem altbewährten englischen Kolonialsystem eigentümlich sei, und gewiß solle alles geschehen, um sie zu einem Teil jenes Reiches umzuformen, das dem Menschengeschlecht so viel Segen gebracht habe. Eines aber werde nicht geschehen, man werde nicht in die Hand irgend eines übelwollenden Mannes die Macht legen, den Konflikt zu erneuern oder die unbedingte Suprematie des Königs in Frage zu stellen.

Nun solle aber die Primrose League nicht meinen, daß mit der Beendigung des Krieges ihr Werk getan sei. Die Zukunft drohe mit ebenso schweren Gefahren, wie die Vergangenheit sie gebracht habe. Es sei kein Zweifel, daß während des Krieges die Welt ein anderes Aussehen gewonnen habe. In den Kolonien sei eine Wärme des Gefühls und ein Eifer für den Fortschritt des Imperiums, eine Schätzung der Vorteile, die es biete, zum Durchbruch gekommen, wie vor fünf Jahren wohl nur wenige für möglich gehalten hätten. Das sei ein Phänomon, das so plötzlich und so spontan zu Tage trat, daß es unmöglich für eine bloß vorübergehende Erscheinung gehalten werden könne. Aber allerdings sei auch eine entgegengesetzte Strömung bei den Rivalen Englands zum Ausbruch gekommen. Beides sei in allerhöchstem Grade wichtig, auf beiden beruhe die Zukunft, und

mit beiden hätten alle Staatsmänner zu rechnen. Trotzdem aber sei er nicht der Meinung, daß, wie Männer von großem Intellekt und von Autorität es wünschten, schon jetzt der Augenblick gekommen sei, durch einen von England ausgehenden gesetzgeberischen Akt eine Föderation der Kolonien herbeizuführen. Vielmehr müsse die Initiative dazu von den Kolonien ausgehen, damit was Mutterland und Kolonien verbinde, mit unwiderstehlicher Kraft eine Kombination schaffe, die alles in Schatten stellen werde, was bisher an Ruhm dem britischen Reiche zu eigen gehörte. Aber man dürfe nicht durch Gesetze antizipieren, was die natürliche Entwicklung bringen werde. Noch gebe es zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden: die finanziellen Lasten, die Pflicht der Verteidigung, die Frage, welches Recht der Entscheidung dem Mutterlande bleiben solle, das alles dürfe auch beim besten Willen nicht übers Knie gebrochen werden. Es sei ja menschlich, wenn ein Staatsmann, der doch auch nur 60—70 Jahre zu leben habe — dem natürlichen Spiel der Kräfte und Kombinationen vorzugreifen suche. Aber nichts sei gefährlicher als eine Entscheidung zu erzwingen, bevor sie ausgereift sei und dadurch Unzufriedenheit und Verstimmungen zu erregen, statt durch geduldiges Warten gleichsam von selbst das Ziel zu erreichen. Eine überstürzt erzwungene Föderation sei die größte Gefahr, die England bedrohe. Warte man geduldig, so stehe eine wunderbare Zukunft bevor. Das entgegengesetzte Schicksal aber werde durch Übereilung herbeigeführt werden. Dann könne es wohl geschehen, daß die Kräfte sich abwenden, die bestimmt sind, den majestätischen Bau des Reiches zu errichten. Man dürfe nie vergessen, daß die Weltlage sich verändert habe, daß größere Kräfte als bisher sich geltend machen und sorgfältig darauf zu achten sei, daß ihre Energie nicht Interessen antaste, deren Verteidigung Englands Aufgabe sei. „Erinnert Euch — so schloß Salisbury — daß aus der Verwirrung, welche die jüngsten Ereignisse erregten, daß aus den neuerstandenen Schwierigkeiten eine völlig neue Weltlage hervorgegangen ist, in welcher das britische Reich, das nicht in Abhängigkeit von irgend einer Territorialmacht steht, sondern nur von der Wirksamkeit seiner maritimen Verteidigungsmittel abhängt, langsam aus dem Meere emporsteigt; daß es mit den Gefühlen und den Affekten einiger der wirksamsten und leidenschaftlichsten Rassen der Welt zu rechnen hat; daß die Zukunft des Reiches davon ab-

hängt, ob diese Kräfte mit Vorsicht und Weisheit geleitet werden. . . ." Wir lassen die auf die Versammlung berechneten Schlußfloskeln fort, sie sagen uns nichts. Wohl aber dürfte es nützlich sein, sich die Hauptgedanken der Rede nochmals zu vergegenwärtigen. Der Hinweis auf Ägypten bedeutet ein nach Frankreich gerichtetes sehr energisches j'y suis, j'y reste! aber das wurde gleichsam beiläufig abgetan, und wir haben nicht bemerkt, daß man in Frankreich den Handschuh aufgenommen hätte; um so ausführlicher und abfälliger wird dagegen der die Buren betreffende Abschnitt behandelt. Wie uns scheint, mit Unrecht. Abgesehen von der Legende über den Ursprung des Krieges, über die zu streiten müßig ist, lassen sich zwei positive Gedanken mit aller Deutlichkeit als Kern des Salisburyschen Programms für Südafrika herausschälen: keinen Frieden ohne Anerkennung Englands als Landesherrn, und keine Zugeständnisse, welche den Buren die Möglichkeit gewähren, über kurz oder lang den Krieg wieder aufzunehmen. Im übrigen ist er bereit, ihnen zu gewähren, was sich irgend gewähren läßt. Dieses Programm ist vom englischen Standpunkte ein notwendiges geworden und, trotz der entgegengesetzten Behauptung Salisburys, von dem unconditional surrender doch sehr wesentlich verschieden. Auch schließen wir aus einer Korrespondenz, die dem „Standard" aus Durban zugeht, daß man endlich der Kaffernfrage nähertritt. Die Kaffern, so konstatiert die Korrespondenz — seien in ihrem Bildungsniveau in den letzten Jahren noch weiter herabgegangen. Es fragt sich nur, ob daraus der notwendige Schluß gezogen wird, ihnen das politische Stimmrecht zu entziehen. Daß Kitchener und Milner in ihren Vollmachten nicht über die von Salisbury gezogenen Linien hinausgehen dürfen, kann wohl als sicher gelten, und damit ist auch gesagt, daß die Entscheidung über den Frieden davon abhängt, wie die Abstimmung der Buren-Kommandos ausfällt. Angeblich sollen die nächsten Tage ihr letztes Wort bringen. Es werden wohl die schwersten Tage dieser bitteren drei Jahre sein, aber wie die Entscheidung auch fallen mag — wer hätte ein Recht, ihr gegenüber als Richter aufzutreten?

Der zweite Teil der Rede ist, trotz der optimistischen Beurteilung des Verhältnisses der Kolonien zum Mutterlande, in Bezug auf die Gesamtlage und die besondere Stellung Englands schwarz in schwarz gemalt. Die Warnung vor überstürztem Abschluß einer Reichs-

föderation ist ein scharfer Hieb gegen Chamberlain, der die lange umlaufenden Gerüchte von einem Gegensatz zwischen Salisbury und seinem Kolonialminister in überraschender Weise bestätigt. Gewiß hat Salisbury, dessen allgemeine Bemerkungen über die Notwendigkeit geduldigen Abwartens kommenden Entwicklungen gegenüber, goldene Worte ausgereifter Lebensweisheit enthielten, in der Hauptsache recht. Es fragt sich nur, ob Chamberlain sich stark genug fühlt, den Kampf aufzunehmen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen, weil in Australien wie in Kanada die Neigung gering ist, vom enthusiastischen zum pflichtmäßigen Imperialismus überzugehen. Auch will uns scheinen, daß vorläufig die Macht der Kolonien noch außerordentlich überschätzt wird. Sie haben alle zusammen keine 50000 Mann aufgebracht und pekuniär zu den Lasten des Krieges so gut wie garnicht beigetragen, über die Qualität der Kolonialtruppen aber wird auch ein nachsichtiger Beurteiler nur sagen können, daß sie höchst ungleich war. Kurz, uns will scheinen, daß die Zukunftsperspektive, für welche Lord Salisbury seine Zuhörer zu begeistern bemüht war, noch sehr weit liegt, und daß England an seinem neuen Alliierten Japan zur Zeit eine stärkere Stütze hat, als an allen Kolonien zusammengenommen.

Recht im Gegensatz zur Rede Salisburys war die Rede des Grafen Goluchowski vor den seit dem 6. Mai in Pest tagenden Delegationen außerordentlich optimistisch gehalten. Wir denken dabei natürlich nicht an die wichtigen Mitteilungen über den Dreibund. Sie haben das Verdienst, dem Auslande deutlich gesagt zu haben, woran man in den beiden anderen Dreibundstaaten in allen besser unterrichteten politischen Kreisen nicht gezweifelt hat, daß nämlich die Allianz in ihrem vollen Gehalt erneuert wird. Die mißgünstigen Betrachtungen, die darüber in Frankreich und Rußland angestellt werden, geben den besten Beweis dafür, daß das unveränderte Fortbestehen des Dreibundes nach wie vor dem unruhigen Ehrgeiz der Elemente, die hüben und drüben von einer Wandlung des Schwerpunktes in Mitteleuropa ihren Vorteil erwarten, höchst unbequem ist. Auch in der Debatte, die sich an die Rede des Grafen Goluchowski knüpfte, kam bei den verwandte Richtungen vertretenden Rednern, wie namentlich beim Dr. Kramarz und bei dem Sprecher der Polen, diese Stimmung zum Ausdruck, ohne daß freilich irgend

eine praktische Folge davon zu erwarten wäre. Optimistisch erscheint uns der den Vertrag von 1897 betreffende Abschnitt der Rede, und wie wir erwarteten, hat er auch in der russischen Presse eine höhnische Abweisung gefunden. Als Beispiel mag ein Leitartikel der „Nowoje Wremja" vom 9. Mai dienen. Er beginnt mit einigen ironischen Bemerkungen über den „friedlichen" Dreibund und spottet über die wertvolle Ergänzung, die der Zweibund dazu biete. Dann aber geht er in medias res. „Die Grundlagen unserer sogenannten Verständigung mit Österreich-Ungarn sind längst bekannt: sie tragen einen rein negativen Charakter. Um im Interesse des Friedens möglichst lange den gegenwärtigen politischen (nicht den administrativen, ökonomischen u. s. w.) status quo auf der Balkanhalbinsel zu wahren, beschlossen Rußland und Österreich-Ungarn 1897 sich nicht einseitig in die wichtigeren Angelegenheiten der Balkanhalbinsel einzumengen, ohne vorher in einen aufrichtigen und wohlwollenden Austausch ihrer Ansichten getreten zu sein. Das ist der ganze Inhalt der vielgenannten Verständigung. Man hat sie nur nicht veröffentlicht, weil es nichts zu veröffentlichen gab. Noch im vorigen Jahre hat Graf Goluchowski selbst im Eifer gesagt, es gebe gar keinen russisch-österreichischen Vertrag, sondern nur ein gutes Einvernehmen über die Balkan-Angelegenheiten." Die österreichisch-ungarischen Vertreter und die Presse in Wien und Pest aber hätten den Balkanslaven zu Gemüt geführt, daß Rußland sie auf Gnade und Ungnade an Österreich ausgeliefert habe. Es sei erst allmählich möglich gewesen, das Jammern über den russischen „Verrat" bei den Slaven zum Schweigen zu bringen und ihnen ein richtigeres Urteil über die „Verständigung" beizubringen. Jetzt wolle Graf Goluchowski offenbar den ersten Eindruck wieder auffrischen, und um das zu erreichen, suche er der Welt einzureden, Rußland werde kraft dieser Verständigung die Frucht seiner hundertjährigen Anstrengungen und Opfer, brüderlich mit Österreich-Ungarn teilen und sich seines historischen geistlichen Prestiges und seiner allgemein anerkannten führenden Stellung begeben. Aus der Tatsache, daß Rußland um des Friedens willen gute Beziehungen aufrecht erhalten wolle, folgere Graf Goluchowski auf eine „paritätische Stellung". Wenn er ferner seine Freude darüber ausspreche, daß weder Rußland noch Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel eigennützige Pläne verfolgten, so gelte das wohl von Rußland:

Österreich-Ungarn könne diesen Anspruch erst erheben, wenn es Bosnien und die Herzegowina geräumt habe, deren Okkupationstermin bereits abgelaufen sei u. s. w. Es folgen noch eine ganze Reihe von Spitzen, die wir nicht alle wiederholen wollen, der Schluß ist von ausgesuchter Grobheit, und wenn, wie wir vermuten, die „Pet. Wjed." ihren Wladimir Holmström auf dieselbe Spur loslassen, wird es wohl noch weit ärger kommen. Es läßt sich eben nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich immer mehr über die Balkanfragen erhitzt und das hat, so wie die Dinge in Rußland liegen, trotz der nur anzuerkennenden korrekten Haltung der Regierung, seine sehr bedenkliche Seite.

Die Veröffentlichung des russischen Regierungsanzeigers über die Unruhen im Poltawaschen macht einen außerordentlich peinlichen Eindruck, weil sie die Not und den Hunger der Aufständischen, die überall nur Korn und Mehl geraubt haben, als bloßen Vorwand betrachtet. Diese Leute sind wirklich hungrig gewesen und wahrscheinlich seit Jahr und Tag nicht wirklich satt geworden. Denn das russische Volk ist duldsam und gewohnt, seinen Jammer still zu tragen. Es muß sehr arg hergehen, wenn es die Schranken durchbricht, die ihm gesetzt sind, und wenn in dem vorliegenden Falle auch offenbar sozialistische Agitatoren mit am Werk gewesen sind, so hätten sie doch einen wirklichen Notstand, keinen Boden für ihre Lehren gefunden. Das alles ist höchst traurig, und man wird außerhalb Rußlands die Hauptschuld nicht den betörten Bauern, sondern denjenigen zuschreiben, deren Pflicht es war, der äußersten Not vorzubeugen. Auch die „Brandsaison", um einen Ausdruck der „Nowoje Wremja" zu brauchen, hat wieder begonnen und man sieht nicht, wohin das alles ausmünden soll.

Wahlen und Stichwahlen in Frankreich liegen nun glücklich hinter uns. Wie wir voraussetzten, hat die Stellung der Regierungspartei sich noch weiter gekräftigt. Auch Brisson und Millerand sind glücklich gewählt worden und die Frage ist nun, ob Waldeck-Rousseau seine Demission einreichen wird und wer von der Kammer zum Präsidenten gewählt wird. Der Präsident Loubet tritt seine Reise nach Rußland nunmehr in aller Ruhe an und wird in Petersburg, nach den Mitteilungen der Blätter zu schließen, einen großartigen Empfang finden. Es heißt, daß er auf der Rückreise

Kopenhagen besuchen wird und daran knüpfen sich allerlei Konjekturen. Es ist uns aufgefallen, daß Jaques Bardoux, der uns durch eine vortreffliche Arbeit über die Konkurrenz, die Amerika den Engländern macht, im Gedächtnis geblieben ist, nunmehr sehr eifrig für eine englisch-französische Allianz eintritt. Aber in solche Utopien können auch geistreiche Menschen sich verirren, wenn sie die großen Zusammenhänge außer Augen verlieren. An sich ist die englisch-französische Allianz keineswegs eine unmögliche Kombination, wenn auch beide Mächte es stets nur wenige Jahre miteinander ausgehalten haben, sie ist aber undenkbar, solange die russisch-französische Kombination fortdauert. Hier heißt es aut—aut und vorläufig ist nicht daran zu denken, daß in den russisch-französischen Beziehungen die geringste Wandlung eintritt.

Mit merkwürdiger Zähigkeit, und, wie uns scheint, im Zusammenhang mit parallelen Strömungen in Frankreich, drängt die russische Presse auf ein energisches Vorgehen Frankreichs gegen Siam. Offenbar hat die Rückkehr Doumers und sein Wiedereintritt in das politische Parteileben den Anstoß dazu gegeben. Die Folgen werden abzuwarten sein.

Allgemeines Mitgefühl hat das entsetzliche Unglück auf Martinique hervorgerufen. St. Pierre war die Geburtsstadt der Kaiserin Josephine und der Madame de Maintenon, zweier Frauen, deren Leben tiefer in die Geschicke Frankreichs eingegriffen, als seit den Tagen der Königin Maria Medici je eine andere getan.

11. Mai. Abreise des Präsidenten Loubet nach Rußland.
14. Mai. Protest Don Carlos gegen die Krönung Alfons XIII.
14. Mai. Abreise der Burenführer nach Vereeniging.
16. Mai. Vertagung der Entscheidung über den Verkauf der westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten. Dänisch.
17. Mai. König Alfons XIII. übernimmt die Regierung Spaniens.
19. Mai. Attentat auf den Gouverneur von Wilna, v. Wahl.
20. Mai. Proklamierung der Republik Kuba.

21. Mai 1902.

Nunmehr sind auch die Stichwahlen in Frankreich erledigt, ohne das Resultat des ersten Wahlganges irgend erschüttert zu haben. Frankreich hat sich für die Politik des Ministeriums ausgesprochen, oder, um das Ergebnis weniger persönlich und parteipolitisch zu fassen, gegen jede tiefer einschneidende Veränderung der geltenden Ordnung: keine Abwendung von der Republik zu monarchistischen Staatsformen, die, so wie die Dinge liegen, den Charakter eines gefährlichen Experiments tragen müßten; keine Unterordnung unter nationalistische, sozialistische oder ausgesprochen klerikale Führung, weil auch sie den ruhigen Fortbestand eingewohnter Verhältnisse gefährden würden. Man könnte die ungeheure Erregung, die während der Wahlkampagne herrschte, wohl am besten durch die Angst erklären, mit der die große Mehrheit der Franzosen jeder politischen Änderung entgegensieht. Was man haben will, ist Fortbestand von politischen Lebensordnungen, die dem einzelnen gestatten, in Ruhe seinen besonderen Interessen nachzugehen, namentlich den materiellen, und wenn, wie Waldeck-Rousseau und seine Leute es verstanden haben, damit der Schein einer großgedachten auswärtigen Politik verbunden wird, nimmt man das, gleichsam als Rechtfertigung des eigenen Verhaltens, gern mit in den Kauf. Gerade die Extravaganzen der Opposition haben, weil sie beunruhigten, sehr wesentlich zum

Siege der Republikaner ministerieller Färbung beigetragen. Man ist zufrieden mit dem, was das Ministerium bietet: Aufrechterhaltung der Allianz mit gelegentlichen kleinen Satisfaktionen für diejenigen, die Wert auf eine selbständige Haltung der auswärtigen Politik Frankreichs legen, kleine Rempeleien mit dem Dreibunde unter sorgfältiger Umgehung wirklicher Konflikte, freien Raum für die Äußerung politischer Sympathien und Antipathien. Endlich, und das ist ein wesentlicher Punkt, Festigkeit in Wahrung der kolonialen Interessen Frankreichs. Wir berühren damit einen Punkt, in welchem die öffentliche Meinung Frankreichs seit den Tagen Jules Ferrys eine merkwürdige, vom Standpunkt der französischen Interessen nicht hoch genug anzuerkennende Schwenkung vollzogen hat. Die Kolonialpolitik ist in Frankreich höchst populär geworden, Parteien, die ihr wie ja leider bei uns geschieht, wo unsere überseeischen Interessen in Frage kommen, prinzipiell feindlich gegenüberstehen, würden sich sehr bald politisch unmöglich gemacht haben, und die Regierung ist sicher, unterstützt zu werden, sobald sie in diese Saiten der politischen Harfe Frankreichs greift. Wir möchten aber hervorheben, daß diese Stellung der Nation zu ihrer Kolonialpolitik verhältnismäßig jung ist. Sie datiert von Faschoda; bis dahin waren es die Kolonialgesellschaften und einzelne Persönlichkeiten von Ehrgeiz und Energie, die die Bewegung unter großen Schwierigkeiten in Gang hielten; erst nach Faschoda wurde sie populär, so daß sich wohl der Satz verteidigen läßt, daß das Ministerium Salisbury die größten Verdienste um die Aufklärung der öffentlichen Meinung Frankreichs sich zuschreiben darf, was freilich, vom englischen Ufer aus angesehen, nicht gerade ein Verdienst sein dürfte.

Nach etwa 14 Tagen wird nun Waldeck-Rousseau vor die neue Kammer zu treten haben, und wir warten mit großer Spannung darauf, wie sich inzwischen die Parteien der Opposition organisiert haben werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der in diesen Parteien, mit Ausnahme der sozial-revolutionären, überall vorhandene klerikale Kern sich zusammenfindet und das Zentrum einer Opposition bildet, die damit freilich noch nicht den Charakter der englischen „Opposition" gewinnen würde. Was der französischen Opposition fehlt, ist das Bewußtsein einer Mitverantwortlichkeit. Sie ist politisch nicht genügend erzogen, und in allem Wechsel der

Richtungen, die sie seit den Tagen der ersten Charte vertreten hat, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des aus der Opposition hervorgegangenen Ministeriums Martignac, opposition quand même, ohne positiv durchführbares Programm gewesen. Wenn die Wahlprüfungen erledigt sind und der Finanzminister das Budget für 1903 vorgelegt hat, werden wir an dem Verlauf der Debatten mit größerer Sicherheit über die nicht unwichtige Frage der Gruppierung der Parteien urteilen können. Auch der Präsident Loubet wird dann von seiner Zarenfahrt heimgekehrt sein, gewiß voller Eindrücke angenehmster Art. Denn wo verstände man besser als in Petersburg die Pflichten des Wirtes in glänzender, liebenswürdiger und ungezwungener Weise zu erfüllen. Schon die Kaiserin Katharina war darin Meisterin, und wenn wir von der in Extremen sich äußernden Natur des Kaisers Paul und von der bequemen Nonchalance Alexanders III. absehen, sind alle späteren Zaren charmeurs gewesen. Dazu kommt der auch in den Hof eingedrungene demokratische Grundzug des russischen Wesens, der den Bourgeois-Präsidenten Loubet gewiß noch weit angenehmer berühren wird, als einst Felix Faure, der nach Anlage und Bildungsgang dahin geführt war, zu posieren, und der die Pose liebte. Aber verkennen läßt sich nicht, daß zwischen dem letzten Exodus des regierenden Frankreichs nach Rußland und dem heutigen ein großer Unterschied liegt. Sowohl Frankreich wie Rußland sind anders geworden, und völlig anders geworden ist die gesamte Weltlage. Der „Figaro" hat im April des laufenden Jahres einmal den Versuch gemacht, die historischen Daten der werdenden alliance Franco-Russe festzustellen, und soviel wir sehen, scheint er recht unterrichtet zu sein. Danach hätte im Dezember 1891 Freycinet den Entwurf einer Allianzakte redigiert, die im folgenden Jahre zwar von Alexander III. gutgeheißen, aber nicht unterzeichnet wurde, weil Frankreich in das Vertragsinstrument eine politische Klausel aufgenommen wissen wollte, durch welche beide Staaten für den Fall eines feindlichen Angriffs fest miteinander verbunden wurden. Erst im März 1893 sei nach ziemlich langen Verhandlungen auf dieser Grundlage der Vertrag wirklich unterzeichnet worden. Er wurde aber nicht proklamiert, und erst in Kronstadt sind am 24. August 1897 erst von Felix Faure, dann vom Kaiser Nikolaus II., die heißersehnten Worte nation amie et alliée gebraucht worden. Inzwischen

hat man sie so reichlich gebraucht, daß sie nachgerade etwas abgegriffen erscheinen. Auch ist das nur natürlich. Enthusiasmus ist als eine Alltagsstimmung nicht echt zu behaupten, wo das trotzdem zu geschehen scheint, tritt die Komödie in ihr Recht und der Außenstehende gewinnt damit die Rechte des Zuschauers im Parterre. Wir meinen, ohne den großen Aufwand an Begeisterung würde man jene Salutreisen, die fast den Charakter einer Staatsetikette angenommen haben, ernster beurteilen. Der Ernst ist vorausgegangen; er lag in der am 13. März des Jahres vereinbarten Ausdehnung des französisch-russischen Bündnisses auf die asiatische Konflikts- und Interessensphäre Rußlands wie Frankreichs, wobei freilich trotz der neuerdings so ostentativ in den Vordergrund tretenden Differenz Frankreichs mit Siam, die stärkere Assekuranz ohne allen Zweifel von französischer Seite geboten wird. Präsident Loubet wird, wie nur billig ist, den Dank dafür entgegennehmen.

Es ist uns übrigens aufgefallen, daß der jetzige französische Präsident aus der farblosen Zurückhaltung, die seit der Präsidentschaft Grévys Usus geworden war, hinauszutreten beginnt. Seine Rede in Brest war nichts weniger als farblos, sondern der Ausdruck der denkbar entschiedensten Parteinahme für Waldeck-Rousseau, und wir dürfen wohl daraus den Schluß ziehen, daß er eine ihm vielleicht gebotene Demission des Ministeriums bestimmt ablehnen wird. Beides soll uns recht sein, sowohl Waldeck-Rousseau als Ministerpräsident, wie Mr. Loubet, wenn er ein Präsident der Republik wird, der mehr ist, als eine Formel. Gerade da Loubet keinen persönlichen, sondern einen objektiven, das Wohl Frankreichs vertretenden Ehrgeiz hegt, kann das nur erfreulich sein. Aber es erscheint fraglich, ob Frankreich einen Präsidenten erträgt, der mehr ist als Dekoration und Formel.

Da wir gerade von diesen russisch-französischen Beziehungen reden, sei auf ein eben erschienenes Buch aufmerksam gemacht, das neben wahrhaft abenteuerlichem politischem Unsinn einige Abschnitte enthält, die Beachtung verdienen. Es führt den Titel: „La Russie d'Aujourdhui“ und der Verfasser nennt sich „Niet“, eine schlechte Transskription des russischen: „Nein“. Herr „Nein“ will durch die Wahl seines Pseudonyms sagen, daß er jedenfalls der Mann nicht sei, auf den der Leser als Verfasser raten könnte. Sein Buch ist

ursprünglich in den Feuilletons des „Echo de Paris" erschienen und hat, wie Herr „Nein" versichert, wir aber nicht bemerkt haben, schon damals ungeheures Aufsehen gemacht.

Die Prämissen, auf welche sich die Darstellung aufbaut, sind Ungeheuerlichkeiten. Nachdem nämlich schon Bismarck anno 1875 im Einverständnis mit England Frankreich zu überfallen dachte, habe er später die, von hohen polnischen und deutschen Militärs in russischen Diensten, organisierte Nihilistenverschwörung mit Dynamit und Sprengbomben versorgt und so Alexander II. aus dem Wege geräumt („Alexandre II. supprimé par Bismarck" [pg. 17], „Alexandre II. venait de sauter grâce à quelques bombes introduites par Bismarck [pg. 73]), auch Skobelew 1882 und dann der General Niribel sind seine Opfer! Selbst Alexander III. sei ermordet worden, und da Bismarck anno 1894 unmöglich mehr der Schuldige sein konnte, tritt nun in seine Rolle ein englisch-deutsches Syndikat, das mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, Frankreich und Rußland erst zu schwächen und dann auch die französisch-russische Allianz zu zerreißen. Wie schon bemerkt, ist das so ungeheuerlich und zeugt so sehr von einer kranken Phantasie, daß wir davon ebenso wenig Notiz genommen hätten, wie von den schmutzigen Klatschgeschichten (beiläufig eine alte mit Liebe gepflegte Spezialität des „Echo de Paris"), die über die russischen Großfürsten und, mehr andeutend, auch über den jetzigen Kaiser erzählt werden, wenn nicht neben dieser Haupttendenz noch andere Tendenzen liefen. Herr „Nein" ist Feind von Delcassé, als Anglophilen, namentlich aber Feind des russischen Finanzministers Witte, den er gleichsam als dupe jenes deutsch-englischen Verschwörerkonsortiums darstellt; endlich ist Herr „Nein" entschlossener Antisemit und ebenso entschiedener Gegner der haute finance.

Hält man daran fest, daß Herr „Nein", wo er auf einen dieser „Tollpunkte" kommt, unfehlbar durchgeht, so wird sich der Rest des Buches nicht ohne Nutzen lesen lassen. Er ist entschiedener Kenner des russischen Sicherheitsdienstes in Paris, wenngleich auch bei dieser Schilderung seine Phantasie ihre vergrößernde Kraft spielen läßt. Aber wir halten es nicht für unmöglich, daß Kaiser Nikolaus von seinen Pariser Agenten wirklich die folgende Charakteristik der französischen Minister erhalten habe: Millerand: Ehrgeizig. Durch

Auszeichnungen wird man von ihm erreichen, was man will. Von ganz geringer Herkunft. Großer Arbeiter. Sehr nervös. Autokratische Neigungen.

Waldeck. Wirklicher Staatsmann. Kein Republikaner. Despotischen Geistes, aber zu oft durch Gerede bestimmt (ayant trop souvant la „volonté de l'escalier"). Vom russischen Standpunkt aus einer derjenigen, auf die Rußland am meisten rechnen kann; denn er ist den Anerbietungen Englands unzugänglich.

Delcassé. Sehr anglophil. Völlig dem englischen Einfluß unterworfen, der mit großem Geschick an ihn herantritt.

General André. Nullität. Gemeiner Ehrgeiz. Völlige Inkompetenz. Serviles Werkzeug in Händen desjenigen, der ihn zu fassen verstehen wird. Man sollte versuchen, ihn durch einige russische Orden zu gewinnen, gebe aber nicht zu hohe. Terrorisiert durch Jesuitenriecherei, er kennt aber die Jesuiten nicht und übertreibt ihre Macht."

Die Charakteristik ist interessant, weil sie genau der Haltung entspricht, welche die russische Presse diesen Männern gegenüber eingenommen hat. Aber wenn man zugeben kann, daß ein russischer Agent eine solche Charakteristik geben konnte, leuchtet doch sofort ein, daß die Veröffentlichung eines solchen Berichts dem russischen Interesse ins Gesicht schlägt. Wir werden daher gerade aus diesen vier Charakterskizzen nahezu mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß Herr „Nein" kein russischer Feind Wittes ist, wie uns anfänglich wahrscheinlich schien, sondern wirklich ein französischer, und zwar, wie fast als gewiß erscheint, ein Mann aus dem klerikalen Lager und Angehöriger des Jesuiten-Ordens. Wir haben bei sorgfältiger Prüfung des Buches nichts gefunden, was dieser Annahme widerspräche, vieles, was sie bestätigt, so z. B. auch den Schlußsatz in der Charakteristik Andrés. Die Reisen des Verfassers durch Rußland, die ihm gebotene Möglichkeit, in sonst schwer zugängliche Kreise einzudringen, und noch andere Erwägungen, namentlich sein Haß gegen den Protestantismus, sprechen dafür. Das geht so weit, daß von allen russischen Sekten die harmlosen Stundisten als die gefährlichsten bezeichnet werden: „d'origine luthérienne, aidés par l'or de l'Angleterre ... soigneusement tenus en réserve pour une révolution possible."

Von wirklich politischen Problemen behandelt Herr „Nein" die Burenfrage, wobei er natürlich die Schuld der Nichtintervention Europas Kaiser Wilhelm zuschreibt, und die russische Politik als stetig bemüht zeigt, diese Intervention herbeizuführen, auch unter Berufung auf Herrn Berthelot als Kronzeugen bestreitet, daß nach dem Krügertelegramm Kaiser Wilhelms Frankreich den Engländern im Fall eines englisch-deutschen Konflikts seine wohlwollende Neutralität geboten habe. Wir erinnern uns aber, wie 1896 von guter Seite erzählt wurde, daß das betreffende Angebot tatsächlich in der von einer offiziellen Persönlichkeit an maßgebender Stelle in England geschehenen Erklärung bestand, daß Frankreich im Kriegsfalle nie vergessen werde, daß es nur einen wirklichen Feind habe!

Die zweite Frage großer Politik, die besprochen wird, betrifft das Verhältnis Rußlands zu Japan. Natürlich habe das englisch-japanische Bündnis seine erste Quelle in einer deutschen Intrigue. Deutschland wollte eine Kombination schaffen, die ihm seine Stellung in Kiautschu sicherte. Die Hauptschuld aber treffe Herrn Delcassé, der dem Marquis Ito das Geld verweigerte, das statt dessen in Wittes Hände fiel, während Ito in England Geld und Bündnis erhielt.

Witte aber habe die alte Politik Alexanders III. aufgegeben, um ausschließlich seinen Finanzoperationen nachzujagen und deshalb habe Rußland trotz Nikolaus II., neben seiner dominierenden Stellung in Ostasien, auch die Rolle des Friedensstifters in Südafrika verspielt. Aber noch sei es möglich, wenigstens an England Revanche zu nehmen: „Noch liegt Marokko an den Pforten Algiers, Herat nur 80 km von Kuschk und endlich der Krieg in Transvaal ist noch nicht zu Ende geführt." Interessant bei all diesen Ausführungen ist die Hartnäckigkeit, mit der an der Fiktion eines Zusammenfallens der deutschen Interessen mit den englischen festgehalten wird. Auch das würde seine Erklärung finden, wenn unsere Hypothese vom jesuitischen Ursprung des Buches sich bestätigen sollte; denn ein Kern von Wahrheit liegt darin: Deutschland und Großbritannien sind protestantische Großmächte und für Rom nicht zu haben, die Slaven für sich zu gewinnen, hat aber die römische Kirche bekanntlich nie aufgegeben. Es ist das eine Lieblingsidee Leo XIII. Daß endlich Herr „Nein" die russischen Polen preisgibt, ist ein um so klügerer

Zug, als Rom ihrer ohnehin sicher ist, und zur Zeit der Zar wichtiger ist als sie. Auch der außerordentliche Respekt, mit dem Pobedonoszew angefaßt wird, bedeutet keine Inkonsequenz: denn die von dem Oberprokureur des heiligen Synod ausgehende Strömung führt in ihren Konsequenzen eher zu Rom, als von Rom ab, jedenfalls ist sie unvereinbar mit protestantischer Weltauffassung.

Die Kapitel über die inneren Zustände Rußlands mögen übergangen werden. Sie enthalten neben groben Irrtümern feine Beobachtungen, werden aber, abgesehen von einigen drastischen Anekdoten, unseren Lesern nichts Neues sagen. Fassen wir noch einmal den Inhalt des Buches zusammen, so möchten wir sagen: sehr lehrreich für den Kenner, irreführend für die große Masse.

Da wir gerade die katholische Seite der französischen Interessen berühren, mag hier die folgende Notiz aus dem „Journal des Débats“ ihren Platz finden. Das klerikale Blatt schreibt: „Der Sultan hat soeben ein Irade erlassen, welches das katholische Protektorat Frankreichs empfindlich verletzt. Es bestimmt nämlich, daß in Sachen des Konflikts, der in der Kirche des heiligen Grabes zu Jerusalem zwischen katholischen und griechischen Mönchen ausgebrochen ist, die italienischen Mönche durch die Vermittlung des italienischen Konsuls, nicht durch die des französischen vor Gericht zitiert werden sollen. Italien würde durch dieses Irade als offizieller Protektor seiner Nationalen anerkannt sein. Die französische Botschaft hat energisch protestiert und verlangt, daß das Irade zurückgezogen werde. Sie beruft sich dabei auf Versprechungen der Pforte und auf eine Klausel des Berliner Traktats sowie auf Präzedenzfälle aus dem vorigen Jahre, in deren Verlauf Italien, ohne Widerspruch zu erheben, das französische Protektorat über italienische Priester im Orient anerkannte.“ Die Tatsache ist interessant, denn sie würde beweisen, daß der auf längst veränderte politische Verhältnisse zurückgehende Anspruch Frankreichs auf Schutzherrschaft über alle Katholiken des Orients, den das Deutsche Reich nie anerkannt hat, nunmehr auch in den Augen der Pforte und Italiens obsolet geworden ist. Was aber die Berufung auf den Berliner Traktat betrifft, so hat der Botschafter offenbar den Art. 62 herangezogen, in welchem es Absatz 6 und 7 heißt: „Das Recht der amtlichen Schutzgewährung steht den diplomatischen und konsularischen Vertretern der Mächte

in der Türkei sowohl bezüglich der vorerwähnten Personen (reisende Geistliche, Pilger, Mönche), als auch der von denselben zu religiösen, Wohltätigkeits- und anderen Zwecken an den heiligen Orten und anderwärts gemachten Anlagen zu." „Die bestehenden Rechte Frankreichs werden ausdrücklich gewahrt, und man ist einverstanden darüber, daß kein Eingriff in den gegenwärtigen Zustand an den heiligen Orten geschehen soll." Nun liegt auf der Hand, daß der zweite Absatz nicht den Inhalt des vorausgehenden aufheben kann, und dieser Logik wird sich schließlich wohl auch Frankreich beugen müssen.

Die Dinge in Südafrika haben keine Wendung genommen, die wohl mit Bestimmtheit die endliche Entscheidung über Krieg und Frieden, wie wir es wünschen, in die Hände derjenigen legt, welche die Last und Not dieses Krieges tragen. So viel sich erkennen läßt, ist es eine Abgeordneten-Versammlung, die in Vereeniging tagt, und die englische Regierung hat sich so weit entgegenkommend gezeigt, als Lord Kitchener seine Operationen denjenigen Burenkommandos gegenüber eingestellt hat, deren Führer die Beratung mitmachen. Was jetzt in dieser Versammlung beschlossen wird, kann das letzte Wort noch nicht sein, da eine Rückäußerung Lord Kitcheners unter allen Umständen abzuwarten ist, und auf diese ein neuer Beschluß eventuell eine nochmalige Beratung mit den Männern im Felde und danach eine neue Zusammenkunft. Jedenfalls sind es ernste Verhandlungen, und wir haben vor diesen eisernen Männern viel zu viel Respekt, um ihnen mit Rat oder Wunsch drein zu reden. Was sie beschließen, wird das Notwendige und deshalb auch das Richtige sein.

König Alfons XIII. hat den Verfassungseid geleistet und die Regierung Spaniens tatsächlich angetreten. Man wird nur mit Verehrung auf die Frau blicken können, die in der schwersten Zeit, die Spanien seit den Tagen Napoleons durchzumachen hatte, ihm seine Krone treu und sicher zu wahren verstanden hat. Mag ihr der Lohn werden, daß ihr Sohn, der junge König, in Ehren sein Volk auf die Bahnen einer gesunden, auf Fortschritt und humaner Gesittung beruhenden Entwicklung führt und ihm eine Zeit der inneren Sammlung und Erneuerung seiner Kräfte sichert.

Das schwere Unheil, das Martinique und St. Vincent betroffen hat und noch weiter bedroht, hat nach langer Frist einmal wieder der Solidarität allgemein menschlichen Empfindens über alle

trennenden nationalen Schranken hinweg Ausdruck gegeben. Wer fragt noch, ob Franzose oder Engländer, wo es Leidende zu trösten und Unglücklichen zu helfen gilt?

Am 20. Mai ist Kuba von den Vereinigten Staaten definitiv dem Präsidenten der kubanischen Republik überliefert worden. Die von gewissen Seiten erstrebte volle Annektierung der Insel hat sich als unmöglich erwiesen, ganz wie es unmöglich sein wird, aus den Philippinen einen gleichberechtigten Teil der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu machen. Gegensätze der Rasse und der Kultur machen eine solche Verschmelzung unmöglich. Was erreicht wurde, ist die Verdrängung fremder Einflüsse aus einer unbequemen Nachbarschaft und die Begründung einer wirtschaftlichen Vasallenschaft, von der man sich in den Vereinigten Staaten wohl mit Recht großen Nutzen verspricht. Auch läßt sich annehmen, daß mit den wirtschaftlichen Wandlungen eine allmähliche Wandlung der politischen Lebensformen Kubas verbunden sein wird, die im Vergleich zu den unglücklichen Verhältnissen der Vergangenheit schließlich doch einen Fortschritt der Kultur bedeuten dürfte. In den Philippinen liegt dieses Ziel noch weiter und der Übergang dazu vollzieht sich in kaum erträglichen militärisch-politischen Krisen. Je früher ein Definitivum eintritt, um so besser wird es für alle Beteiligten sein.

Was endlich den Kampf in Österreich-Ungarn um die Ausgleichsfrage betrifft, so liegt so sehr auf der Hand, daß dieser Ausgleich erfolgen muß, daß uns der Ausgang keinen Augenblick zweifelhaft erschienen ist. Aber verkennen läßt sich nicht, daß der harte politische Egoismus Ungarns den endgültigen Abschluß außerordentlich erschwert.

22. Mai. 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Rumäniens.
23. Mai. Abreise des Präsidenten Loubet aus Rußland.
24. Mai. Tod des englischen Botschafters in Washington Sir Julian Pouncefote.
25. Mai. Loubet in Kopenhagen.
27. Mai. Rücktritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau.

28. Mai 1902.

Die Petersburger Festtage sind hingegangen. Was in offiziellen Reden gesagt werden konnte, ist gesagt worden, was vertraulich zwischen den Staatsmännern verhandelt ward, wissen wir nicht, wenn nicht etwa das Telegramm, das der politische Redakteur des „Figaro" dem großen Boulevardblatt zuschickte, mehr ist als eine bloße Konjektur. Ist ihm, was wir nicht für ausgeschlossen halten, die Bedeutung einer offiziösen Mitteilung beizumessen, so ist die russisch-französische Allianz zu einer alliance quand même ausgewachsen. Wo immer die eine oder andere Macht Interessen zu vertreten hat, wird die andere ihr beispringen, natürlich im Interesse des Friedens, denn auf diesen Ton ist nun einmal überall die politische Harfe gestimmt, wenn es sich um ein Konzert vor dem großen Publikum handelt. Auch zweifeln wir nicht im geringsten daran, daß der gute Wille sowohl zur Aufrechterhaltung des Friedens in aller Welt, wie zur gegenseitigen Förderung der beiderseitigen Interessen ehrlich vorhanden ist, ohne uns freilich darüber zu täuschen, daß all diesen Abmachungen und Hoffnungen eine etwas sanguinische Voraussetzung zu Grunde liegt: die nämlich, daß die französischen und die russischen Interessen unter allen Umständen und in eine absehbare Zukunft hinein identisch bleiben. Das ist bekanntlich nicht immer der Fall gewesen, und es gibt in Rußland wie in Frankreich törichte Leute, die das offenbar nicht vergessen können. Offiziell aber existieren diese Gegensätze nicht, und wo sie, wie in der Mitylene-

Affäre zu Tage zu treten drohten, hat der rücksichtsvollere Teil, und das ist stets das liebenswürdigere Frankreich, mit Geschick einen verdeckten Rückzug anzutreten verstanden. Es bleibt ja der Trost, daß schließlich der Klügere nachgibt! Doch, wir wollen nicht spotten. Es kann ja nur erfreulich sein, wenn so nachdrücklich, wie es in Petersburg und Kronstadt geschehen ist, der Friede als das letzte Ziel der Politik zweier mächtiger Staaten der Welt verkündet wird. Russische Blätter, die den Satz kommentieren, fügen freilich hinzu: natürlich nur so lange es in Ehren geht! Und auch das ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Wer angegriffen wird, wehrt sich seiner Haut, und schließlich entscheidet jeder Staat, wo die Grenze liegt, über welche hinaus ihm Kompromisse, wie man sie um des lieben Friedens willen schließt, nicht mehr annehmbar sind.

Uns ist von all den zahllosen Betrachtungen, die über jene neue Bekundung der russisch-französischen Freundschaft und Bundesgenossenschaft erschienen sind, als meist charakteristisch ein Leitartikel der „Pet. Wjed." aufgefallen, der folgendermaßen schließt: „Das französisch-russische Bündnis wird erstarken und zwar nicht kraft materieller Interessen — nein, hundertmal nein! Es wird erstarken kraft jener geheimnisvollen und magischen Macht, die in der Völkerpsychologie waltet, und die wir mit einem wunderbaren von Goethes Genius gefundenem Wort „Wahlverwandtschaft" nennen. Von diesem Gesichtspunkte aus das französisch-russische Bündnis betrachtend, wollen wir die handgreiflichen Vorteile nicht aufzählen, die es beiden Mächten gebracht hat, sondern darauf hinweisen, daß seine Bedeutung eben darin liegt, daß es sich weiter auswächst. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich und Rußland gleichsam die Kristallisationspunkte zweier Welten werden — der slavischen und der lateinischen. Frankreich und Rußland in ihrem Bunde sind der strahlende Bogen, der über den Abgrund geworfen ist, um diese beiden Welten zu verbinden."

Das klingt sehr hübsch, aber höchst unfriedlich, sobald man sich die Mühe gibt, den hier hingeworfenen Gedanken zu Ende zu denken. Auch überlassen wir unseren Lesern, es zu tun. Zu verwirklichen ist er nur um den Preis eines Weltkrieges auf Leben und Tod, über den Sturz von Dynastien und über die Trümmer bestehender Reiche hinweg. Was aber die russisch-französische Wahlverwandt-

schaft betrifft, so ist es mit ihr doch ein sonderbares Ding. Sie hat schon oft bestanden, gelegentlich auch recht lange gehalten, um schließlich doch mit einem Eklat abzubrechen.

Eben jetzt, wenige Tage vor dem Eintreffen Loubets in Petersburg, veröffentlicht die historische Zeitschrift „Das russische Archiv" eine bisher noch nicht gedruckte Novelle des Grafen Rostoptschin, des bekannten Generalgouverneurs von Moskau, der sich später so energisch gegen den ihm aufgedrängten Ruhm wehrte, 1812 die alte Residenz in Brand gesteckt zu haben, damit sie nicht in die Hände Napoleons falle. Der Mann war, wie alle vornehmen Russen jener Tage, durchaus französisch erzogen, was ihn freilich nicht hinderte, den Landesfeind mit aller Glut einer leidenschaftlichen Seele zu hassen. Die Novelle führt den Titel: Ach, die Franzosen! und die Wahl dieses Titels wird im 4. Kapitel folgendermaßen erklärt. Einen Titel muß ein Buch doch haben, und wer mein Buch zu Ende liest, der seufzt gewiß am Schluß tief auf: Ach, diese Franzosen! Wollt ihr aber einen Beweis, so schlage ich vor, recht grammatisch Franzose zu deklinieren: Nominativ: die Franzosen haben viel Böses getan. Genetiv: wegen der Franzosen kam uns viel Böses. Dativ: den Franzosen ist nichts heilig. Akkusativ: die Franzosen sind zu allem bereit. Vokativ: Ach, die Franzosen!

Das ist nicht sehr geistreich und nicht einmal richtig dekliniert, aber sehr deutlich und entspricht ziemlich genau den Empfindungen, welche die große Masse der Russen noch heute allen Fremden gegenüber empfindet. Der gemeine Mann in Rußland kennt keine Verwandtschaft wie die, welche das gleiche Glaubensbekenntnis bedingt, und die Franzosen sind ihm ebenso „Unchristen" wie alle nicht „Rechtgläubigen". Aber der Russe ist gastfrei und duldsam und leicht enthusiasmiert und die Aufnahme der französischen Gäste hat daher nichts zu wünschen übrig gelassen.

Dagegen ist die liberale Intelligenz Rußlands dem französischen Bündnis nicht geneigt, weil sie in den Huldigungen, welche die Republik dem Absolutismus entgegenbringt, nur eine weitere Stärkung des geltenden freiheitfeindlichen Regiments erblickt. Wenn die sozialistischen und revolutionären Elemente trotzdem an den Demonstrationen für die Franzosen teilnahmen, so geschah es, um sie auszubeuten und durch sie geschützt und gedeckt, die Propaganda zu

fördern, die heute rücksichtsloser als je durch ganz Rußland geht. Die Unordnungen die am letzten Tage von Loubets Anwesenheit in Petersburg stattfanden, haben dafür einen weiteren Beweis gebracht und die Marseillaise in einem Sinne interpretiert, den sie in Frankreich, wo sie konventionell geworden ist, lange nicht mehr besitzt, deren aufreizende Bedeutung für das Rußland unserer Tage aber kein politisch denkender Kopf übersehen wird. Für diese Elemente waren die französischen Gäste Mittel zum Zweck, und es müßte sehr merkwürdig zugehen, wenn die Nachwirkungen ausbleiben sollten.

Um also zu resumieren: von Wahlverwandtschaft sehen wir keine Spur. Vielleicht ist der Gegensatz der Lebensformen, der Bildung, der Richtung des Denkens, eben so groß wie einst in den Tagen Rostoptschins. Was wir vor uns haben, ist eine politische Allianz von Staat zu Staat, die so lange halten wird, wie das politische Interesse beider Teile es erlaubt. Auch ist uns die Gedankenleere der Reden aufgefallen, die von beiden Seiten gehalten worden sind, in offiziellen wie in privaten Kreisen. Es waren die alten, bis zum Überdruß gehörten Beteuerungen, greifbar nur da, wo beide Teile sich ihre Waffenbrüderschaft nicht versprachen, sondern andeuteten. Dazu kommt noch die besondere Stellung, die der Präsident der Republik als unpolitische Persönlichkeit und der Minister des Auswärtigen, Delcassé als Mitglied eines demissionierten, nur noch interimistisch in den Geschäften stehenden Ministeriums einnimmt. Der Rücktritt Waldeck-Rousseaus gerade im entscheidenden Augenblick gab der Petersburger Zusammenkunft eine ganz eigentümliche Färbung. Da man nicht voraussetzen kann, daß der Präsident durch den Schritt des Ministers überrascht wurde, bleibt, wenn er trotzdem wesentliche politische Abmachungen getroffen haben sollte, nur zweierlei übrig: Entweder er ist entschlossen, aus seiner Stellung mehr zu machen, als sie bis zur Stunde bedeutete, oder aber er ist sicher, daß Delcassé im Ministerium, das Waldeck-Rousseau ablösen wird, seine Stellung als Minister des Auswärtigen behaupten wird. Auch das letztere wäre schon ein Eingriff in das politische Gewohnheitsrecht, wie es sich beim Wechsel von Ministerien in Frankreich ausgebildet hat. Der Usus ist der, daß der Präsident eine Persönlichkeit mit der Bildung des Ministeriums betraut und ihr freie Wahl in der Auswahl der übrigen Minister läßt, die einzige Bedingung die, daß der

künftige Ministerpräsident seine Kollegen auf ein Programm vereinigt und sich für dieses Programm auch eine Majorität in der Kammer sichert. Es wäre etwas ganz Neues, wenn der Präsident der Republik dem neuen Ministerium den Minister des Auswärtigen gleichsam oktroyierte, und doch ist es kaum möglich, eine andere Erklärung für all die Wunderlichkeiten zu finden, die sich jetzt abgespielt haben. Zu diesen Wunderlichkeiten rechnen wir auch den nicht im ursprünglichen Reiseprogramm des Präsidenten liegenden Besuch in Kopenhagen, von dem wir beinahe glauben möchten, daß er in Zusammenhang mit einer von Schweden ausgegangenen und in Rußland lebhaft aufgenommenen publizistischen Agitation steht. In Stockholm erschien kürzlich eine Broschüre unter dem Titel: Politische Betrachtungen von Georges (Politiska Reflectioner af Georges. Stockholm 1902. 42 S.) Sie plädiert vom demokratischen Standpunkt aus für ein schwedisch-russisches Bündnis, weil es nur auf dieser Grundlage möglich sei, die Selbständigkeit Schwedens auf die Dauer zu wahren. Die „Peterb. Wjedomosti", welche die Broschüre fast ganz übersetzen, bemerken dazu: wir können nur wünschen, daß diese politischen Betrachtungen möglichst weite Verbreitung jenseits des baltischen Meeres finden. Von dorther haben wir zu einer Zeit, da sie uns fehlte, die „Ordnung" erhalten (Anspielung auf die Berufung Ruriks) und auch später sind mehr als einmal von dorther Lehrer zu uns gekommen, auf deren Gesundheit wir gern getrunken haben. Wir hoffen, daß man uns endlich Gerechtigkeit widerfahren läßt und uns freundschaftlich die Hand entgegenstrecken wird. Rußland, Frankreich und Skandinavien, das gibt nach unserer festen Überzeugung ein so unerschütterliches Bündnis, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß dann wirklich die Sonne des Friedens und der wahren Kultur am politischen Horizonte Europas aufflammen wird!" (Nr. 126 vom 24. Mai.) Gewiß wäre in solchem Fall Dänemark keine übele Ergänzung, und wenn dann noch die union slave et latine hinzutritt, könnte, wie Herr Georges sich poetisch ausdrückt, allerdings „die phrygische Mütze mit Eichenlaub umkränzt", den Sieg davontragen. In Rußland hat man aber die phrygische Mütze bisher nicht gerade zu schätzen gewußt und heute vielleicht weniger Neigung dazu als je. Doch läßt sich nicht verkennen, daß die Krisis, die der Staat heute durchmacht, auch zu ganz unerwarteten

Wendungen führen kann und deshalb ist es uns nützlich erschienen, hier auf die Symptome auftauchender Möglichkeiten hinzuweisen. Daß es gerade überall die demokratischen Elemente sind, die ihre Hoffnung auf Rußland richten, ist dabei vielleicht das allercharakteristischste Moment.

Inzwischen ist Präsident Loubet in Dünkirchen eingetroffen; Waldeck-Rousseau und die übrigen Interimsminister sind ihm entgegengefahren, und die nächsten Tage müssen daher die Entscheidung bringen. Am 1. Juni tritt die Kammer zusammen und wählt ihren Präsidenten. Bourgeois, Brisson, Deschanel, Doumer sind die Kandidaten, Bourgeois wird aber auch als Kandidat zum Ministerpräsidenten genannt, und im Augenblick scheint niemand in Frankreich zu wissen, welches der Ausgang sein wird. Von unserem Standpunkte aus wäre jede Kombination erwünscht, die aus der jetzigen Kammermajorität hervorgeht; vom englischen aus wird das meiste Gewicht auf die Wiederkehr Delcassés in seine frühere Stellung gelegt, vorausgesetzt natürlich, daß er sich in Petersburg nicht umgedacht hat.

Mit außerordentlicher Spannung wartet ganz England, und mit ihm alle Welt, auf den Ausgang der Friedensverhandlungen mit den Buren. Daß es wirklich ernst mit den Aussichten auf Frieden ist, schließen wir zumeist aus der Tatsache, daß jetzt die so lange in England vertuschte und verschwiegene Kaffernfrage in den Vordergrund des Interesses getreten ist. So sehr wir es gewünscht hätten, daß den Buren eine, wenn auch territorial beschränkte Unabhängigkeit geblieben wäre, da sie selbst dieses Ziel als unerreichbar zu betrachten scheinen, bescheiden auch wir uns, obgleich wir nach wie vor der Meinung sind, daß diese Lösung auch im englischen Interesse die günstigere wäre. Es handelt sich jetzt um die Form der Selbstverwaltung, die den Buren gelassen wird, um die Rückgabe ihres Grundeigentums, die Erhaltung ihrer Sprache, um Entschädigung für die Zerstörungen, die der Krieg gebracht hat, Amnestie für die Mitkämpfer aus dem Kaplande, Rückkehr der Gefangenen und der „Konzentrierten", Verzicht der Engländer auf volle Entwaffnung der Buren und endlich Verzicht auf eine Gleichberechtigungsstellung zwischen Kaffern und Buren. Die Gegenleistung der Buren wäre dann der schmerzliche Verzicht auf ihre staatliche

Selbständigkeit und die Anerkennung Eduard VII. als ihres Königs.

Aber auszuschließen ist auch nicht, daß noch im letzten Augenblicke alles sich zerschlägt, und die Engländer täten deshalb gut, den Bogen nicht zu überspannen. Es wird dabei im wesentlichen auf die Haltung Chamberlains ankommen, weil ohne ihn das gegenwärtige Ministerium sich in seiner Stellung nicht behaupten kann. Lord Salisburys Müdigkeit ist kein Geheimnis, die übrigen Minister sind Männer zweiten und dritten Ranges oder noch weniger, Chamberlain die einzige wirklich allseitig anerkannte Kapazität. Die gegenwärtige Lage Englands aber verlangt nach allen Richtungen hin eine klare und entschlossene Führung: in Ost- und Mittelasien, am Persischen Golf, in Marokko und in Ägypten, gilt es wertvolle Posten zu behaupten, wirtschaftlich die verfahrenen Verhältnisse zurecht zu rücken, die durch die Invasion des amerikanischen Großkapitals herbeigeführt worden sind, endlich das Verhältnis des Mutterlandes zu den großen Kolonien in Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika auf der Konferenz zu regeln, zu der die Kolonialminister sich in London an den Krönungstagen zusammenfinden werden. Führt hier nicht eine feste Hand die Zügel, so drohen unabsehbare Schwierigkeiten und auch das ist uns ein Argument dafür, daß es ein grober Fehler wäre, die Buren noch einmal in den Verzweiflungskampf zu treiben.

Interessante Aufklärungen über die allgemeine Lage hat die Rede Prinettis in der römischen Kammer gebracht. In Betreff des Dreibundes bestätigte sie im wesentlichen, was wir bereits wußten. Über die Erneuerung desselben ist kein Zweifel mehr und ebenso steht fest, daß er in seinem vollen bisherigen Umfang erneuert wird. Neu war, was wir über die Mittelmeerfrage erfuhren. Man konnte vorübergehend glauben, daß die Vereinbarungen zwischen Italien und Frankreich in Betreff der Westgrenze von Tripolis die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und England kühler gestalten würden. Nachdem wir nun erfahren haben, daß England der italienischen Regierung genau dieselben Zusagen im Hinblick auf die Ostgrenze Tripolitaniens gegeben hat, verliert die erste Vereinbarung den sensationellen Charakter, durch den sie zunächst auffiel. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Franzosen einen

großen Lärm gemacht haben, während die Engländer schwiegen, was dem Unterschied des politischen Temperamentes beider Nationen nicht übel entspricht.

Wir kommen zum Schluß, wenngleich ungern, wieder auf die polnischen Dinge zu reden. Seit es polnische Taktik geworden ist, sich über die politischen Grenzen hinweg als eine politische Solidarität aufzuspielen und ungeniert, als wäre es ein selbstverständliches Recht, nicht nur über die Regierung des Nachbarstaates zu raisonnieren, was niemand den Polen verwehren kann, so lange der Staat es duldet, zu dem sie gehören, sondern auch durch eine direkte Agitation in das politische Leben des Nachbarstaates einzugreifen, gewinnen die polnischen Fragen, zumal aber bei uns, einen Charakter, der es unmöglich macht, über sie hinweg zu sehen, wo die Probleme der auswärtigen Politik ins Auge gefaßt werden.

Der dem Landtage zugegangene Gesetzentwurf über die „Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen" hat nun sowohl in Rußland, wie in Österreich und Frankreich zunächst einen Pressesturm polnischen Ursprungs wachgerufen, den wir nicht weiter beachtet hatten, weil wir in dieser Hinsicht nachgerade abgehärtet sind. Auch ist Wortlaut und Bedeutung des Gesetzentwurfs bereits in der „Kreuz-Zeitung" zur Genüge kommentiert worden, so daß wir uns eine weitere Erörterung hätten ersparen können, wenn nicht der Lemberger Erzbischof Bilczewski mit dem Marschall von Galizien, Andrzei Potocki, als Führer einer Schaar von 150 Polen die polnische Frage vor das Forum des Papstes gebracht hätten und zwar als Sprecher des ganzen Polens, und wenn nicht Papst Leo XIII., wie die Polen behaupten, wie jedoch keineswegs feststeht, sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht hätte. Der Papst soll nämlich gesagt haben: „Unser Herz schmerzt uns wegen ganz Polens und wir kommen auf den Gedanken, wie euer Volk inmitten verschiedener sehr schwerer und kummervoller Unglücksfälle den Glauben der Väter mit unerschütterlicher Festigkeit bewahrt hat und bereit ist, eher unterzugehen, als sich zu unterwerfen! Was kann besser sein, als dieser Mut, und was kann eine bessere Zukunft bereiten?"

Wenn nun die polnische „Graudenzer Zeitung" daraus folgert, daß der Papst die Aufrichtung eines neuen Polens wünsche, so

könnte man ihr darauf erwidern, daß der Papst offenbar auf eine erlogene Beschwerde wegen Verfolgung des katholischen Bekenntnisses der Polen antwortet, und daher, wenn er Preußen in seine Antwort mit einschließt, in einem argen Irrtum befangen ist. Es ist uns aber sehr zweifelhaft, ob der Papst wirklich den Ausdruck ganz Polen gebraucht hat, und wir werden daran erst glauben, wenn Leo XIII. darüber eine offizielle Kundgebung erlassen haben wird. Sollte er es aber gesagt haben, so werden wir uns damit trösten müssen, daß die Kurie sowohl gegen den westfälischen Frieden wie gegen die Bestimmungen des Wiener Kongresses protestiert und auch alle späteren Wandlungen der Formen und Grenzen des politischen Lebens nicht anerkannt hat.

Die zitierte Graudenzer polnische Zeitung gelangt aber zum Schluß, daß zu jenem ganz Polen die folgenden Länder gehören: ein Stück Pommern, Westpreußen, Österreichisch- und Preußisch-Schlesien, Ermeland, Masovien, Herzogtum Posen, Galizien, Königreich Polen, Littauen, Wolhynien, Podolien!, und der Anspruch geht dahin, diese Gebiete, wenn man sie auch zur Zeit nicht politisch zu einem Ganzen vereinigen kann, sprachlich, national und kirchlich als eine Einheit zu behaupten. Die Antwort auf diese Prätensionen, die bekanntlich nicht neu sind, sondern seit 1815 immer aufs neue erhoben wurden, ist, so weit wir in Betracht kommen, die neue Gesetzesvorlage. Je mehr wir anerkennen, daß die Polen mit großem Geschick, freilich unter Anwendung von Mitteln, um deren Gebrauch wir sie nicht beneiden, es verstanden haben, an die Verwirklichung dieses Programms zu schreiten und uns einen namhaften Verlust an Grund und Boden, wie an deutschen Seelen beizubringen, für um so notwendiger halten wir es, ihnen diesen Boden mit allen gesetzlich erlaubten und moralisch zu verantwortenden Mitteln wieder abzujagen, um die Verwirklichung ihrer Utopien, die mit den Lebensinteressen des preußischen Staates nicht vereinbar sind, für alle Zeiten unmöglich zu machen. Es handelt sich also um ein systematisches Zurückschieben des Polentums in Posen und Westpreußen und, soweit wir sehen, sind die von der Regierung beantragten Mittel, sobald sie mit Energie und Konsequenz von einsichtigen Männern durchgeführt werden, die zur Zeit einzig möglichen. Daß damit eine großgedachte Kulturarbeit verbunden wird, entspricht den besten Überlieferungen des

preußischen Staates. Es wäre aber zu erwägen, ob die Mißerfolge unserer Polenpolitik in den letzten Jahrzehnten nicht in direktem Zusammenhange mit der Tatsache stehen, daß wir den polnischen Teil der Provinz Posen in das Reich mit hineingezogen haben. Eine deutsche Gesinnung, wie wir sie von den deutschen Reichsangehörigen als selbstverständliche Voraussetzung entgegennehmen, haben wir von polnischer Seite gewiß nicht früher zu erwarten, als bis sie sich eine preußische Staatsgesinnung zu eigen gemacht haben. Die praktische Betätigung dieser preußischen Staatsgesinnung können wir von ihnen verlangen, sie sind allesamt darauf verpflichtet, die Gesinnung in ihnen zur Wahrheit zu machen, ist die erzieherische Aufgabe des Staates. Preußen hat schon schwerere Aufgaben gelöst, wo ihm die Zeit dazu gelassen wurde. Das neue Ansiedelungsgesetzt ist ein erster Schritt auf gutem Wege, der zweite und der dritte werden folgen, bis endlich das Ziel erreicht ist.

28. Mai. Beilegung der Streitigkeiten zwischen Argentinien und Chile.
31. Mai. Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Buren und Engländern.
31. Mai. Orangestaat und Transvaal erkennen im Könige von England ihren Souverän.
Ende des Monats. Nihilistische Drohbriefe gegen die Minister Witte und Plehwe.
1. Juni. Bourgeois wird zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.
4. Juni. Verhandlungen des Wiener Polenklubs über das Verhältnis Österreich-Ungarns zum Deutschen Reiche.
4. Juni. Unruhen in Barcelona.
4. Juni. Erhebung Lord Kitcheners zum Viscount.
2.—5. Juni. Straßenunruhen in Lemberg.

---

4. Juni 1902.

Nun ist der langersehnte Friede wirklich Tatsache geworden, im wesentlichen auf der Grundlage, die wir vor 8 Tagen als die wahrscheinliche bezeichneten. Nur ist alles um eine Schattierung ungünstiger, als man annehmen durfte, und wir werden wohl den Schluß daraus ziehen müssen, daß die militärische Lage der Buren keineswegs so günstig gewesen, als die letzten Nachrichten glaubhaft machten. Doch wie dem auch sei, wir bleiben dabei, daß was Männer wie Steijn, De Wet, Olivier, Botha und Delarey als bittere Notwendigkeit hingenommen haben, ein Maximum dessen darstellt, was überhaupt zu erreichen war. Nicht diese tapferen Männer sind besiegt worden, sondern die Kräfte des Landes hatten sich erschöpft und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Kriegsmittel. Auch mag das psychische Moment der Ermattung mitgespielt haben. Am schwersten wird nächst dem Verzicht auf die Unabhängigkeit den Buren die Schulfrage geworden sein, die ihren Kindern das Englische oktroyiert und die sehr ungenügende Amnestie für die Helfer, die sie aus dem Kaplande gezogen haben. Man hört es den Paragraphen des besonderen Abkommens, das die „britischen Untertanen" in den Reihen der Buren betrifft, deutlich an, wie sehr gerade um diese Position

gerungen worden ist. Wenn die Buren schließlich sich mit dem zufrieden gaben, was erreicht wurde, so war es eben nicht möglich, mehr zu erreichen, und es ist nicht an uns, den Richter zu spielen.

Die Geschichte jener drei Jahre des Krieges wird für alle Zeiten dem Namen der Buren einen Nimbus verleihen, der auf die kommenden Generationen dieses Volkes zurückwirken und ihnen nicht verloren gehen wird. Was die Buren geleistet haben, steht würdig den Taten ihrer holländischen Vorfahren im Kriege gegen Philipp II. zur Seite, und wenn ihr Ringen nicht zum Ziele führte, so waren sie in einer Lage, die weit ungünstiger war, als die Hollands, oder die der Vereinigten Staaten von Nordamerika, oder die der Griechen während der Freiheitskriege. Sie waren von Anfang an isoliert. Die politische Weltlage schloß ein Einschreiten anderer Mächte zu ihren Gunsten aus; vom Meere abgeschnitten, nur auf sich selbst angewiesen, genötigt, eine Heeresorganisation erst zu improvisieren, sich während der zweiten unglücklichen Periode ihres Krieges Waffen, Pferde, ja sogar Kleidung und Nahrung erst vom Feinde zu erobern, geschwächt durch den Verlust an Kriegsgefangenen, während sie selbst genötigt waren, ihre Gefangenen wieder freizugeben, da sie die Mittel nicht hatten, sie zu bewachen und zu ernähren, gedrückt durch die Sorge um Weib und Kind, die in des Feindes Hand gefallen waren, so haben sie trotz allem den Kopf hoch gehalten bis ans Ende, bis jenes Salisburysche Programm vom „unconditional surrender", der Ergebung auf Gnade und Ungnade den Engländern selbst als eine unerreichbare Utopie erschien. Weder Delarey, noch Botha, noch De Wet sind als Besiegte zu bezeichnen. Sie haben sich unterworfen, um dem Jammer ein Ende zu bereiten und um ihrer Nation die Zukunft nicht zu verspielen. Die Zukunft aber liegt, wie die Alten sagten, auf den Knien der Götter, und es liegt uns fern, den Propheten zu spielen. Nur eines wissen wir sicher, daß ein Volk, hinter dem diese Vergangenheit lebt, nicht als Volk verschwinden kann. In welchen Formen es weiterlebt, ob eine wirkliche Versöhnung sich vorbereitet, wie sie in Kanada zwischen Engländern und Franzosen, in den Vereinigten Staaten zwischen all den verschiedenen Nationen stattgefunden hat, die heute durch ein starkes Staatsgefühl zu einer Einheit verschmolzen sind, das ist ein Problem der Zukunft, dessen schließliche Lösung zum großen Teil davon in Abhängigkeit stehen wird, ob England mit

Klugheit und Takt die neuen, höchst schwierigen Verhältnisse anzufassen versteht, mit denen es nunmehr rechnen muß.

England hat keine Periode in seiner Geschichte aufzuführen, in welcher die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt sich so sehr von ihm abgewandt hätte, wie während dieses Krieges. Es ist aber eine bewußte Unwahrheit der englischen Presse und auch gewisser englischer Regierungskreise gewesen, wenn man es so darzustellen beliebte, als sei es speziell Deutschland gewesen, in dem dieser Gegensatz am gehässigsten zum Ausdruck kam. In Frankreich, in Rußland, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika waren die Empfindungen der englischen Politik gleich abgewandt und der Ausdruck mindestens gleich drastisch. Wenn man sich in England die Mühe machen wollte, eine Sammlung der russischen und französischen u. s. w. Witzblätter aus der Kriegszeit im British Museum aufzustellen, würde die Korrektur jenes falschen Urteils sich bald ergeben. Wir bestreiten keineswegs, daß auch bei uns dabei weit über das Ziel besonnener Gegnerschaft hinausgegangen worden ist, aber es ist die Eigentümlichkeit solcher Blätter, schonungslos und rücksichtslos vorzugehen und der Empfindung und Gesinnung, aus der jene oft brutale Kritik hervorging, schämen wir uns keineswegs. Es lag ihr ein gesunder Kern zu Grunde, der Protest eines verletzten sittlichen Gefühls, das unserem Volke, wie wir fest hoffen, niemals verloren gehen wird. Demgegenüber stand nun die politische Haltung unserer Regierung, die nicht das Recht hat nach Empfindungen, nach Sympathien und Antipathien ihre Entschlüsse zu fassen und die Richtung ihrer Politik zu bestimmen. Sie hat die bleibenden Interessen des Reichs und des deutschen Volkes zu vertreten, und nicht die Aufgabe, die Sittenpolizei in der großen Politik auf sich zu nehmen. Die streng neutrale Haltung, die wir während der 32 Monate des Krieges eingehalten haben, war die notwendige und gebotene Politik und wir müssen, namentlich heute bei rückschauender Betrachtung, dem Kaiser und dem Kanzler dankbar sein, daß sie sich nicht von diesem Programm haben ablenken lassen. Was es uns eingebracht hat, war die glückliche Lösung der Samoafrage, die Festigung unserer Stellung in Ostasien, vor allem aber die Erweiterung und Stärkung unserer Kriegs- und Handelsmarine. Es läßt sich mit absoluter Sicherheit sagen, daß eine andere Politik nach all diesen Richtungen zu nega-

tiven Resultaten geführt und wahrscheinlich sogar einen Weltkrieg zur Folge gehabt hätte. Deutschland mußte vor allem stärker werden, um in der zur unabweislichen Notwendigkeit gewordenen Konkurrenz in der Weltpolitik mit Ehren eintreten und sich behaupten zu können. Stärker sein als vor 1899 war zudem die conditio sine qua non eines zukünftigen guten Einvernehmens mit England, wie wir es aufrichtig anstreben, ohne damit unsere Kraft in den Dienst anderer Interessen als unserer eigenen stellen zu wollen.

Doch wir kehren zu unserem Ausgangspunkt — dem Rückblick auf den südafrikanischen Krieg — zurück. Wenn heute die Engländer sagen, dieser Krieg sei der schwerste gewesen, den sie je geführt hätten, so ist das — abgesehen von dem Kriege mit dem ersten Napoleon — wohl ganz richtig. Im Krimkriege stand England nicht allein, auch hat es damals nicht annähernd die gleichen Opfer zu bringen gehabt. In Südafrika galt es zunächst auf eine ungeheure Entfernung hin das gesamte Kriegsmaterial an Menschen, Geschützen, Pferden und sogar an Proviant über See zu führen; man hatte mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die der weit ausgedehnte Kriegsschauplatz bot, ungewohnte klimatische Verhältnisse zu überwinden, zum ersten Mal stand man einem Feinde gegenüber, der mit den modernen Kriegswaffen ausgerüstet und darin in der ersten Kriegsperiode den Engländern sogar überlegen war, einem Feinde, so tapfer, verschlagen und todesmutig, wie England ihn in seinen gegen schwarze und gelbe Gegner gerichteten Kriegen noch niemals gefunden hatte. Dazu eine dem Boden angepaßte ursprüngliche Kunst der Kriegführung, der sie zunächst nichts ebenbürtiges entgegenzustellen hatten und der sie höchstwahrscheinlich erlegen wären, wenn den militärischen Tugenden der Buren nicht mindestens gleich große militärische Mängel die Wage gehalten hätten. Es ist heute leicht, die einen wie die andern kritisch ad absurdum zu führen. Was sie taten und unterließen, entsprach der besonderen Natur des einen wie des andern Teiles und geschah gleichsam aus gebotener Notwendigkeit. Man wird dabei, trotz der offenkundigen Schäden, die das englische Kriegswesen auf Schritt und Tritt zeigte, doch anerkennen müssen, daß die Engländer sich tapfer geschlagen haben und in oft geradezu verzweifelter Lage gelassen in den Tod zu gehen verstanden. Dann kam die entschlossene Einmütigkeit der Nation in all ihren Teilen, um trotz der drückenden

Opfer, die jeden trafen, durch immer erneute Anstrengung den Ausgang herbeizuführen, der schließlich erreicht worden ist.

Daß das Aufnehmen des Krieges ein großer politischer Fehler war, wird unter Nicht-Engländern heute kaum mehr bestritten. Intime Kenner der südafrikanischen Verhältnisse haben uns die Versicherung gegeben, daß bevor die Chartered Company mit ihrer Aktion begann und – um den entscheidenden Wendepunkt zu bezeichnen – vor dem Jameson-Einfall, die allmähliche Anglisierung der Burenstaaten und ihr schließlicher freiwilliger Anschluß an England die naturgemäße und notwendige Entwicklung gewesen wäre. Auch hatte die so märchenhaft aufblühende Mineninduſtrie, der in das Land plötzlich einströmende Reichtum, sittliche Schäden in den Burenrepubliken gezeitigt, die heute, da sie in Heldenblut abgewaschen sind, nicht vertuscht zu werden brauchen. Erst die durch Jamesons Einfall und durch die dabei aufgefangenen Dokumente erkannte Gefahr, veranlaßte die Buren, sich zu waffnen und alles, was weiter geschah, ist nur die notwendige Antwort auf entsprechende Maßregeln Englands gewesen. Mit dem einen Unterschiede freilich, daß die Engländer den Gegner unterschätzten, während die Buren sich auf einen langen und schweren Krieg vorbereitet hatten.

Doch das alles liegt weit hinter uns. Die nächste Zukunft muß die Rückkehr der Gefangenen aus St. Helena, Ceylon, den Bermudas, die Räumung der Konzentrationslager, das Aufsuchen der Stätten bringen, wo ehemals blühende Farmen standen und heute nur noch verkohlte Wände und wüste Acker von früherer Kultur zeugen. Man mag sich das Wiedersehen der Heimkehrenden mit dem, was von den Ihrigen am Leben geblieben ist, kaum ausmalen. Eine Wolke von Tränen und Kummer schwebt über Südafrika, und England steht der schwersten seiner Aufgaben gegenüber, wenn es die Bitterkeit dieser tiefverwundeten Herzen versöhnen will.

Kein Zweifel, daß ein großes Verdienst an dem schließlichen Zustandekommen des Friedens dem Könige Eduard VII. gebührt. Er hat mehr dazu getan als jeder andere Engländer und die Widerstände, die er dabei zu überwinden hatte, waren gewiß nicht gering. Daß er den Abschluß vor seiner Krönung herbeiführen wollte, ist sehr begreiflich und mindert nicht sein Verdienst. Wir rechnen aber mit Bestimmtheit darauf, daß er bei der Krönung durch weitgehende

Ausdehnung der Amnestie und durch Milderung der nicht zu umgehenden Strafbestimmungen dem Frieden seinen bösesten Stachel nimmt. Der König teilt sein Verdienst mit der liberalen Opposition speziell mit Roseberry, der nunmehr, wie es scheint, in den Vordergrund zu treten bestimmt ist. Lord Salisbury dürfte in nicht allzulanger Frist ausgespielt haben, Chamberlain schwerlich, wenn sich auch nicht recht absehen läßt, wie ein Kompromiß zwischen ihm und der Opposition zu finden sein könnte. Wahrscheinlich wird die Frage des Zollvereins mit den Kolonien, die während und nach den Krönungstagen zur Verhandlung stehen wird, über den Kurs der inneren und äußeren Politik Englands auf lange hinaus entscheiden. Wenn man die unpolitische und renommistische Haltung des neuseeländischen Premiers während seiner jüngsten Anwesenheit in Südafrika als typisch für die kolonialen Politiker ansehen müßte, wäre ihre staatsmännische Begabung sehr niedrig einzuschätzen. Wie es uns denn überhaupt scheint, daß Chamberlain von seiner imperialistischen Föderation weit mehr erwartet, als sie zu bieten überhaupt fähig ist. Was uns auf diesem Boden entgegentritt, zeigt die nicht zu verkennende Selbstüberschätzung einer begehrlichen Jugend, bei der Wollen und Können nicht im richtigen Verhältnis zu einander stehen. Es stehen aber noch andere aufregende Fragen zur Entscheidung, die sogenannte Erziehungsbill, in welcher die Regierung nicht nur die Liberalen, sondern auch alle Dissenters zu Gegnern hat, die Frage der Kornzölle, welche die großen Massen tief erregt und jetzt, da der Krieg beendigt ist, nur noch mit schwachen Argumenten verteidigt werden kann, und nebenher bleibt die alte unlösbare irische Frage, über welche auch die Liberalen sich in zwei Lager gespalten haben. Mehr als alle diese Dinge dürfte aber für das innere Leben Englands der nächsten Zeit die Frage in Betracht kommen, ob die Liberalen jetzt nachträglich Untersuchungen über die Schuld an den Mißerfolgen des Krieges und an den Schäden, die in der Kriegsverwaltung zu Tage treten, durchsetzen werden. Im Interesse Englands wäre zu wünschen, daß es nicht geschieht und daß eine Amnestie nach dieser Richtung hin verdeckt, was doch nicht mehr gut zu machen ist. Wahrscheinlich werden von irischer Seite alle Hebel angesetzt werden, um eine Reihe von Lärmprozessen herbeizuführen, aber gerade das sollte ein Grund mehr sein, sie zu vermeiden.

Bleibt die Frage nach der Wandlung, welche sich in der Machtstellung Englands nach außen hin während des Krieges vollzogen hat. Man muß sich hüten, hier das Defizit allzuhoch anzuschlagen. Das englisch-japanische Bündnis hat doch für England die Bedeutung gehabt, daß sein Einfluß in Ostasien, der stark im Niedergange war, sich neu gekräftigt hat, wenn auch nicht daran zu denken ist, daß die frühere dominierende Stellung voll wiederhergestellt wird. Dagegen finden wir nicht, daß in Südasien die Lage sich zu Ungunsten Englands geändert hätte. In Afghanistan und Persien hat es sich behauptet, im Persischen Golf und in Arabien sogar gewonnen, in Afrika zwar die lästige und kostspielige Pflicht, noch geraume Zeit ein namhaftes Heer im Süden zu unterhalten, sonst aber hat es seine Positionen, namentlich am Tschadsee, noch erweitert. Unbequem wird es den Engländern nur sein, daß inzwischen die Vereinigten Staaten in Liberia sich recht ungeniert eine Kohlenstation eingerichtet haben. So unbefangen zuzugreifen, war bisher ein englisches Privilegium. Ob Englands Stellung im Mittelmeer gemindert ist, wollen wir nicht entscheiden. Der jüngste Besuch der englischen Flotte in Italien scheint zu beweisen, daß man in London keineswegs die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Italien für aufgegeben ansieht und den Franzosen nicht ohne weiteres das Feld zu räumen gedenkt.

In Frankreich sind inzwischen die Kammern zusammengetreten. Zum Präsidenten ist, wie wir vermuteten, Bourgeois gewählt worden, was also eine Niederlage der Nationalisten bedeutet, deren Kandidat Deschanel war. Nach seinen Abenteuern mit den Herren Rimler und Ugron konnte er auch kaum als Präsident der ersten politischen Körperschaft des Reiches fungieren und die Reklame seiner Freunde, die ihn bereits als den künftigen Präsidenten der Republik proklamierten, hat ihm vielleicht am meisten geschadet. Das nächste muß nun die Bildung des neuen Ministeriums sein. Man nimmt an, daß nur Delcassé und André, also die Minister des Auswärtigen und des Krieges, auf ihre Posten zurückkehren, über alle anderen Personenfragen herrscht noch völlige Ungewißheit. Schon die nächsten Tage müssen zeigen, wen Loubet mit der Bildung des Ministeriums betrauen wird und wie weit die Fiktion zutrifft, daß der Präsident ganz außerhalb alles Parteiwesens steht. Das kann doch nur bei

Persönlichkeiten ohne feste Ansichten zutreffen, und nach allem, was wir bisher vom Präsidenten der französischen Republik wissen, trifft diese Voraussetzung für ihn nicht zu.

In Petersburg soll er persönlich einen sehr guten Eindruck gemacht haben, wenn auch immer deutlicher zu Tage tritt, daß der Höhepunkt der Volksbegeisterung für die Alliance unter den Russen überschritten ist. Auch haben einzelne Franzosen in Petersburg recht unliebsame Erfahrungen gemacht, von denen dann freilich in der Presse diskret geschwiegen worden ist. Auch diesmal sind 7 Matrosen, die als Opfer russischer Gastfreundschaft den Termin der Abfahrt versäumt hatten, nachträglich per Bahn nach Frankreich geschafft worden.

Mit General v. Wahl geht es glücklich besser, so daß er heute außer Gefahr ist. Dagegen haben sowohl der Finanzminister Witte, wie der neue Minister des Innern Plehwe Briefe erhalten, die sie mit dem Tode bedrohen. Rußland scheint wieder eine böse Krisis durchzumachen und eine neue terroristische Organisation ihr unheimliches Wesen zu treiben. Was besondere Sorge erregt, ist, daß in Anlaß der Bauernunruhen zwei Regimenter sich geweigert haben sollen, zu schießen. Die Nachricht, die zuerst in englischen Blättern erschien, ist von uns als unglaubwürdig beiseite gelegt worden, sie wird aber in Petersburg in wohlunterrichteten Kreisen kolportiert und geglaubt, und wäre, wenn sie sich bestätigen sollte, zu wichtig, um übergangen zu werden.

Die Unterredung, die Graf Bülow dem Redakteur des „Figaro", Herrn Georges Villiers gewährt hat, ist in sehr ausführlicher Wiedergabe im „Figaro" erschienen. Der Originaltext ist den etwas gekürzten deutschen Wiedergaben entschieden vorzuziehen, schon weil dabei die feineren Nuancen der Unterredung besser zur Geltung kommen. Herr Villiers ist Diplomat gewesen und dem Reichskanzler von früher her wohlbekannt. Gerade jetzt, wo die alte Anschwärzungskampagne der Herren Blennerhasset und Ignotus Wesselitzki im Juniheft der „National Review" wieder frischen Mutes aufgenommen worden ist, konnte es nur von Wert sein, daß die großen Grundzüge unserer Politik vor einer weiten Öffentlichkeit dargelegt werden. Was angenehm auffällt, ist die rückhaltlose Offenheit, mit der Graf Bülow seine Politik dargelegt hat. Er hat uns damit nichts Neues

gesagt, aber der Nachdruck, mit dem er die guten Beziehungen der Mächte zu einander betonte, steht in sehr angenehmem Gegensatz zu den journalistischen Hetzereien, die neuerdings namentlich von russischer und von englischer Seite (vide „Times", „Pet. Wjed." u. s. w.) in die Welt gesetzt werden. Ebenso haben wir uns über die klare Darlegung der politischen Bedeutung des Dreibundes und unserer besonderen Stellung in Ostasien zwischen den beiden sich das Gleichgewicht haltenden Gruppen der alliierten Mächte gefreut. Es ließe sich daraus ein wohl abgerundetes Programm entwickeln. Der wichtigste Satz lautet im französischen Text (als Antwort auf die Frage, ob Deutschland sich einer der beiden Gruppen anschließen werde?) „A quoi bon? La paix est assurée. Nous en profitons et, en tout état de cause, nous serons toujours avec ceux qui la défendront contre ceux qui la troubleront. Nous n'avons par besoin pour cela de nous lier à qui que ce soit par un contract permanent."

6. Juni. Senator Combes mit Neubildung des französischen Kabinets betraut.
7. Juni. Konstituierung des Kabinets Combes.
7. Juni. Reise Ferdinands von Bulgarien nach Rußland.
8. Juni. Weihe Firmilians zum Bischof von Üstüb.
9. Juni. Das Repräsentantenhaus in Washington nimmt ein Gesetz gegen die Anarchisten an.
10. Juni. Der Tscheche Klofac insultiert den Deutschen Kaiser im österreichischen Abgeordnetenhause.
11. Juni. Entgegnung des Ministerpräsidenten v. Körber auf die Jesuiten Klofacs.

11. Juni 1902.

Über den Gang der Verhandlungen, die den Frieden zwischen England und den Buren herbeigeführt haben, sind wir nunmehr durch die Depeschen einigermaßen orientiert, die am 2. Juni dem englischen Parlament vorgelegt worden sind. Die Korrespondenz liegt uns in der Form vor, wie sie zwischen Lord Kitchener und seinem direkten Chef, dem Staatssekretär für den Krieg, Mr. Balfour, stattgefunden hat.

Aus einem ersten, vom 12. März datierten Telegramm erfahren wir, daß Kitchener dem Stellvertreter Krügers, Schalk Burger, von den Verhandlungen Mitteilung gemacht hatte, die zwischen der niederländischen Regierung und England um jene Zeit, wie wir uns erinnern, stattgefunden haben. Burger erklärte darauf, daß er bereit sei, Friedensvorschläge zu machen, bat aber zugleich um freies Geleit, weil er vorher den Präsidenten Steijn zu sehen wünsche. Es fällt nun auf, daß Balfour, der übrigens stets im Namen des Ministeriums spricht (We have no objection etc.), zustimmt, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch Milner, also nicht Kitchener allein, es für wünschenswert halten sollte. Am 1. April ist Burger von Steijn zurückgekehrt, und eine weitere Zusammenkunft in Klerksdorp zur Verhandlung mit der Transvaalregierung wird erbeten und genehmigt. Auch Botha und Delarey sollen an ihr teilnehmen. Als dann am

10. April die Vertreter der Buren um eine Zusammenkunft mit Kitchener einkommen, überläßt das Ministerium diesem die Bestimmung des Ortes der Verhandlung, dringt aber auch jetzt ausdrücklich darauf, daß Milner an der Verhandlung teilnehme, während in den Schreiben der Buren stets nur von Kitchener die Rede ist. Am 12. kann Kitchener die Anträge der Buren melden. Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck, den Frieden herzustellen und schlagen als Grundlage für denselben vor: 1. Freiheit. 2. Gleichberechtigung des Holländischen und Engländischen bei Erziehungsfragen. 3. Zollunion. 4. Entfestigung aller Forts in Transvaal und der Oranjefluß-Kolonie. 5. Union in Post-, Telegraphen- und Eisenbahnangelegenheiten. 6. Bei künftigen Differenzen Schiedsgerichte, jedoch so, daß nur Individuen der beiden Parteien als Schiedsrichter fungieren. 7. Gegenseitige Amnestie. Sollte England sich damit nicht zufrieden geben, so wünschen sie die Vorschläge der englischen Regierung zu hören. Kitchener antwortete ihnen sofort, daß England keine Anträge annehme, welche von Erhaltung der Unabhängigkeit der Republiken ausgehen, eine Antwort, welche am 13. von London aus nachdrücklich bestätigt wird.

Am 14. fand dann in Pretoria die Zusammenkunft zwischen Milner und Kitchener einerseits und den Delegierten der Buren andererseits statt. Steijn als Wortführer und nächst ihm Schalk Burger und Botha erklärten, nachdem ihnen das ablehnende Telegramm der englischen Regierung mitgeteilt war, daß sie wohl für einen Friedensschluß, nicht aber für Aufgeben der Unabhängigkeit bevollmächtigt seien, und daher das Volk, d. h. die im Felde stehenden Burghers, befragen müßten. Man vertagte sich darauf bis zum Nachmittag, ein Waffenstillstand, den die Buren beantragten, wurde von Kitchener und Milner abgelehnt, aber man verständigte sich schließlich auf den Wortlaut eines nach England zu sendenden Telegramms, um für den Fall, daß auf Erhaltung der Unabhängigkeit verzichtet werde, die Bedingungen der englischen Regierung kennen zu lernen und sie danach ohne jeden Ausdruck der Billigkeit oder Mißbilligung dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Hierauf kam eine scharf ablehnende Antwort. Man habe, da die Zusammenkunft auf Ersuchen der Buren stattgefunden, nicht erwartet, daß sie noch mit Vorschlägen kommen würden, die auf der Basis der Unab-

hängigkeit ruhten. Den von den Buren gewünschten Verhandlungsweg wolle man nicht einschlagen, bevollmächtige jedoch Milner und Kitchener, den Buren dieselben Bedingungen zu bieten, die vor 12 Monaten Botha geboten wurden (Ende Februar 1901, bekanntlich damals von dem englischen Ministerium verworfen), unter Vorbehalt von Änderungen, über die man sich verständige. Am 17. April wurde diese Antwort den Buren vorgelegt, die dann, nachdem sie miteinander Rats gepflogen, nochmals um einen Waffenstillstand baten; Kitchener verweigerte ihn zwar, fand sich aber bereit, gewisse Erleichterungen zum Zweck der Beratung mit den Burghers zu gewähren. Zwischen ihm, Botha, De Wet, und Delarey fanden darüber Verhandlungen statt, die zum Ziel führten, und spät Abends verließen die Delegierten Pretoria, um ihre Kommandos aufzusuchen, nachdem Milner ihnen noch eingeschärft hatte, daß sie Vollmachten zu einem endgültigen Abschluß mitzubringen hätten. Schon am 19. konnte Kitchener berichten, daß die Vertreter der einzelnen Burenkommandos am 13. und 15. Mai in Vereeniging zusammentreffen würden, je zwei Mann von jedem Kommando, unter Ausschluß der Fremden. Die Verhandlung werde wohl zwei Tage in Anspruch nehmen. Wirklich traf auch am 17. Mai nachmittags eine Depesche der „Präsidenten der Staaten Burger und Steijn" in Pretoria ein: Beide Regierungen hätten zusammen eine Kommission eingesetzt, um mit Kitchener über Beendigung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Es seien Louis Botha, Christian de Wet, Hertzog, Delarey, Smuts. Wenn es ihm genehm sei, die Kommission zu treffen, möge er Ort und Zeit bestimmen. Kitchener und Milner fragten nun noch einmal an, ob sie auch Vollmachten hätten abzuschließen, und am 19. Mai $11\frac{1}{2}$ Uhr legte die Burenkommission in Pretoria ihre Vorschläge dar. Sie lauteten wörtlich: 1. Wir sind bereit in Betreff der Beziehungen zum Auslande auf unsere Unabhängigkeit zu verzichten. 2. Wir wünschen Selbstverwaltung unter englischer Oberaufsicht zu bewahren. 3. Wir sind bereit, einen Teil unseres Territoriums abzutreten.

Da Milner und Kitchener sich weigerten, auf dieser Grundlage zu verhandeln, ward nach längerer Diskussion abgemacht, daß man sich am Nachmittag nochmals treffen wolle und bei dieser zweiten Zusammenkunft fand der Vorschlag Milners Annahme, daß in Anlehnung an die Botha gemachten Anträge ein Dokument aufgesetzt

werden solle, über welches dann die Burghers mit „Ja" oder „Nein" abzustimmen hätten. Milner und Sir Richard Solomon von englischer, Smuts und Hertzog von seiten der Buren wurden mit der Abfassung betraut. Diese Redaktionskommission hat dann bis zum 21. Mai getagt, und ihre Vorschläge sind, zur Vorlage an die Burghers, von sämtlichen Delegierten angenommen worden. Kitchener und Milner haben für England unterzeichnet, für den Oranje-Freistaat: Steijn, Brebner, C. R. de Wet, C. Olivier, M. Hertzog: für Transvaal: Burger, Reitz, Louis Botha, Lucas Meyer und Krogh. Es waren 12 Punkte.

1. Ablieferung aller Waffen und Munition, Anerkennung Eduard VII. als ihres Souveräns, Aufhören jedes ferneren Widerstandes.

2. Die im Felde außerhalb der Grenzen von Transvaal und der Oranje-Kolonie stehenden Burghers werden, nachdem sie sich unterworfen haben, in ihre Heimat zurückgeführt werden.

3. Alle kriegsgefangenen Burghers außerhalb Südafrikas werden, nachdem sie sich als Untertanen Eduards VII. bekannt haben, dorthin gebracht werden, wo sie vor Ausbruch des Krieges lebten.

4. Die sich so unterwerfenden oder so heimkehrenden Burghers werden ihrer Freiheit und ihres Eigentums nicht beraubt werden.

5. Für Taten, die im Zusammenhang mit dem Verlauf des Krieges stehen, wird man sie weder ziviliter noch kriminell belangen.

6. Die holländische Sprache wird in Oranje-Kolonie und Transvaal, wo die Eltern es wünschen, gelehrt werden, und zu besserer Wirksamkeit der Justiz, wo nötig, vor Gericht gebraucht werden.

7. Der Besitz von Büchsen wird Personen gestattet sein, die sie zu ihrer Verteidigung brauchen und einen Erlaubnisschein lösen.

8. Die Militärverwaltung wird baldmöglichst durch eine Zivilregierung ersetzt werden und sobald es die Verhältnisse gestatten, soll eine zur Selbstverwaltung hinüberleitende Repräsentativ-Verfassung eingeführt werden.

9. Die Frage der Gleichstellung der Eingeborenen (Schwarzen) wird nicht vor Herstellung der Selbstverwaltung entschieden werden.

10. Es wird keine besondere Einfuhrsteuer zur Tilgung der Kriegskosten in Transvaal und Oranje eingeführt werden.

11. Die Einlösung der von den beiden südafrikanischen Regierungen erlassenen Noten und Empfangsbescheinigungen bis zum Betrage von drei Millionen Pfund wird nach Prüfung durch eine Kommission gesichert; darüber hinausgehende Beträge werden pro rata des Gesamtbetrages gemindert. Doch sind solche Ansprüche innerhalb sechs Monaten (wobei den Kriegsgefangenen Erleichterungen gewährt werden sollen) vorzuweisen.

12. Sobald die Verhältnisse es gestatten, werden Kommissionen in jedem Distrikt eingesetzt werden, um die Herstellung der Baulichkeiten und die Unterstützung der Bedürftigen in jeder Weise zu fördern. Die Regierung wird zu diesem Zwecke Geldsummen vorstrecken, die ohne Zinsen nach einer Reihe von Jahren zurückzuzahlen sind.

Diese 12 Punkte wurden nach London depeschiert und von Chamberlain in einem Telegramm vom 27. Mai an Lord Milner im Namen der englischen Regierung mit folgenden Modifikationen gebilligt:

Punkt 2 und 3 werden zusammengefaßt und lauten: „Alle Burghers im Felde außerhalb der Grenzen Transvaals und der Oranje-River Colony und alle Kriegsgefangenen, die gegenwärtig außerhalb Südafrikas sind, werden, wenn sie sich gebührend als Untertanen S. Maj. König Eduards VII. bekannt haben, allmählich (gradually) in ihre Heimat geführt werden, sobald die Transportmittel beschafft und die Mittel gesichert sind, sie zu erhalten."

Dem Punkt 5 wird am Schluß zugefügt: Diese Klausel soll denen nicht zugute kommen, die gegen Kriegsgebrauch sich die Vergehen zu Schulden kommen ließen, die der Oberkommandierende den Burengeneralen notifiziert hat. Wer solcher Vergehen bezichtigt wird, soll gleich nach Schluß der Feindseligkeit vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Endlich sind die Punkte 11 und 12 zu streichen und durch das folgende zu ersetzen: „Sobald es die Verhältnisse gestatten, wird eine Kommission, in der die Landesbewohner vertreten sind, in jedem Distrikt von Transvaal und Oranje unter Vorsitz eines Richters oder eines anderen Beamten eingesetzt werden, um dem Volk bei Herstellung seiner Wohnstätten behilflich zu sein, und diejenigen zu unterstützen, die infolge von Kriegsverlusten nicht imstande sind, sich

Nahrung, Obdach, Saat, Inventar, Gerät und andere zur Aufnahme normaler Tätigkeit unerläßliche Dinge zu beschaffen.

Sr. Majestät Regierung wird diesen Kommissionen drei Millionen Lstr. zur Verfügung stellen und gestattet, daß alle Noten, die auf Grund des Gesetzes 1. von 1900 von der Südafrikanischen Republik erlassen sind, und alle Empfangsbescheinigungen, die von Offizieren der ehemaligen Republiken ausgestellt wurden, einer gerichtlichen Kommission vorgelegt werden, und wenn sie von der Kommission als Bescheinigung rechter Gegenleistungen anerkannt werden, sollen sie als Beweis der Kriegsverluste des bez. Empfängers von der Kommission angenommen werden. Außerdem wird die englische Regierung zu gleichem Zweck Darlehen gewähren, die zwei Jahre lang nicht zu verzinsen sind, später aber nach Verlauf mehrerer Jahre mit drei Prozent Zinsen zurückzuzahlen sind. Dieses Zugeständnis soll jedoch Fremden und Rebellen nicht zugute kommen.

Ein Telegramm Chamberlains von demselben Tage an Milner hebt dann noch ausdrücklich hervor, daß rebellische Kolonisten des Kaps und Natals, die, nachdem sie sich unterworfen haben, in ihre Kolonie zurückkehren, den dortigen Gerichten verfallen; ganz wie andere britische Untertanen, die sich dem Feinde anschlossen, vor den Gerichten des Teils des britischen Reiches kompetieren, zu dem sie gehören.

In Betreff der Kapkolonie habe, wie Chamberlain mitteilt, die Königliche Regierung von der Regierung der Kapkolonie bereits in Erfahrung gebracht, welche Grundsätze sie den Rebellen gegenüber anwenden werde. Die Soldaten haben nach Ablieferung ihrer Waffen ein Dokument zu unterzeichnen, durch welches sie sich als schuldig des Hochverrats bekennen, und sollen, falls sie sich nicht des Mordes oder einer Handlung schuldig gemacht haben, die gegen den Brauch zivilisierten Krieges ist, nur damit bestraft werden, daß sie auf Lebenszeit jedes Wahlrechts verlustig gehen, Beamte und Offiziere der Kapkolonie aber, sowie alle die eine Stellung als Führer in einem Burenkommando eingenommen haben, sind wegen Hochverrats vor Gericht zu ziehen, sollen jedoch nicht mit dem Tode bestraft werden. In Natal denke man gegen Rebellen nach den Gesetzen der Kolonie zu verfahren.

Die Korrespondenz ergibt weiter, daß die durch Kitcheners Proklamation vom 7. August 1901 angekündigte Verbannung der Burenführer nicht weiter in Frage kommt.

Am 28. Mai wurde nun die auf Grund dieser Korrespondenz festgestellte endgültige Fassung den Delegierten der Buren mitgeteilt, und ihnen eine Kopie der Punkte übergeben, die den Burghers in Vereeniging zur Abstimmung mit Ja und Nein vorzulegen war. Am Abend des 28. reisten sie nach Vereeniging ab. Lord Milner begab sich nach Johannesburg, am 31. kehrten beide Teile nach Pretoria zurück und um $10^1/_2$ Uhr abends dieses denkwürdigen Tages ward von den 10 Delegierten der Buren sowie von Kitchener und Milner das endgültige Friedensdokument unterzeichnet. Die Versammlung in Vereeniging hatte mit Ja gestimmt. Nur der Name von Steijn, der schwer krank ist, fehlte in der Reihe der Unterschriften, De Wet zeichnete als sein Stellvertreter.

Dies ist der formelle Abschluß des südafrikanischen Dramas gewesen; was in den schweren Tagen der Entscheidung sich in Vereeniging abgespielt hat, werden wir wohl erst nach Jahr und Tag erfahren. Jedenfalls haben die Buren Schritt um Schritt ihre Position zu verteidigen gesucht, und wenn die Entscheidung schließlich im englischen Sinne fiel, läßt sich nicht verkennen, daß ein anderer Ausgang nicht mehr möglich war. Auch hat England in wesentlichen Punkten nachgegeben. Es ist, wie wir es stets als Notwendigkeit bezeichneten, ein Kompromiß geschlossen worden. Das Volk der Buren ist befragt worden, soweit dieses Volk noch in Waffen stand und das bedeutete, wie wir wissen, die Gesamtheit der Waffenfähigen. Für die Helfer, die ihnen aus den stammverwandten Kreisen der südafrikanischen Nachbarlande kamen, ist erreicht worden, was die Engländer irgend gewähren konnten, ohne es mit den Loyalisten zu verderben; wir hoffen, daß Eduard VII. bei seiner Krönung noch einen Schritt weiter wird gehen können. Denn wenn sich auch vom englischen Standpunkte aus nicht verkennen läßt, daß diese Leute Rebellen waren, liegen doch sehr wesentliche Milderungsgründe vor: die Blutsverwandtschaft mit den Buren und die wichtige Tatsache, daß die englische Armee nicht stark genug war, jene Leute vor der Versuchung zu schützen, welche von den in die Kapkolonie eindringenden Burenkommandos ausging. Erreicht haben die Buren vor allem die Rückkehr in ihre alten Sitze, die materielle Möglichkeit fortzuexistieren, die unbehinderte Rückkehr aller Gefangenen und eine sehr bedeutende pekuniäre Unterstützung. Auch die Erhaltung ihrer

Nationalität erscheint uns nicht gefährdet. Diese wackeren Leute bleiben beieinander und daran hängt schließlich alles. Aus den zahlreichen Nachrichten, die in englischen Zeitungen aller Farben über das Verhalten der Buren verbreitet werden, und aus den Reden der englischen Staatsmänner wie aus der durch das Land gehenden Strömung haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Buren sich loyal in das Unvermeidliche fügen und daß England entschlossen ist, Wort zu halten und allen Ernstes auf eine Versöhnung der Rassen hinzuarbeiten.

Würdiger als Schalk Burger und Botha in ihrem „Offenen Brief an alle Offiziere und Beamte der Burghers" reden, konnte nicht gesprochen werden. Es ist nicht Pathos, aber ein tiefer sittlicher Ernst, der aus diesem Schreiben spricht, die schlichte, sich dem Ratschluß Gottes beugende Frömmigkeit kampfbewährter Helden, die, auch nachdem sie unterlegen sind, an ihrem Recht festhalten. Ergeben und voll selbstbewußten Stolzes zugleich. Wie schön sind ihre Trostesworte, wie vollberechtigt der Dank „unseren Weibern und Kindern, die so tapfer Opfer gebracht und so bitteres Leid getragen haben". Und dann der Schluß: „Jetzt, da der Friede geschlossen ist — wenn er auch nicht ein Friede ist, wie wir ihn ersehnten — laßt uns da verharren, wohin Gott uns geführt hat. Mit gutem Gewissen können wir erklären, daß $2^1/_2$ Jahre lang das Volk den Kampf in einer Weise geführt hat, wie es die Geschichte bisher kaum kannte. Lasset uns einander die Hände reichen für einen anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt des Volkes, lasset uns allen bitteren Gefühlen entsagen, lasset uns vergessen und *vergeben*, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen." Gewiß, sie sind es, die zu vergeben haben, und wenn sie es zu tun vermögen, wird auch das eine Tat sein, die ihresgleichen in der Geschichte kaum hat.

Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die größten Schwierigkeiten noch bevorstehen. Auch bei dem besten Willen werden Härten nicht vermieden werden und wir blicken namentlich mit Sorge auf die intransigent englischen Elemente im Kaplande und in Natal. Es liegen Anzeichen vor, die darauf hinweisen, daß sie den schließlichen Erfolg nützen wollen, um die Afrikander in ihrer Mitte niederzuhalten, was ohne Schädigung der Verfassung nicht möglich ist. Ein

Verfassungskonflikt wäre aber jetzt, da Südafrika vor allem Ruhe braucht, um seine Wunden zu heilen, das schlimmste was geschehen könnte.

Über Zeit und Umfang der Abrüstung Englands in Südafrika ist noch nichts bekannt geworden. Die englische Marine wird ganz außerordentlich durch die Rückführung der Truppen wie der Gefangenen in Anspruch genommen werden und schwerlich der Ungeduld derjenigen gerecht werden können, die so lange schon in Sehnsucht und Sorge nach der Rückkehr verlangt. Lord Kitchener ist bestimmt als Oberkommandierender nach Indien zu gehen, wo seiner leicht ernste Aufgaben harren könnten. Zunächst wohl die Beendigung des Krieges mit den noch immer nicht unterworfenen Waziris. Ob Krüger von der ihm freigestellten Rückkehr nach Südafrika Gebrauch machen wird, da die Engländer sich bereit gefunden haben, diesem einen Mann den Untertaneneid zu erlassen, wissen wir nicht. Sein Versuch, den Buren auf dem Kontinent einen Bundesgenossen zu finden, hat sich als eine Illusion erwiesen, aber es war eine patriotische Illusion; die harten Notwendigkeiten der politischen Wirklichkeit machten eine wirksame Hilfe unmöglich, und diejenigen sind die besten Freunde der Buren gewesen, die es verschmähen, sie mit klingenden Worten abzufinden.

In wenigen Wochen wird die Krönungsfeierlichkeit in London sich vollziehen. Erst der Friede vom 31. Mai wird sie zu einem wirklichen Fest gemacht haben. Die Welt erwartet mit Bestimmtheit, daß Eduard VII. vom Königsrecht des Verzeihens den allerweitesten Gebrauch machen wird. Es wäre die einzig würdige Antwort, die England auf den offenen Brief Burgers und Bothas geben kann.

Von den Ereignissen der Woche, soweit sie die auswärtige Politik berühren, bedarf die Bildung des neuen französischen Ministeriums noch einiger Bemerkungen. Wie schon die letzten Tage wahrscheinlich machten, ist dieses vierzigste Ministerium der dritten Republik von dem Senator Combes gebildet worden, der neben dem Präsidium noch die Ministerien des Unterrichts und des Kultus übernimmt. Von seinen Kollegen ist der neue Finanzminister Rouvier ohne Zweifel der bedeutendste. Vom Ministerium Waldeck-Rousseau sind der Kriegsminister André und Herr Delcassé in seiner alten Stellung als Minister der auswärtigen Angelegenheiten über-

nommen worden. Alle übrigen gehören zu den dii minorum gentium und als Kurioſum fällt auf, daß dem Radikal-Sozialiſten Camille Pelletan, dem urſprünglich die öffentlichen Arbeiten übertragen werden ſollten, ſchließlich die Marine zugefallen iſt. Die neue Generation der franzöſiſchen Politiker iſt offenbar in allen Sätteln gerecht. Auch Doumergue, der Kolonialminiſter, iſt Radikal-Sozialiſt. Alle übrigen gehören verſchiedenen Schattierungen der Linken an, keiner der Miniſter gehört zu den Nationaliſten. Es iſt daher begreiflich, daß die Organe dieſer Partei und die der Rechten das neue Miniſterium nicht eben freundlich anfaſſen, man wird jedoch zugeben müſſen, daß in dem heutigen Frankreich eine beſſere Kombination ſchwer zu finden war. Im weſentlichen wird es ein Miniſterium Combes-Rouvier-Delcaſſé ſein, und zunächſt kann man noch nicht vorherſehen, welcher der beiden erſtgenannten den überwiegenden Einfluß haben wird. Combes gilt für klug und energiſch, Rouvier iſt aber wohl der politiſch erfahrenere und gilt für einen Finanzmann erſten Ranges. Man erwartet von ihm die Durchführung einer progreſſiven Einkommenſteuer. Sein Name iſt 1887 zur Zeit der Schnäbele-Affäre viel genannt worden, da er als erſter den Kampf gegen Boulanger aufnahm. Seine Feinde ſuchten ihn in den Panamaſkandal zu verwickeln. Was jedoch am meiſten auffällt, iſt, daß ſeit bald einem Menſchenalter der franzöſiſche Adel ſo völlig aus den Miniſterliſten verſchwunden iſt. Man könnte, wenn man die Reihen der führenden Politiker überſieht, zum Schluß gelangen, daß es überhaupt keine politiſch-brauchbaren Leute mehr im franzöſiſchen Adel gibt, wenn nicht in der Diplomatie noch hie und da ein Name auftauchte, der hiſtoriſchen Klang hat.

Aber vielleicht erklärt das völlige Fehlen dieſes Elements die Unwürdigkeiten, die ſich immer häufiger im franzöſiſchen Parlament abſpielen. Ganz kürzlich, gleich nachdem der neue Präſident der Kammer, Herr Bourgeois, gewählt war, hat ſich in der fine fleur der Volksvertretung, d. h. unter den Vertrauensmännern der Männer des Vertrauens der Nation, wir meinen die Mitglieder einer Kommiſſion zur Prüfung der Wahlen, eine regelrechte Prügelei abſpielt. Nachdem man ſich zuerſt mit Liebenswürdigkeiten traktiert hatte, unter denen canaille einen verhältnismäßig harmloſen Eindruck machte, kam es zum Fauſtkampfe „un véritable pugilat“ erzählt

das „Journal des Débats“, so daß Freund und Feind sich nicht mehr unterschieden und man sich später genötigt sah, die nicht beabsichtigten Ohrfeigen wieder zurückzunehmen und die erhaltenen abzuleugnen. Wo die Tatsachen durch vieler Zeugen Mund belegt waren, blieb dann nichts übrig, als Sekundanten zu schicken, aber wir haben bisher nicht gehört, daß es darüber zu einem wirklichen Duell gekommen sei. Im „Figaro“ hat eine geistreiche Dame den Vorschlag gemacht, der Kammer einen anderen Sitzungssaal anzuweisen als das Palais Bourbon. Erstens sei nämlich die Ventilation so schlecht, daß die von all den temperamentvollen Volksvertretern ausströmende Atmosphäre an sich schon ausreiche, eine normale Funktion der Nerven unmöglich zu machen, dann aber hafte an den Wänden der Nachhall so unzähliger Injurien und Unwürdigkeiten, daß sich mit dem Raum keinerlei Vorstellung von Würde mehr verbinde.

Das ist sehr richtig und fein empfunden. Ein Raum kann geweiht, aber auch entweiht werden, und nichts ist schwerer, als einem entweihten Raum die frühere Würde wiederzugeben.

Eine großartige Flottenvermehrung wird in Japan geplant; im Laufe von sechs Jahren, vom Juli 1902 ab sollen fertiggestellt werden: 4 Panzerschiffe zu je 15000 t, 2 gepanzerte Kreuzer zu 9900 und 4 zu 5000 t, 15 Torpedojäger und 50 Torpedoboote. Wird dieser Plan durchgeführt, so wird auch nach Ablauf des englischen Allianztraktats Japan im großen Orient die See beherrschen und sowohl als Bundesgenosse wie als Gegner erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

Wir notieren zum Abschluß, daß am 10. Fürst Ferdinand von Bulgarien nach Petersburg abgereist ist. Der Ministerpräsident Danew ist ihm vorausgeeilt. Im Gefolge des Fürsten finden wir auch den bulgarischen Kriegsminister und derzeitigen Chef des Stabes.

13. Juni. Russischer Sprachenukas für Finland.
14. Juni. Der russische Oberst L. Grimm wird wegen Landesverrats zu zwölfjähriger Zwangsarbeit verurteilt.
15. Juni. Verlobung des Prinzen Nikolaus von Griechenland mit der Großfürstin Helene Wladimirowna.

18. Juni 1902.

Es ist gewiß eine Tatsache, die als Symptom von großer Tragweite betrachtet werden muß, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Richthofen, sich genötigt sieht, dem Berliner Vertreter der „Times" vor einer Corona von Zuhörenden zu sagen: „Niemand hat zur Vergiftung der öffentlichen Meinung in England gegen Deutschland mehr beigetragen als Sie. Ich habe es auch wiederholt dem Herrn Botschafter gesagt, daß bei dem Einfluß der „Times" in England und dem Widerhall ihrer Äußerungen in Deutschland Ihre tendenziöse, vergiftende Berichterstattung geradezu als Unheil für beide Länder zu betrachten ist." Wir halten es für sehr dankenswert, daß hier einmal von berufener Seite vor einer weiten Öffentlichkeit das Treiben gebrandmarkt wird, das nun schon seit Jahr und Tag von einem Konsortium von Journalisten ausgeht, das seinen Mittelpunkt in England findet, dessen Adepten von Paris über Prag und Pest nach Petersburg hinein wühlen, und von Posen, Lemberg und Krakau her gespornt, kein anderes Ziel zu kennen scheinen, als alles zum Schlechten zu kehren, was in Deutschland getan und gesagt wird. Herr Saunders in Berlin, Sir Rowland Blennerhasset in London und neben ihm der ganze Stab der Mitarbeiter der „National Revue", einer Monatsschrift, die sich die Denunziation Deutschlands zur Lebensaufgabe gesetzt zu haben scheint: Herr Wesselitzki-Boshidarowitsch, der unter dem Pseudonym Ignotus unter der Maske eines Engländers von

Geburt schreibt und zugleich seine giftigen Telegramme und Korrespondenzen an die „Nowoje Wremja“ schickt, die Herrn Maxse, Vater und Sohn, der Exdiplomat Tatischtschew (Argus) u. s. w. Der „National Review“ sekundiert die „Fortnightly Review“, die ihren falschen Engländer Calchas nennt, und ebenso der China-Korrespondent der „Times“, Dr. Morrison, dessen besondere Spezialität es ist, im fernen Osten die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu untergraben. Er unterscheidet sich von dem „National“ und „Fortnightly Review“-Konsortium nur dadurch, daß, während jene dem Phantom einer englisch-russischen Allianz gegen Deutschland nachjagen, er zugleich mit aller Energie auf einen russisch-englischen Konflikt hinarbeitet. In der „Times“ vom 13. Juni wird neuerdings dieses Thema mit kräftigen Seitenhieben gegen Deutschland verbunden, in breiter Selbstgefälligkeit traktiert. Eine besondere Gruppe, die wie jene ihre Spitze gegen uns richtete, war die französisch-tschechisch-ungarische Kombination der Herren Rimler, Chéradame, Kramarz, Ugron, die gleichfalls mit Gefolge auftrat und deren Treiben wir im verflossenen Jahre (konf. Deutschland und die große Politik 1901, pag. 268 folgende) ad absurdum geführt haben. So verschieden die letzten Ziele all dieser politischen Freibeuter sind, in einem stimmen sie überein, daß vor allen Dingen Deutschland klein gemacht werden müsse. Wir denken nun freilich mit König Friedrich Wilhelm I.: „wenn sie ein Herz haben, sollen sie es versuchen“, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß jenes systematische Wühlen die eine Folge gehabt hat, allen denen, die bei einem Zusammenbruch der gegenwärtigen Staatsordnung zu gewinnen meinen, die Vorstellung zu erwecken, daß nun der Augenblick gekommen sei, mit ihren Plänen hervorzutreten.

Die törichte Herausforderung, die seit einigen Jahren von polnischer Seite gegen alles Deutsche geschieht, wird von all diesen internationalen Unruhestiftern begünstigt und, was doch sehr charakteristisch ist, auch von der russischen Presse energisch geschürt, obgleich ja offenkundig ist, daß die Übertragung der bei uns in Posen geltenden Regierungspraxis auf Russisch-Polen, Littauen, Weiß- und Kleinrußland, dort von dem gesamten polnischen Element als eine hochersehnte Wohltat begrüßt werden würde. Bekanntlich stehen alle diese Gebiete unter dem Zwange „verstärkter Sicherheitsmaß-

regeln", d. h. in Belagerungszustand, aber auch abgesehen davon würden die in Russisch-Polen herrschenden Zustände auf Preußisch-Polen übertragen, wohl einen Schrei des Entsetzens erregen. In Rußland dürfen Polen, selbst wenn sie zur griechischen Kirche übergetreten sind, überhaupt keinen Landbesitz in den westlichen Gouvernements erwerben, und ebenso Kinder von Polinnen, die an Protestanten verheiratet sind, nicht, wenn diese Kinder römisch-katholischer Konfession sind. Bei Mischehen mit der griechischen Kirche aber haben die Kinder unter allen Umständen die griechische Konfession anzunehmen, aus der ein Austritt bekanntlich nicht gestattet ist.

Seit dem 27. Dezember 1884 dürfen Personen polnischer Abstammung keine Hypothekenbriefe als Pfand annehmen und seit 1885 ist ihnen jede Möglichkeit genommen, anders als durch Erbfolge Landbesitz im sogen. westlichen Gebiete zu erwerben. Dazu kommt noch, daß in den 9 westlichen Gouvernements die Polen seit 1863 eine Kontributionssteuer von 10 Prozent zu tragen haben, die erst aufhören soll, wenn zwei Drittel des Großgrundbesitzes an Personen nichtpolnischer Abstammung übergegangen ist und die Anzahl dieser Personen nicht weniger als die Hälfte der Besitzer aller, in den einzelnen Gouvernements belegenen Güter beträgt. Das Resultat ist, daß in Russisch-Polen als Verkäufer von Gütern fast ausschließlich Polen fungieren, als Käufer ausschließlich Nichtpolen.

Seit dem 20. Februar 1894 dürfen Personen nicht russischer Konfession, oder solche, welche Katholikinnen oder Lutheranerinnen polnischer Nationalität geheiratet haben, in den Ämtern und Posten nicht angestellt werden, die dem Ministerium der Wege und Verkehrsanstalten zu Wasser wie zu Lande unterstellt sind, nicht einmal als Weichensteller oder als Pächter der Bahnhofsrestaurants. Im gesamten Westgebiet ist die ländliche Selbstverwaltung und sind die Geschworenengerichte aufgehoben und ebenso ist den Gemeinde- und Dorfgerichten der Gebrauch einer anderen Sprache als der russischen verboten, und für das westliche Gebiet der „Gebrauch der polnischen Sprache im Verkehr mit Behörden und Beamten überhaupt verboten in jeglicher schriftlichen oder mündlichen Mitteilung an Regierungs- oder Gesellschaftsinstitute, auf Aushängeschildern, in Bekanntmachungen, ebenso in Klubs, Theatern, Geschäftslokalen und an anderen öffentlichen Orten, in letzteren Fällen allerdings nur dann, wenn das

Gespräch aus dem Rahmen einer gewöhnlichen privaten Unterhaltung heraustritt" (Verordnung vom 30. Juni 1880, die noch heute in Kraft ist). Es ließe sich, wenn wir auf das Gebiet von Kirche und Schule übergehen, das Thema ins Endlose fortspinnen. Aber wir brechen ab. Wer sich genauer orientieren will, lese das sehr lehrreiche Buch des Grafen Lelewa: Russisch-polnische Beziehungen. Leipzig 1895. Aber man fragt wohl, welche Stirn dazu gehört, wenn russische Blätter wohlgefällig in Anlaß der letzten Rede des Grafen Bülow im Herrenhause und der Marienburger Rede Kaiser Wilhelms über die barbarische Polenpolitik Preußens zetern. Die „Pet. Wjedomosti" leisten sich sogar den folgenden Satz: Für die großen Mächte, die heute mit Deutschland auf der Arena der Weltpolitik konkurrieren, ist es erfreulich, ja entzückend, zu sehen, wie Deutschland Hunderte von Millionen verausgabt, um sich nach englischem Muster ein Irland zu schaffen. Im Falle eines Krieges (und trotz aller Friedensliebe wird die Stunde einmal schlagen) ist ja vorteilhaft, im Lande des Gegners einige Millionen Todfeinde desselben in Bereitschaft zu haben, die man erst zu indirekten, dann zu direkten Bundesgenossen machen kann!" Die „Nowoje Wremja" aber stellt die empörenden Injurien des Tschechen Klofac gleichsam als die natürliche Antwort auf die Marienburger Rede Kaiser Wilhelms dar!

Nun wissen wir freilich, daß die großpolnische Agitation, gegen welche wir kämpfen, sich zur Zeit gegen uns wendet, weil sie meint, daß unsere Stellung, dank dem Schutze, den die Verfassung den Polen gewährt wie jedem anderen preußischen Staatsbürger und Mitgliede des Deutschen Reiches, die schwächere ist im Vergleich zu der Stellung, die Rußland seinen Polen gegenüber einnimmt, wir wissen aber auch, daß der Haß der Polen gegen die Russen noch tiefer wurzelt und daß Rußland den polnischen Trumpf gegen uns nicht ausspielen kann, ohne sich selbst zu verstümmeln. Galizien aber, das sich ja mitunter geriert, als sei es Österreich-Ungarn, kann diese Polenpolitik nicht treiben ohne die habsburgische Monarchie gleichzeitig in Gegensatz zu Preußen und zu Rußland zu stellen. Die Möglichkeit der einen wie der anderen Kombination lehnen wir a limine ab. Was uns in den Gegensatz zu den Polen gedrängt hat, ist die Agitation, die sie zu Zwecken nationaler Propaganda, in Hoffnung auf eine Weltkatastrophe, betreiben. Wir wollen ihnen

das wieder abgewinnen, was sie in Zeiten der Schwäche mit diesen Mitteln uns abgejagt haben, und da es einen anderen Weg nicht gibt, drängen wir sie zurück in ihr Nest.

Daß eine solche Notwendigkeit Härten im Gefolge hat, die der einzelne Pole schmerzlich empfinden mag, bestreiten wir nicht. Aber: tu l'as voulu Georges Dandin! Was geschieht, ist die Antwort auf die geschichtliche Erfahrung, die wir mit unseren Polen gemacht haben. Auch werden wir es ohne Neid ansehen, wenn ihre Führer, die ja besonders lebhaft in dieser Hinsicht empfinden, in Galizien oder vielleicht auch bei ihren russischen Freunden eine Zuflucht vor der preußischen Barbarei suchen.

Was aber die Rede des tschechischen Abgeordneten Klofac betrifft, so ist das Programm des Mannes uns ja wohlbekannt. Sein Ziel ist, die katholisch-tschechische Kirche von Rom zu lösen und sie der russisch-orthodoxen Kirche in den Schoß zu führen. Er ist der Urheber jener Petition, die im Herbst des vorigen Jahres den heiligen Synod in Petersburg um Heiligsprechung des Märtyrers Johann Huß anging, und der sich danach in öffentlicher Rede zu dem Programm bekannte, daß die Annäherung an Rußland auf dem Gebiete der Religion auch eine Annäherung auf dem Gebiete der Kultur und der Politik zur Folge haben werde. Damit verbindet sich für Österreich-Ungarn bei ihm das weitere Programm, den staatlichen Dualismus durch eine Staatenföderation zu ersetzen, die schließlich jedem der slavischen Volkssplitter seine besondere Selbständigkeit schenken würde. Da damit Österreich-Ungarn sich in seine Bestandteile auflösen müßte, kann kein österreichischer oder ungarischer Staatsmann solchen Ideen seine Unterstützung leihen, und wir nehmen deshalb den Gedanken auch nicht ernst. Was aber entschieden ernst genommen werden muß, ist der Umstand, daß Männer, wie Klofac, im österreichischen Parlamente eine Rolle spielen können, und daß sich um sie die anderen gegen Deutschland erhitzten oder aus irgend einem Grunde verstimmten Elemente scharen. Man wird dadurch förmlich zu der Erwägung gedrängt, daß der Augenblick doch kommen kann, da die Regierung, mit der wir im Bündnis und Freundschaftsverhältnis stehen, überhaupt keine Majorität mehr für ihre Politik in der Kammer findet. Jedenfalls muß, nach der letzten Klofac-Szene, mit solchen Möglichkeiten gerechnet und auch

die Eventualität einer anderen politischen Orientierung nicht ohne weiteres von unserer Seite abgelehnt werden. Herr Klofac scheint sich trotz der Zurechtweisung, die ihm durch den Präsidenten wie durch Herrn v. Körber zu teil wurde, auch noch Tags darauf sehr groß vorgekommen zu sein, und wir haben den Eindruck nicht gewonnen, daß die Majorität des österreichischen Abgeordnetenhauses in dieser unser Gefühl tief verletzenden Angelegenheit die rechte Stellung eingenommen hat. Ein Staat von den Machtmitteln und der konzentrierten Kraft des Deutschen Reiches steht nie allein, wenn er nicht allein stehen will; mit den Klofac und den galizischen Demonstranten, die sich als die Herren im österreichischen Hause auszuspielen lieben, ist aber bei aller Nachsicht auf die Dauer unmöglich, zusammenzugehen.

Von dem Ministerium Combes haben wir heute bereits eine mehr greifbare Vorstellung gewonnen als vor acht Tagen. Der Ministerpräsident hat der Kammer sein Programm vorgelegt, und zwar eine Majorität, aber nur wenig Beifall gewonnen. Was am meisten auffiel, war die Bundesgenossenschaft, die der Sozialistenführer Jaurès ihm versprach, weil daraus auf Konzessionen nach dieser Seite hin geschlossen wird. Im übrigen ist eigentlich nur das eine klar gelegt worden, daß unter allen Umständen die zweijährige Dienstpflicht in Frankreich zur Durchführung kommen wird. Das ist ja eine innere französische Angelegenheit, über die wir uns kein Urteil anmaßen. Leicht ist die Aufgabe nicht, aber Herr André wird sich offenbar davon überzeugt haben, daß sie die Anforderungen nicht übersteigt, die er an die Leistungsfähigkeit und Pflichttreue der französischen Offiziere stellen muß, wenn sein Ziel erreicht werden soll. Die Russen sind nicht sehr begeistert von diesen Plänen, die in Rußland undurchführbar wären. Aber weshalb sollte der französische Rekrut und der französische Offizier nicht in dieser Hinsicht dem russischen überlegen sein? Noch weniger zufrieden ist man übrigens an der Newa mit Herrn Rouvier, dem neuen französischen Finanzminister, der sich offenbar im Interesse der am Orient sehr beteiligten großen und kleinen französischen Finanz, die Aufgabe gestellt hat, die türkischen Finanzen zu sanieren.

Die „Nowoje Wremja“ stellt in dieser Angelegenheit die folgenden charakteristischen Betrachtungen an: „Der französische Finanzmann

Rouvier, der mit der Deutschen Bank solidarisch vorgeht, hat das Projekt einer Konvertierung der türkischen Schuld vorgebracht. Die Konvertierung soll unter Bedingungen geschehen, die für die Pforte sehr unvorteilhaft sind, und sie ist daher auf heftige Opposition seitens hoher türkischer Beamten gestoßen. Der Großvezier Kutschuk-Said ist dafür, dann aber hat, wie uns aus Konstantinopel telegraphiert wird, der deutsche Botschafter Frhr. Marschall v. Bieberstein energisch eingegriffen und so ist der Sultan für das jetzt angenommene Rouviersche Projekt gewonnen worden.

„Dank der bevorstehenden Konvertierung der türkischen Staatsschuld werden einige Einkunftsquellen wieder frei, und diese sollen dazu dienen, die Garantie für die Bagdadbahn zu sichern. So ist der größte Stein des Anstoßes umgangen, und alles hängt jetzt davon ab, ob Deutschland die Bagdadbahn bauen will, eventuell wann der Bau in Angriff genommen wird.

„In Betreff dieser letzteren Frage können wir auf Grund direkter Nachrichten aus Kleinasien mitteilen, daß mindestens der Bau der westlichen Abschnitte der Bagdadbahn sehr bald in Angriff genommen wird. Die für die Konzession verlangten eingehenden Untersuchungen dieser Abschnitte sind beinah fertig und sollen nächstens der Pforte zu endlicher Bestätigung vorgelegt werden. So zerrinnt der schöne Traum, daß der Bau der Bagdadbahn unausführbar sei, in nichts!"

Uns waren diese Tatsachen neu, aber es soll uns freuen, wenn die „Nowoje Wremja" recht unterrichtet ist. Die Bagdadbahn war ihr bête noire, und nichts hat sie mehr erbittert, als daß Deutschland und Frankreich in dieser Angelegenheit Hand in Hand gehen. Daher auch die Unzufriedenheit mit dem „Finanzmann" Rouvier. Aber man tröstet sich in den Redaktionsräumen des Herrn Ssuworin damit, daß der russische Einfluß auf die Balkanhalbinsel durch die nunmehr ganz perfekte Versöhnung mit Bulgarien so viel gewonnen hat, daß die Rückwirkung auf Konstantinopel nicht ausbleiben kann. Wie denn die Reise des Fürsten Ferdinand nach Petersburg und die in diesem Anlaß gewechselten Reden sehr ostentativ als Ereignis von hoher Bedeutung dargestellt werden. Auch wird man anerkennen müssen, daß die geduldige Politik des Fürsten, die freilich von den

Stambulowschen Ideen weit abgeführt hat, für die koburgische Dynastie große Erfolge erzielt hat. Sie steht jetzt, wie es scheint, auf sicherem Boden und dürfte, da dem Fürsten konfessionell kirchliche Fragen minoris momenti sind, jetzt wohl dank dem russischen Schutz, auf bulgarischem Boden dauernde Wurzel schlagen. Für die Anerkennung Firmilians als Bischof von Üsküb und dem damit verbundenen Verzicht Bulgariens auf dereinstig überwiegenden Einfluß in Makedonien, hat Rußland mit Regulierung der bulgarischen Finanzen gedankt, und da Fürst Ferdinand sich ganz als Vollblut-Slaven zu geben versteht, wird ihm auch die deutsche Beimischung seines Blutes in Gnaden verziehen werden. Wenn er jetzt in Moskau seine Andacht verrichtet und auch von der alten russischen Residenz anerkannt sein wird, kann er getrost heimreisen, er kommt stärker zurück, als er ging. Die Königskrone freilich bringt er nicht heim, damit hat es vorläufig gute Weile, schon wegen der nahe liegenden Erwägung, daß es immer vorteilhafter ist, einen guten Freund zu haben, dem ein Lieblingswunsch in Zukunft einmal erfüllt werden könnte, als einen, der nichts mehr zu wünschen übrig hat.

Von großem Interesse ist eine Korrespondenz des „Journal des Débats" aus Montreal, Ende Mai, weil sich daraus die Stellung erkennen läßt, die Kanada bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Premier-Minister der englischen Kolonien in London einhalten wird. Im Parlament von Ottawa ist nämlich Sir Wilfrid Laurier vom Führer der Opposition Borden darauf interpelliert worden, welche Stellung er zur Frage der Reichswehr, d. h. zum Dienst der Kolonialtruppen außerhalb der Kolonien einzunehmen gedenke. Der Premier-Minister entgegnete, er habe nach London erklärt, die Ministerkonferenz werde mit Nutzen nur über handelspolitische Fragen verhandeln. Man habe ihm Mangel an Courtoisie vorgeworfen, weil er im voraus andere Fragen abgelehnt habe; sollte aber, wie der Minister von Neu-Seeland ankündige, über die abgelehnten Punkte diskutiert werden, so werde er (Laurier) wiederholen, daß seiner Ansicht nach die Verhandlung unnütz sei: „Wir wollen nicht, wie die europäischen Mächte, unsere Mittel ohne jeden Vorteil in den Abgrund des Militarismus werfen." Nach einer solchen Erklärung wird es für Sir Wilfrid sehr schwer sein, sich von Chamberlain bekehren zu lassen, und es scheint demnach, daß der Gegensatz

zwischen Kanada und Australien auf jenen Konferenzen eine wesentliche Rolle spielen wird. Andrerseits wird England wenig Neigung zeigen, den sehr weitgehenden wirtschaftlichen Forderungen Kanadas nachzukommen, wie denn der imperialistische Gedanke, dessen theoretische Verkündigung so großen Enthusiasmus hervorrief, durch den Versuch, ihn zur bindenden Norm des politischen Lebens zu machen, erstaunlich an Anziehungskraft zu verlieren beginnt.

19. Juni. Tod König Alberts von Sachsen.
23. Juni. Die österreichische Regierung läßt der ungarischen die amtliche Mitteilung zugehen, daß sie entschlossen sei, die zwischen beiden Mächten bestehenden Handelsverträge zu kündigen.
24. Juni. An König Eduard VII. wird eine schwere Operation glücklich vollzogen.
24. Juni. Aufschub der Krönungsfeierlichkeiten.

---

25. Juni 1902.

Wir finden es durchaus verständlich, wenn es für die ungeheuere Mehrzahl der Engländer heute keine interessantere Frage gibt, als die der bevorstehenden Krönungsfeierlichkeiten. Denn einmal sind die Engländer alle Royalisten quand même, denen es selbstverständlich erscheint, daß sie sich und ihr Land ehren, wenn sie ihren König feiern, dann aber wird es allerdings auch viel zu sehen geben, denn die Krönung wird sich mit unerhörtem Prunk vollziehen und in ihren althergebrachten Formen das old merry England den bewundernden Blicken der Zeitgenossen, als wäre es gegenwärtige Wirklichkeit, wieder vorführen. Die mit der Krönung parallelen Volksfeste und Gastereien, historischen Ballette, militärischen Schaustellungen, bei denen die bewaffnete Macht fast aller Länder der Erde ihre Vertretung findet, die großartige Entfaltung der englischen Seemacht und der mit all diesen Schauspielen verbundene Pomp einer Kirche, die Wert darauf legt, auch nach außen hin sich imponierend darzustellen, wie sollte das alles in seiner Summe nicht berauschend auf diejenigen wirken, die sich als Teilnehmer oder jubelnde Zuschauer in dem Kreise der Festgenossen bewegen? Der papierene Protest der Schotten, die nicht Eduard VII., sondern Eduard I. feiern wollen, wird als eine nicht ernst genommene Kuriosität unbemerkt verhallen, und auch der Mißton wird sich überhören lassen, durch den die bitterböse Opposition der Iren die Harmonie zu stören sucht. Sie haben den Beschluß gefaßt, den 26. Juni in ganz Irland als einen

Tag der Landestrauer zu begehen! Gewiß eine törichte Demonstration, und politisch betrachtet, eine Kundgebung von äußerster Unklugheit, weil sie, wenn wir recht sehen, die Home Ruler unter den Liberalen von der irischen Sache abdrängt und sie geradezu in das Programm Roseberrys hineinnötigt. Aber die Iren sind allezeit große Agitatoren und schlechte Politiker gewesen, in dieser Hinsicht unseren Polen nicht unähnlich, die sich das irische Muster zum Vorbild gewählt zu haben scheinen.

Hat uns doch erst kürzlich ein hervorragender Kenner amerikanischer Verhältnisse dargelegt, daß ganz wie die irische Agitation in England von den Iren in Amerika durch eine obligatorische Selbstbesteuerung unterstützt wird, auch die amerikanischen Polen sich heute zu Gunsten der posener und der russischen Polen besteuern. Er fügte hinzu, daß es auch die Iren seien, von welchen die gegen Deutschland und gleichzeitig gegen England gerichtete Agitation in einem Teil der amerikanischen Presse ausgehe, wie denn die Gegnerschaft gegen das germanische Element, wo immer es sich zeigt, einen wesentlichen Punkt ihres politischen Programms bildet. Ihre Freunde sind die Lateiner, speziell die Franzosen, und wer diese Tatsache und den Einfluß kennt, den die Iren durch ihr hervorragendes journalistisches Talent auf die Presse der Vereinigten Staaten ausüben, wird auch gewisse Strömungen verstehen, die demjenigen unbegreiflich erscheinen müssen, der in jener Presse den Ausdruck wirklicher Interessen der großen nordamerikanischen Republik zu erkennen sucht. Doch das ist ein politischer Exkurs, auf den wir vielleicht noch zurückzukommen Anlaß finden werden. Zunächst steckt mehr Lärm als Kraft in dieser Agitation und ihre Bedeutung würde ganz schwinden, wenn sich in jedem einzelnen Falle die Urheber jenes Treibens als das erkennen ließen, was sie sind. So lange sie sich hinter der amerikanischen Löwenhaut verstecken, glaubt man wirklich den Löwen zu sehen und zu hören. Schließlich entscheiden in den großen Fragen der Völkerinteressen aber nicht die Fiktionen, sondern die Realitäten, und gerade wir haben es nicht zu scheuen, wenn jene neue Welt den richtigen Einblick in die Wirklichkeit unserer politischen Bestrebungen findet.

In gewissem Sinne könnte man übrigens das England, dem wir im Verlaufe der nahen Festtage gegenüberstehen, auch als etwas

Fiktives bezeichnen. Jenes greater Britain, das so glänzend in London vertreten ist, stellt in Wirklichkeit keineswegs die vollkommene Einheitlichkeit dar, die man der Welt vorzuführen bemüht ist. Während der Krönungstage gilt eine Art politischen Gottesfriedens, eine treuga Dei, die als dauernder Zustand sich nur schwer wird behaupten lassen. So glänzend und günstig für das Ministerium Salisbury-Chamberlain der Abschluß des südafrikanischen Krieges gewesen ist, es läßt sich doch nicht verkennen, daß der Ausgang nicht der angekündigte war. Vom unconditional surrender konnte keine Rede sein. Man hat einen Kompromiß geschlossen und wird in nicht allzuferner Zukunft genötigt sein, weitere Kompromisse zu schließen. Denn in Südafrika steht nur Natal ganz auf dem Boden der Politik des Ministers und es läßt sich schon heute erkennen, daß zwischen der Kapkolonie und Natal die politischen Interessengegensätze sich nicht abstumpfen, sondern zuspitzen werden. Das ist recht deutlich durch die Reden zu Tage getreten, die fast gleichzeitig der „Premier" von Natal, Sir A. Him, in London und der (acting) Premier der Kapkolonie, Mr. Graham, in Kapstadt gehalten haben. Während der erste sich unbedingt und enthusiastisch für das Chamberlainsche Programm aussprach, ging Mr. Graham mit außerordentlicher Schärfe gegen den Chamberlainschen Gedanken vor, die Verfassung in der Kapkolonie zu suspendieren, weil man dadurch das Volk zu der Stellung politischer Heloten herabdrücken würde. Man habe gesagt, daß zwei Prozent aller Weißen des Kaps Rebellen seien, „aber soll man, weil eine Hand voll schlechter Elemente abtrünnig wurden, die ganze Kolonie als rebellisch brandmarken? Brandmarkt man jeden Holländer der Kolonie zum Rebellen, so bereitet man sich ein Erbe von Feinden und unzweifelhaft werden die Holländer sich gebrandmarkt fühlen, wenn die Verfassung suspendiert wird. Dadurch wird der Gegensatz der Rassen nicht gemindert, sondern verschärft werden." Die „Dutsch" (Holländer) würden mürrisch und ingrimmig in ihre Farmen zurückkehren und ihrer Stunde warten. Sei aber einmal die Verfassung suspendiert, so werde sie vor Abschluß der südafrikanischen Föderation nicht hergestellt werden. Das Kap bliebe dann bei der Entscheidung ohne Stimme und Natal mit seiner Verfassung würde die Lage beherrschen. „Wird die Föderation dem Kap oktroyiert, während die Verfassung

ruht, so verlieren wir die Kontrole der Zölle, der Eisenbahnen, der Verteidigungsmittel, es wird uns unmöglich werden, die Kolonie vor Beraubung zu schützen. Nichts würde die Oranje-Kolonie hindern, ihre Grenze bis ans Kapland zu ziehen, oder Betschuanaland zu Transvaal und Ostgriqualand zu Natal zu schlagen." Herr Graham wolle England warnen. Die Stimme der Provinzen komme wegen des Kriegsrechts nicht zur Geltung. Die Unterzeichner der Petition um Suspendierung der Verfassung seien nicht Vertreter der Kolonie. Er wünsche, daß die englischen Staatsmänner es sich wohl überlegten, bevor sie einen solchen Schritt wagten. Erfolge die Suspendierung, so werde das Ministerium zurücktreten im Bewußtsein, mit all seinen Kräften für das Volk und seine Freiheiten eingetreten zu sein. Er stehe zu König, Vaterland und Verfassung.

Man sieht, wie scharf der Gegensatz zwischen Kap und Natal hier zum Ausdruck kommt, obgleich kein Agitator, sondern der erste politische Beamte des Landes spricht. Offenbar spielen hier alte Rivalitäten mit: insbesondere der Partikularismus des Kaplandes, das sich zudem als die älteste der englisch-afrikanischen Kolonien besonders verletzt fühlt, wenn es hinter der weit jüngeren und kleineren Kolonie Natal zurückstehen muß. Und doch sind diese, gewiß nicht zu übersehenden Gegensätze gering im Vergleich zu den Schwierigkeiten, die das englische Ministerium in der am 30. Juni zusammentretenden Konferenz der Kolonialminister zu überwinden haben wird. Wir wissen nicht, ob die Adresse schon formuliert ist, welche die Minister an diesem 30. Juni dem Könige überreichen werden. Da es sich in ihr um eine Kundgebung der Loyalität handelt, wird die Verständigung nicht schwer zu erreichen sein; denn darüber besteht kein Zweifel, daß sie allesamt gut britisch und königlich sind: Kanadier, Neufundländer, Australier, Neuseeländer und Afrikaner sind in diesem Punkte eines Sinnes. Umso weiter gehen ihre Meinungen über das imperialistische Programm Chamberlains, den Zollverein und die Frage der pflichtmäßigen Beteiligung an den Kriegslasten des Reiches in Heer und Marine auseinander. Sir William Laurier hat, wie wir schon früher ausgeführt haben, keinen Zweifel darüber gelassen, daß Kanada von keiner Form des Militarismus etwas wissen will. Kanada hat gelegentlich kein Hehl daraus gemacht, daß es ihm nicht unlieb wäre, wenn England zur Wahrung der be-

sonderen kanadischen Interessen, z. B. in der Frage des Grenzstreites mit Alaska, zu den Waffen griffe, um diese Interessen und Rechte den Vereinigten Staaten gegenüber zu verteidigen; andererseits läßt es in England auch keinen Zweifel darüber, daß Fälle eintreten können, die Kanada nötigen können, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen, wenn England gar zu wenig entgegenkommend sei. Das gibt doch ein Verhältnis von Mutterland und Kolonie, das höchste Rücksicht verlangt, und wir sehen nicht, wie die „Reichsverteidigung" als pflichtmäßige Leistung Kanadas unter diesen Umständen erreicht werden könnte. Ähnlich aber steht es in diesem Punkt auch mit den übrigen Kolonien. Sie tragen in Summa heute zu den Ausgaben der englischen Marine 220000 Lstrl. bei, während Englands Marinebudget bekanntlich die stattliche Höhe von 31 Mill. Lstrl. erreicht. Eine Herstellung gleicher Rechte und gleicher Pflichten, die als Endresultat des durchgeführten Systems der Reichsföderation sich ergeben müßte, erscheint daher wenig verlockend, sobald man ihm praktisch näher zu treten versucht. Ganz dasselbe gilt aber von der Zollföderation. Der Premier des Commonwealth von Australien, Mr. Barton, hat sich sogar dahin erklärt, der Imperial „Zollverein" (man braucht das deutsche Wort, weil es ein entsprechendes englisches nicht gibt) sei „a total impossibility", eine absolute Unmöglichkeit, und wenn er auch eine handelspolitische Bevorzugung (preferential treatment) von England nicht gleich bestimmt ablehnt, so meint er doch, die Frage sei mit den größten Schwierigkeiten verbunden (a subject surrounded with difficultys). Zu alledem kommt aber noch, daß in England selbst sogar im gegenwärtigen Ministerium keinerlei Einigkeit darüber besteht, auf welcher Grundlage die handelspolitische Verständigung zwischen Mutterland und Kolonien erfolgen soll. Chamberlain denkt an ein System des Schutzzolles, der Schatzkanzler Hicks-Beach hat sich vor wenigen Tagen für unbedingte Aufrechterhaltung des Freihandelsprinzips erklärt, durch welches England groß geworden sei.

Man sieht, wie schwer es sein wird, hier die Diagonale zu ziehen und uns will scheinen, daß die Reichsföderation, wie sie Chamberlain vorschwebt, in festen und bindenden Formen sich nicht durchführen läßt. Sollte sie trotzdem im Rausch der Begeisterung beschlossen werden, so birgt sie Gefahren in sich und zwar größere

für England, als für die Kolonien. Der Anstoß zu derartigen Verbindungen muß aus der Initiative des Schwächeren, nicht des Stärkeren hervorgehen, wenn die neue Zentralisation nicht als Last empfunden werden soll, und zu solcher Initiative zeigt vorläufig nur Neuseeland mit seinem, wie es scheint, stets durchgehenden Premier Seddon Neigung. Aber ganz Neuseeland hat eine Bevölkerung von wenig über einer halben Million Köpfen und ist zudem durch seine unsinnig sozialistische Verfassung ein politisch völlig unberechenbares Staatswesen. Mr. Seddon aber redet, als habe er das halbe Großbritannien hinter sich!

Für den Fernerstehenden gibt das eine Lage, die der Komik nicht entbehrt, die aber doch auch ihre ernste Seite hat. Das heutige England ist ein Staat mit festen Traditionen und Zielen, die man kennt und mit denen sich rechnen läßt. Das England der Reichsföderation wird etwas unbekanntes, dessen Entschlüsse nicht mehr von den Interessen des Mutterlandes, sondern vom Temperament der Kolonien in Abhängigkeit stehen werden. Wir haben es an dieser Stelle oft ausgesprochen, daß wir ein starkes und gesundes England wünschen. Wir wünschen es, weil wir uns selbst stark wissen und überzeugt sind, daß ein richtig verstandenes Interesse beide Teile zusammenführen, nicht zum Zusammenstoß treiben muß. Die „Imperial Federation" auf der Chamberlainschen Grundlage mit ihrem Negieren des Prinzips der offenen Tür, mit ihrer Abhängigkeit von dem engen Sonderehrgeiz der Kleinen und Fernen, erscheint uns gefährlich für England wie für den Weltfrieden. Wir wollen das nicht im einzelnen ausführen, aber es liegt auf der Hand, daß, wo eine große Organisation geschlossen wird, um die Interessen anderer zu schädigen, sich Gegenorganisationen bilden müssen, bei denen sich Elemente zusammenfinden können, von denen man annahm, daß ihre Wege auseinandergehen.

Kurz, um zu resümieren, ein gutes Verhältnis Englands zu seinen Kolonien erscheint auch uns wünschenswert, die Festigung des Zusammenhanges etwa durch den geplanten Oberappellationshof in London, vielleicht auch durch ein Reichsparlament für besondere Fälle, durchaus annehmbar, auch finden wir es natürlich, daß Mutterland und Kolonien sich, wo es notwendig wird, militärisch zu Wasser und zu Lande unterstützen, etwa wie es während des letzten Krieges ge-

schah: was aber darüber hinausgeht, ist vom Übel, weil es den Keim zu Zerwürfnissen in sich trägt, die auf das Mutterland und durch dieses auf die Weltpolitik in ihren großen Zusammenhängen zurückwirken müssen. Man wird überhaupt daran festhalten müssen, daß, was heute in England geschieht, immer noch unter den Nachwirkungen der Erregung steht, die der südafrikanische Krieg brachte, durch den naturgemäß der laute Patriotismus in den Vordergrund drang; der laute ist aber nicht immer der beste. England braucht jetzt eine Periode materieller und moralischer Erholung, ein sich Besinnen auf sich selbst, Reformarbeiten, in denen es hinter vielen Staaten des Kontinents noch zurücksteht, nach all der Aufregung Ruhe, und damit dürfte auch dem allgemeinen Interesse des Weltganzen am besten gedient sein.

Über das Ministerium Combes beginnt man nicht nur innerhalb Frankreichs den Kopf zu schütteln. Die antiklerikale Richtung des Ministerpräsidenten macht sich mit so außerordentlicher Schärfe geltend, daß in einem Lande, dessen Frauen durchweg streng kirchlich sind, und dessen Adel und Bauerstand ebenfalls an der Kirche festhält, daraus eine Opposition hervorwachsen muß, die mit der Zeit nicht nur der herrschenden Partei gefährlich werden könnte. Das ist um so bedenklicher, als ein kürzlich erlassener Befehl des Ministerpräsidenten auch einen direkten Eingriff in die politische Gewissensfreiheit der französischen Beamten bedeutet. Die Ernennung und Beförderung sämtlicher Beamten wird nämlich von einem politischen Gesinnungszeugnis in Abhängigkeit gestellt, das die Präfekten und Unterpräfekten auszustellen haben! Da fragt man wohl, wo die französische Freiheit geblieben ist! Bei der scharf radikalsozialistischen Färbung des Ministeriums dürfte auf diesem Wege alles was mehr nach rechts steht allmählich aus Amt und Einfluß gedrängt und damit eben jener klerikalen krypto-monarchischen Opposition in die Arme gedrängt werden, deren Bekämpfung das Hauptziel der Regierung ist. Auch fragt man sich, was alles in den Bereich jener politischen Sittenzeugnisse fällt, ob etwa auch ein Bekenntnis zur zweijährigen Dienstzeit des General André oder zur progressiven Einkommensteuer Rouviers, und wie die bekannten und unbekannten Schlagworte der neuen Herren Frankreichs sonst lauten mögen?

Was aus dem Innern Rußlands zu uns herüberklingt, trägt einen wenig erfreulichen Charakter. In Orel soll ein bösartiger Bauernaufstand wüten, auch von neuen Attentaten gegen hohe Beamte laufen Gerüchte um; die in Wien erscheinende „Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine Proklamation der russischen Revolutionär-Sozialisten, die völlig unverhüllt die alte nihilistische Mordtheorie predigt: „Wir, denen die Möglichkeit genommen ist, die Tyrannei mit friedlichen Mitteln zu bekämpfen, halten es nicht nur für unser Recht, sondern für unsere heiligste Pflicht, obgleich uns solche Taktik widersteht, Gewalt mit Gewalt zu beantworten und das vergossene Blut des Volkes wegzuwaschen mit dem Blut der Unterdrücker." Das Manifest schließt, wie wir dem „Standard" entnehmen, mit der Erklärung, daß dieser Kampf erst aufhören werde, wenn es möglich geworden sei, die Willkür der Obrigkeit durch friedliche und zivilisierte Mittel zu bekämpfen.

Das heißt mit anderen Worten, weitere Morde bis zur Verleihung einer Verfassung, also ein blutiges Einschüchterungssystem, das wie derartige unsittliche Mittel stets das Gegenteil von dem erreichen wird, was es bezweckt: eine Steigerung der Zwangsmittel, zu denen die Notwehr heute wie 1881 die russische Regierung drängt. Auch läßt sich nicht verkennen, daß die Absicht zu organischer Reformarbeit von unten herauf in den Regierungskreisen besteht. Wenn nur nicht alles so sprunghaft geschähe und so häufig in die unrechten Hände gelegt würde, und wenn nicht so unendlich viel zu tun wäre! Aus einer Publikation der freien ökonomischen Gesellschaft ergibt sich, daß in dem heutigen Rußland von den Kindern im Alter von 7 bis 14 Jahren 18 Millionen noch immer ohne jeden Unterricht aufwachsen! 15720825 auf dem Lande, 2070244 in den Städten! Wie kann unter solchen Verhältnissen an die Einführung einer Verfassung gedacht werden! Aber allerdings wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß in einem Staat, der die Mittel nicht aufbringen kann, um seinen nächsten Pflichten als Erzieher des Volkes zu genügen, der zugleich seinen Pflichten dem Grund und Boden gegenüber, den er in Kultur zu erhalten hat, nicht gerecht zu werden vermag, die ungeheuren Ausgaben für Krieg und Marine sich nur schwer rechtfertigen lassen. Eben jetzt geht uns die Nachricht zu, daß über Libau immer neue Züge deutscher

Kolonisten aus Südrußland nach Amerika auswandern. Es sind Leute, die sich dem geltenden Russifizierungssystem entziehen wollen und deren bis heute blühendes Land nun wohl auch der Verödung verfallen wird, die jetzt in Rußland überall vordringt.

Aber sollte es sich nicht empfehlen, Agenten nach Libau zu schicken, um diese tüchtigen und meist kapitalkräftigen Elemente für die Kolonisation in unserer Ostmark zu gewinnen?

28. Juni. Unveränderte Erneuerung des Dreibundes auf weitere zwölf Jahre.
28. Juni. Eintreffen des Khedive in Konstantinopel.
28. Juni. Konstituierung des Ministeriums Boström in Schweden.
30. Juni. Endgültige Entscheidung des Kongresses in Washington für den Bau des Panama-Kanals.

2. Juli 1902.

Die schwere Erkrankung König Eduards VII., die peinliche Notwendigkeit, die in allen Vorbereitungen bereits zum Abschluß gediehenen Krönungsfeierlichkeiten ins Ungewisse zu verschieben, die Sorge, mit der man den Nachwirkungen einer Operation entgegensah, die, auch an einem jungen und kräftigen Körper vollzogen, ernste Lebensgefahr keineswegs ausschließt, endlich der günstige Verlauf, den wider alle Wahrscheinlichkeit die Krankheit nahm, das alles hat nicht nur in England, sondern in aller Welt das lebhafteste Mitgefühl hervorgerufen. Wir haben erst vor 8 Tagen von dem starken Royalismus der Engländer gesprochen. Vielleicht weil ihre Verfassung sich so sehr republikanischen Staatsformen nähert, gibt es heute in England keine republikanische Partei; auch die am weitesten links stehenden Radikalen sind überzeugte Monarchisten, und die Kundgebungen, die heute aus den Kolonien nach England herüberklingen, haben den schlüssigen Beweis erbracht, daß man in Australien, Neuseeland, Kanada, ja sogar in Südafrika sich in demselben Empfindungs- und Gedankenkreise bewegt. Die Krankheit des Königs hat so zu einer weiteren Festigung des imperialistischen Gedankens geführt, die Tragik, die in dem plötzlichen Übergang von höchstem Jubel zu banger Sorge liegt, aber hat bei uns, wie überall, das rein menschliche Mitgefühl zum Durchbruch gebracht. Den „finsteren Mächten" gegenüber, die den zur Lippe geführten Becher uns entreißen, fühlen wir uns selber sterblicher, und um so aufrichtiger nehmen wir an der

Freude teil, die jetzt, da das Schlimmste jedenfalls überwunden scheint, durch alle Länder englischer Zunge zieht.

Aber wer wollte verkennen, daß es trotz allem ein schwerer Schlag ist, der England getroffen hat. Politische, materielle und ideelle Interessen knüpften sich an jenen 26. Juni, der nun sang- und klanglos, in trüber Stimmung hingegangen ist. Nichts aber ist schwerer, als eine unterbrochene Festfreude wieder lebendig zu machen und Empfindungen aufrecht zu erhalten, deren Enthusiasmus durch einen jähen Mißton gestört wurde. Die Kolonien, deren Vertreter heute (den 30.) in London zu den entscheidenden Beratungen über die Imperial federation zusammengetreten sind, haben die großen Worte nicht gehört, die bestimmt waren, ihnen das Bewußtsein des Zusammenhanges der Reichsinteressen mit denen der Kolonien zu kräftigen: die nüchternen geschäftlichen Erwägungen werden in den Vordergrund treten, und man wird aller Wahrscheinlichkeit nach mehr von Macht zu Macht mit einander verhandeln, als es sonst der Fall gewesen wäre. Es liegt das wohl in den Widersprüchen begründet, die nun einmal in der englischen Volksseele ruhen: jene eigentümliche Verbindung von enthusiastischem Nationalgefühl, großmütigen Regungen und kalter geschäftsmäßiger Rechnung in Wertung der Menschen und der Verhältnisse. Auch wird man sich fragen dürfen, ob es nicht im allgemeinen wie im besonderen englischen Interesse einen Vorteil bedeutet, wenn die Entscheidung über die folgenreichen Probleme, die zur Verhandlung stehen, und über deren Inhalt wir unsere Leser ja auf dem Laufenden erhalten haben, nicht gleichsam in erhöhter Stimmung, sondern auf Grund einer sorgfältigen, alle einschlagenden Verhältnisse berücksichtigenden Erwägung entschieden werden? Wahrscheinlich wird die Beratung der Kolonialminister mit der englischen Zentralregierung auch nicht über die Anerkennung der leitenden Hauptgesichtspunkte für eine künftige Föderation hinausgehen und in den heimischen Parlamenten, wie in London, zu eingehenden Erwägungen der gewiß nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten führen. So wenig wir auf dem Boden eines unbedingten Freihandelssystems stehen, so bedenklich erscheint es uns doch, wenn eine Handelsmacht von der Bedeutung Englands die freihändlerische Grundlage plötzlich verläßt, um zu einem künstlichen und widerspruchsvollen System zu greifen, das sich auf einer

Fiktion aufbaut, die der Realität gewohnter und erlebter Verhältnisse widerspricht und alle übrigen am Welthandel und an der Weltpolitik beteiligten Mächte zwingen würde, sich neu zu orientieren und eventuell nach der Formel zu suchen, die es ihnen möglich machen könnte, sich zusammenzuschließen. Auch kommt hinzu, daß in der Tat England eine Periode der Erholung und Sammlung braucht, um lange hinausgeschobene Reformen und die neu aufgetauchten politischen und wirtschaftlichen Probleme in Ruhe zu lösen. Da ist zunächst die *südafrikanische Frage*, die sich durch die Frage der eventuellen Suspendierung der Verfassung im Kaplande doch eigentümlich verwickelt hat. Wir werden über den tatsächlichen Zusammenhang der Verhältnisse in den nun in den Friedenszustand zurückgetretenen südafrikanischen Gebieten erst sehr allmählich zuverlässig orientiert sein; die englische Zensur hatte die Privatkorrespondenz und auch die ohnehin vorsichtig gehaltenen Zeitungskorrespondenzen so sehr unter Aufsicht genommen, daß es kaum möglich war, anders als durch Kombination und rückschauende Betrachtungen, zu einigermaßen zuverlässigem Urteil zu gelangen. Auch ist bekanntlich von Seiten der Freunde der Buren ebenfalls mehr als eine falsche Nachricht in die Welt gesetzt worden. Jetzt beginnt man aufrichtig zu sein, und die Korrespondenzen, die in den letzten Tagen aus Südafrika nach England gelangt sind, verdienen daher besondere Beachtung. So lesen wir in einer Korrespondenz, die am 9. Juni aus Pretoria abgegangen ist, die folgenden lehrreichen Ausführungen: „Wenn es unzweifelhaft ist, daß die große Mehrzahl der Buren die Friedensbedingungen als nach den Umständen befriedigende angenommen hat, tritt doch in peinlicher Weise zu Tage, daß viele der Frauen unversöhnlich bleiben und daß, was die Männer betrifft, unter denen die nichts oder nur wenig im Felde getan haben und sich schon vor zwei Jahren oder danach unterwarfen, Leute sind, die ihr Möglichstes tun, um den Rassengegensatz wieder anzufachen. General Botha hat es nicht für nötig befunden, die Tatsache zu verheimlichen, daß, wenn nicht die Frauen gewesen wären, der Krieg schon vor 18 Monaten sein Ende gefunden hätte. Auch verdient erwähnt zu werden, daß die Zahl der von den Buren abgelieferten Gewehre verhältnismäßig gering ist (trifft heute wohl nicht mehr zu!). Nun liegt aller Grund zur Annahme vor, daß die Buren während des letzten Krieges gewohnt

waren, mit Hülfe ihrer Diener, noch ein zweites Gewehr zu führen, ein Mausergewehr und dann meist ein Lee-Metford. Da scheint es doch sonderbar, daß die Zahl der abgelieferten Gewehre so viel niedriger als die der Männer, die sich unterwarfen. Doch wird es schwerlich möglich sein, daß die Buren längere Zeit hindurch Gewehre verheimlichen können, zumal, wenn erst die Südafrika-Konstabler über das ganze Land verbreitet sind. Weiß man doch aus Erfahrung, daß sich immer Buren finden, welche die eigenen Leute preisgeben. Aber es wäre verbrecherische Fahrlässigkeit, wenn wir die Unterwerfung der Buren, der Männer wie der Frauen, als aufrichtig hinnehmen wollten. Die Majorität ist, wie ich aufrichtig glaube, jedenfalls entschlossen, Hand in Hand mit uns ehrlich zu arbeiten, aber bei einem Volke, welches so ehrlich zu hassen und so gut zu fechten versteht, müssen wir Regungen der Unaufrichtigkeit erwarten. Es ist anzunehmen, daß ein Jahrzehnt tüchtiger Regierung die antibritische Gesinnung auf ein Minimum reduziert, und daß die Verbreitung der Bildung ohne holländische Lehren viel dazu beiträgt, den binnenländischen Buren die Augen über die wahre Lage zu öffnen. Was wir bis dahin zu tun haben, wird sein, die eroberten Kolonien in fester Hand zu halten, und alle Mittel, auch die radikalen anzuwenden, um das Kap zu einem Schein von Loyalität zu bringen. Die Gefahr liegt im Kap. Den Schlüssel der Zukunft Südafrikas hat jetzt Mr. Chamberlain, und so lange er im Amte bleibt, läßt sich hoffen, daß Einheitlichkeit in den Zielen, Eintracht der Rassen, Anerkennung einer Flagge und ungeteilte Loyalität durch ganz Südafrika behauptet wird." Wir schließen hier gleich einige Abschnitte aus einer Kapstadter Korrespondenz vom 11. Juni an. Sie stellt zunächst fest, daß in den letzten Wochen ohne Unterbrechung über die Frage der Suspendierung der Verfassung verhandelt und geredet worden sei. Für die Suspendierung habe namentlich Dr. Smartt gesprochen, der übrigens, wie wir aus eben dieser Korrespondenz erfahren, früher ein hervorragendes Mitglied des Bond war, also ein politischer Renegat, dagegen der Primminister (cont. die vorige Wochenschau). Dann heißt es: „Um zusammenzufassen, die Handelsgenossenschaften sind einer Suspendierung der Verfassung entschieden abgeneigt und fürchten nichts mehr, als ein militärisches Regiment. Andererseits wird argumentiert, daß wenn das Parlament

berufen wird, die Regierung in eine Lage kommt, die es ihr unmöglich macht, die Gesetze durchzubringen, die sich als notwendige Folge des Krieges ergeben, z. B. Indemnitätsbewilligungen für Ausschreitungen unter Kriegsrecht. In dieser Hinsicht ist heute der interessante Brief eines Königlichen Rats veröffentlicht worden, in welchem er erklärt, daß wenn er glaubte, daß das Aufrechterhalten der Verfassung das Wiederanwachsen der antibritischen Intrigue, unter Führung des Bond oder einer anderen Organisation, zur Folge haben könnte, er hundert Petitionen unterzeichnen wollte, um die Einberufung zu verhindern. „Aber — fährt der Brief fort — ich glaube, daß der Bond eine schwere Lektion erhalten hat und daß diese Lektion nicht vergeblich gewesen ist."

„Die Frage ist nun, welche Haltung die Führer des Bond und der holländisch-reformierten Kirche einnehmen werden, da doch der Krieg beendigt ist. Das leitende Organ in unserer Kolonie nimmt die Stellung ein, daß der Ausgang des Krieges die antibritische Propaganda nicht beeinflussen dürfe, daß die Kraft des Rassengefühls für kommende Zeiten lebendig erhalten werden müsse, und daß es kein wirksameres Mittel gebe, die Verbreitung dieses Gefühls zu beschleunigen und zu verbittern, als die Fortsetzung des Parteiregiments. Ohne Zweifel ist das Land durch die drohende Suspendierung der Verfassung alarmiert und diejenigen, die für die Suspendierung eintreten, machen geltend, daß der Bond so besorgt sei, weil er fürchte, daß seine Intriguen gänzlich unterdrückt werden könnten. Für die Gegner der Suspendierung sei es ein Unglück, daß Mr. Merriman für Erhaltung der Verfassung eintrete. Der Name dieses begabtesten aller Parlamentsredner sei unzertrennlich mit der Pro-Bur-Bewegung verbunden, und abgesehen davon, daß die Buren in kritischer Zeit mit Waffen und durch die Sympathien eines ansehnlichen Teils der Bevölkerung unterstützt wurden, gehe Merriman so weit, die Stellung der Holländer im Kap mit der Stellung der Uitlanders in Transvaal vor Ausbruch des Krieges zu vergleichen, da doch die von vielen Afrikandern der Kolonie begangenen Verbrechen so groß seien, daß sich diese Leute nicht beklagen dürften, wenn man ihnen für immer die Ausübung der politischen Rechte nehme, die sie so gröblich mißbraucht hätten."

An diesen Ausführungen, die von verschiedenen Korrespondenten des „Standard" ausgehen, ist namentlich das Zugeständnis interessant, daß die eigentliche Schwierigkeit für England nicht in Oranje und Transvaal liege, sondern im Kap. Wie der erste Korrespondent schreibt: The trouble is at the Cape! und das bestätigt uns die Auffassung, mit der wir gleich zu Beginn der südafrikanischen Krisis hervortraten. Die Sorge vor Erstarkung des Bond, der bereits im Kapparlament die Majorität in Händen hatte, ist die erste und eigentliche Ursache der englischen Aggressive (conf. Rhodes und Dr. Jameson) gewesen! Die in beiden Korrespondenzen den Engländern angeratene Gewaltpolitik aber scheint uns im höchsten Grade gefährlich. Sie wird das Gegenteil von dem bewirken, was erstrebt wird; nicht Minderung, sondern Steigerung der Gegensätze. Von den Empfindungen der Burenfrauen aber sollten die Engländer nicht reden. Mütter, die ihre Kinder in den Lagern hülflos sterben sahen, die Mann und Söhne im Felde verloren, die können nicht anders als diejenigen hassen, denen sie die Schuld an all dem Unglück zuweisen. Daran ist nichts zu ändern. Die Zeit kann die blutenden Wunden schließen, aber die Narben bleiben und ihr Anblick weckt den Schmerz. Das Empfinden des Mannes ist ein anderes. Sein Los war das leichtere, weil er kämpfen konnte und sein Leben unausgesetzte, angespannte Tätigkeit war. Jene haben stille sitzen und dulden müssen. Der Schmerz hat sich in ihnen so tief eingenistet, daß er sich nicht anders als in Haß umsetzen kann. Vielleicht lehrt mit der Zeit ihr Glaube sie verzeihen, aber wie sollten sie je vergessen? — Es läßt sich nur hoffen, daß die in jenen Korrespondenzen ausgesprochenen Gedanken bereits überholt sind und einer weiseren Beurteilung der Lage Platz gemacht haben. Die Waffen sind heute gewiß ausgeliefert und die Buren denken nicht an Wiederaufnahme des Kampfes. Dafür haben wir das Wort ihrer besten Männer. Was not tut, ist Milde, und wir hoffen heute mehr als je, daß, wenn König Eduard, in hoffentlich nicht zu ferner Frist, sein Krönungsfest nun doch begeht, er den weitesten Gebrauch von seinem Gnadenrecht machen wird. Die Suspendierung der Verfassung aber würde uns als ein schwerer politischer Fehler von unberechenbarer Tragweite für die Zukunft erscheinen.

Während in Südafrika der Streit um diese Zukunftsfragen geht, hat am 27. Juni in Dublin eine Beratung des National-Direktoriums des Irenbundes (United Irish League) unter dem Präsidium von John Redmond stattgefunden. Es handelte sich im wesentlichen um einen Protest gegen die Ausnahmegerichte, die sogenannten coercion courts, und gegen das, was die Iren landlordism nennen, d. h. um einen Protest gegen den englischen Großgrundbesitz auf dem Boden Irlands. Die 1306 Zweigvereine der U. I. L. wollen zusammen wirken, um die „Fremden" aus dem Lande zu drängen, auf daß der landlordism schließlich ganz vom Boden Irlands verschwinde. ((to its final disappearance from the soil of Ireland!) Das ist ein Kampfprogramm, das, wie wir nicht bezweifeln, mit einer neuen Niederlage der Iren enden wird, das aber ebenfalls darauf hinweist, daß England gut täte, sich nicht neue Schwierigkeiten aufzuladen.

Die am 28. Juni erfolgte endliche Unterzeichnung der unveränderten Dreibundsakte ist in Deutschland wie etwas Selbstverständliches hingenommen worden. Allerdings nicht ohne ein Gefühl der Beruhigung, denn man war all des von außen heandrängenden Geredes herzlich müde geworden. Es ist aber für denjenigen, der all die Anstrengungen verfolgt hat, die seit Jahr und Tag gemacht worden sind, um diese Erneuerung zu verhindern, nicht ohne einen humoristischen Beigeschmack, wenn er sich erinnert, wie viel diplomatische Kunst gewisse Leute daran gesetzt haben, um sich schließlich eine unzweideutige Niederlage zu holen. Wir denken dabei vornehmlich an Herrn Barrère, der von Rom aus bereits seine Siegesrufe ertönen ließ, und an die allezeit falsch prophezeihenden Herren, welche die Leitartikel in der Petersburger und Moskauer Presse schreiben. Sie trösten sich jetzt damit, daß trotz allem das Verhältnis Italiens zu Frankreich sich jedenfalls geändert und in ihrem Sinn gebessert haben müsse. Dagegen wollen wir nichts einwenden. Wir sehen es nur gern, wenn unsere Bundesgenossen mit ihren Nachbarn in guten Beziehungen stehen. Der Dreibund ist ein Defensivbündnis, und das verträgt eine große Freiheit der Bewegung der einzelnen Mitglieder des Bundes. Bei einem Offensiv- und Defensivtraktat, wie ihn Rußland und Frankreich für Ostasien abgeschlossen haben, liegen die Dinge schon anders; da steht der eine Teilnehmer in

tatsächlicher Abhängigkeit von dem anderen, und zwar hat der stärker an den Fragen des großen Orients interessierte zweifellos die Führung. Das mag man nicht zugeben wollen, aber es liegt in der Natur der Dinge. Es ist eine Art politischen Gravitationsgesetzes, das schließlich mechanisch wirkt, aber mit der Sicherheit, die sich aus innerer Notwendigkeit ergibt.

Wir sind übrigens der Meinung, daß im Grunde alle Welt (einzelne politische Sektierer ausgenommen, die keine Verantwortlichkeit zu tragen haben) darüber einig ist, daß es einen Vorteil bedeutet, wenn man auch in Zukunft wieder mit dem Dreibunde rechnen kann. Er hat der Welt so lange den Frieden gesichert, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß sein Weiterbestehen zu demselben Ergebnis führen wird.

Es ist uns aufgefallen, mit welcher Entschiedenheit in einer Wiener Korrespondenz des „Standard" gegen die Gerüchte protestiert wird, die von einer Erhebung Bulgariens zum Königreich wissen wollen. Der Königstitel würde die Anerkennung der vollen Unabhängigkeit in sich schließen und auch, wider die Stipulationen des Berliner Traktats, Ostrumelien von der Türkei lösen, endlich Makedonien gefährden. Das müsse im Effekt dahin führen, daß der Sultan sich schließlich auch nicht mehr in Konstantinopel behaupten könne. Wie sei daran zu denken, daß er je zu solchen Kombinationen seine Zustimmung erteile. Wolle man ihn aber zwingen, so gebe es einen Krieg, der unweigerlich in einen europäischen Krieg ausmünden müsse! Das ist nicht übel argumentiert. Zum Glück aber ist es mit der Königskrone des Fürsten Ferdinand von Bulgarien nichts. Sie ist ein Phantom, dem er mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit nachjagt, das aber schwindet, sobald er mit der Hand nach ihm zu greifen sucht.

Die Firmilian-Komödie hat noch immer nicht ausgespielt. Anfänglich sollte der Metropolit im Kloster Athos zum Bischof geweiht werden, aber die griechischen Mönche haben es nicht zugelassen, wie denn der Gegensatz zwischen Griechen und Slaven wieder lebendiger zu werden scheint. Schließlich hat er in Dedeagatsch die ersehnte Weihe erhalten, aber er darf nicht wagen nach Üsküb, seinem Bischofssitz, zu gehen, und so wird er sich wohl oder übel darein finden müssen, auch eine Zeit lang Bischof in partibus infidelium zu bleiben.

4. Juli. Zuspitzung der bulgarisch-türkischen Beziehungen.
7. Juli. Unfall Chamberlains.
8. Juli. Konvertierung der 3½ proz. franz. Rente.

9. Juli 1902.

Die Erneuerung des Dreibundes hat, wie sich vorhersehen ließ, eine wahre Hochflut journalistischer Betrachtungen und in England und Frankreich auch offizielle Erklärungen in den Kammern zur Folge gehabt. Der Eindruck, den man in Summa gewinnt, ist der, daß alle Welt bemüht ist, sich die nun einmal feststehende Tatsache so zurechtzulegen und zurechtzurücken, daß sie ein Ansehen gewinnt, das den Wünschen und den besonderen Interessen der Kommentatoren entspricht. Dagegen läßt sich nichts einwenden, da man niemandem verwehren kann, nach Belieben die Augen zu schließen, wenn er nicht sehen will: uns genügt die Tatsache, daß das Bündnis so, wie es bald 20 Jahre bestanden hat, auf weitere 12 Jahre erneuert ist, ohne jede Veränderung in Form und Inhalt. Die defensive Kraft des Dreibundes, die so lange dahin gewirkt hat, der europäischen Welt den Frieden zu sichern, wird auch in Zukunft eine Tatsache bleiben, mit der die großen und kleinen Gegner einer Friedenspolitik, mögen sie nun wollen oder nicht, rechnen müssen. Unsere Leser werden sich aber erinnern, wie gerade im Laufe des verflossenen Jahres daraufhingearbeitet wurde, die Erneuerung des Dreibundes zu hintertreiben. Die so oft von uns gekennzeichnete internationale Verschwörerbande unter Führung der Herren Blennerhasset, Tatischtschew, Wesselitzki, Ugron, Lemaitre, Maxse und Konsorten wurde in ihren plumpen und reklamehaften Bestrebungen von einer nebenher gehenden, vorsichtigeren und mächtigeren Agitation unterstützt, die nun ebenso wie jene eine Niederlage zu verzeichnen

hat, die sich wohl mit großen Worten verkleiden, aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Auch haben wir gar kein Interesse daran, die Halbwahrheiten zu zergliedern, durch welche man bemüht war, sich Beifall und Vertrauensvotum zu sichern. Parlamentarische Minister leben von solchen Erfolgen und ihr Selbsterhaltungstrieb ist um so stärker, je gefährdeter ihre Stellung erscheint. Es waren, um es kurz zu sagen, Betrachtungen post festum, moutarde après dîner — eine Welt der Fiktionen, die ja auch ihre Berechtigung haben mag, und die sich jeder nach seines Herzens Gelüsten aufbauen kann. Dem gegenüber möchten wir auf einige sehr beachtenswerte Realitäten hinweisen, die zum Teil im Zusammenhang mit der Frage der Erneuerung des Dreibundes in England und in Frankreich während der Kammerverhandlungen zu Tage getreten sind. In England war es der stürmische Angriff gegen die auswärtige Politik des Kabinets Salisbury unter Führung von Sir Charles Dilke und der Herren Gibson Bowles, James Bryce und Lord Charles Beresford. Der Angriff umfaßte so ziemlich das gesamte Feld der großen Politik Englands mit Ausnahme Südafrikas, das ja im Augenblick die starke Position des Ministeriums darstellt. Dilke verlangte bessere Beziehungen zu Italien und Festigung der Mittelmeerstellung, was mit einem sorgenvollen Seitenblick nach Marokko hin erläutert wurde, Bowles ein besseres Einvernehmen mit Frankreich und Rußland, mit der China-Politik Englands aber waren alle Oppositionsredner unzufrieden. Nebenher gab es scharfe Vorstöße gegen Deutschland, die namentlich im Munde von Gibson Bowles einen geradezu gehässigen Charakter annahmen. Er sagte unter anderem:

„Deutschland versucht jetzt auch in Persien festen Fuß zu fassen. In China haben wir auch nicht nur unsere Interessen, sondern auch jene Chinas zu vertreten, dem wir seine territoriale Integrität und seine Unabhängigkeit garantiert haben. Diese sind verletzt worden und alles, was dort während der letzten Jahre vorgefallen ist, läßt sich auf ruhestörende Einflüsse Deutschlands zurückführen, dessen Maxime es zu sein scheint, „quieta movere". Deutschland rührt immer das Wasser auf. Die Boxer-Bewegung, die Einnahme von Port Arthur und die nachfolgenden Unruhen in China sind insgesamt eine Folge der Einnahme von Kiautschu. Jetzt machen wir, die traditionellen Beschützer der Unabhängigkeit und Integrität Chinas allein Schwierigkeiten, Tientsin den Chinesen zurückzugeben. Wir erwecken das Mißtrauen Chinas, machen es uns vielleicht zum Feind und warum und für wen? Wem haben wir den letzten Krieg zu danken? Wo hat Deutschland den

Frieden so arg gestört, wie in Südafrika? Der Burenkrieg und seine lange Dauer waren nur eine Folge des vom Kaiser im Jahre 1896 gesandten Telegramms; der, unter der Hand der Buren gegebenen Zusicherungen und dann der Waffen- und Munitionszufuhren durch deutsche Reichspostdampfer, wogegen einzuschreiten Lord Salisbury die längste Zeit nicht den Mut fand, und als er es tat und einen Dampfer vollgepfropft mit Kriegsmaterialien fand, statt eine Entschädigung zu erlangen, noch eine Entschädigung an Deutschland zahlte. Das Auswärtige Amt zehrt noch an den Traditionen des siebenjährigen Krieges und glaubt noch an Friedrich den Großen."

Die gesperrten Stellen zeigen dem Leser, in welchem Netz historisch unwahrer Vorstellungen Herr Bowles sich verfangen hat und wie leicht dem Unterstaatssekretär Lord Cranborne die Aufgabe gemacht war, den Angriff abzuschlagen. Aber wir erinnern uns nicht, je eine lahmere Entgegnung gehört zu haben, als die seinige. Die gegen uns erhobenen Beschuldigungen und direkt unwahren Unterstellungen zu widerlegen, ist von ihm nicht einmal der Versuch gemacht worden. Er wehrte sich, so gut es gehen wollte, seiner Haut und war dabei noch so ungeschickt, dem neuen japanischen Alliierten Englands die Unfreundlichkeit an den Kopf zu werfen, daß England Allianzen nur schließe, wenn es darum gebeten werde. Auch war der Eindruck seiner Entgegnungen der, daß Mr. Redmond es wagen durfte, ihm zu sagen: „er wolle nicht persönlich werden, aber er wiederhole nur, was allgemein im Parlamente und außerhalb desselben gesagt werde: daß der edle Lord für seinen verantwortlichen Posten nicht die erforderliche Befähigung besitze, und daß er ihn auch nicht einnehmen würde, wenn er nicht der Sohn Lord Salisburys wäre." Der „Temps", der diese Verhandlungen nicht ohne Schadenfreude in einem Leitartikel verarbeitet, benutzt die Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie stark die „Familie" im Ministerium wie in hohen Staatsämtern vertreten sei, und allerdings wird sich nicht leugnen lassen, daß der Zufall so gespielt hat, daß Lord Salisbury das Glück hatte, in dem engen Kreise seiner Nächsten gerade die Männer zu finden, die der Staat brauchen konnte. Wenn, wie immer wahrscheinlicher wird, der alte Herr in nicht allzuferner Zeit in den wohlverdienten Ruhestand tritt, könnte es leicht geschehen, daß „die Familie" nachfolgt, ohne daß darum in England der Kummer allzu leidenschaftlichen Ausdruck fände.

Wir meinen aber, daß gegenüber Beschuldigungen und Verdächtigungen, wie sie Bowles gegen eine befreundete Macht erhoben hat, ein Schweigen des Unterstaatssekretärs ungehörig war: qui tacet consentire videtur! Die Folge könnte doch sein, daß man in Deutschland, um jene Legenden recht gründlich zu zerstören, noch einmal zu den Mitteln greift, durch welche in der kubanischen Frage verleumderisch ausgesprengte Gerüchte zu nichte gemacht wurden. Uns ist, wie wir schon vor bald 2 Jahren sagten, Chamberlain weit lieber als Lord Salisbury mit seinem Anhang, und diese Überzeugung hat sich uns noch gefestigt, seit wir im letzten englischen Blaubuch seine Ansichten über die geplante Suspendierung der Verfassung im Kaplande kennen gelernt haben. Chamberlain hat sich von vornherein mit allem Nachdruck dagegen ausgesprochen und die Gründe, die er geltend macht, zeigen die wohldurchdachte Einsicht eines wirklichen Staatsmannes. Eben weil wir glauben, daß er mit Nachdruck die wirklichen Interessen Englands vertritt, glauben wir auch, daß es sehr wohl möglich ist, mit ihm eine Verständigung zu finden, bei der beide Teile ihre Rechnung finden. Er hat den richtigen Blick für Realitäten und da auch wir eine Realpolitik treiben, die mit den berechtigten Interessen der anderen rechnet und sie respektiert, da zudem mit der definitiven Erledigung der Burenfrage das ideell trennende Moment beseitigt ist, sehen wir nicht, was ein gutes Verhältnis zwischen uns und England trüben könnte, wenn nicht Ungeschicklichkeiten und Taktlosigkeiten von der leitenden Stelle dazwischentreten. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Frage der Imperial federation die eine Wendung nicht nimmt, die zu schwierigen Auseinandersetzungen hätte führen müssen, der Gedanke des großbritischen Zollvereins ist als unausführbar fallen gelassen, alles übrige aber trägt so sehr einen spezifisch britischen Charakter, daß es uns ganz recht sein soll, wenn dem Kolonialminister seine Wünsche in Erfüllung gehen. Im Augenblick steht die Frage gemeinsamer Verteidigungsflotte und Verteidigungsarmee auf der Tagesordnung der Kolonialminister-Konferenz.

In Frankreich ist die Rede Delcassés über die Erneuerung des Dreibundes und die französisch-italienischen Beziehungen nicht mehr gewesen als ein Intermezzo, in dem mit großer Leidenschaftlichkeit von beiden Seiten geführten Kampf über die Schulen der

Kongregationen. Die Regierung hat mit 333 gegen 205 Stimmen schließlich einen vollen Sieg errungen. Die Rede des Ministerpräsidenten Combes und das Vertrauensvotum, das die Majorität seiner Politik erteilt, wird durch „affichage", d. h. durch Anschlag in allen Gemeinden, der Bevölkerung Frankreichs zu politischem Studium vorgelegt und zugleich werden ebenfalls durch Anschlag die Namen aller Abgeordneten bekannt gegeben, die für dieses Vertrauensvotum gestimmt haben! Man sieht, mit welchem Hochdruck die regierende Majorität ihre Meinung dem Lande aufzudrängen bemüht ist. Auch stellen die Blätter der Opposition, zu denen heute auch der „Temps" gehört, recht trübe Betrachtungen an. Von der liberté sei herzlich wenig übergeblieben, die égalité sei eine Gleichheit in der Unfreiheit geworden, von der fraternité rede kein Mensch mehr. Und das nenne man Republik und die Verwirklichung des Erbes von 1789!

Auch die zweijährige Dienstpflicht unter Aufhebung aller Dispense wird, wie General André es will, angenommen werden, obgleich im Grunde die Majorität der Nation dagegen ist. Aber diese geheime Majorität ist stumm und steht unter dem Bann der großen Phrasen, die in Paris ersonnen werden und dann, wie andere Modewaren auch, in den Departements vertrieben werden. Das hat sich so recht nach der vielbesprochenen Rede von Jaurès gezeigt. Der Mann hatte den Mut gehabt, zu sagen, daß es endlich an der Zeit sei, den Frankfurter Frieden als eine Tatsache anzuerkennen. Die Folge davon war nicht nur der entrüstete Protest der Kammer, sondern ein so hitziges Aufflammen des Revanchefeuerwerkes, wie wir es seit den Tagen der Boulangerkrisis nicht wieder erlebt haben. Natürlich hat sich die buchhändlerische Reklame sofort des dankbaren Stoffes bemächtigt. Uns liegt ein Buch von Philippe Deschamps vor, in rot-weiß-blauem Umschlag, als Titelvignette zwei hübsche Elsässerinnen — die übrigens keineswegs traurig, sondern recht unternehmend aussehen, und als Titel: L'Alsace-Lorraine — Française, quand même! Zu Seiten des Bildes die Umschriften: Pensons y toujours! — Oublier jamais. 1871—1902. Le sol est Allemand. Les coeurs sont Français! In einem Boulevardblatt hat J. Vaillant in einer wahren Mustersammlung hohler Phrasen dieses Buch seinen Lesern empfohlen: Oser dire que la

France renonce à l'Alsace-Lorraine est un crime de lèse-patrie; c'est une insulte .... un outrage etc. Das Gewissen aller Patrioten habe sich aufgebäumt, die Elsässer hätten geweint! Frankreich aber halte hartnäckig an der Hoffnung fest, die Provinzen zurückzuerobern, und werde fortfahren, die Herzen der kommenden Generation für diese heilige Aufgabe vorzubereiten. „La vieille Gaule ne veut plus être tributaire de César!" (Was Herr Vaillant sich dabei gedacht hat, ist uns leider verschlossen geblieben. Aber vielleicht hat er vergessen, daß es dem alten Gallien nie gelungen ist, den Cäsar abzuschütteln!) Um die Elsässer aufrecht zu erhalten, schicke Herr Deschamps ihnen daher sein Buch, in dem sie auch den Sergeanten Hoff finden würden, der die 27 Preußen erschossen habe! Im übrigen sollten sie nicht vergessen, daß die „Fédération des sociétés Alsaciennes-Lorraines de France et des colonies" ihren Sitz in Paris, 9 Boulevard Malesherbes, habe.

Das alles grenzt bereits an politische Unzurechnungsfähigkeit, gehört aber zu den Dingen, die man in Deutschland nicht vergessen soll, weil sich daraus der Schluß ergibt, daß Frankreich nach wie vor einer anderen Politik, als der bestenfalls aufgeschobenen Rache unfähig ist. Wir müssen uns darauf einrichten, in den Franzosen dauernde Gegner zu finden und wo nötig, auch danach handeln!

Viktor Hehn in seinen köstlichen Aufzeichnungen über die „mores Francorum" sagt: „Alle Rhetorik (die Franzosen sind Rhetoren, ihre Bildung eine bloß formale) entfernt von der Wirklichkeit, der Rhetor lebt von Worten, nährt sich von Worten und kann auch seinem Nebenmenschen nichts anderes spenden. Die Welt muß sich dem rednerischen Wohlklang beugen und wird zu einer konventionellen, dogmatisch postulierten, lügenhaften, die sich in der Vorstellung so unerschütterlich festsetzt, daß Schmach und Verfolgung jeden anders Meinenden trifft!" So hat sich auch die Vorstellung von den ewig weinenden Elsaß-Lothringern bei ihnen festgesetzt und es wäre vergebenes Liebesmühen, sie ihnen auszutreiben.

Mit besonderem Vergnügen geht man von dieser französischen Begriffsverwirrung auf den kräftigen, gesunden Verstand über, den Präsident Roosevelt, heute unzweifelhaft die erste politische Kapazität der Vereinigten Staaten, bei jeder Gelegenheit äußert.

Die Amnestie, die er den Filipinos gewährt hat, geht sehr viel weiter, als die der Engländer in Transvaal, und ebenso hat er mit einem Federstrich dem General Chaffee seine Zivilvollmachten entzogen und das militärische Regiment beseitigt. Nur im Gebiet der Moro wird die Insurrektion noch als fortbestehend anerkannt, alles übrige wird der Verwaltung der sogenannten Philippinen-Kommission unterstellt. Gewiß sind damit die Maßregeln ergriffen, die am ehesten eine volle Versöhnung herbeiführen können. Ebenso praktisch hat der Präsident es verstanden, die kubanischen Angelegenheiten anzufassen. Was ohnehin notwendig war, der völlige Anschluß Kubas an das System der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, ist nunmehr vertragsmäßig festgesetzt und dafür den Kubanern eine ebenfalls aus der Natur der heute gegebenen Verhältnisse entspringende und notwendig gewordene wirtschaftliche Vorzugsstellung, im Vergleich zu anderen selbständigen Staaten gewährt worden. Wir können also das Fazit dahin zusammenfassen, daß Amerika von der Republik Kuba alle Vorteile zieht, die ihm von wesentlicher Bedeutung sind, daß es aber sich der kaum lösbaren Aufgabe entzogen hat, die aus Spaniern, Negern und Mulatten bestehende Bevölkerung zu assimilieren. Sorge und Last der Selbstverwaltung hat man den Kubanern gelassen, und die Vereinigten Staaten werden in Zukunft wohl nur dann in kubanische Verhältnisse eingreifen, wenn es darauf ankommt, die gefährdete staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Auch die Entscheidung für den Bau des Panamakanals scheint zu nicht geringem Teile auf den Einfluß des Präsidenten zurückzugehen. Die Verhandlungen mit Kolumbien über die erforderlichen Landabtretungen sind bereits im Gange und die Arbeit wird mit amerikanischer Energie ohne Zögern in Angriff genommen werden. Die größte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung von Arbeitern, da selbst die Neger die Arbeit in diesem Klima nicht vertragen. Man wird daher genötigt sein, Chinesen zu mieten und das kann unter Umständen für die Beziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten von Bedeutung werden. Außerordentliche Hoffnungen werden russischerseits an den Ausbau des Kanals geknüpft, weil durch ihn der Seeweg nach China beträchtlich gekürzt wird. Aber das gilt auch für England, und es zeigt sich so an einem drastischen Beispiel, von welcher immensen politischen Bedeutung es ist, daß der letzte Hay

Pauncefote-Vertrag Schließung und Öffnung des Kanals in die Hände der Vereinigten Staaten gelegt hat.

Endlich hat Präsident Roosevelt jüngst in Pittsburg eine Rede gehalten, in welcher er auf die Notwendigkeit hinwies, eine gewisse Kontrolle der in Amerika aufgewachsenen Riesenvermögen zu gewinnen. Er sagte sehr richtig, daß diese Vermögen, wenn sie in den rechten Händen seien, zwar den größten Nutzen bringen, im entgegengesetzten Falle aber auch unermeßlichen Schaden anrichten könnten. Es komme also darauf an, auf gesetzlichem Wege, ohne Verletzung der Gerechtigkeit und Billigkeit jenen möglichen Gefahren vorzubeugen. Offenbar liegt ihm bereits ein Plan vor, den der Attorney General (Kronanwalt) M. Knox ausgearbeitet hat. Präsident Roosevelt rühmt den Mr. Knox als einen Mann von gesundem Verstande, unbedingter Rechtlichkeit und unbeugsamem Charakter. Er glaubt an seine Einsicht und seinen entschlossenen Willen und auch daran, daß er für eine ehrliche und furchtlose Verwaltung Sorge tragen wird. Nach diesem Lob wird man gespannt sein, den Mann bei der Arbeit zu sehen.

Übrigens hat der vortreffliche amerikanische Botschafter Mr. White den Tag des amerikanischen Nationalfestes, den 4. Juli, benutzt, um in Leipzig sehr wertvolle Mitteilungen über Mr. Roosevelts Stellung zu Deutschland zu machen. „Der Präsident — sagte er — wünscht natürlich die besten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt aufrechtzuerhalten, speziell zwischen Amerika und Deutschland. Er hat diesen Gedanken mehr als einmal öffentlich ausgesprochen, und die ihn am genauesten kennen, wissen aus seinen Privatäußerungen, daß deutsche Ideale und deutsche Hingebung an Wahrheit und Pflicht von ihm besonders anerkannt und geehrt werden. Im vorigen Jahre sagte Mr. Roosevelt einem Freunde, der ihn verließ, um nach Europa zu reisen: „Ich habe von meinen Knabenjahren an Deutschland geliebt und bewundert, und wenn ich das sage, meine ich es auch. Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß, wenn ich etwas sage, ich es auch meine.“ Wer den Präsidenten Roosevelt genau kennt, weiß auch, daß vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Präsidenten Garfield, kein Präsident so gut begriffen hat, was Deutschland der Zivilisation gegeben hat und noch gibt.“

Wir danken und bringen dem Präsidenten Roosevelt und dem amerikanischen Volke, in dem wir ja zum großen Teil unsere Vettern und Brüder wiederfinden, in voller Aufrichtigkeit dieselben Empfindungen zurück.

Der König Viktor Emanuel II. tritt jetzt seine Reise nach Petersburg an und wird Ende August Kaiser Wilhelm in Berlin besuchen. Die übrigen Reisen des Königs, von denen unsere Presse wissen wollte, finden jetzt wenigstens nicht statt. Solche Reisen der Monarchen haben die Bedeutung, daß sie persönliche Beziehungen bringen, die von großem Wert werden können. Heute sind überall die Herrscher — in den großen Staaten — die Träger der Friedenspolitik. In den kleinen Staaten ist das keineswegs immer der Fall, wofür sich merkwürdige Beispiele anführen ließen. Die Rechnung geht dort eben dahin, daß schließlich die großen nicht anders können werden, als ihnen die Last abnehmen. 1876 war es „das Bischen Herzegowina", heute gibt es an mehr als einer Stelle fanatische Elemente, die um ihrer Sonderinteressen willen nicht abgeneigt wären, einen kleinen Weltenbrand zu entzünden. Denn ein Fanatiker ist, nach der geistreichen Definition des Amerikaners Dunne, ein Mann, der dasjenige tut, was seiner Meinung nach der liebe Gott täte, wenn er über die betreffenden Verhältnisse richtig orientiert wäre!

Solchen Elementen gegenüber ist es sehr nützlich, wenn die Männer, die vor Gott und der Welt die größte Verantwortung tragen, sich persönlich kennen und verstehen lernen.

9. Juli. Neuer Ausbruch des Mont Pelée.
10. Juli. Verurteilung der griechischen Mönche, welche deutsche Franziskaner in Jerusalem tätlich beleidigt hatten.
11. Juli. Kaiser Wilhelm empfängt Waldeck-Rousseau an Bord der Hohenzollern.
12. Juli. Eintreffen Lord Kitcheners in London.
13. Juli. Eintreffen König Viktor Emanuel III. in Petersburg.
14. Juli. Rücktritt Lord Salisburys.
14. Juli. Balfour wird Ministerpräsident.
15. Juli. König Eduard trifft in Cowes ein.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.

16. Juli 1902.

Die Franzosen haben neuerdings eine außerordentlich glänzende Finanzoperation durchgeführt. Die Kammer hat sich mit 475 gegen 4 Stimmen bereit gefunden, den ihr von dem neuen Finanzminister Rouvier vorgelegten Gesetzentwurf auf Konvertierung der $3\frac{1}{2}$prozentigen Rente in eine 3prozentige zu genehmigen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 7 Milliarden, so daß jetzt die gesamte französische Staatsschuld (21 Milliarden) nunmehr mit 3 Prozent verzinst wird. Das ist gewiß ein Zeichen für den Reichtum des Landes und die Sicherheit seines Kredits und Herr Rouvier hat bewiesen, daß er ein tüchtiger Finanzmann ist. Wenigstens erregt die Art, wie er die Operation durchführte, in hohem Grade die Bewunderung der Kenner. Es scheint aber, daß die Franzosen bei dieser Prüfung ihres eigenen Finanzwesens auch die Frage erwogen haben, wie weit die Anlage sicher ist, die sie in russischen Anleihen gemacht haben, und daß ihnen dabei doch allerlei ernste Bedenken aufgestiegen sind. Der „Temps" veröffentlicht in seiner Nummer vom 13. Juli einen Leitartikel unter der Spitzmarke: „L'absolutisme et ses inconvénients", der trotz der großen Vorsicht, mit der die Worte gewählt sind, doch in ein entschiedenes Mißtrauensvotum und in den Rat ausmündet, Rußland möge, um einer Revolution zu

entgehen, zu einer Verfassung greifen. Der „Temps“ nimmt dabei freilich das Wort constitution oder charte nicht in den Mund, er sagt „organe de contrôle“: aber da die Spitze seiner Ausführungen sich gegen das russische Beamtentum in allen seinen Verzweigungen vom Minister bis zum Schreiber hinab richtet, bleibt als kontrollierendes Organ eben nichts anderes übrig, als eine reichsständische Vertretung, und diese gerade wünscht der „Temps“.

„Statt einer Autokratie hat Rußland heute eine Büreaukratie, die, von demselben Mittelpunkt ausgehend, strahlenförmig durch das Reich zieht, und deren Organe einander als Rivalen gegenüberstehen. Eine dieser büreaukratischen Mächte geht darauf aus, die übrigen zu beherrschen und zu absorbieren, — das ist nämlich der Finanzminister —, und man wirft ihm vor, daß er sogar den Kaiser beherrscht, der aber hat sich aller Mittel begeben, seine Macht anders als durch diese Büreaukratie auszuüben. Sie suggeriert ihm sogar die Mittel, durch die er seine Autorität beschränkt, indem sie ihn nötigt, die Dinge nicht anders als durch ihre Brille zu sehen. Die Minister selbst aber sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Das Gewohnheitsrecht der einzelnen Provinzen ist so verschieden, daß die Verwaltung mehr Kenntnisse beansprucht als ein Mann erwerben kann, und so verläßt man sich schließlich auf den Bericht eines Subalternbeamten, den niemand kontrollieren kann. Und wenn man wenigstens der Loyalität und Treue dieses unermeßlichen Beamtenheeres sicher sein könnte! Das aber ist keineswegs der Fall. Diejenigen Beamten, die auf einer Universität studiert haben, sind den Gewohnheiten und den Ideen der Opposition verfallen. Es gibt keine Disziplin und die Verwaltung gerät in Abhängigkeit von denen, über die sie walten soll. Diese Anarchie ist aber heute auch in die Armee eingedrungen und das bedeutet eine Gefahr, die man gar nicht hoch genug anschlagen kann.

Der regierende Kaiser weiß das und ist voller Sorgen. Er holt von Privatpersonen Berichte über die Dinge ein, welche ihn interessieren: aber wer steht dafür, daß diese Berichte nicht auch tendenziös sind? Er hat ganz hervorragenden Leuten, die außerhalb des Kreises der Tschinowniks (Beamten) stehen, Aufträge erteilt, aber der Tschin hat sich gerächt und ihnen die Auskünfte verweigert, die sie brauchen. So ist es immer ein Organ der Kon-

trolle, das fehlt, und eben deshalb muß dieses Organ geschaffen werden."

„Wir haben uns," schreibt der „Temps" in den einleitenden Bemerkungen, die ihn zu diesem Schluß führen, „nicht auf den Boden der Sentimentalität, sondern auf den französischen Standpunkt gestellt. Rußland ist aus ökonomischen und finanziellen Gründen ebenso entschieden friedfertig gestimmt, wie es Frankreich heute ist. Aber es hat ebenso wie Frankreich sein Aktionsfeld abgegrenzt, und es ist deshalb für Frankreich von höchster Wichtigkeit, daß Rußland nicht durch eine Erschütterung im Innern an einer Aktion nach außen hin gehindert werde. Nun ist aber die Opposition der äußersten Linken — wenn man diese Bezeichnung von einem Staate ohne Parlament brauchen darf — uns Franzosen wenig zugetan. Sie sind schlechte Alliierte, wohl weil wir eine Regierungsform gewählt haben, die ihnen wenig sympathisch ist und dann, weil sie unter deutschen Einflüssen stehen. So liegen die Dinge, und das sollte man niemals vergessen. Wenn aber Rußland der Schauplatz dessen werden sollte, was man eine „Revolution" nennt, so wäre Frankreich der verlierende Teil, sowohl wegen der Entwertung der russischen Papiere, die es besitzt, als weil der Alliierte momentan geschwächt würde. Deshalb ist es wichtig zu wissen, was dort vorgeht."

Wir legen dieser französischen Stimme besonderen Wert bei, weil auf der Hand liegt, daß ein Blatt wie der „Temps" sich nur im äußersten Fall zu derartigen Betrachtungen über die nation amie et alliée verstehen kann. Man beginnt um die den Russen geliehenen Milliarden zu sorgen und wittert, wohl nicht mit Unrecht, einen sich vorbereitenden Systemwechsel. Im Juliheft der preußischen Jahrbücher ist über „Das Finanzsystem Witte" ein sehr instruktiver Artikel von Paul Rohrbach erschienen, der sich im wesentlichen mit unseren eigenen Informationen deckt, dessen Hauptwert aber wohl in dem Umstande zu finden ist, daß Rohrbach seine Ausführungen fast ausschließlich auf russische Materialien und auf russische Arbeiten gründet, die mit Genehmigung der Zensur in Rußland selbst erschienen sind. Er hätte sein Quellenmaterial noch wesentlich an der Hand der in russischen Zeitungen und Zeitschriften erschienenen Artikel vermehren können, denn das ist vielleicht die merkwürdigste Erscheinung, daß die unter dem Minister des Innern stehende

Zensur die Angriffe auf den Finanzminister und sein System freigegeben zu haben scheint. Wir führen, nur um zu exemplifizieren, aus dem eben erschienenen Werk des russischen Nationalökonomen Radzig „Produktion und Konsum des Hafers in der ganzen Welt" einen Abschnitt an, den die sehr vorsichtige „Nowoje Wremja" wörtlich wiedergibt, wobei vorausgeschickt werden mag, daß Radzig Freihändler ist, während die „Nowoje Wremja" für gewöhnlich das geltende Schutzsystem vertritt. Radzig schreibt: „Wenn man einem Menschen eine Last von 10 Pud auflegt, die er nur mühsam trägt, so wird es ihm noch schwerer fallen, 11 Pud u. s. w. zu tragen. Das gilt auch von den Steuern. Man sagt uns, das Reich brauche Einkünfte; gewiß, das ist ganz richtig, aber es ist doch nicht notwendig, daß die Einnahmen stets größer sind als die Ausgaben. In den letzten 10 Jahren sind die Einnahmen um 1000 Millionen Rbl. höher gewesen als die Ausgaben, und diese ganze Summe hat man für Eisenbahnen u. s. w. verbraucht."

Der Bau der Eisenbahnen hätte durch Anleihen gedeckt werden können, ohne daß die Bevölkerung sofort belastet wurde. Abgaben, wie sie der englische Steuerzahler trägt, gehen über die Kräfte unseres Volkes, das außer den Auflagen, die der Krone zufallen (Accise und fiskalische Abgaben) noch durch Schutzzölle gedrückt wird, welche den Fabrikanten das Recht geben, für alle in Rußland eingeführten Manufakturen doppelt so hohe Preise zu nehmen, als das Ausland. Die Resultate der Finanzpolitik der letzten 14 Jahre liegen für jedermann klar. Wir alle leben schwerer, denn alles ist teurer geworden; am schwersten aber hat es die Landbevölkerung, und es ist deshalb kein Wunder, wenn die Landwirte über Verarmung klagen."

Nun soll, nach einer von englischen und französischen Blättern verbreiteten Nachricht, Kaiser Nikolaus II. den Fürsten Meschtscherski, den bekannten hochkonservativen Redakteur des „Graschdanin", beauftragt haben, die Gouvernements zu besuchen, in welchen die Bauernaufstände noch immer weiterflammen. Er soll ihm einen unverfälschten Bericht darüber erstatten, ob jene Unglücklichen wirklich Not leiden - der Kaiser scheint der einzige zu sein, der daran zweifelt — oder welche Gründe sonst ihre Erhebung veranlaßt haben. Ist die Nachricht, wie wir glauben, zuverlässig, so wäre das allerdings

ein unerhörtes Mißtrauensvotum gegen die offizielle Verwaltung, und in jedem anderen Staate hätten wohl der Minister des Innern, der Finanzminister und die betreffenden Gouverneure daraufhin ihren Abschied genommen. In Rußland wird das wahrscheinlich ziemlich spurlos vorübergehen. Wer den „Graschdanin" gelesen hat, weiß auch im voraus, mit welchem Rezept der Fürst Meschtscherski heimkehren wird. Das Volk, wird er sagen, ist gut und treu, es geht ihm auch so übel nicht, aber es ist irregeführt, und wenn man die Macht des örtlichen Adels, namentlich die der sogenannten semskije natschalniki, der adligen Landschaftsvorsteher steigert, kann noch alles gut werden. Für weitgehende Reformgedanken ist Fürst Meschtscherskij ebensowenig zu haben, wie Pobedonoszew, oder wie Herr Gringmut, der Redakteur der „Mosk. Wjedomosti".

Nebenher läuft aber noch ein anderes Gerücht um, das freilich auf englische Quellen zurückgeht, aber der „Expreß" pflegt gut unterrichtet zu sein, und an sich ist die Nachricht keineswegs so abenteuerlich, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Der Gewährsmann des „Expreß" schreibt (nach der Wiedergabe der „Münchener Allgemeinen Zeitung"):

„Ich habe nun in Erfahrung gebracht, daß der Zar Monate hindurch die soziale Frage, soweit es um Rußland sich handelt, eifrigst studiert hat. Er hat nicht nur die leitenden russischen Blätter mit großer Aufmerksamkeit gelesen und sich Notizen über die geäußerten Anschauungen und politischen Prozesse gemacht, sondern auch die Äußerungen der ausländischen Presse über Rußland gleich sorgfältig verfolgt. Selbst das in Genf erscheinende russische Nihilisten-Blatt „Kolokol" mußte ihm auch regelmäßig unterbreitet werden. Sein größtes Interesse erregte aber ein in Leipzig erschienenes Buch: „Das neue Rußland" von „X", das in ruhiger und sachgemäßer Weise die sozialen Probleme Rußlands erörterte und in dem Ausspruch gipfelte, daß die Rettung nur auf dem Wege der Reformen liege und, wenn er betreten würde, nicht verfehlen könne, Rußland zum mächtigsten Staate der Welt zu machen. Der Zar fand, daß „X" in seiner Kritik des bestehenden Regimes und in seinen Empfehlungen recht hatte und er ließ die Leipziger Verlagsfirma um Namensnennung des Verfassers ersuchen, was nach Einholung der Zustimmung desselben in Aussicht gestellt wurde. Nach mehrmonatlichen Studien überraschte der Zar endlich seine Minister mit der Ankündigung, daß er mit allen, von ihm auf einer Liste verzeichneten 200 Personen (die von Professoren zum Muschik, vom strammsten Loyalisten zum Nihilisten (?) alle Stände und alle Ansichten vertreten) persönlich, unter vier Augen Rücksprache zu nehmen wünsche. Dem folgte der nächste, gleich überraschende Schritt, daß der Zar das Lesen der

an ihn gerichteten Bittschriften und Denkschriften aus den Händen des dafür eingesetzten Departements nahm und sich das weitere selbst vorbehielt. Da täglich etwa 10000 solcher Schriftstücke einlaufen, die alle selbst zu lesen dem Kaiser unmöglich ist, so hat er drei junge Leute, die bisher keine amtliche Stellung bekleidet haben, dafür bestellt, und muß ihm nun fortan alles unterbreitet werden, was nicht bloß die Bitte um eine Unterstützung betrifft. Es mag dabei erwähnt werden, daß der ermordete Minister Ssipjägin früher Präsident des Petitionsdepartements war. Ich hoffe demnächst in der Lage zu sein, die Liste der 200 Personen mitzuteilen, mit denen der Zar Rücksprache zu pflegen wünscht."

Das wäre also eine sonderbar komponierte Notabelnversammlung, deren besonderes Kennzeichen wohl darin zu finden wäre, daß im Gegensatz zum offiziellen Rußland das nichtoffizielle zu Wort kommen würde. Glauben werden wir aber daran erst, wenn die Versammlung wirklich zusammengetreten ist, und auch dann erscheint es zweifelhaft, wer in dem Kampf der Meinungen den Sieg erringen wird: die Liberalen und Reformer oder die Vertreter jener Büreaukratie, die seit bald 200 Jahren ihre Interessen mit denen der Zarischen Omnipotenz identifiziert hat.

Es mag in diesem Zusammenhange erwähnt werden, daß soeben in Stuttgart in russischer Sprache die erste Nummer einer Monatsschrift „Die Befreiung" herausgekommen ist, als deren Redakteur ein Deutsch-Russe, Peter Struve, zeichnet. Es soll das Organ einer russischen Reformpartei werden und setzt sich das Ziel, die stummen Freiheitsfreunde in Rußland zu sammeln, um eine große Bewegung zu organisieren, als deren Frucht die russische Verfassung erstehen soll.

Das Programm verlangt: 1. Freiheit der Personen, gewährleistet durch Unabhängigkeit der Gerichte. 2. Gleichheit vor dem Gesetz, daher Beseitigung aller nationalen, ständischen und religiösen Vorrechte; Freiheit der Presse, Versammlungs- und Koalitionsrecht, Petitionsrecht. 3. Eine alljährlich zusammentretende Volksvertretung, die das Recht hat, die Gesetzgebung zu kontrollieren und das Budget festzustellen.

Das ist die Summe, aber es will uns scheinen, daß noch viel Wasser die Wolga und den Dniepr hinabfließen wird, ehe diese Ideen sich in Wirklichkeit umsetzen. Wer tiefer blickt, wird leicht erkennen, daß das russische Volk vor allem wirtschaftliche Reformen wünscht, die ihm das Leben leichter machen: eine andere Zollpolitik

auf freihändlerischer Grundlage und die entschlossene Beseitigung des Gesamteigentums der Gemeinden an Grund und Boden würde wahrscheinlich zunächst hinreichen, um die erregten und verzweifelnden Massen zu beruhigen. Mit der Klage über die besondere russische Büreaukratie aber ist es eine eigene Sache. Diese Büreaukratie ist fast das gesamte gebildete Rußland, wenn man die wenigen Berufe in Abzug bringt, deren Träger auf eigenen Füßen stehen. Die Büreaukratie rekrutiert sich aus eben jenen jungen Leuten, die, solange sie 18 und 20 Jahre alt sind, bereit sind, ihre persönliche Freiheit und ihre Existenz wegzuwerfen für die Freiheit der Gesamtheit — so wie sie diese Freiheit verstehen. Aber sobald sie in Amt und Sold stehen, gehen ihnen diese Ideale spurlos verloren! Man kann zudem in einem großen Staate unmöglich das Beamtentum plötzlich eliminieren und erneuern, oder auch nur wesentlich einschränken, wenn man aber meint, daß die Kontrolle durch eine Volksvertretung wirksamer sein werde, als die Aufsicht, welche heute von den fast allmächtigen Spitzen des Beamtentums nach unten hin ausgeübt wird, so sprechen die Erfahrungen, die man in den Organen der städtischen und landschaftlichen Selbstverwaltung gemacht, mit allem Nachdruck dagegen. Sobald man diesen russischen Reformprojekten auf den Leib rückt, kommt man immer wieder zu demselben circulus vitiosus: die Menschen müssen in ihrem Denken und Empfinden umgebildet werden, die breite russische Natur muß in Schranken gedrängt werden, die ihr zu eng sind, kurz Rußland müßte aufhören, Rußland zu sein, damit es ein Stück Europa werden kann.

In Frankreich sind die Kammern in die Ferien geschickt worden, nachdem es noch zu guterletzt am Freitag eine Prügelszene gegeben hat, bei der selbst der Präsident nur mit knapper Not einer Tracht Schläge entgangen ist. Im Grunde atmet alles erleichtert auf, wenn diese erlauchte Versammlung zu ihren Penaten zurückkehrt, und auch uns fällt es dann leichter, uns darauf zu besinnen, daß wir in den Franzosen die höflichste und besterzogene Nation der Welt zu Nachbarn haben. Auch die Politik wird an der Seine jetzt voraussichtlich, wie überall um diese Zeit, ihre Ferien halten: denn in der Tat, es liegt so wenig an großen Angelegenheiten vor, daß die Monarchenbesuche und Empfänge zu großen politischen Ereignissen

gemacht werden. Wir denken dabei an König Viktor Emanuel III. Reise nach Petersburg und an die Bedeutung, die dem Umstande beigelegt wird, daß er zuerst nach Petersburg ging, während doch kein Geheimnis ist, daß der Reiseplan ursprünglich anders gedacht war. Auch die Ehre, die Kaiser Wilhelm dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herrn Waldeck-Rousseau durch eine Einladung erwiesen hat, ist zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht worden, und doch liegt nicht mehr vor als eine Liebenswürdigkeit, die Kaiser Wilhelm einem ohne Zweifel hervorragenden Franzosen, wie anderen vor ihm, erwiesen hat. Natürlich ist auch viel von Serben und Bulgaren, Albanern und Makedoniern die Rede, und man könnte meinen, daß sich hier große Dinge vorbereiten, wenn nicht völlig feststände, daß die großen Mächte unter keinen Umständen eine neue Balkankrisis aufkommen lassen werden.

Ganz dasselbe gilt von der sogenannten armenischen Frage, die auf einem Brüsseler Kongreß zur Beratung kommen soll. Wir bedauern es ganz außerordentlich, daß in der Reihe der „Freunde Armeniens", die dort zusammentreffen, neben zahlreichen sozialdemokratischen Abgeordneten auch angesehene deutsche Namen zu finden sind. In Wirklichkeit hat die von dem armenischen Komitee ausgehende Agitation nur Unheil gestiftet. Sie erregt das Mißtrauen der Pforte und den Haß der halbwilden kleinasiatischen Bergvölker, unter denen, überall in der Minderzahl, die Armenier sitzen. Die räuberischen Überfälle der Kurden treffen zudem nicht nur die Armenier, sondern ebenso die Türken, die das Unglück haben, in ihrer Nachbarschaft zu wohnen. Sehen wir aber von diesen in der Nähe des Kaukasus ansässigen Armeniern ab, so finden wir die meisten Armenier im nördlichen und westlichen Kleinasien in einer Art Herrenstellung, als Großkaufleute und Wucherer, die sehr zum Schaden der türkischen Bauern sich ihren Vorteil zu sichern wissen. Die Vorstellung von einem künftig zu begründenden armenischen Reiche ist eine lächerliche Utopie, die sich ganz in eine Linie mit der Zionistenbewegung setzen läßt. Die reichen Armenier des Orients, wie Rußlands, werden die letzten sein, die bereit wären, in einem solchen Armenien sich ihr Haus zu bauen. In Rußland, wo man neuerdings aus mannigfachen Gründen mit der französischen Politik in Bagatellfragen recht unzufrieden ist, hat man es sehr übel ver-

merkt, daß ein Franzose, Herr Anatole France, sich an die Spitze dieser armenischen Bewegung gestellt hat.

Wir können selbst den Rücktritt Lord Salisburys vom Ministerpräsidium und seine Ersetzung durch Balfour nicht als ein Ereignis von großer politischer Tragweite betrachten. Im wesentlichen bleibt es beim Alten und Joe Chamberlain, der übrigens von seinem Unfall so gut wie völlig hergestellt ist, wird nach wie vor die wichtigste Persönlichkeit des Kabinets sein. Auch die Aufgaben der englischen Politik bleiben auf lange hinaus die alten: Südafrika, Irland, das Verhältnis zu den Kolonien. In Südafrika macht sich die Frage nach der Politik, die den Schwarzen gegenüber einzuschlagen ist, zur Zeit fast als die wichtigste geltend, und hier trifft das Interesse der Buren mit dem der Engländer ganz zusammen. Die Schwarzen sind während des Krieges fast sämtlich zu Waffen gekommen, sie sind übermütig und faul und scheinen sich dessen bewußt zu sein, daß sie eine Macht bedeuten. In Zululand und Natal allein sind es 800000 Köpfe, dazu kommen aber noch die Basuto und andere nicht minder kriegerische Stämme. Es wird gewiß nicht leicht sein, die Leute zu entwaffnen, zumal sie ohne Zweifel von der Kampfesweise der Buren gelernt haben. Die Engländer haben jetzt berechnet, daß die Verluste der Buren an Toten während des Krieges 3700 Mann, an Gefangenen 32000 betragen, von denen 700 starben. Die in den Konzentrationslagern gestorbenen werden nicht aufgeführt. Die Gesamtmacht der im Felde stehenden Buren habe 75000 betragen. Da kurz vorher angegeben wurde, daß nunmehr alle Buren sich unterworfen hätten, und zwar seien es etwa 20000 Mann, stimmt auch diese Rechnung wie so viele frühere nicht. Wir vermögen nicht mehr als 55700 herauszuzählen.

In Irland haben die englischen Farmer in Ulster mit den Iren gemeinsame Sache gegen die Landlords gemacht! Eine unerhörte Tatsache, die den Engländern ihre Aufgabe sehr wesentlich erschweren wird,

Wir notieren zum Schluß, daß die Übergabe von Tientsin an den Vizekönig Juanshikai unmittelbar bevorzustehen scheint.

Seit Mitte Juli Bürgerkrieg in Haiti.
16. Juli. Abreise des Präsidenten Steijn nach England.
18. Juli. Tod des Sultans von Zanzibar.
18. Juli. Die Krönung Eduard VII. wird auf den 9. August festgesetzt
18. Juli. Vorläufige Vereinbarung zwischen der Kurie und den Vereinigten Staaten über die Philippinen.
19. Juli. Ministerpräsident Combes kündigt die Schließung der nicht genehmigten Kongregationen an.
21. Juli. Abreise von Botha und Delarey nach Europa.
22. Juli. Tod des Kardinals Ledochowski.

23. Juli 1902.

Der Rücktritt Lord Salisburys von seiner Stellung als Haupt des englischen Ministeriums wurde schon seit geraumer Zeit erwartet. Des greise Staatsmann hatte erst kürzlich durch den Tod seiner Gemahlin einen schweren Verlust erlitten und sehnte sich nach Ruhe. Die Beendigung des Burenkrieges gab einen ehrenvollen Anlaß, diesen Wunsch zu erfüllen und so ist er, ohne die auf den 9. August festgesetzten Krönungsfeierlichkeiten abzuwarten, in das Privatleben zurückgetreten. An seine Stelle ist der erste Lord des Schatzes, A. J. Balfour, sein Neffe, getreten, der bei uns noch von den Tagen des Berliner Kongresses her, in welchem er als Sekretär Lord Salisburys fungierte, in bestem Andenken steht. Am Sonnabend, den 19., hat er seine erste außerparlamentarische Rede bei Eröffnung eines neuen konservativen Klubs in Fudlham gehalten; sie hat unser günstiges Vorurteil wesentlich verstärkt; daß sie in Beurteilung der südafrikanischen Angelegenheiten mit Nachdruck den englischen Standpunkt betonte, war selbstverständlich; die von Mr. Balfour zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß die gegen England gerichteten Angriffe in der Presse des Kontinents nunmehr aufhören würden, teilen auch wir. Jene Preß- und Karikaturen-

kampagne, die durch ganz Europa ging, gehört, soweit Deutschland in Frage kommt, zu den unpolitischsten Aktionen, die je von einer erregten und ihrer Empfindung, nicht ruhiger Überlegung folgenden Presse geführt worden ist. Man könnte sie höchstens mit der Aktion zu Gunsten der Polen im Jahre 1863, oder mit dem Bulgarenschwindel vergleichen, der dem Fürsten Bismarck so böse Stunden gemacht hat. Faktisch ist damit den Buren nicht geholfen, uns aber geschadet worden, da alle Gegner Englands die erwünschte Gelegenheit ergriffen, auf uns abzuwälzen, was bei ihnen an Haß und Erbitterung gegen England auf Grund alter, tief begründeter Interessengegensätze sich aufgespeichert hatte. Sie alle haben sich gleichsam vor England reingewaschen: Deutschland ist schuld an euren Verlegenheiten! Doch das liegt nun glücklich hinter uns, und wir hoffen mit Mr. Balfour auf stetig wachsende gute Beziehungen zwischen England und uns, wenn auch die englische Presse endlich mit der wühlenden und hetzenden Tätigkeit einhält, die sie namentlich während der letzten anderthalb Jahre gegen uns ausgespielt hat.

Wenn danach Mr. Balfour die Hoffnung aussprach, man werde sich an der Schwelle eines langen Zeitraumes internationalen guten Einvernehmens befinden, so teilen wir auch diese Hoffnung, zumal, seit durch die Erneuerung des Dreibundes das älteste unter den bestehenden politischen Bündnissen sich auf weitere 12 Jahre wieder zusammengeschlossen hat. Auch hier freilich sind wir auf den Widerspruch eines Teiles unserer Presse gestoßen, die sich darin gefällt, den Dreibund als etwas Gleichgültiges darzustellen. Hat doch jüngst eines unserer Witzblätter, „Der Ulk", es fertig gebracht, das deutsch-österreichisch-italienische Bündnis in Gestalt eines morschen Dreifußes darzustellen, der vor der gewaltigen Figur des Kriegsgottes zusammenbricht! Und doch hat unser aller Erfahrung bewiesen, daß seit 20 Jahren der Friede Mitteleuropas und damit auch der Friede der Nachbarstaaten auf dieser Verbindung beruht. Oder ist es etwa ein Zufall, daß der französische Revanchegedanke sich in Ohnmacht verzehren mußte und die gegen uns gerichtete giftige panslavistische Agitation nicht über geräuschvolle Kundgebungen hinauszugehen vermochte? Daß die orientalische Frage trotz allem ruhen blieb und wir in Ruhe an den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des Reiches schreiten konnten? Der Dreibund gestärkt, nicht durch ein

Bündnis, sondern durch ein aufrichtig erstrebtes und ehrlich eingehaltenes Einverständnis mit England, gäbe die stärkste politische Gemeinschaft, von der die Welt in neuen Zeiten gewußt hat. Wir haben an dieser Stelle auch in den Tagen, da die Leidenschaften meist erregt waren, darauf hingewiesen, daß Deutschland und England die größten protestantisch-germanischen Mächte der Welt sind, daß Anlage und Geistesrichtung, Wollen und Können beider Nationen sich in unvergleichlicher Weise ergänzen und daß, seit England sich entschlossen zu dem sogenannten Prinzip der offenen Tür bekannt hat, prinzipielle Gegensätze zwischen uns, von Staat zu Staat nicht bestehen. Nur wo die Praxis in Widerspruch zu der offiziell verkündeten Theorie tritt, können solche Gegensätze zwar aufkommen, bei beiderseitigem guten Willen sich aber nicht behaupten.

Es gab eine Zeit, die nicht allzu weit hinter uns liegt, da das Novum der rasch emporwachsenden deutschen Kriegsmarine in England gleichsam wie ein Unrecht empfunden wurde und da diese Stimmung sich zu einer Gefahr für uns auswachsen konnte. Aber diese Tage können als überwunden gelten, seit wir stark genug sind, uns gegen jedermann auch zur See zu verteidigen. Es fällt heute niemandem mehr ein, uns am weiteren Ausbau unserer Flotte behindern zu wollen; sollte es je nötig werden, so sind wir für den Teil, dem wir uns anschließen, auch zur See hocherwünschte Bundesgenossen; die wesentliche Aufgabe aber, welche dieser Flotte zufällt, ist, abgesehen von dem Schutz, den sie dem deutschen Handel in aller Welt und unseren Kolonien, wo sie dessen bedürfen, zu verleihen hat, die, einem großen Teil unseres Volkes eine Bildungsschule zu werden, in welcher sie nicht nur zur Stählung ihres Charakters und zur selbstverleugnenden Hingabe, sondern auch zu einem weiteren Gesichtskreise, zu freierer Beurteilung von Menschen und Verhältnissen herangebildet wird. Gerade in dieser Hinsicht stehen wir vor anderen Nationen, zumeist aber vor England zurück. Auch die Handelsmarine, die in dem letzten Menschenalter bei uns einen so gewaltigen Aufschwung genommen hat, wirkt ja in dieser Hinsicht erziehend, aber der Gesichtspunkt, der alles menschliche Tun am meisten adelt, die Hingabe an den Staat, kann bei ihr naturgemäß nicht in der Schärfe und nicht so überwiegend zum Ausdruck kommen, wie es notwendig in der Kriegsmarine geschieht. Darauf aber legen

wir im Interesse der großen Zukunft, an die wir glauben, den allerhöchsten Wert. Man hat von Goethe und von Rembrandt als Erzieher gesprochen, und gewiß danken wir dem ersten unendlich viel: der „Rembrandt als Erzieher" war ein Modewort, das im Grunde uns wenig oder nichts bedeutete: der große Erzieher bei uns ist der Staat in seinen drei vorzüglichsten Organen: dem Heer, dem Beamtentum, der Flotte. Alle drei erfüllen ihre Aufgabe nicht mehr sobald sie dieses eine, ihre nationalpädagogische Pflicht, ruhen lassen. Man mißverstehe uns nicht. Schule, Universität und Kirche sind ebenso wie die Familie die Voraussetzungen, auf denen alles übrige ruht, aber nicht sie bauen den Staat. Sie geben dem einzelnen, was er braucht, um im Kampfe des Lebens seine Würde zu wahren, das Können, das die Bedingung der Selbstachtung ist, das geistige Rüstzeug, um große Gedanken in großem Sinn zu verstehen, aber sie vermögen nicht zu organisieren. Erst im Zusammenhange der Individuen mit der Gesamtheit, in Reih und Glied, bildet und behauptet sich der Staat, von dessen gesundem Leben die geistige und sittliche Gesundheit aller einzelnen in Abhängigkeit steht. Dieser Gesichtspunkt aber, der im deutschen Volksbewußtsein weit lebendiger ist als im englischen, muß, wenn die englischen Staatsmänner sich einmal davon durchdringen, daß er untrennbar ist von den notwendigen Existenzbedingungen des deutschen Staatslebens, ihnen auch die Vorstellung nehmen, daß der Ausbau unserer Flotte von aggressiven Tendenzen veranlaßt worden sei und damit das Mißtrauen schwinden, das oft laut genug jenseit des Kanals zum Ausdruck gekommen ist. Wir sehen in dieser Hinsicht der Waltung des neuen englischen Ministerpräsidenten voller Vertrauen entgegen. Lord Salisbury hat sich außerordentlich schwer in die politische Wandlung eingelebt, die das Jahr 1870 brachte und wie gelegentlich unzweideutig hervortrat, in Deutschland mehr den unbequemen Rivalen als den gleichberechtigten Genossen in der Weltpolitik anerkennen wollen. Die Antwort darauf war die leidenschaftliche Wendung eines nicht geringen Teils unserer Presse gegen England und schließlich jener offene Kriegszustand in der Presse beider Länder, durch welchen das gebotene Verhältnis von Staat zu Staat ernstlich getrübt zu sein schien. Mr. Balfour steht nach allem, was wir von ihm wissen, freier und unparteiischer da, und es soll uns freuen, wenn diese Richtung schließlich durchdringt.

In den „Münchener N. N." sind diese und verwandte Fragen neuerdings in sehr instruktiver Weise behandelt worden. Das erste war ein Artikel des bekannten Nationalökonomen Walther Lotz „Scharfmacherei zwischen Deutschland und England"; er gab dem Unterstaatssekretär a. D. Grafen v. Berchem, dessen wir noch jüngst rümlich zu gedenken hatten, den Anlaß zu einem Brief, den Professor Lotz nunmehr in den „M. N. N." veröffentlicht hat. Graf Berchem geht von der Tatsache aus, daß, seit wir der schweren Sorge um die eigene Existenz entrückt zu sein glauben, wir uns mit Vorliebe in die Betrachtung ausländischer Verhältnisse vertiefen, das Selbstgefühl anderer Länder dabei wenig schonend, und mit geringer Sorge darüber, welche Wirkungen sich daraus ergeben." Das gelte nicht nur von der Beurteilung englischer Verhältnisse. Coloman Tisza sei als ein „Deutschenverfolger" gebrandmarkt worden, obgleich gerade ihm ein Hauptverdienst an der Aufrechterhaltung der Neutralität Österreich-Ungarns im Jahre 1870 gebühre. Man verwechsele eben bei uns oft die deutschen Reichsinteressen in Ungarn, welche wir zu pflegen allen Grund hätten, mit der davon gänzlich verschiedenen Sache der ungarischen Schwaben und der siebenbürger Sachsen, deren Schicksal, wenngleich sie unserm Herzen noch so nahe stehen, unserem Einfluß ebenso entrückt sei, wie das der Balten. Auch die Parteinahme in den Vorgängen, die sich in Cisleithanien abspielen, durchbreche die durch die elementarste politische Klugheit gebotenen Schranken, und ähnlich seien die Erörterungen zu beurteilen, welche die Erweiterung unserer Beziehungen zu Holland zum Gegenstand nehmen und dadurch „den zarten, jungen Faden deutscher Sympathien" gefährden, die wir durch unser ruhiges und uneigennütziges Verhalten im Laufe der Jahre erworben hatten. Auch an den schlecht informierten Klagen über die Haltung der brasilianischen Regierung deutschen Auswanderern gegenüber exemplifiziert Graf Berchem, um zum Schluß zu gelangen, daß es die Aufgabe aller patriotisch gesinnter Kreise sein sollte, die Anwendung gefährlicher Schlagworte zu bekämpfen, wie jenes „Civis Romanus sum" das die Empfindung der nach Weltherrschaft strebenden Römer auf Verhältnisse überträgt, die mit jenen Zeiten und jenen Tendenzen nichts mehr gemein haben. Zur Zeit gelte die deutsche Presse, dank der geschulten Taktik unserer Gegner, im Auslande als anspruchsvoll

und chauvinistisch und die Folge davon sei ein beträchtlicher Verlust an deutschen Sympathien auf der ganzen Linie. Graf Berchem geht nun den Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung nach.

„Die Überhebung — sagt er —, welche sich in scharfer Kritik ausländischer Verhältnisse bei uns allmählich eingebürgert hat, hat eine gefährliche Wechselwirkung; alle unsere Gegner haben ein lebhaftes Interesse, dieselbe zu ihrem Vorteil zu verwerten. Wie allbekannt, findet sich in allen journalistischen Zentren der Welt unsere Gegnerschaft zahlreich vertreten. Franzosen, Panslavisten, Polen, englische und amerikanische Deutschenfresser reichen sich wohlorganisiert daselbst die Hand, um die oft geradezu mustergültigen Kundgebungen unserer großen Zeitungen vom rechten Flügel der „Kreuz-Zeitung" bis zum linken der „Frankf. Ztg." totzuschweigen, und sich hingegen an jedes deutsche Preßerzeugnis gierig anzuklammern, welches einen Vorwand zur Verhetzung bietet. Artikel letzterer Art werden dann als Ausdruck der öffentlichen Meinung in Deutschland verbreitet, und in vollem Brusttone beleidigter ausländischer Nationalehre mit Angriffen auf Deutschland erfolgreich beantwortet. Wie weit diese journalistische Wechselreiterei des Auslandes geht, ist ersichtlich aus zahlreichen Artikeln der uns feindseligen panslavistischen und englischen Organe, welche oft aus auch persönlich identischer Quelle fließen."

Die Macht der Presse sei in den langen Friedensjahren in bisher unbekanntem Maßstabe auf Kosten der Autorität der Regierung gewachsen und habe die Führung der öffentlichen Meinung übernommen. Wo eine Gruppe größerer Organe mit inhaltlich übereinstimmenden Kundgebungen hervortrete, sei der Eindruck heute mitunter nicht geringer als der diplomatischer Noten. Das Ausland forme danach sein Urteil, es führe den Angriff der Presse auf amtliche Anregung zurück, und namentlich in den parlamentarisch regierten Staaten versagten dann schließlich die besten amtlichen Beziehungen. Aber auch auf Rußland, wo man der Presse dem Ausland gegenüber freie Hand lasse, gleichsam zur Entschädigung für den in den inneren Fragen ihr auferlegten Knebel, sei die Wirkung die gleiche: „sie lähmt und verdächtigt die Aktion der eigenen Regierung."

Graf Berchem hofft, daß auch die heißblütigsten unserer Landsleute sich schließlich der Erkenntnis dieser Erwägungen nicht ver-

schließen würden, „da sie in Betreff der allen gemeinsamen Vaterlandsliebe nur in Hinsicht der größeren oder geringeren Beimischung von Vorsicht und Überlegung differieren." Mit der vermehrten Macht der Presse müsse auch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit steigen. Er schließt daran den Appell: „Männer von Namen mögen, ohne Rücksicht auf die damit verbundene Unannehmlichkeit, es nicht scheuen, die Mahnung zur Mäßigung und Selbstbeherrschung stets zu erneuern im Sinn der ungezählten Deutschen aller Stände, die ebenso denken, es aber mit Recht bequemer finden, zu schweigen."

Bismarcks größte Eigenschaft sei wohl die untrügliche Richtigkeit seines Augenmaßes gewesen; dieser Waffe verdanke er in erster Linie seine Erfolge. „Möge sein Genius über uns walten, damit auch wir lernen, die Dinge zu nehmen, wie sie sich, auf der feinfühligsten politischen Wage gemessen, darstellen, losgelöst von den Täuschungen der subjektiven Empfindung."

Wir bedauern, daß der Raum uns nicht gestattet hat, den Brief des Grafen v. Berchem in vollem Wortlaut zu bringen, denn wir sind der Meinung, daß es sich allerdings um eine ernste Gefahr handelt und daß wir uns in den letzten Jahren auf jäh abfallender Bahn bewegt haben. Nichts ist leichter, als ein scharfes Wort in drastischer Formulierung hinzuwerfen und dabei des Beifalls derer sicher zu sein, die den nächsten Umstand bilden, und deren politisches Feingefühl durch den Mißbrauch, der mit der Freiheit zu urteilen getrieben wird, bereits abgestumpft ist, aber sehr schwer ist es, den Eindruck zu verwischen, den beleidigende Übertreibung hervorrief. Vielleicht noch schwerer ist es aber, den Eindruck zu verwischen, den eine Beleidigung in bildlicher Darstellung hervorruft. Sie haftet tiefer und fester; sie nistet sich gleichsam ein, und die Phantasie arbeitet weiter ausbildend mit ihr. Auf keinem Gebiet ist bei uns mehr gesündigt worden als auf dem der politischen Karikatur. Wer die älteren Jahrgänge des „Kladderadatsch" zur Hand nimmt, wird in denselben niemals ein rohes Bild finden, aber man blättere heute etwa in den „Lustigen Blättern" und im „Ulk", und man wird, namentlich wenn es sich um Dinge handelt, die bereits einige Monate zurückliegen, erschrecken über die Roheit der Empfindung, die in ihnen zum Ausdruck kommt. An die Stelle des Witzes tritt die Insulte, und von richtigem politischen Augenmaß wird man auch

nicht einen Schimmer finden. Der „Kladderadatsch" hat dieses richtige Augenmaß bis in die letzten Jahre hinein in hohem Grade gehabt, und auch heute noch bringt er häufig ganz vortreffliche satirische Bilder; er bringt aber auch entschieden schlechte. Bei den anderen aber ist das rohe Bild die Regel und die Wirkung desselben um so schädlicher, je virtuoser die Zeichnung ausgeführt ist. Nun sollte man meinen, daß es doch nicht schwer ist, die Grenze zu ziehen, die zwischen erlaubtem und unerlaubtem Witz liegt; es ist im Grunde eine Frage der Gefühlsbildung, welche unter allen Umständen eine Beschimpfung des Gegners und eine Beleidigung derjenigen Empfindungen ausschließt, die wir an uns selber geachtet wissen wollen.

Das Thema ließe sich in das Endlose fortführen, sobald wir an einzelnen Bildern exemplifizieren wollten. Aber wir empfehlen den Lesern, einmal eine Reihe solcher Bilder Revue passieren zu lassen, und sich zu fragen, wie weit sie selbst durch den Beifall, den sie ihnen zollten, eine moralische Mitschuld tragen. Wer es nicht verlernt hat, sich selber gegenüber aufrichtig zu sein, wird sich schwerlich von aller Mitschuld rein finden.

Und damit mag es dieser vielleicht schon zu langen Erörterungen genug sein. Wir danken dem Grafen Berchem für seine ernsten und patriotischen Worte und hoffen, daß sie nicht in den Wind gesprochen sind.

Von politischen Aktualitäten gibt es nur wenig zu berichten. Der Sultan von Sansibar ist gestorben, das kann uns heute gleichgültig sein, obgleich uns lieber wäre, wenn diese sansibarischen Angelegenheiten noch in den Kreis unserer Interessen fielen. In China dauert der Streit darüber, ob die chinesische Regierung, wie im Friedensinstrument vereinbart war, ihre Schuld in Gold oder nach anderer Berechnung zahlen soll, noch fort; es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß China sehr wohl in der Lage ist, seinen Verpflichtungen voll nachzukommen und wir sehen nicht, weshalb nach allem, was geschehen ist, die Mächte von ihrem guten Recht abstehen sollten. In keinem Fall aber wird Deutschland in dieser Frage eine andere Haltung einnehmen, als die, über welche die Majorität der Mächte sich schließlich verständigt.

Die Zivilverwaltung von Tientsin wird dem Vizekönige Juanschikai wohl in nächster Zeit übergeben und auch die Militärverwaltung

der Stadt soll nunmehr wieder in chinesische Hände übergehen. Wir wollen hoffen, daß es kein gar zu optimistischer Schritt ist.

In Südafrika ist alles an der Arbeit des Wiederaufbaus. Oranjekolonie und Transvaal haben Vizegouverneure erhalten, die Oberaufsicht bleibt bei Lord Milner. Im Kap agitiert die von Smart geführte Partei der Loyalisten nach wie vor, trotz des Chamberlainschen Bescheides, für Suspendierung der Verfassung. Die Beziehungen zu den Kaffern scheinen sich günstiger zu gestalten, als noch vor 8 Tagen wahrscheinlich war. Im allgemeinen haben wir aber auch heute noch alle Ursache, die von dort herüberklingenden Stimmen mit Vorsicht aufzunehmen. Wie überall hört man die Unzufriedenen, während die ruhigen und besonnenen Elemente schweigen. Die Londoner Kolonialkonferenz nimmt den erwarteten Verlauf. Sie trägt, um mit Mr. Balfour zu reden, „neue Anregungen" heim, formelle Abmachungen werden immer unwahrscheinlicher.

Der vielgenannte Metropolit von Üsküb Firmilian hat seine Tätigkeit mit einem bitteren Kampf den griechischen Mönchen und Priestern gegenüber begonnen; er könnte leicht den kürzeren ziehen, da die Gewalttätigkeit dieser fanatisierten griechischen und bulgarischen Elemente unberechenbar ist. Auch laufen bereits die finstersten Gerüchte um. Immer bedenklicher lauten die Nachrichten aus Arabien, wo die Wahabiten zu neuer politischer Bedeutung gelangt sind und die türkische Regierung sich vorläufig ihren Aufgaben nicht gewachsen zeigt. Doch wagen wir noch nicht, mit einem bestimmten Urteil hervorzutreten, da offenbar übertreibende Gerüchte ausgesprengt sind. Auch an der albanisch-montenegrinischen Grenze gährt es wieder.

Die Reise des Königs Viktor Emanuel III. nach Petersburg hat einen in jeder Hinsicht erfreulichen Verlauf genommen, dem unsere politischen Gegner vergeblich eine die Bedeutung des Dreibundes abschwächende Auslegung zu geben suchen. In Frankreich endlich hat das Ministerium Combes den Kampf gegen die Kongregationistenschulen mit einer Rücksichtslosigkeit aufgenommen, die zu einem „Kulturkampf" von außerordentlicher Schärfe führen muß, zumal den neuen Gesetzen rückwirkende Kraft gegeben worden ist. Der Ministerpräsident hat dabei kein Hehl daraus gemacht, daß die monarchische oder doch antirepublikanische Richtung der Kon-

gregationsschulen und der Einfluß, den die Kongregationen bei den politischen Wahlen ausüben, für ihn das Motiv seines Vorgehens sei. Lasse man ihnen freien Spielraum, so werde Frankreich bald aufhören, Republik zu sein.

Man wird zugeben müssen, daß diese Äußerung des Trägers und Führers der gegenwärtigen französischen Regierung von nur geringem Vertrauen zur republikanischen Gesinnung des Landes Zeugnis ablegt.

24.–29. Juli. Ministerkrisis in Serbien.
26. Juli. Beilegung der italienisch-schweizerischen Differenzen unter Vermittlung Deutschlands.
27. Juli. Bauernunruhen in Galizien.
29. Juli. Kardinal Gotti zum Generalpräfekten der propaganda fidei ernannt.
29. Juli. Konstituierung des liberalen Ministeriums Sturdza in Rumänien.

30. Juli 1902.

Schon die Übergabe der Zivilverwaltung von Tientsin an den Vizekönig Juanshikai und die Aufhebung der Bestimmungen, welche die chinesischen Truppen von der Hauptstadt Petschilis fern hielten, konnte als sicheres Anzeichen dafür gelten, daß die Spannung, die auch nach geschlossenem Frieden im „großen Orient" fortbestand, im wesentlichen gehoben war. Das hat sich denn auch in erfreulichster Weise dadurch bestätigt, daß England mit den Vizekönigen des Jantsekiangebietes einen vom Kaiser in Peking, oder sagen wir lieber, von der chinesischen Zentralstelle bestätigten Vertrag abgeschlossen hat, dem zufolge die unter dem Namen Likin bekannten Binnenzölle endgültig beseitigt werden. Als Gegenleistung für den dadurch bedingten Ausfall ist eine nicht unwesentliche Steigerung der Hafenzölle für den Import und wahrscheinlich auch für den Export vereinbart worden. Diese Likinzölle bestanden erst seit dem Jahre 1858 und müssen als eine Folge der völligen Verwirrung betrachtet werden, die damals der Taiping-Aufstand hervorrief. Man darf sie nicht verwechseln mit den noch fortbestehenden Binnenzöllen, welche die einzelnen Vizekönigreiche und Provinzen von einander trennen. Die Likins waren Zölle innerhalb einer Provinz und so dicht neben einander angebracht, daß z. B. die 128 Kilometer, welche Schanghai von Sutschau trennen, durch nicht weniger als 10 Likinzollstätten geplündert wurden. Offenbar hatte die chinesische Regierung dieses für jeden wirtschaftlichen Verkehr mörderische System hauptsächlich aufrecht

erhalten, um das Einbringen fremder Waren so gut wie unmöglich zu machen. Wenn jetzt mit diesem System gebrochen wird, so bedeutet das eine wirkliche Erschließung Chinas für den europäischen Handel, da es nicht zweifelhaft ist, daß korrespondierende Verträge auch mit den übrigen Mächten bevorstehen. Es ist das Verdienst von Sir James Makay und von dem chinesischen Kommissar Tscheng die Formel gefunden zu haben, welche die Verständigung möglich macht; wobei selbstverständlich die Haltung der beiden Vizekönige des Jantsebeckens das Verhalten Tschengs bestimmte. Überhaupt läßt sich nicht verkennen, daß jene aufgeklärten Vizekönige sich ein außerordentliches Verdienst um China erworben haben. Es ist ihnen zu danken, daß der Krieg lokalisiert blieb, und ohne Zweifel haben ihre Ratschläge wesentlich dazu beigetragen, daß die Friedens- und Reformpartei in Peking heute das Heft in Händen hat.

Nicht ganz geklärt sind freilich immer noch die Verhältnisse in der Mandschurei, aber man scheint von Seiten aller Interessenten entschlossen, an dieser heiklen Frage nicht zu rühren, seit Rußland sich zu prinzipiellen Zugeständnissen bequemt hat. Weniger zuversichtlich sehen wir die koreanischen Verhältnisse an, obgleich die letzten alarmierenden Nachrichten, wie es scheint, mit Fug und Recht dementiert worden sind. Was sich nicht wegschaffen läßt, ist die Tatsache des steigenden Einflusses der Japaner auf die koreanische Regierung, das Anwachsen der japanischen Einwanderung und endlich der Umstand, daß Rußland darauf ausgehen muß, einen Hafen an der Südküste Koreas zu erwerben. In diesem letzteren Punkt liegt die kritische Seite der koreanischen Frage, deren Entscheidung man wohl hinausschieben kann, die sich aber nicht aus der Welt schaffen läßt. Das russische Interesse spricht für Erhaltung des status quo, so lange das englisch-japanische Bündnis läuft. Das japanische Interesse ist das genau entgegengesetzte, aber es scheint uns nicht ausgeschlossen, daß nach der japanischen Seite hin England in dem ostasiatischen Zweibunde eine ähnliche Bedeutung gewinnt, wie Rußland in der alliance franco-russe, d. h. daß England die Revanchelust Japans zügelnd in der Rolle des Bundesgenossen den Ausbruch eines Krieges verhindert.

Weniger sicher lassen sich die Wirkungen des Bündnisses in Bezug auf Siam vorhersehen. Bekanntlich ist zum Nachfolger

Doumers Paul Beau als Gouverneur von Indo-China ernannt worden. Doumer trug sich mit sehr weitgehenden Plänen, die einerseits den französischen Einfluß nach Jünnan, Kuang-si, Kuang-tung und Hainan zu lenken suchten; andererseits darauf ausgingen, die französische Einflußsphäre über die Grenzen des Vertrages vom 3. Oktober 1893 hinaus auf das westliche Siam auszudehnen. Auch haben die Franzosen noch immer vertragswidrig Chantabun besetzt, so daß England, welches seine Stellung in Birma gefährdet sieht, fast als ein Verbündeter Siams erscheint, und dabei auf japanische Unterstützung rechnen kann. So wie die Verhältnisse heute liegen, scheint ein Zurückweichen Frankreichs an diesen Punkten notwendig zu werden, was dann freilich Herrn Delcassé unbequeme Angriffe durch Doumer eintragen dürfte. Vielleicht nimmt er seine Revanche an anderer Stelle, wo der Arm des russischen Bundesgenossen bequemer hinreicht: im Persischen Golf und in Abessinien. In Rußland redet man sehr ernstlich davon, daß eine Vereinigung der russischen mit der abessinischen Kirche nahe bevorstehe, und bei der Rolle, die der konfessionellen Gemeinschaft in der großen Politik Rußlands zukommt, könnte das von höchster Bedeutung werden. Eine abessinische Gesandtschaft ist bekanntlich seit geraumer Zeit auf russischem Boden; sie soll erst heimkehren, wenn Ras Makonnen Paris verläßt; so daß die abessinische Frage gleichzeitig von beiden befreundeten Mächten angefaßt wird, und das dürfte schwerlich ein Zufall sein. Damit kombinieren sich die französisch-abessinischen Eisenbahnpläne; die Linie Djibuti — Harrar — Addis-Abeba wird einmal die kürzeste Straße von Abessinien zum Roten Meer und vom oberen Nil nach Indien und Ostasien darstellen. Die russische Presse interessiert sich außerordentlich dafür, daß aus Djibuti ein großer und fester Hafen gemacht werde, mit Kohlen- und Wasserstation, damit dem Monopol Adens ein- für allemal ein Ende bereitet werde. In der Tat würde ein französischer Hafen Djibuti für Rußland von epochemachender Bedeutung sein, und ebenso für andere Mächte, die im Roten Meer nicht vom guten Willen Englands abhängen wollen.

Wir übergehen die parallel laufenden Nachrichten von bevorstehenden Unternehmungen im Persischen Golf; das gehört nachgerade zum eisernen Bestande russischer Zeitungskorrespondenzen, aber verkennen läßt sich nicht, daß die große Politik je länger je mehr von

den europäischen zu den außereuropäischen Problemen ablenkt. Gewiß eine Mahnung für uns, mit größerer Energie als bisher möglich war, unsere kolonialen Stellungen auszubauen und zu festigen. Namentlich der Eisenbahnbau in Deutsch-Ostafrika und in Südwestafrika wird bei der fieberhaften Tätigkeit, die von allen konkurrierenden Mächten entfaltet wird, zu einer schreienden Notwendigkeit.

Die Manöver, welche die italienische Flotte nach Tripolis geführt haben, wo sie bis zum 30. d. Mts. bleibt, um dann über Alexandria nach Konstantinopel zu fahren, und dem Sultan Geschenke König Viktor Emanuels II. zu überbringen, hat wegen der Absichten, die man der italienischen Regierung auf Tripolis zuschreibt, Aufsehen erregt, und ist namentlich von der französischen Presse schadenfroh dahin ausgebeutet worden, um die jüngsten Erklärungen Lord Lansdownes über die englisch-italienischen Beziehungen in Frage zu stellen. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß die italienische Politik sehr weit davon entfernt ist, Abenteuer zu suchen, wie sie ein Gewaltstreich gegen Tripolis sicher bringen würde. Daß aber Italien es nützlich findet, seine stolze Flotte in diesen Gewässern zu zeigen, ist sehr begreiflich. Italien ist auf dem Mittelmeer eine Potenz, die es wohl beanspruchen kann, für sich etwas zu bedeuten, und uns scheint, daß die Stellung, die es heute zwischen England und Frankreich einnimmt, seiner Bedeutung als eine der großen Mächte sehr wohl entspricht. Dasselbe gilt aber von dem anderen italienischen Geschwader, das gleichzeitig die albanische Küste entlang fährt, um sich später mit dem tripolitanischen Geschwader zu vereinigen. Auch an den Küsten des Adriatischen Meeres nach der orientalischen Seite hin wird so die Großmachtstellung markiert, was uns nur nützlich erscheint.

Es ist überraschend, wie schwer es in diesem Sommer fällt, die politische Ungeduld der kleinen Balkanstaaten zu zügeln, wobei diesmal weniger die Regierungen als die Völker, oder besser die Stämme die treibenden Faktoren sind. Hielten nicht Österreich und Rußland zusammen, der Brand wäre längst zu heller Lohe geschürt worden. So hat man wenigstens erreicht, daß die Türkei sich zu Reformen verstanden hat, bei denen dann freilich die Frage der Ausführung auch vertrauenden Gemütern Sorge macht. Makedonien kommt nicht zur Ruhe. An den serbisch-montenegrinisch-albanischen

Grenzen sind Konflikte die Regel, nicht die Ausnahme, und selbst im Verhältnis von Serbien und Bulgarien ist das Vertrauen so gering, daß militärische Vorbereitungen, wie größere Manöver sie notwendig machen, regelmäßig Verdacht erregen und Gegenmaßregeln hervorrufen. Vielleicht am bedenklichsten ist jedoch die Gärung, die durch Albanien geht. Sie hat schon mehrfach zu Denkschriften geführt, die von einem albanischen Zentralkomitee an den Sultan gerichtet wurden. Die „Peterb. Wjedom." bringen den Text des letzten dieser Memorandums, und da es in der europäischen Presse keinen Widerhall gefunden hat, obgleich es wegen seines Inhalts wie wegen des russischen Echos Beachtung verdient, mag es in wörtlicher Übersetzung hier Platz finden: „Ew. Majestät. Geruhen Sie uns anzuhören; wir reden, wie es ehrlichen und treuergebenen Albanern geziemt, stets die Wahrheit. Die Bedingungen, unter denen wir leben, sind die allerkläglichsten. Der Berliner Traktat hat trotz des Widerspruchs Ew. Majestät alles getan, um uns mit Haut und Haar den Griechen und Slaven auszuliefern. In den europäischen Parlamenten spricht man von uns, als seien wir ein afrikanischer Stamm, den man niederkämpfen müsse. Die Regierungen der großen Mächte schließen allerlei Verträge untereinander ab, um unser Vaterland zu teilen; alltäglich und von allen Seiten wird das albanische Volk beleidigt und gekränkt. Die ganze Welt ignoriert uns, aber das Recht und die Stärke ist auf unserer Seite. Das werden wir, wenn die Stunde kommt, beweisen. Unser Territorium ist nicht kultiviert; Handel und Industrie sind noch in den Anfängen, aber der Reichtum unserer Hafenplätze und die Schätze unserer Meere erregen die Gier der ausländischen, uns feindlichen Nationen. Unsere Städte und Dörfer führen ein verschlossenes, vereinzeltes Leben und sind in keiner Verbindung untereinander, weil es an allen brauchbaren Straßen fehlt. Die katholischen und rechtgläubigen Albaner, die nicht gleiche Rechte mit den Muselmännern genießen, sehen sich oft genötigt, in einen fremden Untertanenverband zu treten, und die Zahl dieser Leute nimmt in Albanien schnell zu. Wir haben keine Schulen, die in unserer Sprache unterrichten, und während die Regierung Ew. Majestät ausländische Schulen beschützt, sind wir genötigt, mit den Waffen in der Hand, Tag und Nacht unsere Grenzen vor Ausländern zu verteidigen, gegen Griechenland, Bulgarien,

Serbien und Montenegro. Europa aber nennt uns deshalb Barbaren, da wir doch nichts Übles tun, wenn wir die Ehre Albaniens verteidigen und die Ruhe und Unantastbarkeit des Reichs aufrechterhalten."

„Ew. Majestät. Der Koran verlangt vom Kalifen, daß er die Stimme der unterworfenen Völker hört. Wir verlangen für unsere Vilajete Skodra, Janina, Kossowa, Monastyr eine von asiatischen und afrikanischen Vilajeten unabhängige Verwaltung, die es uns möglich macht, unter der Suzeränität Ew. Majestät die Einheit unserer Nation aufrecht zu erhalten, uns zu zivilisieren und unter Ew. Majestät Szepter die Unantastbarkeit des türkischen Reiches dem gemeinsamen Feinde gegenüber aufrecht zu erhalten. Wir verlangen Schulen mit Unterricht in unserer Sprache und Befreiung aller Albaner, die aus politischen Gründen verschickt worden sind. Albaner verstehen nicht zu lügen und deshalb erklären wir offen, daß wir entschlossen sind, uns alle zu einem Ganzen zu verbinden; alle echten Albaner, die nicht Werkzeuge in Händen von Ausländern sind, haben einmütig zu ihrem Führer erkoren Alardo Kastriota, den alle lieben, und der sich ganz der Aufgabe hingibt, sein Vaterland zu erneuern. Mögen andere Ew. Majestät betrügen, die Albaner werden es nie tun und sind bereit unter Eurem Schutz ihre Rechte zurückzugewinnen und ihre Nationalität zu verteidigen. Hält aber die Regierung an dem jetzigen System fest, das die Feinde Albaniens und des Reiches so zu ihrem Vorteil ausbeuten, und findet unsere Bitte kein Gehör, so mag Ew. Majestät wissen, daß das albanische Volk stark genug ist, sich selbst seine Freiheit zu erringen und daß es willig dafür sein Blut vergießen wird. Gott ist mit uns!"

Das Memorandum ist leider undatiert, und scheint uns um einige Wochen, vielleicht um einige Monate zurückzuliegen. Im wesentlichen aber entspricht es den auch jetzt herrschenden Stimmungen; und daß in ihm eine große Gefahr liegt, läßt sich nicht verkennen. Bei all diesen türkischen Angelegenheiten spielt die finanzielle Not der Pforte auf der einen und die Korruption des Beamtentums auf der anderen Seite die entscheidende Rolle; daran scheitern die bestgedachten und bestgemeinten Reformpläne. Vielleicht glückt es mit der jetzt geplanten Konvertierung der türkischen Schuld, die bekanntlich

von Rouvier in Angriff genommen, aber noch nicht zum Abschluß gebracht ist, Es fällt aber auf, wie sehr Frankreich die orientalischen Dinge in seinen Interessenkreis zu ziehen beginnt. Nachdem die bulgarischen Finanzen mit französischem Gelde in Ordnung gebracht wurden, unterhandelt heute Serbien ebenfalls unter russischer Ägide zu gleichem Zweck mit Paris.

Die Bewegung gegen die Kongregationen ist nunmehr in vollem Gange. In den Departements Seine und Rhone sind 26, bez. 45 kongregationistische Anstalten dem Untergange geweiht worden. Man hat berechnet, daß im ganzen 150000 Kinder plötzlich den Eltern zurückgegeben werden, und es ist ohne Zweifel nicht möglich, sofort einen Ersatz für die geschlossenen Privatinstitute zu finden, ganz abgesehen davon, daß die Eltern wenig Neigung haben, ihre Kinder Schulen anzuvertrauen, in welchen die von der Regierung vertretene antikirchliche Tendenz vorherrscht. Bei alledem läßt sich aber nicht übersehen, daß neben dem religiösen Motiv, das den Widerstand lebendig erhält, auch eine bewußte politische Opposition monarchistisch-nationalistischen Charakters hergeht. Die Rolle, welche die Herzogin von Orleans (älteste Tochter des Erzherzogs Josef), die bis zum 24. Juli in Paris war, dort gespielt hat, läßt darüber keinen Zweifel aufkommen; auch führt man den Besuch der Damen Reilles, de Mun, Piou, Cibiel, de Pomeyrol bei der Gemahlin des Präsidenten Loubet auf ihren Einfluß zurück. Gewiß ist diese monarchische Tendenz aussichtslos, aber sie hat dahin geführt, die Kraft des Widerstandes zu lähmen, weil es auch unter dem hohen Klerus zahlreiche überzeugte Republikaner gibt.

Von den 87 französischen Bischöfen haben infolgedessen nur 32 gegen das Verfahren der Regierung protestiert, und es ist sehr begreiflich, wenn Papst Leo XIII. zu keinem Beschluß in der ihm höchst peinlichen Angelegenheit kommen kann; wird doch sogar behauptet, daß er ein Schisma für Frankreich fürchte.

Der Tod des Kardinals Ledochowski wird in Frankreich nicht eben betrauert — man sah in ihm einen Gegner der Ansprüche Frankreichs in Bezug auf die Leitung der Katholiken des Orients.

31. Juli. Vergleich zwischen Argentinien und Chile.
31. Juli. Bauernunruhen im Saratowschen.
6. August. Zusammenkunft Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Nikolaus II. auf der revaler Rhede.

6. August 1902.

Im Juliheft der Zeitschrift „Rußkaja Myśl" (russischer Gedanke) ist ein interessanter Aufsatz von Jeropkin „Über den Niedergang der Landwirtschaft und über ihre Nöte" zum Abschluß gebracht. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage, die uns neuerdings wieder durch Bauernunruhen im Ssaratowschen zum Studium empfohlen worden ist, wird es lehrreich sein, die Schlüsse kennen zu lernen, die sich für Herrn Jeropkin aus dem Studium der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rußlands ergeben haben.

Er schreibt: „Die Höhe und der Druck der Steuern treibt den Bauern vom Acker fort, die Dörfer veröden, die Industrie wirbt für ihre Armee immer neue Rekruten aus der Dorfbevölkerung, die im kräftigsten Arbeitsalter steht, die Gutsbesitzer jammern über Mangel an Arbeitern und rufen die Regierung zu Hilfe, die ihrerseits ganz ohnmächtig der Arbeitskrisis gegenübersteht. Der Bauer reißt sich vom heimatlichen Boden und von seinem Dorf aber nur los, wenn die Not ihn von der gewohnten Scholle vertreibt. Hat er aber einmal sein Pferd, seinen Landanteil, sein Vieh und seine Hütte verloren, so hat für ihn, den nunmehr sorgenlosen Proletarier, der Vertrag, durch den er sich zur Bearbeitung gutsherrlicher Felder verpflichtet hat, weiter keinerlei Bedeutung. Da hilft keine kriminelle Verfolgung und kein Paßzwang, der Barfüßler läßt sich nicht festhalten.

Also weder Kriminalstrafen, noch irgend welche Zwangsmaßnahmen helfen hier; die Erhaltung der Bauernwirtschaft und vor

allem die möglichste Herabsetzung der Abgaben — das ist es, was der Stand der Gutsbesitzer von der Regierung zu erlangen suchen muß. Annehmbare Getreidepreise, Erhöhung der Fruchtbarkeit des Bodens, Herabsetzung der Grundsteuer und der Abgaben — das ist die Trilogie des ländlichen Elends und der ländlichen Wünsche.

Jeropkin kommt danach auf die riesigen Eisenbahnbauten zu reden: „Aus welcher Quelle schöpfen denn schließlich die Eisenbahnen ihre Mittel? Von der Industrie ist nichts zu erwarten, wenn sie noch lebt, hat sie es den Bestellungen der Regierung zu danken. Geben muß die Landwirtschaft: eben jener Bauer, der durch die Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Produkte die Handelsbilanz zu unserem Vorteil erhöht hat, der die Erwartungen und Hoffnungen des Branntweinmonopols gerechtfertigt hat, der die Ausgaben und Bedürfnisse der heimischen Industrie bestreitet — er ist es, der auch das Defizit der Eisenbahnwirtschaft tragen muß. Wem diese Schlüsse wenig überzeugend erscheinen, dem raten wir, die Einnahmeposten unseres Reichsbudgets recht genau anzusehen und dann die Kopfzahl der Landbevölkerung der unserer Städte und Fabriken gegenüberzustellen. Unzweifelhaft legt unsere Metallindustrie keinerlei Gewicht auf den Bedarf der Landleute — denn was bedeutet 0,3 Pud Eisenverbrauch auf den Kopf der russischen Bauerschaft, wie die Semstwo von Wjätka festgestellt hat? Bei so geringfügigem direkten Bedarf ist ein Blühen, ja sogar ein Vegetieren der Eisenindustrie nicht denkbar. Über all diese Dinge streitet man nicht mehr. Ebenso unbestreitbar ist aber, daß unser Bauer entbehrt, um die anderen zu ernähren: er versagt sich den Gebrauch von Eisen und erhält doch die Metallindustrie, ganz wie er nicht satt essen darf, weil man unserem Import eine glänzende Handelsbilanz schaffen will.

Wenn wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, was über die Verarmung der rjäsanschen Bauerschaft gesagt wurde, wie schnell der Prozentsatz verlassener Heimstätten steigt und wie stetig die Zahl der wohlhabenden Wirte sinkt, wie erstaunlich schnell das Liquidieren der Gutswirtschaften fortschreitet und wie das Land dank den Vorschüssen der Bauerbank in den Scheinbesitz der Bauern übergeht, kurz wenn wir uns das Bild der jetzigen ökonomischen Zustände des flachen Landes vorstellen, so drängt sich die Frage auf: ob unsere Handelsbilanz konserviert werden und wir unsere Mittel weiter

erschöpfen sollen, um dem unerfüllbaren Traum nachzujagen, daß wir den Weltrekord im Eisenbahnbau und in allen Zweigen der Industrie gewinnen — oder ob wir nicht vielmehr unsere eigene Bevölkerung dahin bringen sollen, daß sie sich satt essen kann und ihr die Möglichkeit bieten, einen eigenen Viehstand zu haben, der zu Hause aufgefüttert wird, ihren inneren Getreidemarkt in Nachfrage und Konsum zu steigern und im Kornkasten des Bauern einen kleinen Vorrat sowie in seiner Tasche das Geld zu wahren, das heute die Kosten für Transport und Verladung verschlingen und das dem hungernden Produzenten des Getreides zum Vorteil ausländischer Häfen geraubt wird."

Es ist doch unerläßlich, dieser gewiß aufrichtigen Stimme dem offiziellen Optimismus des Finanzkünstlers an der Newa gegenüber Beachtung zu schenken, und zwar um so mehr, als diese Betrachtungen in der so lange stummen russischen Presse ungestraft laut werden. Wir stehen eben einer Entwicklung gegenüber, deren elementare Kraft stetig anwächst und die früher oder später den Sieg über ein System erringen wird, dessen Härte selbst von diesem geduldigsten aller Völker nur noch zähneknirschend ertragen wird.

An dem System Witte aber hängt der ganze große Zusammenhang der inneren wie der auswärtigen Politik des russischen Reiches. Beides wird heute auf Kredit gemacht und beides muß einem Fiasko entgegengehen, wenn einmal der Kredit erschöpft ist. Bis dahin mag es weit sein, und jeder Freund einer gesunden Weltentwicklung muß wünschen, daß die Krisis nicht nur vertagt, sondern durch rechtzeitiges Einlenken in eine Politik, die mit Realitäten, nicht mit Fiktionen rechnet, vermieden wird. Vielleicht ist sogar von den lebenden russischen Staatsmännern Herr Witte der einzige, der die Wandlung zu vollziehen Kraft und Einsicht hätte, wenn er nur sicher wäre, nicht selbst einer plötzlichen Schwenkung zum Opfer zu fallen. Diese Sicherheit aber ist es gerade, die ihm nicht geboten werden kann, und so sehen wir, daß trotz der durch alle Kreise der russischen Intelligenz ziehenden liberalen Strömung die Regierung nicht nur an den eingeschlagenen Wegen festhält, sondern noch weiter in reaktionäre Bahnen einzulenken entschlossen scheint. Gerade jetzt geht das Gerücht durch das Land, daß eine Aufhebung der Gouvernements-landschafts-Institutionen unmittelbar bevorstehe. Wir wissen nicht, wie weit das Gerücht Grund hat, aber das Hauptorgan der russischen

Reaktionspartei, die „Moskowskija Wjedomosti", deren Chefredakteur ein Herr Gringmut, schwedischer oder deutscher Herkunft, aber extrem nationalistischer Richtung ist, hat bereits die Siegesfanfare angestimmt. „Die Aufhebung der Gouvernementslandschaften" — jubelte er — „wird die ungeheueren Kosten des Unterhalts der unfruchtbaren landschaftlichen Bureaukratie mit einem Schlage verringern und die Möglichkeit zu einer nützlichen Verwendung der frei gewordenen Summen schaffen . . . Das Parlamentspielen wird ein Ende nehmen . . ." Die Kreislandschaftsinstitutionen, die Herr Gringmut gütigst fortbestehen läßt, sollen so in direktere Beziehungen zu der Zentralregierung gesetzt werden, die keinerlei Bedürfnis „nach irgend welchen Gebiets-Landschaften" verspüre. Sollte ein solcher Plan wirklich bestehen, so wäre das nichtoffizielle Rußland allerdings mundtod, aber es wäre dann auch ein Ventil weniger vorhanden, um der nicht unbedenklichen Spannung der Geister in unschädlicher Weise Luft zu machen. Jene landschaftliche Bureaukratie, über deren bevorstehende Beseitigung das Moskauer Blatt sich freut, aber ist ein Organ der Selbstverwaltung, an dessen Stelle die kalte Routine der staatlichen Bureaukratie treten würde, über deren Unpopularität im ganzen weiten Reiche kein Zweifel besteht. Das Wesentliche aber würde doch sein, daß ein Schritt weiter getan wird, um die Reformarbeit Alexander II. zu Schanden zu machen. Jene Gouvernements-Landschaftsinstitutionen sollten das Gerüste sein zum Bau der Reichsverfassung, durch welche der unglückliche Zar seine Reformarbeit zu krönen dachte. Bekanntlich haben die Fanatiker, denen er am 1./13. März 1881 zum Opfer fiel, mit ihm auch dieses Verfassungsprojekt umgebracht, so daß Rußland in den 21 Jahren, die seither hingegangen sind, unter der Nachwirkung jenes Frevels steht. Die Entscheidung für die Rückkehr zum unbeschränkten Absolutismus ist übrigens nicht gleich, sondern unter merkwürdigen Schwankungen des neuen Zaren Alexander III. erst am 29. April a. St. gefallen. Da wir auf diese auch heute politisch bedeutsamen historischen Ereignisse zu sprechen kommen, mag einer bei uns wenig beachteten Darstellung jener Krisis gedacht werden, die Anfang April vom Fürsten Meschtscherski im 3. Teil seiner Lebenserinnerungen (veröffentlicht vom „Graschdanin" und verdeutscht in der „St. Peterburger Zeitung"), in seiner drastischen Weise erzählt worden ist. Er schreibt:

„Wenn ich nicht irre, war es der 1. Mai 1881, als ich, auf die Straße tretend, den nunmehr bereits verstorbenen W. M. Markewitsch mit freudestrahlendem Gesichte bei mir vorfahren sah."

„Loris ist verabschiedet, ich gratuliere!"

Wir küßten uns.

Was war vorgegangen?

Was eigentlich vorgegangen war, vermag ich auch jetzt, wo 20 Jahre seitdem verflossen sind, nicht genau zu sagen, da ich weder damals noch später von den Personen, welche bei dem Umschwunge eine Rolle gespielt hatten, so genaue und vollständige Nachrichten habe erhalten können, um eine folgerichtige Erzählung des ganzen Herganges zu geben.

Auf den 28. April hatte der Kaiser die Maiparade festgesetzt.

Für den 29. April hatte Graf Loris-Melikow in seinem Hause eine Zusammenkunft aller Minister anberaumt, auf welcher über die Frage der bevorstehenden Reformen, und unter anderem über die projektierte Einberufung der von den Landschaften erwählten Sachverständigen zur Teilnahme an den Reichsratssitzungen, beraten werden sollte.

Am 29. April erschien aber das Manifest von der Bekräftigung des Selbstherrschertums.

Am Morgen des 28. April wußte also Graf Loris-Melikow noch nichts davon, was am 29. April passierte, und folglich auch nichts davon, was am 26. und 27. April in Zarskoje Sselo vor sich gegangen war.

Nach der einen Version hatte sich an diesen denkwürdigen Tagen folgendes begeben: Erschreckt durch die Pläne des in seiner Stellung gefestigten Grafen Loris-Melikow, soll Katkow nach Petersburg gekommen sein und sich zu K. P. Pobedonoszew begeben haben, mit dem er ein langes Gespräch über die politische Lage hatte; darauf soll K. P. Pobedonoszew zum Kaiser gefahren sein und nun mit ihm ein langes Gespräch gehabt haben, nach welchem der durch die starken und klaren Argumente seines treuen Dieners überzeugte Herrscher den Beschluß faßte, den Mißverständnissen und Wirren, die infolge der Gerüchte von irgendwelchen neuen liberalen Plänen des Grafen Loris-Melikow überall um sich gegriffen hatten, ein Ende zu machen.

Diese Version wird jedoch, soweit mir bekannt, in einigen Teilen von K. P. Pobedonoszew selbst dementiert. Nach der anderen Version sollen dem Herrscher von ihm ergebenen Persönlichkeiten schriftliche Äußerungen zugegangen sein, in welchen ihm mit voller Aufrichtigkeit Einwendungen gegen die Politik der liberalen Konzessionen des Grafen Loris-Melikow vorgelegt wurden und dem Bedürfnis Ausdruck gegeben ward, daß zum Zwecke der Beruhigung der Gemüter und der Rückkehr der Ordnung die Hauptsache — das Selbstherrschertum — gefestigt werden müsse. Unter diesen Briefen habe sich auch einer von Katkow befunden. Es läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der Herrscher unter dem Einflusse dieser Briefe viel über die damalige Lage Rußlands, über die verflossene Regierung und über seine augenblicklichen Verpflichtungen nachdachte, in seiner kristallreinen Seele seine Gedanken vor das

Gericht seines hochwahrhaften Gewissens und seiner Liebe für Rußland stellte und dann zum Entschlusse gelangte. Als er diesen gefaßt, lud er K. P. Pobedonoszew zu sich, hatte ein Gespräch mit ihm und gab ihm den Auftrag, ein Manifest zu schreiben, um seinem ganzen Volke seinen Entschluß zu verkünden. Alles dieses ging am 25. oder 26. April vor sich. Das Manifest wurde geschrieben, vom Herrscher gutgeheißen, unterschrieben und am 27. April dem Justizminister Nabokow gesandt, damit er es in der Senats-Typographie drucken lasse.

Wie gesagt, wußte hiervon noch am Vorabende des Erscheinens des Manifestes weder Graf Loris-Melikow noch sonst jemand in der Stadt. Er erfuhr es aber am Morgen des 28. April auf eine für ihn ganz unerwartete Weise. Graf Loris-Melikow hatte einen seiner Departementsdirektoren zu sich beschieden und beauftragte ihn, in geschäftlichen Angelegenheiten zum Justiz minister Nabokow zu fahren und ihn unter anderem an die Abendsitzung des Ministerkonseils zu erinnern, die bei ihm stattfinden sollte. Graf Loris-Melikow war frisch und fröhlich wie noch nie. Der Departementsdirektor begab sich zum Justizminister und traf ihn beim Lesen der Korrektur des Manifestes. Der Minister las ihm den Text des Manifestes nach dem Korrekturbogen vor und betraute ihn damit, dem Grafen den Inhalt desselben mitzuteilen. Es war ein historischer Augenblick. Es ist anzunehmen, daß der Abgesandte des Grafen Loris Melikow, als der Justizminister das Manifest verlas und ihm den Auftrag gab, den Inhalt keinem Geringeren als dem Grafen Loris-Melikow, der noch für den ersten Minister galt, mitzuteilen, sofort begriff, daß der große Machthaber gefallen sei, da der Justizminister in einem anderen Falle wahrscheinlich nicht diesen Weg der Mitteilung gewählt hätte, sondern selbst zum Grafen Loris-Melikow gefahren wäre, um ihn vom Manifest in Kenntnis zu setzen. Wie dem aber auch sei, der Departementsdirektor mußte sich die Hauptstellen des ihm verlesenen Manifestes genau ins Gedächtnis prägen und in einer ganz anderen Stimmung zum Grafen Loris Melikow zurückkehren, als jene war, in der er ihn verlassen.

Graf Loris-Melikow empfing ihn frisch und vergnügt.

„Nun?“ fragte er.

„Vor allen Dingen muß ich Ew. Erlaucht über ein wichtiges Ereignis berichten.“

Wahrscheinlich war das Gesicht des Direktors so ernst, daß der Graf Loris-Melikow die Frage: was ist denn? bereits in plötzlich veränderter Stimmung stellte.

Der Departementsdirektor referierte über den Inhalt des Manifestes und teilte mit, daß es am nächsten Tage veröffentlicht werde.

Diesen verhängnisvollen Bericht hörte Graf Loris Melikow stehend an. Als am Schlusse desselben die wesentlichsten Worte des Manifestes über die Bekräftigung des Selbstherrschertums ertönten, ließ sich Graf Loris-Melikow auf den Stuhl nieder, vor dem er stand, und versank in tiefes Nachdenken.

Der Legende zufolge soll der Graf nach einigen Minuten des Schweigens aufgestanden sein, und es sollen ihm die Worte entfahren sein: sie werden ihn

zu Grunde richten. Diese Worte sind von historischer Bedeutung und liefern den Beweis, wie weit der in die Stellung eines Diktators von Rußland geratene kluge kaukasische General von dem Verständnis der staatlichen lebendigen Wahrheit entfernt und wie aufrichtig er gleichzeitig in seiner Verirrung war. In dieser aufrichtigen Verirrung dachte er nur an die in ihm wogenden liberalen Träumereien, indem er aber sagte, durch die Festigung des Selbstherrschertums würden „sie ihn zu Grunde richten", vergaß er vollständig, daß der 1. März der schreckliche Epilog jener Reihe liberaler Konzessionen war, welche das Selbstherrschertum geschwächt und nur das Gebiet der uferlosen Bestrebungen der Feinde desselben erweitert hatten.

An demselben Abend (wie Fürst Meschtscherski oben sagte, sollte doch die Sitzung am 29. April stattfinden? Die Red. der „P. Z.") fand die früher anberaumte Sitzung beim Grafen Loris-Melikow statt. Alle Minister kamen zusammen, und auf den Gesichtern des Hausherrn und der versammelten Minister stand zu lesen, daß die Kunde vom Manifest des morgenden Tages ihnen bereits zugegangen war.

Wie mir später ein Freund nach der Erzählung eines der Teilnehmer mitgeteilt hat, bot K. P. Pobedonoszew auf dieser Sitzung ein ganz besonderes Bild. Er war ruhig und klar und stand im Gegensatze zu jenen Ministern, die sich um den Grafen Loris Melikow gruppierten, und auf deren Gesichtern ihre unruhige Gemütsverfassung deutlich ausgeprägt war. Es versteht sich von selbst, daß die Sitzung nicht lange dauerte, da das Staatsereignis, das am nächsten Tage bevorstand, sowohl das Schicksal der zu beratenden Fragen, als die Festigkeit der Stellung des Vorsitzenden zweifelhaft machte. Ich hörte später, daß auf dieser Beratung drei Minister — der Kriegsminister Graf Miljutin, der Minister des Innern Graf Loris-Melikow und der Finanzminister Abasa — übereinkamen, nach dem Erscheinen des Manifestes um ihre Verabschiedung zu bitten.

Am anderen Tage erschien das Manifest. Es war herrlich in seiner Kraft, Klarheit und Kürze. Seine Wirkung war sehr groß.

Nach der Maiparade auf dem Frühstück beim Prinzen von Oldenburg war der Herrscher gegen den Grafen Loris-Melikow sehr liebenswürdig und aufmerksam."

Trotz einzelner Widersprüche in den Daten dürfte die Erzählung Meschtscherskis in der Hauptsache den Zusammenhang der Ereignisse richtig dargestellt haben. Mit seiner Schlußbetrachtung dagegen kann man sich schwerlich zufrieden geben. Man mag noch so sehr davon überzeugt sein, daß Rußland für ein konstitutionelles Regiment nicht reif ist (Alexander II. dachte übrigens vorläufig nur an die Erweiterung des Reichsrats durch eine Notabeln-Versammlung, und nur darüber ist am 8. 20. März 1881 in Gegenwart Alexanders III. beraten worden), darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Wege, auf

denen das autoritative System behauptet und im Volksbewußtsein gekräftigt werden sollte, die richtigen nicht waren. Von den Männern, die damals die Entscheidung gegen die Fortsetzung der Reformarbeit gaben, ist heute nur noch der Generalprokurator Pobedonoszew am Leben; er ist die bestgehaßte Persönlichkeit Rußlands. Wie weit der Finanzminister Witte sich ihm affiliert hat, läßt sich nicht deutlich erkennen. Witte hat gelegentlich auch liberale Anwandlungen gezeigt, und deshalb meint man, er werde auch für die Loris-Melikowschen Ideen von 1881 zu haben sein. Im Augenblick aber hält er offenbar sein bisheriges System noch nicht für abgewirtschaftet, und so mag es noch eine Zeitlang weitergehen; wie lange es halten wird, das ist eine der allerwichtigsten Fragen der großen Politik.

Es liegt nahe, eine Parallele zwischen ihm und dem englischen Staatsmann zu ziehen, der heute mit den Machtmitteln, des Parlamentarismus eine fast gleichgebietende und bestimmende Rolle spielt: Chamberlain. Beide Männer haben die gleiche entschlossene Einseitigkeit gemeinsam, beide sind Parvenus, die zunächst durch ihr finanzielles Geschick emporkamen und schließlich den ganzen Staat in Abhängigkeit von ihren besonderen Zukunftsplänen setzten. Auch zwischen der imperialistischen Politik des Engländers und der asiatischen Politik des Russen läßt sich eine gewisse Verwandtschaft nicht verkennen. Nur daß Chamberlain dabei originaler ist, während Wittes sibirische Eisenbahnpolitik sich als ein Glied in der Kette des weit älteren russischen Imperialismus erweist. Chamberlain sucht die Kolonien heranzulocken, um den Zusammenschluß der angelsächsischen Rasse zu erreichen, Witte und die russischen Staatsmänner, mit denen er geht, oder die mit ihm gehen — denn wer mag diese Frage sicher entscheiden — zerbrechen zu gleichem Zweck das Sonderleben in den Provinzen anderen Stammes und anderer Vergangenheit. Beide wirtschaften für die Zukunft auf Kosten der Gegenwart, aber Chamberlain hat sein va banque Spiel gewonnen und Witte steht erst jetzt vor der Entscheidung!

Übrigens fehlt es auch nicht an Anzeichen, daß in England eine Wendung sich vorbereiten könnte, die den Liberalen, sei es nun unter Campbell-Bannerman, oder unter Roseberry, zu den Sitzen am Regierungstische verhelfen könnte. Wenn die Krönung hinter uns liegt, die Kolonialminister mit ihren „Anregungen" heimgekehrt sein

werden, dann muß der imperialistische Hochdruck, der bisher das öffentliche Leben Englands bestimmt hat, notwendig nachlassen. Die Nöte und Interessen der Tagespolitik werden sich in den Vordergrund drängen. Schon hat in der Frage der Schulreform die Opposition merklich an Boden gewonnen, sie hat die Überlieferungen der alt-englischen Politik für sich, wenn sie mit Nachdruck darauf hinweist, daß das gegenwärtige Ministerium dem Gedanken des Freihandels untreu geworden sei, sie dringt auf mehr als oberflächliche Untersuchung der Verantwortlichkeiten für die Schäden, die während des südafrikanischen Krieges so grell zu Tage traten, sie steht mit der sehr ansehnlichen Macht der demokratischen Arbeiterorganisationen in weit lebendigerer Fühlung als die Neu-Torys, endlich, sie hat den Finger auf die wunden Punkte in der auswärtigen Politik Englands gelegt. Speziell das Verhalten des Ministeriums Italien gegenüber wird bitter kritisiert, und auch die alten Klagen über die Unzulänglichkeit von Armee und Marine wollen nicht verstummen. Im Hintergrunde aber erregt die irische Frage die Leidenschaften, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob das inkonziliante Programm der Regierung zum Ziele führen wird. Daß der wichtige Parlamentssitz in Leeds, dessen bisheriger Vertreter Jackson Peer geworden ist, dem liberalen Barran zufallen konnte, und das Übergehen des ministeriellen Deputierten für Shetland, Mr. Wason, in das Lager der Opposition sind Symptome einer kommenden Wandlung. Es wird außerordentlicher Klugheit und Energie bedürfen, wenn Mr. Balfour und Chamberlain den aufziehenden Sturm ungeschädigt überstehen sollen.

In den Angelegenheiten des kleinen Orients machen die Zustände in Makedonien und in den kleinen Balkanstaaten nach wie vor Sorge. Wir glauben aber trotz allem, daß schließlich auch in diesem Jahre die Erregung verpuffen wird. Europa will keinen Krieg und wird ihn sich nicht aufzwingen lassen. Wichtiger vielleicht ist die tiefe Verstimmung, welche die französische Balkanpolitik in Petersburg erregt. Man dankt es Herrn Rouvier keineswegs, daß er die Unifikation der türkischen Schuld durchgesetzt hat, und neuerdings wird auch Herr Constans von der russischen Presse wieder heftig angegriffen. Er wird beinahe als ein Freund der Deutschen dargestellt und das ist in den Augen von Blättern wie die „Nowoje Wremja" noch immer das schlimmste aller politischen Verbrechen.

9. August. Krönung König Eduard VII.
11. August. Nihilistisches Attentat gegen den Fürsten Obolenski, Gouverneur von Charkow.
15. August. Übergabe Tientsins an die chinesische Regierung.
16. August. Botha, De Wet und Delarey treffen in London ein.
16. August. Die Gazelle geht nach La Guaira in See.
21. August. Wiedereröffnung des Cap-Parlaments.
27. August. König Viktor Emanuel III. in Berlin.
5. September. Lord Roberts, French, Brodrick als Gäste bei den Kaisermanövern.
7. September. Der Panther bohrt den Crète à Pierrot in den Grund.
13. September. Einzug des chinesischen Hofes in den Sommerpalast zu Peking.
14. September. Ansprache Kaiser Nikolaus II. an die Ältesten der Kurskr Bauergemeinden.
18. September. Schreiben des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Hay in Sachen der rumänischen Juden.
19. September. Tod der Königin Henriette Marie von Bulgarien.
19. September. Kossuthfeier in Ungarn.
22. September. Rede Combes in Anlaß der politischen Reden seiner Kollegen Pelletan und André.
24. September. Aufruf von Botha, De Wet und Delarey.
26. September. Reise des russischen Finanzministers Witte in die Mandschurei.
26. September. Absetzung des französischen Majors Leroy Labourdie wegen Insubordination.
27. September. Beginn der russisch-bulgarischen Festlichkeiten am Schipkapaß.
29. September. Tod Emil Zolas.
29. September. Rückgabe der Eisenbahn Peking—Shanhaikwan durch die Engländer an China.
30. September. Beilegung der Differenzen zwischen Columbien und den Vereinigten Staaten.

---

1. Oktober 1902.

Seit dem 22. September sind die großen bulgarischen Manöver in Gang. Sie haben am 28. ihren Höhepunkt in der feierlichen Einweihung der Schipkakirche durch den russischen Protopresbyter Shelobowski gefunden und werden am 1. Oktober schließen. Bekanntlich ist der russische Charakter dieser Feierlichkeit, in Erinnerung an die verlust- und ruhmreichen Kämpfe der russischen Armee, die zur politischen Emanzipation Bulgariens führten, mit besonderem Nachdruck betont worden. Ein Glied des Zarenhauses, der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist als Vertreter des Kaisers Nikolaus II. über Varna nach Sofia und von da zur manövrierenden Armee gereist. Mit ihm der Chef seines Stabes und zwei Adjutanten, dazu der Kriegsminister General Kuropatkin, der 1877 und 78 als Stabschef Skobelews fungierte, der damalige Botschafter bei der

Pforte, General N. P. Ignatiew, der die diplomatische Kampagne einleitete, die den Krieg zur Notwendigkeit machte, General Stoletow, der als Befehlshaber der bulgarischen Miliz vom 21. bis zum 23. August 1877 den Schipkapaß gegen die Angriffe Suleiman Paschas verteidigte, die Generale Meyendorff, Dochturow, Grippenberg, Wasmundt und noch 12 andere hohe Militärs. Dazu als Ehrengäste der bulgarischen Regierung 46 Mann, deren Namen mit den Kämpfen um Schipka verbunden sind: der General Dragomirow, der Chef des Generalstabes Ssacharow, Gen.-Leut. Ssobolew, der Sohn des Generals Radetzki u. s. f. Kurz es ist nichts versäumt worden, um der Dankbarkeit Bulgariens den russischen Befreiern gegenüber einen recht in die Augen fallenden Ausdruck zu geben, und es kann nicht bezweifelt werden, daß, wenn am 1. Oktober alle diese Feierlichkeiten, über welche noch eingehende Berichte fehlen, ihr Ende genommen haben werden, eine starke Strömung russisch-bulgarischer Sympathien zurückbleibt. Aber freilich, es fehlt auch nicht an Widersprüchen, wie sie durch den Charakter innerer Unwahrhaftigkeit, der die Beziehungen Rußlands zum kleinen Orient kennzeichnet, nun einmal bedingt sind. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wird aus Sofia nach Konstantinopel gehen, um dem Sultan die Versicherung zu überbringen, daß Kaiser Nikolaus an seiner herzlichen Freundschaft zu ihm treu festhalte, und während die Scheinkämpfe der manövrierenden Truppen auf bulgarischem Boden stattfinden, spielen sehr ernst gemeinte blutige Kämpfe sich auf makedonischem Boden zwischen den vom makedonischen Komitee in Sofia ausgerüsteten bulgarischen Banden und den in Makedonien stehenden und stetig vermehrten türkischen Truppen ab. Speziell im Vilajet Monastir herrschen Zustände, die der offiziöse Telegraph als sehr ernste bezeichnet. Die „Nowoje Wremja" nimmt dabei mit größtem Nachdruck gegen die Türken Partei (Leitartikel vom 20. September) und gibt ihnen auch schuld an den Kämpfen, die zwischen Serben und Albanern fast Tag für Tag stattfinden. Das Blatt kommt in seinem Eifer dabei freilich zu den allerseltsamsten Hirngespinnsten. „Während die Slaven ausgerottet werden, wird wie zum Hohn das freche Gerücht verbreitet, daß Deutschland die Absicht hat, die von der serbischen Bevölkerung aufgegebenen fetten Ländereien zu erwerben, und auf dem denkwürdigen Amselfelde deutsche Kolonisten

anzusiedeln! Man kann sich lebhaft vorstellen, welche Entrüstung den russischen Leser bei dieser Nachricht ergreift und es wäre lehrreich, zu erfahren, aus welcher Quelle das russische Blatt diese interessante Nachricht geschöpft hat!

Wichtiger erscheint uns aber die am Vorabend des Besuchs des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in Konstantinopel, von der „Nowoje Wremja" veröffentlichte Philippika an die Adresse der Türkei. Sie lautet wörtlich: „Die Türkei, die wir geschlagen haben, die vor 25 Jahren zu Staub zermalmt war, und die sich verkrüppelt mit für immer gebrochener Kraft aus dem Staube erhoben hat, die wagt es jetzt Europa gegenüber dasselbe unsinnige Spiel zu treiben, das 1877 zum Abbruch der denkwürdigen Konstantinopeler Konferenz führte. Bilden sich die Türken wirklich ein, daß irgendwer ihren alle Monate wiederholten Versicherungen Glauben schenkt, daß gewisse phantastische Beamten-Kommissionen die Lage Makedoniens studieren, um zu reformieren? Glauben sie wirklich, daß die bloße Versicherung, das Blutvergießen in Makedonien habe nachgelassen, irgendwelchen Eindruck macht? Oder daß Rußland auf die Errichtung eines Konsulats in Mitrowitza verzichten wird, weil es irgend einem Räuber Issa nicht paßt, und dadurch die Ruhe in Altserbien gefährdet werden könnte?

In der Tat, mag die Türkei sich noch so sehr bemühen, Europa über die wahre Lage der Dinge zu täuschen, für Europa — und wenn nicht für Europa, so doch für uns, — ist es eine über allen Zweifel feststehende Tatsache, daß in diesem Jahre die makedonische und altserbische Krisis schwerer und von längerer Dauer gewesen ist, als sonst. In den letzten Jahren machte Makedonien gewöhnlich während des Frühlings von sich reden, um diese Zeit erfolgten mit gewisser Regelmäßigkeit revolutionäre Erhebungen; im vorigen Jahre zogen sich die Wirren bis in die Mitte des Sommers, und in der zweiten Hälfte des Sommers traten die traurigen Ereignisse in Altserbien hinzu. In diesem Jahre breitete sich die Anarchie immer weiter aus, und jetzt im Herbst, da sonst alles sich beruhigt zu haben pflegte, hat sie ihren Höhepunkt erreicht. Diese Symptome sind höchst beunruhigend und versprechen nichts gutes für die nächste Zukunft. Es wäre in höchstem Grade wünschenswert, daß man im Yildiz Kiosk endlich die wahre Lage richtig erkennen und sich, bevor es zu

spät wird, der traurigen Lehren erinnern wollte, welche die Geschichte gegeben hat."

Man wird nicht verkennen, daß hier die Redaktion der „Nowoje Wremja" ganz unverblümt mit einem Kriege droht, und die Rückwirkung dieser Drohung auf das makedonische Komitee in Sofia läßt sich voraussehen. Die Herren Sfarafow und Genossen werden ihren Eifer verdoppeln, und da jede Abwehr der Pforte gegen die bulgarischen Banden als eine Aggression der Türkei dargestellt wird, kann die Lage sich nur weiter verschärfen. Denn jene makedonischen Wirren wirken erhitzend und erbitternd nach Albanien und Serbien hinüber, und so kommt es allerdings zu unerträglichen Zuständen, unter denen niemand mehr zu leiden hat, als die unglücklichen Bauern Makedoniens und Altserbiens.

Wer unparteiisch urteilt, wird aber zugeben müssen, daß die Initiative zu all dem Unheil jenem makedonischen Komitee gehört, dessen Unterdrückung schon längst Pflicht der bulgarischen Regierung gewesen wäre. Die aber hat, um mit der „Nowoje Wremja" zu reden, „sehr erhebliche Gründe", dieses Komitee zu schonen, und so geht die blutige Propaganda ihren Weg weiter. Gewiß wird die Schipkafeier keine Minderung der Erregung zur Folge haben, und wenn die russische Regierung — wie sie es wohl könnte — sich nicht zu einem Druck entschließt, dem Fürst Ferdinand nachgeben müßte, dürften die düsteren Prophezeiungen der „Nowoje Wremja" doch einmal Wirklichkeit werden. Die détente im großen Orient, die unzweifelhaft eingetreten ist, wirkt auf die Balkanhalbinsel nicht günstig und der unruhige Ehrgeiz der russischen Presse drängt schon seit geraumer Zeit auf eine Aktion, die dem allgemeinen Frieden verderblich werden könnte. Man verstehe uns recht. Wir sind fest davon überzeugt, daß die russische Regierung den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu erhalten wünscht, und daß sie sich der schweren Verwicklungen durchaus bewußt ist, die eine neue orientalische Krisis nach sich ziehen kann, aber wir fürchten, daß sie die seit Jahr und Tag fortgesetzte erhitzende Agitation der russischen Presse in ihrer Bedeutung unterschätzt. Es ist nicht unmöglich, daß eine Situation sich wiederholt, wie sie 1877 bestand, zumal die Unterschätzung der Defensivkraft der Türkei heute genau dieselbe ist, wie vor 25 Jahren.

Die Gefahren für den Frieden liegen heute nicht im Ehrgeiz der Kabinette, sondern in den ungeregelten Strömungen der öffentlichen Meinung, die vielleicht nur in Deutschland als friedlich quand même bezeichnet werden kann. In Frankreich haben in den letzten Tagen die großen Blätter sich wieder einmal einmütig für Aufrechterhaltung des Revanchegedankens erklärt, als der Sozialist Jaurès den Mut fand, sich öffentlich zu einer entgegengesetzten Auffassung zu bekennen. Es wird darüber noch jetzt eine erbitterte Polemik geführt, und der „Temps", der trotz seiner Opposition in Fragen der inneren Politik, nach wie vor in auswärtigen Fragen als das Organ Delcassés gelten kann, hat dabei die Führung übernommen. Preußen habe 60 Jahre gewartet, ehe es in Sedan Revanche nahm für Jena, auch Frankreich könne warten und die französischen Patrioten hätten den kommenden Generationen „un trésor d'énergies et d'espérances que l'occasion propice fera fructifier" zu hinterlassen. Damit ist uns freilich nichts neues gesagt und wenn der „Temps" gegen die Jaurèssche Utopie einer allgemeinen Entwaffnung schreibt, können wir nur beifällig zustimmen. In der Tat, „die Ursachen, aus denen Konflikte zwischen den Nationen entstehen können, sind so außerordentlich zahlreich und so zugespitzt, die Konkurrenz ist so groß und die Begehrlichkeit eine so verzweifelte, daß, wenn der Streit um Elsaß-Lothringen durch ein Wunder morgen beseitigt würde, weder Deutschland noch Frankreich, noch sonst irgend ein Volk Europas daran denken dürfte, mit seinen Rüstungen einzuhalten." Nur scheint uns, daß diese Ausführungen nicht recht in Einklang zu bringen sind mit der Entrüstung, welche die gegen Italien gerichteten Bemerkungen des Marineministers Pelletan hervorgerufen haben. Die politische Sünde Pelletans lag darin, daß er ein Geheimnis enthüllte, dessen Mitwisser ganz Frankreich ist, daß nämlich die jetzt so geflissentlich verkündete italienisch-französische Freundschaft doch nur unter der Voraussetzung gilt, daß Italien die Suprematie Frankreichs im Mittelmeer und in Nordafrika anerkennt, und für gewisse Eventualitäten nicht auf Seiten der politischen Gegner Frankreichs steht. Sollte das nicht der Fall sein, so tröstet man sich mit der Zuversicht, daß Frankreich dank einer allerdings beneidenswerten strategischen Aufstellung, allezeit in der Lage sein wird, den Italienern einen Stoß ins Herz versetzen

zu können. Dem Marineminister trat auf korsischem Boden diese Wahrheit so deutlich vor Augen, daß er sich an ihr gleichsam berauschte und sich nicht enthalten konnte, seinen Gedanken einen nicht mißverständlichen Ausdruck zu geben. Der Ministerpräsident Combes ist nun bemüht gewesen, den übeln Eindruck, den diese Ausführungen seines Kollegen in Italien machen mußten, nach Möglichkeit zu verwischen, und Herr Pelletan hat sich selbst so nachdrücklich desavouiert, wie irgend anging. Trotzdem glauben wir nicht, daß nüchterne politische Köpfe in Italien diese Rede, die so sehr der Wirklichkeit der bestehenden Interessengegensätze entsprach, werden vergessen können. Herr Barrère hatte seine Phrasenschleier über diese Realitäten gedeckt, jetzt ist der Schleier an einer Stelle zerrissen worden, aus welcher die Mündungen der französischen Geschütze deutlich hervorblicken.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch auf ein anderes, weniger beachtetes französisches Bekenntnis hinweisen, das wir in russischer Wiedergabe kennen gelernt haben. Unser alter Freund André Chéradame hat sich in der „Revue Hebdomadaire" die Aufgabe gestellt, den gegenwärtigen Charakter der alliance franco-russe zu zeichnen. „Einflußreiche Feinde des russisch-französischen Bündnisses waren bei uns (so schreibt Chéradame) immer die Mitglieder der aristokratischen deutschen Partei, und gewisse Elemente, die unzufrieden sind, weil Frankreich dem gegenwärtigen russischen Systeme seine moralische Unterstützung schenkt. Diese Feindseligkeit wird auch dadurch gefördert, daß viele Russen verkehrte Anschauungen vom französischen Volke haben. Leider haben viele Gebildete ihre Vorstellungen von Frankreich aus Autoren geschöpft, die nicht genügend französisch sind. Der französische Soldat erscheint den Russen in den Farben des „débacle", über den Bauern urteilt er nach „La terre", über die französische Frau nach der „Nana", den „Demi-vierges" und nach den Eindrücken, die er auf den Boulevards oder an der kosmopolitischen „Côte d'Azur" Nizzas „aux rayons d'un soleil acheté à prix d'or" empfangen hat. Um die Kenntnis des wirklichen Frankreich bemüht unser Bundesgenosse sich leider nur wenig. Das russische Publikum sieht im französisch-russischen Bündnis nur die Politik zweier Regierungen und setzt sich über die ungeheure Bedeutung, die dem Volke selbst zukommt, ganz hinweg. Die traurigen Fehler der Minister aber legt man Frankreich selbst zur

Last. Auch macht man es Frankreich zum Vorwurf, daß die dort untergebrachten Anleihen nur Frankreich genützt hätten. Feinde des Bündnisses sind ferner die Finländer, Armenier und die anderen Fremden, die es gerne sehen würden, wenn Rußland isoliert und minder stark wäre. In Frankreich kann man die radikale Partei als Feindin der Alliance bezeichnen. Trotz der Reden auf dem Bankett der Petersburger Presse sahen keineswegs alle Abgeordneten das Bündnis mit günstigen Augen an, wie ja die Abstimmung über die Kredite für die Reise Loubets gezeigt hat. Wie die Radikalen, wollen auch die Sozialisten den Vorteil des Bündnisses mit einer Monarchie nicht verstehen, und ebenso hassen Jaurès und seine Freunde Rußland, weil, wie sie behaupten, die Religion das Fundament dieses Staates sei. Endlich sind die radikal-sozialistischen Elemente stets allem Slavischen feindselig gewesen. Die Anhänger Rußlands, die Progressisten und die liberalen Republikaner sind heute nicht am Ruder. Trotzdem ist die alliance franco-russe stark durch die Zustimmung der Massen des Volkes, namentlich des französischen."

Chéradame schließt mit dem Hinweis auf die zahlreichen realen Vorteile, die beide Teile aus dem Bündnis ziehen und spricht den Wunsch aus, daß das Bündnis bald ein produktives werden möge. Die Presse müsse die Perioden der politischen Stille nützen, um sich auszusprechen und ein Aktionsprogramm zur Vertiefung der russisch-französischen Beziehungen auszuarbeiten.

Diese Ausführungen des französischen Pamphletisten und geschworenen Deutschenfeindes sind interessant durch das Bekenntnis, daß Sozialisten und Radikale und mit ihnen die gegenwärtige Regierung, zu den Gegnern der Allianz zu zählen sind. Nur möchten wir das letztere nicht unbedingt zugeben. Daß die Sympathien der Herren Delcassé und Combes im Grunde mehr nach der englischen Seite gehen, ist zwar richtig, aber absolut gleichgültig, weil, so lange Rußland am Bündnis festhalten will, keine französische Regierung stark genug ist, um sich von ihm zu lösen. Sie würde sofort gestürzt werden. Denn die wahre Lage ist die, daß das Bündnis auf der merkwürdigen Allianz der russischen Regierung mit der Masse der französischen Bauernschaft und der französischen Kleinbürger beruht, während die eigentlichen Politiker in Frankreich und alles, was nicht Regierung oder Presse in Rußland ist, teils in verhaltener

Feindseligkeit, teils in absolutester Gleichgültigkeit mitmacht, weil ihnen nichts anderes zu tun übrig bleibt. Rußland könnte, wenn es wollte, morgen zu einer anderen politischen Kombination übergehen, ohne daß auch nur eine Hand sich dagegen erheben würde, während Frankreich in dem Bündnis stehen muß, so lange es Rußland paßt. So ist es, und darüber werden die schönsten Deklamationen nicht hinweghelfen.

Daß Herr Chéradame aber die armen Finländer als Feinde der Allianz darstellt, ist eine ähnliche Niedertracht, wie sie Napoleon III. in den Jahren 1869 und 1870 beging, als er die baltischen Deutschen durch den Botschafter General Fleury als die zum Abfall bereiten heimlichen Bundesgenossen Preußens anzuschwärzen bemüht war. Die Finländer haben an ganz andere Dinge zu denken, als an Fragen auswärtiger Politik. Sie ringen um Erhaltung der Grundlagen ihres Rechts und ihrer Kultur und wissen sehr wohl, daß sie dabei nur auf sich selber angewiesen sind.

Es drängt sich übrigens immer mehr die Überzeugung auf, daß auch in Frankreich die Aktionen und Scheinaktionen auf dem Felde der auswärtigen Politik vornehmlich bestimmt sind, als Hülfsmittel in den Verlegenheiten der inneren Politik zu dienen. Daß Rußland in dem Kampf, den Frankreich gegenwärtig gegen die katholische Kirche und gegen die Aristokratie in Verwaltung und Heer führt, ruhig zuschaut, ohne den sozialistischen und radikalen Ministern seine Huld zu entziehen, ist, wie die Dinge liegen, ein unschätzbarer Dienst, der ihnen erwiesen wird. Sie leben davon, und das erklärt uns, weshalb sie ihre Prinzipien, wenn die russischen Interessen in Frage kommen, vorsichtig und diskret verdecken. Der eine Punkt, an dem sie nicht aufrichtig mitmachen können, ist die Politik Rußlands auf der Balkanhalbinsel und in Vorderasien, und das mag auf das langsame Tempo, in dem Rußland vorgeht, von nicht geringem Einfluß sein, so daß wir in dieser Hinsicht gerade Herrn Delcassé ein Verdienst nicht absprechen wollen, ohne freilich den Punkt bezeichnen zu können, an dem er Halt machen wird.

Eine gewisse Verwandtschaft mit dem Vorgehen Frankreichs gegen die Kongregationen zeigen die Bestrebungen des gegenwärtigen englischen Kabinets, die „education bill“ durchzuzwingen. Es handelt sich im letzten Grunde dabei um die Durchführung der Ziele

jener „Church Union", deren Präsident Lord Halifax ist, und deren Aufgabe anerkanntermaßen die Versöhnung zwischen Rom und Canterbury sein soll. Man könnte also von einer gegenreformatorischen Strömung reden, die zunächst darauf ausgeht, die nonkonformistischen, d. h. nicht zur „Hochkirche" gehörenden Schulen gleichsam zu annektieren, und damit dem zum Katholizismus zurückführenden Ritualismus der High Church den Boden für die Zukunft zu sichern. Die vom Ministerium eingebrachte und von der Opposition mit Leidenschaft bekämpfte Bill verlangt Aufhebung der seit 1870 bestehenden School Boards, die ohne Zweifel das Verdienst haben, auch den Nichtmitgliedern der Hochkirche die Freiheit ihrer Gewissen zu sichern. Man sieht, die Maßregel würde, wenn auch in entgegengesetzter Richtung, zu ähnlichen Zuständen führen müssen, wie sie heute in Frankreich durchgezwungen worden sind. Nur erscheint es fraglich, ob der englische Protestantismus und Puritanismus sich diesen Zwang werden bieten lassen und ob Mr. Balfour der Mann ist, auch in dieser prinzipiellen Frage seine ohnehin langsam abnehmende Majorität zusammenzuhalten. Überhaupt mehren sich die Schwierigkeiten, mit denen das Ministerium zu kämpfen hat. Man hat sich genötigt gesehen, im Ringen mit der United Irish League, die zu einer regelrechten Boykottierung der englischen Großgrundbesitzer gegriffen und die Umwandlung der Pachtgüter in freien Grundbesitz als Programmpunkt formuliert hat, die Crimes Act hervorzuholen, auch bereits den energischsten der irischen Parteiführer, John Redmond, wegen einer im August von ihm gehaltenen Rede, vor das Ausnahmegericht zitiert. Aber ein Ende des Kampfes ist um so weniger zu erwarten, als die Iren von ihren zahlreichen und zum Teil sehr wohlhabenden und einflußreichen Landsleuten in Amerika mit offener Hand unterstützt werden. Das chronische Leiden der irischen agraren Revolten ist durch Zwangsmaßregeln allein gewiß nicht zu heilen. Es verlangt einen großen Agrarreformer, und da im Ministerium Balfour dieser Mann nicht zu finden ist, die Liberalen aber den irischen Wünschen entgegenzukommen bereit sind, mag auch diese Agitation zur schließlichen Zerbröckelung einer Partei beitragen, die nach Beendigung des südafrikanischen Krieges von der öffentlichen Meinung nicht mehr als eine Notwendigkeit betrachtet wird. Auch in der rumänischen Judenfrage läßt sich ein

Gegensatz zwischen der englischen Regierung und der Meinung des Landes verfolgen. Das offizielle England hat wie stets den Wünschen Amerikas Rechnung tragen wollen, und daher die Hayſche Note unterstützt. Die Stimmung der großen Massen in England, die wie die british Brothers League eine stark antisemitische Richtung vertritt, billigt jedoch diese Haltung keineswegs, zumal in England, wo meist die amerikanischen Verhältnisse richtiger beurteilt werden als bei uns, kein Zweifel darüber besteht, daß die Hayſche Note den Interessen der bevorstehenden Wahlen zu dienen bestimmt ist. An Mitteln, unliebsame Einwanderer fernzuhalten, fehlt es ja der Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs, und sie macht bekanntlich von diesen Mitteln auch gegen Nichtjuden aller Nationalitäten einen sehr weitgehenden Gebrauch. Endlich ist es ja kein Geheimnis, daß die Lage der russischen Juden noch eine weit schlimmere ist als die der rumänischen, und man fragt sich, weshalb wohl die humanitäre Mahnung nicht auch das Los dieser Unglücklichen zu mildern versucht hat. Kurz es scheint uns, daß in England die Komödie nach ihrem wahren Wert eingeschätzt wird, und man täte gut, auch bei uns sich diesen Erwägungen nicht zu verschließen.

Endlich beginnen auch die Nachwirkungen des Transvaalkrieges sich nicht zum Vorteil der Regierung fühlbar zu machen. Der Schaden, den der Krieg gebracht hat, ist größer, als man ursprünglich dachte, und die zur Linderung des Elends bestimmten Mittel erweisen sich immer mehr als völlig unzureichend. Wenn die Burengenerale sich deshalb zu einer Agitationsreise entschlossen haben, um die Mildtätigkeit des Kontinents für ihre darbenden Landsleute wachzurufen, so erblickt man darin den Beweis, daß die Regierung entweder falsch gerechnet hat oder zur Unzeit karg gewesen ist. Der englische Stolz fühlt sich durch diesen Appell ans Ausland verletzt. Man hätte der Regierung weit eher ein Zuviel als ein Zuwenig nachgesehen, und nichts hätte der Neigung der englischen Nation mehr entsprochen, als eine möglichst generöse und großmütige Haltung den Buren gegenüber. Daran kann nicht gezweifelt werden und die Liberalen werden sich diesen Fehler gewiß zu nutz zu machen wissen. Auch die 113 Freisprechungen, die von der Königlichen Kommission zur Prüfung der kriegsgerichtlichen Urteile ausgegangen sind, befriedigen nicht. Man weiß, daß Kitchener den Buren für den Tag

der Krönung eine volle Amnestie in Aussicht gestellt hatte, und gewiß wäre auch hier die weitgehendste Milde zugleich das Klügste gewesen. Man darf doch nicht vergessen, daß diese Leute für Vaterland, Weib und Kind fochten und sowohl durch das Leiden der letzteren — man denke an das Sterben der Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern — wie durch das systematische Verwüsten des Landes auf das furchtbarste gereizt wurden.

Schätzt man doch im Rand allein den Verlust an Vieh und Pferden auf 6 Millionen Lstr.! Das Echo der Stimmungen, die aus Südafrika nach England hinüberklingen, ist sehr wenig harmonisch, und das Bedenklichste dabei, daß, abgesehen von den großen Kapitalisten, den Diamanten- und Goldkönigen, eigentlich alles unzufrieden ist: von den Kaffern, denen England jetzt die Waffen abnimmt, und die nicht mehr arbeiten wollen, bis zu jenen Uitlanders, um derentwillen England diesen bösen Krieg auf sich genommen zu haben — vorgab.

Von akuten politischen Fragen ist nur wenig zu sagen. Die englisch-französischen Differenzen um Siam nehmen wir vorläufig nicht ernst, und ebensowenig die angeblich von Rußland geplante tibetanische Bahn. Der totgesagte Kaiser von Korea scheint sich des besten Wohlseins zu erfreuen; Rußland hat den Chinesen die Eisenbahn Shanghaikwan—Niutschwang wirklich ausgeliefert, und der Finanzminister Witte hat sich aufgemacht, um die sibirische und mandschurische Bahn aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Der Unfall, der dem Präsidenten Roosevelt zugestoßen ist und der glücklicherweise einen verhältnismäßig günstigen Ausgang nahm, hat der Welt gezeigt, wie viel an dem einen Manne liegt. Er ist ein bester amerikanischer Typus, und sein Ausscheiden hätte kurzweg als ein Unglück für Amerika bezeichnet werden müssen.

Der Tod der Königin der Belgier hat überall tiefes Mitgefühl erregt. Sie war eine der unglücklichsten Frauen, die je die Krone getragen haben. Vereinsamt und verbittert ist sie gestorben. Ihr Gatte im Auslande, obgleich ein Zweifel an ihrem nahen Ende nicht bestehen konnte, und an ihrem Totenbette noch eine Szene zwischen Vater und Tochter von unerhörter Herzlosigkeit. Man mag nicht daran denken.

1. Oktober. Die Russen beginnen die südliche Mandschurei zu räumen.
1. Oktober. Verfügungen zur weiteren Russifikation Finlands.
2. Oktober. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in Konstantinopel.
4. Oktober. Sieg des amerikanischen Obersten Pershing über die Maciu-Moros.
6. Oktober. Abreise Kaiser Nikolaus II. nach Livadia.
6. Oktober. Tod des Vizekönigs von Nangking.
7. Oktober. Russisch-chinesischer Vertrag über Rückgabe der Eisenbahn Kiautschu-Niutschwang.
7. Oktober. Vertrag zwischen Frankreich und Siam.

8. Oktober 1902.

Baron Ernst v. d. Brüggen hat jüngst in seinem vortrefflichen Buch „Das heutige Rußland“ [1]), das wir dem Studium aller Politiker dringend empfehlen, einige Zahlen in Erinnerung gebracht, die uns den täglichen Zuwachs des russischen Reiches an Bodenfläche zeigen. Dieser Zuwachs trägt von 1500 bis 1900 täglich 130 Quadratkilometer. Da nun seit dem Wiener Kongreß nach der europäischen Seite das Wachstum Rußlands zum Stehen gekommen ist, haben wir es für das 19. Jahrhundert auf Asien zu beschränken, und das gibt allerdings ein drastisches Bild von dem russischen Drang nach Osten. Die „Nowoje Wremja“ aber hat noch kürzlich ein Zukunftsprogramm für weiteres Wachstum entwickelt, von dem wir Notiz nehmen, da es ernst gemeint ist.

„Unsere territoriale Entwicklung — so heißt es in einem Leitartikel vom 18. September — ist keineswegs zum Abschluß gekommen. Wir sind immer noch auf den Norden zurückgedrängt und deshalb streben wir nach Süden, zum warmen Meer, zu Ländern, welche für die Kultur geeigneter sind. Der Osten ist kein Markt für uns, wir können dort weder unsere Waaren absetzen, noch reich werden, das muß durch die Vereinigung der Länder geschehen, in welchen

[1]) 276 Seiten. Erschienen in Leipzig bei Veit und Comp. 1902.

die Geschichte unseres Reiches sich abzuspielen bestimmt ist. Freilich haben nicht alle diese Länder einen gleichen Wert für uns. Am wichtigsten ist für uns die Balkanhalbinsel und Kleinasien nebst den Meerengen, die der Schlüssel zur Herrschaft im nahen Orient sind. An zweiter Stelle muß Persien treten, weil es eine der nächsten Straßen zum Ozean ist. Nach Persien folgt der ferne Orient, der auch einen Weg zu den eisfreien Gewässern bietet, aber dieser Weg ist leider zu weit. Von den russischen Hauptstädten liegen die Küsten des Stillen Ozeans ebenso weit wie von der Ostküste Amerikas, von Petersburg bis Wladiwostok und von New-York dahin ist die Entfernung gleich. Die eisfreien Häfen, die wir im fernen Osten haben, könnten daher nur dann als Zugang zum Stillen Ozean gelten, wenn die Hauptstadt Rußlands näher läge, als etwa in Irkutsk. Für das moskausche Rußland aber existieren nur 2 Ausgänge zum warmen Meer: der eine führt durch die türkischen Meerengen, der andere durch Persien. Da für uns der Orient seiner Bedeutung nach die Progression Türkei, Persien, ferner Osten zeigt, hätte man naturgemäß erwarten sollen, daß sich die Kräfte Rußlands zunächst auf die friedliche Eroberung der Türkei richten, dann auf Persien und zuletzt auf den fernen Osten. In Wirklichkeit sehen wir das Umgekehrte: auf den fernen Osten haben wir das Maximum dessen verwandt, was Rußland aufbringen kann, auf Persien nur einen unbedeutenden Bruchteil dieser Ausgaben, und auf die Türkei — nichts. Um durch Kultur und Handel die Türkei zu erobern, haben wir die „russische Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel" gegründet und das ist alles, was wir getan haben, um unseren Einfluß in Ländern zu stärken, für die Rußland gekämpft und sein Blut vergossen hat, mit flammender Begeisterung im Herzen, als für eine heilige und große Sache. Es bedurfte nur noch geringer Anstrengungen — und wir standen am Ziele. Aber andere Interessen haben uns abgezogen; was wir bereits für unser gesichertes Erbe hielten, ließen wir bei Seite liegen, und bemerkten selbst nicht, wie wir dabei unser Recht auf dieses Erbe verspielten. Das stählerne Band des deutschen Schienenweges (die „Nowoje Wremja" meint die Bagdadbahn!) hat uns den Weg nach Süden verlegt. Wir zürnen den Deutschen, sprechen von ihren Eingriffen in unsere Interessen, und sind doch selbst schuld, da wir nicht nur unsere

Aufmerksamkeit von Kleinasien abwandten, sondern indirekt unseren westlichen Nachbarn den Bosporus gleichsam antrugen: „Kommt, nutzt doch die Frucht unserer Mühen. Wir haben den Acker gereinigt, streut ihr die Saat aus!“ Und nun rückt die Erntezeit heran. Wir aber haben nicht gesäet, und nicht wir werden die Ernte einbringen!“

Dieser merkwürdige Artikel, der 14 Tage vor dem Schipkafest erschien, bestätigt uns die oft hervorgehobene Tatsache von dem Gegensatz, der zwischen der Politik der russischen Regierung und den politischen Wünschen der russischen Presse besteht. Denn im Grunde ist es doch die denkbar schärfste Kritik der Politik, die das offizielle Rußland seit den Tagen Alexanders III. eingehalten hat. Nur daß sich dem führenden russischen Blatte der Blick getrübt hat. Nicht Deutschland hat der russischen Politik den Weg durch die Dardanellen gesperrt — er wird beiläufig bemerkt von Rußland recht ungeniert seit Jahr und Tag benutzt —, sondern die eigentlichen Konkurrenten Rußlands auf der Balkanhalbinsel sind die kleinen slavischen Staaten, die es selbst ins Leben gerufen und militärisch organisiert hat. Trotz aller zur Schau getragenen Dankbarkeit für den russischen Befreier, gehen sie politisch und wirtschaftlich ihre eigenen Wege, die im letzten Ziel die russischen nicht sein können. Das Gesetz von der „historischen Undankbarkeit“ muß notwendig auf diesem Boden zur Geltung kommen, und wenn es heute den Anschein hat, als ob jene Balkanslaven mit den moskowitischen Brüdern eines Sinnes wären, so ist das ein Schein, der sich daraus erklärt, daß wir in den Anfängen, nicht am Abschluß einer politischen Entwicklung stehen. Der Besuch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch beim Sultan, kann als ein bündiger Beweis dafür angesehen werden, daß die Balkanpolitik des offiziellen Rußland die der „Nowoje Wremja“ nicht ist, und dabei wird es allen Anzeichen nach bleiben. Auch ist kein Zweifel, daß Rußland ebenso wie Österreich, seinen Einfluß geltend macht, um die Unruhen, die in Makedonien und von Albanien her in Altserbien ausgebrochen sind, niederzuhalten. Keine der beiden Mächte wird der Türkei Hindernisse in den Weg legen, wenn sie energisch einschreitet, und so läßt sich hoffen, daß trotz des Pessimismus, den die Berichte aus Bulgarien und Serbien atmen, in nicht allzu ferner Frist die beruhigende Kraft des Winters ihre

Wirkung nicht verfehlen wird. Seit Kaiser Nikolaus II. sein Hoflager in Livadia aufgeschlagen hat, und damit der Zeitpunkt naht, da die kleinen Balkanfürsten der Ehre eines Empfanges entgegensehen, ist zudem mit Sicherheit zu erwarten, daß sie ihrerseits alles vermeiden werden, was einen Schatten von Unzufriedenheit hervorrufen könnte.

Wir möchten einen ähnlichen Gegensatz zwischen Regierungspolitik und Zeitungsagitation auch in England annehmen, wo von den deutsch-englischen Beziehungen die Rede ist. Die von uns oft charakterisierte Gruppe unverantwortlicher Politiker, die in der „National Review" ihr Organ findet, arbeitet direkt darauf hin, für die Zukunft einen deutsch-englischen Krieg vorzubereiten. Das ganze Oktoberheft der „National Review" ist von dieser Tendenz durchtränkt, und zwar in steigender Gehässigkeit und sinkender Ehrlichkeit. Die redaktionelle Monatsübersicht, „episodes of the month", zeigt sogar den wenig beneidenswerten Mut, nochmals auf die Verleumdung zurückzukommen, daß Deutschland in dem spanisch-amerikanischen Kriege eine falsche Rolle gespielt habe, während heute ja weltkundig ist, daß England es war, das den Antrag an die europäischen Mächte stellte, zu Gunsten Spaniens zu intervenieren. Aber daran sieht man, was den Lesern der „National Review" geboten werden kann. Im Augenblick ist die Sorge des Herrn Maxse der erwartete Besuch Kaiser Wilhelms in England. Er fürchtet davon eine Annäherung zwischen beiden Mächten und tut sein möglichstes, davor zu warnen. Er hofft, es werde sich kein patriotischer englischer Staatsmann finden, der seine Pflichten so weit vergessen könnte, überhaupt die Frage einer Annäherung an Deutschland in Betracht zu ziehen (it is unthinkable, that there can be any risk of patriotic British statesmen so far forgetting their duties, as to contemplate „rapprochement" with Germany, und gleich danach: our readers may rest assured that on the approaching visit of the Kaiser to Sandringham, his Imperial Majesty will pursue bigger game than pheasants. We earnestly hope that the leading English newspapers ... will protest before it is too late against the arrangements by which we are threatened.) Wenn Lord Rosebery und Sir Edward Grey zu verstehen geben wollten, daß, wenn sie einmal die Regierung über-

nehmen, sie keine geheime Verständigung zwischen England und Deutschland anerkennen würden, dann könnte die Gefahr noch abgewandt werden (the situation would be saved). Man fragt sich da wirklich, ob man es mit zurechnungsfähigen Leuten zu tun hat.

Aber es kommt noch besser. Nachdem Herr Kramarz, den wir übergehen, weil er nicht mehr ernst zu nehmen ist, über die böhmische Frage sein Gift ausgebreitet hat, folgt Sir Rowland Blennerhassets mit einer Skizze über den Ursprung des Krieges von 1870, die, wie nicht anders zu erwarten war, den Stab über die treulose deutsche Politik bricht. Der Artikel ist jedoch nur wegen der Schlußmoral geschrieben und die lautet: wie Bismarck den französischen Krieg vorbereitet habe, so rüste sich jetzt das preußisch gewordene Deutschland zum Angriff auf England, um die Herrschaft auf den Meeren zu gewinnen. Schon sei ein besonderer Typus von Schiffen für den Angriff auf die Küsten Englands gebaut, systematisch aber werde die öffentliche Meinung Deutschlands auf den Krieg mit England trainiert. Videant consules. Schon rinne der Sand im Stundenglas, aber vielleicht könne, wenn die englischen Staatsmänner mutig und weitblickend seien, der Konflikt noch vermieden werden.

(Prussianised Germany is now preparing for the struggle with Great Britain which Cavour foresaw. Should it come about it will be a war for supremacy on the ocean. She is adding to her fleet a class of ship specially suited for an attack on England. The same methods exactly are employed by her against the British Empire which she formerly used against France. The German mind is being trained to receive whith enthousiasm the announcement of a war with England when the time comes. Videant consules. Though the sands are running low in the hour-glass, I believe that with courage and foresight on the part of our statesmen that conflict may still be avoided.) Hat man je ruchlosere und gefährlichere Verhetzung gekannt? Von dem heuchlerischen Schlußsatz abgesehen, der wohl die Brücke zum Rückzug bauen soll, wenn die Wirklichkeit alle jene Prophezeiungen Lügen gestraft haben wird, von Anfang bis zu Ende eine Fanfare, die das englische Volk in den Krieg hineinhetzen soll! Es ist schwer, bei einer Persönlichkeit, die man als Gentleman

zu betrachten gewohnt war, die psychologische Erklärung für dieses Treiben zu finden. Entweder ist es ein Zustand fassungsloser Angst, der Sir Rowland ergriffen hat, und ein Mangel an Vertrauen in die Kraft der eigenen Nation, den sein Stolz ihm zu zeigen verbieten sollte, oder eine Unfähigkeit die Dinge in ihrer einfachen Realität zu sehen, wegen deren man ihn nur bemitleiden kann. So mag denn für ihn und diejenigen seiner Landsleute, die seine Sorgen teilen, ein für allemal zu ihrer Beruhigung gesagt werden, daß wir keinen unserer Prinzen ausschicken werden, damit er als neuer Wilhelm der Eroberer seinen Einzug in London halte. Auch die englische Flotte beabsichtigen wir nicht in unsere weiten Taschen zu stecken, ja wir wollen nicht einmal den englischen Ministern das Pistol auf die Brust setzen, um ihnen einen geheimen oder allergeheimsten Vertrag aufzuzwingen. Und ebenso wenig glauben wir daran, daß England uns überfallen will. Kein Mensch in Deutschland leidet an den Angstparoxismen, welche die „National-Revue" und die ausgewählte Schar ihrer Mitarbeiter plagen. Wir kümmern uns um unsere eigenen Angelegenheiten und sind der Meinung, daß England in seinem großen Hause alle Hände voll zu tun hat und dringend interessiert ist mit jedermann, und also auch mit uns, gute Freundschaft zu halten. Unsere Flotte aber werden wir weiter bauen und unserem Handel die Vorteile schützen, die ihm sein Unternehmungsgeist und das heute immer mehr in aller Welt zur Anerkennung gelangende Prinzip der offenen Tür erschlossen hat. Dabei wird es bleiben, und auf diesem Boden wird sich auch, im Interesse beider Teile, einmal die Verständigung und das so sehr gefürchtete rapprochement mit dem Herrn Vetter jenseit des Kanals finden.

Ob wir aber in Zukunft von den Artikeln der „National-Revue" Notiz nehmen, ist uns zweifelhaft geworden. Diese Monatsschrift treibt die bedenklichste Art der Reklame. Ihre, allen größeren Zeitungen ungebeten zugehenden Hefte, leben von der Sensation, die sie zu erregen hoffen und zum Teil auch erregen. Um den Gewinn, den sie damit erzielt, wird sie kein anständiger Mensch beneiden.

In nächster Zeit erwarten wir den Besuch der Burengenerale und sie sollen uns willkommen sein. Wie jetzt sehr wahrscheinlich ist, steht ihnen die Ehre bevor, von Kaiser Wilhelm empfangen zu

werden. Auch darüber hat man sich in England erhitzt und auch darüber wird man sich in England beruhigen. Auch läßt Kaiser Wilhelm sich bekanntlich nicht von anderen vorschreiben, was er tun und lassen soll. Wenn es ihm von Interesse ist, die tapferen Männer kennen zu lernen, die so ehrenvoll den Kampf gegen die englische Übermacht ausgefochten haben — Mr. Brodrick hat noch jüngst erklärt, daß er in Summa 400000 Mann nach Südafrika geschickt habe — so hat niemand darein zu reden. Daß es in den Formen geschieht, die im internationalen Verkehr Geltung gewonnen haben, versteht sich von selbst. Die Stimmung, die wir den afrikanischen Gästen entgegentragen, aber ist die denkbar herzlichste. Wir haben ihre Sorgen mitempfunden, und wie sie selbst den Ausgang des Krieges als ein Definitivum aufgefaßt, und halten seither, auch im Intresse der Buren für frevelhaft daran zu rühren. Wenn sie aber an unser Mitgefühl appellieren, sollen sie freigibige Hände finden, das ist eine private, keine öffentliche Angelegenheit, und England hat, selbst während der Dauer des Krieges, solchen Hülfeleistungen die Pforten Südafrikas nicht verschlossen. Das Traurige ist, daß die Hülfe überhaupt notwendig ist; wenn England sich dadurch in seinem Stolz verletzt fühlt, hätte es seine staatlichen und privaten Hülfeleistungen reichlicher bemessen sollen, und es hätte, wie wir schon vor acht Tagen ausführten, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Wünschen der ungeheuren Mehrzahl der Engländer entsprochen, wenn die Regierung freigiebiger gewesen wäre.

Wie groß aber die Not in Südafrika ist, zeigen die Telegramme und Korrespondenzen, die den englischen Blättern zugehen, am deutlichsten. Zufrieden scheinen zur Zeit nur die Kaffern zu sein, die so viel erspart haben, daß sie nicht zu arbeiten brauchen. Um dem Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, hat man sich bereits genötigt gesehen, Missionen auszuschicken, die in Zentralafrika und in Uganda Schwarze anwerben sollen. Im Augenblick müssen Weiße die Arbeit in den Minen besorgen, die sogenannten Uitlanders sind unzufrieden und der Bond hat durch seinen Präsidenten Theron nachdrücklich darauf bestanden, daß dem Holländischen dieselbe Stellung gewahrt bleibe, die das Französische in Kanada einnimmt. Die größte Sorge bringt aber die Verwilderung der Schwarzen. Es rächt sich jetzt, daß England diese Elemente als Krieger benutzt hat,

und schon werden Stimmen laut, welche auf die Gefahr einer drohenden Erhebung der Schwarzen hinweisen.

In Amerika ist zur Zeit alle Aufmerksamkeit durch den Strike der Arbeiter in den pensilvanischen Kohlengruben absorbiert. Die jedermann treffende Steigerung der Kohlenpreise, die sich mit einer durch einen Trust hervorgerufenen Fleischteuerung kombiniert, ist zu einer wahren Kalamität geworden, denn die Vereinigten Staaten sind das Land, in welchem am meisten Fleisch gegessen und die meiste Kohle verbrannt wird. Trotz des Eingreifens des Präsidenten Roosevelt, der sich von seinem Unfall in erfreulicher Weise erholt, ist bisher eine Verständigung nicht erfolgt. Man hat ungeheure Quantitäten Kohle aus England und Kanada verschrieben; wenn aber der Strike nicht bald ausgeglichen wird, werden auch die reichsten Zufuhren nicht langen. Eine merkwürdige Illustration zur Note des Staatssekretärs Hay in Sachen der rumänischen Juden, gibt die im Staate Mississippi, in Corinth, erfolgte Lynchung eines Negers, der eine weiße Frau ermordet hatte. Man hat das Gefängnis erstürmt, in dem der Mörder lag, ihn an einen eisernen Pfahl gebunden und lebendig auf einen Scheiterhaufen verbrannt, der mit Petroleum getränkt war. Die „Times", die ja nicht übermäßig rigoristisch zu sein pflegt, wo es sich um amerikanische Sünden handelt, bemerkt dazu: Das Verbrennen von Negern ist im Süden jetzt so gewöhnlich geworden, daß die New-Yorker Zeitungen, welche noch vor wenigen Jahren die Nachricht im fettesten Druck und mit den größten Lettern gebracht hätten, heute nur wenig Raum dafür übrig haben. Von Jahr zu Jahr wird das Lynchen im Süden häufiger und barbarischer. Gewiß protestieren die anständigen Zeitungen im Norden, und einige Blätter im Süden sind mutig genug, desgleichen zu tun, aber ohne jede Wirkung. Eine Zeitung spricht heute die Hoffnung aus, daß kein rumänischer Minister die amerikanische Protestnote über die Behandlung der rumänischen Juden durch eine ausführliche Schilderung der am 28. September verübten Lynchung beantworte. Eine solche Antwort wäre so übel nicht, und wir wüßten nicht, wie der Staatssekretär Hay sie anders erledigen könnte, als mit dem Hinweis darauf, daß Amerika groß und Rumänien klein ist.

Die Revolutionen in Venezuela und Columbien in ihrem wenig übersichtlichen Verlauf wollen kein Ende nehmen; mit

der Revolution in Haiti kombiniert, haben sie die Gewässer Westindiens so unsicher gemacht, daß auch unser Handel, der hier namentlich durch die Hamburg-Amerika-Linie vertreten wird, empfindlich darunter zu leiden hat. Bekanntlich hat der „Panther" sich genötigt gesehen, das haitische Piratenschiff „Crête à Pierrot" in den Grund zu schießen, und es läßt sich hoffen, daß die Lektion nicht vergeblich sein wird. Natürlich hat auch dieser völkerrechtlich unanfechtbare Akt, der durch das unverschämte Verhalten des Haiters unserem Postdampfer „Markomannia" gegenüber veranlaßt war, die Entrüstung englischer Zeitungen und verwandter Organe in den Vereinigten Staaten erregt, aber es ist davon bald wieder abgewiegelt worden. Man hat in Amerika sehr wenig Sympathien für Haiti, dessen Existenz als selbständige Republik kurzweg als eine Anomalie betrachtet wird. Auch glauben wir nicht, daß die Selbständigkeit dieser Schwarzen, die völlig unfähig sind, sich selbst zu regieren, von langer Dauer sein kann, und wer dann ihr Erbe antritt, ist nicht zweifelhaft. Nur die Vereinigten Staaten kommen dabei in Frage.

In den Philippinen wütet die Cholera und dauern die Kämpfe in alter Weise fort. Das heißt, wir erfahren von Zeit zu Zeit von einem glänzenden Siege der amerikanischen Truppen, auf den dann ein noch glänzenderer folgt. Nach einiger Zeit bricht aber das scheinbar unterdrückte Feuer wieder aus. Vielleicht ist der Erfolg, den neuerdings Oberst Persching über die Maciu-Moros errungen hat, von größererer Tragweite. Wir wollen es hoffen, denn es ist wahrlich Zeit. daß endlich auf den unglücklichen Inseln geordnete Zustände eintreten. Aber man wird in Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen die große amerikanische Republik zu kämpfen hat, milder über die Unfähigkeit der Spanier urteilen, dieser Bevölkerung Herr zu werden. Für die Vereinigten Staaten ist die endgültige Regelung der Zustände auf diesem Boden von allergrößter Wichtigkeit, schon wegen der steigenden Bedeutung, die dem amerikanischen Element in Ostasien zugefallen ist. Amerika vertritt hier mit besonderer Energie das Prinzip der offenen Tür und geht damit die Wege, die auch unserem Interesse zumeist entsprechen. Auch sind zur Zeit die Beziehungen Chinas zu den großen Mächten die besten. Namentlich das Übergehen der von Rußland und England besetzten Eisenbahnlinien in die Hände der chinesischen Verwaltung scheint

wesentlich dazu beizutragen. Russischerseits wird das Eindringen der Japaner als Instruktoren, Lehrer, Leiter industrieller Unternehmungen u. s. w. in China mit Mißtrauen beobachtet, in Korea, wo das japanische Übergewicht unzweifelhaft ist, fürchtet man jeden Einfluß zu verlieren.

Die Schwierigkeiten, die zwischen England und Frankreich über siamesische Streitfragen aufgekommen waren, sind glücklich beigelegt. Ganz unbedenklich ist das Problem der Ausgleichung französischer und englischer Ansprüche auf diesem vielumstrittenen Felde trotzdem nicht. Im Oktoberheft der „Fortnightly Review" weist der unseren Lesern nicht unbekannte Politiker, der seine Artikel mit X. Y. Z. zeichnet, darauf hin, daß die englisch-französische Konvention von 1896 Unklarheiten in sich schließe, die den Franzosen nahelegen, nach dem Besitz von Korat zu streben; dann aber werde ein Handstreich gegen Bangkok das nächste sein. England müsse daher auf eine Revision jener Konvention von 1896 hinarbeiten um unter allen Umständen die Integrität derjenigen siamesischen Gebiete zu sichern, die nicht direkt in die Konvention einzuschließen seien. Aber Herr X. Y. Z. pflegt überall Gefahren und Kriegsluft zu wittern; wir glauben nicht, daß England geneigt ist, jetzt an dieser heiklen Frage zu rühren und ebensowenig, daß Frankreich Vorteile preisgeben könnte, die ihm nun einmal gehören.

In Paris ist heute kaum von etwas anderem die Rede als von Zolas Tode und Beerdigung. Zum Glück ist schließlich alles verhältnismäßig ruhig verlaufen. Man hat sich nüchtern geredet und keine Neigung, die affaire wieder lebendig werden zu lassen.

8. Oktober. Das Nationalkomitee der französischen Grubenarbeiter beschließt einen Generalausstand.
8. Oktober. Rußland gibt die Mandschurei südlich vom Liaoho an China zurück.
9. Oktober. Die N. A. Z. meldet, daß ein Empfang der Burengenerale durch Kaiser Wilhelm nicht erfolgen werde.
9.—11. Oktober. Deutscher Kolonialkongreß in Berlin.
11. Oktober. Beschwerde Serbiens über Anfälle der Albaner.
14. Oktober. Neue Vorschläge Körbers zur Beilegung des tschechisch-deutschen Sprachenkonflikts.
14. Oktober. Einsetzung einer schiedsrichterlichen Kommission zur Beilegung des Kohlenstreikes in Pensilvanien.

---

15. Oktober 1902.

Die letzte Woche hat uns die Entscheidung gebracht, daß die drei Burengenerale von Kaiser Wilhelm nicht empfangen werden, und zwar weil sie die ihnen gestellten Bedingungen nicht für annehmbar hielten. Sie wollten nicht die Verpflichtung übernehmen, sich jeder feindseligen Agitation gegen England zu enthalten und sie wollten zweitens nicht durch den englischen Botschafter in Berlin bei Sr. Majestät eingeführt werden.

Wir müssen gestehen, daß uns das eine wie das andere gleich unverständlich ist! Daß sie nicht gegen England agitieren wollten, haben Botha, De Wet und Delarey so oft und so nachdrücklich vor aller Öffentlichkeit erklärt, daß nicht erfindlich ist, was sie von einer Zusage nach dieser Richtung hin abgehalten hat; die Einführung durch den Botschafter aber ist die allgemein gültige Form bei Empfängen der Untertanen fremder Staaten. Auch Cecil Rhodes ist diesen Weg gegangen, als er um die Ehre nachsuchte, empfangen zu werden. Im vorliegenden Fall kompliziert sich die ganze Angelegenheit noch dadurch, daß die Burenführer unter der Hand zuverlässig erfahren hatten, daß der Kaiser sich freuen werde, sie zu sehen und die Bedingungen bedeuten nicht mehr und nicht weniger als

eine Orientierung über die selbstverständlichen Voraussetzungen für einen solchen Empfang.

Da haben aber von vornherein Ungeschicklichkeiten stattgefunden, oder aber eine intrigante Hand griff ein, um aus nicht klar zu erkennenden Gründen die Zusammenkunft unmöglich zu machen.

Die erste konfidentielle Mitteilung fand sofort ihren Weg in die Presse, und zwar, wie doch ausdrücklich hervorgehoben werden muß, nicht von Deutschland aus. Danach ungeheurer Sturm in der englischen Presse, und wiederum erst danach, auch Mitteilung jener vom Kaiser gestellten Bedingungen, die aber schon, ehe sie durch die Presse bekannt gegeben wurden, als beinahe drohende Forderungen in den englischen Blättern formuliert wurden. Nun erst folgt das „Nein" der Burengenerale, denen man eingeredet zu haben scheint, der deutsche Kaiser werde sie vielleicht gerade wegen des herausfordernden Tones der englischen Presse nun dennoch, ohne jede Zusage ihrerseits und ohne Einführung durch den englischen Botschafter, empfangen, wovon um so weniger die Rede sein konnte, als des Kaisers Bedingungen schon im Augenblick fertig waren, als er den Gedanken faßte, die drei tapferen Männer durch einen Empfang zu ehren. Daß durch ihre ablehnende Haltung die Frage des Empfanges im negativen Sinne erledigt war, versteht sich von selbst und uns bleibt nur übrig, das Fazit zu bedauern.

Ob Unerfahrenheit, überkluge Intrigue oder Perfidie es dahin gebracht hat, können wir heute noch nicht sehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht für die zweite Eventualität. Wie dem auch sei, die De Wet, Delarey und Botha sollen uns trotz allem willkommen sein und wir hoffen, daß ihr Ziel, einen reichen Beitrag zur Milderung der Not in Südafrika zu erhalten, auf deutschem Boden und zumal in der Reichshauptstadt, erreicht werden wird. Das alles aber hätte einen harmonischeren Verlauf genommen, ohne den Mißton jenes erkünstelten Gegensatzes, der für einen ruhig und klar urteilenden Verstand nicht vorhanden gewesen wäre. Was als Niederschlag zurückbleibt, ist, das sich ganz Deutschland wieder einmal von der alles Gleichgewicht verlierenden Nervosität der englischen Presse hat überzeugen können. Wir wollen diesen Eindruck nicht durch Wiederholen jener maßlosen Preßstimmen schärfen, sind aber der Meinung, daß es kein ehrenvolles Zeugnis für eine große und selbstbewußte

Nation ist, wenn sie sich so leicht aus Rand und Band bringen läßt. Das galt bisher für ein wenig beneidetes Privileg der kleinen Pariser Presse und ihrer großen Kollegen auf russischem Boden — heute dürfte es schwer fallen, zwischen ihnen und einigen der einflußreichsten und größten englischen Preßorgane einen wesentlichen Unterschied zu finden. Die Nervosität ist hüben und drüben gleich groß, und wenn man genauer zuschaut, wird man auch entdecken, daß sie weniger auf eine Verwandtschaft des Temperaments, als auf Erscheinungen zurückzuführen ist, die in der geschichtlichen Erfahrung begründet sind, welche, wenn auch in sehr verschiedener Weise, alle drei Nationen gemacht haben. In Rußland sind es die wirtschaftlichen Nöte und die zehrende Unzufriedenheit, die auf dem Gegensatz von Wirklichkeit und politischem Streben beruht. Dieses Streben geht nach weitester Freiheit der Bewegung auf demokratischer Grundlage, die Wirklichkeit setzt enge Schranken und ruht auf bureaukratischem Boden; in Frankreich stehen heute Klerikale und mehr oder minder verkappte Monarchisten den sozialistischen Republikanern, welche das Regiment in vollem Umfange an sich gebracht haben, wie einer feindseligen Nation gegenüber; in England kann man die Wandlung nicht verwinden, die gerade in dem Augenblick eintrat, als der neu organisierte Imperialismus im Begriff war, den großen Schlag zu führen, der Deutschland ebenso demütigen sollte, wie Frankreich in Faschoda und Maskat gedemütigt worden war. Der südafrikanische Krieg mit seinen Enttäuschungen und seinen späten und schweren Folgen ist eben deshalb sehr schmerzlich empfunden worden. Auch spielte der mit Trotz aufgenommene Faktor mit, daß England tatsächlich während des ganzen Verlaufs des Krieges in moralischer Isolierung stand und sich eben deshalb um so mehr auf sich selbst zurückzog. Der Trost, den das Mittun der Kolonien brachte, konnte nicht nachhaltig sein, da schon heute feststeht, daß gerade jene Hülfeleistung Kanadas und Australiens, das Selbstbewußtsein und die Ansprüche der autonomen Kolonien sehr wesentlich gesteigert haben. Kurz, uns ist diese politische Nervosität unserer angelsächsischen Vettern sehr verständlich; aber wir sehen in ihr eine vorübergehende Erscheinung, die schwinden muß, sobald England sich wieder auf sich selbst besonnen und die Schwierigkeiten überwunden haben wird, mit denen es heute kämpft. Wir wollen dabei auf die

südafrikanischen Dinge nicht eingehen, denn das alles liegt in Übergangszuständen, von denen wir hoffen, daß sie in nicht allzu ferner Frist zu geordneten Verhältnissen führen, bei denen alle Teile sich wohl fühlen können. Dagegen ist die irische Krisis in der Tat zu einer chronischen Krankheit geworden, für welche das Heilmittel nicht gefunden werden kann. England ist durchaus nicht in der Lage, den Iren zu gewähren, was sie fordern: das Homerule, das in den Köpfen der irischen Patrioten doch nur als der Übergang zu voller politischer Selbständigkeit gilt. Der englische Staatsmann, der, wie Gladstone es im April 1886 beantragte, Irland wie eine autonome Kolonie mit eigenem Parlament und nationalem Ministerium organisieren wollte, würde seinem Staate einen gefährlichen Feind, der ihm allezeit in die Flanke fallen kann, organisieren, und England nötigen, zum Schutz des eigenen Herdes eine Armee mit der Front nach Irland hin aufstellen. Es wäre das eine dauernde Schwächung Englands, die wir nicht wünschen dürfen, wenn wir an dem Glauben festhalten, daß die aufgebauschten wirtschaftlichen Gegensätze schwächer sind als das einigende Band verwandter Grundlagen der Kultur und gleicher sittlicher Ideale. Das mag getrübt werden, aber es kann nicht schwinden, und wir rechnen darauf, es noch zu erleben, daß bei uns wie jenseit des Kanals unsere Auffassung von dem natürlichen Verhältnis beider Nationen praktische Politik wird.

Fast noch mehr als die irischen Schwierigkeiten machen sich heute die Sorgen um die Regelung der Schulfrage (education bill) geltend. Obgleich wir einer weiteren Ausdehnung der Autorität der Hochkirche über die Schulen der Nonkoformisten keine Sympathien entgegenbringen, weist die allgemeine politische Lage doch dahin, daß der Sieg des gegenwärtigen Ministeriums uns wünschenswert erscheint. Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die journalistischen Wortführer der Opposition zugleich diejenigen sind, welche die künstliche Erregung der öffentlichen Meinung gegen uns aufrecht erhalten und zu steigern bemüht sind. Die große Koalition aller Welt gegen Deutschland wird von ihnen ganz offenkundig als das Ziel ihrer Wünsche bezeichnet. Mr. Chamberlain hat nun in seiner großen Birminghamer Rede die Frage der education bill ganz direkt zur Kabinetsfrage gemacht, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß es ihm voller Ernst damit ist. Das Ministerium

ist geneigt, der Opposition, die in die Reihen der Unionisten einzudringen begonnen hat, Zugeständnisse zu machen, nicht aber sich ihrem Willen zu unterwerfen. Wir werden daher, wenn das Parlament am Donnerstag wieder zusammentritt, lebhafte Kämpfe zu erwarten haben, rechnen aber auf den Sieg des Ministeriums, dessen starke Majorität es auch verträgt, wenn etwa ein Dutzend Stimmen abbröckeln. Der Sieg der Liberalen bedeutet auf dem Felde der auswärtigen Politik zunächst völlige Ungewißheit über den bevorstehenden Kurs und zwar so, daß die Wahrscheinlichkeit für eine gegen uns gerichtete Spitze spricht. Da ist uns die gegenwärtige Regierung, mit der wir trotz allem in schwierigsten Zeitläufen stets eine Verständigung finden konnten, weit lieber. Und schließlich, was geht es uns an, wie die Engländer ihr Schulwesen ordnen.

Ein gewisses Aufsehen hat der französisch-siamesische Vertrag erregt. Frankreich hat Chantoboon geräumt und dafür die Abtretung zweier reicher Provinzen nördlich von Cambodja ganze 25000 qk erhalten nebst Privilegien, die dem französischen Kapital eine bevorzugte Stellung in Siam sichern. Gewiß ein großer Erfolg, durch den die Stellung Frankreichs in Hinterindien erweitert und gestärkt scheint. Heute werden alle territorialen Erweiterungen auf diesem Boden von der öffentlichen Meinung ohne jeden Parteiunterschied nicht nur gutgeheißen, sondern gleichsam antizipiert. Man kann sich in dieser Hinsicht nicht genug tun. Aber es drängt sich dabei doch auch die Erwägung auf, wie neu diese Stellung Frankreichs ist und wie nahe die Wendung gelegen hat, die jene Gebiete als erste Kolonien dem Deutschen Reiche zuführen konnte. Ottokar Lorenz in seinem vortrefflichen Buche: „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches", dem wir eine so wesentliche Bereicherung unseres Wissens danken, hat daran erinnert, daß im Februar 1871 Prinz Adalbert mit dem Vorschlage hervortrat, im Friedensschluß mit Frankreich Kolonien zu erwerben. Er wies u. a. auch auf Saigon hin, also auf den Punkt, von dem die französische Herrschaft in Hinterasien ausgegangen ist. Bismarck nahm den Vorschlag doch so ernst, daß er Abeken beauftragte, darüber mit dem Großherzog von Baden in Beratung zu treten. Schließlich aber überwog der Widerspruch Delbrücks, der die Meinung vertrat, Kolonien seien „ein Unglück für Deutschland, da sie unbedingt die Herstellung einer

großen Flotte erforderten, die übermäßige Kosten verursachen werde." Bismarck entschied dann schließlich, die Erwerbung überseeischer Besitzungen sei noch verfrüht, und damit wird er wohl recht gehabt haben.

Aber noch eine andere historische Reminiszenz drängt sich auf. Als im Dezember 1885 die französische Kammer vor der Entscheidung stand, ob Tonking behauptet oder geräumt werden solle, hat eine Stimme Majorität den Ausschlag für die Behauptung des Landes gegeben. Bekanntlich hat dann Jules Ferry sich mit großen Plänen getragen; er wollte aus dem ganzen Siam ein französisches Protektorat machen, aber gerade der hohe Flug seines Ehrgeizes brachte ihn zu Fall, und Lord Dufferin konnte danach in aller Ruhe Birma erobern. Das war 1886. Sieben Jahre danach sicherte sich Frankreich durch den Vertrag vom 3. Oktober 1893 die Abtretung alles Landes am linken Ufer des Mekong, 1896 rückten sie bereits ein gut Stück darüber hinaus und heute ist ein weiterer Schritt geschehen, dessen Folgen noch nicht recht abzusehen sind. Denn jetzt heißt es bereits, daß auch England einen Vertrag mit Siam abgeschlossen habe, und gleichzeitig werden in Hinterindien französische Stimmen laut, die sehr pessimistisch über die jüngsten „Erfolge" in Siam urteilen. Jedenfalls ist die ganze Angelegenheit noch nicht spruchreif, wohl aber scheinen in diesen indischen Sphären sich Wandlungen vorzubereiten, die Beachtung verdienen. Französische Nachrichten wollen wissen, daß Lord Curzon nach England zurückkehren, und Lord Cromer an seine Stelle treten werde. Da beide Männer von ungewöhnlicher Energie sind, würde an sich die Personalfrage wenig zu bedeuten haben, wenn nicht an Lord Curzon der Ruf einer außerordentlich scharfen Gegnerschaft gegen die russische Politik haftete. Man kann ihn heute als den in Rußland bestgefürchteten Engländer bezeichnen, und deshalb könnte sein Ausscheiden aus der indischen Stellung als eine Milderung der bestehenden Gegensätze betrachtet werden. Man erwartete von ihm, namentlich seit Beendigung des südafrikanischen Krieges, ein beschleunigtes Ausdehnen des englischen Eisenbahnnetzes nach Seistan (wo jetzt ein russisches Konsulat besteht) ja bis nach Kirman in Persien hinein, und das erregte in Rußland um so weniger Freude, als die russische Eisenbahnlinie Aschabad-Mesched immer noch ein Plan geblieben ist. Bei nüchterner Be-

trachtung wird man sich jedoch sagen, daß auch die Ausführung der englischen Eisenbahnpläne noch in weitem Felde liegt, und daß Lord Cromer, wenn er Vizekönig von Indien werden sollte, im wesentlichen doch genötigt sein wird, an Curzons Plänen festzuhalten. Wohl aber halten wir es für sehr wahrscheinlich, daß er suaviter in modo vorgehen wird, und das ist immer nützlich.

Übrigens geht das Hauptinteresse in Rußland noch immer vornehmlich auf die Tage der Schipkafestlichkeiten. Über die Bedeutung derartiger demonstrativer Feierlichkeiten läßt sich stets erst einige Zeit nach ihrem Abschluß urteilen, wenn der Telegraph, der die für nützlich erachtete Darstellung in alle Welt schickt, seine Pflichten glücklich erledigt hat. Uns ist nun nachträglich das folgende aufgefallen. Die bulgarischen Blätter feiern vor allem den Grafen Nikolai Pawlowitsch Ignatiew, den Führer der Deputation, welche die mit russischem Gelde erbaute Schipkakirche und die daran geschlossenen stattlichen Nebengebäude den „bulgarischen Brüdern" übergab. Er stellte das nicht offizielle Rußland slavophiler Tendenz dar, während der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch dem offiziellen Rußland den korrekten und würdigen Ausdruck gab. Die russische Regierung aber hat gewiß absichtlich den Grafen Ignatiew nicht in das Gefolge des Großfürsten hineingezogen. Er und seine Leute reisten ihren eigenen Weg und sind erst auf dem Schipkapaß mit Nikolai Nikolajewitsch zusammengetroffen, und nichts fällt mehr auf, als der Unterschied von Ton und Inhalt der Rede des Großfürsten, und der des Mannes von San Stephano. Da wir in der deutschen Presse keine ausreichende Wiedergabe der Rede Ignatiews finden, wollen wir nach dem Referat der „Peterb. Wjedom." die meist charakteristischen Stellen hersetzen.

Die Rede beginnt mit einer Darstellung der merkwürdigen Baugeschichte der Schipkakirche. Der erste Gedanke auf Errichtung der Gedenkkirche gehört der Mutter des Generals Skobelew und dem Grafen Ignatiew, für sich allein aber nimmt der Graf die Ehre in Anspruch, den Platz für die Kirche gewählt und die Billigung seines Planes bei Kaiser Alexander II. durchgesetzt zu haben. Die Ausführung aber habe namentlich anfangs viel Not gemacht. Da nach dem Berliner Traktat ein Firman des Sultans für den Bau nötig gewesen wäre, zog man es vor, allmählich auf den Namen von Privat-

personen die erforderlichen Gründstücke zu erwerben. „Dann kamen Intriguen auf, man behauptete, daß mit Umgehung des Berliner Traktates auf dem Balkan eine Festung für die Bulgaren erbaut werde, da doch den Türken vorbehalten sei, dort Truppen stehen zu lassen. Eine Kommission ausländischer Offiziere erschien, um die Fundamente zu prüfen, die für verdächtig gehalten wurden. Dann folgten die Unordnungen in Bulgarien, die von Feinden des Slaventums angezettelt wurden, um Bulgarien von seiner historischen Bahn auf den Schwabenweg abzulenken, unwürdige Streber rissen die Gewalt an sich und nötigten das Komitee, auf einige Jahre seine Arbeit einzustellen." Das habe Kosten und Verluste gebracht und viele seien kleinmütig geworden, nur er, Ignatiew, habe nicht verzweifelt, und nach der Thronbesteigung des Fürsten Ferdinand habe dann wirklich die Arbeit des Komitees wieder aufgenommen werden können. So sei nicht nur die Kirche, sondern auch ein Haus für die Geistlichkeit, ein Seminar, Schule und Haus für die Lehrer, sowie ein Krankenhaus entstanden, kurz ein ganzer Komplex stattlicher Gebäude. Im Seminar soll noch ein Museum errichtet werden, um die heranwachsenden Generationen der jungen Bulgaren alle Zeit an ihre Dankespflichten und daran zu erinnern, daß Rußland und Bulgarien für alle kommenden Jahrhunderte durch geistige Bande verbunden sind. Wenn Minister Danew von der großmütigen Politik Rußlands gesprochen habe, so sei allerdings die christliche Bevölkerung der Türkei, namentlich aber die slavische, der Gegenstand steter Fürsorge Rußlands gewesen. Er selbst habe in diesem Sinne 14 Jahre lang als bloßer Herold des Willens und der Gedanken seines Kaisers gewirkt. Bis 1870 habe er gehofft, das Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, zumal es den wohlverstandenen Interessen der Pforte entsprach.

„Rußland hat nie, weder materiell noch ökonomisch, oder moralisch die Stellung des Sultans erschüttern wollen, wie es einige der angeblichen Freunde der Türkei tun." Namentlich schwer sei aber die Stellung Bulgariens gewesen und um sie habe er, Ignatiew, sich zumeist bemüht. So sei denn auch die Entstehung einer nationalen Kirche Bulgariens, die Gründung des Exarchats, sein Werk. Weitere Wohltaten habe die Konstantinopeler Konferenz ihnen schaffen wollen, sie sei an der Verblendung der Pforte gescheitert und dadurch

Kaiser Alexander II. genötigt worden, mit dem Schwerte den gordischen Knoten zu durchhauen. Das siegreiche Heer habe den Vertrag von San-Stephano möglich gemacht, „ein Vertrag, der Ruhe und friedliche Entwicklung nicht nur Bulgarien, sondern auch der Pforte gesichert, und ihr die späteren Wirren und Verluste erspart hätte. „Rußland, das selbstlos brüderliche Opfer gebracht hat, um Bulgarien zu schaffen, kann nicht anders als sein Gedeihen nach allen Richtungen hin zu politischer und ökonomischer Freiheit zu wünschen. Es ist zu hoffen, daß an der Spitze der Regierung als Helfer des Fürsten stets, wie jetzt, erprobte Patrioten stehen, fähig ihr eigenes Interesse dem Wohl des Vaterlandes zu opfern. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Bulgarien, auf das befreundete Rußland gestützt, in enger Verbindung mit ihm und in brüderlichen Beziehungen zu Serbien, fähig werde, seiner Zeit die historische Aufgabe zu erfüllen, welche die Vorsehung vorbestimmt hat, entsprechend der Stellung Bulgariens auf der Balkanhalbinsel und der Bedeutung, die es in der slavischen Welt einnimmt. Ja, es lebe Fürst Ferdinand, das unserem Herzen nahestehende bulgarische Volk und das Bruderheer Bulgariens."

Die Rede des Grafen Ignatiew — so schreibt der Gewährsmann der „Pet. Wjedom." — wurde mit nicht endenwollenden Hurrahrufen gefeiert, und machte auf die Bulgaren einen ganz gewaltigen Eindruck.

Wir zweifeln nicht daran, zumal wir guten Grund zur Annahme haben, daß die stärksten Stellen der Rede nicht wiedergegeben sind. Sie ist ebenso interessant durch das, was sie sagt, wie durch das, was sie verschweigt und durch die Ereignisse, die sich vorher und nachher in Makedonien abgespielt haben und noch abspielen. In Serbien hat sie schwerlich gleiche Freude erregt, und es ist uns auch sehr zweifelhaft, ob Graf Lambsdorff sie mit Wohlgefallen gelesen haben wird. Aber schließlich ist Graf Ignatiew heute ein Privatmann, und die russische Diplomatie trägt keine Verantwortung für die Blüten seiner Beredtsamkeit. Wie man die Rede in Bulgarien verstanden hat, zeigt die folgende kurze Notiz der „Nowoje Wremja": „In Anlaß der Ankunft des Grafen Ignatiew, haben die letzten Nummern der bulgarischen Zeitungen begeisterte Artikel dem Schöpfer des Bulgarien von San Stephano gebracht. Sie loben einmütig die

großen Verdienste, die der Graf sich um das Glück des bulgarischen Volkes erworben hat. Die offiziöse „Bulgaria" widmet dem Grafen Ignatiew einen langen Leitartikel und sagt u. a., daß der Graf vom ganzen bulgarischen Volke, ohne Unterschied der Parteien und Überzeugungen, geliebt werde und führt als Beweis das folgende Beispiel an: Bis zu welchem Grade Graf Ignatiew jedem Bulgaren teuer ist, zeigt das folgende ungewöhnliche, kaum glaubliche Faktum: in den Tagen des traurigen Stambulowschen Regimes, als tatsächlich alles Russische verfolgt wurde, ward nur ein Russe nicht angetastet, und das war Graf Ignatiew. Der verstorbene Tyrann wagte nicht nur nicht seine Stimme gegen den Liebling des Volkes zu erheben, sondern als er gegen Ende seiner usurpierten Stellung mit Ehre und Anstand zurücktreten und den wahnsinnigen Kampf gegen Rußland aufgeben wollte, da wandte er sich mit der Bitte um Hülfe und Beistand an den Grafen Ignatiew." Diese Notiz des offiziösen Organs des Fürsten Ferdinand erscheint allerdings auch uns „ungewöhnlich und kaum glaublich", da wir uns mit anderen Sterblichen, die ein besseres Gedächtnis haben, als Graf Ignatiew und die „Bulgaria" es gerade haben wollen, sehr deutlich erinnern, daß der Prinz Ferdinand von Koburg niemand anderem als Stambulow seine Wahl zum Fürsten von Bulgarien zu danken gehabt hat! Am bulgarischen Hofe und an den von ihm abhängigen Stellen täte man entschieden gut, den Schatten Stambulows nicht zu beschwören.

Doch wir rekapitulieren. Die Rede des Grafen Ignatiew mit ihrer Verherrlichung von San Stephano ist eine unverkennbare Unterstützung der auf Makedonien gerichteten Bestrebungen der Bulgaren, und das heißt, sie ist das Gegenteil der Politik des offiziellen Rußland, das zum Glück, wie die Verhältnisse zeigen, heute noch stärker ist als er.

Die russischen Zeitungen, die uns in letzter Stunde zugehen, bestätigen vollauf, daß der Zug des Grafen durch Bulgarien ein Triumphzug war und daß in Sofia geradezu eine „Apotheose" (der Ausdruck stammt aus einem Leitartikel der „Pet. Wjed.") Ignatiews vorgeführt wurde. Sie bringen auch den Wortlaut einer bisher nicht bekannt gegebenen, in Sofia gehaltenen Rede des Grafen. Er sagte wörtlich: „Ich bin tief dankbar für den freudigen Empfang, den mir die Hauptstadt des freien Bulgarien bereitet hat. Ich liebte

Bulgarien schon vor seiner Befreiung; ich träumte von Groß-Bulgarien, und es war schon geschaffen, aber die europäische Diplomatie erhob sich gegen dieses große Werk des Zaren-Befreiers und zerteilte Bulgarien in mehrere Stücke. Immer aber glaube ich noch, daß früher oder später Bulgarien groß wird, und daß meine Träume von dem Bulgarien von San-Stephano in Erfüllung gehen werden. Es ist ja möglich, daß es nicht bald geschieht, vielleicht erlebe ich diesen herrlichen und feierlichen Augenblick nicht mehr, aber die bulgarische Intelligenz muß stets diesem Ideal zustreben." Hier unterbrach den Redner stürmischer Jubel — er winkte — es ward totenstill und nun fuhr er fort: „Die Feierlichkeiten auf den Höhen von Schipka werden Rußland fest mit dem befreiten Bulgarien verbinden, mit Rußland verbunden wird es groß werden . . . ihr werdet glücklich sein . . ." Wieder unterbrach endloses Hurrah! den Redner, und bewegt schloß er: „Ja, hoch Bulgarien durch alle Jahrhunderte, mag es aufblühen und gedeihen! Hurrah!"

Bei diesen Worten spielten inmitten betäubender Hurrahrufe die vereinigten Militär-Orchester: Gott behüte den Zaren, und alles Volk entblößte das Haupt. Dann folgte die Nationalhymne: Rausche Maritza!

Einige tausend Makedonier brachten dem Grafen Ignatiew ebenfalls eine Ovation dar und sandten eine Deputation zu ihm, die von dem Grafen überaus freudig und herzlich empfangen wurde!"

Das glauben wir.

Mit Recht erregen die Kohlenausstände in Pensylvanien ernste Besorgnis. Die Wahrscheinlichkeit spricht für gefährliche und blutige Zusammenstöße. Auch ein Hinüberschlagen der Bewegung nach Europa läßt sich nicht verkennen; in Frankreich, der Schweiz, Belgien, zum Teil auch schon in England läßt sich die Nachwirkung spüren. Aber es will uns scheinen, daß der Versuch, die gesamte Bevölkerung eines Landes in einen schweren Notstand zu versetzen, um den Komfort einer übermütigen Arbeiterorganisation zu steigern, die Korrektur in sich tragen muß.

16. Oktober Wiedereröffnung des englischen Parlaments und des österreichischen Reichsrats.
16. Oktober. Eintreffen der Burengenerale in Berlin.
17. Oktober. Vertrauensvotum der französischen Kammer für das Ministerium Combes.
18. Oktober. Abreise der Burengenerale aus Berlin.
20. Oktober. Konstituierung des Ministeriums Welimirowitsch in Serbien.

22. Oktober 1902.

Am 20. des Monats Safer, im 1249. Jahre der Hegira, d. i. am 26. Juni st. v. 1833, wurde in Konstantinopel der Vertrag unterzeichnet, der unter dem Namen Vertrag von Hunkiar Skelessi bekannt ist, und in unseren historischen Darstellungen als ganz besonderer Triumph der orientalischen Politik Rußlands figuriert. Dieser Vertrag, so geht das Gerücht, sei bei der jüngsten Anwesenheit des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in Konstantinopel erneuert worden.

Was ist es nun mit diesem Vertrage?

Als Ibrahim Pascha im Dezember 1832 die letzte türkische Armee, die Sultan Mahmud ihm entgegenstellen konnte, bei Konieh aufs Haupt geschlagen hatte, und nunmehr dem egyptischen Vasallen der Zugang zu Konstantinopel offen stand, warf Rußland, dem eine Verjüngung der Türkei durch den energischen Egypter höchst unerwünscht sein mußte, sich zwischen den Sieger und den Besiegten. Die Sendung des Flügeladjutanten Grafen N. N. Murawjew nach Egypten, dann auf Bitten des Sultans das Eintreffen eines russischen Geschwaders unter Führung des Kontreadmirals Kumani in Bujuk-Dere, und Anfang April 1833 das Eintreffen weiterer russischer Kriegsschiffe und einer Abteilung von 10000 Mann russischer Landungstruppen, die nur als Avantgarde der noch in den Donaufürstentümern als Okkupationstruppen unter dem General Kisselew stehenden Armee gelten konnte, vor Konstantinopel, sowie endlich die Tätigkeit des

Grafen Alexej Fedorowitsch Orlow führten dahin, daß Mehemed-Ali sich genötigt sah, seinen siegreichen Stiefsohn Ibrahim zurückzurufen, und sich mit den Vorteilen zufrieden zu geben, die der Kaiser Nikolaus ihm zu lassen für gut fand. Orlow aber hatte inzwischen jenen Vertrag von Hunkiar Skelessi abgeschlossen, dessen wir gedachten. Es sind 6 Artikel, deren erster verspricht, daß der Kaiser und der Sultan sich über alle Punkte verständigen wollen, welche die Ruhe beider Reiche betreffen, im Notfall aber sich Hülfe leisten werden, Artikel 2 bestätigt den Frieden von Adrianopel und die Griechenland betreffenden Vereinbarungen, im 3. Artikel übernimmt der Kaiser die Verpflichtung, wenn nötig, den Sultan zu Wasser und zu Lande zu unterstützen, der 4. legt die Last der Truppenverpflegung derjenigen Macht auf, der die Hülfe geleistet wird, der 5. bestimmt, daß dieser Vertrag 8 Jahre lang Geltung haben solle, der 6. endlich enthält Bestimmungen über die Ratifikation des Vertrages.

Der eigentliche Schwerpunkt aber fiel auf den Artikel séparé et secret, durch welchen Kaiser Nikolaus seinerseits auf jede Hülfeleistung seitens der Pforte verzichtete, wogegen diese die Verpflichtung übernahm, die Dardanellen den Krigsschiffen aller fremden Mächte zu verschließen und sie ihnen unter keinerlei Vorwänden zu öffnen.

Die fremden Mächte, namentlich England, waren durch diesen Geheimvertrag, der natürlich nicht geheim blieb, aufs äußerste beunruhigt, und der Kaiser Nikolaus glaubte in der Tat einen ganz außerordentlichen Erfolg errungen zu haben. Er hat, was vielleicht der Gipfelpunkt seiner Selbsttäuschungen ist, sogar gemeint, der Sultan werde über kurz oder lang zum Christentum übertreten.

In Wirklichkeit handelte es sich doch nur um einen Scheinerfolg, und jener Graf Murawjew, der vom Zaren nach Alexandria zu Mehemed-Ali geschickt worden war, hat in seinem höchst interessanten Tagebuche bereits die Argumente aufgezählt, welche diese Beurteilung des Vertrages rechtfertigen. Denn einmal, so führt Murawjew aus, liegt es ja in der Hand der Pforte, darüber zu entscheiden, ob und wann sie Hülfe braucht. Sie wird daher in jedem Fall nur nach ihrem Ermessen handeln. Zweitens sei die türkische Flotte gar nicht stark genug, um einen feindlichen Einfall abzuwehren, vielmehr lasse sich erwarten, daß ein entschlossener Feind sich ihrer bemächtige und sie gegen Rußland verwende. Feindliche Flotten, die bei Smyrna

stehen, seien daher sehr wohl in der Lage, Odessa zu bombardieren, ehe russische Truppen zum Schutz der Dardanellen heranrücken können. Der Seraskier, der den Vertrag unterzeichnete, habe sehr wohl gewußt, daß die Befestigung der Dardanellen einem entschlossenen Angriff gegenüber völlig unzureichend sei, und seinen Namen unter die Vertragsurkunde nur gesetzt, um möglichst rasch die russischen Hülfstruppen und die russische Flotte wieder los zu werden.

Kurz, das mare clausum war nichts anderes als ein Phantom, und bekanntlich hat Rußland zu Ausgang der zweiten türkisch-egyptischen Krisis im Jahre 1841 auf die Scheinvorteile von Hunkiar Skelessi verzichtet. Wir sehen aber nicht, daß in der Frage der Dardanellen, die heute bei der angeblichen Erneuerung des Vertrages von Hunkiar Skelessi wohl allein in Betracht käme, der Machtfaktor sich wesentlich geändert hätte. Wie 1833 ist auch heute die türkische Flotte nicht imstande, einer englischen oder einer russischen Flotte die Durchfahrt durch die Meerengen zu verbieten, wenn ihr ein rücksichtsloser Wille gegenübersteht. Was die Dardanellen schützt, ist die Scheu vor europäischen Verwickelungen, und dieser Schutz scheint uns für absehbare Zeit noch außerordentlich wirksam. Alle diese Erwägungen aber führen dahin, jenes Gerücht von der Erneuerung des Vertrages von 1833 als höchst wenig wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Es fehlt ihm die raison d'être!

Wir möchten an diese rückschauende Betrachtung eine andere knüpfen, die unser Interesse lebhaft erregt hat. In der „Revue politique et parlementaire" ist nämlich ein anonymer Artikel erschienen, der den Titel „quatre ans de politique extérieure" führt und die gesamte auswärtige Politik Frankreichs während der letzten 4 Jahre einer außerordentlich scharfen Kritik unterzieht. Die Spitze richtet sich also gegen den jetzigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Delcassé, und untrügliche innere Merkmale lassen keinen Zweifel darüber, daß der Verfasser niemand anders ist als sein Vorgänger, Herr Hanotaux.

Nach einigen einleitenden Bosheiten (I'ignore si Mr. Delcassé a du génie, mais a coup sûr, il a duré) entwirft Herr Hanotaux, wie wohl verständlich ist, ein ungemein glänzendes Bild der Lage, in welcher Frankreich sich zu der Zeit befand, als er sein Minister-

portefeuille niederlegte: Die russische Allianz fest begründet, die Beziehungen zu Deutschland so gut als die Umstände irgend gestatteten, die Annäherung an Italien auf handelspolitischem Gebiet glücklich vollzogen, im Orient die kretische Frage geregelt und damit die Gefahr einer orientalischen Krisis abgewehrt, die kleinen Nationalitäten überall von den Sympathien Frankreichs gestützt. Kurz, Frankreich konnte in Ehren sein Haupt hoch tragen.

Einen dunklen Punkt allerdings gab es: England blickte mit Neid auf das herrliche Kolonialreich, das Frankreich in den letzten 20 Jahren erworben hatte: 40 Millionen Seelen zu den 40 Millionen des Mutterlandes, ein kolossales Werk, das in der Annektion Madagaskars seine Krönung gefunden hatte. Freilich habe es eben deshalb noch viel zu tun gegeben: Die $1\frac{1}{2}$ Milliarden, die der Handel der Kolonie einbrachte, ließen sich noch steigern, in Hinterindien sei Tonkin nicht mehr als eine Straße, die Frankreich sich gebahnt, und ein Köder, den es ausgeworfen habe; die umsichgreifende Politik des commonwealth von Australien mußte gezügelt werden, in Marokko, im östlichen Nordafrika, am Tschadsee wie am oberen Nil gab es große Aufgaben zu lösen. Es kam deshalb namentlich darauf an, Boden zu gewinnen, ohne sich eine Blöße zu geben, und ganz besondere Vorsicht war geboten, als Liotard den Auftrag erhielt, vom Oberen Ubanghi aus einen Zugang zum Nil zu finden. Als 1896 der Kapitän Marchand mit nur 14 Weißen und 200 Schwarzen ausgeschickt wurde, ihm Verstärkungen zu bringen, ward er (Marchand) daher instruiert, sich zurückzuziehen, sobald er auf entschiedene Feindseligkeit stoße. Jeder Konflikt sollte vermieden werden. Nun sei eben damals Kitchener mit einer wirklichen Armee ausgezogen, um die südlichen Dependenzen Egyptens zu gewinnen, und damit bot sich die Möglichkeit von unbequemen Gegensätzen. Ein Verbündeter sei daher von Wichtigkeit gewesen, und den hätte man, wie Herr Hanotaux kühn behauptet, in Deutschland finden können — was uns, beiläufig bemerkt, höchst unwahrscheinlich dünkt. Aber Herr Hanotaux notiert, daß er infolge seines Rücktritts dazu keine Möglichkeit mehr gehabt habe, Delcassé aber vorteilhaft fand, die Hände in den Schoß zu legen. Der neue Minister des Auswärtigen fürchtete die gegen Deutschland gerichtete Stimmung der öffentlichen Meinung Frankreichs, und habe Deutschland so der englischen Um-

armung zugeführt. Die Folge aber sei die Demütigung Frankreichs in Faschoda gewesen.

Hier fällt freilich Herr Hanotaux in bösen Widerspruch mit sich selbst, denn seine weitere Darstellung zeigt, daß es eigentlich eine Faschodafrage überhaupt nicht hätte geben können, wenn nicht das unerhörte Ungeschick Delcassés sie heraufbeschworen hätte. Er habe die Engländer förmlich in jene Politik hineingehetzt, die zu der „brutalen Forderung" des Rückzuges von Marchand führte. Nun, in dieser Frage wird Herr Delcassé sich wohl selber verteidigen, uns aber drängt sich die Erwägung auf, was denn Herr Hanotaux von Deutschland erwartete? Doch nicht, daß es, um Frankreich eine Stellung am Nil, oder dem Kapitän Marchand einen Triumph zu schaffen, Arm in Arm mit Frankreich England bedrohen solle? Ein Staatsmann, der diese Torheit zu begehen bereit wäre, ist in Deutschland schwerlich zu finden.

Herr Hanotaux geht von den afrikanischen Sünden Delcassés nunmehr auf die ostasiatischen über. Auch hier wird uns gezeigt, wie vortrefflich das französische Auswärtige Amt in den Jahren bis 1898 die Interessen Frankreichs zu vertreten wußte. Der Juni 1895 bringt die vorteilhafte Grenzrichtung am Mekong und Namu, Junnan wird dem französischen Einfluß erschlossen, vier Handelsplätze ihm geöffnet, Englands birmanische Pläne müssen scheitern. Dann folgen im Mai 1896 Vorteile, die der französischen Polizei an der Grenze von Anam gesichert werden, im Juni ein Eisenbahnvertrag, der ein Jahr später noch erweitert wird und deshalb so wichtig war, weil es eine der ersten Konzessionen ist, die China gewährt, und sich dem französischen Kapital damit ein neues Feld eröffnet. Es folgen Minenprivilegien, die von China im April 1898 übernommene Verpflichtung, in den drei Provinzen, welche an das französische Territorium stoßen, keinen anderen Mächten Vorteile zu gewähren, die Pachtung der Bai von Kuang-Tschau auf 99 Jahre u. s. w., und das alles, ohne es mit den Chinesen zu verderben, denn der Boxeraufstand habe gerade die für Frankreich wichtigen Territorien nicht getroffen.

Wenn nur Herr Delcassé auf dieser Bahn weitergeschritten wäre? Allerdings habe er das Glück gehabt, einige von Hanotaux geschickt eingeleitete Verhandlungen zum Abschluß zu führen, aber

die in China bekannt gewordene Faschoda-Schmach habe alles wieder verdorben. Die Chinesen werden aufsässig. In Schanghai führt eine Bagatellfrage zu einer halben Niederlage, für die Plünderung und Zerstörung der Missionen in Sse-Tschuan kommt eine verspätete Genugtuung, bei der Besetzung der Bai von Kuang-Tschau lauter Ungeschicklichkeiten und unnützes Blutvergießen und bei alledem habe sich Delcassé gar am 24. November 1899 erlaubt, vor der Kammer die Politik seines Vorgängers herabzusetzen. Dafür nimmt denn Herr Hanotaux jetzt seine Revanche, indem er drittens die französische Politik, wie sie infolge des Pekinger Gesandtenmordes sich gestaltete, recht gründlich vornimmt. Erst die Untätigkeit des Ministers trotz der Warnungen des Gesandten Pichon, dann unzureichende Truppensendungen, endlich die Unterordnung französischer Truppen unter einen deutschen Feldmarschall, während es doch Frankreich möglich gewesen wäre, wenn es rechtzeitig und energisch eingriff, Ruhm und Erfolg für sich allein zu gewinnen. Hieran schließt sich eine böse Persiflage der durch Herrn François mit böswilliger Umgehung Pichons in Junnan geführten Verhandlungen, die zu keinerlei Vorteilen für Frankreich führten, während man doch an der russischen Politik in der Mandschurei ein glänzendes Vorbild gehabt habe. In Junnan hätte man mit 4 Mann und einem Korporal zum Ziel kommen können. Herr Hanotaux macht dabei die amüsante Bemerkung, daß, wenn Rußland von seiner Uneigennützigkeit rede, das sehr wohl aufrichtig gemeint sein könne. „Les mots n'ont pas le même sens en Orient que chez nous. Il y a tant de nuances là bas entre l'indépendance et l'asservissement! Und dann, hätten nicht Deutschland und England Protokolle über die Integrität Chinas unterzeichnet und dabei ihre Augen schamhaft von der Mandschurei abgewandt. „Tel est le respect qu'inspire la force quand elle a conscience d'elle-même." Also, wenn wir recht verstehen, Frankreich hätte sich im Junnan festsetzen sollen, wie Rußland in der Mandschurei und, was wohl noch abenteuerlicher ist, auch in Nordchina „sans aucune vue de conquête, mais simplement pour tenir un pistolet braqué sur Pékin." Aber Herr Hanotaux meint wohl auch hier, daß die Worte im Orient eine andere Bedeutung haben, als bei uns; denn der Schluß dieser Jeremiade lautet: „Was ist uns denn von dieser chinesischen Episode geblieben? Ein

wenig Staub in unseren Händen." An die 200 Millionen, die China zu zahlen übernommen hat, aber vermag er nicht zu glauben.

Noch interessanter sind die Ausführungen in der Transvaalfrage; Herr Hanotaux war für Intervention Frankreichs, Rußlands und Deutschlands, wobei Deutschland die Initiative gehörte, da es sowohl für seine Stammesgenossen, wie für seine Kolonien einzutreten hatte, und durch den Kampf um Ausbreitung seiner Industrie der Gegner Englands sei. Rußland hätte in Asien wirken sollen, Frankreich stand in dritter Reihe, und da die anderen sich nicht rührten, gibt er zu, daß es gut gewesen sei, daß auch Frankreich stille hielt. Dagegen hätte Rußland in der Mandschurei, Deutschland auf den Hawaii-Inseln (ei! ei! Herr Minister!), Amerika auf den Philippinen die Zeit genutzt. Weshalb habe da Frankreich nicht in Marokko zugegriffen?

Denn sagt Herr Hanotaux, „das sollte jedermann bei uns wie außerhalb wissen: Marokko ist eine Lebensfrage für uns, in welcher es uns unmöglich ist, nachzugeben. Die Lage ist genau dieselbe wie in Tunis 1881. Wir dürfen, wenn wir nicht abdanken wollen, keine fremde Macht an der sehr verwundbaren Flanke unserer algierischen Kolonie dulden. Oder sollen wir etwa auf Algier und unsere Großmachtstellung verzichten? Marokko, ob es nun frei bleibt oder unserem Einfluß unterworfen wird, bedeutet für uns nicht nur Sicherheit unserer Landesgrenzen, es hält zugleich die Schlüssel unserer maritimen Stellung in Nordafrika. Der Tag, da unsere Schiffe in Magador vor Anker legen, gibt uns einen Ausgang in den Atlantischen Ozean und wir brauchen dann nicht mehr die Kanonen Gibraltars zu fürchten. Dann wird uns auch das Schicksal Tangers gleichgültig sein." Aber Herr Delcassé habe nichts getan, dieses Ziel vorzubereiten und ebenso fruchtlos sei seine Politik Siam gegenüber gewesen. Und so kann man Herrn Delcassé fragen: qu'avez vous fait pendant ces quatre ans? Rien! rien! rien!

Zur weiteren Bekräftigung dieser energischen Apostrophe geht Hanotaux zum Schluß auf die Intervention Frankreichs in Sachen Lorando Tubini und auf die Frage der französisch-italienischen Annäherung über. Er hat für beides nur Hohn. Der Vorwand für die Expedition nach Mitylene erscheint ihm (ganz wie uns) „misérable", der Ausgang kläglich, von der französisch-italienischen Verständigung

aber verkündet er uns, daß Frankreich freie Hand in Marokko erhalten habe und Italien dafür in Tripolis Aktionsfreiheit bekommen solle! Aber, so meint er, da Italien ohnehin nichts in Marokko oder um Marokko zu suchen habe, sei das ein ungleiches Geschäft. Auch habe man den durch Mitylene beleidigten Sultan dadurch weiter gereizt, daß man über eine seiner Provinzen verfügte, auf welche Frankreich keinerlei Anrecht habe. Schon spüre man die Wirkung bei den afrikanischen Muhammedanern, der Sultan von Marokko aber wisse nunmehr, daß Frankreich ihn verschlucken wollte (que nous voulions l'avaler!). Wenn das wenigstens wahr wäre; es geschehe aber nichts, und so habe man ohne allen Grund das Mißtrauen Europas und Marokkos geweckt. So werde Marakko sich England zuwenden, denn die Orientalen gehen stets mit dem Starken. Frankreich sei auf der ganzen Linie im Rückzuge. In London sei man einsilbig, in Berlin stumm, in Konstantinopel ganz lautlos geworden. Rußland helfe nach wie vor in loyalster Weise, aber es komme nicht aus der Verwunderung über die völlige Untätigkeit Frankreichs. In Italien mache man dem Gesandten ein freundliches Gesicht, aber die Tripelallianz sei gleichfalls lächelnd erneuert worden. Frankreich sei ein Land geworden, das seine Stärke nicht mehr kenne, und doch sei es „la puissance la mieux équilibrée sur terre et sur mer", denn seine Marine sei stärker als die deutsche und seine Armee stärker als die englische. Er wolle deshalb nicht Kriegspolitik treiben, aber wenn Frankreich über seine Interessen verhandle, müsse es wie Brennus sein Schwert in die Wagschaale werfen. Der Friede dürfe nicht durch Schwäche und mitunter durch Demütigungen erkauft werden. Erst dann werde es einen sicheren Frieden geben. Und erst wenn die Regierung die Sprache einer realen Macht führe, werde es unnütz werden, ihr die Existenz dieser Macht zu demonstrieren.

Es ist uns lehrreich erschienen, diese Ausführungen möglichst eingehend wiederzugeben, weil sie uns als Ausdruck eines verhaltenen Ehrgeizes wichtig sind, der alle Tage zu einem bestimmenden Faktor in der Politik Frankreichs werden kann. Am merkwürdigsten sind wohl die Äußerungen über Marokko, die namentlich in England nicht unbemerkt vorübergehen werden und durch die Dinge, die sich gerade jetzt auf marokkanischem Boden abzuspielen beginnen, leicht aktuell

werden können. Überhaupt fällt auf, wie scharf Hanotaux seinen Blick auf mögliche Quellen großer Verwicklungen richtet. Er argumentiert mit der großen Krisis, welche der Tod des Kaisers Franz Josef bringen werde, ja sogar mit einem kriegerisch gesinnten Nachfolger Kaiser Wilhelms. Die ganze Ausführung trägt einen an den Ehrgeiz der Franzosen appellierenden Charakter, und mag Unkundige um so leichter irreführen, als sie mit unbewiesenen Behauptungen wie mit Tatsachen operiert. Manches, wie die Charakteristik der Expedition nach Mitylene, enthält viel treffendes, die Hauptsache, daß Frankreich auf russische Weisung hin seinen Rückzug antreten mußte, hat Hanotaux nicht zu sagen gewagt. Völlig verkehrt ist seine Darstellung der Verwicklungen, welche der südafrikanische Krieg brachte. Die Sache lag vielmehr so, daß eine Intervention Deutschlands das Signal für eine französisch-englische Allianz gewesen wäre. Aber in diesen Fragen ist die Urteilslosigkeit bei uns so groß gewesen, daß wir uns nicht wundern können, wenn nachträglich daraus bare Münze geschlagen wird. Daß der Angriff Hanotaux auf seinen Nachfolger im Amt von praktischen Folgen sein wird, glauben wir nicht. Das Ministerium Combes ist seiner Majorität sicher, und solange die Kombination der Parteien sich behauptet, aus denen das Ministerium hervorgegangen ist, dürfte auch Herr Delcassé unentbehrlich bleiben. Daß eine Rückkehr Hanotaux ein Element der Unsicherheit in die große Politik tragen würde, kann aber nicht übersehen werden. Es liegen in dieser Hinsicht die französischen Verhältnisse ähnlich wie die englischen, wo der Sturz des Ministeriums und die Regierungsgewalt in Händen der jetzigen Opposition, ebenfalls als ein Übergang zu unklaren politischen Beziehungen nach außen hin beklagt werden müßte. Das Schlimmste aber wäre ein gleichzeitiger Wechsel hüben und drüben.

Zum Schluß noch einige Worte über den Verlauf der Burentage. Sie haben viel Jubel gebracht, und die Buren-Generale haben, wie wir erwarteten, offene Hände gefunden. Was sie sagten, war gut und würdig und hat die peinlich berührenden Äußerungen De Wets in Paris so weit möglich ausgeglichen. Wir denken dabei namentlich an den Vergleich zwischen den Burenfrauen und den französischen Frauen während des Krieges von 1870, wobei uns das tertium comparationis nur in der Gleichheit des Geschlechts

zu liegen scheint. Auch das geflissentliche Betonen des französischen Blutes in seinen Adern, als der Quelle seiner Kraft, mußte überraschend wirken. Aber wir wollten damit nicht rechten, und so waren es Töne echter Herzlichkeit, die hinüber und herüber klangen. Auch haben die Berliner Sammlungen den fünffachen Betrag dessen ergeben, was Frankreich aufbrachte. Aber es ist doch ein merkwürdiges Schauspiel gewesen, wie diese typischen Vertreter des Agrariertums, denn das sind die Buren in ihren Vorzügen wie in ihren Schwächen, von einer hauptstädtischen Bevölkerung bejubelt und gefeiert wurden, die sich fast ausschließlich in entgegengesetzten Gedanken und Interessensphären bewegt. Auch das hier und da durchklingende religiöse Pathos war wie ein Zugeständnis, das einer sonst geflissentlich in den Hintergrund gerückten Weltanschauung gemacht wurde: ein Tischgebet, in der Reihe der patriotischen Lieder, die gesungen wurden, auch ein geistliches; wie fremd mutet uns das an, wenn wir an Ton und Verlauf der Versammlungen denken, die wir alle Tage in der Reichshauptstadt erleben. Kurz, es war alles weniger berlinisch als burisch. Man akkomodierte sich ihnen, und wahrscheinlich werden Festteilnehmer und andere Mitfeiernde sich dagegen verwahren, wenn man daraus auf ihr politisches Glaubensbekenntnis den Schluß ziehen wollte. Nicht das Urteil, sondern die Empfindung hat mitgespielt. Man dachte nur an die tapferen Männer und an die Not, die sie überstanden haben und die ihren Volksgenossen nach all der Verwüstung des heimatlichen Bodens noch droht.

An sich ist der Appell, den die Burengenerale an das Mitgefühl Europas richten, höchst ungewöhnlich. Es gibt keinen Präzedenzfall dafür und wenn sie aus Deutschland nach Rußland ziehen, wird es ihnen noch schwerer fallen, den unpolitischen Charakter aufrecht zu erhalten, den sie ihrer Reise zu geben bemüht sind. Auch sind wir nach wie vor der Meinung, daß die Reise politisch und praktisch ein Fehler ist. Politisch, weil sie auch beim besten Willen der drei Generäle den Gegensatz der öffentlichen Meinung Europas gegen die Engländer verschärft, und das dürfen sie heute nicht wünschen: praktisch, weil eine Agitation in England aller Wahrscheinlichkeit nach weit reichere Resultate geliefert und einen Druck auf die Regierung ausgeübt hätte, mit dem diese zu rechnen genötigt gewesen

wäre. Die Münchener „Allgem. Ztg." schätzt den Gesamtertrag, den die Sammlungen auf dem Kontinent ergeben werden, auf etwa 4 Millionen Mark. Das ist sehr wenig im Vergleich zu den 60 Millionen Pfund (das ist gegen $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark), auf welche die Buren ihre Verluste schätzen. Es ist Pflicht und Interesse Englands, so weit als möglich zu helfen, und wir fürchten, daß die Kollekten auf dem Kontinent das Bewußtsein dieser Verpflichtung geschwächt, nicht gestärkt haben werden.

23. Oktober. Der dänische Reichstag lehnt den Verkauf der westindisch-dänischen Inseln an die Vereinigten Staaten ab.
24. Oktober. Der Mörder Stambulows, Halju, wird in Sofia zum Tode verurteilt.
25. Oktober. Festzug Eduard VII. durch London.
27.—30. Oktober. Kronprinz Friedrich von Dänemark in Berlin.

29. Oktober 1902.

Wir finden in russischen Blättern einen Artikel der Lemberger „Gazeta Narodowa" (Volkszeitung) wiedergegeben, der offenbar das Ziel verfolgt, die öffentliche Meinung Rußlands für die Polen und gegen Deutschland aufzuregen. Es sind die angeblichen Bekenntnisse, die ein deutscher „Hakatist", der hochstehender preußischer Beamter ist, einem polnischen Studienkameraden gemacht haben soll, und die jener der „Gazeta Narodowa" zum Abdruck zuschickt. „Auf die Frage des Polen, weshalb Preußen so grausam die Polen verfolge und sie dadurch dem Panslavismus in die Arme treibe, antwortete der Deutsche: „Vor allem wiederhole ich Dir, was Euch oft genug in Rußland gesagt worden ist, d. h. daß Ihr unverbesserliche Träumer seid. Polen war, ist und wird die Negation Preußens sein, denn unsere preußischen Stammprovinzen stehen auf Euerem Boden. (!) Wir Deutsche müssen uns auch ferner auf Euere Kosten ausbreiten, denn unsere jetzigen Grenzen werden uns zu eng. Es hat ja allerdings in unserer Geschichte liberale Augenblicke gegeben, da wir uns mit Euch verständigen und Euch zur Vernichtung des Panslavismus benutzen wollten. Das alles aber ist unwiderruflich gewesen; wir haben uns überzeugt, daß man im Ernst auf Euch nicht rechnen kann. Wir fürchten niemanden und nichts: Rußland und der Panslavismus sind uns nicht furchtbar, denn wir haben Rußland durch tausend Banden gefesselt, und so lange es

bleibt, was es ist, steht es uns ohnmächtig gegenüber. Unsere Hand hält alle Pulse Rußlands und wir beobachten sorgfältig all' seine Arterien. Frankreich kann mit uns nicht konkurrieren, denn es kann niemals so viele seiner Leute in Rußland haben, wie wir, und dann, das heutige Frankreich — es will nur die Früchte früherer Mühen genießen und weiter nichts. In unseren Händen liegt die russische Industrie und liegen die russischen Finanzen: unsere Leute sind überall, von Petersburg bis Wladiwostock; mitunter versuchen ja die höheren Sphären sich von uns zu emanzipieren, aber dafür bleibt das untere Räderwerk der Staatsverwaltung unserer Leitung überlassen. Auch verschmähen wir keinen Bundesgenossen innerhalb Rußlands und Frankreichs, von Österreich, das uns gehört, nicht zu reden! Und dann haben wir Bundesgenossen. Ihr kennt die Stärke der Judenschaft, die stets mit den Machthabern geht. Euer Jude oder der russische, mag noch so gut polnisch oder russisch reden, er bleibt doch ein Halb-Deutscher. Sein Jargon und seine Sympathien verbinden ihn uns. An Euren Grenzen sitzen gegen 4 Millionen Juden, nicht verstreut, sondern in den Städten konzentriert. Außerdem haben wir schon längst die 15 Millionen Russinen (i. e. Ruthenen) in Rußland ins Auge gefaßt. Mit den Juden gibt das eine Masse von 20 Millionen Köpfen in Westrußland. Wenn wir also Rußland gegen Rußland in Bewegung setzen wollen, fehlen uns dazu die Kadres nicht. Kleinrußland wird mit uns wegen der Grenzen keinen Streit anfangen. Es wird dankbar für das sein, was wir ihm geben. Nach dem bevorstehenden Konflikt werden wir Warschau, Wilna und die baltischen Küsten nehmen; den Rest bis zum Schwarzen Meere erhält Kleinrußland. Die Kleinrussen sind ein besserer Bundesgenosse als Ihr gegen den Panslavismus. Was aber den Konflikt betrifft, so können wir warten. Früher oder später kommt es zum Zerfall Rußlands von innen heraus, und dann werden wir über sein Schicksal entscheiden, wie der Große Kurfürst über Euer Schicksal entschieden hat. Bis dahin wird aber Rußland nicht wagen, uns anzufallen, denn es kennt seine Schwäche. Wir mühen uns inzwischen, Österreich und den türkischen Orient einzunehmen. Rußland wird mittlerweile Eroberungen in Asien machen; da ist ja auch das Feld seiner Zukunft. Das aber ist unsere Realpolitik", so schloß der Deutsche!"

Unsere Wiedergabe dieses unsinnigen Geschwätzes ist den „Pet. Wjedomosti“ des Fürsten Uchtomski entnommen, der sich zwar eines Kommentars enthält, aber offenbar meint, daß seine Leser solche Nahrung vertragen. Auch hätten wir den Artikel nicht an dieser Stelle hervorgehoben, wenn die Tendenz der Mache nicht von politischem Interesse wäre. Man hat nämlich in letzter Zeit in Rußland begonnen, den Klagen der galizischen Ruthenen (die mit den obengenannten Russinen identisch sind) eine den Polen in Lemberg und Krakau sehr bequeme Aufmerksamkeit zuzuwenden. Indem man nun durch jenen fingierten Hakatisten die Ruthenen als heimliche Bundesgenossen der Deutschen darstellt, ihnen die westrussische Judenschaft an die Seite rückt, und vor den Augen des entsetzten russischen Patrioten den Zerfall Rußlands, den Verlust aller Westprovinzen, der Küsten des Baltischen und des Schwarzen Meeres als Schreckbild einer vielleicht nahen Zukunft entrollt, hofft man dadurch jene lästigen Sympathien für die Ruthenen recht gründlich zu beseitigen. Daß wir dann noch ganz beiläufig Österreich und die Türkei annektieren, ist zur Gipfelung des politischen Nonsens kennzeichnend, zeigt aber zugleich, wie die polnische politische Phantasie unfähig ist, innerhalb der Grenzen des Denkbaren zu bleiben. Es lohnt kein weiteres Wort darüber zu verlieren. Aber es ist vielleicht nützlich zur Ernüchterung der Urheber jener Hetzereien an die rücksichtslose Schärfe zu erinnern, mit der alle politischen Aspirationen der Polen auf russischem Boden zurückgewiesen werden. Man wäre in Warschau sehr zufrieden, wenn die preußische Praxis auf russisch-polnischen Boden übertragen würde, und den polnischen Zeitungen würde dort die preußische Freiheit wie eine Befreiung von schwerer Last erscheinen. Aber da man ihnen die eine Freiheit gelassen hat, auf uns zu schmähen, machen sie wenigstens davon Gebrauch und verstärken so den Chorus, der in Galizien angestimmt wird. Wir haben unseren Standpunkt in der Polenfrage mehr als einmal formuliert. Von einer gewalttätigen Germanisierung der Polen wollen wir nichts wissen, aber wir wollen auch nicht die mit Geschick und Hinterhaltigkeit verfolgten Polonisierungsbestrebungen dulden, in denen die polnische Gesellschaft und der polnische Klerus wetteifernd tätig sind. Erreichen wollen wir dreierlei: wir wollen eine weitere Polonisierung deutscher Bauern und Kleinbürger unmöglich machen,

wir wollen von den Polen die loyale Betätigung einer preußischen Staatsgesinnung erlangen, und wollen drittens dafür Sorge tragen, daß das Hineinziehen der von Polen bewohnten Provinzen Preußens in die Zukunftspläne der polnischen Unabhängkeitspartei sich als ein politisches Absurdum jedem darstellt, der sich einen Rest nüchternen Denkens gewahrt hat. Was aber die nationalen Bestrebungen der galizischen Ruthenen betrifft, so ist es unsere Aufgabe nicht, sie zu fördern oder zu behindern. Das sind rein österreichische Angelegenheiten und noch steht, Gott sei Dank, als einer der ersten Leitsätze deutscher Politik fest, daß wir unter keinen Umständen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen. Und in dieser Hinsicht haben wir ein gutes Recht, Reziprozität zu verlangen.

Die Unruhen in Makedonien scheinen nun glücklich ihrem Ende entgegenzugehen, und es läßt sich nicht verkennen, daß gerade die russische Regierung sich nach dieser Richtung hin große Verdienste dadurch erworben hat, daß sie ein energisches Einschreiten der türkischen Regierung gegen die aus Bulgarien herüberdringenden Banden nicht nur nicht behindert, sondern durch wiederholte Mahnungen gefördert, man könnte beinah sagen, veranlaßt hat. Die aufregenden Reden des alten Grafen Ignatiew sind in dieser Hinsicht absolut wirkungslos verhallt, und jetzt beginnt auch, offenbar auf einen Wink von Livadia her, die russische Presse abzuwiegeln. Während man bisher aus ihren Darstellungen den Eindruck gewann, daß ganz Makedonien in Flammen steht, erfahren wir jetzt, daß die Aufstände in den Vilajeten Bitolja und Kossowo bloß in der Einbildung bestanden hätten, nur etwa $\frac{1}{10}$ Makedoniens, das Vilajet Solun sei der Schauplatz der Tätigkeit jener Banden des makedonischen Komitees gewesen, und heute könne an einer baldigen Herstellung der Ordnung nicht mehr gezweifelt werden. Die über den ausschließlich bulgarischen Charakter der Schipkatage erbitterten Serben sucht man mit freundlichen Worten zu trösten und zu beruhigen, und auch dem eben erfolgten Ministerwechsel in Belgrad die günstigste Deutung zu geben. Von der am Willen der Zarin gescheiterten Reise König Alexanders und seiner Gemahlin nach Livadia wird überhaupt nicht geredet und vielleicht wäre es klüger gewesen, wenn man in Serbien desgleichen getan hätte. Aber die Enttäuschung muß wohl zu groß gewesen sein, und so ist mehr ge-

schrieben und gesprochen worden, als eine ruhige Überlegung gutheißen konnte.

Es scheint übrigens, daß Kaiser Nikolaus II. in Livadia mit wichtigen Staatsangelegenheiten beschäftigt ist. Fast sämtliche Minister haben sich um ihn versammelt und auch der Finanzminister Witte, der bereits auf der Rückreise von seiner Expedition in die Mandschurei begriffen ist, wird sich dort einfinden. Er hat bei seiner, mit überraschender Schnelligkeit vollzogenen Reise gewiß einen Einblick in die wirkliche Lage der ostasiatischen Verhältnisse gewonnen, denn niemand wird ihm abstreiten können, daß er einen scharfen Blick für Realitäten hat. Nach Berichten, welche auf die „Times" zurückgehen, müßte man schließen, daß er mit dem Eindruck zufrieden sein wird, den ihm die Mandschurei bot. Der Korrespondent des Cityblattes entwirft wenigstens ein wahrhaft glänzendes Bild von den Erfolgen der Russen, und hält ihre Stellung für unerschütterlich fest. Auch die Zurückziehung der russischen Truppen auf die mandschurische Bahn sei als eine Stärkung der russischen Position zu betrachten. Sie sei militärisch geschlossener als bisher. Es klingt fast ein Ton des Neides aus diesem Lob heraus, und allerdings hat England eben jetzt mit einem wenig willfährigen China zu rechnen. Sir Ernest Satow hat sich genötigt gesehen, eine Einladung an den Kaiserlichen Hof in Peking abzulehnen, weil er noch immer nicht genügende Satisfaktion für die Ermordung zweier chinesischer Missionare erlangen konnte, die im August in Honan dem Fanatismus des chinesischen Pöbels zum Opfer fielen. Es scheint, daß man, um die Engländer zu befriedigen, zu dem altbekannten Mittel gegriffen hat, unbedeutende Figuranten zu strafen, die Hauptschuldigen aber unbehelligt zu lassen. Nun hat England infolge dessen 4 seiner Kanonenboote den Jantse hinaufdampfen lassen, sie liegen bereits vor Hankau, und das Weitere bleibt abzuwarten. In Rußland aber scheint man zu fürchten, daß England die Gelegenheit benutzen werde, um an diesem wichtigen Mittelpunkte chinesischen Handels festen Fuß zu fassen, und die russischen Händler, die erst kürzlich dort Beziehungen angeknüpft haben, aus ihrer Position drängen könnten. Namentlich der Export der sogenannten Ziegeltees ruht ganz in russischen Händen und es ist sehr begreiflich, daß man sich diese Vorteile nicht will entziehen lassen.

Es liegt zwischen England und Rußland nebenher ein Differenzpunkt vor, dessen Tragweite wir noch nicht recht ermessen können. Die russische Regierung hat sich nämlich an die englische mit dem Antrage gewandt, daß, entgegen bestehenden Abmachungen, über die zwischen Rußland und Afghanistan schwebende Grenzregulierungsfrage, nicht durch Vermittlung des foreign office, sondern direkt zwischen der Regierung des Emir und der russischen verhandelt werden solle. Auf eine im englischen Parlament gestellte Anfrage hat Lord Cranborne mitgeteilt, daß die englische Regierung keinerlei Modifikation der bestehenden Abmachungen vornehmen wolle, auch nicht geneigt sei, dem Emir von den russischen Absichten Nachricht zu geben, ehe sie genaueres über diese Absichten wisse. Das alles findet recht unliebenswürdige Kommentare in der russischen Presse; sie weist darauf hin, daß nach Erledigung der Schwierigkeiten in Transvaal England zu seiner alten aggressiven Politik zurückkehre. Aber dieser Schluß ist entschieden voreilig: England hat ohnehin alle Hände voll zu tun. Hat auch der Krieg in Transvaal aufgehört, so machen sich doch die Nachwirkungen des Krieges außerordentlich schwer geltend. Schon daß man genötigt ist, gegen 70000 Mann stehender Truppen in Süd-Afrika zu unterhalten, kennzeichnet die Schwierigkeit der Lage. Das Schlimmste aber ist, die Zerfahrenheit des Parteilebens und die in der Tat entsetzliche wirtschaftliche Not. Englische Berichte, die jetzt sehr zahlreich aus Süd-Afrika einlaufen, malen schwarz in schwarz; sie sprechen von geradezu chaotischen Zuständen, und ein gut Stück Wahrheit mag daran sein, da sich Chamberlain zu dem ganz ungewöhnlichen Schritt entschlossen hat, selbst nach Süd-Afrika zu reisen, um sich durch eigene Anschauung ein Urteil zu bilden.

Das im ganzen kärgliche Resultat, das die Sammlungen des Kontinents für die Buren ergeben haben, wird in England mit einer Art Genugtuung spöttisch kommentiert. Ein gleicher Versuch in England selbst hätte den zehnfachen Ertrag ergeben müssen. Das aber hätten die drei Generäle nun einmal verspielt. Wir glauben jedoch nicht, daß es dabei bleiben wird; es liegt im eigensten Interesse Englands, möglichst rasch den Übergang zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen zu vermitteln, und dieses Ziel ist nicht zu erreichen, ehe die Landwirtschaft der Buren wieder auf sicherer

Grundlage ruht. Mit gewisser Sorge verfolgt man jedoch die stetig steigende Auswanderung der Buren nach Madagaskar. Französische Berichte wollen wissen, daß gegen 10000 Köpfe sich dort schließlich zusammenfinden würden; und da wohl nur die unversöhnlichen Elemente hinüberziehen, gibt das für immerhin denkbare Eventualitäten eine dem englischen Interesse höchst unbequeme Nachbarschaft. Vom englischen Standpunkte aus konnte ein Hinüberziehen unzufriedener Buren nach Deutsch-Südwest-Afrika erwünschter scheinen, weil die Haltung der deutschen Politik eine festere Gewähr für die Zukunft bietet. Aber charakteristischerweise hat es nur sehr wenige Buren in unsere Kolonie gezogen. Es stellt sich eben je länger je mehr heraus, daß die Begeisterung, welche unsere öffentliche Meinung den Buren entgegentrug, keineswegs durch entsprechende Sympathien ihrerseits beantwortet worden ist. Wir denken nicht ohne Beschämung der Mahnungen einer Broschüre, die gerade in den Tagen erschien, als die Burengenerale unter uns weilten; sie wies darauf hin, daß für die deutschen Burenkämpfer, die verwundet und an Gesundheit geschädigt zurückgekehrt seien, und für die Witwen und Waisen der im Kampf für Transvaal gefallenen Deutschen nichts, absolut garnichts, geschehen sei. Sollte es nicht Aufgabe des Burenhülfsfonds sein, was er an Mitteln beisammen hat oder noch aufzubringen gedenkt, ihnen zuzuwenden?

Ein überaus merkwürdiges Symptom latenter *russisch-französischer Gegensätze* ist uns kürzlich in einer, offenbar aus geistlicher Feder stammenden Konstantinopeler Korrespondenz der „Now. Wrj." entgegengetreten; der Korrespondent erinnert an das Wort Gambettas, daß die klerikalen Institutionen seines Vaterlandes gut und nützlich seien, aber nur zum Export über die Grenze. Das werde jetzt praktisch betätigt, und die französische Regierung begünstige in jeder Weise die Auswanderung der aus der Heimat verdrängten Mönchs- und Nonnen-Orden in den Orient, wo sie naturgemäß Konkurrenten der griechisch-orthodoxen Kirche würden. Schon seien einige Dampfer voll solcher Auswanderer in Konstantinopel eingetroffen; andere hätten in Griechenland, auf den Inseln und in Rumänien Fuß gefaßt; so heißt es in einer Korrespondenz aus Bukarest, daß französische Mönchsorden in Rumänien eingetroffen seien und Kapitalien von 115—120 Mill. Frcs. mitgebracht hätten. Sie haben

bei der Regierung bereits Gesuche um Anlage von Schulen in Bukarest, Jassy und anderen Orten eingereicht, und ihre Vertreter seien kürzlich vom Ministerpräsidenten in besonderer Audienz empfangen worden. „Das rumänische Volk", schließt die Korrespondenz, „ist damit höchlichst unzufrieden, da es ohnehin bemerkt, daß der Katholizismus seit einiger Zeit im Lande bedenklich zunimmt, und die Interessen der von den Vätern ererbten orthodoxen Kirche ernstlich bedroht." Der ökumenische Patriarch habe darauf ein Sendschreiben an sämtliche höheren Geistlichen des Orients gerichtet, um sie vor den katholischen Schulen zu warnen, und in Konstantinopel sei das Sendschreiben in allen Kirchen verlesen worden. So sei die Gefahr zwar anerkannt, aber es frage sich, wie man sie bekämpfen solle. Der Verfasser der Korrespondenz warnt namentlich vor dem Besuch der französischen Schulen und empfiehlt die Gründung von Schulen, in welchen zwar in französischer Sprache unterrichtet wird, der Unterricht aber in Händen rechtgläubiger Christen ruhe. Es wäre nützlich, wenn Rußland durch Geldmittel Hülfe brächte. Noch besser aber, wenn gebildete junge Männer und junge Frauen, die nicht durch Staatsdienst gebunden seien, so viel Patriotismus bewiesen, um freiwillig in kritischer Stunde sich als Lehrer dem Unterricht an rechtgläubigen Schulen widmen zu wollen.

Man kann sich unter diesen Umständen vorstellen, wie viel schärfer diese Gegensätze werden müssen, sobald sie auf den klassischen Boden konfessioneller Unduldsamkeit, auf Palästina und die heiligen Stätten hinübergreifen.

Mit großer Anerkennung haben wir einen Artikel des „Temps" gelesen, der den Schiedsspruch König Oskars von Schweden in der Samoa-Angelegenheit zum Gegenstande hat. Das historische Referat des „Temps" läßt das gute Recht Deutschlands und das Unrecht Englands und der Vereinigten Staaten ohne jeden Vorbehalt deutlich hervortreten; auch die Gefahr des damaligen Augenblicks für Deutschland kommt zu voller Kenntnis. Es sind bekanntlich die ruhigen Nerven unserer Diplomatie gewesen, die eine Lösung in Ehren für Deutschland möglich machten, und es freut uns, daß der Schiedsspruch des Schwedenkönigs noch nachträglich unsere Haltung rechtfertigt. Umsomehr sind die amerikanischen Blätter übler Laune und auch das weiß der „Temps" sehr treffend zu erklären. „Die

Amerikaner," sagt er, „intervenieren eben jetzt, und werden in Zukunft in „Zentral- und Südamerika intervenieren: sie wollen aber nicht Entschädigungsansprüchen ausgesetzt sein, und es ist verständlich, daß, wenn der König von Schweden einen für ihren Beutel gefährlichen Präcedenzfall geschaffen hat, sie sehr laut zu schreien beginnen. Aber noch ist nicht festgestellt, ob eine prinzipielle Entscheidung oder einen Vorschlag vorliegt; auch fragt sich, ob die Vereinigten Staaten nicht klüger täten den Spruch anzunehmen, als ihn zu verwerfen. Wenn man beau joueur ist, nimmt man Spielregeln und Folgen des Spieles an. Interventionspolitik und Eroberungen sind ein edles und ruhmvolles Spiel für die Nationen. Da die Vereinigten Staaten daran Geschmack gefunden haben, sollten sie wenigstens ihr Spiel bezahlen und zwar zu guten Preisen; vielleicht verlieren sie dabei weniger als sie glauben; denn nichts schützt mehr vor törichten Versuchungen und nichts entmutigt die Konkurrenz mehr, als wenn ein Sport recht teuer ist."

Einen großen Erfolg hat Präsident Roosevelt dadurch erreicht, daß er den pensylvanischen Kohlenstreik durch eine gütliche Verständigung aus der Welt geschafft hat. Er hat dabei nach beiden Richtungen hin viel Energie entwickelt, und sowohl den Arbeitern wie den Trusts gegenüber den Staatsgedanken zur Geltung gebracht. Sogar das „Megatherion der Spekulation", wie der „Figaro" Pierpoint Morgan nennt, hat von ihm sehr nachdrückliche Wahrheiten zu hören bekommen. Die Demokraten, welche aus dem Streik Kapital für die nächste Präsidentenwahl zu schlagen hofften, sind einigermaßen kleinlaut geworden. Das Ansehen des Präsidenten ist wesentlich gesteigert und seine Wiederwahl wird immer wahrscheinlicher.

Nur mit Betrübnis läßt sich von Dingen Akt nehmen, die sich am 22. im Abgeordnetenhause des österreichischen Reichsrats abgespielt haben. Nachdem die Tschechen gegen die Regel des Hauses tschechisch zu reden begonnen hatten, rief ihnen der Abgeordnete Berger zu: „es gibt hier keine innere tschechische Parlamentssprache; das sind keine Parlamentarier, das sind Lausbuben." Da sich die Tschechen den Lausbuben nicht wollten gefallen lassen, kam es zu einer unbeschreiblichen Szene, bis endlich der hilflose Präsident die Sitzung aufhob. Solche Dinge aber können sich alle Tage

wiederholen, und werden noch übertrumpft durch den Parlamentarismus der Brünner Handelskammer, in welcher 10 Tschechen 18 Deutschen gegenüberstehen und die Majorität seit geraumer Zeit durch das Werfen von Stinkbomben zur Flucht nötigen. Es ist dasselbe Mittel, durch welches während der Studentenunruhen in Rußland gelegentlich die Vorlesungen eine Unterbrechung fanden.

30. Oktober. Türkische Gesandtschaft in Livadia.
3. November. Beschießung von Midia (Yemen) durch den italienischen Kommandanten Arnone.
4. November. Nachtragsetat von acht Millionen Lstr. für Transvaal und Oranjekolonie.

5. November 1902.

Uns ist ein merkwürdiges Zeugnis kranker Regungen in der deutschen Volksseele durch die Post zugegangen: der altbraunschweigische Volkskalender für das Jahr 1903. Man möchte ihm am besten als Motto einen Satz vorstellen, der in der Rubrik „aus alten Büchern" offenbar in entgegengesetzter Tendenz prangt: „Es ist ein Fluch, der mit sehenden Augen blind sein und mit offenen Ohren nicht verstehen läßt." In der Tat, wer den Inhalt dieses Kalenders durchgeht, stößt auf eine politische Verblendung, deren Ausdruck man für eine Satire halten würde, wenn nicht alles so erstaunlich und verdrießlich ernst gemeint wäre. Oder ist es nicht Verblendung, wenn in einem braunschweigischen Kalender unter den wichtigen Gedenktagen der 27. Juni 1866, der „Sieg der Hannoveraner über die Preußen", der Erinnerung des Volkes empfohlen wird, während doch wohl auch in Braunschweig jedes Kind wissen müßte, daß 1866 die braunschweigischen Fahnen an der Seite der preußischen zu Kampf und Sieg ausgezogen sind! Aber noch kürzlich konnte in Braunschweig ein Theaterstück, „Die Schlacht bei Langensalza", aufgeführt und darin die Niederlage der Preußen bejubelt werden, als sei auf den 27. Juni kein 29. Juni gefolgt, und als sei die Waffenbrüderschaft der Jahre 1870/71 nichts anderes als ein leerer Traum gewesen.

Doch wir kehren zum altbraunschweigischen Kalender zurück. Er führt an der Spitze ein Verzeichnis der von der Zentrale der „braunschweigischen Landes-Rechts-Partei" organisierten Zweigvereine, der sogenannten „vaterländischen (bez. welfischen) Vereinigungen". Es sind nicht weniger als 37, zu denen dann die Zentrale der „braunschweigisch-welfischen Partei" mit ihren 10 Filialen kommt. Hieran schließt sich, um dem Unternehmen seinen besonderen Stempel zu geben, eine Ansprache „An unsere Leser", die in den Kampfesruf ausmündet: „Braunschweig den Braunschweigern und sein Thron seinem Welfenhause". Danach ein Gedicht, dessen Verfasser es vorgezogen hat, sich nicht zu nennen. Es heißt des Kaisers letzte Nacht, am 9. März 1888, und wird durch die folgende Randglosse eingeführt: „Dieses bisher nicht veröffentlichte Gedicht ist anläßlich des Todes Kaiser Wilhelms I. entstanden. Bekanntlich ist damals über die letzten Lebensstunden des alten Kaisers ohne Widerspruch die Erzählung verbreitet gewesen, daß demselben in seinen fieberischen Todesphantasien der anklagende Schatten seines von ihm vertriebenen blinden Vetters, des Königs Georg V. von Hannover, erschienen sei. Unser Gedicht hat sich diesen, eine Art tragischer Vergeltung enthaltenden, erschütternden Moment zum Gegenstande gewählt." Die beiden Schlußstrophen aber lauten:

„Weh mir, was taucht dort auf und straft mich Lügen?
Ein Königsschatten! bleich und lind,
Klagt er mich an — mit meiner Mutter Zügen,
Und ach! sein Augenpaar ist blind."

„Hinweg! Es fleht der Kranke, leis und leiser,
Und bricht zusammen mit dem letzten Wahn.
Zu Ende ging es mit dem großen Kaiser — — —
Sei gnädig, Gott, dem armen alten Mann!"

Darunter stehen die Initialen J. T., auf deren Deutung wir verzichten wollen: aber wir hoffen, daß man selbst in welfischen Kreisen dem Mann die Hand verweigern wird, der die Stirn gehabt hat, die friedliche, bis zum letzten Atemzuge von Pflichtgedanken beherrschte Todesstunde unseres ehrwürdigen ersten Kaisers durch seine Phantastereien nachträglich zu beflecken, als habe er zu Gericht zu sitzen über einen Richard III.

Übrigens spricht eine nicht unähnliche Gesinnung aus dem sich hier anschließenden Leitartikel über „Die vaterländische Bewegung

im letzten Jahre“: wir empfehlen ihn der Aufmerksamkeit aller derjenigen, die berufen sind, diese welfische Agitation im Braunschweigischen im Auge zu behalten. Er gibt Bericht über die Entstehung der Rechtspartei im Jahre 1895, die Tätigkeit ihres Organs, der „Altbraunschweigischen Volkszeitung“, über ihre Agitation und ihre Kongresse, sowie über ihren Kampf mit der braunschweigischen Regierung. Vor allem aber lernen wir den Geist kennen, der unter diesen Schatten einer ein- für allemal abgeschlossenen Vergangenheit umgeht. Die Welfenschauspiele des ersten Vorsitzenden der Rechtspartei, Elster (jetzt Archivar des Prinzen Wilhelm von Schaumburg-Lippe auf Schloß Nachod), werden als wirksames Agitationsmittel gerühmt, und als Ziel der vielseitigen Tätigkeit der Privaten wie der Vereine erscheint die Aufgabe, die Reichstagswahlen in Braunschweig so zu wenden, daß man „ein kräftiges Wörtlein“ des braunschweigischen Volkes in Berlin zu hören bekomme und das Land endlich seinen angestammten Herzog zurückerhalte. Von einer „Untertanentreue“ dem Kaiser gegenüber aber erklärt jener Artikel ausdrücklich nichts wissen zu wollen, und ebenso ausdrücklich führt der Kalender in einem Aufsatz zu der bevorstehenden Silberhochzeit „unseres Herzogpaares“ aus, daß seit dem Tode Herzog Wilhelms das hannoversche Fürstenhaus auch das braunschweigische geworden sei: „ihm und nur ihm gelten die Gefühle treuer Anhänglichkeit an den Stamm Heinrichs des Löwen, die jeden Braunschweiger beseelen müssen“. Es würde zu weit führen, den ganzen Inhalt des Kalenders zu analysieren: von seinen ausgewählten Denksprüchen, über die Originalnovellen, in denen sogar die bekannte „affenartige Geschwindigkeit“ der Preußen wieder auftaucht, bis zu den Silbenrätseln, deren Lösung ergibt: „Herzog von Cumberlands Einzug in Braunschweig“, ist es ein Geist des Hasses und der Aufreizung gegen Preußen. Den würdigen Abschluß des ganzen bildet eine Phantasie: Eine Frühlingsnacht 1866, Gespräch zwischen einem Großen dieser Welt und seinem Gewissen. Der Große dieser Welt ist Bismarck, den sein Gewissen mahnt, des Vaterlandes Frieden nicht zu stören und nicht eine grausige Verantwortung auf die Schultern des alten Mannes zu laden, den er am Gängelbande führe. Die Stimmen der Nacht, ein plötzlich aufziehendes Gewitter, die Mutter Erde selbst, die vergeblich auf ihn einreden, vermögen

den Verstockten nicht umzustimmen: „Verstumme! Ich fühle mich nicht als Staubgeborener. Ich nehme mein Geschick in meine Hand und bin mir selbst genug. Hinweg!"

„Er blieb fortan allein. Finsternis umfing ihn — und die deutsche Erde mußte Bruderblut trinken."

Man müßte in der Tat blind sein, um zu verkennen, daß hier eine nicht ungefährliche Saat ausgestreut wird. Es handelt sich um eine Agitation, die künstlich nach Braunschweig hinübergepflanzt ist, deren eigentlicher Herd aber in Hannover liegt, im kleinen Kreise jener Unversöhnlichen, an welchen die Weltgeschichte vorübergezogen ist, ohne eine andere Spur zu hinterlassen, als die Legende von Langensalza und die Hoffnung, daß die Welt einmal aus ihren Angeln gehoben werden könnte, damit der Welfenthron wieder erstehe. Preußen werde vergehen, wie das Griechenland Alexanders des Großen und das Schweden Gustav Adolfs und Karls XII. Mit Riesenkräften hätten jene ihren Staat beseelt, aber nach ihnen seien noch stärkere über sie gekommen. Ihre Nachfolger hatten Mühe, jene weiten Fußstapfen auszufüllen, um mit gewöhnlichem Menschentritt auf ebenem Boden wieder sicher gehen zu können.

Die Worte stammen vom „alten Moser", dessen Verehrung für Friedrich den Großen, dem er bekanntlich seine Befreiung aus dem Hohentwiel dankte, ihm damals (1767) gleichwertige Nachfolger des Königs als unwahrscheinlich erscheinen ließ. Schwerlich würde er heute an Preußen exemplifiziert haben, das blieb den Gelehrten des altbraunschweiger Kalenders vorbehalten, denen die Kunst, Gift aus jeder Blume zu holen, in ihrem blinden Haß zur zweiten Natur geworden zu sein scheint. Aber wir möchten, so sehr es uns notwendig erscheint, auf diese Dissonanzen aufmerksam zu machen, doch auch die Bedeutung der welfischen Agitation in Braunschweig nicht überschätzen. Für sich allein bedeutet sie nichts. Gefährlich kann sie nur in der Kombination mit anderen Elementen werden, die, so verschieden sie sonst in ihrem Wesen, ihrer Weltanschauung und in ihren Zielen von diesem hyperkonservativen Welfentum sein mögen, darin mit ihm zusammentreffen, daß sie alles fördern, was das Reich schwächt, und alles zu verhindern bemüht sind, was es stärken könnte. Es darf uns keineswegs gleichgültig sein, wenn die prinzipielle Opposition einige Stimmen im Reichstage

gewinnt. In Lebensfragen der Nation können, bei der Verworrenheit unserer Parteiverhältnisse, leicht wenige Stimmen entscheiden, und bei den künftigen Reichstagswahlen wird es daher in Braunschweig wie in Hannover heißen müssen, nieder mit den Welfen.

Wenn wir die Behandlung dieser Angelegenheit in unsere Wochenschau über die auswärtige Politik ziehen, wie schon vor ziemlich genau einem Jahre in Anlaß des braunschweiger Welfenkongresses vom 25. und 26. September 1901 geschah, finden wir das Recht dazu darin, daß jene Agitation ihre Stützpunkte nicht im Reiche, sondern außerhalb desselben sucht. Geht das Treiben in gleichem Stil fort, so kann eine Welfenlegion das Resultat bei immer denkbaren Verwicklungen der Zukunft sein. Und vor dieser Schande wollen wir das tüchtige und treue braunschweigische Volk, trotz aller kasuistischen Verführung, gesichert wissen.

Mit außerordentlichem Interesse haben wir das Oktoberheft der New-Yorker Monatsschrift „The American Monthly Review of Reviews" gelesen, die von Albert Shaw herausgegeben wird. Das Heft wird von einer politischen Übersicht eröffnet, welche die Überschrift „Der Fortschritt der Welt" trägt und höchst bezeichnenderweise fast ausschließlich von Amerika handelt. Den Ausgangspunkt gibt der Rücktritt des „Sprechers" des Kongresses, Mr. Henderson, der nicht mehr mitmachen will, weil unter den Republikanern viele der Meinung sind, daß man die Trusts durch ein Übergehen zum Freihandelsystem werde niederkämpfen können. Henderson dagegen will die Trusts unter Kontrolle der Föderation stellen und hält es keineswegs für notwendig, Amerika der Konkurrenz anderer Staaten zu erschließen. Den Kubanern will er dagegen Reziprozität gewähren. Auch die „American Monthly" meint, das Verhältnis zwischen Amerika und Kuba liege bereits so, daß man zwischen der Alternative Reziprozität oder Annexion wählen müßte. Die letztere werde nur dem Zuckertrust zugute kommen, und deshalb empfehle es sich, mit Kuba einen möglichst liberalen Reziprozitätsvertrag zu schließen, der erst eine handelspolitische Union und in weiterer Zukunft einmal wohl auch die Annexion bringen könne. Mr. Shaw gibt dabei zu verstehen, daß diese kubanische Frage dem Präsidenten Roosevelt sehr am Herzen liege, da sie eine praktischere staatsmännische Aufgabe

stelle als die Regelung der Trusts und die Revision des Tarifs. Überhaupt empfehle es sich, das Reziprozitätssystem in Betreff der nächsten Nachbarn der Vereinigten Staaten in Anwendung zu bringen. Kuba gegenüber erfülle man damit eine moralische Verpflichtung, aber auch New-Foundland gegenüber müsse man es durchzuführen suchen. In den Tagen des Staatssekretärs Blaine sei man dem Ziel ganz nahe gewesen, als ein Veto der britischen Regierung dazwischen trat und zwar infolge eines Drucks, der von Kanada ausging. Jetzt solle England anderen Sinnes geworden sein, Sir Robert Bond solle die Versicherung aus London heimgebracht haben, daß England sich einem Handelsvertrage New-Foundlands mit den Vereinigten Staaten nicht widersetzen werde. Es gelte daher, den günstigen Augenblick zu nutzen, zumal in Kanada der lebhafte Wunsch bestehe, die Insel in ihre Föderation hineinzuziehen. Komme es statt dessen zu einem Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten, so werde man zwar zunächst in Kanada sehr mißvergnügt sein, aber doch nur so lange, bis man selbst in ein entsprechendes Verhältnis zu ihnen getreten sei. Die außerordentliche Geschicklichkeit der Handelspolitik des Dominion of Kanada lasse sich nur bewundern, und es sei sehr wohl denkbar, daß, wenn Kanada längs seiner Südgrenze einen Prohibitivzoll errichte, es dennoch seine Hülfsquellen und seine Bevölkerung in günstiger Weise entwickle, während die Vereinigten Staaten immer noch Raum genug in den Wüsten des Westens, Mexiko, Alaska, Westindien, den Philippinen und wo immer sonst finden könnten. Aber eine so willkürliche Scheidung wäre doch nur eine Verschwendung von Energie für beide Teile. „Wir haben von einer starken Einwanderung in Kanada Nutzen gezogen, nunmehr ist die Zeit für eine entgegengesetzte Bewegung gekommen. Die Vereinigten Staaten sollten sowohl die Produkte Kanadas, wie seine Bevölkerung herbeiladen, das Dominion dagegen dem amerikanischen Kapital und der amerikanischen Arbeit alle Gastfreundschaft gewähren, damit die ungeheuren Naturschätze des Landes erschlossen werden. Gewiß ist es staatsklug von Kanada, sich einen Markt in England und auf dem europäischen Kontinent zu suchen und Schiffsverbindungen nach England und Frankreich zu fördern." Am höchsten aber werde Kanada erblühen unter einem groß gedachten Reziprozitätssystem mit den Vereinigten Staaten. Sir Wilfrid Laurier und

Präsident Roosevelt seien die Männer, diesen großen Gedanken in die Wirklichkeit einzuführen.

Es schließen sich hieran Betrachtungen über den Präsidenten, die wir übergehen. Sie sind außerordentlich anerkennend gehalten und zeigen deutlich, wie mächtig und zugleich wie populär der Präsident ist. Was uns mehr interessiert sind die Betrachtungen über die Monroe-Doktrin. Sie wird, so führt Mr. Albert Shaw aus, am besten gerechtfertigt, wenn wir uns geschickt zeigen und sie zu behaupten verstehen, und weiter, wenn wir sie nur in guter Sache geltend machen. Solch eine gute Sache biete sich sowohl im Karibischen Meer, wie im Isthmus von Panama. Es werde bald überall als der einfachste und billigste Weg, die Ordnung herzustellen, anerkannt werden, wenn die Souveränität von Kolumbia auf die Vereinigten Staaten übertragen werde, denn der Isthmus sei kein wesentlicher Teil des kolumbischen Territoriums, ja, Kolumbien werde ohne Panama geschlossener und sicherer dastehen. Auch sei es weit einfacher, wenn Amerika für eine runde Summe Panama kaufe, als wenn es über ewige Rechte am Kanal verhandle. Unter allen Umständen seien die Vereinigten Staaten bestimmt, für alle Zukunft Panama zu Wasser und zu Lande zu beschützen und es in Ordnung zu erhalten (to protect and police). Dazu komme dann noch die gute Aussicht, daß man nächstens Dänisch-Westindien aufkaufen werde.

Diese Hoffnung ist nun freilich zu Schanden geworden, ohne daß, wie es scheint, die Politiker der großen Republik deshalb ihre Rechnungen auf eine fernere Zukunft aufgegeben hätten.

Es schließt sich hieran eine ziemlich kühl gehaltene Betrachtung über die letzten haitanischen Wirren, aus der man den Eindruck gewinnt, daß die französisch redende Negerrepublik den Amerikanern nicht als ein lockender Zukunftsbesitz erscheint. Sie haben gerade genug Neger am eigenen Herde. Dagegen verdienen einige Brasilien betreffende Bemerkungen bei uns beachtet zu werden. „Gegenstand der Monroe-Doktrin ist, soweit Brasilien in Betracht kommt, diesem Staat einen moralischen Rückhalt an den Vereinigten Staaten zu geben, indem jeder Fuß breit Landes vor europäischem Angriff geschützt wird, damit das Land sich in seiner Weise behaupte und entwickle. Die Monroe-Doktrin bedeutet, daß die Vereinigten Staaten

es nicht gern sehen werden, wenn Frankreich von Norden her über Französisch-Guinea Brasilien kolonisiert, oder daß Deutschland im Süden durch seine Kolonisation der Republik Verluste verursacht."

Hier halten wir einen Augenblick inne. Also wenn die Absichten der „American Monthly" verwirklicht werden, haben wir das folgende zu erwarten: Reziprozitätsvertrag und später folgende Annexion von Kuba, Reziprozitätsvertrag mit New-Foundland und womöglich mit Kanada, wobei die künftige Föderation mit beiden zwar nicht verlangt wird, aber doch als mögliche Perspektive dem Leser von selbst aufsteigt. Ankauf von Panama und der dänisch-westindischen Inseln, Erhaltung Brasiliens in seinem gegenwärtigen Zustande. Nun wird man von einem allgemein europäischen Standpunkte aus gegen die Annexion von Kuba nichts einzuwenden haben. Die geplanten Reziprozitätsverträge mit New-Foundland und Kanada werden zunächst von England schwer empfunden werden, könnten aber, weil sie eine ungeheure wirtschaftliche Macht noch mehr konzentrieren, in ihren Konsequenzen doch dahin führen, daß eine wirtschaftliche Defensiv-Allianz der europäischen Staaten zu einer unabweislichen Pflicht der Selbstverwaltung wird. Der Ankauf von Panama würde, seit England seinen Clayton-Bulwer- und den ersten Hey-Pauncefote-Vertrag preisgegeben hat, an den einmal bestehenden Verhältnissen wenig ändern, und aller Wahrscheinlichkeit nach sogar zur Sicherung des Verkehrs beitragen; doch müßte dieser Ausgang als die Gipfelung einer diplomatischen und politischen Niederlage Englands betrachtet werden. Was aber Brasilien betrifft, so erinnert die Fürsorge Amerikas für Aufrechterhaltung der Republik in ihren gegenwärtigen Zuständen (maintaining and developing their republic in their own fashion) lebhaft an das Interesse, das im achtzehnten Jahrhundert die Nachbarstaaten der Aufrechterhaltung der Integrität und der Verfassung der Republik Polen zuwandten. Wenn ein Reich von der Größe Brasiliens nicht imstande ist sich selbst so zu gestalten, wie es seinem Interesse entspricht, ist die schützende Hand des Nachbars allezeit verdächtig. Ein Mittel aber, deutsche, italienische oder französische Einwanderung von Brasilien fernzuhalten, gibt es nicht. Die Entwicklung geht ihren natürlichen Gang, und uns will scheinen, daß niemand Schaden von jener Einwanderung, Brasilien aber einen sehr beträchtlichen Vorteil aus ihr zieht.

Die englischen Verhältnisse werden pessimistisch beurteilt. „Die allgemeine koloniale Lage entspreche nicht den Wünschen Mr. Chamberlains. Seine Konferenz der Kolonialminister habe sich als inopportun erwiesen. Ohne diese Konferenz und ohne die Anwesenheit von Männern wie die Premierminister von Kanada und der australischen Föderation, die ihr großes Ansehen einsetzten, um dem Kolonialsekretär ihren Protest in the very face entgegenzuwerfen, wäre die Verfassung der Kapkolonie suspendiert worden." Überhaupt sei die unabhängige Sprache Kanadas und Australiens keineswegs angenehm in England empfunden worden, ebensowenig habe die glänzende Aufnahme Freude erregt, die Sir Wilfrid Laurier in Paris fand.

Was die Zeitschrift weiter über Frankreich, Deutschland und die orientalische Politik sagt, ist unbedeutend. Diese Dinge liegen dem Verfasser des „Fortschritts der Welt" offenbar fern, und seine Quellen sind schlecht orientiert gewesen. Aber es ist immer interessant, zu verfolgen, wie sich das Bild der Welt und der „Fortschritt" in den Augen dieser amerikanischen Politiker gestaltet. Sie haben eine andere Perspektive und es kann nur nützen, wenn wir uns mit ihr vertraut machen, da sie sich in praktische Politik umzusetzen pflegt.

Von politischen Tagesfragen ist so gut wie nichts zu berichten. Wenn wir von dem Besuch des Kronprinzen von Dänemark absehen, der hier ein allseitiges herzliches Entgegenkommen gefunden hat, sind es lauter werdende Dinge, denen wir gegenübergestanden haben. Sie lassen sich besser besprechen, wenn sie mehr Gestalt gewonnen haben werden. Weder ist in England die Verhandlung über die educational bill zum Abschluß gediehen, noch haben in Österreich-Ungarn die Ausgleichsverhandlungen ihr Ende gefunden. In Makedonien wird es langsam stiller, aber die Gärung dauert fort. Die russisch-englischen Verhandlungen sind noch im Fluß, und über die Ergebnisse der Witteschen Reise laufen bisher nur Gerüchte um. Ähnlich aber liegt es zur Zeit mit all den mehr oder minder brennenden Fragen der großen wie der kleinen Politik. Wir können ohne alle Aufregung ihre weitere Entwicklung abwarten.

5. November. Sieg der Christlich-sozialen bei den Wahlen in Wien.
5. November. Sieg der Republikaner bei den Wahlen zum Repräsentantenhause in den Vereinigten Staaten.
6. November. Abreise Kaiser Wilhelms nach England.
7. November. Finanzminister Witte in Livadia.
8. November. Verständigung der Mächte über die Räumung Shanghais.
8. November. Reziprozitätsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und New-Foundland.
10. November. Ministerkrisis in Spanien (Sagasta).
11. November. König Karl von Rumänien in Bulgarien.

---

12. November 1902.

Der Berliner Korrespondent des „Standard" telegraphiert am 7. Oktober seinem Blatte: „Die Nervosität der deutschen Presse im Hinblick auf die allgemein in England gegen Deutschland eingenommene Haltung, tritt in einem Artikel des heutigen Abendblattes der „National-Zeitung" hervor, der beide Teile ermahnt, ruhig zu sein und nichts zu sagen, weil das das beste Mittel sei, beide Nationen zu ruhigem Urteil zurückzuführen. Beide könnten sich gegenseitig beträchtlich schädigen, ohne dauernden Vorteil dafür zu gewinnen, und andererseits könnten sie sich gegenseitig fördern, ohne ihre Interessen dort zu identifizieren, wo kein besonderer Grund dafür spreche. Trotz des Wandels in den europäischen Machtverhältnissen seien die englisch-deutschen Beziehungen in ihrem Fundament nicht erschüttert worden."

Das ist im wesentlichen richtig und einsichtig geurteilt, nur will uns scheinen, daß die „Nervosität ganz auf englischer Seite zu suchen ist. Man hat bei uns die systematische Agitation einer bestimmten Klique der englischen Presse, welche ein gegen Deutschland zu richtendes Weltbündnis der öffentlichen Meinung als unerläßliche

politische Notwendigkeit aufzudrängen bemüht war, und die noch heute in gleichem Sinne agitiert, außerordentlich ruhig aufgenommen, während in England Parlament, Presse und Klubs in die ungeheuerste Aufregung gerieten, weil im Verlauf des Burenkrieges unsere Zeitungen sich nicht genierten, mit ihrer Meinung offen hervorzutreten. Was hätte man gesagt, wenn ähnliche, gegen England gerichtete Bestrebungen von Deutschland ausgegangen wären, oder wenn, nach noch frischen englischen Vorbildern, ein ehemaliger Botschafter sich herausgenommen hätte, feindselige politische Klatschereien gegen England in Umlauf zu setzen? Wir können uns das ungefähr vorstellen, da auch jetzt beim Besuch Kaiser Wilhelms in England die englische Presse in erstaunlicher Naivetät aus ihrer nervösen Stimmung kein Hehl macht. Oder ist es nicht etwa Nervosität, wenn große Parteiorgane es für nötig halten, das englische Ministerium eindringlich zu vermahnen, daß es sich ja nicht durch die Liebenswürdigkeit des Kaisers zum Schaden Englands faszinieren lasse! Es wird gewiß nicht möglich sein, auf anderem wie auf englischem Boden ein Präzedens dafür zu finden. Ein Korrespondent des Pariser „Temps" hat dieser, für die englischen Staatsmänner nicht eben schmeichelhaften Befürchtung einen drastischen Ausdruck gegeben. Er gibt ein Gespräch wieder, das er mit einem „membre très un vue" des englischen diplomatischen Korps gehabt haben will. Die Reise des Kaisers, beteuerte der Diplomat, habe keinerlei politische Bedeutung! „Aber", meint der Franzose, „die Zeitungen scheinen doch zu fürchten, daß es ihm wieder gelingen wird, den Ministern den Kopf zu verdrehen, ja man behauptet sogar, daß er Mr. Brodrick bewogen habe, die Reform der englischen Armee aufzugeben!" Auch könnte der Kaiser einflußreiche Leute in der Umgebung des Königs gewinnen und dadurch einen Teil der Presse zu sich hinüberziehen. Doch der englische Diplomat hat guten Trost zur Hand. Die Armee wäre jetzt nach Beendigung des Krieges doch nicht reformiert worden und was die Zeitungen beträfe, so seien sie — bis auf unbedeutende Ausnahmen, den deutschen aufrichtig feind, er brauche nur mit der „Times" zu exemplifizieren, und wenn der Kaiser auch bemüht sei, sowohl mit England wie mit Frankreich zu kokettieren und sie zugleich gegeneinander aufzuhetzen, so habe auch das nichts zu sagen: Der Antagonismus zwischen Eng-

land und Deutschland werde fortbestehen, denn England sei ein Hindernis für jede weitere Entwicklung Deutschlands, während Frankreich sich nicht weiter zu entwickeln brauche und erst verdauen müsse, was es erworben habe.

Nun werden die Leser des „Temps", die sich eifrig für Marokko interessieren, wohl mit diesem Schlußkompliment wenig zufrieden sein: was uns betrifft, so lassen uns die Ausführungen des angeblichen Diplomaten ebenso kühl, wie was sonst an Worten von jenseit des Kanals zu uns herübertönt. Es bleibt die Tatsache, daß wir unseren Weg ungestört weiter gehen, und daß nach der allgemeinen Weltlage keine politische Kombination weniger denkbar ist, als ein Bruch zwischen England und Deutschland. Auch haben die englischen Staatsmänner ebenso wie die unserigen in dieser Erkenntnis gehandelt, ohne sich um den Chor zu kümmern, der seine eigenen Weisen vortrug.

Die Reise Kaiser Wilhelms ist wohl das deutlichste Zeichen dafür, daß Stimmungen und Verstimmungen ein politischer Faktor nicht sind, so lange die Zügel der Regierung in festen Händen ruhen. Schleifen sie am Boden, dann allerdings liegt es anders: dann schwingt Herr Omnes, wie Luther zu sagen pflegte, sich auf den Kutschbock, und der Lauf, den der Staatswagen nimmt, wird unberechenbar. Sehen wir recht, so entsprechen übrigens die sehr herzlichen Worte, die dem Kaiser entgegentönten, durchaus dem realen Bedürfnis Englands nach guten Beziehungen zu seinen Nachbarn — und wessen Nachbar wäre es nicht — zumal wenn dieser Nachbar so mächtig ist wie Deutschland. Die Reise Chamberlains nach Südafrika wäre ohne dringende Notwendigkeit gewiß nicht ins Werk gesetzt worden, ganz wie die jüngst vom Parlament bewilligten 8 Millionen Lstrl. in der Tasche der Steuerzahler geblieben wären, wenn sich das Opfer irgend hätte umgehen lassen. Es gibt eben ernste und schwere Arbeit in Südafrika zu tun, und „König Josef", wie der „Temps" Chamberlain nennt, wird alle Gelegenheit haben, seinen praktischen Blick und seine Energie zu zeigen. Die Spuren des südafrikanischen Krieges sind nicht über Nacht zu verwischen, und vollends wird es Zeit kosten, ehe all die inneren Gegensätze beseitigt sind, die er wachgerufen hat: Ausländer und Engländer, Loyalisten und „Rebellen" im Kap und in Natal, Besiegte und Sieger, und

endlich die erregte Masse der Eingeborenen, von deren Arbeit die Ausbeutung der Minenschätze in Abhängigkeit steht. Wie läßt sich erwarten, daß die Wellen dieses wogenden Meeres sich plötzlich infolge des Zauberwortes: Frieden! legen. Ein Friede will erlebt und empfunden, nicht nur dekretiert sein, ganz wie ein Staatenbund in Art der angeblich vereinbarten imperialistischen Föderation zwischen England und seinen großen Kolonien erlebt und nicht bloß dekretiert sein will. Die jetzt endlich veröffentlichten Akten der Konferenz der Kolonialminister in London haben denn auch, wie wir von vornherein erwarteten, eine große Enttäuschung in England und große Befriedigung in den Kolonien hervorgerufen. Es bleibt nach wie vor dabei, daß England die Ehre und die Last der Verteidigung des Imperiums zu Wasser wie zu Lande weiter trägt, ohne daß die Kolonien mehr dafür geboten hätten, als die Aussicht auf ihren guten Willen im Falle der Not. Wir erinnern uns aber, wie begehrlich sie in ihren Ansprüchen waren: am meisten Neuseeland, dessen „soziale Fortschritte" eine sehr unbequeme propagandistische Tendenz zeigen. Und nun hat gar England sich genötigt gesehen, jenen Reziprozitätsvertrag zwischen New Foundland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gutzuheißen, von dessen prinzipieller Tragweite wir vor acht Tagen geredet haben. Weitere Schwierigkeiten sind im Somalilande hinzugekommen, und es lohnt doch davon Notiz zu nehmen, mit welcher schlecht versteckten Schadenfreude der „Temps" über die Niederlage des Obersten Swayne bei Mudug und über die Schwierigkeit berichtet, die sein Nachfolger, der Brigadier Manning zu bewältigen haben wird. Der „Mad Mullah" erscheint da fast wie ein zweiter Mahdi, und nicht ohne Bosheit wird darauf hingewiesen, wie England, das in kritischer Stunde den Italienern den Durchzug durch Zeilah verweigerte, der ihnen ihre abessinische Niederlage erspart hätte, jetzt genötigt sei, die Italiener um freien Durchzug durch ihr Gebiet zu ersuchen. Bekanntlich wird der Somalikrieg von England vorzüglich mit indischen Truppen geführt werden, obgleich sich gerade jetzt Indien zu einem neuen Feldzuge gegen die Waziri vorbereitet, und über die afghanisch-russischen Grenzverhältnisse höchst ärgerliche Verhandlungen schweben, die in der russischen Presse nicht eben freundlich kommentiert werden. Nehmen wir endlich noch die große Aufmerksamkeit verlangenden chinesischen Ver-

hältnisse hinzu, die den Engländern mehr zu schaffen geben, als allen übrigen Nationen, mit alleiniger Ausnahme Rußlands, so werden wir den Schluß daraus ziehen, daß derjenige englische Staatsmann, der jetzt eine künstliche Differenz mit Deutschland heraufbeschwören wollte, alles politischen Urteils bar sein müßte. Der freundschaftliche Besuch Kaiser Wilhelms bedeutet an sich einen Vorteil für England, weil er zeigt, daß England und wir trotz allem in politischer Eintracht leben, und diesen Vorteil wird das englische Ministerium auf die Gefahr hin einzustreichen wissen, daß die Presse behauptet, Kaiser Wilhelm verdrehe den Ministern den Kopf.

Man hat, ebenfalls in französischen Blättern, die Vermutung ausgesprochen, die Engländer hätten bei der italienischen Aktion im Roten Meere ihre Hände im Spiel und dächten daran, Hodeida zu besetzen. Das letztere wird wohl schon dadurch widerlegt, daß eben jetzt in Hodeida eine sehr bösartige Choleraepidemie herrscht. Für ein englisch-italienisches Zusammenwirken in der Midi-Bai-Angelegenheit läßt sich aber bisher kein irgend greifbares Symptom anführen. An der ganzen Streitfrage, welche das Einschreiten der Italiener veranlaßt hat, tragen die besonderen Verhältnisse, die sich auf arabischem Boden ausgebildet haben, die vornehmlichste Schuld. Die Pforte ist niemals im vollen Sinne des Wortes Herr im Lande gewesen. Zahlreiche Häuptlingschaften, in Summe der ganze nomadisierende Teil der Bevölkerung ist tatsächlich unabhängig und so gut wie unfaßbar, da sie allezeit bereit sind, ihre Zelte abzubrechen und sich dadurch den etwa gegen sie ausgesandten türkischen Truppen zu entziehen. Die Leute eines dieser Häuptlinge, des Schech Tahir, dem der große Stamm der Beni Merwan untertan ist, haben sich Piraterie gegen italienische Untertanen zu schulden kommen lassen, was nicht möglich gewesen wäre, wenn die Pforte ihre Pflicht erfüllte und mit ihrer Flotte die Seepolizei auf dem Roten Meer ausübte. Aber wo ist die türkische Flotte? Man sieht sie nirgends, jedenfalls nicht dort, wo es ihre Aufgabe wäre, sich zu zeigen. Kurz, den Italienern blieb nichts anderes übrig, als Selbsthülfe zu üben, und das haben sie schnell und energisch getan. Es ist darüber zu Verhandlungen zwischen der Pforte und der italienischen Regierung gekommen, in welchen weniger die Frage der Entschädigung, als die von Italien verlangte Aus-

lieferung der Piraten zu Schwierigkeiten führte, die jetzt glücklich beigelegt sind. Die Pforte hat diejenigen Piraten, die als italienische Untertanen sich den Leuten des Schech Tahir angeschlossen hatten, den Italienern zur Bestrafung übergeben, über die Bestrafung der übrigen, die nominell ihre eigenen Untertanen sind, wird sie sich wohl mit dem Schech zu verständigen wissen.

Jedesmal, wenn derartige Schwierigkeiten mit der Pforte auftauchen, läßt sich eine Art Spannung in der politischen Atmosphäre konstatieren. Der Ausgang ist nicht abzusehen, und die orientalische Frage, wo immer sie akut wird, schließt weitergehende ernste Verwicklungen nicht aus. Wir erinnern an die französische Expedition nach Mitylene, deren Nachwehen noch jetzt in den Entschädigungsforderungen der französischen Regierung für die Herren Lorando-Tubini, unsauberen Angedenkens, weiterspielen; waren doch die beiden engbefreundeten Regierungen von Rußland und Frankreich nahe daran, darüber in sehr unbequeme prinzipielle Erörterungen zu geraten. Noch weit mehr macht sich diese orientalische Spannung heute in der, wie man meinen konnte, erledigten makedonischen Angelegenheit geltend. Es ist erstaunlich, mit welcher Leidenschaft alle führenden Organe der russischen Presse, von der „Now. Wr." über die „Peterburgskija Wiedomosti" zu den „Nowosti", diese Dinge verfolgen. Wir sagen erstaunlich, weil ganz sicher feststeht, daß die russische Regierung, was an ihr liegt, getan hat, um die makedonische Frage aus der Welt zu schaffen. Sowohl Graf Lambsdorff wie Sinowjew, der jetzige Botschafter in Konstantinopel und frühere Chef des asiatischen Departements, also wohl der erste Kenner der russischen Orientpolitik, haben der Pforte die Aufgabe der Pazifizierung Makedoniens nach Möglichkeit zu erleichtern versucht, und in richtiger Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse, die nicht zu umgehende Forderung nach Verwaltungsreformen in Makedonien, in freundlicher, nicht in drohender Form gestellt. Denn wer die Türkei kennt, weiß, daß auch von ihr das Wort gilt: sit ut est, aut non sit! Unbequem wird sie ihren Untertanen, zumal den christlichen, sobald man sie aus ihrer Ruhe aufrüttelt, wie neuerdings durch die bulgarische Agitation in Makedonien, die nicht nur über die Makedonier Not und Unheil hereinbrechen ließ, sondern in ihren Konsequenzen das mühsam behauptete Gleichgewichtssystem zwischen den

kleinen, ganzen und halben Selbständigkeiten der Balkanhalbinsel umzustürzen drohte. Die Nachwirkungen der aufregenden Reden des alten Grafen Ignatiew vor, während und nach der Schipkafeier machen sich immer mehr fühlbar; sie haben Serben und Bulgaren so bitter entzweit, daß alle von den Slavophilen ausgehenden Mahnungen zu Frieden und Eintracht wirkungslos verhallen, andrerseits aber dahin geführt, daß die russische Presse tagaus, tagein in dieser makedonischen Frage ihre Sonderpolitik verficht. Natürlich ist Nikolai Pawlowitsch (Graf Ignatiew) ihr Held. Sein „Großbulgarien" erscheint als das nächst zu erreichende Ideal und wenn er beschwichtigend gesagt hat, der „psychologische Moment" sei jetzt noch nicht gekommen, so werden doch alle Vorbereitungen getroffen, ihn zu beschleunigen. In den „Pet. Wjed." finden wir einen Artikel mit der Überschrift: „Türkische Bestialitäten in Makedonien" und die hier erzählten Greuel wären allerdings ganz unerträglich, wenn sie nicht aus den in diesen Fragen völlig unglaubwürdigen bulgarischen Zeitungen entnommen wären. Vielleicht am bezeichnendsten ist aber eine Art Aufruf, den die russischen Blätter aus dem offiziellen Organ des bulgarischen heiligen Synod, des „Zrkowen Westnik" abdrucken und dessen Schluß wir hersetzen. Er lautet: „Das türkische Heer wird durch seine Überzahl und seine Härte den Aufstand erdrücken, auch der rauhe Winter wird dazu helfen. Aber das türkische Heer, die türkischen Beamten und der Frühling werden für einen neuen furchtbareren Aufstand aller den Türken untergebenen Christen sorgen. Die Aufstände in der Türkei werden nicht aufhören, so lange dieses blutige Regime fortdauert und so lange es eine Stütze in Europa findet. . . . . Makedonien, die Provinz Adrianopel und Armenien haben alles göttliche und menschliche Recht auf einen erträglicheren Zustand. Diese drei unglücklichen Provinzen haben ein volles Recht, zu wünschen, daß ihre harten Herren, wenn auch nicht bestraft, so doch wenigstens in ihrer Ungerechtigkeit, Härte und Bestialität beschränkt werden. Die Türkei versteht weder aus Aufständen noch aus Katastrophen Lehren zu ziehen; nach den Metzeleien von 1876 folgte das Armeniergemetzel von 1897 und jetzt steht Europa vor einem neuen Gemetzel. Das Gemetzel von 1876 und der Verlust ganzer Provinzen nach dem Befreiungskriege hat die türkische Verwaltung nichts gelehrt; sie ist ebenso lasterhaft

und blutig geblieben, wie von jeher. An den Strömen Christenblut auf der Balkanhalbinsel sind in höchstem Grade diejenigen europäischen Staaten mit schuld, welche Reformen für die Türkei forderten, aber nichts taten, sie durchzuführen. Wenn diese Reformen auch jetzt nicht durchgeführt werden, so ist es Europa selbst, das die Flamme des Aufruhrs wieder auf der Balkanhalbinsel anfacht." Damit schließt der namentlich in seinem ersten, hier nicht wiedergegebenen Teil mit außerordentlichem Feuer und gewiß aufrichtiger Leidenschaft geschriebene Artikel. Auch glauben wir nicht, daß man in den Petersburger offiziellen Kreisen den Abdruck gern gesehen hat. Um so eifriger ist er verbreitet worden, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß der jüngste Artikel der „Nowosti", der Deutschland die Schuld zumessen will, daß die Türkei nicht reformiere, geschrieben ist, um die Vorwürfe zu maskieren, die man nach einer anderen Seite nicht richten darf. Wie lächerlich der gegen uns gerichtete Vorwurf ist, braucht kaum ausgeführt zu werden. Einmal haben wir mindestens ebenso energisch wie Rußland darauf hingewiesen, daß Reformen und eine gerechte Behandlung der Christen notwendig seien, weiter gehen aber konnte Deutschland nicht, wenn es nicht in eine Sphäre eingreifen wollte, welche Rußland von jeher mit Nachdruck und Eifersucht als ein Gebiet bezeichnet hat, in welchem ihm der Vortritt gehört. Rußland hat stets das Eintreten anderer Mächte für die griechisch-orthodoxen Christen der Balkanhalbinsel als einen Eingriff in seine Rechte betrachtet. Wir denken nicht daran, ihm diese Rechte streitig zu machen, und sind zudem der Meinung, daß da, wo wir kategorische Forderungen stellen, wir auch bereit sein müssen, ihre Erfüllung zu erzwingen. Aber welcher Frevel wäre es, wenn Deutschland um der makedonischen Frage willen sich in einen Krieg mit der Türkei stürzen wollte! Man braucht den Gedanken nur auszusprechen, um seinen Widersinn zu empfinden. Nun liegen aber die Verhältnisse so, daß die russische Regierung, der man ein lebhaftes Interesse an ihren Glaubensgenossen in Makedonien gewiß nicht absprechen kann, der Türkei nicht nur Freiheit zur Unterdrückung der bulgarischen Banden in Makedonien gegeben, sondern sie ausdrücklich dazu aufgefordert hat, ganz wie Rußland Bulgarien nötigte, sich vom makedonischen Komitee loszusagen. Das sind gewiß wohlerwogene Beschlüsse der russischen

Politik, deren besondere Motive wir nicht kennen. Wenn nun jetzt die russische Presse konsequent die entgegengesetzte Politik vertritt und nicht nur die öffentliche Meinung Rußlands erregt, sondern den aufständischen Elementen in Makedonien und den Männern des bulgarischen Komitees in Sofia zugleich ihre Hoffnungen und Illusionen lebendig hält, so kann man wohl die Frage aufwerfen, welches der schließliche Ausgang dieses widerspruchsvollen Treibens sein wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach ein Krieg, der nicht auf die Balkanhalbinsel allein beschränkt bleiben wird, und von dem sich schwerlich vorhersagen läßt, wie viele und welche Mächte schließlich in ihn hineingezogen werden können.

Der „Vorwärts" hat am 6. November ein Zirkular des russischen Kriegsministers Kuropatkin vom 12. 25. August 1902 veröffentlicht, das zweifellos echt ist. Es berichtet von der, aus den russischen und europäischen revolutionären Organen längst bekannten sozialistischen und revolutionären Agitation in der russischen Armee. Die aufgeführten Tatsachen zeigen allerdings, daß die propagandistische Tätigkeit äußerst lebendig ist, sie lassen aber nicht erkennen, wie weit eine tatsächliche Ansteckung der Soldaten stattgefunden hat. Am meisten aufgefallen ist uns, daß offenbar ein „Gehen ins Heer", wie zu Turgeniews Zeiten ein „Gehen ins Volk" sich vorbereitet. Junge Leute aus gebildeten Ständen lassen sich unter Verleugnung ihrer Bildungsprivilegien als Gemeine einreihen und bleiben mehrere Jahre im Dienste, um unter dem Volk sozialistische Propaganda zu treiben. Noch läßt sich die Tragweite dieser neuen Methode nicht schätzen, daß sie sehr gefährlich werden kann, ist aber zweifellos.

Der Sieg der Christlichsozialen und Antisemiten in den österreichischen Wahlen ist als ein Sieg des Klerikalismus über die Alldeutschen zu betrachten und war nach den Fehlern, die im Laufe des letzten Jahres von Führern und Gefolgschaft der Alldeutschen gemacht worden sind, vorherzusehen. Es ist ein Triumph für Rom, der die in Frankreich erlittenen Niederlagen einigermaßen versüßen wird. Aber man ist ja im Vatikan gewohnt, Frankreich gegenüber beide Augen zuzuschließen. Man fürchtet den entschlossenen Radikalismus der regierenden Parteien, die zur Not nicht davor zurückschrecken könnten, das ganze Budget des Kultus, in Summa

43 Mill. Frcs. zu streichen und damit den gläubigen Katholiken Frankreichs eine Last aufzuerlegen, welche diese wohl sicher auf sich nehmen würden. Dann aber wäre ein Rückschlag im Ertrage des Peterspfennigs zu erwarten, der im Vatikan sehr schmerzlich empfunden werden dürfte. Bis 1897 haben die Eingänge des Peterspfennigs durchschnittlich 6 Millionen ausgemacht, von denen nahezu die Hälfte aus Frankreich kam. Und diese Zahlen erklären vieles, was sonst unbegreiflich wäre.

13. November. Unruhen in Marokko.
13. November. Flottenbewegungen Englands, Frankreichs, Spaniens.
15. November. Attentat auf König Leopold II.
17. November. Eintreffen des Königs Karl I. von Portugal in England.
19. November. Ministerkrisis in Serbien.

19. November 1902.

Während wir im Kampf um den Zolltarif mit den wenig geistvollen Dauerreden unserer Obstruktionisten uns abfinden, so gut oder schlecht es eben gehen will, hat der englische Ministerpräsident Balfour mit seiner Majorität ein in England nicht eben neues Mittel in Anwendung gebracht, um die education bill zu glücklichem Abschluß zu führen. Es ist dieselbe Methode, durch die 1887 im Unterhause die irische Zwangsbill durchgesetzt ward, und durch welche Gladstone 1894 die Obstruktion der Unionisten gegen sein Home-Rule endgültig zu brechen dachte: die Methode nämlich, dem Unterhause bestimmte Termine zu setzen, vor deren Ablauf über einen vorher angegebenen Abschnitt der Gesetzesvorlage endgültig mit ja oder nein abgestimmt werden muß, ganz abgesehen davon, ob die Debatte schon geschlossen ist, oder ob noch unerledigte Amendements vorliegen. Das alles fällt unter den Tisch des Hauses und kann nicht wieder hervorgeholt werden. Man wird nach diesem System vor Ende November die „education bill" unter Dach und Fach gebracht haben. Es ist aber von besonders pikantem Beigeschmack, daß im Jahre 1894 gerade Chamberlain es war, der diese Zwangstaktik verdammte, ganz wie er heute ihre Notwendigkeit aus Gründen der Staatsraison verteidigt. Damals arbeitete die parlamentarische Maschinerie gegen ihn, heute dient sie seinen Zwecken, und damit ist für ihn die Sache erledigt. Daß ein solches Vorgehen nicht nur unter dem Beifall der Majorität, sondern auch der führenden eng-

lischen Blätter in Angriff genommen werden konnte, obgleich die englische Opposition noch weit davon entfernt ist, in ihrer Taktik die Wege unserer parlamentarischen Sozialdemokraten einzuschlagen, und andere als wirklich sachlich begründete Reden, so viel wir bemerkt haben, nicht vorgekommen sind, zeigt, wie ein Londoner Korrespondent der „M. A. Z." richtig bemerkt, daß „selbst bei der „Mutter der Parlamente" der Parlamentarismus der alten Zeit zum überwundenen Standpunkte geworden ist". Nur daß, wie jener Korrespondent ebenfalls richtig ausführt, gerade im vorliegenden Falle die Majorität, welche mit der „parlamentarischen Guillotine" arbeitet, nicht auf die Erziehungsbill, sondern im Hinblick auf den südafrikanischen Krieg zu stande gekommen ist. Aber die sich daraus ergebende Möglichkeit einer Revanche der Liberalen scheint kaum als politischer Faktor mit in Betracht gezogen zu werden. Sie liegt zeitlich zu fern, und Chamberlain rechnet wohl richtig, wenn er für absehbare Zeit auf Behauptung seiner einzigartigen Stellung rechnet. Denn das ist trotz allen Reichtums an parlamentarischer Erfahrung in England noch nicht dagewesen, daß der Staatssekretär für die Kolonien als der eigentliche Träger der Reichspolitik betrachtet werden mußte. So aber liegen die Dinge heute, und wer überlegt, wie es dazu kommen konnte, wird schließlich zum Resultate gelangen, daß es eine Entwicklung ist, die der neuen imperialistischen Politik Englands durchaus entspricht. Die Verbindung von Schein und Wirklichkeit, auf welcher der Zusammenhang zwischen Mutterland und Kolonien beruht, muß zu zentrifugalen Tendenzen führen, sobald die verbindenden Fäden und Drähte nicht von einer starken Hand zusammengefaßt werden. Der Imperialismus hat den Chef des Kolonialamtes zur politisch wichtigsten Persönlichkeit der englischen Regierung gemacht, und wir verstehen es deshalb sehr wohl, daß Chamberlain auch nicht einen Finger gerührt hat, um an Salisburys Stellung die offizielle Leitung des Ministeriums zu übernehmen. Mr. Balfour vertritt mit Anstand und Geschick die dekorative Seite der Politik nach innen wie nach außen, aber hier wie dort macht sich allezeit der Einfluß Chamberlains geltend. Je mehr man diesen Typus englischer Macht und Interessenpolitik studiert, um so deutlicher tritt auch der ihn charakterisierende Sinn für Realitäten hervor. Wir meinen nicht, daß Cham-

berlain je unerreichbare Dinge angreifen wird, denn auch wo er — wie in den Beziehungen zu den großen Kolonien, sich seine Ziele weit steckt, versteht er inne zu halten und den Bogen nicht zu überspannen. Im notwendigen aber zeigt er rücksichtslose Energie. Es läßt sich daraus wohl der Schluß ziehen, daß Abenteuerlichkeiten, wie sie uns in den letzten Jahren unter den Politikern der englischen Presse entgegengetreten sind, von ihm keine Unterstützung zu erwarten haben, während er andrerseits auch in seinen Beziehungen zu anderen Mächten nur Realitäten gelten lassen wird. Respekt und Rücksicht werden nur diejenigen erwarten können, die selbst stark sind, und das wollen wir uns gesagt sein lassen. Die 8 Millionen Lstrl., welche auf seinen Antrag hin vom Parlament für Transvaal und Oranjekolonie bewilligt worden sind, finden vielleicht durch Erwägungen ihre Erklärung, die mit dieser prinzipiellen Stellung des Kolonialstaatssekretärs in Zusammenhang stehen. Die Willigung erfolgte nach Rückkehr der Burengenerale von ihrer „Sammelreise" durch Frankreich und Deutschland. So sehr nun die drei Generale sich einer antienglischen Agitation enthielten, so merklich erhitzend, im antienglischen Sinne, wirkte doch ihre bloße Gegenwart. Es kann aber mit aller Bestimmtheit behauptet werden, daß diese Wirkung in Rußland und in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika noch weit größer gewesen wäre. Das liegt im Volkscharakter, wäre aber für England noch unbequemer, als die Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands und Frankreichs es gewesen ist, weil in Rußland wirkliche Interessengegensätze dabei Ausdruck gefunden hätten, in den Vereinigten Staaten aber die öffentliche Meinung eine reale politische Macht darstellt. Die Rückkehr der Burengenerale könnte demnach ein glänzend bezahlter Akt politischer Klugheit gewesen sein, und die nachträglich wieder auftauchende Meldung, daß sie vielleicht dennoch Rußland und Amerika aufsuchen könnten, weitere Zugeständnisse zur Folge haben. Das scheint um so eher denkbar, als Englands wohlverstandenes Interesse mit den Wünschen der Buren zusammenfällt. Wenn „Englands fähigster Sohn", wie Balfour auf dem Lord Major-Bankett Chamberlain nannte, sich aus eigener Anschauung über die südafrikanischen Verhältnisse orientiert haben wird, dürfte damit auch die Entscheidung darüber fallen, ob die drei Generale eine zweite Vortragstour unternehmen.

Über die Verhältnisse im Somalilande verlautet, wie gewöhnlich, wenn England im Begriff steht, einen großen Schlag zu führen, so gut wie garnichts, und ebensowenig sind von dem Feldzug gegen die Waziris und von der afghanischen Differenz mit Rußland weitere Nachrichten eingelaufen. Dagegen wirkt ein kürzlich erschienener Leitartikel des „Temps" über Rußlands Erfolge in Asien fast wie eine Aufforderung an England, vor den russischen Fortschritten in Asien auf der Hut zu sein. Man höre: „Langsam, unter Hindernissen, aber ununterbrochen, laufen von allen Seiten her Nachrichten ein, welche von den erstaunlichen Fortschritten Rußlands in Asien Zeugnis ablegen. Gestern war es der siegreiche Rückzug der Russen aus der Mandschurei und eine Räumung, welche Okkupation bedeutet. Heute erkennen wir die friedliche, aber unwiderstehliche Festsetzung der russischen Herrschaft in Persien." Rußland erringe überall Erfolge ohne zu erobern. Denn eine offizielle und verfrühte Besitzergreifung sei nicht nur unvorteilhaft, sondern könne die größten Gefahren nach sich ziehen. Asiatischen Mächten gegenüber müsse man den Schein bestehen lassen und sich Realitäten sichern: beschützen, nicht drohen, als Wohltäter und Hüter der fremden Macht auftreten, und sie mit so inbrünstiger Fürsorge umarmen, daß sie nichts versagen kann. In China habe diese Methode zum Ziele geführt, jetzt triumphiere sie in Persien. Noch vor 4 Jahren sei Rußlands Suprematie dort bedroht gewesen. Persien suchte politische und materielle Unterstützung in England, und schon sollte eine große Anleihe in London aufgenommen werden, so daß die entrüstete russische Presse bereits von Zwang und Eroberung sprach. Was aber tat die russische Regierung? Statt zu drohen, verhandelte sie. Statt, wie England, eine Garantie der Anleihe zu verlangen, lieh sie ohne Garantie und sorgte dafür, daß mit dem Gelde der Anleihe vor allem Persiens ältere Schulden getilgt wurden. Den Namen für das Geschäft aber gab eine französische Bank her, und so blieb Rußland die einzige europäische Finanzmacht in Teheran. Drei weitere Anleihen Persiens in Rußland folgten, und jetzt sei Persien verpflichtet, bis 1912 bei niemandem sonst Hülfe zu suchen. „Avant cette date, elle sera dans la main de son bailleur de fonds!"

Und nun wird weiter ausgeführt, wie meisterhaft Rußland es verstanden habe, das Vertrauen der Dynastie zu gewinnen. Schon

hätten russische Offiziere dem Schah eine prachtvolle Kosackenbrigade organisiert, die vor zwei Jahren während einer Hungeremeute die Dynastie gerettet habe. Ein russischer General, im Dienste des Schahs, kommandiere sie, dieser General korrespondiere aber direkt mit dem russischen Kriegsminister und, da er zugleich Direktor der Hauptbank in Teheran sei, auch mit Herrn v. Witte. Das schöne russische Geld aber, das in Persien umlaufe, gereiche dem Handel der Bazare von Teheran zum größten Nutzen. Ganz friedlich, ohne jeden strategischen Hintergedanken, sei auch die Eisenbahnlinie Resicht—Teheran entstanden, aus welcher wahrscheinlich der Schah den größten pekuniären Vorteil ziehe, kurz, es sei alles wie in der Mandschurei!

Es schließt sich hieran eine nochmalige Charakteristik der eben geschilderten macchiavellistischen Methode, und das Ganze mündet in die offenbar an Herrn Delcassé gerichtete Mahnung aus: Gehe hin und tue desgleichen. (Telle est la méthode Russe en Asie, et l'on pourrait choisir, ailleurs, de moins heureux modèles.)

Wäre nicht dieser Schluß, so müßte man wirklich glauben, die Absicht sei, Rußland den Engländern zu denunzieren. Aber es scheint wirklich, daß es sich nur um einen weiteren Hieb gegen den Siam-Vertrag Delcassés handelt, gegen den jetzt von französisch-kolonialen Kreisen mit aller Macht agitiert wird. Auch die „Revue politique et parlementaire" ist aufs neue mit schwerem Geschütz gegen ihn vorgegangen, und der letzthin erwähnte, gegen den französischen Minister gerichtete Artikel der „Nowoje Wremja", hat überall in Paris ein lautes Echo gefunden. Daß aber der Angriff wirklich gefährlich ist, beweist die Tatsache, daß das russische Auswärtige Amt dem bedrängten Staatsmann das „Journal de St. Petersbourg" mit dem folgenden Artikel zu Hülfe geschickt hat:

„Ein Pariser Telegramm enthält ein Urteil der „Correspondenz politique" über die Kommentare, zu denen ein Artikel eines Preßorgans unserer Hauptstadt Anlaß gegeben hat: diesem Artikel eines russischen Blattes, der die hohe Person des französischen Ministers des Auswärtigen behandelte, wurde von einigen französischen Zeitungen ein offiziöser Charakter zugeschrieben. Die „Correspondenz politique" hat in dieser Hinsicht die Sachlage für den Teil der französischen Presse zurechtgestellt, welcher sie hätte mißverstehen können. Was die Politik betrifft, die in so beharrlicher Weise von Herrn

Delcassé getrieben wird, so scheint es fast überflüssig, hier daran zu erinnern, wie sehr man ihm in Rußland Gerechtigkeit widerfahren läßt und die großen Verdienste dieses Staatsmannes anerkennt. Man weiß hier, daß diese Politik tief von den Prinzipien durchdrungen ist, welche die Basis der franko-russischen Allianz bilden, einer Allianz, die ein wesentliches Element des Gleichgewichts der Mächte ist, und beiden Ländern schon so glückliche Resultate gebracht hat, ebenso wie sie zur Konsolidierung des allgemeinen Friedens mächtig beigetragen hat."

Das ist eine hübsche Bestätigung unserer letzten Ausführung über den Gegensatz zwischen der Politik des offiziellen Rußland und der russischen Preßpolitik. Auch ist die „Nowoje Wremja" genötigt gewesen, in einem Leitartikel ausdrücklich zu erklären, daß sie nur ihre eigenen Gedanken vertreten habe. Vielleicht hat sie übrigens mit einem Angriff auf einen anderen französischen Minister mehr Glück. Am 13. November brachte sie einen fulminanten Artikel gegen Herrn Pelletan mit der Überschrift: „Die Verwandlung der französischen Mittelmeerflotte in ein Spielzeug." Herr Pelletan hat nämlich das Unglück gehabt, von der „Daily Mail" gelobt zu werden, weil die Minderung der Aufrüstung der französischen Flotte offenbar beweise, daß die englisch-französischen Beziehungen die allerbesten seien. Auch im „Temps" waren infolge dessen Angriffe gegen Pelletan laut geworden, aber sie werden von der „Nowoje Wremja" doch noch übertroffen. Das Blatt schließt eine Philippika von fast drei Spalten folgendermaßen: „Das Verfahren des französischen Marineministers, das der englischen Zeitung so gefällt, ist höchst sonderbar, namentlich, wenn man sich der so viel Lärm machenden kriegerischen Rede erinnert, in welcher er sagte: „Die Ostküste Korsikas zielt direkt mitten ins Herz Italiens." Der französische Kriegsminister sorgt gleichzeitig für die Befestigung Korsikas, und für die Verwandlung der Mittelmeer-Flotte Frankreichs (nicht Englands) in ein Spielzeug. Es ist schwer, inkonsequenter zu sein. Wir können nur unserem tiefsten Bedauern Ausdruck geben und wünschen, daß das französische Ministerium möglichst schnell der französischen Mittelmeerflotte ihre Macht und ihr Ansehen wiedergibt, auf daß sie wiederum den Feinden der uns befreundeten und alliierten Macht schrecklich sei." Den Schlußsatz empfehlen

wir den Herren X. Y. Z. und wie das Konsortium der „National Review" sonst zeichnet, zu geneigter Erwägung. Aber man kann gespannt sein, ob das „Journal de St. Petersbourg" auch die „hohe Person" dieses französischen Ministers unter ihre schützenden Fittiche nehmen wird.

In der makedonischen Frage dauert die Parallelaktion der russischen und der französischen Presse gleichfalls fort, obgleich zur Zeit sich die Verhältnisse in der unglücklichen Provinz einigermaßen beruhigt zu haben scheinen. Das Zusammenwirken Österreich-Ungarns und Rußlands auf diesem Boden macht sich offenbar wohltätig geltend. Vielleicht hat es auch bei der freundschaftlichen Begegnung zwischen König Karl von Rumänien und dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien mitgespielt. König Karl ist schon einmal im Begriff gewesen, den Besuch des Fürsten zu erwidern, als die Ermordung des Professors Michaileano durch ein Mitglied des makedonischen Komitees die Reise unmöglich machte und in ganz Rumänien die größte Erbitterung hervorrief. Man ist dann in Bulgarien bemüht gewesen, wieder zu normalen Beziehungen zu gelangen und auch die unbegreifliche Rücksichtslosigkeit gut zu machen, die doch in der Nichteinladung des Königs zur Schipkafeier lag. So hat man es nicht an allen irgend denkbaren Aufmerksamkeiten und Höflichkeiten gegen den König fehlen lassen, und wir meinen, daß es gewiß nicht in so ostentativer Form geschehen wäre, wenn nicht auch in Livadia empfunden würde, daß man dem Könige in Bulgarien eine Genugtuung schuldig war.

Die Ministerwechsel in Serbien und in Bulgarien sind von geringem Interesse und ebenso wenig Interesse erregt bei uns die Rekonstruktion des Ministeriums Sagasta in Spanien. Das wesentliche liegt darin, daß kein Systemwechsel eintritt. Sowohl der Minister des Auswärtigen, Graf Almodovar, wie der Kriegsminister, General Weyler, haben ihr Portefeuille behalten, nur Finanzen, Justiz und öffentliche Arbeiten sind mit neuen Persönlichkeiten besetzt worden. Von auswärtigen Fragen kommt heute für Spanien nur Marokko in Betracht, und da läßt sich die schließliche Wendung nicht vorhersehen. Der Prätendent von Taza, vom Stamm der Riate, ist zwar geschlagen, und wie neuerdings gemeldet wird, auch gefangen genommen. Aber es gährt offenbar in Marokko und der Anfall

der Kabylen auf Tetuan kann unter Umständen zu europäischen Schwierigkeiten führen. Es wird unter diesen Umständen nur mit Genugtuung begrüßt werden, daß der Sultan von Marokko bei den Grenzverhandlungen mit Frankreich, den Franzosen nicht die von ihnen beanspruchten Vorzugszölle für ihren Landhandel gewährt hat. Das hätte sofort den Protest aller anderen, am marokkanischen Handel beteiligten Staaten, zur Folge gehabt. Die Politik der offenen Tür unter Bedingungen, die allen Teilen gleiches Recht gewähren, ist auch hier der, wie es scheint, einzige Ausweg, um Verwicklungen zu vermeiden.

Das niederträchtige Attentat, dem König Leopold II. der Belgier ausgesetzt gewesen, aber glücklicherweise ungeschädigt entgangen ist, hat die Aufmerksamkeit wieder dem ruchlosen Treiben der Anarchisten zugewandt. Es ist allgemein beachtet worden, daß es wiederum ein Italiener war, der das Attentat verübt hat. Auch König Humbert von Italien, Carnot, Mac Kinley und Kaiserin Elisabeth von Österreich sind italienischen Anarchisten zum Opfer gefallen! Man fragt sich, woher dieses Gift in die italienische Volksseele gedrungen ist, und fragt nach den Mitteln, wie es ausgerottet werden soll. Gingen doch auch die zahlreichen Dynamitattentate in Spanien und in Frankreich meist auf italienische Anarchisten zurück. In Belgien steht selbst auf dieses Verbrechen nicht die Todesstrafe, und Rubino, der es wohl gewußt hat, daß er sein eigenes Leben nicht aufs Spiel setze, kommt mit Gefangenschaft fort. Der „Temps", dem wir in diesem Punkte ganz beistimmen, sagt: „Diese Leute sind finster und rasend, Fanatiker, deren Vernunft umnebelt ist, die von dunklem Haß gegen das Leben instinktiv getrieben, in einer Art Tollheit zerstören. Alle Klassen der Gesellschaft, alle Völker des Weltalls sind gleich bedroht und müssen unter diesen tragischen Umständen verstehen, daß sie solidarisch sind." Gewiß, wenn nur diese Solidarität zunächst ihre Äußerung darin fände, daß die Verbreitung anarchistischer Lehren an sich als ein Verbrechen verfolgt und bestraft würde, und wenn man sich entschlösse, die falsche Humanität fahren zu lassen, welche auch dem Mörder gegenüber vor der Todesstrafe zurückschreckt.

20. November. Rückreise Kaiser Wilhelms nach Deutschland.
20. November. Aufhebung des Kriegsrechts in Oranjekolonie und Transvaal.
22. November. Protest Venezuelas gegen das Vorgehen Englands.
25. November. Abreise Chamberlains nach Südafrika.

26. November 1902.

Über die marokkanischen Angelegenheiten, welche zeitweilig einen drohenden Charakter anzunehmen schienen, da gleichzeitig Engländer, Franzosen und Spanier es nötig fanden, den Befehl zur Absendung von Kriegsschiffen an die Küste von Tetuan zu erlassen, läßt sich jetzt mit einiger Sicherheit urteilen. Wir schicken voraus, daß der jetzige Sultan von Marokko, Abdul Asis, anno 1894 erst 16jährig zur Regierung kam, also auch heute noch ein junger Mann ist. Die Befürchtung, die bei seinem Regierungsantritt ziemlich allgemein verbreitet war, daß er sich der schweren Aufgabe, sein Reich in Ordnung zu halten, nicht gewachsen zeigen werde, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Ein erfahrener und treuer Großvezier half ihm zunächst einen gefährlichen Prätendenten unschädlich zu machen, und bald zeigte sich auch, daß der junge Sultan Neigung und Fähigkeiten hatte, die Eigenherrschaft auszuüben, welche die Tradition Marokkos vom Sultan verlangt. Heute gilt er für einen Reformer, und in der Tat hat er sich dem Verkehr mit den europäischen Mächten zugänglicher gezeigt, als sein Vorgänger. Die marokkanische Gesandtschaft, die im vorigen Jahr unter uns weilte, steht wohl noch in frischer Erinnerung; aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Lage des Sultans außerordentlich schwierig ist. Das Vordringen der Franzosen von ihren saharischen Besitzungen und Dependenzen aus an die Ostgrenzen Marokkos, kommt überhaupt nicht zum Stehen, und immer erneute Grenzregulierungskommissionen ringen

den Marokkanern einen Fetzen tributpflichtigen Landes nach dem andern ab. Auch gegenwärtig tagt eine solche Kommission in Mustapha und wir werden von ihren Errungenschaften wohl noch zu reden haben. Dazu liegt die französische Flotte in Toulon allezeit aktionsfertig zur Hand, wenn es gilt, französische Ansprüche aufrecht zu erhalten. Dann kommt Spanien, das, seit es seine Position in Westindien und im Stillen Ozean verspielt hat, um so eifriger seine alten marokkanischen Interessen hütet. Ist doch Spanien die einzige Macht, die einen festen Punkt auf marokkanischem Boden besitzt, und neuerdings daran geht, durch Befestigung der Chavarinas-Inseln, nördlich vom Cabo del agua, sich hart an der algerisch-marokkanischen Grenze eine starke Position zu sichern. Nicht weniger eifersüchtig halten die Engländer den Blick auf die West- und Nordküste Marokkos gerichtet, fest entschlossen, keine fremden Besitzergreifungen an diesen Küsten zu dulden. Diese Verhältnisse erklären es, daß, als vor kurzem in Tetuan Unruhen ausbrachen, die von den Riff-Kabylen ausgingen, es sofort zu einer Flottendemonstration von Seiten der genannten drei Mächte kam. Jetzt ist, nach der Versicherung von Mr. Delcassé, in Tetuan wieder alles zu friedlicher Ordnung zurückgekehrt, sodaß ein Einschreiten der Mächte unnötig geworden ist; doch ist uns noch nicht zuverlässig bekannt, ob tatsächlich die fremden Kreuzer bereits den Rückweg angetreten haben.

Ein anderer Zwischenfall hätte gleichfalls gefährlich werden können: In Taza, östlich von Fez, hatte ein Sherif auf Grund göttlicher Inspiration sich zum Sultan proklamieren lassen, und der mächtige Stamm der Riata, in dessen Gebiet Taza liegt, war ihm zugefallen. Diese Riata, die für den tapfersten Teil der marokkanischen Bevölkerung gelten, sind ein Mischvolk, dessen Herkunft nicht ganz feststeht; aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Untergrund dieser Stämme lybischer und äthiopischer Rasse, und später stark durch römische und vandalische Einwanderung umgebildet worden. Sie gelten als entschiedene Feinde aller Europäer, und diese Abneigung gegen das Fremde ist gewiß ein Faktor ihrer Erregung gegen Sultan Abdul Asis gewesen. Daß es dem Sultan gelang, den Prätendenten und die Riata rasch und vollständig niederzuwerfen, hat für den Augenblick seine Autorität außerordentlich gefestigt, und das kann nur als sehr erfreulich bezeichnet werden. Je stärker er im eigenen

Lande seine Stellung behauptet, um so weniger liegt die Gefahr einer Verwicklung vor, wie sie ein lange währender Bürgerkrieg wohl sicher nach sich ziehen würde. Schon 1894 erklärte das „Journal des Débats": Es gibt keine Frage, die für Frankreich wichtiger wäre, als die marokkanische. Gerade jetzt, da Herr Delcassé von allen Seiten wegen des Siam-Vertrages vom 7. Oktober d. J. angegriffen wird, wäre es ihm ganz unmöglich gewesen, wenn er seine Stellung behaupten wollte, auch nur um einen Schritt in marokkanischen Angelegenheiten zurückzuweichen. Es fällt übrigens auf, daß trotz des energischen Eintretens des „Journal de St. Petersbourg" für Delcassé, dessen wir vor acht Tagen gedachten, die gegen ihn gerichteten Angriffe der russischen Presse fortdauern. Kombiniert mit den Angriffen der französischen Kolonialpartei, gibt das für den Minister eine nicht ungefährliche Situation, zumal Mr. Doumer, der neue Präsident der Budgetkommission, als anerkannt tüchtiger Kandidat für die Nachfolgerschaft bereit steht. Sollte es wirkich dahin kommen, daß Delcassé genötigt wird, seinen Siam-Vertrag zurückzuziehen, so wird sich die Position nicht behaupten lassen. Vielleicht steht es damit im Zusammenhang, daß, gewiß nicht ohne sein Zutun, ein Konsortium französischer Kapitalisten und Ingenieure sich zusammengefunden hat, um in Südpersien große Eisenbahnbauten auszuführen. Das wäre ein Mittel für Mr. Delcassé, die Gunst der öffentlichen Meinung Rußlands, deren politische Bedeutung für das jeweilige französische Ministerium doch immer fühlbarer wird, zurückzugewinnen, weil die Petersburger und Moskauer Journalisten darin einen gegen England gerichteten Schachzug erkennen würden.

Das offizielle Frankreich hat noch mancherlei Ungelegenheiten. Herr Jules Lemaître ist mit einer Agitation hervorgetreten, die sich eine Verfassungsänderung zum Ziel nimmt, und die direkte Wahl des Präsidenten der Republik durch alle stimmberechtigten Bürger verlangt. Aber über diesen Gedanken hat sich die nationalistische Partei gespalten, so daß sie im Augenblick schwächer dazustehen scheint. Die Idee an sich aber ist gefährlich, weil ein auf solcher Basis gewählter Präsident „un président nationalisé" ganz andere Ansprüche auf Autorität erheben dürfte, als unter gegenwärtgen Verhältnissen denkbar ist. In Plebisziten liegt auf französischem Boden immer die Gefahr einer Diktatur.

Von großem Interesse ist der in Frankreich ernst erwogene Gedanke der zweijährigen Dienstpflicht. Bekanntlich begann die französische Republick mit fünfjähriger Dienstpflicht. In den 31 Jahren, die seither hingegangen sind, wird die Nation sich darüber klar geworden sein, ob ihre heutige dreijährige Dienstzeit zu große Anforderungen an den Einzelnen stellt. Die Demokratisierung der Armee, die im Prinzip durchgeführt ist, müßte dadurch noch weiter gefördert werden. So ist der Gesamteindruck, den man aus den gegenwärtigen französischen Verhältnissen gewinnt, der einer außerordentlichen Nervosität, die nach Betätigung verlangt.

Es läßt sich aber wörtlich dasselbe von der gegenwärtigen Stimmung in Rußland sagen, nur mit dem Unterschiede, daß es unter einem autokratischen Regiment schwerer fällt, Stimmungen in praktische Politik umzusetzen; im Grunde sind es stets dieselben Probleme, die umgewälzt werden: Die Notwendigkeit einer Reform der bäuerlichen Verhältnisse, der Niedergang von Landwirtschaft und Industrie, die Not und die Reformpläne der studentischen Jugend, und endlich der Ärger über alle anderen Nationen der Welt, die Franzosen nicht ausgeschlossen. Es ist merkwürdig, wie lehrhaft allen Staaten die Wege gewiesen werden, die sie hätten gehen müssen. Wer die russischen Korrespondenzen aus Berlin, Paris, Wien oder London verfolgt, erstaunt über die hochmütige Überlegenheit, mit der die große und kleine Politik der europäischen Staaten vor dem russischen Publikum zerpflückt wird; und ebenso über die sittliche Überlegenheit, mit welcher diese Herren von ihrem Standpunkte aus die Sünden des Auslandes geißeln. Der russische Leser muß den Eindruck gewinnen, als ob jenseit der russischen Grenzpfähle eine ebenso unfähige, wie sittlich verkommene Welt ihr höchst verwerfliches Dasein friste. Nur nach einer Richtung hin erkennen diese Herolde dem Abendlande besondere Gaben zu: wenn es sich darum handelt, nachzuweisen, mit welcher Perfidie alle Welt darauf ausgeht, das gute Recht Rußlands zu untergraben und zu gefährden. Man bedauert nur, daß diese politischen Sittenrichter nicht Gelegenheit finden, im heiligen Rußland selbst ihre diplomatischen Gaben und ihre ethischen Qualitäten zur Geltung zu bringen. Aber das ist echt slavisch und findet sein Analogon sowohl in Galizien und Prag, wie in den frischgebackenen Selbständigkeiten der slavischen Balkanstaaten.

Durch Bescheidenheit hat sich keine jener Nationen und Nationchen jemals ausgezeichnet. Ihre Presse ist die hochfahrendste und anspruchsvollste Europas, allezeit bereit, die Legionen marschieren zu lassen, über die sie glücklicherweise nicht zu verfügen hat. Auch meinen wir, daß man ihnen fast zuviel Ehre antut, wenn man von all ihren Ministerwechseln und politischen Krisen Notiz nimmt; hat doch der junge König Alexander von Serbien seit seinem Regierungsantritt 1894, nicht weniger als 11 Ministerien verbraucht, und viel geringer wird die Zahl der wechselnden bulgarischen Ministerien auch nicht gewesen sein. Diese interessanten Nationen brauchen eine politische Vormundschaft, und wo diese die Zügel nicht straff genug anzieht, gibt es allezeit Lärm. Heute sind es zwei Vormünder, und es macht einen beinahe drolligen Eindruck, wenn jetzt die „Nowoje Wremja", die alte Feindin Österreichs, die antirussische Tendenz des allerneusten serbischen Ministeriums für gleichgültig erklärt, da ja Rußland und Österreich die Politik des Balkans bestimmten.

Großes Aufsehen hat die nunmehr veröffentlichte Korrespondenz zwischen Chamberlain und Botha gemacht. Es sind im ganzen vier Schreiben, darunter zwei recht umfangreiche. Das interessanteste Resultat dieser Korrespondenz ist, daß Chamberlain tatsächlich den Burengeneralen bei ihrer ersten Audienz jede über die Abmachung von Vereeniging hinausgehende Unterstützung versagte. Das würde unsere Konjektur bestätigen, daß die Agitationsreise der drei Generale im Resultat ein außerordentlich wirksames Pressionsmittel gewesen ist. Sehr erfreulich ist, daß Chamberlain es ausdrücklich als Pflicht der englischen Regierung anerkannt hat, für die Witwen und Waisen der Buren zu sorgen. Die letzte Entscheidung in prinzipiellen wie in Detailfragen aber hat er einer afrikanischen Reise vorbehalten. Am 25. d. ist er auf dem „Good Hope" nach Afrika abgedampft.

Überraschende Nachrichten bringen englische Depeschen vom 20. und 21. November über die Zustände in Venezuela. Wir setzen den Text des „Standard" her: Caracas, den 21. November. „Die venezolanische Regierung hat einen scharfen Protest gegen die britische Regierung erlassen, weil die englische Korvette „Fantom" in den Orinoko dringt; das sei ohne Erlaubnis geschehen und eine Verletzung der Souveränität von Venezuela. Die venezolanische Regierung wartet auf Antwort."

Hieran schließt sich das folgende Telegramm aus Washington vom 21.: nachstehende Depesche ist aus Willemstad (Curaçao) eingelaufen: „Mr. Haggard hat Venezuela wiederholt, daß Großbritannien sich nicht für verantwortlich hält wegen des Vorgehens von Ban Righ, (von den Gegnern Castros ausgerüstetes Kaperschiff) sondern fortfährt, ganz neutral zu bleiben; daß es auch zum Beweis seiner versöhnlichen Haltung dem Ban Righ untersagt habe, sich in Trinidad wieder auszurüsten. Präsident Castro hat diese Erklärung nicht angenommen und besteht auf Satisfaktion. Ein venezolanisches Organ erklärt, daß Trinidad das Hauptquartier der Revolution gewesen sei, und daß Mannschaft und Munition von dort her abgeschickt wurden. Es behauptet ferner, daß Großbritannien die Welt gegen Präsident Castro aufgereizt und voreingenommen habe, daß die Blockade effektiv sei und daß man britische Schiffe, welche sie verletzen, aufheben werde. In diplomatischen Kreisen weiß man, daß Großbritannien angehaltene Fahrzeuge gewaltsam befreien wird. Deutschland unterstützt Großbritannien (is upholding)". Hieran schließt sich ein Newyorker Telegramm aus Caracas, gleichfalls vom 21.: „Die europäischen Mitglieder des diplomatischen Korps suchen Mr. Bowen, Gesandten der Vereinigten Staaten, zu überreden, daß er sich ihrer Erklärung anschließe, daß nämlich die Blockade des Orinoko nicht effektiv sei. Diese Stellung haben Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien eingenommen. Aber Mr. Bowen hat eine diskrete Antwort gegeben und es abgelehnt, sich mit ihnen zu identifizieren. Das von dem venezolanischen auswärtigen Amt inspirierte Regierungsorgan hat den britischen Vertreter, Mr. Haggard, aufs neue angegriffen und behauptet, er suche kurz vor seinem Abgang Aufsehen zu machen." Nachdem dann das Blatt die Besetzung der Insel Pathos durch England kritisiert hat, fährt es fort: „für Venezuela ist die Zeit gekommen, die Angriffe ernstlich in Betracht zu ziehen, welche gegen seine Souveränität von einer scheinbar befreundeten, in Wirklichkeit feindseligen Macht ausgehen."

Zu diesem Telegramm bemerkt der Newyorker Gewährsmann des „Standard": Die Haltung des Präsidenten Castro erklärt sich daraus, daß er glaubt, Großbritannien werde, um Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, nicht Gewalt brauchen.

Nach einem anderen Telegramm aus Willemstad (Curaçao) haben die gespannten Beziehungen zwischen England und Venezuela sich noch dadurch verschärft, daß England Satisfaktion in der Ban Righ-Affäre verweigerte und daß die Regierung von Trinidad die Orinokoblockade nicht anerkannte. Präsident Castro sieht die Weigerung der Regierung von Trinidad, seine am Tage nach der Flucht des Generals Matos erlassene Proklamation anzuerkennen, als einen ferneren Beweis dafür an, daß England die Revolutionäre unterstützt. Den Schluß dieser Reihe bildet ein Telegramm des Privatkorrespondenten des „Standard" aus Newyork vom Freitag nachts: „A propos der Nachricht, daß Präsident Castro England im Vertrauen auf den Schutz der Vereinigten Staaten herausfordert, bemerkt der „Commercial advertiser": Die Amerikaner werden es mit größter Genugtuung ansehen, wenn die Unverschämtheit und Unredlichkeit Signor Castros eine heilsame Züchtigung durch England oder eine andere Macht erfährt." Das Blatt rät, ein Kriegsschiff auszusenden, damit es Zeuge solcher Züchtigung sei, und dadurch bewiesen werde, daß die Monroe-Doktrin kein Schirm für Handlungen, wie die Venezuelas sei.

Abgesehen von dem, was diese Telegramme bringen, wissen wir nichts, außer, daß allerdings die venezolanischen Händel die Geduld aller an friedlichen Beziehungen interessierten Staaten schon längst erschöpft haben. In jenen südamerikanischen Fehden handelt es sich fast ausschließlich um das Interesse ehrgeiziger Führer, nicht um Interessen des Landes, und die Vorstellung, daß dieses Treiben unter allen Umständen durch die Monroe-Doktrin gedeckt werde, bedarf allerdings dringend einer Korrektur. Parallel mit diesen venezolanischen Nachrichten geht die erfreulichere Kunde, daß in Kolumbien endlich der Friede hergestellt ist. Der Oberkommandierende der Aufständischen, Herrera, hat sich, wie es scheint unter amerikanischer Vermittlung, verpflichtet, die Flotte und alles Kriegsmaterial der aufständischen Provinzen auszuliefern, wogegen die Regierung volle Amnestie gewährt und die Besiegten auf ihre (der Regierung) Kosten in die Heimat zurückschafft. Das nächste wird dann sein, daß der Kongreß berufen wird, um eine endgültige Entscheidung in der Frage des Panamakanals zu treffen und lange schwebende Streitfragen, wie die über den Wahlmodus zu regeln.

Wichtiger als diese süd- und mittelamerikanischen Angelegenheiten können die Nachrichten werden, die uns aus englischer und russischer Quelle aus Afghanistan zugehen. Schon am 19. November brachte die „Nowoje Wremja" ein Telegramm aus Bombai, demzufolge ein Aufstand in Afghanistan ausgebrochen sei; jetzt bringen Londoner Zeitungen die folgende Nachricht aus Kalkutta: „Der Aufstand in Afghanistan nimmt täglich zu. Die Brüder des Emir agitieren. Die Manöver der britischen Truppen bei Delhi sind infolge dessen abgesagt worden. Ein Armeekorps steht schon bereit, um im Notfall an die afghanische Grenze zu rücken. Die Ankunft Kitcheners wird mit Ungeduld erwartet." Damit wäre eine Petersburger Depesche des „Globe" zu kombinieren, die der „Temps" wiedergibt und der zufolge in Petersburg das Gerücht verbreitet sein soll, der Emir von Afghanistan hätte englischen Agenten gestattet, sich in Herat zu installieren, auch habe der kriegerische Stamm der Benesuebi die englischen Offiziere gut aufgenommen, welche ihre festen Plätze inspizierten. Der Korrespondent fügt hinzu, daß diese Gerüchte genügten, um die wachsende Tätigkeit der Russen in diesem Teil Afghanistans zu rechtfertigen.

Auch diese Nachrichten entziehen sich zunächst jeder Kontrolle, aber es muß doch hervorgehoben werden, daß die russische Presse einen immer schärferen Ton gegen England anschlägt. Als die Nachricht von der Befestigung Famagustas (auf Cypern) sich in Rußland verbreitete, gab die „Nowoje Wremja" das Signal zum Vorgehen der übrigen Blätter. „Aus der „Kohlenstation", welche England dafür erhielt, daß es unsere Diplomatie auf dem Berliner Kongreß betrog, wird bald ein zweites Gibraltar geworden sein. Der östliche Teil des Mittelländischen Meeres wird bald das Britische Meer heißen, ganz wie die Engländer schon jetzt sagen „Shanghai is British" (Schanghai wird bekanntlich nach Vereinbarung aller Okkupationsmächte gerade jetzt geräumt!) Aus Famagusta kann es je nach Bedürfnis die Küsten Ägyptens, Syriens und Kleinasiens, ja Kreta und die Besikabai am Eingang der Dardanellen heimsuchen. Nach der anderen Seite hin aber wird England seine Besitzungen in Yemen und an der Somalikküste erweitern, bei Aden und Berbera, und das alles unter dem plausibeln Vorwande, daß es sich seinen Seeweg nach Indien sichern müsse. Hieran schließt sich die Klage,

daß zwar Frankreich sein möglichstes tue, um durch Toulon, Biserta, Korsika ein Gegengewicht zu schaffen, aber Spanien und Italien wie hypnotisiert zuschauten. Und doch sei, da trotz aller Handelsrivalitäten Deutschland sich mit den stammverwandten Engländern verständige, die Union der Lateiner eine unerläßliche Notwendigkeit. Darin liege die Bürgschaft für eine politische Wiedergeburt Italiens und Spaniens. Daß zum Schluß der Hieb auf Deutschland nicht fehlt, versteht sich von selbst. Seit England sich dem großen Orient zugewandt, habe Deutschland sich in dem europäischen Orient eingenistet. Und doch liege der nahe Orient Rußland zunächst, diese einfache Wahrheit solle nicht vergessen werden, und man solle auch nicht vergessen, daß diese nahe Nachbarschaft der russischen Politik bestimmte Pflichten auferlege!

Das sind uns sehr bekannte Töne, die weiterer Analyse nicht bedürfen. Aber man kann im Hinblick auf die bittere Feindseligkeit, die sich hier gegen England ausspricht, wohl die Frage aufwerfen, was denn aus jener russisch-englischen Allianz geworden ist, für welche die Politiker der „National Review" und ihre Freunde in Petersburg und Moskau so lange und so begeistert agitiert haben?

Zum Schluß die charakteristische Notiz, daß die Universität Jurjew, die jetzt ein hundertjähriges Jubiläum feiert, indem sie sich die Vergangenheit Dorpats zu gut schreibt, den Priester Joan v. Kronstadt, den bekannten Wundertäter, zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt hat. Sic transit gloria!

27. November. Mr. White tritt von seinem Posten als Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin zurück.
27. November. In der italienischen Kammer wird das Ehescheidungsgesetz eingebracht.
27. November. Französisch-ägyptischer Handelsvertrag auf 21 Jahre.
27. November. Eröffnung des rumänischen Parlaments.
1. Dezember. Rücktritt des Ministeriums Zaimis in Athen.
1. Dezember. Eröffnung des Kongresses in Washington durch eine Botschaft des Präsidenten.

3. Dezember 1902.

Die makedonischen Angelegenheiten wollen nicht zur Ruhe kommen. Die nach allen Richtungen hin Sturm prognostizierenden Leitartikel und Zuschriften der russischen Blätter sind auch, wo sie in ihrer Parteirichtung schroff auseinandergehen, darin einstimmig, daß sie die Fortdauer der gegenwärtigen Zustände in Makedonien für unhaltbar erklären. Für das Frühjahr wird eine neue Erhebung angekündigt und dann, so liest man deutlich zwischen den Zeilen, wird auch eine Aktion Rußlands nicht mehr zu umgehen sein. Wir wiesen schon vor 8 Tagen auf die haarsträubenden Schilderungen hin, welche von den Spezialkorrespondenten russischer Zeitungen über die von den Türken in Makedonien verübten Greuel umlaufen. Schon damals erschien uns wahrscheinlich, daß diese Berichte auf bulgarische Quellen zurückgehen, und deren Respekt vor der Wahrheit schätzen wir ganz außerordentlich niedrig ein. Eine Polemik zwischen dem Uchtomskischen Blatt („Peterburg. Wjedomosti") und dem Ssuworinschen („Nowoje Wremja") bestätigt die Rechtmäßigkeit dieses Bedenkens in drastischer Weise. Es ergibt sich nämlich daraus, daß die so großes Aufsehen erregenden Mitteilungen der „Nowoje Wremja" nichts anderes sind, als Artikel der in Sofia erscheinenden „Abendpost", die ihrerseits (aber mit Zitat) wieder von den „Peterb. Wjedomosti" benutzt werden. Damit schrumpft naturgemäß die Bedeutung der mitgeteilten Tatsachen stark zusammen,

denn die ungeheuerlichen Übertreibungen der bulgarischen Parteiblätter sind bekannt, und ebenso täuscht sich niemand über die von ihnen verfolgte Tendenz.

Immerhin ist der Rest an Wahrheit, den andere unverdächtige Quellen ergeben, so groß, daß nicht weiter bestritten werden darf, daß eine makedonische Frage allerdings besteht. Der Schwerpunkt des allgemeinen, oder sagen wir, des europäischen Interesses an diesen Dingen scheint uns nun darin zu liegen, ob dieses makedonische Problem von der Türkei gelöst wird, oder ob es dem bulgarischen Ehrgeiz und Größenwahn gelingt, die Verhältnisse so zuzuspitzen, daß die makedonische Frage wiederum zu einer orientalischen Frage im weiteren Sinne des Wortes wird.

Wenn man heute eine Umfrage bei den großen Mächten, die direkt oder indirekt an der Lösung des Problems interessiert sind, veranstalten könnte, so wäre die Antwort nicht zweifelhaft. Einen orientalischen Krieg wünscht keine von ihnen und das bedeutet auch, daß keine von ihnen das Einschreiten einer anderen Macht — wobei doch nur an Rußland zu denken wäre — wünschen darf. Denn jede Aktion im Orient ist in ihren Konsequenzen von nicht zu berechnender Tragweite. Wer mag vorhersehen, welche Konflikte sich daraus ergeben können, und wo die einmal angefachte Flamme weiter zündet? Auch läßt sich mit voller Sicherheit sagen, daß vor allem Rußland selbst eine solche Lösung nicht wünscht. Argumente der inneren russischen Politik, wie Erwägungen, die in der Weltlage ihre Rechtfertigung finden, die Friedensliebe des Zaren und die Notlage der russischen Finanzen, sprechen in gleichem Maße dagegen. Und aus denselben Gründen dürfte man in Livadia einer Konferenz abgeneigt sein, da die historische Erfahrung gezeigt hat, daß solche Konferenzen die Lage verschärft haben und die Unversöhnlichkeit bestehender Gegensätze klarer zu Tage treten ließen. Die Schwierigkeit für Rußland liegt aber neben dem als höchst unbequem empfundenen Drängen der öffentlichen Meinung der Hauptstädte, und wie wir glauben hinzufügen zu können, der Armee, auch in den Differenzen der französischen und russischen Interessen, die neuerdings wieder mit großem Nachdruck von Seiten des russischen Klerus im Orient geltend gemacht worden sind. Er klagt über die katholische Propaganda der aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen im Orient,

und wenn die Berichte, welche darüber den Zeitungen zugehen, nicht übertrieben sind — ein Vorbehalt, den wir stets machen, wo wir von der russischen Presse reden —, scheint allerdings die griechische Kirche überall zurückgedrängt zu werden, wo sie mit der französisch-katholischen Propaganda zusammenstößt. Jene französischen Priester sind eben besser gebildet und, was doch auch mitspielt, sie verfügen über größere Geldmittel.

Daß Österreich-Ungarn keinen orientalischen Krieg will, läßt sich a priori annehmen. Es müßte einen großen Teil der Gefahren auf sich nehmen und auch bei günstigem Ausgang die Last seiner Schwierigkeiten nur vermehren. Fast dasselbe möchten wir von Italien und auch von England sagen, dessen politische Orientierung nach anderer Richtung geht und das gerade genug in Asien, Afrika und Amerika zu tun hat. Deutschland aber steht ganz außer Frage. Es hat auf diesem Boden kein anderes Interesse, als den Frieden zu erhalten.

So bleibt denn die andere Frage, was die Türkei tun kann, um die ohne Zweifel gefährliche Bewegung in Makedonien zum Stehen zu bringen. Mit der militärischen Verdrängung der Banden des makedonischen Komitees und mit der (oft barbarisch strengen) Züchtigung derjenigen Makedonier, die sich ihnen, sei es nun freiwillig oder gezwungen, angeschlossen haben, ist es gewiß nicht getan. Denn einmal hat sich gezeigt, daß die verdrängten Haufen immer wiederkehren, wenn Zeit und Gelegenheit ihnen günstig ist, dann aber rufen die Gewaltsamkeiten der türkischen Truppen Haß und neue Erhebungen hervor, sobald der Zwang schwindet. Auch erwarten wir von dem, was man in bulgarischen Kreisen unter „Reform" versteht, nur wenig. Nicht um konstitutionelle Staatsformen, sondern um gesicherte wirtschaftliche Existenz handelt es sich für die Makedonier, jedes Eingreifen der Türken in die Frage des Nationalitätenhaders aber würde die Lage noch weiter verschärfen.

Serben, Bulgaren, Griechen und Türken können nebeneinander nur dann in Frieden leben, wenn keinem Teil die ausschließliche Herrschaft zufällt, oder um es in ein Schlagwort zusammenzufassen, wenn die Autorität des Sultans das Gleichgewicht aufrecht erhält.

Hier aber liegt das Problem. Es läßt sich seit Jahren verfolgen, daß die Qualität der türkischen Beamten in Makedonien

herabgeht, weil den Beamten ihre Gehälter besten Falles unregelmäßig, meist aber gar nicht bezahlt werden; diese Leute leben von Erpressungen, und es liegt auf der Hand, wie Justiz und Verwaltung darunter zu leiden haben. Dazu kommt, daß die Gendarmerie ganz aus Muhamedanern besteht, was ebenfalls in der Praxis der Polizeiwirtschaft harte Ungerechtigkeiten zu Folge hat, da die obersten Landesbeamten, die Valis, ihrer Aufgabe offenbar nicht gewachsen sind, da für die Aufbesserung der Kommunikationen so gut wie garnichts geschehen ist und endlich das Schulwesen der großen Provinz ganz darniederliegt. Das alles aber sind Übel, die sich sehr wohl beseitigen ließen, sobald die Pforte wirklich tüchtige Beamte an die Spitze Makedoniens stellt, und die Geldmittel flüssig macht, die nun einmal beschafft werden müssen, um den Fundamentschaden, das faktische Raubsystem der Beamten zu beseitigen.

Bisher hat es aber, in sehr übel angewandter Sparsamkeit und Sorglosigkeit gerade daran gefehlt, obgleich die Aufgebote der letzten Monate gewiß größere Kosten verursacht haben, als die Erfüllung dieser dringendsten staatlichen Pflichten verlangt hatte. Aber es ist ja eine bekannte Tatsache, daß, sobald Geld im Schatze ist, die rückständigen russischen Forderungen von 1878 her durch drohende Vorstellungen beigetrieben werden, und neuerdings ist von Frankreich bei solchen Gelegenheiten die Lorando-Tubini-Schraube recht rücksichtslos dem türkischen Daumen aufgesetzt worden. Kurz, wenn wir zusammenfassen, an sich scheinen uns diese makedonischen Nöte keineswegs unheilbar. Wenn die bestehenden Gesetze wirklich ausgeführt werden, und die Autorität des Sultans den unfähigen und ungetreuen Beamten gegenüber einsetzt, wenn die Gehälter bezahlt, das wirtschaftliche Leben gefördert, die staatsrechtliche Gleichberechtigung der Christen nicht nur anerkannt, sondern auch durchgeführt wird, wenn —! Daran liegt es, und wohl eine nicht allzu ferne Zukunft wird uns lehren, ob Wille und Mittel dazu in der Türkei aufzutreiben sind. Daran hängt alles.

Wir haben oben der Schwierigkeiten gedacht, welche sich zur Zeit im inneren Leben Rußlands geltend machen. Es ist von ihnen neuerdings weit mehr die Rede gewesen als in früheren Zeiten, und wir haben an dieser Stelle noch jüngst auf das Buch von Brüggen hingewiesen (Das heutige Rußland, Leipzig 1902), das mit großem

Nachdruck zeigte, daß sich in Rußland eine Wandlung vorbereite, und da die gegenwärtigen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen diesen so überaus wichtigen Problemen nahestehen, wollen wir das Buch nur nochmals dringend empfehlen.

Seit dem 1. Juli des laufenden Jahres ist aber eine neue Quelle der Belehrung flüssig geworden, die freilich nur denjenigen zugänglich ist, die russisch lesen können. Wir meinen die von Peter Struve herausgegebene, alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift „Die Befreiung", von der bisher 10 sehr inhaltreiche Nummern vorliegen. Die Zeitschrift erscheint in Stuttgart, und ist durchaus ernst zu nehmen. Herr Struve, wohl derselbe, der 1894 die „kritischen Bemerkungen über die ökonomische Entwicklung Rußlands" veröffentlichte, gehört zu den avancierten Liberalen Rußlands, was sich etwa mit dem heute in Frankreich regierenden Liberalismus deckt, also radikal und sozialistisch gefärbt ist. Herr Struve ist kein Freund terroristischer oder anarchisch-nihilistischer Tendenzen, aber er findet im Hinblick auf die in Rußland bestehenden Verhältnisse schließlich alles begreiflich, und in gewissem Sinn auch entschuldbar. Der Hauptwert der Zeitschrift liegt in den Korrespondenzen, die ihr aus Rußland zugehen, in den veröffentlichten Aktenstücken, und es ist nicht undenkbar, daß sie mit der Zeit eine ähnliche Bedeutung gewinnt, wie einst der „Kolokol" Herzens unter Kaiser Nikolaus I. und unter Alexander II. Vornehmlich auf Grund dieser Struveschen Materialien und Ausführungen sind dann die in unserer Presse nicht genügend beachteten Artikel von Dr. P. Rohrbach geschrieben, deren Inhalt sich kurz dahin zusammenfassen läßt, daß das System Witte am Ende seiner Weisheit sei, und wenn es sich trotzdem weiter behaupten sollte, der Staatsbankerott Rußlands die notwendige Konsequenz sein müsse. Mit dieser Gefahr sei zu rechnen, und deshalb fernerer Kredit den Russen nicht zu gewähren. Nebenher zeigt er an der Hand der Struveschen Materialien, daß zwischen dem Minister des Innern Plehwe und Herrn Witte ein bitterer Kampf ausgefochten werde, und der Finanzminister im Gegensatz zum Minister des Innern liberalisierende Anwandlungen zu zeigen beginne. Wir haben auf den beginnenden Gegensatz zwischen den beiden mächtigsten russischen Ministern schon lange, bevor diese Frage von Struve angeregt wurde, hingewiesen, aber wir sehen in ihr keinerlei Prinzipienfrage,

sondern eine Machtfrage von Mann zu Mann, in welcher die Entscheidung in Livadia, oder, da es nicht wahrscheinlich ist, daß sie sobald fällt, in Petersburg getroffen werden wird. Die Gerüchte, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, daß der Rücktritt des Oberprokureurs Pobedonoszew unmittelbar bevorstehe, sind offenbar nichts anderes, als Symptome dieses Kampfes gewesen, denn Pobedonoszew und Witte sind Bundesgenossen, und aus der Umgebung Plehwes muß diese Nachricht hervorgegangen sein, die mehr den Wünschen derjenigen entsprach, die sie verbreitet haben, als der Wirklichkeit. Pobedonoszew ist im Amt geblieben, und aller Wahrscheinlichkeit nach bleibt er es bis an sein Lebensende. Noch vor wenigen Tagen beantwortete uns ein vortrefflich orientierter Russe die Frage, ob Pobedonoszew wirklich gehen werde, mit den Worten: „Daß er geht glaube ich nur, wenn es Tatsache geworden ist. Kaiser Alexander III. hat ihn sterbend dem Sohne als den Mann empfohlen, auf den er unter allen Umständen hören solle. Nikolaus II. hält an nichts fester als an dem Willen des Vaters". Und damit sind wir an einen Punkt gekommen, der die schwache Seite der Struveschen Zeitschrift ist. Jene Petersburger und Moskauer Zuschriften enthalten zwar gelegentlich sehr wertvolle Nachrichten, aber sie wollen höchst vorsichtig angefaßt sein. Gerade daß sie aus den Kreisen der „besten" Gesellschaft stammen, mindert ihre Glaubwürdigkeit. Denn abgesehen von einer gewissen Gleichgültigkeit der Wahrheit gegenüber, wie sie aus Neigung zum Übertreiben sich ergibt und der slavischen Natur eigentümlich zu sein scheint, ist es Tatsache, daß nirgend in der Welt politisch mehr geklatscht wird, als in den vornehmen Kreisen Petersburgs. Der Fürst Meschtscherski hatte früher in seinem „Graschdanin" eine stehende Rubrik für die politischen Klatschbasen (kumuschki), welche diese Tendenz nicht übel persiflierte. Eine Nachricht, wie Herr Struve sie jüngst brachte, daß nämlich Witte Hals über Kopf aus Sibirien aufgebrochen sei, um sich in Livadia gegen die Beschuldigungen Plehwes zu rechtfertigen, ist — eine Tatarennachricht und auf ähnliche Phantasien lebhafter Korrespondenten sind wir mehrfach gestoßen. Auch finden wir noch kein sicheres Anzeichen dafür, daß Wittes Stellung erschüttert sei. So lange Pobedonoszew ihm zur Seite steht, hat er nichts zu fürchten.

Was aber den drohenden Zusammenbruch der russischen Finanzwirtschaft betrifft, so halten wir die von Brüggen und Rohrbach zusammengetragenen Daten im wesentlichen für richtig, trotzdem aber den erwarteten Zusammenbruch für wenig wahrscheinlich. Das russische Reich ist trotz seiner Erschöpfung zu reich an natürlichen Hilfsmitteln, um verzweifeln zu müssen, und seine politische Stellung hängt zu sehr an der Erfüllung übernommener Verpflichtungen, als daß es sich über sie hinwegsetzen könnte. Es hat unserer Meinung nach allerdings etwas zu bedeuten, daß Rußland bisher immer seinen Coupon bezahlt hat, sogar in der schweren Zeit, die zwischen 1815 und 1823 liegt, weil sich daraus ergibt, daß ein russischer Kaiser nicht anders kann, als seine politische Ehre unter allen Umständen nach außen hin zu behaupten. An die Möglichkeit eines Staatsbankerotts, der auswärtige Anleihen trifft, würden wir erst glauben, wenn die Nationalversammlung aller Reußen die Regierung in ihre vorurteilslosen Hände genommen hat. Auch wenn Witte gehen sollte, wird — immer unter obiger Voraussetzung — sein Nachfolger genötigt sein, vor allen Dingen die Zinsen der auswärtigen Schuld zu sichern.

Als weiteres Aktivum in der russischen Rechnung kommt die beispiellose Dulderkraft des russischen Volkes in Betracht. Das Elend, das dieses Volk in den letzten 12 Jahren getragen hat, übersteigt das Glaubliche und auch heute trägt es, trotz der, nur durch falsche Vorspiegelungen, welche den Zaren selbst als Führer zeigten, hervorgerufenen Unruhen geduldig, was „Gott gegeben hat". Unserer Meinung nach tritt die wirtschaftliche und politische Krisis erst mit dem Moment ein, wo die Leitung des Staates in die Hände dessen übergeht, was man die russische Intelligenz nennt. Wir haben vor ihr, abgesehen von den selbstverständlich vorhandenen rühmlichen Ausnahmen, einen außerordentlich geringen Respekt, und wissen bestimmt, daß das russische Volk vor ihr gar keinen Respekt hat. Der Tschinownik — und wer ist in Rußland nicht Beamter und nicht glücklicher Besitzer eines Tschin — hat für die Masse der Bevölkerung nur soweit Bedeutung, als der Zar hinter ihm steht. Wer aber genügende Kraft politischer Phantasie hat, um sich eine russische konstituierende Versammlung zu denken, sieht auch gleich hinter ihr die große russische Republik. Wir möchten nicht zu denen gehören,

die sie in Rußland erleben. Die Greuel der ersten französischen Revolution würden matt und farblos im Vergleich erscheinen.

Summa Summarum, behält Rußland Frieden nach Westen und Süden hin, so wird es diese Krisis überstehen wie frühere auch. Aber allerdings ist die Krisis außerordentlich gefährlich und die steigenden Ansprüche der Semstwos erscheinen, so berechtigt ein Teil ihrer Forderungen ist, höchst bedenklich als Vorläufer anderer ganz unberechtigter, über die eigene Leistungsfähigkeit weit hinausgehender Zukunftsforderungen. Unerläßlich ist einheitliche Leitung durch eine starke Hand, aber wir wissen nicht, ob und wie lange dieses Unerläßliche in Rußland zu finden sein wird.

Eine sehr beachtenswerte politische Kundgebung finden wir in der „Post" vom 29. November. Sie schreibt: „Der (Pariser) „Eclair" will glauben machen, Deutschland habe in irgend einem früheren Stadium mit der französischen Regierung Verhandlungen über Marokko anzuknüpfen versucht. Das ist nach unserer Kenntnis der Dinge niemals geschehen. Die deutsche Regierung hat nicht nur selbst keine Marokko betreffenden Anregungen bei Frankreich gemacht, sie hat auch Versuchen, die in dieser Richtung von dritter Seite unternommen worden sind, keine Folge gegeben." Die Notiz ist sicher offiziösen Ursprungs und wäre gewiß nicht erfolgt, wenn hinter dem „Eclair" nur die Redaktion des Blattes stände. Es handelt sich offenbar um einen Versuch bei der Verschärfung, welche die Unruhen in Marokko zeigen, und der dann nicht unwahrscheinlichen Intervention Englands und Frankreichs, Deutschland als den möglichen Parteigänger Frankreichs hinzustellen. Daran ist natürlich nicht zu denken. Deutschlands Interesse an diesen Küsten ist das der offenen Tür, und je fester wir an diesem Standpunkt festhalten, desto größer ist die Aussicht, ihn durchzusetzen. Auch liegen, trotz der Alarmnachrichten, die einige Tage durch die Blätter gingen, die Dinge nicht so kritisch, wie es wohl scheinen konnte. Im wesentlichen gilt auch heute noch das Bild, das wir vor 8 Tagen entworfen haben, und es scheint, daß die Neigung zur Erledigung der marokkanischen Frage doch nur sehr einseitig gewesen ist.

Wir wenden uns zum Schluß den Verhältnissen zu, wie sie sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestaltet haben. Das Resultat der Wahlen zeigt uns einen Sieg der

Republikaner. Ihre Majorität im Senat betrug 20, im Hause der Repräsentanten 30 Stimmen. Republikanisch hat auch der Staat New-York gewählt, die Stadt, wie zu erwarten stand, demokratisch. Es wäre aber trotzdem ein übereilter Schluß, wollte man annehmen, daß die Wiederwahl Roosevelts zum Präsidenten bei der 1904 bevorstehenden Entscheidung gesichert ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Tatsache den Ausschlag geben, ob der wirtschaftliche Aufschwung des Landes sich bis dahin behauptet, und gerade in diesem Punkte klingen von jenseit des Ozeans höchst pessimistische Stimmen herüber. Allgemein scheint die Befürchtung, daß eine Krisis des amerikanischen Geldmarktes bevorstehe, und das Publikum beginnt e länger je mehr die großen Kapitalistenbündnisse mit Mißtrauen zu betrachten. Und in der Tat, das kann kaum wunder nehmen. Die meisten Trusts zeigen, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen, eine Überkapitalisation. Die gehofften Ersparnisse, die man durch das Zusammenlegen der Einzelbetriebe zu erreichen hoffte, sind keineswegs gemacht worden, die Kosten der Erweiterung des Eisenbahnnetzes haben sich nicht verzinst, und wenn auch die Bruttoeinnahmen der Eisenbahnen gestiegen sind, so haben dafür die Nettoerträge abgenommen. Dazu sind die Arbeitslöhne erheblich gestiegen, gestiegen auch die Preise der Lebensmittel und der meisten Erzeugnisse der Industrie, so daß für jedermann das Leben teurer geworden ist. Bedenklich ist doch auch, daß die Anthrazitkohlenarbeiter in Pensylvanien einen vollen Sieg errungen haben, weil mit dem Erfolge auch die Ansprüche gestiegen sind, so daß neue Unruhen und Krisen keineswegs unwahrscheinlich erscheinen. Als bedenklichstes Symptom aber gilt, daß die Bankreserven keine sichere Unterlage mehr für ihre Depositen bieten; hat man doch berechnet, daß seit 1896 die Einlagen um etwa vier Milliarden Dollars gestiegen sind, während im gleichen Zeitraum die Bankreserven sogar um ein Geringes abgenommen haben. Der frühere Unterstaatssekretär Vanderlip hat sich neuerdings über alle diese Fragen mit höchster Schärfe ausgesprochen, und da er mit den Standard Oil- und Rockfeller-Interessen verbunden ist, will man darin eine Warnung gegen die Morgan-Gruppe erkennen, die fast den Charakter einer Drohung trägt.

Nun liegt auf der Hand, daß die Demokraten, die, seit sie Bryans Silbertheorie aufgegeben haben, auf weit festeren Füßen

stehen und ihren Schwerpunkt auf Bekämpfung der Trusts und der Schutzzölle legen, gewinnen müssen, je mehr jene Schäden allgemein fühlbar werden.

Es wird daher alles davon abhängen, ob es Roosevelt gelingt, seinen Kampf gegen die Trusts durchzuführen und eine Tarifreform zu erreichen. Scheitert er darin, so ist seine Wiederwahl trotz der Majorität, die heute zu ihm steht, mehr als zweifelhaft. Wir wünschen ihm das Beste.

3. Dezember. Arbeiterunruhen in Rostow a. T.
4. Dezember. Annahme der education bill mit 286 gegen 134 Stimmen.
5. Dezember. Genehmigung einer Arbeiterversammlung in Petersburg.
6. Dezember. Konstituierung des konservativen Ministeriums Silvela in Spanien.
7. Dezember. Gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Englands gegen Venezuela.
9. Dezember. Der englische Gesandte und der deutsche Geschäftsträger verlassen Caracas.
9. Dezember. Der amerikanische Gesandte Bowen übernimmt den Schutz der Deutschen und Engländer in Venezuela.

10. Dezember 1902.

In Petersburg hat mit Genehmigung des stellvertretenden Stadthauptes v. Frisch und unter Zustimmung des Herrn Lopuchin, Direktors im Polizeidepartement des Ministeriums des Innern, am 29. November eine erste Arbeiterversammlung stattgefunden, deren Gegenstand die besonderen Interessen des russischen Arbeiterstandes waren. Am 4. Dezember hat Herr v. Plehwe den Vertretern dieser Versammlung in Aussicht gestellt, sie auch ferner in ihren Bemühungen zu unterstützen, so daß man berechtigt wäre, daraus den Schluß zu ziehen, daß Rußland im Begriff ist, in eine Periode des Staatssozialismus einzutreten, zumal den Zeitungen gestattet worden ist, von der vollzogenen Tatsache Notiz zu nehmen. Ob freilich, wie der „Swet" verspricht, Berichte über den Inhalt der Verhandlungen sich werden veröffentlichen lassen, bleibt abzuwarten. Fürst Uchtomski wirft die entrüstete Frage auf, ob denn der „Swet" beabsichtige, sich zu einem russischen „Vorwärts" auszubilden, und wie er mögen viele andere denken. Es will uns aber scheinen, daß die Tatsache an sich schon deshalb von Bedeutung ist, weil den Moskauer, Tulaer, Odessaer und anderen Arbeitern nicht wird verweigert werden können, was den Petersburgern gestattet ist, und es soll uns wunder nehmen, wenn wir nicht entweder von zahlreichen Arbeiterkongressen oder von zahlreichen Verboten solcher Versammlungen in nächster

Zeit zu hören bekommen sollten. Die Maßregel in ihrem Liberalismus fällt um so mehr auf, als gerade in letzter Zeit scharfe Maßregelungen der Landschaftsversammlungen stattgefunden haben, als diese daran gingen, die Ursachen zu erwägen, aus denen der wirtschaftliche Niedergang Rußlands seine Erklärung findet. Ähnliche Maßregelungen haben die von der Regierung selbst ins Leben gerufenen Komitees der Gouvernements und Kreise hinnehmen müssen, weil sie den gleichen verbotenen Boden betraten. Es ist demnach verständlich, wenn in Petersburg unkontrollierbare Gerüchte umlaufen. Bald ist es der Justizminister Murawjew, dessen Rücktritt bevorstehen soll, bald der Wittes. Der Reichskontrolleur Lobko wird als sein Nachfolger genannt, aber das alles ist offenbar verfrüht, wenn überhaupt es Wirklichkeit werden soll. Herrn Struves Blatt ist voller Gerüchte, die wir nicht wiederholen wollen. Erwiesen scheint uns nur der steigende Gegensatz der Herren Witte und Plehwe und die Tatsache, daß davon die Schwächung beider nicht ohne Schadenfreude erwartet wird. Man beginnt sich jetzt dessen zu erinnern, daß beide Herren deutsche Namen tragen, und in Petersburg läuft ein satirisches Gedicht um, dessen wesentliche Tendenz darin liegt, daß man diese Quasideutschen für alles Unheil verantwortlich machen will, unter dem Rußland zu seufzen hat. Es führt die Überschrift: Die heilige Legion Rußlands und zählt die Herren in folgendem Verse auf:

Witte, Sänger, Plehwe von,
Lambsdorff, Fredericks, Baron,
Sabler, Kleighes ... das ist die Legion

kernrussischer Namen. Sie umgibt den Thron des Zaren, schützt seinen Schlaf, behütet die Religion, hält das Volk in Schrecken, ersetzt das Gesetz und zieht aus den Taschen des Volkes eine Million nach der anderen ... Es geht so durch mehrere Strophen weiter und schließt wieder mit den drei Namen Witte, Sänger, Plehwe von.

Das sind nun allerdings die zur Zeit wichtigsten Ministerien: Finanzen, Volksaufklärung, Inneres, und daß die Träger dieser Ämter Deutsche sind, läßt sich ebensowenig bestreiten, wie daß Herr Peter Struve, in dessen „Befreiung" die Verse abgedruckt werden, von deutschen Eltern stammt. Man könnte darin eine Art Nemesis erkennen. Die gewaltsame Russifikation der Grenzprovinzen trägt ihre Früchte, indem sie dem Nationalrussentum eine Konkurrenz ge-

schaffen hat, dem dieses sich nicht gewachsen zeigt, und es läßt sich vorhersehen, daß, je weiter der Assimilationsprozeß sich vollzieht, um so zahlreicher die fremden Namen in der „heiligen Legion" werden müssen! Finnländer, Deutsche, Armenier und in zweiter Linie Polen und Tataren, sowie die jetzt allmählich auch vortretenden Letten und Esthen. Das alles ist arbeitsfähiger und zäher als das Nationalrussentum und sinkt nicht in die Reihen des Proletariats hinab. Wie elementar diese Bewegung weitergeht, zeigt namentlich die Rangliste von Armee und Marine. Wir denken dabei auch an die Universität Dorpat, die am 17. Januar 1893 zu jenem Jurjew umgebildet wurde, das lächerlicherweise am 25. Dezember dieses Jahres ein hundertjähriges Jubiläum nach noch nicht zehnjährigem Bestehen feiern will. Die Universität Berlin hat, wie wir mit Genugtuung hören, jede Teilnahme an der Feier abgelehnt. Und in der Tat, mit dem alten Dorpat hat jenes Jurjew so wenig zu teilen, wie etwa die baltischen Provinzen der guten alten Zeit mit den Witte, Plehwe, Sänger und wie sie sonst alle heißen. Jurjew ist eine durchaus russische Universität, und zwar von geringerer wissenschaftlicher Bedeutung als Moskau, Petersburg, Kiew. Die Deutschen Rußlands, die ihre Söhne studieren lassen wollen, ziehen es daher vielfach vor, sie in jene großen russischen Universitäten zu schicken, ohne befürchten zu müssen, daß ein Anschluß ihrer Söhne an die unklaren und auf Politik gerichteten studentischen Bewegungen der Russen stattfinden könnte. Sie lernen, was es zu lernen gibt, und bringen meist mehr Fleiß und ein stetigeres sachliches Interesse in ihr Arbeitsfeld hinein. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen nach etwa einem Jahrzehnt noch weit merklicher hervortreten als heute. Die alte Generation der baltischen Deutschen aber, deren Einfluß so wesentlich zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Rußland und Preußen beigetragen hat, stirbt allmählich aus. So erfahren wir von dem kürzlich erfolgten Tode des Barons Karl von der Recke, oder, wie man ihn in Kurland nannte, des alten Paulsgnadeschen. Er ist 85 Jahre alt geworden, das Muster eines Edelmanns, der seine außerordentlichen Gaben dem Dienst seiner engeren Heimat und damit zugleich dem russischen Kaiserhause widmete. Er war von 1862—73 kurländischer Landesbevollmächtigter, also der höchste Selbstverwaltungsbeamte der Provinz und der Vermittler

ihrer besonderen Interessen vor dem Monarchen. Namentlich Kaiser Alexander II. hat er nahe gestanden und zu nicht geringem Teil ist es ihm zu verdanken, wenn das Unheil der Nivellierungspolitik nicht früher über das Land einbrach. Schwerlich werden solche Männer aus der Generation hervorgehen können, die heute heranwächst.

Je wirrer und undurchsichtiger sich übrigens die inneren Verhältnisse Rußlands gestalten, um so leidenschaftlicher geht das Drängen der Presse auf eine auswärtige Aktion. Einmal ist es die schon neulich von uns ventilierte makedonische Frage. Die jetzt vom Sultan tatsächlich angekündigten Verwaltungsreformen werden unisono als ungenügend bezeichnet, und in recht auffälliger Übereinstimmung mit der französischen Presse wird dabei Deutschland Schuld gegeben, daß nicht mehr geschehen und nicht früher eingegriffen worden ist. Der „Temps" — um ein Beispiel anzuführen — spricht von Bemühungen Frankreichs, Österreichs und Rußlands, um Reformen für Makedonien zu erlangen. Dann fährt das immer noch mit dem Quay d'Orsay in lebhafter Fühlung stehende Blatt fort: „Ni l'Angleterre ni l'Italie n'ont refusé leur concours à ces sages initiatives. Seule l'Allemagne s'était renfermée dans un isolement négatif. Elle a fini elle-même par sentir la gravité des circonstances et par se piquer d'honneur un peu tardivement." Das ist ebenso kläglich wie unwahr. Offenbar braucht Herr Delcassé wieder einen politischen Erfolg, um seine Stellung in der Kammer, namentlich bei der bevorstehenden Debatte über den Siam-Vertrag zu behaupten. In Wirklichkeit haben die Dinge keineswegs so sich abgespielt, und man würde vielleicht das Richtige treffen, wenn man den Bericht des „Temps" direkt in sein Gegenteil umkehren wollte. Doch darüber wird sich wohl erst streiten lassen, wenn einmal ein Blau- oder Gelbbuch über die makedonische Frage veröffentlicht wird. Was uns interessiert, ist, daß die russische Presse auf Verstärkung des Druckes auf den Sultan dringt und dabei die französische Presse an ihrer Seite findet. Das Bündnis von Zeitung zu Zeitung scheint uns danach weit stärker zu sein, als das von Regierung zu Regierung. Genau dasselbe bestätigt uns die zweite von der russischen Presse wieder in den Vordergrund gezogene Frage: Afghanistan und in weiterer Perspektive Indien. Die „Nowoje Wremja" hat es kürzlich klipp und klar ausgesprochen, daß es keines-

wegs ein Unding wäre, wenn Rußland sich das Ziel setzte, über Afghanistan gegen Indien vorzugehen. Der Vertrag von 1873, der Afghanistan als zur englischen Einflußsphäre gehörig anerkannte, ist vor zwei Jahren der englischen Regierung gekündigt worden — wenigstens behauptet es die „Nowoje Wremja", uns ist die Tatsache nicht erinnerlich — und so stehe zunächst der Einsetzung eines russischen Konsulats in Kabul nichts im Wege. Man nimmt an, daß, seit Lord Kitchener zum Oberkommandierenden der indischen Armee ernannt ist, nicht mehr viel Zeit zu verlieren sei, und erinnert daran, wie leicht heute Herat von Russisch-Turkestan aus zu erreichen ist.

Ein französischer Aufsatz, der im „Bulletin du comité de l'Asie française" erschienen ist und den die „Peterburgskija Wjedomosti" reproduzieren, führt diese Gedanken noch viel handgreiflicher aus. „Die russischen Vorposten — sagt er — stehen etwa 25 km von Tschitral, dessen strategische Bedeutung darin liegt, daß von hier aus eine Straße nach Kaschmir, die andere nach Pischawar führt. Diese Straße gegen einen von Norden her anrückenden Feind zu verteidigen, ist außerordentlich schwer, und zwar, weil die in Turkestan stehenden russischen Truppen ohne jeden Zeitverlust konzentriert werden können. Gegen einen russischen Angriff kann England höchstens 40000 Mann europäischer Truppen und 200000 einigermaßen tauglicher indischer Miliz aufbringen. Zur Verstärkung einer angreifenden russischen Armee können dagegen aus dem Kaukasus und aus anderen Teilen Rußlands Truppen nachrücken, da Rußland in Friedenszeiten 1000000 Soldaten unter der Flinte hat. Nehmen wir an, daß die Engländer ihren 40000 Mann europäischer Truppen noch 5000 hinzufügen, und zu den 200000 indischen Milizen noch einmal so viel, und das alles ohne Zögerung auf ihren Eisenbahnen ins Pentschab werfen, so wird, ganz abgesehen davon, daß auch diese Truppenzahl ungenügend ist, um ein angreifendes russisches Heer zum Stehen zu bringen, ganz Indien ohne Truppen sein. Daraus ergeben sich aber für England zwei Gefahren. Der Angriff der Russen und der Aufstand der indischen Bevölkerung. Die englischen Militärschriftsteller knüpfen zu große Hoffnungen an die Topographie Afghanistans. Sie glauben, daß Steppen, Berge und Pässe Hindernisse sind, welche eine durch Entbehrungen geschwächte Armee nicht

werde überwinden können. Aber diesen Optimismus teilen Engländer, die lange in Indien gedient haben, keineswegs. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß ein Angriff von Afghanistan aus zum Siege der russischen Armee führen müsse. Will aber Rußland sich Afghanistans bemächtigen, so ist es morgen in seinen Händen. Ebenso leicht kann es sich zum Herrn von Herat und von Persien machen. Die Befestigung der Städte und der Grenzen Afghanistans wird eilig weitergeführt, weil das durch den südafrikanischen Krieg völlig entkräftete England durch das Gespenst eines russischen Angriffs geängstigt wird, und den fürchtet man sehr ängstlich. Die Frage ist nur, ob Rußland geneigt ist, diese verzweifelte Lage Englands zu nützen, um seiner Herrschaft in Asien von Afghanistan aus den Todesstoß zu geben."

Wir meinen diese Frage mit Nein! für die russische Regierung, und mit Ja! für die russische Presse beantworten zu dürfen. Die russische Regierung wird eben die Illusionen nicht teilen, auf welcher dieser leicht geschürzte Artikel sich aufbaut. Nach den Erfahrungen, die der Transvaalkrieg gebracht hat, ist es lächerlich, zu behaupten, daß England nicht mehr als 45000 europäischer Truppen zum Schutz Indiens aufbringen kann, ganz abgesehen davon, daß gerade in dieser Frage der imperialistische Gedanke in den autonomen Kolonien gewaltig mitspielen würde. Auf die Schwierigkeiten, mit denen Rußland zu rechnen hätte, hat bekanntlich Graf York in seinem klassischen Buche so eingehend aufmerksam gemacht, daß wir weiterer Ausführung überhoben zu sein glauben. Auch nehmen wir die Frage nicht ernst, sie interessiert uns zumeist wegen jenes Bündnisses der Journalisten hüben und drüben.

Der Kaiser Nikolaus II. wird am 25. Dezember unseres Stils in Zarskoje eintreffen und dort die Kaiserin Witwe, Maria Fedorowna, die aus Kopenhagen heimgekehrt ist, vorfinden. Die Kaiserin Alexandra Feodorowna soll im Frühjahr mit dem Kaiser nach Italien reisen, und der „Temps" weiß bereits von ganz außerordentlichen Sicherheitsmaßregeln zu erzählen, welche zwischen der russischen und der italienischen Polizei im Hinblick darauf vereinbart sind. An der Eisenbahn Civita-Vecchia — Rom sollen 5 Bataillone Infanterie nach russischem Brauch Spalier bilden, zwischen Hafen und Bahnhof von Civita-Vecchia zwei Regimenter aufgestellt werden. Die Reise selbst

solle zu Wasser geschehen. Wir geben dem „Temps“ ganz recht, wenn er für die Notwendigkeit dieser Vorsichtsmaßnahmen eintritt, vermögen ihm aber nicht in den Schlüssen zu folgen, die er an die Reise des Zaren knüpft. Ihm scheint sich daraus der nahe Anschluß Italiens an die alliance franco-russe zu ergeben, ganz wie damals, als Exzellenz Barrère etwas vorzeitig die Abwendung Italiens vom Dreibunde ankündigte. „Le chancelier de Bulow, avant méme le renouvellement de la Triplice n'a-t-il pas d'avance autorisé sa partenaire a valser avec qui lui plaira?“ Gewiß, aber er hat danach den Dreibund abgeschlossen, und damit auf eine Reihe von Jahren, deren Ablauf wir noch abwarten wollen, die jetzt bestehende Gruppierung der Mächte weiter festgelegt. Wenn der „Temps“ weiter meint, die „ligue formée dans un dessein plus ou moins offensif“ hätte ihre Spitze abgestumpft, so können wir ihn vor dieser Illusion nur warnen. Die Spitze dürfte sich noch heute außerordentlich scharf zeigen, was aber die Offensive betrifft, so hat sie in Betreff des Dreibundes nie eine andere Bedeutung gehabt, als die, daß der Hieb die beste Parade ist. In diesem Sinne aber hoffen wir, daß der Dreibund allezeit offensiv bleiben wird.

Doch genug der Polemik, obgleich nach einer anderen Seite hin das Verhalten der englischen Presse in Anlaß der Abmachungen, die zur Räumung von Schanghai führen werden, uns reichlichen Anlaß dazu böte. Wir wollen lieber darauf hinweisen, daß in der „Imperial Revue“ eine sehr deutsch-freundliche Stimme laut geworden ist, und daß die Identität der englischen und der deutschen Interessen gegenüber Venezuela zu einer gemeinsamen Aktion beider Mächte über See geführt hat, von deren Wirkung wir wohl in nicht allzu ferner Zukunft hören werden. Es ist, wenn wir von der China-Expedition absehen, an der auch andere Mächte teilnahmen, die erste gemeinsame Unternehmung Deutschlands und Englands zur See, von der die Geschichte weiß. Sie geschieht zugleich in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Die schon seit 18 Monaten schwebenden Differenzen, welche die unerhörte Un—verfrorenheit des Präsidenten de Castro noch weiter zugespitzt hat, werden dadurch beseitigt werden, daß Venezuela die Genugtuung leistet, die ihm vor-

geschrieben wird. Je länger es sich sträubt, desto schlimmer wird der Ausgang für den Präsidenten und für das Land sein, so daß sich wohl hoffen läßt, daß noch in zwölfter Stunde ein freiwilliges Nachgeben weitere Zwangsmittel unnötig macht.

Inzwischen hat Chamberlain Kairo verlassen, um den Weg nach Transvaal anzutreten. Es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß er unterwegs noch ein oder das andere Mal Station macht. Die Verhältnisse an den Küsten Arabiens wie im Somaliland könnten ihm wichtig genug erscheinen, um ein Urteil aus eigenem Augenschein für notwendig zu halten. Inzwischen sind aber aus Südafrika recht pessimistisch klingende Nachrichten eingelaufen, die nicht, wie behauptet worden ist, auf Spekulationen der Minen-Magnaten zurückgehen, sondern in der Tat der Wirklichkeit entsprechen sollen. Der „Standard" hat darüber sehr instruktive Korrespondenzen gebracht. Die Not und Hilflosigkeit der Kolonie — so heißt es wörtlich — „sei nie größer gewesen als jetzt", und das dringendste Problem sei die Beschaffung eines Ersatzes für schwarze Arbeiter. Die Kaffern haben während des Krieges gute Tage gehabt. Ihre Taschen — sofern sie welche haben — sind voll Geld, und der afrikanische Neger arbeitet nur, wenn er in Not ist. Man denkt daher in Uganda, Nyassaland oder in den Äquatorial-Provinzen zu werben, auf belgischem, portugiesischem und deutschem Boden, wo immer sich Willige finden. Kulis zu mieten wird als letzte Auskunft in Reserve gehalten, da man mit Recht annimmt, daß die politischen Schwierigkeiten und die Rassengegensätze in Südafrika gerade groß genug sind. In der That wird Mr. Chamberlain Gelegenheit haben, zu zeigen, ob er wirklich der Staatsmann ist, für den die Engländer ihn halten. Er wird mit dem Bond und mit den Engländern, mit dem Sondergeist und der Rivalität der einzelnen Kolonien und mit den Uitlanders, vor allem aber mit den Buren zu rechnen haben, die, wie sich immer mehr herausstellt, doch tief enttäuscht in die neue Wirklichkeit eingetreten sind. Hinter alledem aber steht noch jene Kaffernfrage, auf deren Ernst wir schon vor einem halben Jahre hingewiesen haben. Gewiß Arbeit genug für einen Mann.

Im Unterhause ist die Edukationsbill glücklich mit einer Majorität von 123 Stimmen durchgebracht worden. Auch im Ober-

hause hat sie die zweite Lesung überstanden. Die von Rosebery geführte Minorität brachte es nur auf 37 Stimmen, gegen 110 der Regierung, so daß der schließliche Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Aber es bleibt immer die Tatsache, daß das Parlament, das über diese wichtige Bill entschieden hat, auf die Parole des Transvaalkrieges gewählt worden ist, und daß die Stimmung des Landes in der Frage der Verstärkung des kirchlichen Einflusses auf die Schulen keineswegs auf Seiten der Majorität steht. Auch die irischen Fragen gewinnen wieder ein böses Ansehen, wenn sich auch nicht übersehen läßt, daß die einflußreiche irische Geistlichkeit mit der Edukationsbill sehr wohl zufrieden ist, weil sie von ihr eine Verstärkung ihres Einflusses erwartet. Vielleicht hat dieser Umstand dazu beigetragen, daß König Eduard VII. sich entschlossen hat, mit der Königin Irland zu besuchen.

In Spanien ist Sagasta nun doch endgültig zurückgetreten. Nunmehr sind mit Silvela die Konservativen am Ruder, und da die Auflösung der Cortes und das Ausschreiben von Neuwahlen der erste Schritt des neuen Ministeriums gewesen ist, wird man das Resultat der Wahlen abwarten müssen, ehe sich mit einiger Sicherheit über die Zukunftsaussichten prognostizieren läßt. In Spanien stehen die Lebensanschauungen des Mittelalters denen eines hypermodernen Liberalismus so unvermittelt gegenüber, daß sich wohl daraus zumeist das ruhelose Ringen der Nation nach geordneten politischen Lebensformen erklärt. Bisher hat noch niemand es verstanden, einen Kompromiß zu finden, der beide Extreme befriedigt, und man bedauert zumeist den armen jungen König, der ein nicht fest genug fundiertes Königtum diesen Gegensätzen vermitteln soll, die noch durch provinziale Rivalitäten weiter geschärft werden, und dank einer unzureichenden Geschäftsordnung im Parlament zu zügellosem Ausdruck kommen.

Auch in Griechenland hat es einen Ministerwechsel gegeben. Der alte Delyannis, den der Krieg von 1895 umwarf, ist wieder an die Spitze getreten. Der König, der ihm nicht wohl wollte, scheint sich in das Unvermeidliche gefunden zu haben, und so wird seine Aufgabe sein, mit den 115 sicheren Anhängern, die er zählt, zwischen Theotokisten und Zaimisten zu lavieren, die zusammen über 119 Stimmen verfügen, so daß er in jedem einzelnen Fall 3 Stimmen

aus der Opposition gewinnen muß, um eine Majorität zu haben. Ein Kunststück, das der alte Praktikus parlamentarischer Taktik gewiß zu leisten im stande ist.

Am 1. Dezember endlich ist auch der Kongreß in Washington eröffnet worden. Die Eröffnungsrede des Präsidenten kündigt Frieden nach außen hin an, ohne allen Vorbehalt, und dieses gute Wort, so hoffen wir, wird Wahrheit werden.

10. Dezember. Wegnahme der venezolanischen Kriegsflotte durch die Alliierten.
13. Dezember. Veröffentlichung der von Abessinien mit England und Italien geschlossenen Verträge.
13. Dezember. Ablehnung des deutschen Ultimatums durch den Präsidenten Castro.
14. Dezember. Annahme des Zolltarifgesetzes im deutschen Reichstage mit 202 gegen 100 Stimmen.
16. Dezember. Handschreiben des Herzogs von Cumberland an einen Anhänger in Braunschweig, durch welches er erklärt, seine und seiner Nachfolger Ansprüche auf Braunschweig behaupten zu wollen.

17. Dezember 1902.

Unsere Leser erinnern sich der sonderbaren Warnungen, welche ein Teil der englischen Presse kurz vor der Reise Kaiser Wilhelms nach England in allen Tönen den englischen Ministern zugehen ließ. Jetzt, da die Reise glücklich überstanden ist, hat sie durch den bekannten Argus-Korrespondenten der „Nowoje-Wremja“ — der ja unser Freund nicht ist — einen Kommentar erhalten, der zu lehrreich ist, um nicht in den Hauptsachen wiederholt zu werden.

Herr Argus schreibt: „Die letzte Reise Kaiser Wilhelms unterscheidet sich von gewöhnlichen Herrscherreisen und auch von den früheren Reisen des Kaisers durch die ungewöhnlichen Erwartungen und Befürchtungen, die sie wachgerufen hat. Der panische Schrecken, der vor der Abreise des Kaisers durch Großbritannien ging, die Überzeugung, daß die britischen Minister dem Zauber seiner Persönlichkeit nicht widerstehen würden, und daß jede neue Verständigung mit ihm England in noch größere Abhängigkeit setzen würde — das bedeutet doch einen solchen Tribut an Achtung und Bewunderung, daß davor die feinste Schmeichelei der Höflinge verblassen muß. Wer sich seiner ersten Englandreise anno 1890 erinnert, wird nicht verkennen, wie völlig sich die Stellung Wilhelms II. in der öffentlichen Meinung Europas gewandelt hat. Damals hatte

er die Zügel der Regierung aus den stärksten und kundigsten Händen, in seine eigenen, wie man glaubte, schwachen und ungeschulten Hände genommen. Einer der klügsten Diplomaten in Berlin gab damals der allgemeinen Ansicht Ausdruck, wenn er sagte, „der Sturz Bismarcks werde die erste und letzte Großtat der neuen Regierung sein". Und nun folgt eine Gegenüberstellung der Anfänge unter der Aera Caprivi und der Stellung, die Deutschland heute einnimmt, und eine Parallele zwischen Kaiser Wilhelms und Bismarcks Weltauffassung, wobei Herr Argus sich sehr entschieden auf Seiten des Kaisers stellt, dem er dann freilich Pläne imputiert, mit denen Kaiser Wilhelm schwerlich geneigt sein wird, sich zu identifizieren. „Was Wilhelm II. begeistert, ist die Geschichte des heiligen römischen Reiches Deutscher Nation, die Eroberung und Kolonisation der alten Welt durch die Germanen: Herrschaft über Europa und den Orient und das Übergewicht Deutschlands in der ganzen Welt, das ist das Endziel seiner Bestrebungen.

Die auswärtige Politik sei gedankenreicher geworden und doch ebenso praktisch geblieben, wie unter Bismarck. Sei der Sansibar-Vertrag mit England das „Narva" Kaiser Wilhelms gewesen, so könne man jetzt sagen, daß „Pultawa" darauf folgte. Deutschland sei heute eine Macht in Asien und Polynesien, es spiele eine wichtige Rolle in Süd- und Ostafrika wie in Südamerika, und der deutsche Einfluß überwiege in Österreich-Ungarn, Rumänien und in der Türkei.

Der Schreck der Engländer beim Erscheinen Kaiser Wilhelms sei daher wohlverständlich. Aber *man erzähle*, daß den Redakteuren der großen englischen Zeitungen so positive Mitteilungen gemacht worden seien, daß sie erkennen mußten, wie ein Beharren in ihrer bisherigen Haltung sich als unpatriotisch verbiete. *Es heiße*, sie hätten sich überzeugen müssen, daß die zwar sehr wünschenswerte Verständigung mit Rußland absolut unerreichbar, daß dagegen eine deutsch-russisch-französische Annäherung sehr wohl möglich sei und für England verhängnisvoll werden könne. Es gebe nur ein Mittel, diese Wendung zu verhindern: die Annäherung an Deutschland, das allein stark genug und bereit sei, die dem britischen Reiche von Rußland drohenden Gefahren abzuwenden.

„Ich machte" — so schließt Herr Argus wörtlich — „befreundete englische Politiker auf die unzweifelhafte Tatsache aufmerksam, daß,

wenn feindselige Absichten Rußlands beständen, sie doch während der 3 Jahre des afrikanischen Krieges hätten zu Tage treten müssen . . ." „Ihr Argument ist überzeugend" — antwortete man mir — „aber leider hat man dem Kabinet urkundliche Beweise vorgelegt." Ich bemerkte, von solchen Dokumenten habe man auch 1899, als Kaiser Wilhelm eintraf, gesprochen, und damals dem britischen Botschafter nach Konstantinopel telegraphiert, er solle seinen Widerspruch gegen die deutsche Bagdad-Konzession fallen lassen. Später aber habe sich gezeigt, daß diese Dokumente „Phantasien" waren. Man antwortet mir: „Jetzt ist das leider nicht der Fall."

„Mir ist aus guter Quelle das folgende Gespräch zwischen dem Diplomaten einer neutralen Macht und einem kompetenten deutschen Staatsmann wiedergegeben worden. „Unsere Politik schwankte lange zwischen der Verteidigung deutscher Interessen an verschiedenen Punkten des Weltalls: in Südafrika, Südamerika, im fernen Osten. Jetzt hat unsere Politik sich kristallisiert: die Strömung der öffentlichen Meinung in unserem Vaterlande weist uns auf einen bestimmten Weg, auf den nahen Orient. Dabei sind unsere Bestrebungen ganz friedliche, sie verlangen Unterstützung und Kräftigung der Türkei. Die Türkei ihrerseits wird zum Wall, der die friedliche Entwicklung Europas nach zwei Seiten hin sichert. England ist daran nicht weniger interessiert als Deutschland, und deshalb ist es nur natürlich, wenn wir uns einander nähern, und auch alle anderen Völker Europas ziehen daraus Nutzen." „Aber Frankreich unterstützt Euch ja in der Frage der Bagdadbahn" bemerkte der neutrale Diplomat. Der deutsche Staatsmann begnügte sich, darauf mit einem Lächeln zu antworten."

Wir gehen wohl nicht irre, wenn wir annehmen, daß Diplomat und Staatsmann nichts anderes sind als Personifikationen der zwei Seelen, die in der Brust des Herrn Argus miteinander ein Zwiegespräch führen, ganz wie die geheimen Dokumente, die Kaiser Wilhelm bei seinen Englandreisen offenbar mit sich zu führen pflegt, der erregten Phantasie des erfindungsreichen Korrespondenten gehören müssen. Interessant ist aber jene Londoner Korrespondenz trotz allem, weil sie uns zeigt, welche Bestürzung in den Kreisen der hetzenden Journalisten der „National Review" und ihrer russischen Mitarbeiter dadurch erregt worden ist, daß ihre Fiktion von dem

bevorstehenden deutsch-englischen Kampf auf Leben und Tod so ganz in sich zusammenbricht. Die Urteile, die über Kaiser Wilhelm aus russischem Munde als englische Volksmeinung herübergetragen werden, kann man übrigens ganz ebenso in Paris und Petersburg hören, so daß, wenn in Frankreich und in Rußland eine Wahlmonarchie bestände, er hier wie dort die allergrößten Aussichten hätte, gewählt zu werden. Da das nun nicht geschehen kann, trägt man ihm einen entschlossenen Haß entgegen, der namentlich in der russischen Presse einen so kräftigen Ausdruck findet, als sich mit den geltenden Zensurvorschriften irgend vereinbaren läßt. Dabei ist die Taktik stets die, den Schein zu erwecken, als ob die Politik der deutschen Regierung bei allen übrigen Mächten die größte Erbitterung hervorrufe. Im Augenblick müssen die Vereinigten Staaten herhalten und man versäumt nicht, ihnen angelegentlich vorzureden, wie unerläßlich es sei, daß sie ihre Flotte rascher verstärken, damit Deutschland nicht ein allzugroßes Übergewicht behaupte. Unsere Flotte von 1916 ist das Schreckbild, mit dem sie drohen; denn seien erst die 38 Linienschiffe, 14 großen Kreuzer, 38 kleinen Kreuzer und 96 Torpedoboote in Stand, dann habe auch die Monroedoktrin ausgelebt. So schreibt ein russisches Blatt, aber es könnte ebenso gut in der „Times" gestanden haben, die es trotz unseres Zusammenwirkens in Venezuela für wohl angebracht hält, auch jetzt gelegentliche Giftmischereien gegen uns vorzunehmen. Denn die Furcht vor einem vollen Einvernehmen zwischen uns und den Vereinigten Staaten bleibt immer das Gespenst, das die „Times" und ihre Gesinnungsgenossen zumeist fürchten. Es gibt aber wirkliche Interessengegensätze zwischen uns und den Vereinigten Staaten überhaupt nicht, man muß sie künstlich konstruieren (wie ja nicht ohne Glück durch Benutzung der deutschen Einwanderung in Brasilien geschieht), ganz wie jetzt die russische Presse die Bagdadbahn zu einem deutsch-russischen Streitobjekt aufzubauschen bemüht ist, was gewiß nicht geschehen würde, wenn irgend ein realer politischer Gegensatz vorläge. Aber das stete Zurückkommen auf diesen einen Punkt hat doch die Wirkung gehabt, daß die nicht existierende Bagdadbahnfrage zur Zeit die öffentliche Meinung in Rußland lebhaft beunruhigt, während die russische Regierung, die natürlich mit Realitäten, nicht mit Phantasiegebilden rechnet, von ihr keinerlei Notiz nimmt. Dasselbe gilt auch von der make-

donischen Frage und hat eben jetzt eine merkwürdige Bestätigung gefunden.

Die vom russischen „Regierungsanzeiger" gebrachte Kundgebung über die Richtung der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß wir sie im Wortlaut noch einmal hersetzen. Sie lautet:

Petersburg, 13. Dezember. „Laut Nachrichten aus der östlichen Türkei schließt die Lage auf der Balkanhalbinsel nicht die Möglichkeit ernster Komplikationen aus. Dank der rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen und dem Eintritte des Winters ist anzunehmen, daß die Gärung in Makedonien einstweilen keine weitere Ausbreitung findet, dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die steigende Unzufriedenheit der Untertanen des Sultans unter dem Drucke verschiedener Komitees einen allgemeinen Aufstand im Frühling hervorzurufen geeignet ist. Diese beängstigenden Erscheinungen können nicht verfehlen, Rußlands Aufmerksamkeit zu erwecken, das von altersher für das Schicksal der verwandten Stämme besorgt ist. Die russische Regierung machte der Pforte entsprechende Vorstellungen, um einem weiteren Umsichgreifen der Unruhen über die ganze Balkanhalbinsel vorzubeugen, und beauftragte den russischen Botschafter in Konstantinopel, nach Prüfung der örtlichen Zustände, über die Möglichkeit sofortiger Einführung administrativer Reformen in Makedonien zu berichten, und ohne Unterlaß der türkischen Regierung deren Durchführung zu empfehlen, zwecks der Verbesserung der Lage der orthodoxen Bevölkerung. Indessen ist nicht außer acht zu lassen, daß so lange Unruhen in diesem Gebiete vorhanden sind, die der türkischen Regierung Anlaß geben, Maßregeln gegen die aufständischen Untertanen zu ergreifen, administrative Reformen und eine vollkommene Beschützung der Bevölkerung vor den Übergriffen der Beamten sehr schwierig sind. Demnach ist die erste Hauptbedingung für einen Erfolg in dieser Richtung das Aufhören der Agitationen des Komitees in Makedonien, da sie den beabsichtigten patriotischen Zweck nicht erreichen, sondern die Bevölkerung nur von friedlicher Arbeit zurückhalten und zu verhängnisvollen Schritten hinreißen. Die russische Regierung hatte wiederholt Veranlassung, ihre Ansicht über die makedonische Frage auszusprechen; sie verurteilte jeden Versuch der sla-

vischen Stämme auf gewalttätige Veränderung der durch internationale Vereinbarungen garantierten Lage der Balkanhalbinsel. Dieser Ansicht ist die russische Regierung auch gegenwärtig. Angesichts dessen erachtet sie es für zweckentsprechend, von neuem der serbischen und bulgarischen Regierung den wohlmeinenden Rat zu geben, und sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, im eigenen Interesse die gefährliche Agitation zu verhindern und zur Wiederherstellung der Ruhe auf dem Balkan ihrerseits beizutragen. Die Kaiserliche Regierung ist berechtigt zu der festen Hoffnung, das in den gemäß dem Allerhöchsten Willen gemachten Vorstellungen gesteckte Ziel zu erreichen, und darauf zu rechnen, daß die slavischen Stämme, welche ihre Freiheit und Selbständigkeit den uneigennützigen Opfern Rußlands verdanken, ihren Weisungen folgen werden. Der unerschütterliche Entschluß Rußlands, den möglichen Komplikationen auf der Balkanhalbinsel vorzubeugen, findet die vollste Zustimmung der übrigen Mächte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat nicht versäumt, ihren Vertreter in Konstantinopel nach dem Austausch der Ansicht mit dem russischen Botschafter zu beauftragen, sich den Schritten des russischen Botschafters bei der Pforte behufs der Notwendigkeit der Einführung von Reformen in Makedonien anzuschließen. Die vereinten Anstrengungen der benachbarten, an der Aufrechterhaltung des Friedens im Orient am meisten interessierten Staaten, sind die Folge der Vereinbarungen von 1897, deren wohltätige Wirkung und Existenz nur möglich ist bei strenger Beobachtung der ihnen zu Grunde liegenden Prinzipien, als die Nichtzulassung willkürlicher Abänderung der vertragsmäßig festgestellten Ordnung auf der Balkanhalbinsel und die Aufrechterhaltung der Ruhe, die so notwendig ist für die Wohlfahrt der christlichen Völker, und endlich die Wahrung des allgemeinen Friedens. Zum Schluß kann die Kaiserliche Regierung, welche nicht wenige Beweise ihres steten Wunsches, die besten Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten, gegeben hat, nicht ermangeln, die Hoffnung auszudrücken, daß die Regierung des Sultans die nötigen Maßregeln zur Unterdrückung jeglicher Gewalttätigkeiten ergreifen und die Bedeutung der freundschaftlichen Vorstellungen Rußlands zu Gunsten der christlichen Bevölkerung Makedoniens

schätzen wird, deren schnelle und möglichste Beruhigung als bestes Material erscheint, der Entstehung von für die ottomanische Regierung gefährlichen Komplikationen vorzubeugen."

Die gesperrten Stellen weisen auf die entscheidenden Punkte hin: entschlossene Mißbilligung der Agitation des makedonischen Komitees, eine ernste Mahnung an Bulgarien und Serbien, ihrerseits diese Agitation niederzuhalten, ebenso ernst, aber im Tone sehr freundschaftlich, die Mahnung an die Pforte, für Wiederherstellung der Ordnung Sorge zu tragen, viertens der Hinweis auf die österreichisch-russische Verständigung von 1897, zur Aufrechterhaltung der vertragsmäßigen Ordnung! Der eindrucksvolle Schluß endlich läßt keinen Zweifel darüber, daß jene makedonische Frage wirklich ernste Gefahren in sich schließt.

Man wird sofort den Gegensatz erkennen, in welchen hier die russische Regierung zu der aufreizenden, von der Petersburger und Moskauer Presse, sowie von den Organen Serbiens und Bulgariens vertretenen Politik tritt. Die Auffassung, die wir seit Wochen in dieser Frage vertraten, hat damit ihre glänzende Bestätigung gefunden, und wir wünschen mit Rußland nichts mehr, als daß nun auch wirklich die in Makedonien in Angriff genommenen Reformen ihr Ziel, die Herstellung der Ruhe erreichen. Über die Stimmung unter den makedonischen Bauern aber ist kein Zweifel. Sie erstreben die Vereinigung mit Bulgarien keineswegs, und zwar, weil sie nichts mehr fürchten als die Heranziehung zur militärischen Dienstpflicht, die ihnen jede Kombination bringt, welche ihren staatlichen Zusammenhang mit der Türkei durchbricht. Klingt das anders als die durch die slavische Presse kolportierten Schauergeschichten, so hat es dafür den Vorzug, wahr zu sein. Ohne das makedonische Komitee gäbe es keine makedonische Frage und auch keine makedonischen Greuel. Man sucht von Bulgarien aus systematisch türkische Repressalien zu provozieren, und scheut sich auch nicht — wie wir bestimmt wissen — es unter vier Augen zuzugestehen. Daß auch von türkischer Seite grobe Mißgriffe und Ausschreitungen stattgefunden haben, steht gleichfalls fest, aber die Hauptschuld fällt jener gewissenlosen Agitation zu.

Von den venezolanischen Dingen läßt sich im Grunde nicht mehr sagen, als aus den Telegrammen bekannt ist. Alle in-

timen Details fehlen noch. Fest steht, daß England und Deutschland in vollstem Einvernehmen handeln, und daß die Vereinigten Staaten schon vorher die geplante Exekution beider Mächte an dem störrischen Gläubiger gekannt und gebilligt haben. Die Monroe-Doktrin gibt keinerlei Anlaß und Vorwand zum Eingreifen, und Venezuela wird die Sünden seines Präsidenten büßen und gut machen müssen, ohne daß ihm Hülfe von außen kommt. Schon existiert eine venezolanische Flotte nicht mehr. Die Küsten sind blockiert, auch die Kanonen haben zu sprechen begonnen, und die Gegenrede der feindlichen Forts schnell zum Schweigen gebracht. Das von dem Gesandten der Vereinigten Staaten übermittelte Gesuch Castros um ein Schiedsgericht haben die Vereinigten Staaten sich keineswegs zu eigen gemacht. Es kommt post festum; dagegen scheint Italien sich Deutschland und England anschließen zu wollen, um auch die Befriedigung der Ansprüche seiner Untertanen zu erreichen. Man hat berechnet, daß Venezuela in den letzten 70 Jahren nicht weniger als 104 Revolutionen durchgemacht hat. Das gibt jedes Jahr eine, und jedes 2. Jahr zwei Revolutionen und verurteilt das chronische Mißregiment dieses von der Natur so ungewöhnlich reich ausgestatteten Landes mehr, als es jede Aufzählung der von Präsident Castro ausgegangenen Schädigungen zu tun vermöchte. Gerade die Tatsache, daß diese südamerikanischen Staaten im Vertrauen auf den Schutz, den sie von der Monroe-Doktrin erwarten, jede Willkür und Ungerechtigkeit für erlaubt halten, entzieht ihnen eine Hülfe, auf die sie rechnen könnten, wenn sie wirklich ein gutes Recht zu verteidigen hätten. Denn das eine liegt auf der Hand, daß die Monroe-Doktrin sofort in sich zusammenbrechen müßte, wenn sie sich mit einem Regiment, das weder Treue noch Glauben kennt, identifizieren wollte. Je höher die amerikanischen Ansprüche gehen, um so peinlicher ist in allen internationalen Fragen die strikteste Unparteilichkeit und Gerechtigkeit von ihnen einzuhalten. Und wo in dem Streit Venezuelas mit den europäischen Staaten das Recht ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch sehen wir dem Ausgang in aller Ruhe entgegen. Gewiß wird de Castro sich noch nach Kräften regen, um seine persönliche Stellung und seine Partei zu retten. Daß es ihm auf die Dauer glückt, glauben wir keineswegs, und wenn nicht alle Wahrscheinlichkeit trügt, wird sein Sturz, der nicht ausbleiben kann, auch der erste Schritt zum Frieden

sein. Bis dahin aber können wir in aller Ruhe den Ausgang vor den Hafenplätzen Venezuelas abwarten. Es ist eine Episode in unserem politischen Leben, mehr nicht, und ihre hauptsächlichste Bedeutung ist darin zu sehen, daß Deutschland zum ersten Male mit der englischen Flotte zu zweien in einer Frage gemeinsamen Interesses operiert. Im politischen Leben aber entscheiden Tatsachen und nicht Zeitungsartikel, und wir hoffen, daß die Richtung, welche die Tatsachen der Politik gegeben haben, allmählich auch die Krankheiten der Zeitungspolitik zu bewältigen stark genug sein werden.

Die Marokkanische Frage hat infolge der Niederlage, welche die Truppen des Sultans erlitten haben, wieder einen erheblich ernsteren Charakter angenommen. Denn darüber darf man sich nicht täuschen, das Gefährlichste in der gegenwärtigen Lage wäre ein Versagen der Autorität des Sultans Abdul-Aziz. Den Verdacht, daß hinter den aufständischen Elementen Frankreich stehe, wollen wir nicht mit Bestimmtheit wiederholen, da alle tatsächlichen Beweise dafür fehlen. Das „is fecit cui prodest“ scheint als Argument gedient zu haben, zumal Herr Delcassé in der Tat ohne greifbare politische Erfolge sich allerdings nicht lange mehr wird behaupten können. Aber das sind doch immer nur Konjekturen und wir ziehen es deshab auch in diesem Fall vor, die Tatsachen abzuwarten.

17. Dezember. Der italienische Gesandte verläßt Venezuela.
17. Dezember. Rücktritt des österreich-ungarischen Kriegsministers von Krieghammer.
18. Dezember. Der amerikanische Gesandte in Venezuela, Bowen, wird von Castro zu Verhandlungen mit den europäischen Mächten bevollmächtigt.
18. Dezember. Schließung des englischen Parlaments.
19. Dezember. Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Tower, wird vom Kaiser empfangen.
20. Dezember. Verhaftung der Humberts in Madrid.
21. Dezember. Unruhen in Schansi und Kansu.
22. Dezember. Eröffnung des griechischen Parlaments.
24. Dezember. Graf Lambsdorff trifft in Belgrad ein.

24. Dezember 1902.

Wer nach historischen Analogien sucht, um die Entwicklung zu deuten, welche die heutigen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zu nehmen drohen, wird an die kritischen Jahre 1876, 1886 und 1897 denken. Anno 76 ging es mit dem „bischen" Herzegowina an, um in den russisch-türkischen Krieg auszumünden, der leicht zu einem Weltkrieg hätte werden können, wenn nicht Fürst Bismarck die undankbare Aufgabe auf sich genommen hätte, auf dem Berliner Kongreß die Formel fertigzustellen, welche die scheinbar unversöhnlichen politischen Gegensätze ausglich. 1886 war es das Zusammentreffen der bulgarischen Revolution mit dem Versuche Griechenlands, auf Kosten der Türkei seine Grenzen zu regulieren, die ebenfalls fast in ein Kriegswetter ausgemündet wäre. Die Blockade der griechischen Häfen durch die Flotten der großen Mächte brachte die Bewegung zum stehen, ohne freilich die Leidenschaften beseitigen zu können, die sie hervorgerufen hatten. Seit 1895 regte sich die griechische Agitation aufs neue in Kreta, und als die Mächte, welche die Bewegung mit Sorgen beobachteten, zu dem Mittel von 86 greifen wollten, um die Ruhe wieder herzustellen, versagte sich England der geplanten Blockade der kretischen Häfen; Oberst Vassos mit seinen Freiwilligen konnte auf Kreta landen und es folgten die Ereignisse, die jedermann noch in frischer Erinnerung hat: der

griechisch-türkische Krieg, und nach der Niederlage Griechenlands der von den Mächten diktierte griechisch-türkische Friedensschluß. Auch damals aber war eine bedenkliche politische Krisis am Balkan der Aktion Griechenlands parallel gegangen, und der Sieg der Griechen hätte wahrscheinlich die ganze Halbinsel in Flammen gesetzt. Beide Mal, 1886 wie 1897, hatte Griechenland seine Hoffnung auf die Hülfe Englands gesetzt, von dem man am Piräus glaubte, energischer Unterstützung sicher zu sein. Daß diese Unterstützung nicht kam, hat man aber in Athen den Engländern nicht verdacht. Man begnügte sich mit der Tatsache, daß die Sympathien der öffentlichen Meinung Englands sich laut für Griechenland ausgesprochen hatten, und das ist in so fester Erinnerung geblieben, daß während des Südafrikanischen Krieges Griechenland das einzige Land Europas gewesen ist, in dem das ganze Volk entschlossen für England und gegen die Buren Partei nahm.

Uns sind diese Tatsachen wieder lebendig geworden bei Verfolgung der Wahlkampagne, die sich eben jetzt in Griechenland abgespielt hat, und deren Ausgang die Konstituierung des neuen Ministeriums Delyannis gewesen ist. Delyannis aber war sowohl 1886 wie 1897 Minister; er ist also der Mann, der bemüht war, die Zukunftspläne zu verwirklichen, mit denen sich die griechischen Patrioten trugen. Das, nicht seine diplomatischen und militärischen Niederlagen, haben die Griechen in treuem Gedächtnis behalten. In einem Briefe des „Temps“ aus Athen vom 6. Dezember heißt es, daß der Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit, sowohl in der Hauptstadt, wie in den Provinzen gewesen sei. Die letzten Demonstrationen in Athen waren bewunderungswürdig organisiert.

Waldeck-Rousseau (der damals in Athen war) mischte sich unter das Volk, um selbst einen Eindruck zu gewinnen, und erklärte, er habe nichts gesehen, was sich dem vergleichen lasse. Das ist aus dem Munde eines Kenners der Wahlmache, wie es der frühere französische Ministerpräsident ist, gewiß kein übles Lob. Und in der Tat, die ganze Liste der Delyannisschen Kandidaten ist mit ungeheurer Majorität gewählt worden, während der bisherige Ministerpräsident Zaimis selbst für seine Person nur eine ganz geringe Mehrheit erlangen konnte. Das meist Charakteristische liegt aber

wohl darin, daß die erregte Volksmenge dem Könige — der, wie begreiflich, kein Freund von Delyannis ist — den Mann ihres Herzens zum Ministerpräsidenten geradezu aufnötigte. „Sie brachten den König — erzählt jene Korrespondenz — in die Notlage, ihren Befehlen sofort genug zu tun, sonst würden sie, so sagten die hitzigsten, zu den äußersten Mitteln greifen. Und diese Drohungen waren sehr ernst zu nehmen. Auch mußten alle Truppen in den Kasernen bereit stehen, während starke Abteilungen von Polizeiagenten und Gendarmen die Straßen sperrten, die zum Bürgermeister führten, der für Theotokis Partei genommen hatte. Ebenso aber mußte Theotokis geschützt werden, gegen den die Delyannisten die ärgsten Schimpfreden laut werden ließen. Auch die Straßen, die zum Palast des Königs führten, waren gesperrt, und die Wache durch 2 bis 3 Eskadrons Kavallerie verstärkt. In der Tat waren Vorsichtsmaßregeln erforderlich. Als der König, nach Meinung der Anhänger Delyannis, mit der Aufforderung an Delyannis, das Ministerium zu bilden, zu lange zögerte, sah man Bürger, die als Herolde gekleidet waren, das Volk auffordern, sich vor der Wohnung des Hegeten (d. i. Delyannis) zu einer großen Demonstration zu versammeln. So strömten große Massen zusammen. Delyannis ermahnte zur Ruhe, aber die Vertreter Attikas, die alle anwesend waren, regten die Menge immer mehr durch ihre fast revolutionären Reden auf. Dann setzten sich die Demonstranten in Bewegung, um auf dem Schloßplatz ihren Willen kund zu tun. Beim Vorüberziehen wurde das Haus des Bürgermeisters mit Steinen beworfen, auch suchte man, um zur Wohnung von Theotokis zu gelangen, den Kordon der Truppen zu durchbrechen, welche die Universitätsstraße sperrten. Aber die Truppen hielten, obgleich man Steine gegen sie und gegen den Balkon von Theotokis schleuderte, die Menge fern, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Und dieselbe Haltung bewahrten Volk und Soldaten vor dem Palais des Königs, obgleich sogar der Polizeimeister durch einen Steinwurf leicht verletzt wurde. Zuletzt überwog die Vorsicht, die Manifestanten zogen ab, aber sie erklärten, daß sie wieder kommen würden, wenn ihr Wunsch nicht morgen erfüllt werde. Als dann der König am folgenden Tage Delyannis wirklich rufen ließ, schlug die Stimmung in Jubel um, und jetzt ist der König wieder höchst populär.

Das alles ist doch sehr merkwürdig und gewiß hauptsächlich durch die Erregung zu erklären, welche die makedonische Bewegung mit all ihren Nachwehen auch in Griechenland hervorgerufen hat. Der alte Delyannis bleibt trotz allem den Griechen der Mann der Tat, und es ist nicht undenkbar, daß auch heute noch die Politiker am Ilissos ihre Blicke nach England, als nach dem möglichen Helfer in einer neuen orientalischen Krisis richten. Wir glauben aber nicht, daß diese Rechnung richtig ist; denn die Regelung der orientalischen Wirren ruht heute in den Händen von Oesterreich-Ungarn und Rußland. Der angekündigte Besuch des Grafen Lambsdorff in Wien mit den vorausgehenden Orientierungsreisen des Ministers in Belgrad und Sofia, ist ein unverkennbares Zeichen, daß auf Grund der Entente von 1897 ein autoritatives Eingreifen dieser beiden, an den orientalischen Angelegenheiten meist interessierten Großmächte, unmittelbar bevorsteht. 1897 war die erste Kundgebung der Entente ein Dank an die Adresse Rumäniens wegen der korrekten Haltung, die König Carol damals den bulgarischen Provokationen gegenüber eingenommen hatte. Wenn die Griechen klug wären, müßten sie suchen, sich ein ähnliches Verdienst zu erwerben, und vielleicht wird ihnen eine bündige Meinungsäußerung des englischen Kabinets den Weg dazu ebnen.

Was aber den Kern aller Wirren, die makedonische Frage betrifft, so ist es allerdings unerläßlich, daß der falsche Zirkel, der sich aus den Raubzügen der Banden des makedonischen Komitees und den dann folgenden türkischen Repressalien ergibt, endgültig aus der Welt geschafft werde. Die „N. Freie Presse“ macht der Regierung des Fürsten Ferdinand den Vorwurf, daß sie kein ehrliches Spiel treibe, sondern bei Reklamationen von Seiten der Mächte mit dem Komitee Michailow — dem makedonischen Komitee zahmer Observanz — vorfahre, dagegen dem wirklich gefährlichen Komitee Sfarafow gegenüber beide Augen zudrücke. Das ist deshalb nicht ganz unwahrscheinlich, weil Herr Sfarafow sich durch die fanatisierten Adepten, die er um sich geschart hat, zu einer über Bulgarien hinaus gefürchteten Persönlichkeit gemacht hat, der man auch das allerschlimmste zutraut. Wer aber hat Neigung, sich diesen Leuten gleichsam als Opfer darzubieten? In Rußland ist die Presse zwar etwas ruhiger in Beurteilung der Balkanangelegenheiten ge-

worden, sie fährt aber fort, Berichte über türkische Greuel zu bringen, und namentlich die auf Frau Bachmetjew zurückgehenden Nachrichten über türkische Gewalttaten haben ganz außerordentliches Aufsehen erregt. Es heißt, daß die 10000 Rbl,, welche Kaiser Nikolaus II. für die makedonischen Flüchtlinge in Bulgarien gespendet hat, durch diese Berichte veranlaßt worden sind. Das Schlimme ist nur, daß man immer befürchtet, daß solche Gelder direkt oder indirekt sich in Aktionsmittel des makedonischen Komitees umwandeln. So läßt sich im voraus absolut nichts bestimmtes über die wahrscheinlichen Ergebnisse der Reise des russischen Ministers sagen, auch wenn man, wie wir, geneigt ist, sie möglichst optimistisch anzusehen.

Sehr aufgefallen ist, daß die russische Regierung die, wenn wir vom Finanzministerium absehen, nicht eben sehr redselig ist, in Widerlegung eines Artikels, der in der „Nowoje Wremja" erschien und von Herrn Pawel Tolstoi gezeichnet war, es für nützlich befunden hat, der russischen Öffentlichkeit darzulegen, daß sie keineswegs die Chancen ungenützt gelassen habe, welche der afrikanische Krieg Englands ihrer Politik bot. Die Punkte, auf welche es dem Grafen Lambsdorff namentlich ankommt, sind:

1. Der Vertrag, durch welchen Rußland sich zur Zurückziehung seiner Truppen aus der Mandschurei verpflichtet habe, stehe einmal in Abhängigkeit „von dem Grade der Ruhe im Lande" und sei dann auch nicht auf das Drängen anderer Mächte, sondern „infolge der verstärkten Bemühungen Chinas" unterzeichnet worden.

2. Das englisch-japanische Bündnis beweise keineswegs, daß diese beiden Staaten die dominierende Rolle im fernen Osten spielen, da zwischen Rußland und Frankreich eine enge Einigung in den ostasiatischen Angelegenheiten bestehe.

3. Es sei unrichtig, daß der japanische Einfluß in Korea stärker sei, als der russische, und ebenso

4. sei der Stellung des Engländers Brown als Chef der koreanischen Zollämter keine größere Bedeutung beizulegen, da seine Vollmachten mit Tilgung der koreanischen Anleihe erlöschen.

5. Die Versuche Englands, die persische Grenze zu verletzen, seien gescheitert, die Beziehungen Persiens zu Rußland hätten sich weiter gefestigt, nicht verschlechtert.

6. Auch in den afghanischen Angelegenheiten sei Rußland keineswegs vor England zurückgewichen, vielmehr habe man England, ohne vorherige Verhandlungen, nur mitgeteilt, daß Rußland in Anbetracht der veränderten Verhältnisse an der Grenze, zu Afghanistan in unmittelbare Beziehungen zu treten beschlossen habe.

7. Endlich verwahrt sich die russische Regierung dagegen, daß sie zur Frage der Deutschland erteilten Konzession zum Bau der Bagdadbahn, nur passiv Stellung genommen habe. Das Gegenteil werde durch die bekannte Erklärung des Finanzministers bewiesen.

Diese 7 Punkte sagen nun freilich jedem, der die Politik der letzten Jahre verfolgt hat, nichts Neues. Auffallend ist nur außer der Schärfe der gegen England gerichteten Spitzen die schon angedeutete Tatsache, daß diese Kundgebung in Anlaß eines russischen Zeitungsartikels erfolgte. Wir werden dadurch noch mehr in der Überzeugung gestärkt, daß die öffentliche Meinung in Rußland in den Fragen der äußeren wie der inneren Politik eine wachsende Bedeutung gewinnt, und das ist eine Tatsache, die uns keineswegs in erfreulichem Lichte erscheint. Mit einem Staat, der entschlossen seinen Interessen nachgeht, läßt sich rechnen, mit Stimmungen des profanum vulgus nicht; da entscheiden Instinkte, Sympathien und Antipathien, und wohin die führen, kann niemand vorhersehen. Einen Einfluß jener Strömungen der öffentlichen Meinung erkennen wir auch in dem an sich nur zu lobenden Entschluß des Kaisers, die nach Sibirien „wegen Unruhen" verbannten Studenten ihren Familien zurückzugeben. Aber man fragt, weshalb denn jene furchtbar harten Strafen über die jungen Leute verhängt wurden, wenn es genügt, sie der Fürsorge ihrer Familien anzuvertrauen, um sie wieder an Ordnung zu gewöhnen? Die Antwort ist, daß in dem einen Fall nach der hergebrachten Routine einer harten Bureaukratie, im anderen nach den großmütigen Impulsen einer weichen und edel angelegten Natur entschieden wurde. Es wäre nur zu wünschen, daß sie sich gleich geltend gemacht hätte, ehe das Drängen der öffentlichen Meinung die Initiative des Gedankens für sich in Anspruch nehmen konnte. In einem Punkte freilich wünschten wir, daß diese drängende öffentliche Meinung Gehör fände. Und das sind die wirtschaftlichen Fragen, über welche die Lokalkomitees in ganz Rußland jetzt zu Rate sitzen. Die „Nowoje Wremja", die

regelmäßige zusammenfassende Überblicke über die Arbeit dieser Kommissionen bringt, sagt in ihrem letzten Bericht: „In keiner Frage findet sich in den Arbeiten des Komitees eine solche Einstimmigkeit, wie in Beurteilung der finanziellen und ökonomischen Nöte, besonders wo es sich um Herabsetzung der direkten Steuern und Beseitigung des Schutzzollsystems handelt." Daran hängt im Grunde alles, und die Drohungen, die in eben der „Nowoje Wremja", der wir diesen Artikel entnehmen, zu finden sind, sobald sie auf unseren Zolltarif zu sprechen kommt, enthalten durch das Votum dieser Komitees doch eine ganz eigentümliche Beleuchtung.

Die Exekution an Venezuela hat durch das gemeinsame Vorgehen Englands und Deutschlands, dem sich jetzt auch Italien anzuschließen scheint, einen besonderen Charakter gewonnen, der, wie man meinen sollte, auch ein freundliches Echo in der beiderseitigen Presse und im englischen Parlamente hätte finden sollen. Auch finden wir nicht, daß bei uns nach dieser Richtung hin gesündigt worden sei. Dagegen hört weder die Feindseligkeit eines Teiles der englischen Presse und bestimmter von England aus beeinflußter amerikanischer Zeitungen auf, noch hat es die Opposition im Parlament unterlassen können, gegen das Zusammengehen beider Mächte ihre Angriffe zu richten.

Natürlich spielt dabei auch der Jangtse-Vertrag mit, sowie die mit ihm in Zusammenhang stehenden Bedingungen, welche der Räumung Schanghais zu Grunde gelegt wurden. Als ob es sich in dieser ganzen Angelegenheit um eine spezifisch deutsche Aktion handelte. Die Dinge sind bekanntlich so gegangen, daß, als Anfang Oktober der deutsche Geschäftsträger unsere Bedingungen für die Räumung Schanghais der chinesischen Zentral-Regierung mitteilte, und deren erst mündliche, dann schriftliche Zustimmung erfolgte, gleichzeitig der französische Geschäftsträger in Peking mit geringfügigen Modifikationen die gleichen Räumungsbedingungen stellte wie wir, und auch genau dieselbe Antwort erhielt. Wir haben aber nicht gehört, daß irgend jemand in England den Franzosen daraus einen Vorwurf gemacht hätte! Doch dies nur beiläufig, denn wir wissen, daß solche kleine Nadelstiche mehr ärgerlich als schädlich sind. Das Wesentliche liegt doch darin, daß beide Regierungen in völliger Überein-

stimmung miteinander und nach vorausgegangener Verständigung mit den Vereinigten Staaten handeln. Auch glauben wir nicht, daß das akute Stadium, in das die venezolanische Frage gegenwärtig getreten ist, von langer Dauer sein kann. Es bieten sich zwei Lösungen: entweder die Gegner Castros werden Herr der Situation und Castro verschwindet vom politischen Schauplatz, um Matos Raum zu geben, mit dem sich dann wahrscheinlich bald eine Verständigung fände, oder aber Castro bleibt bis auf weiteres und fügt sich einem Schiedsspruch, den England und Deutschland in die Hände Präsident Roosevelts legen, dem alle Teile das persönliche Vertrauen entgegentragen, dessen der arbiter bedarf. Uns scheint aber die Wahl Roosevelts deshalb besonders glücklich zu sein, da niemand mehr als der Präsident der Vereinigten Staaten in der Lage ist, auch einem störrischen Venezuela gegenüber, seinem Spruch Respekt zu verschaffen.

Die Dinge in Marokko haben sich dadurch wesentlich verschlimmert, daß die Truppen des Sultans von dem Prätendenten von Täza geschlagen worden sind. Der Sultan ist nach Fez zurückgekehrt und es heißt, er bereite einen neuen Feldzug vor. Andere Nachrichten wollen wissen, daß der Prätendent die Offensive ergreifen werde. Auch andere Berberstämme gelten für unsicher. Jedenfalls nimmt diese Verwicklung das politische Interesse lebhaft in Anspruch.

Wir notieren zum Schluß, daß die am 6. Mai aus Paris verschwundene Familie Humbert, deren 20 Jahre durchgesetzter Betrug mit den fingierten Millionen der Crawfordschen Erbschaft ein wahres Meisterstück modernster Gaunerei war, glücklich in Madrid festgenommen worden ist. Mit dem Roman ihrer Flucht werden die Pariser Blätter und die französischen Gerichte uns in den nächsten Wochen unterhalten.

25. Dezember. Konferenz König Alexanders von Serbien mit dem Grafen Lambsdorff in Nisch.
26. Dezember. Eintreffen Chamberlains in Durban.
26. Dezember. Präsident Roosevelt lehnt es ab, Schiedsrichter zwischen Venezuela und den Mächten zu sein.
27. Dezember. Graf Lambsdorff in Sofia.
28. Dezember. Auflösung des japanischen Parlaments.

---

31. Dezember 1902.

Das abschließende Jahr zeigt uns zwei politische Probleme, um deren Erledigung die interessierten politischen Faktoren eifrigst bemüht sind: das makedonische und venezolanische: und ein Problem, das drohend am Horizont aufsteigt: das marokkanische. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir mit Sicherheit in nächster Zukunft eine endgültige Erledigung der Sorgen erwarten, welche die Aktion der bulgarischen Banden überall erregt hat, oder ein plötzliches Schwinden der Unbequemlichkeiten, welche mit der Haltung des Präsidenten Castro verbunden sind.

Vielmehr ist sicher, daß beides ein langwieriges Nachspiel haben wird. In der makedonischen Angelegenheit läßt sich beim besten Willen nicht mehr erreichen, als ein nochmaliges Hinausschieben einer drohenden großen Krisis, mit Venezuela aber wird es, wenn wirklich ein Schiedsspruch von allen Beteiligten angenommen werden sollte, eine verdrießliche Abrechnung geben, bei der auch prinzipielle Fragen von großer Bedeutung nicht zu umgehen sein werden. Was aber Marokko betrifft, so ist der Sieg des Sultans Abdul Aziz, von dem wir neulich berichteten, in Wirklichkeit eine schwere Niederlage gewesen, so daß alle Schlüsse, die wir aus diesem vermeintlichen Erfolge zogen, sich in ihr Gegenteil verkehren. Im Augenblick liegt es so, daß der Sultan um seinen Thron und um seine Existenz kämpft;

unterliegt er, oder dauert der Bürgerkrieg noch längere Zeit fort, so ist das Schlimmste zu befürchten, denn alle politischen Rivalitäten, die hier mitspielen, werden in dem Augenblick lebendig, wo der Bestand des marokkanischen Reiches gefährdet erscheint. Es will aber ein nicht beglaubigtes, aber auch nicht ohne weiteres abzuweisendes Gerücht wissen, daß die Aufständischen Waffen und Munition von Osten her, also aus den Gebieten beziehen, in welchen der französische Einfluß mit elementarer Kraft vordringt.

Jedenfalls kann es nur nützlich sein, sich über die politischen und historischen Zusammenhänge der Bewegung zu orientieren. Der „Temps", der in seiner Nummer vom 26. Dezember über diese Dinge einen sehr instruktiven, wahrscheinlich aus den Akten des Quai d'Orsay geschöpften Bericht bringt, kann uns dabei als Führer dienen. Sultan Mulai Abdul Aziz, so führt Herr Adrien Hébrard aus, dankt seinen Thron keineswegs allein seinem Erbrecht. Als nach 21jähriger Regierung sein Vater Mulai Hassan starb (Juni 1894), war der älteste Sohn, Mulai Mohamed, der ohne Zweifel meistberechtigte Erbe. Aber der Haß des damaligen Ober-Kämmerers Si Ahmed Ben Monsa verlegte ihm den Weg zum Thron. Er verheimlichte 48 Stunden lang, vom 4. bis 6. Juni 1894, den Tod des Sultans und diese kurze Frist genügte ihm, um die Krone seinem Kandidaten, dem minderjährigen Abdul Aziz zu sichern. Mulai Mohamed und seine Anhänger wurden, als sie sich erhoben, geschlagen, er selbst gefangen genommen und in Mekneſſa eingekerkert. Dort soll er noch jetzt leben. An diese, im Orient nichts weniger als ungewöhnlichen Ereignisse knüpft der gegenwärtige Aufstand gegen den Sultan an. Ein gewisser Omar Zarhuni trat auf: ein Mann niedriger Herkunft, der aber weit gereist war und sich den Ruf der Heiligkeit zu erwerben verstanden hatte. Der „Temps" behauptet, der Mann sei zugleich ein geschickter Taschenspieler und Magnetiseur. Die Suggestion, die von ihm ausgehe, lasse ihn als ein übernatürliches Wesen erscheinen. Unmöglich ist das keineswegs: im Orient pflegen Selbsttäuschung, Fanatismus und bewußter Betrug zum gleichen Ziel zu wirken; alle Mahdis, von denen wir wissen, zeigen in dieser Hinsicht Geistesverwandtschaft und ihre Geschichte trägt daher etwas Typisches. Wie dem auch sei, Omar Zarhuni verstand es jedenfalls sich ein Ansehen zu geben. Wenn er auf seiner weißen

Eſelin reitend — er ſelbſt nannte ſich Bu Hamara, d. h. Vater der Eſelin — dem Volk verkündete, daß er nach Fez ziehen werde, um dort den „Herren der Stunde", den Mahdi auszurufen, und wie dann dieſer unter einem Pfeiler der Moſchee das Schwert finden werde, das er zur Erfüllung ſeines Berufes brauche, dann fand er Glauben. Sein Anſehen ſtieg ſo ſehr, daß er es für möglich fand, einen neuen Trug hinzuzufügen, und bald wußten ſeine Anhänger, daß der „Vater der Eſelin" niemand anders ſei, als Mulai Mohamed ſelbſt, der rechtmäßige Sultan. Der dynaſtiſche Anſpruch trat dem religiöſen zur Seite und ein Teil der Berberſtämme, ſpeziell die Riad von Taza, nahm nunmehr offen für ihn Partei. Zunächſt aber war Abdul Aziz der mächtigere. Am 3. November wurde der Prätendent und Prophet von einem Bruder des Sultans geſchlagen und es hieß in Europa, daß der falſche Mulai Mohamed gefangen ſei. Aber der Erfolg war von kurzer Dauer. In einer zweiten Schlacht, am 29. November, ging der Stamm der Hyaina zum Propheten über, und die Folge war eine vernichtende Niederlage der Truppen des Sultans. Dieſer lag damals gerade im Felde gegen den Stamm der Zimmur (weſtlich von Mekneſſa). Auf die Kunde der verlorenen Schlacht detachierte er 6—7000 Mann, um dem Bruder Hülfe zu bringen; das aber nutzten die Zimmur, um dem geſchwächten Hauptheer in den Rücken zu fallen, und dem Sultan blieb ſchließlich nichts übrig, als ſein demoraliſiertes Heer nach Fez zurückzuführen. Er hat ſich dann ſelbſt an die Spitze ſeiner Truppen geſtellt und iſt, wie jetzt aus Tanger gemeldet wird, abermals geſchlagen worden. Über alles weitere gehen die Nachrichten weit auseinander. Franzöſiſche Quellen wollen wiſſen, daß Bu Hamara ſich jetzt Mulai Mohamed und Mahdi nenne, und 100 km um Fez, von allem Pomp eines Sultans umgeben, unbeſchränkte Herrſchaft ausübe. Dagegen ſchreibt der Korreſpondent der „Times" — qui prétend avoir le privilège de savoir mieux que personne ce qui se passe au Maroc — er habe zwei Kundſchafter nach Taza geſchickt, und dieſe hätten den falſchen Propheten geſprochen. Er habe ihnen geſagt, daß er nicht nach dem Throne für ſich ſtrebe; ſein Auftrag ſei, den heiligen Krieg gegen die Chriſten zu führen. Siege er, ſo wolle er aus einer der Scherif-Familien einen Sultan wählen, der ſich verpflichte, dieſen heiligen Krieg weiter zu führen. Das Heer

der Aufständischen sei gegen 30000 Mann stark, Bu Hamara kein anderer, als der ihnen bekannte Soldat Omar Zarhuni.

Das ist alles, was wir bisher wissen. Trotz aller Widersprüche in den französischen und englischen Berichten läßt sich nicht verkennen, daß allerdings, wie der „Temps" sagt, „une crise redoutable s'est ouverte au Maroc, et qu'il en peut sortir des changements dont la portée serait internationale." Das heißt ins praktisch-politische übersetzt, es kann dahin kommen, daß im Streit der Ansprüche auf den marokkanischen Thron die europäischen Mächte, speziell Frankreich und England, nach verschiedener Richtung Partei nehmen. Daß England für Abdul-Aziz sein wird, kann als sicher gelten: Frankreichs Interesse weist auf Unterstützung des Machthabers im Osten, und es ist sehr charakteristisch, daß der „Temps" die Nachricht der „Times" von einer gegen alle Christen gerichteten Erhebung des Bu Hamara mit unverhülltem Ärger zurückweist. Wir erinnern uns aber daran, mit welcher Leidenschaft die französischen Politiker an den Zukunftsplänen in Bezug auf Marokko festhalten. „Es gibt — sagte das „Journal des Débats" vor nunmehr fast zwei Jahren (Mai 1901) — außerhalb Europas keine Frage, die für uns von größerer Wichtigkeit wäre", und ebenso lebendig ist uns in Erinnerung, wie nachdrücklich die russische Presse noch vor wenigen Monaten darauf drang, daß Frankreich endlich energisch in Marokko vorgehen müsse. Und in der Tat, so wie die Dinge heute liegen, wär es für Rußland die denkbar günstigste Kombination, um in Asien freie Hand zu bekommen.

Diese Erwägung führt uns auf die bedeutsame Reise des Grafen Lambsdorff — oder wenn es durchaus so sein soll Lamsdorf — nach Belgrad, Sofia, Wien. Über die aufrichtig friedliche Tendenz dieser Reise kann kein Zweifel sein; alle Nachrichten, die bisher bekannt geworden sind, bekräftigen uns diese Auffassung. Es scheint sogar, wenn wir französischen Nachrichten trauen dürfen, daß der Graf in Nisch das Versprechen geben durfte, daß die Königin Draga in Petersburg von der Kaiserin empfangen werden wird. In Sofia aber ist jedenfalls darauf hingewiesen worden, daß die Agitation der Banden Sfarafows einzustellen sei. Das offizielle Rußland hat keine Neigung das Doppelspiel der bulgarischen Regierung ferner zu dulden und Fürst Ferdinand wird sich danach zu richten haben. Das Wesentliche bleibt aber immer Wien, und dafür haben

wir keinen anderen Anhalt als den, daß Österreich-Ungarn im eigensten Interesse den russischen Wünschen entgegenkommen kann. Was möglich ist, den Ausbruch einer orientalischen Krisis zurückzuhalten, wird gewiß geschehen, und da auch die Pforte allen Grund hat, in demselben Sinne zu wirken, hoffen wir, trotz der nach anderer Richtung gehenden Aktion der russischen Presse, das Beste. Dahin führt uns auch die Erwägung, daß die russische Regierung das denkbarste getan hat, um die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung des Landes von der Balkanhalbinsel nach den mittelasiatischen und ostasiatischen Interessensphären Rußlands abzulenken. Die „Communiqués", die wir jüngst ausführlich besprochen haben, weisen mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß weder ein Anspruch noch irgend einer der großen Pläne aufgegeben ist, die in Asien von Rußland verfolgt werden, und diejenigen, welche meinen, daß finanzielle Gründe Rußland von einem energischen Vorgehen im fernen Osten abhalten könnten, möchten wir ersuchen, uns nur einen Fall zu nennen, da solche Erwägungen in der asiatischen Politik Rußlands den Ausschlag gegeben hätten. Sie ist stets sowohl vom Gang der europäischen Politik des Reiches, wie von seiner Finanzlage unabhängig gewesen, und dabei wird es auch in Zukunft bleiben. Aber wer wollte verkennen, daß ein Konflikt um Marokko die Kombination wäre, die zur Zeit am besten diese asiatischen Interessen Rußlands fördern mußte. Es ist schwerlich zu erwarten, daß wenn es ernst wird in Marokko, von Petersburg aus den Franzosen der Rat zugehen sollte, möglichste Zurückhaltung zu üben. Wir möchten in diesem Zusammenhange auch auf die Gesandtschaft hinweisen, welche am 2. Januar von Rußland nach Abessinien abgeht. Sie schließt sich direkt an die vom Negus mit England und Italien vollzogene Grenzrichtung und erneuert Beziehungen, halb konfessionellen, halb politischen Charakters, die keineswegs erst von den Tagen des Kosaken Atschinow datieren, sondern bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen und mit der erstaunlichen Nachhaltigkeit gepflegt worden sind, welche den politischen Ehrgeiz Rußlands auszeichnet.

In Wien wird Graf Lambsdorff auf eine gedrückte Stimmung stoßen. Zu den Widerwärtigkeiten, welche die nachgerade unerträglich gewordenen Zwistigkeiten der Nationalitäten mit sich bringen, ist der Kummer gekommen, der durch die Flucht der Prinzessin

Luise Antoinette und durch den Austritt ihres Bruders, des Erzherzogs Leopold Ferdinand, aus der Familiengemeinschaft des Kaiserhauses, dem vielgeprüften Kaiser Franz Josef bereitet worden ist. Wir wollen bei dem, was an wirklichen und angeblichen Tatsächlichkeiten über Anlaß und Verlauf, der auch unser sächsisches Könighaus tief erschütternden Ereignisse umläuft, nicht wiederholen. Von unserm Standpunkte aus beklagen wir neben vielem anderen, daß in diesem Zweige des Erzherzoglichen Hauses offenbar das Bewußtsein der Standesehre und der Standespflichten fehlt, die sich doch nicht wegwerfen lassen wie ein Handschuh, den man verbraucht hat. Aber es scheint uns nützlich, einer Stimme zum Wort zu helfen, die in der „Zeit" laut geworden ist, und der Wahrheit vielleicht näher kommt, als was an Gerüchten durch die Welt getragen wird. Der Gewährsmann des Blattes ist ein Mitglied des hohen Wiener Klerus, der die Prinzessin Luise Antoinette seit vielen Jahren kennt. Er erzählt: „Die Prinzessin war von frühester Jugend an sehr regen Geistes und begierig, sich zu unterrichten. Sie ist von verschiedenen Lehrern erzogen worden. Ein alter würdiger Priester von liberaler Gesinnung gab ihr den Religionsunterricht. Die Eltern der Prinzessin, die streng devot waren, hätten es gern gesehen, wenn das Kind, das zum jungen Mädchen heranwuchs, ebenso eifrig, wie sie selbst, an den religiösen Übungen teilgenommen hätte. Aber sie nahm am Gottesdienst nur gezwungen teil, und beichtete nur ungern. Als sie vor etwa 10 Jahren Braut des Prinzen Friedrich August von Sachsen wurde, atmete sie erleichtert auf. Sie hoffte in ihrer neuen Heimat ganz freie Bewegung zu haben, auch in religiösen Dingen. Sie wußte nicht, daß in Dresden König, Königin, die Prinzen, der ganze Hof und die vornehmsten Würdenträger noch kirchlicher waren als ihre Eltern. Ihr Widerstand gegen diese streng katholischen Lebensformen führte zu den ersten Mißhelligkeiten mit ihren Schwiegereltern. Es steht aber fest, daß bei alledem der Kronprinz in der ersten Zeit seine Gemahlin außerordentlich liebte, aber er stellte sich auf die Seite seiner Eltern und wollte aus der Prinzessin eine katholische Musterfrau machen. Das führte zu Spannungen, der Konflikt wurde von Jahr zu Jahr, und unglücklicherweise mit dem Heranwachsen der Kinder, immer schärfer. Der Vater wollte allerdings den Überlieferungen seines Hauses treu bleiben, während die Mutter, welche die

Kinder vergötterte, sie in liberalem Geist erziehen wollte. So wurde der Abgrund zwischen den Gatten immer tiefer, zu einer Zeit, da das Publikum noch keinerlei Ahnung von den zwischen ihnen bestehenden Gegensätzen hatte. (Anm.: Wir haben hier eine Rückübersetzung aus dem Französischen gegeben, da uns der Text der Wiener „Zeit" eben nicht zugänglich ist.) Man wird aber diese Version nicht ohne weiteres zurückweisen können: wenn sie auch nicht entschuldigt, erklärt sie doch manches, was sonst unverständlich wäre.

Über Venezuela ist wenig zu sagen. Die nunmehr perfekte Blockade wird nachdrücklich aufrecht erhalten, und mitlerweile gehen die Verhandlungen um einen Schiedsspruch, den, wie jetzt feststeht, Präsident Roosevelt nicht auf sich nehmen will, so, daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Sache an das Haager internationale Schiedsgericht fallen könnte. Aber es liegt auf der Hand, daß die beiden meistbeteiligten Mächte erst dann auf einen Schiedsspruch eingehen können, wenn in der Hauptsache Venezuela ihr gutes Recht anerkannt hat. Der Verlauf wird der sein müssen, der aus der Alabama-Angelegenheit und in der Samoafrage bekannt ist. In beiden Fällen war eine im Prinzip alle Schwierigkeiten lösende Verständigung vorausgegangen und der Schiedsspruch erfolgte über Detailfragen, die einer minutiösen Untersuchung bedurften. Es ist mit solchen Schiedssprüchen wie mit internationalen Kongressen, die einen Konflikt auch nur dann zu friedlicher Lösung führen können, wenn die Hauptdifferenz bereits glücklich beseitigt ist. Der Berliner Kongreß von 1878 ist dafür das klassische Beispiel. Nun scheint es aber, daß der Starrsinn und Größenwahn des Präsidenten Castro eine gütliche Verständigung ausschließt, so daß uns nach wie vor als beste Lösung das Verschwinden Castros von der politischen Schaubühne erscheinen würde. Mit Matos oder einem anderen Präsidentschaftsaspiranten wird sich besser verhandeln lassen.

Daß die öffentliche Meinung in Rußland sich gegen uns auch in dieser Venezuela-Angelegenheit wenden würde, ließ sich voraussehen. Die Herren Publizisten in Moskau und Petersburg, die so leichten Herzens jahraus jahrein gegen uns ins Feld gezogen sind, halten es für ihr gutes Recht zu verlangen, daß Deutschland unter keinen Umständen mit England Hand in Hand geht. Hinc illae lacrimae! Es lohnt auch nicht ein Wort darüber zu verlieren.

Auch das verstehen wir, daß die Presse der englischen Opposition die Gelegenheit benutzt, um dem Ministerium Balfour-Chamberlain wegen seiner gemeinsamen Aktion mit Deutschland am Zeuge zu flicken. Wäre Campbell Bannerman am Ruder, so hätte er wahrscheinlich getan wie Lord Lansdowne, und dann von Seiten der Konservativen die Opposition gefunden, die er heute macht. Das gehört nun einmal zur Praxis des englischen Parteiregiments. Wohl aber hat uns die Brutalität überrascht, mit der Rudyard Kipling seinem Haß gegen Deutschland — das er nicht kennt — Luft gemacht hat. Etwas Niederträchtigeres an englischer politischer Poesie erinnern wir uns nicht gelesen zu haben, obgleich uns Herr Austin noch in lebendiger Erinnerung steht. Daß aber die „Times" ihm ihre Spalten öffnet, kann nicht wunder nehmen, es entspricht ihrer Haltung gegen uns und mag nebenher noch ein gutes Geschäft bedeuten.

Inzwischen ist Chamberlain glücklich in Natal gelandet, und von Durban aus klingen seine ersten Reden zu uns herüber. Sie sind im wesentlichen versöhnlich gehalten. Er gibt zu, daß der eigentliche Gegenstand des Kampfes die Frage gewesen sei, wem die Suprematie in Südafrika gehören solle, den Holländern oder den Engländern. Nun habe der Erfolg für England entschieden und er rechne auf ein freundschaftliches Zusammenwirken beider blutsverwandter Rassen, wenn er auch wisse, daß die Buren nicht über Nacht würden vergessen können. Er betonte die Notwendigkeit, Lord Milners Stellung weiter zu stärken. Der Jubel in Natal war groß. Man hat es dort als eine besondere Aufmerksamkeit empfunden, daß „der alte gute Joë" in Durban, nicht in Kapstadt, südafrikanischen Boden betreten hat. Auch war es gewiß geschickt, daß Chamberlain von dem Punkte ausging, an dem das englische Element meist geschlossen beisammen sitzt. In der Kapkolonie kommt das schwer zu behandelnde Element des Bond hinzu, und damit stellt sich dort eine weit schwierigere Aufgabe. Aber über Chamberlains Kunst, sein persönliches Übergewicht zur Geltung zu bringen, kann jetzt ein Zweifel nicht mehr bestehen, und es läßt sich schon heute vorhersehen, daß das Ergebnis seiner afrikanischen Reise eine wesentliche Stärkung und Sicherung der englischen Stellung zur Folge haben wird.

Eben trifft die Nachricht ein, daß der Hadda Mullah, der den Engländern an ihrer indischen Nordwestgrenze so viel Not machte, gestorben und auch bereits am 23. Dezember verbrannt worden ist. Das Bureau Reuter knüpft daran die noch nicht recht verständliche Bemerkung: „Der Mullah Safi Sahib tritt seine Nachfolge an". Man wird im Interesse Englands hoffen, daß Safi Sahib nicht auch die Erbschaft des Hasses antritt, den Hadda Mullah den Engländern entgegentrug.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abasa, russ. Finanzminister 307.
Abdul Aziz, Sultan von Marokko siehe Marokko.
Abdur-Rahman, Emir von Afghanistan siehe Afghanistan.
Abeken, Geheimrat 335.
„Abendpost" 399.
Abessinien 296. 375. 419. 440.
— Eisenbahn, franz.-abessin. 296.
Adalbert, Prinz, von Preußen 335.
Addis-Abeba Eisenbahn, Djibuti—Harrar—Addis—Abeba (Abessinien) 296.
Aden 296. 397.
Adrianopel 166. 174. 378.
— Friede von 343.
Adriatisches Meer 297.
Aegypten 83. 192. 195. 216. 342. 345. 397.
— Handelsvertrag, franz.-ägyptischer 399.
— Krisis, türk.-äg. 344.
Affaire (Dreifus) 171.
Afghanistan 5. 75. 103. 125. 139. 226. 358. 385. 397. 412. 413. 414. 433.
— Abdur-Rahman, Emir 104.
— Grenze, afgh.-russ. 375.
— Habib Ullah, Emir 358. 397.
— Asmar 103.
Afrika 2. 3. 38. 48. 56. 57. 86. 116. 132. 133. 135. 136. 154. 170. 177. 186. 252. 298. 299. 327. 394. 401. 443.
— Aquatorial-Provinzen 416.
— Central-Afrika 327.
Afrika Kaffern 11. 12. 13. 14. 15. 16. 45. 56. 125. 195. 215. 292. 320. 327. 416.
— Kapholländer 56.
— Kap—Kairo Bahn 135. 178.
— Kapkolonie 155. 234. 235. 251. 371. 443.
— Kapland 10. 11. 12. 14. 16. 55. 103. 133. 215. 220. 234. 236. 251. 252. 260. 261. 262. 263. 269. 292. 374.
— Kapparlament 263. 310.
— Kaprebellen 177.
— Kapstadt 56. 127. 132. 134. 251. 443.
— Konvention, afrikanische 48.
— Meridianbahn 135.
— Nordafrika 314. 348.
— Ostafrika 345. 420.
— Deutsch-Ostafrika 2. 3. 131. 297.
— Eisenbahn ostafrikanische 87.
Südafrikan. Föderation 251.
Konzentrationslager 4. 14. 15. 224. 283. 320.
Natal 129. 133. 234. 236. 251. 252. 283. 373. 443.
Verein. Staaten von S. 132.
Deutsch-Südwestafrika 131. 297. 359.
— Westafrika 169. 170. 178.
Afrikander 4. 10. 12. 14. 16. 55. 131. 136. 236. 262.
— Merriman, Führer der 262.
Afrikanderbond, Hofmeyer, Führer des 56.
Alabama Prozeß 71. 442.
Alaska (N. W. Amerika 70. 71. 253. 368.

Albanien 58. 138. 140. 145. 146. 149. 159. 282. 292. 297. 298. 299. 311. 313. 323. 331.
Albert, König von Sachsen 249.
Alexander der Große 366.
Alexander I., Kaiser von Rußland 165.
Alexander II., Kaiser von Rußland 67. 163. 174. 204. 304. 307. 337. 339. 403. 412.
Alexander III., Kaiser von Rußland 28. 163. 164. 174. 188. 202. 204. 206. 304. 307. 323. 404.
Alexander, Fürst von Bulgarien 27. 174.
Alexander, König von Serbien 116. 356. 394. 436.
Alexandra Feodorowna, russ. Kaiserin 414.
Alexandrette, Hafen von (Kleinasien) 39.
Alexandria (Ägypten) 297. 343.
Alfons XIII., König von Spanien 200. 208.
Algier 28. 185. 206. 348. 391.
Allahabad (am Ganges) 104.
Allart, Nihilistin 142.
Alldeutsche 120. 157. 380.
Allianz, franko-slavische 94. 95. 96.
— englisch-franz. 199. 350.
— engl.-franz.-russ. 38. 114. 115.
— englisch-japan. 90. 140. 239.
— englisch-russ. 241. 398.
— europäische 6. 370.
— ostasiatische 153.
— russ.-französ. 8. 49. 57. 75. 95 96. 118. 123. 124. 125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
Almodovar, span. Minister d. Auswärtigen 388.
„Altpolnische Revue" 18.
Amajuba-Hügel, Nordspitze von Natal 131.
Amerika 8. 46. 50. 51. 52. 53. 54. 59. 60. 69. 70. 71. 72. 73. 92. 94. 97. 140. 146. 147. 171. 179. 187. 199. 250. 257. 272. 273. 289. 318. 319. 320. 321. 322. 328. 329. 348. 361. 367. 368. 369. 370. 371. 384. 396. 401. 407. 409.
— Konflikt, kubanisch-amerik. 71.
— Kongreß, panamerikanischer 1.
— Krieg, span.-amerik. 50. 51. 53. 54. 59. 67. 69. 70. 72. 96. 324.
— Mittelamerika 397.
Amerika Südamerik. Staaten 9. 361. 396. 397. 420. 421. 426.
— Syndikat, englisch-amerik. 178.
— Verein. Staaten 8. 39. 40. 44. 49. 51. 52. 53. 54. 59. 70. 71. 72. 83. 94. 97. 114. 187. 200. 209. 221. 222. 226. 250. 253. 271. 272. 273. 284. 310. 319. 328. 329. 353. 360. 361. 368. 369. 372. 375. 384. 395. 396. 406. 415. 422. 426. 435.
Amfelfeld (Altserbien) 311.
Amsterdam „Telegraf" 154.
Amur 30. 33. 35. 83. 92.
Anam (franz. Hinterindien) 346.
Anatolische Eisenbahn-Ges. 30. 39.
André, franz. Kriegsminister 172 205. 226. 237. 245. 255. 270. 310.
Angra Pequena (Namaland) 132.
Antillen kl. 71.
Arabien 44. 59. 139. 226. 292. 376. 416.
Archangelsk, Gouvern. N. O. Rußland 143.
Argentinien 1. 9. 220. 301.
Argus, Londoner Korresp. der Nowoje Wremja. 114. 172. 173. 174. 241. 266. 419. 420. 421. konf. Tatischtschew.
Armenien 140. 282. 283. 316. 378. 411.
Arnone, italien. Admiral 363.
Aschabad (Persien) 152.
— Aschabad—Mesched Eisenbahn 336.
Asien 8. 22. 92. 203. 299. 308. 321. 348. 354. 377. 385. 401. 414. 439. 440.
— Hinterasien 335.
— Kleinasien 45. 246. 282. 322. 323. 397.
— Mittelasien 216. 440.
— Ostasien 1. 38. 75. 82. 84. 97. 104. 107. 123. 124. 146. 149. 177. 206. 216. 222. 226. 228. 264. 296. 329. 357. 432. 440.
— — Allianz, ostasiat. 153.
— Südasien 186. 226.
— Vorderasien 47.
Asmar (Afghanistan) 103.
„Associated Preß" 52.
Athen 399. 429.
Äthiopische Eisenbahn-Ges. 48.
Athos (Kloster, Halbinsel Hagion Oros 265.
Atlantischer Ozean 70. 348.
Atschinow, Kosak 440.
Attika 430.

Auſtin, engliſcher Hofpoet 443.
Auſtralien 6. 41. 103. 129. 130. 196. 216. 248. 252. 253. 258. 333. 345. 371.
— Föderation, auſtr. 371.
Aynard, franz. Abgeordneter 185.

B.

Bachmetjew, ruſſ. Geſandter in Sofia 168. 432.
Baden 179.
— Großherzog von 179. 335.
Bagdad 39. 44. 139.
Bagdadbahn 30. 39. 45. 246. 322. 421. 422. 433.
Bahama-Inſeln (Mexican. Golf) 71.
Balfour, engl. Miniſterpräſident 39. 55. 129. 229. 275. 283—85. 287. 292. 309. 318. 382—84. 443.
Balkanſlaven 197. 393.
Balkanſtaaten 8. 70. 95. 107. 115. 144. 145. 148. 159. 165. 166. 169. 176. 197. 198. 246. 282. 297. 309. 313. 317. 322. 324. 338. 339. 378. 379. 380. 393. 394. 423. 424. 428. 429. 431. 440.
Balſchanow, Nihiliſt 150. 161.
Balten 288. 411.
Baltiſche Küſte 354.
Baltiſches Meer 18. 214. 355.
Baltiſche Provinzen 165. 317. 411.
Bangkok (Siam) 330.
Ban Righ, venez. Kaperſchiff 395. 396.
Barcelona 10. 69. 81. 220.
Bardoux, Jacques, Journaliſt 199.
Barran, M. P. 309.
Barrère, franz. Botſchafter in Rom 10. 16. 28. 49. 80. 264. 315. 415.
Barton, auſtral. Miniſterpräſident 253.
Baſra (Schat el Arab) 39. 139.
Baſuto (öſtl. v. Natal) 283.
Bayern 179.
Beau, Paul, Gouv. v. Indo-China 296.
„Befreiung" 280. 403. 410.
Behringsmeer 72.
Belgien 2. 140. 150. 156. 161. 169. 189. 341. 389. 416.
— Leopold II., König 382. 389.
— Königin, Tod der 320.
Belgrad 356. 428. 431. 439.
Beludſchiſtan 152.
Bender Abbas (Straße von Hormus) 139.
Beneſuebi, afgh. Stamm 397.
Beni Merwan, marokkaniſcher Stamm 376.
Berbera (Somaliküſte) 397.
Berchem, Graf 118—120. 288—291.
Beresford, Lord Charles, M. P. 267.
Berlin 18. 40. 44. 135. 138. 150. 240. 274. 310. 331. 342. 349. 351. 353. 365. 393. 399. 411. 420.
— Kongreß 284. 397. 428. 442.
— Kongo-Vertrag 170.
— Traktat 45. 207. 265. 298. 337. 338.
Bermudas-Inſeln, engl. Inſelfeſtung öſtlich von Waſhington 70. 224.
Berthelot, franz. Staatsmann 206.
Beſikabai (Kleinaſien) 397.
Betſchuana-Land (weſtl. v. Transvaal) 131—133. 252.
Bialyſtock (Gouv. Grodno) 188.
Bielczewski, Erzb. v. Lemberg 217.
Bigelow, Poultney, amerikaniſcher Journaliſt 46.
Bigham, M. P. 128.
Biredjik (Kleinaſien) 39.
Birma, Ober- (engl. Hinterindien) 47. 125. 296. 336.
Birmingham 20. 324.
„Birſhewyja Wjedomoſti" 90.
Bismarck, Otto v. 85. 118. 119. 122. 148. 204. 285. 290. 325. 335. 336. 365. 420. 428.
Bitolja, Vilajet (Makedonien) 356.
Blagoweſchtſchensk (Amurgebiet 32. 33. 35. 36.
Blaine, Staatsſekretär d. Ver. St. 368.
Blake, M. P. 128.
Blanco, ſpan. Marſchall 54.
Blaubuch, engl. 269.
Blennerhaſſet, Sir Rowland. Publiziſt 76. 153. 227. 240. 266. 325. 326.
Blowitz, Oppert aus, Pariſer Korreſpond. der Times 19. 21. 32.
Bogdi-Chan (Kaiſer von China 24. 25.
Bogoduchow (Gouvern. Charkow 142.
Bogoljubow, ruſſ. Miſſionar 142.
Böhmiſche Frage 325.
Bombay 139. 397.
Bond 261—263. 327. 416.
Bond Sir Robert, Miniſter v. Newfoundland 368.
Boninnière, La, de Beaumont, franzöſ. Admiral 95.

Bonnechose, Kardinal 183.
Borissow, Gouv. Minsk 188.
Bosnien 140. 198.
Bosporus 115. 323.
Boström, schwed. Minister 258.
Botha, General 12. 16. 154. 220. 221. 229. 230. 231. 232. 236. 237. 260. 284. 310. 331. 332. 394.
Boulanger, General 127. 128. 171. 183. 238. 270.
Bourgeois, franz. Staatsmann 215. 220. 226. 238.
Bowen, Gesandter d. Vereinigten Staaten in Venezuela 395. 409. 428.
Bowles, Gibion, M. P. 267—269.
Brasilien 288. 369. 371. 422.
Braunschweig 179. 180. 363—367. 419.
— Wilhelm, Herzog 365.
— Landes Rechts-Partei 364.
— Volkskalender, altbraunschweigisch-welfische Partei 363—365.
Brebner, Burendelegierter 232.
Bremen 20.
Brest 203.
Brisson, franz. Staatsmann 185. 198. 215.
Brock, T., Bildhauer 61.
Broderer Company 176.
Brodrick, engl. Kriegsminister 98. 100—103. 176. 310. 327. 373.
Brown, Chef der koreanischen Zollämter 432.
Brüggen, Ernst von der, Baron 321. 402. 405.
Brünn, Handelskammer 362.
Brüssel, 55. 87. 150. 170. 282.
Bryan, amerik. Politiker 407.
Bryce, James, M. P. 267.
Bu Hamara, Prätendent in Marokko 438. 439.
Bujuk-Dere (am Bosporus) 342.
Bukarest 28, 174. 359. 360.
Bulawayo, Südafrika 133.
„Bulgaria" 340.
Bulgarien 27. 70. 116. 118. 126. 140. 145. 146. 159. 160. 166. 167. 168. 169. 176. 239. 246. 247. 265. 282. 285. 292. 298. 300. 310. 311. 323. 337—341. 356. 372. 377—379. 388. 394. 399—401. 424. 425. 428. 431. 432. 436. 439.
— Anordnung des Unterrichtsministers Kantschew 59.
— Beziehungen, bulgarisch-türkische 266.
— Fürst Alexander 27. 174.
Bulgarien Henriette Marie, Fürstin 310.
— Joseph, Exarch 160. 167.
— Komitee, Bulgarisches 380.
— Sinesius, Metropolit 159. 160. 167.
Bülow, Graf von, Reichskanzler 20. 42. 43. 87. 96. 97. 118. 140. 148—150. 160. 227. 243.
Bulwer, engl. Gesandter in Washington, Clayton-Bulwer Vertrag 5.
Buren 4. 5. 10. 11—16. 28. 39. 45. 46. 50. 55. 56. 61—63. 85. 86. 90. 104. 117. 119. 125. 131. 135. 136. 150. 154. 155. 169. 172. 177. 178. 185. 186. 187. 193. 195. 200. 206. 208. 215. 216. 220. 221. 223. 224. 229—237. 260. 261. 263. 268. 283. 284. 285. 319. 326. 327. 331. 332. 342. 350—352. 358. 359. 373. 384. 394. 416. 429. 443.
— Pro Boers 61.
Burenrepubliken 136. 156.
Burgher, Schalk, stellv. Präsid. von Transvaal 118. 138. 154. 229—232. 236. 237.

C.

Cabo-del-agua Marokko 391.
Calchas, Pseudonym eines in der Fortnightly Review schreibenden Russen 241.
Calcutta, s. Kalkutta.
Cambodja (franz. Hinterindien) 335.
Cambon, frz. Botschafter in London 57.
Campbell Bannerman, Führer der engl. Opposition 63. 64. 84—86. 98. 101. 102. 128. 129. 308. 443.
Canada, siehe Kanada.
Canterbury 318.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 132. 420.
Caracas (Venezuela) 394. 395. 409.
Carlos, Don, span. Thronprätendent 200.
Carlyle, Thomas 86.
Carnarvon, Lord, engl. Kolonialsekretär 131.
Carnot, Präsident d. franz. Republik 389.
Castro, venez. Präsident 395. 415. 419. 426. 428. 435. 436. 442.
Catalonien 87.
Catinatt, franz. Kreuzer 139.
Cavour, Camillo 180. 325.
Ceylon 224.
Chabarowka, Mündung des Ussuri, Eisenbahnstat. 33—35.

Chaffee, amerik. General 272.
Chamberlain, John, Kolonialstaatssekretär 5. 12. 13. 16. 20. 28. 38. 42. 43. 55. 64. 97. 104. 128. 129. 134. 135. 136. 191. 192. 196. 216. 225. 233. 234. 247. 251—54. 261. 266. 269. 283. 292. 308. 309. 334. 358. 371. 374. 382—84. 390. 394. 416. 436. 443.
Chantabun (Siam) 296. 335.
Charkow, Gouv., Kleinrußland 142. 310.
Chartered Company 131. 133. 134. 224.
Chavarinas-Inseln, Marokkanische Küste 391.
Chéradame, Pamphletist 94. 241. 315. 316. 317.
Chesapeake-Bai 70.
Chicago 87.
Chile 1. 9. 220. 301.
China 6. 9. 10. 18. 20. 21. 22. 24—28. 30—33. 35. 36. 40. 47. 50. 69. 74. 75. 82. 84. 87. 88. 91. 92. 101. 105. 123. 124. 146. 151. 178. 190. 241. 267. 272. 291. 292. 294. 295. 310. 320. 329. 330. 331. 346—48. 357. 375. 385. 415. 432. 434.
— Bank, russ.-chines. 24. 83. 84.
— Bogdi Chan, russische Bezeichnung des Kaisers v. China 24. 25.
— Boxerbewegung 18. 20—26. 30. 32. 267. 346.
— Boxer Ikhetuan 22. 23. 25. 26.
— Bündnis, russ.-chines. 75.
— Eisenbahn 89.
— Indo-Chine (franz. Hinterindien) 158. 296.
— Juanschikai, Vizekönig von Tschili 40. 283. 291. 294.
— Kaiserin-Witwe Tsu-tsi 22. 23.
— Krieg, japan.-chines. 95.
— Nanning, Hafenplatz 105.
— Nordchina 347.
— Ost-chines. 24. 89.
— Südchina 125. 147. 190
— Su-Juan Tschun, Marschall 105.
— Taiping-Aufstand 294.
— Tibetanische 320.
— Vertrag, russ.-chines. 321.
— Wan-Wen-Shao, Bevollm. 87.
— Wirren 1. 3. 20. 47. 90
Chitrowo, russ. Diplomat 28.
Chodinskifeld (in Moskau) 163. 188.
Chuntschun (Mandschurei) 33.
Cibiel, Mad. de franz. Legitimistin 300.
Cisleithanien 288.
Civita Vecchia 414.
Clayton-Bulwer Vertrag 5.
Cleveland, Präsident der V. St. 71.
Columbien siehe Kolumbien.
Combes, franz. Ministerpräsident 229. 237. 38. 245. 255. 270. 284. 292. 310. 315. 16. 342. 350.
„Commercial advertiser" 396.
Common wealth 6. 253.
Constans, franz. Staatsmann 309.
Constantinopel, siehe Konstantinopel.
„Contemporary Review" 153.
Corinth 328.
„Correspondenz, polit." 386.
Corsica, siehe Korsika.
Cortes, spanische 417.
Costa, ital. Sozialist 80.
Cowes (Insel Wight) 275.
Cranborne, Lord, Unterstaatssekretär 43. 44. 46. 51. 52. 59. 73. 74. 83. 91. 268. 358.
Crawford-Humbert 191. 435.
Creagh, engl. Admiral 84.
Creta, siehe Kreta.
Crète à Pierrot, Piratenschiff 310. 329.
Cripps, Mr., M. P. 128.
Cromer, Lord 336. 337.
Cuba, siehe Kuba.
Cumberland, Herzog von 365. 419.
Curzon, Lord, Vizekönig v. Indien 336. 337.
Czartoryski, Fürst Adam 1. 17.
Czechen, siehe Tschechen.

D.

„Daily Mail" 387.
Dalai Lama 18. 25. 26.
Dalni (russ. Ostasien) 89. 124.
Dänemark 122. 214.
— Friedrich Kronprinz von Dänemark 353. 371.
— Inseln. Dänisch-westind. 40. 200. 353. 369. 370.
— Reichstag 358.
Danew, bulg. Minister 118. 126. 146. 167. 176. 189. 239. 338.
Dardanellen 323. 343. 344. 397.
Dausset, Pariser Stadtrat 94.
De Beer, Diamantencompagnie 130.
Dedeagatsch (Rumelien) 265.
Dedekind, Welfe, Landesgerichtspräsident in Braunschweig 179.
Delarey, General 78. 98. 108. 154. 177. 220. 221. 229. 231. 284. 310. 331. 332.

Delbrück, Rud. von, Präsident des Reichskanzleramts 335.
Delcassé, franz. Minister des Ausw. 28. 46—49. 57. 58. 117. 148. 172. 204—206. 213. 215. 226. 237. 238. 269. 296. 314. 316. 317. 344—348. 350. 386. 387. 391. 392. 412. 427.
Delhi 397.
Delyannis, griechischer Ministerpräsident 417. 429. 430. 431.
Demidow, russ. Großindustrieller 188.
Deschamps, Philipp, Publizist 270. 271.
Deschanel, franz. Kammerpräsident 158. 185. 215. 226.
Deutsche Bank 39. 246.
Deutschland 4. 17. 18. 20. 22. 38. 40—46. 50—54. 59. 60. 73. 76. 96. 97. 100. 102. 107. 108. 114. 115. 118—123. 128. 132. 138. 140. 141. 144. 145. 148. 149. 153. 156. 169. 170. 172. 173. 178—180. 184. 185. 190. 191. 204. 206. 207. 217. 218. 220. 222. 223. 228. 240. 241. 243. 244. 245. 247. 250. 253. 256. 264. 267. 268. 269. 271. 273. 282. 285—291. 294. 309. 311. 314. 315. 322—326. 332—335. 345. 347. 348. 350. 351. 353—355. 359. 360. 362. 363. 370—374. 376. 379. 384. 390. 395. 398. 401. 406. 409—412. 415. 416. 420—422. 426. 427. 433—435. 442. 443.
— Abkommen, Deutsch-englisches 43.
— Annäherung, Deutsch-franz.-russ. 348. 420.
— Beziehungen, Englisch-deutsche 324. 372.
— Handelsvertrag, deutsch-italien. 149.
— Kolonialkongreß, Deutscher 331.
— Kolonien 2.
— Konflikt, Deutsch-engl. 206. 422.
— Ostmark 257.
— Reichsanzeiger 69. 73.
— Reichstag. Zolltarif 419.
— Ultimatum an Venezuela 419.
Devonshire, Herzog von 192.
Dewet, General 1. 154. 220. 221. 231. 332. 235. 310. 331. 332. 350.
Diebitsch, Feldmarschall 166.
Djibuti (Rotes Meer) 296.
Djibuti, Eisenbahn, Djibuti—Harrar—Addis-Abeba 296.
Dilke, Sir Charles, M. P. 267.
Disraeli, Benjamin, 191.
Dochturow, russ. General 311.
Donaufürstentümer 165.
Dorpat 112. 398. 411.
Dostojewski, Fedor, Romanschriftsteller 111.
Doumer, franz. Staatsmann 158. 159. 172. 185. 199. 215. 296. 392.
Downing Street (Straße des Ausw. Amtes in London) 53.
Draga, Königin von Serbien 439.
Dragomirow, russ. General 311.
Dreibund 8. 16. 28. 40. 53. 148—150. 196. 197. 201. 216. 228. 258. 264—267. 269. 285. 292. 349. 415.
Dresden 441.
Dreyfus, Alfred 43.
Droysen, Gustav 176.
Drumond 185.
Dublin 264.
Dufferin, Lord, Vizekönig von Indien 336.
Dünkirchen 49. 215.
Dunne, amerik. Schriftsteller 274.
Durban (Natal) 129. 195. 436. 443.
Durnowo, Chef d. russ. Polizei 181.
Dworzowaja Ploschtschadj, Schloßplatz, an dem das Ausw. Amt in Petersburg liegt 57.

E.

„Echo de Paris" 204.
„Eclair" 406.
Eduard VII., König v. England 41. 63. 103. 155. 177. 216. 224. 232. 233. 235. 237. 249. 258. 263. 275. 384. 310. 353. 417.
Elisabeth, Kaiserin v. Österreich 389.
Elsaß-Lothringen 121. 191. 271. 314.
Elster, Vorsitzender der braunschw. Rechtspartei 365.
England, s. a. Großbritanien 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 22. 28. 38. 39. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 69. 70. 71. 72. 73. 75. 76. 77. 81. 83. 84. 85. 86. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 96. 97. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 107. 108. 115. 118. 119. 120. 121. 123. 125. 126. 129. 130. 131. 132. 133. 135. 136. 139. 140. 146. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 169. 170. 177. 178. 179. 185. 186. 187. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 199. 201. 204. 205. 206. 208. 209. 210. 215. 216. 217.

220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 229. 230. 231. 232. 233. 235. 236. 237. 240. 241. 247. 248. 249. 250. 252. 253. 254. 255. 258. 259. 260. 263. 264. 266. 267. 268. 269. 272. 275. 278. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 294. 295. 296. 297. 308. 309. 310. 317. 318. 319. 320. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 357. 358. 359. 360. 368. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 390. 391. 392. 394. 396. 397. 398. 401. 406. 409. 413. 414. 415. 416. 419. 420. 421. 426. 427. 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435. 439. 440. 442. 443. 444.

England, Abkommen, deutsch-engl. 43.
— Allianz, engl.-franz. 199. 350.
— — engl.-franz.-russisch. 38. 114. 115.
— — engl.-japan. 90. 140. 239.
— — engl.-russ. 241. 398.
— Armee 13.
— Beziehungen, englisch-deutsche 324. 372.
— — englisch-franz. 387.
— — englisch-italien. 297. 376.
— Blaubuch 269.
— Bündnis, japan.-engl. 69. 74. 75. 77. 90. 104. 105. 123. 150. 151. 206. 226. 239. 295. 432.
— Differenzen, französisch-engl. 320.
— Education bill. 317. 318. 334. 371. 382. 383. 409. 416. 417.
— Eisenbahn 135.
— Kolonien 2. 41. 101. 103. 194. 195. 196. 226. 252. 258. 259. 261. 283. 333. 375. 383. 384. 414. 416.
— Konflikt, deutsch-engl. 206. 422. russ.-engl. 241.
— Konvention, engl.-franz. 330.
— Ministerium 10.
— Syndikat, amerikanisch-engl. 178.
— Verhandlungen, russ.-engl. 371.
— Vertrag, japan.-engl. 73. 76. 81. 90. 91. 92. 97. 150. 153.
Ermeland 218.
Esten 411.
Etienne, franz. Abgeordneter 47.
Europa 6. 8. 11. 44. 54. 59. 70. 92. 96. 120. 121. 124. 154. 172. 206. 214. 247. 265. 266. 273. 281. 284. 285. 295. 297. 298. 309. 312. 314. 321. 324. 341. 344. 349. 351. 368. 370. 372. 378. 379. 380. 385. 389. 390. 395. 400. 413. 414. 419. 420. 421. 426. 428. 429. 438. 439.
— Allianz, europ. 6. 370.
„Evening Post“ 60.

F.

Fairfield, Mr., Mitglied des engl. Kolonialsekretariats 134.
Fallour, royalistischer Schriftsteller 183.
Fantom, engl. Korvette 394.
Faschoda (oberer Nil, nördlich von der Mündung des Sobat) 84. 146. 201. 333. 346. 347.
Faure, Felix, Präsident der franz. Republik 202.
Ferdinand von Coburg, Fürst von Bulgarien 146. 167. 229. 239. 246. 247. 265. 313. 338. 339. 340. 388. 401. 439.
Ferry, Jules, franz. Minister des Auswärtigen 201. 336.
Fez, Marokko 391. 435. 438.
Fidus, bonapartistischer Schriftsteller 183.
„Figaro“ 202. 210. 227. 239. 361.
Filipinos 272.
Finland 107. 161. 164. 165. 175. 240. 316. 317. 321. 411.
Firmilian, Bischof von Uesküb 145. 146. 159. 166. 167. 176. 189. 229. 247. 265. 292.
Fleury, General, franz. Botschafter in Petersburg 317.
„Fortnighter Review“ 140. 241. 330.
François, franz. Diplomat 347.
Frankfurter Friede 270.
„Frankfurter Zeitung“ 289.
Frankreich 3. 6. 16. 19. 21. 22. 28. 38. 39. 40. 43. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 54. 57. 58. 71. 75. 79. 81. 84. 95. 96. 97. 105. 108. 111. 114. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 125. 126. 147. 148. 149. 150. 152. 156. 158. 159. 161. 165. 170. 171. 172. 173. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 189. 191. 195. 196. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 220. 221. 222. 226. 227. 229. 237. 238. 241. 245. 246. 250. 255. 264. 266. 267. 269. 270. 271. 275. 277. 278. 281. 282. 283. 285. 289. 292. 293. 296. 297. 300.

309. 314. 315. 316. 317. 318. 321. 325. 327. 330. 331. 333. 335. 336. 341. 342. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 354. 359. 360. 369. 370. 371. 373. 374. 377. 380. 381. 382. 384. 385. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 395. 398. 400. 401. 402. 403. 406. 412. 421. 422. 427. 429. 432. 434. 435. 437. 438. 439. 444.
Frankreich, Allianz, engl.-franz. 199. 350.
— — engl.-franz.-russisch 38. 114. 115.
— — franco-slavisch 94. 95. 96.
— — russisch-franz. 8. 49. 57. 75. 95. 96. 118. 123—125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
— Annäherung, deutsch-franz.-russische 348. 420.
— Beziehungen, englisch-franz. 387.
— — franz.-italienische 6. 10. 16. 44. 45. 48. 80. 116. 269. 315.
— Differenzen, französisch-engl. 320.
— Eisenbahn, franz.-abess. 296.
— Flotte 391.
— Gegensätze, franz.-russ. 359.
— Guinea, franz. 370.
— Handelsvertrag, franz.-egyptischer 399.
— Kamerun 3. 20. 50. 125. 127.
— Kolonien 2. 57. 386.
— Konvention, engl.-franz. 330.
— Mittelmeerflotte 387.
— Verständigung, ital.-franz. 10.
— Vertrag, franz.-siames. 335. 386. 392. 412.
Franz Ferdinand, Erzherzog 59.
Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich 350. 441.
Franziskaner (deutsche) 275.
Freihandelssystem 367.
„Fremdenblatt" 16. 17.
French, engl. General 310.
Freycinet, franz. Staatsmann 202.
Friedenskongreß, Haager 1.
Friedrich August, Kronprinz von Sachsen 441.
Friedrich der Große 268. 366.
Friedrich, Kronprinz von Dänemark 353.
Friedrich Wilhelm I. 241.
Fritsch, stellvertr. Stadthaupt in Petersburg 409.
Fuad Pascha, türk. Staatsmann 115.
Fudlham (in England) 284.

G.

Galizien 16. 17. 157. 158. 217. 218. 243. 244. 294. 355. 393.
— Landtag 1. 17.
Gambetta, Léon 359.
Garfield, Präsident der Vereinigten Staaten 273.
Gazelle 20. 310.
„Gazeta Narodowa", Organ des Statthalters von Galizien 353.
Gazireh (am Persischen Golf) 39.
Genf 279.
Georg V., König von Hannover 364.
Georges, schwed. Politiker 214.
Gibraltar 348. 397.
Gigen Khutuktu, chinesischer Beamter 25.
Giolitti, ital. Minister des Innern 80.
„Giornale d'Italia" 148.
Giusso, ital. Minister der öffentl. Arbeiten 80.
Gladstone, William Ewart 84. 191. 334. 382.
„Globe" 397.
Gogol, russ. Romandichter 109.
Goldfields Comp. 133.
Goluchowski, Graf, österreichischer Minister des Auswärtigen 191. 196. 197.
Good Hope, engl. Dampfer 394.
Gordon, General 131. 192. 247.
Gorki, Maxim, russ. Schriftsteller 111.
Gotti, Kardinal 294.
Grab, heiliges 207.
Graham, Prim-Minister der Kapkolonie 251. 252.
„Graschdanin" 144. 278. 279. 304. 404.
„Graudenzer Zeitung" 217. 218.
Grévy, Präsident d. franz. Republik 159. 203.
Grey, Sir Edward, M. P. 324.
Griechenland 145. 165. 166. 167. 221. 265. 292. 298. 343. 359. 401. 417. 428. 429. 431.
— Friede, griechisch-türkischer 429.
— Nikolaus, Prinz 240.
Grimm, russ. Obrist 240.
Gringmut, russ. Journalist 279. 304.
Grippenberg, russ. General 311.
Griqualand, West, nördlich der Kapkolonie 132.
— Ost, nördlich der Kapkolonie 252.
Großbritannien (s. a. England) 51. 52. 192. 206. 254. 325. 395. 419.

Grote, Ruff. Agent in China 24. 25.
Guatemala (Mittelamerika) 191.
Guayara, La (Venezuela, Guaira) 1. 310.
Guinea, franz. 370.
Guſtav Adolf 366.
Guyana, britiſch 71.

H.

Haag 187.
— Friedenskongreß 1.
— Schiedsgericht 442.
Habib Ullah, Khan, Emir v. Afghaniſtan 139. 358. 397.
Hada-Mollah, Prieſter 104. 444.
Haggard, Mr., engl. Geſandter in Venezuela 395.
Hainan (Inſel der Provinz Kanton) 296.
Haiti 191. 284. 329. 369.
– Markomannia, Dampfer 329.
Halifax, Lord, Präſident der Church Union 318.
Halju, Mörder Stambulows 353.
Hamburg-Amerika-Linie 178. 329.
Handelsvertrag, deutſch-italieniſcher 149.
— New-Foundland (Reziprozitätsſyſtem) 368. 370. 372. 375.
Hankau (am Jantſe) 357.
Hannover 363. 365. 366. 367.
„Hannoverſcher Kurier" 57.
Hanotaux, franz. Staatsmann 344. 345. 346. 347. 348. 350.
Harcourt. Sir William M. P. 128.
Harmel, Mr., Führer der chriſtlich-demokratiſchen Vereinigung 184.
Harrar (Abeſſinien) Eiſenbahn, Djibuti-Harrar-Addis-Abeba 296.
Haſſan Paſcha, türkiſcher Marineminiſter 116.
Hawaii, (Sandwichinſeln) 348.
Hay, Staatsſekretär der Vereinigten Staaten 310. 319. 328.
Hay-Pauncefote-Vertrag 272. 370.
Hayaſhi, japan. Geſandter in London 73.
Hébrard, Adrien, franz. Politiker 437.
Hebriden, die Neuen 48. 57.
Hehn, Viktor 271.
Heilige Stätten 360.
Heiliges Grab 207.
Heinrich der Löwe 365.
Heinrich, Prinz von Preußen 39. 51. 69. 78. 87. 94. 98. 108. 191.
St. Helena 224.
Helene Wladimirowna, ruſſ. Großfürſtin 240.
Henderſon, Mr., Sprecher des Kongreſſes in Waſhington 367.
Henriette Marie, Fürſtin v. Bulgarien 310.
Herat (Afghaniſtan) 206. 397. 413. 414.
Herrera, Ob. Komm. der kolumb. Aufſtändiſchen 396.
Hertzog, Burendelegierter zu den Friedensverh. 231. 232.
Herzegowina 140. 198. 274. 428.
Herzen, Alex., ruſſiſcher Reformpolitiker 403.
Heyden, Graf, ruſſ. Staatsmann 141.
Hicks-Beach, Sir Michael, Schatzkanzler 128. 253.
Him, Sir A., Prim-Miniſter v. Natal 251.
Hobhouſe, Miß 63.
Hodeida, Hafen am Roten Meer 376.
Hoff, Sergant 271.
Hofmeyer, Führer des „Afrikanderbond" 56.
Hohentwiel 366.
Hohenzollern 120.
— Schiff 275.
Holland (ſ. a. Niederlande) 5. 39. 50. 56. 122. 130. 132. 154. 181. 191. 221. 251. 261. 262. 288. 327. 443.
— Wilhelmine, Königin 181. 190. 191.
Holleben, von, Botſchafter in Waſhington 53.
Holmſtroem, Wladimir, ruſſiſcher Journaliſt 44. 45. 121. 123. 198.
Homerule 63. 64. 85. 86. 250. 334. 382.
Honan (China) 357.
Honduras 71.
Hübner, Prof. 176.
Hugo, Viktor, Zentennarfeier 94.
Humbert, König von Italien 389.
— franz. Hochſtapler 428. 435.
— -Crawford 191. 435.
Hunkiar Skeleſſi, Vertrag 342. 343. 344.
Hupei, Provinz am mittleren Jantſe 105.
Huß, Joh. 79. 244.
Hyaina, marokkaniſcher Stamm 438.

J.

Jablonowo, Groß- (Gouvern. Kurſk) 142.

Jackson, M. P. 309.
Jacobs, Delegierter von Transvaal 154.
Jacobson, Dragoman des russ. Konsulats in Rustschuk 28.
Jamaika 71.
Jameson (Einfall) 56. 127. 128. 129. 130. 131. 133. 134. 136. 224. 263.
Jangtsekiang 97. 294. 357.
Jangtse-Vertrag 434.
Jangtsetal 3. 295.
Janina (Albanien) 299.
Japan 9. 25. 74. 75. 77. 83. 88. 89. 90. 91. 95. 115. 124. 146. 151 153. 190. 196. 206. 239. 268. 295. 330. 432. 436.
— Allianz, engl.-japan. 90. 140. 239.
— Bündnis, japan.-engl. 69. 74 75. 90. 104. 105. 123. 150. 157. 206. 226. 239. 295. 432.
— Krieg, japan.-chines. 95.
— Vertrag, engl.-japan. 73. 76. 81. 90. 91. 92. 97. 150. 153.
Jaroslaw, russ. Gouvernement zu beiden Seiten der oberen Wolga 188.
Jassy, Hauptstadt der Moldau 360.
Jaurès, franz. Sozialist 245. 270. 314. 316.
Ibrahim, Pascha, ägypt. Feldherr 342. 343.
Jekaterinoslaw, Gouvernement in Neurußland (Dnjepr- Asowsches Meer) 188.
Jelisawetpol (Kaukasus, Gouvern. Tiflis) 188.
Jena 314.
Jeropkin, russ. Nationalökonom 301. 302.
Jerusalem 207. 275.
Jezd (Persien) 152.
Ignatjew, General N. P. 311. 337. 338. 339. 340. 341. 356. 378.
Ikhetuan (Boxer) 22. 23. 25. 26.
„Imperial Review" 415.
Indien 92. 101. 103. 104. 125. 296. 336. 337. 375. 397. 412. 413. 414. 444.
— dänisch-westindische Inseln 40. 200. 353. 369. 370.
— Hinterindien 335. 336. 345.
— „Times of India" 139.
— Westindien 70. 72. 200. 368. 391.
Indo-Chine 158. 296.
Joachim III., Patriarch 167.
Joan von Kronstadt, Priester, Wundertäter 398.
Johannesburg 133. 134. 235.
Joseph, bulgar. Exarch 160. 167.
— österr. Erzherzog 300.
Josephine, Kaiserin v. Frankreich 199.
„Journal of Commerce" 60.
„— des débats" 39. 126. 182. 207. 239. 247. 392. 439.
„— de dix ans par Fidus" 183.
„— de St-Pétersbourg 386. 388. 392.
Irenbund (United-Irish-League) 264. 318.
Irkutsk 33. 322.
Irland 62. 63. 64. 85. 86. 99. 104. 161. 177. 191. 192. 225. 243. 249. 250. 264. 283. 309. 318. 417.
— Krisis, irische 334.
Zwangsbill, irische 382.
Isa, Räuber 312.
Isthmus (Kanal) 5.
Italien 6. 7. 16. 22. 29. 48. 49. 50. 54. 57. 58. 78. 79. 80. 81. 87. 116. 122. 126. 140. 148. 150. 156. 157. 171. 184. 189. 191. 207. 216. 226. 264. 267. 297. 309. 314. 315. 345. 349. 370. 375. 376. 377. 387. 389. 395. 398. 399. 401. 412. 414. 415. 419. 426. 428. 434. 440.
— Beziehungen, engl.-italien. 297. 376.
— — franz.-italienische 6. 10. 16. 44. 45. 48. 50. 116. 269. 314.
— Differenz, italienisch-schweizerische 294.
— Handelsvertrag, deutsch-italien. 149.
— Humbert, König 389.
— Parlament 59.
— Verständigung, ital.-französ. 10.
— Viktor Emanuel II. 80.
— Viktor Emanuel III. 79. 87. 274. 275. 282. 292. 297. 310.
Ito, Marquis, japan. Staatsmann 206.
Juanschikai, chines. Staatsmann 40. 283. 291. 294.
Jungtürken 140.
Jurjew (Dorpat) 112. 398. 411.
Jussow, russ. Fabrikbesitzer. 188.
Iwano-Wosnessensk, russ. Fabrikstadt. 188.

K.

Kabul (Afghanistan) 413.
Kabylen 389.
— Riffkabylen 391.

Kaffern 11. 12. 13. 14. 15. 16. 45. 56. 125. 195. 215. 292. 320. 327. 416.
Kairo 132. 416.
— Kap—Kairo-Bahn 135. 178.
Kalkutta 397.
Kamball, engl. Agent an den Küsten des persischen Golfes 139.
Kanada 41. 70. 99. 103. 196. 216. 221. 247. 248. 252. 253. 258. 327. 328. 333. 368. 370. 371.
Kansu, nordwestlichste Provinz des eigentl. China 428
Kanton 22. 23.
— Taotai, chinesischer Stadtbeamter 22.
Kantschew, bulgarischer Unterrichtsminister 59.
Kapholländer 56.
Kapkolonie 155. 234. 235. 251. 371. 443.
Kapland 10. 11. 12. 14. 16. 55. 103. 133. 215. 220. 234. 236. 251. 252. 260. 261. 262. 263. 269. 292. 374.
Kapparlament 263, 310.
Kaprebellen 177.
Kapstadt 56. 127. 132. 134. 251. 443.
„Kaptimes" 55.
Karibisches Meer 70. 369.
Karl I., König von Portugal 382.
Karl, König von Rumänien 372. 388. 431.
Karl XII., König von Schweden 366.
Kaschan (Persien) 152.
Kaschmir 413.
Kastriota, Alardo, Albanischer Prätendent 299.
Kaswin (Persien) 151.
Katalonien 69.
Katharina II., russ. Kaiserin 202.
Katkow, Michail Nikiforowitsch, russ. Publizist 305.
Kaukasus 151. 162. 282. 413.
Khedive 258.
Kiachta (Transbaikalien) 26.
Kiautschu 3. 92. 206. 267.
— Eisenbahn, Kiautschu—Kiutschwang 321.
Kiew 93. 411.
Kimberley (Griqualand) 127.
Kipling, Rudyard 443
Kirchhoff, Prof. 176.
Kirman (Persien) 152. 336.
Kischm (am pers. Golf) 139.
Kisselew, russ. General und Diplomat 342.
Kissingen 118.
Kitchener, Lord, General 12. 13. 14. 16. 129. 150. 154. 169. 195. 208. 220. 229. 230. 231. 232. 234. 235. 237. 275. 319. 345. 397. 413.
„Kladderadatsch" 290. 291.
Kleigels, Petersburger Polizeimeister 410.
Kleinasien 45. 246. 282. 322. 323. 397.
Klerksdorp (Transvaal) 78. 229.
Klingenberg, Gouverneur von Wladimir 143.
Klofac, Tscheche 229. 243. 244. 245.
Klondyke (Alaska) 5. 72.
Kloster Athos 265.
Knox, Kronanwalt 273.
Koburgsche Dynastie in Bulgarien 247.
„Kölnische Zeitung" 20.
„Kolokol", Organ Herzens 279. 403.
Kolonial-Konferenz 292.
Kolonialkongreß, deutscher 331.
Kolonien siehe bei den betr. Staaten.
Kolumbien 272. 310. 328. 369. 396.
— Herrera, Oberkommand. der Aufständischen 396.
Kongostaat 2. 131. 169. 170. 178. 189.
— Konferenz 2.
— Vertrag, Berliner 170.
Kongregationen 400.
Kongreß, Berliner 284. 397. 428. 442.
— deutscher Kolonial- 331.
— Haager Friedens- 1.
— panamerikanischer 1.
— Slaven-C., Prag 168.
Konieh (Kleinasien) 39. 342.
Konstantinopel 116. 145. 166. 167. 246. 258. 265. 297. 311. 312. 321. 342. 349. 359. 360. 377. 421. 423. 424.
— Konferenz 338.
Koogts, Delegierter v. Transvaal 154.
Kopenhagen 199. 210. 214. 414.
Koran 299.
Korat (Siam) 330.
Körber, österr. Ministerpräsident 6. 81. 229. 245. 331.
Korea 74. 75. 123. 124. 125. 295. 320. 330. 432.
Korfika 315. 387. 398.
Kossowa, siehe Amselfeld 299.
— Vilajet 356.
Kossuthfeier 310.
Koweit (pers. Golf) 39. 139.
Krakau 240. 355.
Kramarz, Dr., Tscheche 196. 241. 325.
Kreta 70. 345. 397. 428.
„Kreuzzeitung" 217. 289.

Krieg, siebenjähr. 268.
Krieghammer, von, Rücktritt des österr.-ung. Kriegsministers 428.
Krimkrieg 166. 223.
Krogh, Delegierter für Transvaal 232.
Kronprinz Wilhelm, Schiff 69.
Kronstadt 202. 211.
— Joan von Kronstadt, Priester 398.
Kroonstadt (Transvaal) 118.
Krüger, P., Präsident von Transvaal 5. 10. 16. 44. 56. 61. 131. 154. 155. 206. 229. 237.
Kruizinger, General 138.
Kwangsi, Provinz nördlich von franz. Indien 105. 296.
Kweilin, Vertragshafen in Kwangsi 105.
Ku, russ. Bankbeamter 22. 23. 24.
Kuang-Tschau, franz. Pachthafen in Südchina 346. 347.
Kuang-Tung, Provinz östlich von Kwangsi 296.
Kuba, Konflikt, kubanisch-amerik. 71.
Kuli 416.
Kumani, Kontreadmiral 342.
Kurie 284.
Kurland 162. 411.
Kuropatkin, General, Kriegsminister 310. 380.
Kursk, Gouvernement im Centrum 142. 310.
— Eisenbahn Moskau—Kursk 188.
Kuschk (russ. Turkestan) 127. 206.
Kutschuk Said, Großvezir 246.
Kuyper, niederländ. Premierminister 39. 55. 63.

L.

La Boninnière de Beaumont, französ. Admiral 95.
Labouchère, M. P. 128.
La Guayara (in Venezuela, Guaira) 1. 310.
Lama 22.
Lambsdorff, Graf, russ. Minister des Auswärtigen 27. 75. 82. 145. 339. 377. 410. 428. 431. 432. 436. 439.
Langensalza 366.
Lansdowne, Marquis of brit. Minister des Auswärtigen 39. 73. 297. 443.
Laristan, Süd- (S.W.-Persien) 139.
Laurier, Sir Wilfried, Ministerpräsident von Kanada 247. 252. 368. 371.
Lawrence, engl. Kreuzer 139.
Ledochowski, Kardinal 284. 300.
Leeds (Kent) 309.
Leipzig 273. 279. 321. 402.
Lelewa, Graf, polnischer Schriftsteller 243.
Lemaitre, Jules, französ. Politiker 172. 266. 392.
Lemberg 30, 217. 220. 240. 353. 355.
— „Gazeta Narodowa", Lemberger Volkszeitung 353.
Lena 141.
Leo XIII., Papst 53. 78. 79. 87. 183. 206. 217. 218. 300.
Leonard, Mitverschworener des Jamesons 134.
Leonow, K., bulgarischer Publizist 28.
Leopold II., König von Belgien 382. 389.
Leopold Ferdinand, Erzherzog 441.
Leroy-Beaulieu, Paul, Nationalökonom 57.
Leroy-Labourdie, französ. Major 310.
Letten 411.
Leyds, Staatssekretär v. Transvaal 16. 154.
Leygues, französ. Politiker. 185.
L'Hassa (Tibet) 26.
Liaoho (China) 87. 88. 89. 331.
Liaotung (China) 5. 75. 87. 89. 124.
Libau 256. 257.
Liberia (Republik Westafrika) 226.
Liga, liberale 78.
Li-Hung-Tschang, Vizekönig von Petschili 18. 22. 23. 24. 25. 28. 31.
Likinzölle 294.
Linga (am pers. Golf) 139.
Liotard, französ. Forschungsreisender 345.
Litauen 106. 188. 218. 241.
Livadia (Krim) 118. 321. 324. 356. 357. 372. 388. 400. 404.
— Türkische Gesandtschaft in 363.
Livingstone, David 1.
Lobko, russ. Reichskontrolleur 410.
Lodz, russ. Polen 188.
London 12. 38. 43. 55. 56. 60. 73. 90. 127. 133. 134. 154. 172. 216. 226. 230. 233. 237. 240. 247. 251. 254. 259. 275. 292. 310. 326. 349. 353. 375. 385. 393. 397. 421.
Lopuchin, Dir. d. russ. Polizeidep. 409.
Lorando Tubini, franz. Gläubiger der Türkei 348. 377. 402.
Lorenz, Ottokar, Prof. 335.
Loris-Melikow, Graf 305. 306. 307. 308.

Lotz, Walther, Prof. 288.
Loubet, Präsident der französ. Republik 168. 191. 198. 200. 202. 203. 210. 212. 213. 215. 226. 300. 316.
Louise Antoinette, Kronprinzessin von Sachsen 441.
„Lustige Blätter" 290.
Lyon 185.

M.

MacDonald, Sir Claude, engl. Gesandter in Tokio 73.
Macin Moros, Philippenenstamm 321. 329.
MacKinley, Präsident der Verein. Staaten 53. 389.
MacMahon, Marschall 117.
Madagaskar 345. 359.
Mad Mullah 375.
Madrid 53. 54. 108. 428. 435.
Mafeking, (Betschuanaland) 133.
Magador, (Marokko) 348.
Mahdi 375.
Mahmud, Sultan 342.
Maimatschin (mongolisch-sibirische Grenzstadt) 22. 23. 27.
Maine, Schiff 53. 54.
Maintenon, Mme. de 199.
Makay, Sir James, engl. Staatsmann 295.
Makedonien 126. 138. 140. 145. 146. 159. 160. 167. 168. 189. 247. 265. 282. 297. 309. 311. 312. 313. 323. 339. 340. 341. 356. 371. 377. 378. 379. 380. 388. 399. 400. 401. 402. 412. 423. 424. 425. 431. 432. 436.
— Komitee, makedonisches 356. 379. 388. 401. 423. 425. 431.
— Michailow, Chef des maked. Komitees 431.
Malta 70.
Mandschurei 1. 5. 18. 20. 21. 24. 25. 26. 30. 32. 69. 74. 75. 76. 82. 83. 84. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 97. 105. 123. 124. 125. 146. 147. 151. 178. 295. 310. 321. 331. 347. 348. 357. 385. 386. 432.
— Eisenbahn, sibirisch-mandschurische 83. 89. 146. 308. 320. 357.
— — -vertrag 138. 146. 150. 178.
Manning, engl. Brigadegeneral 375.
Manresa, (Spanien) 81.
Marchand, L. franz. Oberst 84. 146. 159. 345. 346.
Maria Feodorowna, russ. Kaiserin-Witwe 414.
Maria Medici, lies Katharina M.
Gemahlin Heinrich II. v. Frankreich 199.
Marienburger Rede 243.
Markewitsch, russ. Schriftsteller 305.
Markomannia, Deutscher Post-Dampfer 329.
Marokko 6. 40. 48. 57. 206. 216. 267. 345. 348. 349. 374. 388. 389. 390. 391. 392. 406. 427. 435. 436. 437. 439. 440.
— Abdul Aziz, Sultan 348. 389. 390. 427. 435. 436. 437. 438.
— Gesandtschaft marokkanische 390.
— Hyaina Stamm 438.
— Mustapha, Grenzstadt 391.
— Riate, Berberstamm 388. 391. 438.
Marschall v. Bieberstein, deutscher Botschafter in Konstantinopel 246.
Martignac, franz. Minister 202.
Martinique, Westindien 181. 199. 208.
Maskat (Arabien) 39. 333.
Masovien 218.
Matabele (Kaffernstamm) 127. 135.
„Matin" 20. 21. 95. 96. 185.
Matos, venez. General 396. 435. 442.
Marje, Herausgeber der „National Review" 241. 266. 324.
Medici, Katharina 199.
Meer, Rotes 296. 376.
— Schwarzes 354. 355.
Mehmed Ali, Pascha von Ägypten 343.
Mekneſſa (Marokko) 437. 438.
Mekong (Hinterindien) 336. 346.
Méline, franz. Staatsmann 147. 185.
Meridianbahn, afrikanische 135.
Merriman, Mr., Führer d. Afrikander im Kap-Parlament 262.
Meschhed (Persien) 152.
Meschtscherski, Fürst, Journalist 67. 278. 279. 304. 307. 404.
„Meschweret" (jungtürkisches Blatt) 140.
Meteor, Kaiseryacht 78.
Methuen, Lord, General 98. 105. 108. 117.
Meriko 368.
— Golf von 70.
Meyendorff, russ. General 311.
Meyer, Lucas, Burenführer 154. 232.
Michaileano, bulgar. Prof. 388.
Michailow, Alexander, Nihilist 163.
— Chef des maked. Komitees 431.
Midia (Yemen) 363. 376.
Miljutin, Graf, Kriegsminister 307.

Millerand, französ. Staatsmann, Sozialist 147. 158. 172. 185. 198. 204.
Milner, Lord, High Kommissioner für Südafrika 150. 195. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 292. 443.
Miribel, franz. General 204.
Mirko, Fürst von Montenegro 116.
Mississippi 328.
Mitrowitza (Alt-Serbien) 312.
Mitteleuropa 121. 122. 173. 196. 285.
Mittelmeer 48. 81. 148. 177. 216. 226. 267. 297. 314. 397.
— -flotte, franz. 387.
Mitylene 44. 45. 48. 58. 96. 125. 184. 210. 348. 349. 350. 377.
Mommsen, Theodor 176.
Monastir (Makedonien) 299. 311.
Mönche, griechische 275.
Mönchs- und Nonnenorden 359.
Mongolei 18. 22. 25. 26. 32. 36.
— Jushket Khan 25. 26.
Monroe-Doktrin 8. 71. 369. 396. 422. 426.
Monsa, Si Ahmed Ben, marokkanischer Kämmerer 437.
Montenegro 70. 116. 146. 292. 297. 299.
— Mirko, Fürst 116.
— Nadeshda Konstantinowitz, Braut des Thronfolgers 116.
Mont Pélée (Martinique) 181. 275.
Montreal Kanada 247.
Morgan, Pierpoint 361. 407.
Morrison, Dr., China-Korrespondent der „Times" 241.
Morley, John, M. P. 192.
Moser, Joh. Jacob 366.
Moskau 33. 93. 110. 111. 112. 143. 146. 153. 159. 162. 163. 168. 169. 212. 264. 304. 322. 323. 392. 398. 404. 409. 411. 425. 442.
— Eisenbahn Moskau-Kursk 188.
„Moskowskija Wjedomosti" 144. 279. 304.
Mosul (El-Djeïre am Tigris) 39.
Mudug (Somaliland) 375.
Mulai Hassan, Vater des Sultans von Marokko 437.
— Mohamed, Bruder des Sultans von Marrokko 437. 438.
Münchener „Allgemeine Zeitung" 118. 179. 279. 352. 383.
— „Neueste Nachrichten" 288.
Mun, Graf de, franz. Monarchist 300.
Münster, Graf, Botschafter in Paris 136.
Murawjew, Graf, Flügeladjutant 342. 343.
— Graf, Justizminister 410.
Mustapha, Grenzstadt in Ost-Marokko 391.

N.

Naband (pers. Golf) 139.
Nabokow, russ. Justizminister 306.
Nachod (Böhmen) 365.
Nadeshda Konstantinowitz, Braut des montenegrinischen Thronfolgers 116.
Nakib 139.
Namu (Siam) 346.
Nancy, Bischof Turinaz 183.
Nangking 321.
Nanning, chinesischer Hafenplatz 105.
Napoleon I., 212. 223.
— III., 58. 183. 208. 317.
Narva 420.
Natal 129. 133. 234. 236. 251. 252. 283. 373. 443.
„National Review" 94. 153. 227. 240. 241. 324. 326. 388. 398. 421.
„Nationalzeitung" 372.
Negus von Abessynien 440.
Neu-Caledonien 48.
„Neue Freie Presse" 16. 167. 431.
Neue Hebriden 48. 57.
Neufundland (New-Foundland) 48. 57. 252. 368.
— Handelsvertrag (Reziprozitätssystem) 368. 370. 372. 375.
Neuseeland 103. 216. 225. 247. 252. 254. 258. 375.
— Seddon, Premierminister 254.
New-York 31. 39. 46. 52. 78. 98. 322. 328. 395. 396. 407.
„New-York Times" 60.
Niederlande (s. auch Holland) 56. 61. 155. 156.
Njeshinsches Institut 176.
„Niet" (Pseudonym) Journalist 203.
Nihilistin, Allart 142.
Nihilistenprozeß 164.
Nihilistenverschwörung 204.
Nikolaus I., Kaiser v. Rußland 162. 403.
— II., Kaiser v. Rußland 26. 49. 65. 75. 82. 83. 145. 164. 165. 175. 189. 202. 204. 206. 207. 278. 279. 280. 301. 310 311. 321. 324. 343. 357. 400. 404. 405. 414. 415. 432.

Nikolaus, Prinz von Griechenland 240.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 310. 311. 312. 321. 323. 337. 342.
Nil 296. 345. 346.
„Nineteenth Century" 153.
Nisch (Serbien) 436. 439.
Nishnij-Nowgorod 143.
Niutschwang (Golf v. Petschili) 83. 87. 88. 89. 151.
— Eisenbahn, Niautschu—Niutschwang 321.
— — Niutschwang — Schanghaikwan 87. 88. 89. 190. 320.
Nizza 315.
Nonnenorden, Mönchs- und N.-O. im Orient 359.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 16. 17. 60. 78. 331.
Norman, M. P. 43. 44. 51. 114.
Norwegen 122.
„Nowoje Wremja" 37. 38. 67. 87. 88. 103. 104. 114. 115. 123. 157. 162. 168. 172. 186. 197. 198. 241. 243. 245. 246. 278. 309. 311. 312. 313. 321. 322. 323. 339. 359. 377. 386. 387. 394. 397. 399. 412. 413. 419. 432. 433. 434.
Nowosselsk, Gouv. Grodno 143.
„Nowosti" 90. 377. 379.
„Nowy Krai" 87.
Nyassaland 416.

O.

Obolenski, Fürst, Geh.R. d. russisch. Finanzmin. 181.
— Fürst, Gouverneur v. Charkow 310.
Ocean, atlantischer 70. 348.
O'Connel, irischer Staatsmann 62.
Odessa 112. 139. 344. 409.
Offene Tür-Prinzip 3. 147. 326. 329. 389. 406.
Oldenburg, Prinz von 307.
Olivier, Burenführer 220. 232.
Olney, Staatssekretär d. Ver. Staaten Amerika 71.
Omar Zarhuni-Bu Hamara 437. 439.
Orange 154. 220. 230. 232. 233. 252. 263. 292. 363. 384. 390.
Oranje-Freistaat, Steijn, Präsident 138. 154. 220. 229. 230. 231. 232. 235. 275. 284.
Orechowo-Subowo 188.
Orel 256.
Orient 44. 48. 58. 79. 83. 115. 125. 145. 150. 151. 174. 184. 186. 207. 239. 245. 265. 282. 294. 297. 300. 309. 311. 313. 322. 345. 349. 359. 360. 377. 398. 400. 420. 421. 424. 431. 437. 440.
Orient europäischer 398.
— frage, oriental. 69. 70. 95. 145. 175. 285. 377. 400.
— Krieg, oriental. 400. 401.
— Krisis, orientalische 6. 22. 31. 105. 150.
— Politik 36. 58. 91. 125. 166. 173. 342. 347. 371. 377.
— Türkischer 354.
Orinoko 394. 395. 396.
Orleans, Herzogin 300.
Orlow, Graf 343.
Ormuz 139.
Österreich-Ungarn 6. 7. 22. 29. 44. 52. 53. 54. 79. 95. 120. 122. 140. 159. 166. 197. 198. 209. 217. 220. 229. 244. 245. 249. 288. 297. 323. 342. 354. 355. 356. 371. 380. 388. 394. 401. 412. 420. 424. 431. 440.
— Abkommen, russ.-öst. 145. 148. 197.
— Elisabeth, Kaiserin 389.
— Franz Joseph, Kaiser 350, 441.
— Reichsrat 361.
— Sprachen, deutsch-tschechisch. Konflikt 331.
— Verständigung, öst.-russ. 425.
Ostmark 257.
Ostrumelien 265.
Ostseeprovinzen, russische 175.
Ottava (Kanada) 247.
Ottoman. Bank 39.
— Regierg. siehe Türkei.
Oxford 130.

P.

Palästina 360.
Panama 30. 238. 258. 369. 370. 396.
Panpolonismus 157. 158.
Panslavismus 157. 285. 289. 353. 354.
Panther 310. 329.
Papst Leo XIII. 53. 78. 79. 87. 183. 206. 217. 218. 300.
Paris 7. 18. 19. 21. 30. 32. 57. 87. 108. 115. 172. 173. 174. 176. 183. 185. 189. 204. 240. 270. 296. 300. 330. 333. 350. 371. 386. 393. 422. 435.
— Seehandlungen 54.
Parnell, M. P. 62.
Paschitsch, serbischer Minister 140.

Paskewitsch, Fürst, Feldmarschall 162.
Pathos, Insel (Westindien) 395.
Pauncefote, engl. Botschafter in Washington 72. 73. 210.
— -Hay Vertrag 272. 370.
Pechin, franz. Sozialist 158.
Peking 10. 18. 20. 23. 26. 31. 91. 294. 295. 310. 347. 357. 434.
— Eisenbahn, Peking-Tientsin 178. 190.
— Gesandtenmord 347.
Pelletan, frz. Marineminister 238. 310. 314. 315. 387.
Pennsylvanien 328. 331. 341. 361. 407.
Pentschab 413.
Périer, Casimir, ehem. Präs. d. franz. Republik 108. 111. 159. 185.
Pershing, engl. Oberst 321. 329.
Persien 5. 38. 39. 43. 44. 75. 92. 118. 125. 139. 151. 152. 216. 226. 287. 296. 322. 336. 385. 414. 432.
— Süd-P. Eisenbahn 392.
Peshawar, britisch Indien N.W. 413.
Pest 181. 191. 196. 197. 240.
Petersburg 6. 26. 30. 31. 38. 57. 59. 79. 91. 105. 107. 110. 111. 112. 117. 144. 146. 150. 153. 159. 168. 186. 188. 198. 202. 210. 211. 212. 213. 227. 239. 244. 246. 264. 273. 275. 282. 292. 305. 309. 316. 322. 354. 379. 392 397. 398. 404. 409. 410. 411. 422. 423. 425. 429. 442.
— „Wjiedomosti" 22. 31. 36. 37. 44. 109. 116. 121. 123. 138. 141. 144. 167. 198. 211. 214. 228. 243. 298. 337. 339. 340. 355. 377. 378. 379. 413.
— „Zeitung, Petersburger" 304.
Petschili 89. 97. 294.
Pforte siehe Türkei.
Philipp II. von Spanien 82. 221.
Philippinen, Kommission 272.
— Filipinos 272.
— Krieg 46. 54. 187. 209. 284. 329. 348. 368.
— Macin Moros 321. 329.
Pichon, frz. Ges. in Peking 347.
St-Pierre (Westindien) 199.
„Pilot" 42.
„Pioneer Mail" 104.
Piou, franz. Monarchist 300.
Piraeus 429.
Pittsburgh Pennsylvanien 273.
Pius IX. 78. 183.
Plehwe, russ. Min. d. Inn. 161. 164. 175. 220. 227. 403. 404. 409. 410. 411.
Pobedonoszew, Oberprokureur des heil. Synod 65. 168. 207. 279. 305. 306. 307. 308. 404.
Podolien 218.
Poincaré, franz. Abgeord. 185.
Polen 16. 17. 18. 79. 85. 121. 140. 141. 157. 158. 165. 188. 196. 204. 206. 217. 218. 219. 220. 241. 242. 243. 244. 250. 285. 289. 353. 354. 355. 356. 370. 411.
— Frage 20. 29. 144. 217. 355.
— Panpolonismus 157. 158.
— polnisch, littauisch 106.
— polnisch, galizisch 17. 30.
— Reichstag 8.
— „Revue, altpolnische" 18.
Polenow, A. Journalist 138.
Poltawa 198. 420.
Pomeyrol, franz. Monarchist 300.
Pommern 17. 18. 218.
Port Arthur 31. 87. 89. 124. 267.
Portoriko 71.
Portugal 4. 131. 416.
— Karl I., König 382.
Posen 18. 85. 157. 158. 217. 218. 219. 240. 241. 250.
„Post" 406.
Potocki, Graf 217.
Prag 240. 293.
— Slaven-Kongreß 168.
Prätoria 11. 15. 118. 133. 150. 230. 231. 235. 260.
Preußen 1. 17. 18. 79. 86. 218. 219. 242. 243. 314. 317. 325. 353. 355. 356. 363. 365. 366. 411.
— Friedrich Wilhelm I. 241.
— Prinz Adalbert 335.
— Westpreußen 217. 218.
„Preußische Jahrbücher" 277.
Primrose-league 191. 192. 193.
Prinetti, ital. Minist. d. Ausw. 16. 80. 81. 127. 140. 149. 216.
Puschkin, Alexander V. 162.

Q.

Quai d'Orsay (Ausw. Amt in Paris, am) 21. 184.

R.

Radetzki, Sohn des russ. Generals 141. 311.

Radowitz, Ges., Madrid 53.
Radzig, russ. Nationalökonom 278.
Rampolla, Kardinal, Staatssekretär 98. 183. 184.
Rand (Transvaal) 131. 133. 134. 320.
Ras-Makonnen, abessynischer Fürst 296.
Reciprocitätsvertrag (Vereinigte Staaten) 370. 372. 375.
Recke, Karl von der, kurländ. Staatsmann 411.
Redmond, M. P. 268. 318.
Reilles, franz. Monarchist 300.
Reitz, Staatssekretär von Transvaal 154. 232.
Rembrandt als Erzieher 287.
Remiremond (Dep. Vosges) 147.
Resicht, Eisenbahn, Resicht-Teheran 386.
— Nordpersien 152.
Reuter-Bureau 444.
Reval 301.
„Review of reviews" 367. 370.
„Revue, altpolnische" 18.
— Hebdomadaire" 315.
— pol. et parlam." 344. 386.
Rheims 49.
Rhodes, Cecil 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 178. 263. 331.
—, F. W., Reverend 129.
—, Frank, Oberst 133.
Rhodesia 128. 131.
Rhone 300.
Rjäsan, russ. Gouvern. im Zentrum an der Oka 301.
Riate, Berberstamm in Marokko 388. 391. 438.
Ribot, frz. Staatsmann 185.
Richelieu, Kardinal 58.
Richter, russ. Nationalökonom 112. 113.
Richthofen, Freiherr v., Staatssekr. Ausw. 119. 240.
Rimler, ungarischer Politiker 226. 241.
Roberts, Lord, Feldmarschall 129. 310.
Robinson, Sir Herkules (Lord Rosmead) 134.
Rockefeller-Interessen 407.
Rohrbach, Paul 277. 403. 405.
Rom 40. 79. 116. 184. 206. 207. 264. 318. 414.
Roosevelt, Präsident 8. 51. 71. 98. 271. 273. 274. 320. 328. 361. 367. 369. 408. 435. 436. 442.
— Miß Alice 78.
„Rossija 106.
Rostopchin, Graf, russ. Staatsmann 212. 213.
Rostow am Don, Gouv. Jekaterinoslaw 409.
Rotes Meer 296. 376.
Rouvier, franz. Staatsmann 237. 238. 245, 246. 255. 275. 300. 309.
Rubino, Anarchist 389.
Rumänien 210. 294. 310. 318. 319. 328. 359. 360. 388. 399. 420. 431.
— Karl, König 372. 388. 431.
Rurik, erster Warägerfürst 214.
„Rußkaja Mysl" 301.
„Rußkija Wjedomosti" 139.
Rußland 1. 5. 6. 7. 8. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 30. 32. 35. 36. 37. 38. 39. 44. 45. 47. 48. 54. 57. 58. 59. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 75. 76. 82. 83. 84. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 105. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 138. 141. 144. 145. 146. 147. 148. 150. 151. 152. 153. 157. 158. 159. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 173. 174. 175. 176. 178. 181. 182. 184. 185. 186. 188. 189. 196. 197. 198. 199. 200. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 217. 222. 227. 229. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 250. 256. 257. 264. 267. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 289. 295. 296. 297. 298. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 310. 311. 312. 313. 315. 316. 317. 319. 320. 321. 322. 323. 329. 330. 331. 333. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 347. 348. 349. 351. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 360. 376. 377. 378. 379. 380. 384. 385. 386. 387. 388. 392. 393. 394. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 431. 432. 433. 439. 440. 442.
- Abkommen, russ.-österr. 145. 148. 197.
— Alexander I., Kaiser 165.
— — II., Kaiser 67. 163. 174. 204. 304. 307. 337. 339. 403. 412.
— — III., Kaiser 28. 163. 164. 174. 188. 202. 204. 206. 304. 307. 323. 404.

Rußland, Alexandra Feodorowna, Kaiserin 414.
— Allianz, engl.-franz.-russisch 38. 114. 115.
— — engl.-russ. 241. 398.
— — russisch-franz. 8. 49. 57. 75. 95. 96. 118. 123. 124. 125. 150. 172. 186. 199. 201—204. 210—212. 227. 295. 315. 316. 345. 387. 415.
— Annäherung, deutsch-franz.-russ. 348. 420.
— Arbeiterversamml., russ. 409.
— Bank, russ.-chines. 24. 83. 84.
— Bündnis, russ.-chines. 75.
— — russ.-schwed. 214.
— Gegensätze, franz.-russ. 359.
— Katharina, Kaiserin 202.
— Kleinrußland 113. 241. 354.
— Konflikt, russ.-engl. 241.
— Krieg, russ.-türk. 168. 174. 428.
— Maria Feodorowna, Kaiserin-Witwe 414.
— Nicolaus I., Kaiser v. Rußland 162. 403.
— Nikolaus II., Kaiser von Rußland 26. 49. 65. 75. 82. 83. 145. 164. 165. 175. 189. 202. 204. 206. 207. 278. 279. 280. 301. 310. 311. 321. 324. 343. 357. 400. 404. 405. 414. 415. 432.
— Paul, Kaiser 161. 174. 202.
— Paulsgnade, Gut in Kurland 411.
— „Regierungsanzeiger" 422.
— — Ukas vom 6. Febr. 64.
— „Russki Archiv" 212.
— Semstwo 113. 142. 163. 164. 302. 406.
— Südrußland 257.
— Verhandlungen, russ.-engl. 371.
— Vertrag, russ.-chines. 321.
— Weißrußland 241.
Ruthenen 354. 355. 356.
Rutherfoord, Harris, Agent von Cecil Rhodes 133. 134.

S.

Sabler, GR. Gehilfe v. Pobedonoszew 410.
Sachsen 179.
— Albert, König 249.
— Friedrich August, Kronprinz 141.
Sadabrait-Khan, afghanischer General 103. 104.
Safi Sahib, Mullah, Nachfolger des Hadda Mullah 444.
Sagasta, span. Ministerpräsident 82. 108. 372. 388. 417.
Sahara 390.
Saigon, franz. Hinterindien 335.
Salisbury 5. 12. 13. 16. 38. 43. 51. 52. 53. 61. 63. 64. 71. 76. 82. 85. 98. 129. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 201. 216. 221. 225. 251. 267. 268. 269. 275. 283. 284. 287. 383.
Samoa 222. 360. 442.
Saenger, russ. Minister der Volksaufklärung 141. 175. 410. 411.
Sandringham, Grafsch. Norfolk 324.
San Martino, Ponza di, italienisch. Kriegsminister 171. 189.
Sansibar, Vertrag 133. 420.
San Stephano 174. 337. 339. 340. 341.
Saragossa 81.
Satow, Sir Edw., engl. Gesandter in Peking 190. 357.
Saunders, Berliner Times-Korresp. 240.
Schachowskoi, russ. Semstwovertreter 141.
Schanghaikwan (Golf von Liaotung), Eisenbahn Niutschwang 87. 88. 89. 190. 320.
Schah von Persien Muffared Din 386.
Schansi, chines. Provinz östlich von Petschili 428.
Schantung, chines. Provinz südl. von Petschili 91. 97.
Schaumburg-Lippe, Wilhelm, Prinz 365.
Schech Tahir, arab. Häuptling 376. 377.
Scheeper, Burenführer 30. 45. 46.
Schimonoseki auf Nipon, Friede vom 17. April 1895: 95.
Schipkapaß (Balkan) 310. 311. 313. 323. 337. 341. 356. 378. 388.
Schlesien 17. 18. 218.
— Oesterr.-Schlesien 218.
— Preußisch-Schlesien 218.
Schnäbele-Affäre 238.
Schönerer, Führer der Alldeutschen in Wien 108. 120.
Schottland 249.
Schwarzes Meer 354. 355.
Schweden 9. 30. 107. 122. 214. 258.
— Bündnis, russ.-schwed. 214.
— Gustav Adolf, König 366.
— Karl XII., König 366.

Schweden, Oskar, König 360. 361.
Schweiz 150. 157. 158. 341.
— Differenz, ital.-schweizerische 294.
Sedan 314.
Seddon, Premierminister, Neuseeland 254.
Seine 300.
Seistan, Eisenbahn, persisch-afghanische Grenzprovinz 336.
Selburne, Lord, M. P. 134
Semstwo siehe Rußland.
Serbien 70. 116. 118. 126. 140. 145. 146. 159. 167. 168. 169. 176. 282. 294. 297. 298. 299. 300. 311. 313. 331. 339. 342. 356. 378. 388. 394. 401. 424. 425.
— Alexander, König 116. 356. 394. 436.
— Altserbien 312. 313. 323.
— Draga, Königin 439.
— Ministerkrisis 382.
— Welimirowitsch, Min.-Präs. 342.
Setsen-Khan (Mongolei) 25.
Sevilla 81.
Seylor, Olivier, Pseudonym eines „Matin"-Korrespondenten 95. 96.
„Shamarok" 140.
Shanghai 31. 97. 294. 347. 372. 397. 415. 434.
Shanghaiwan, Golf von Liaotung 87. 89.
Shang-tsia-ku, chines. Telegraphenchef 23.
Shaw, Alb., Journalist 367. 369.
Shelobowski, russ. Protopresbyter 310.
Shetland 309.
Siam 48. 57. 186. 199. 203. 295. 296. 320. 321. 330. 335. 336. 348.
— Vertrag, franz.-siames. 335. 386. 392. 412.
Sibirien 22. 84. 124. 159. 162. 404. 433.
— Eisenbahn, sibirisch-mandschurische 83. 89. 146. 308. 320. 357.
Siebenbürgen 288.
Silvela, span. Minister 409 417.
Sinesius, bulg. Metrop. 159. 160. 167.
Skandinavien 214.
Skobelew, General 204. 210. 337.
Skodra (Skutari, alban. Vilajet) 299.
Slaven 79. 95. 96. 122. 145. 165. 166. 168. 169. 206. 244. 265. 298. 311. 316. 323. 339. 404. 424. 425.
— Allianz, franco-slavisch 94. 95. 96.
— Balkanslaven 197. 393.
— Congreß, Prag 168.
Slavophilen 378.
Slowacki, poln. Dichter 157.
Smart, südafrik. Politiker 261. 292.
Smith, engl. General 187.
„Smolensker Zeitung" 36.
Smuts, Burendelegierter 231. 232.
Smyrna 343.
Sofia 28. 126. 168. 310. 311. 313. 340. 353. 380. 399. 431. 436. 439.
Sohar (pers. Golf) 39.
Sokol 94.
Solomon, Sir Richard 232.
Solun, Makedonien. Vilajet 356.
Somaliland, Ostafrika 375. 385. 397. 416.
— Mudug 375.
Spanien 7. 46. 51. 52. 53. 54. 70. 71. 72. 73. 79. 81. 82. 87. 122. 126. 141. 154. 156. 200. 208. 324. 372. 382. 388. 390. 391. 398. 417.
— König Alfons XIII. 200. 208.
— Krieg, span.-amerik. 50. 51. 53. 54. 59. 69. 70. 72. 96. 324.
— Philipp II., König v. Spanien 156.
Spiridonowitsch, serb. Agitator 168. 169.
Sjacharow, Chef des russ. Generalstabes 311.
Sjamara, Gouvern. untere Wolga 110. 144. 188.
„Sjamara-Zeitung" 139.
Sjarafow, Haupt des makedonischen Komitees 126. 145. 160. 176. 313. 431. 439.
Sjaratow, Gouvern. Wolgagebiet 80. 301.
Sjergejew, russ. Publizist 109. 110.
„Sjibirskaja Shisn" 109.
Sjinowjew, russ. Botsch. Konstantinopel 8. 167. 377.
Sjobolew, Gen.-Leutn. 311.
Sjuworin, Besitzer der „Nowoje Wremja" 246. 399.
Sjypjagin, russ. Minister d. Innern 161. 162. 280.
Stambulow, bulg. Ministerpräsident 247. 340. 353.
Stambulows Mörder Halju 353.
„Standard" 46. 86. 112. 120. 129. 133. 195. 256. 263. 265. 372. 394. 395. 396. 416.
Standard-oil-Interessen 407.
Stanley, Henry, Afrikareisender 1.
Stätten, heilige 360.
Steijn, Präsident der Oranje-Republik 138. 154. 220. 229. 230. 231. 232. 235. 275. 284.

Stiller Ozean 38. 54. 123. 124. 322. 391.
Stockholm 214.
Stoletow, russ. General 311.
Stone, Miß 145. 160. 167.
Struve, Peter, Herausgeber der „Befreiung" 280. 403. 404. 410.
Stundisten 205.
Sturdza, rumän. Min.-Präs. 294.
Stuttgart 280. 403.
„Su" (russ. Grenzkommissar Sulwoski) 22. 23. 24.
Südafrika 5. 10. 11. 13. 62. 76. 84. 86. 97. 99. 101. 104. 108. 120. 130. 132. 140. 153. 154. 155. 169. 176. 177. 186. 187. 195. 206. 208. 216. 223. 224. 225. 232. 233. 234. 235. 237. 251. 258. 260. 261. 263. 264. 267. 268. 283. 284. 292. 320. 327. 332. 334. 358. 374. 384. 390. 416. 420. 421. 443.
— Krieg 3. 4. 38. 55. 61. 62. 98. 100. 102. 104. 117. 135. 223. 251. 255. 307. 318. 333. 336. 350. 373. 374. 383. 414. 421. 429. 432.
Sudan 5. 102. 104. 192.
Su-Juan-Tschun, chines. Marschall 105.
Suleiman-Pascha, türkischer General 311.
Surprise, engl. Kreuzer 81.
Sutschau, Provinz Kansu 294.
Swaine, engl. Oberst 375.
„Swjet" 139. 409.
Syndikat, amerikanisch-engl. 178.
Synod, heilige 79. 207. 244. 378.
Syrien 397.

T.

Tabago, Westindien 71.
Tabris, Persien N.W. 151.
Taiping-Aufstand 294.
Tanganyika-See 131. 135.
Tanger 186.
Taotai von Kanton 22.
Taragona, Katalonien, Arbeiterunruhen 81.
Tataren 411.
Tatischtschew, russischer Exdiplomat, Londoner „Argus"-Korrespond. der Nowoje Wremja 114. 172. 173. 174. 241. 266. 419. 420. 421.
Tâza (Marokko) 388. 391. 435. 438.
Teheran, Persien 152. 386.
— Eisenbahn, Resch-Teheran 386.
Teikowo, Gouv. Wladimir 188.
Telegraf, Amsterdamer 154.
Teller, Senator in Washington 46.
Temirjäsow, russ. Bevollm. Berlin 141.
„Temps" 20. 21. 140. 149. 268. 270. 275. 276. 277. 314. 360. 373. 374. 375. 385. 387. 397. 412. 414. 415. 429. 437. 439.
Tetuan, Marokko, N. W. 389. 390. 391.
Theotokis, griech. Minister 430.
Theron, Präs. d. Bond 327.
Theseus, engl. Kreuzer 81.
Tianshan-pe-lu (Mandschurei) 25.
Tibet 125.
— Eisenbahn 320.
Tientsin 97. 151. 267. 283. 291. 294. 310.
— Eisenbahn, Peking—Tientsin 178. 190.
Tiflis 162.
Times, 10. 18. 19. 20. 21. 26. 30. 31. 32. 96. 104. 105. 228. 240. 241. 328. 357. 373. 422. 438. 439. 443.
— Morisson, Dr., China-Korrespondent 241.
— Oppert aus Blowitz, Pariser Korrespondenz der Times 19. 21. 32.
Times of India 139.
Tirtoff, russ. Admiral 95.
Tisza, Koloman, ungar. Staatsmann 118. 136. 137. 288.
Tokio 73.
Tolstoi, Graf Leo 8. 93. 111.
— Pavel 432.
Tonkin 105. 125. 336. 345.
Toulon 48. 391. 398.
Tower, amerik. Botsch. Berlin 428.
Traktat, Berliner 45. 207. 265. 298. 337. 338.
Transvaal 56. 90. 114. 131. 132. 133. 134. 154. 206. 220. 227. 230. 232. 233. 252. 262. 263. 272. 292. 348. 358. 359. 363. 384. 390. 416.
— Krieg 319. 414. 417.
— Krüger, Präsident, P. 5. 10. 16. 44. 56. 61. 131. 154. 155. 206. 229. 237.
Treitschke, H. v. 176.
Trepow, russ. Gen.-Major 142.
Triest 69. 140.
— Arbeiterunruhen 81.
Trinidad 395. 396.
Triple-alliance siehe Dreibund.
Tripolis 6. 16. 28. 44. 45. 49. 50. 80. 81. 116. 148. 216. 297. 349.

Trust 328. 361. 367. 368. 407. 408.
Tschadsee 226. 345.
Tschechen 6. 79. 94. 121. 241. 361.
— Sprachenkonflikt, dtsch.-tschech. 331. 362.
Tscheng, chinesischer Kommissar 295.
Tschili (Petschili, Provinz) 178.
Tschitral (N.W. Indien) 413.
Tschun, Sühneprinz 20.
Tsu-tsi, Kais. Witwe v. China 22. 23.
Tula, russ. Gouvernem., Zentrum 409.
Tunis 348.
Turgeniew, Iwan Sergejewitsch 380.
Turin, Arbeiterunruhen 78.
Turinaz, Bischof v. Nancy 183.
Türkei 6. 8. 16. 28. 44. 45. 50. 83. 115. 116. 122. 140. 141. 146. 159. 166. 167. 174. 207. 208. 245. 246. 265. 282. 292. 297. 299. 309. 311. 312. 313. 322. 323. 338. 339. 342. 343. 344. 355. 356. 376. 377. 378. 379. 399. 400. 401. 402. 420. 421. 423. 424. 425. 428. 431. 432.
— Beziehungen, bulgar.-türk. 266.
— Friede, griechisch-türkischer 429.
— Krieg, griechisch-türkischer 429.
— — russ.-türk. 168. 174. 428.
— Krisis, türk.-egypt. 344.
— Sultan Abdul-Hamid Khan 8. 39. 139. 167. 207. 246. 265. 297. 298. 311. 323. 337. 338. 401. 402. 412. 423. 424.
Turkestan 413.
Tushket Khan (Mongolei) 25. 26.
Tweenfontein 1.

U.

Ubanghi, Nebenfluß des Kongo 345.
Uchtomski, Fürst, Journalist 18. 22. 23. 27. 28. 30. 31. 32. 36. 44. 65. 67. 106. 121. 158. 168. 355. 399. 409.
Uganda (NW. v. Viktoria Nyansa) 327. 416.
Ugandabahn 3.
Ugron, Gabriel, ungarischer Abgeordneter 226. 241. 266. 288.
Uitlander 133. 262. 320. 327. 416.
Ular-Uhlemann, Dr., Journalist 18. 19. 20. 21. 26. 27. 30. 31. 32.
„Ulk" 285. 290.
Ulster (Irland) 283.
Ungarn 6. 121. 241. 243. 249. 310.
— Kossuthfeier 310.
— Tisza, Koloman 118. 136. 137. 288.
Union Constitutional Club, Picadilly 61.
Unionisten, polit. Partei 62. 64.
Urga (Mandschurei) 22. 24. 26.
Üsküb (Albanien) 145. 159. 166. 167. 229. 247. 265. 292.

V.

Vaillant, J., franz. Publizist 270. 271.
Valencia 81.
Vanderlip, ehem. Staatssekretär der V. St. 407.
Varna, bulg. Seehafen 310.
Vassos, griech. Oberst 428.
Vatikan 49. 184. 380. 381.
Velden, van (Burendelegierter) 154.
Veldt (südafrik. Ebene) 134.
Venedig 118. 127. 149.
Venezuela 20. 29. 44. 71. 328. 390. 394. 395. 396. 409. 415. 419. 422. 425. 426. 427. 428. 434. 435. 436. 442.
— Deutsches Ultimatum an Venezuela 419.
Vendome, Korrespond. der „Nowoje Wremja" 114.
Vereeniging, Friedensverhandl. zu 200. 208. 231. 235. 394.
Victoria, Königin v. England 4. 61.
Villa, ital. Politiker 80.
Villiers, G., Red. d. Figaro 227.
St. Vincent (Westindien) 208.
Vineta, deutsch. Kreuzer 1.
Virginische Inseln 71.
Volksgesundheit 37.
„Vorwärts" 380. 409.
„Vossische Zeitung" 20. 21.
„Vuporio Sanomat Supistus", finländ. Zeitg. 107.

W.

Wahabiten, Sekte in Arabien 292.
Wahl, Gouverneur v. Wilna 200. 227.
Waldeck-Rousseau, ehem. franz. Min.-Präs. 140. 147. 158. 172. 181. 182. 185. 198. 200. 201. 203. 205. 210. 213. 215. 237. 275. 282. 429.
Waldersee, Graf, Gen.-Feldm. 3.
Wales, Prinz von 6. 40. 41. 48.
Waller, amerik. General 187.
Wanhope, Lord, engl. General im Sudan 102.
Wannowski, russ. Kultusmin., vorher

Kriegsminister 93. 161. 164. 175. 176.
Wan-Wen-Shao, chin. Bevollm. 87.
Warjäg, russ. Kreuzer 39.
Warschau 176. 188. 354. 355.
Washington 46. 51. 52. 53. 54. 59. 60. 90. 210. 229. 395.
— Kongreß 258. 399. 418.
Wasmundt, russ. General 311.
Wason, M. P. 309.
Wattenbach, Professor 176.
Waziri, Volksstamm im N.-W.-Himalaja 237. 375. 385.
Waziristan 104.
Webster, Sir Richard 128.
Weihaiwei, Hafen in Nord-Shantung 59. 76.
Welfen 364. 366. 367.
— Agitation 365. 366.
— Kongreß, braunschw. 367.
— Welfenlegion 367.
Welimirowitsch, serb. Min.-Präs. 342.
Wereschtschagin, russ. Maler 33. 35. 36.
Wesselitzki, Boshidarowitsch, Journalist 153. 227. 240. 266.
Wessels, Burendelegierter 155.
Westfäl. Friede 218.
Westmächte 24. 25. 58.
Westminster 128.
„Westnik-Jewropy" 33. 112.
Weyler, span. General 388.
Whates, Biograph Salisburys 51. 71. 72.
White, amer. Botsch. Berlin 273. 399.
Wjätka, russ. Gouvernem. N. von Kasan 143. 302.
Wien 7. 120. 150. 160. 197. 220. 256. 265. 393. 431. 439. 440. 441.
— Kongreß 218. 321.
— Wahlen 372.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 364.
— II., Deutscher Kaiser: 40. 135. 206. 243. 274. 275. 282. 301. 324. 326. 327. 331. 350. 372. 373. 374. 376. 390. 419. 420. 421. 422.
Wilhelm, Herzog v. Braunschweig 365.
Wilhelm der Eroberer 326.
— Prinz v. Schaumburg-Lippe 365.
Willemstad (Curaçao) 395. 396.
Wilna 105. 188. 200. 354.
Witte, russ. Finanzminister 67. 114. 145. 204. 205. 206. 220. 227. 277. 303. 308. 310. 320. 357. 371. 372. 386. 403. 404. 405. 410. 411.
Wladimir, Gouverneur v. 143
Wladiwostock, russ. Hafen am japan. Meer 124. 322. 354.
Wolff, Abg. d. österr. Reichsrat 20.
Wolga 113. 139. 143.
Wolhynien 218.
Wologda, Gouv. südlich v. Archangel 143.
Wolseley, Lord 108. 154.
„World" 46.
Wreschen, Prov. Posen 17.
Wu (Uchtomski) 22. 23.
Wyndham, M. P. 128.

Y.

Yemen, Arabien 397.
Yi, Großlama d. Burjäten 23. 26.
Yildiz-Kiosk, Residenzschloß des Sultans 312.
York, Graf, Oberst 414.
Yukon, Goldfelder (Alaska) 72.
Yün-Nan, nördlich von franz. Hinterindien 47. 296. 346. 347.

Z.

Zaimis, griech. Minist. 399. 429.
Zanzibar, Sultan 284. 291.
Zarskoje, Sselo, Residenzschloß bei Petersburg 305. 414.
Zeilah, engl. Territorium am Golf v. Aden 375.
„Zeit" 441. 442.
Zimmur, arab. Stamm 438.
Zionistenbewegung 282.
Zola, Emil 310. 330.
Zolltarif, Deutscher Reichstag 419.
„Zrkowen Westnik" 378.
Zululand 283.
Zweibund 197.

175409 HG.
S3326d
Author Schiemann, Theodor
Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.2
NAME OF BORROWER
DATE

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU